Alke Jenss

Grauzonen staatlicher Gewalt

Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko

[transcript] Global Studies

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Alke Jenss
Grauzonen staatlicher Gewalt

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Alke Jenss (Dr. phil.), geb. 1981, ist Soziologin und lehrt an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin im Bereich Menschenrechte und Politische Artikulation. Ihre Dissertation schrieb sie an der Philipps-Universität Marburg, assoziiert am Promotionskolleg Global Social Policies in Kassel und als Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich besonders mit Staat und Gewalt, Konfliktforschung in Lateinamerika, Politischer Ökonomie und der Verschränkung von legaler und illegaler Ökonomie.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Alke Jenss

Grauzonen staatlicher Gewalt

Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko

[transcript]

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Publikation wurde von der Carl und Charlotte Schott-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/.
Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2016 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Umschlagabbildung: Alke Jenss, Ort: Bogotá, Jahr: 2011, Copyright liegt bei der Urheberin
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-3251-4
PDF-ISBN 978-3-8394-3251-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Inhalt

VORWORT | 9

DANKSAGUNG | 15

EINLEITUNG | 17
Ausgangspunkte: Enthegte Gewalt, Kontrollverlust, Kriminalität | 17
Staat und Unsicherheit in Mexiko und Kolumbien:
Stand der Forschung | 20
Dimensionen der Analyse, Vergleich, Aufbau | 30
Forschungspraxis: Zugang zum Gegenstand im Kontext von Kolonialität | 34

I. HERAUSFORDERUNG DER ANALYSE: STAAT UNTER „PERIPHEREN" BEDINGUNGEN? | 37
I.1 Abseits der Ideale: Vom „Staatsversagen" zu differenzierten Perspektiven auf Staatlichkeit | 37
I.2 Wie anders? Materialistische Zugänge, Historizität, Staatskritik | 44
I.2.1 Poulantzas' Staatstheorie | 46
I.2.2 Zwischenfazit: Analyse von Staatlichkeit in Lateinamerika | 55

I.3 Regionaler Kontext: Staatlichkeit in Lateinamerika | 57
I.3.1 Exkurs: Lateinamerikanische Debatte um den Staat | 57
I.3.2 René Zavaleta: komplementäre Kategorien | 63
I.3.3 Kolonialität und die Kategorie *race* | 67
I.3.4 Zwischenfazit: Der Staat in Lateinamerika als umkämpftes Terrain | 73

I.4 Historischer Kontext: Transformation von Staatlichkeit | 74
I.4.1 Exkurs: Regulationstheorie und Dimensionen der ‚Globalisierung' | 76
I.4.2 Die fiskalische Einschränkung: Steuern | 79
I.4.3 Globale Transformationen, Konsequenzen für den Staat | 82
I.4.4 Anschlüsse aus Lateinamerika | 87
I.5 Thematischer Kontext: Staat und Gewalt | 92
I.5.1 „Autoritärer Etatismus"? | 94
I.5.2 Staat und Gewalt in Lateinamerika | 97

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II. Interpretationen und Schlüsse für die Analyse des lateinamerikanischen Staates | 103
II.1 Analysekriterien | 103
II.2 Projekt und Politikfeld in vier Analyseschritten: Kontextanalyse, Kräftekonstellationen, Prozessanalyse, Verdichtung | 105
II.3 Instrumente: Datenmaterial, Erhebung, Auswertung | 112

III. Kontext: Die historische Perspektive | 119
III.1 Kleine sozio-politische Geschichte Kolumbiens: Konstitutionsbedingungen für Staatlichkeit und politische Kontinuitäten | 119
III.1.1 Politische Projekte in der *sociedad abigarrada* | 119
III.1.2 Wirtschaftsstruktur und Weltmarkteinbindung | 125
III.1.3 Der Faktor Land: Kämpfe um den Zugang | 128
III.1.4 Im Kern informeller Machtbeziehungen: private Gewalt | 131
III.1.5 Polit-ökonomische Tendenzen seit den 1980er Jahren: Konflikt und Krise | 134
III.1.6 Fazit: Staatlichkeit in Kolumbien | 138

III.2 Kleine sozio-politische Geschichte Mexikos: Konstitutionsbedingungen und politische Kontinuitäten | 139
III.2.1 Politische Projekte in der *sociedad abigarrada* | 139
III.2.2 Wirtschaftsstruktur und Weltmarkteinbindung | 145
III.2.3 Der Faktor Land: *Ejidos* oder Agrarindustrie? | 151
III.2.4 Im Kern informeller Machtbeziehungen: Dispersion der Gewalt | 155
III.2.5 Strukturveränderungen ab den 1980er Jahren – der Bruch mit dem alten Modell | 158
III.2.6 Fazit: Staatlichkeit in Mexiko | 162

IV. Transformationen: Staatlichkeit und gesellschaftliche Kräfte | 165
IV.1 Exkurs: „Organisierte Kriminalität" und der Staat | 165
IV.1.1 Legale und illegale Akkumulation | 166
IV.1.2 Kriminalität und der Staat | 173
IV.1.3 Illegale Ökonomie und parastaatliche Akteure in Kolumbien | 177
IV.1.4 Illegale Ökonomie in Mexiko | 188

IV.2 Sozialstrukturveränderungen | 200
IV.2.1 Kolumbien: Gesellschaftliche Konstellationen im bewaffneten Konflikt | 202
IV.2.2 Mexiko: Politische Krise und gesellschaftliche Kräfte | 213

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V. UN-/SICHERHEIT | 229
V.1 Neue Gewaltformen, neue Formen staatlicher Gewalt | 234
V.1.1 Sicherheitsapparate: Rückbau vs. Ausbau | 234
V.1.2 Staatliche Gewalt und Informalität | 236
V.1.3 Un-/Sicherheitsdiskurse | 243

V.2 Un-/Sicherheit und Il-/Legalität. Dynamik der Kräftekonstellationen in der kolumbianischen Staatlichkeit ab 2002 | 248
V.2.1 Positionierung gegen den Feind: *estado comunitario* | 248
V.2.2 *Zonas de Rehabilitación* und internationalisierte Aufstandsbekämpfung | 256
V.2.3 Gesetzliche Festschreibungen | 262
V.2.4 Umkämpfte (Sicherheits-)Institutionen | 278
V.2.5 Akkumulationsräume und Un-/Sicherheit: Die Konsolidierung der Politik der Demokratischen Sicherheit | 300
V.2.6 Divergierende Hegemonieprojekte im Konflikt | 316

V.3 Un-/Sicherheitspolitik im Kontext expandierender Grauzonen mexikanischer Staatlichkeit | 322
V.3.1 Symbolik der Gewalt: „seguridad para los mexicanos“ | 323
V.3.2 *Operativos Conjuntos* im „Krieg gegen die Drogen“ | 332
V.3.3 Umkämpfte (Sicherheits-)Institutionen | 351
V.3.4 Gesetzliche Festschreibungen: Das Gesetz Nationaler Sicherheit | 365
V.3.5 Neue Akkumulationsräume und die Produktion von Un-/Sicherheit | 376
V.3.6 Divergierende Hegemonieprojekte in instabilen Konstellationen | 397

VI. AUTORITÄRE ELEMENTE VON STAATLICHKEIT UND FUNKTIONALE GEWALTSZENARIEN | 405
VI.1 Vergleichsmomente, Unterschiede, Parallelen | 405
VI.1.1 Un-/Sicherheiten und Transformation | 405
VI.1.2 Nord- und Südamerika: Verortung im regionalen Kontext | 411
VI.2 Modifizierte Selektivitäten und staatliche Transformationsprozesse im Kontext von Un-/Sicherheit | 414

VII. ANHANG | 425
Literaturverzeichnis | 425
Strukturiertes Quellenverzeichnis | 458

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vorwort

Die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Staaten in der „Peripherie“ hat – nach wechselnden Konjunkturen seit Ende des Zweiten Weltkriegs – erst in den letzten Jahren wieder verstärkt eingesetzt.1 Es scheint, als ob das angestrebte Minimalstaatsideal unter neoliberalen Bedingungen nach der Welle von Strukturanpassungen der 80er Jahre in den meisten Staaten der Dritten Welt auch die relativ geringe soziologische und politologische Analyseintensität in Bezug auf diesen Gegenstand beeinflusst hätte. In den Kontext der – aus unterschiedlichen Gründen – wieder aufgenommenen Staatsanalysen unter aktuellen Verhältnissen der neoliberalen Globalisierung und der sehr divergierenden Staatsentwicklungen in der Peripherie – von Tendenzen zum sog. „Staatszerfall“ bis hin zur Wiederkehr des „Entwicklungsstaats“ – ordnet sich vorliegende Dissertation von Frau Jenss ein. Das nicht geringste Resultat dieser Studie kann vielleicht darin gesehen werden, dass – von einem bestimmten theoretischen Staatsverständnis aus – diese beiden scheinbar völlig konträren Tendenzen in konkreten gesellschaftlichen Konstellationen in Ländern der Peripherie teilweise parallel zueinander und verschränkt miteinander auftreten können.

Einleitend beschreibt sie zunächst ihre grundlegende Analyseintention: „Anliegen der Arbeit ist ... zum einen, sich einem adäquaten Verständnis von Staatlichkeit in Lateinamerika anzunähern. Zum anderen will sie die Gewaltverhältnisse bzw. das Politikfeld ‚Sicherheit‘ in Mexiko und Kolumbien zu einem Zeitpunkt in den Blick nehmen, an dem die Regierungen dieses Feld jeweils zum Thema ihrer Programme machten. Die Frage ist, wie sich zwischen 2002-2010 (Kolumbien) und 2006-2012 (Mexiko) gesellschaftliche Kräftekonstellationen und entsprechend das Institutionengefüge im staatlichen Ensemble gestalten und auf die Art des Regierens einwirken.“ Sie erläutert des Weiteren ihre Forschungsstrategie und Herangehensweise, die Abfolge ihrer Analyseschritte, die Länderauswahl, einige Dimensi-

1 Zu der wechselvollen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem „peripheren“ Staat siehe zuletzt: Hans Jürgen Burchhardt/ Stefan Peters (Hg.): Der Staat in globaler Perspektive. Zur Renaissance der Entwicklungsstaaten, Frankfurt/ New York 2015, S.9ff.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

onen der komparativen Betrachtung und reflektiert zudem ihre eigene Forschungspraxis bei den empirischen Erhebungen.

Im ersten Kapitel resümiert die Verfasserin kritisch den Stand der theoretischen Ausführungen zum Problem des Staates in der Peripherie bzw. in Lateinamerika. Dabei geht sie implizit oder explizit von allgemeinen bzw. auf Europa bezogenen materialistischen staatstheoretischen Positionen (vor allem der von N. Poulantzas) aus, stellt dann eine Reihe von lateinamerikanischen Theoretikern vor, um dann auch mit Hilfe regulationstheoretischer Kategorien die historischen Transformationsprozesse lateinamerikanischer Staatlichkeit seit den 70er Jahren annäherungsweise zu erfassen. Insgesamt möchte Alke Jenss sich für ihre Fragestellung und ihre Annäherung an die lateinamerikanische Staatlichkeit besonders des Ansatzes von Poulantzas unter Einbeziehung komplementärer Kategorien aus den Überlegungen von R. Zavaleta, der post-kolonialen Theorie A. Quijanos[2] sowie der intersektionalen Sozialstrukturanalyse bedienen.

Das zweite Kapitel bildet die Überleitung zur historischen Kontextanalyse, die einen Überblick über zentrale Stationen der Entwicklung der beiden Staaten gibt (III. Kap.). Hier werden Schlussfolgerungen aus dem ersten Kapitel zusammengefasst und die weiteren Schritte der Analyse (verteilt auf die nachfolgenden Kapitel) sowie die Ebenen und Dimensionen der empirischen Forschungsarbeit (Datenmaterial, Erhebung, Auswertung) erläutert. Im dritten Kapitel werden die Grundzüge der sozio-politischen Geschichte Kolumbiens und Mexikos in synthetischer Form nachgezeichnet. Dabei werden auf der Basis wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Veränderungen seit der Unabhängigkeit (1819 bzw. 1821) die jeweiligen politischen Konstellationen und wichtigen Wendepunkte bezüglich einer sich widersprüchlich und fragmentiert entfaltenden Staatlichkeit analysiert. Für die kolumbianische Entwicklung charakteristisch war die Parallelität bzw. scheinbare Diskrepanz zwischen gewaltförmigen sozialen Praktiken (Periode der „Violencia“, frühe Guerillatätigkeit, Paramilitärs) einerseits und formeller Demokratie andererseits, was die Kohäsionsfunktion des Staates tendenziell unterminierte. Der permanente Ausnahmezustand war längst keine Ausnahme mehr. „Staatliche Herrschaft ist uneinheitlich vermittelt; die Gewaltfunktion wird über unterschiedliche Teile des Staatsapparats oder an andere Gruppen gestreut und tritt dispers auf.“ Weder gab es durchgängig oder langfristig eine hegemoniale Klassenfraktion oder gar ein einendes konsensuales Staatsprojekt. Im deutlichen Unterschied zu Kolumbien gab es beim Vergleichsland mit der mexikanischen Revolution ein zentrales historisch konstitutives Moment, das zu einem durchsetzungsfähigen Hegemonieprojekt führte. Mobilisierte Bevölkerung, relativ fortschrittliche Verfassung (von 1917), weit-

2 Inzwischen sind Arbeiten interessanter lateinamerikanischer Staatstheoretiker/-innen , die hierzulande nahezu unbekannt sind, dokumentiert in: Alke Jenss/ Stefan Pimmer (Hg.): Der Staat in Lateinamerika, Kolonialität, Gewalt, Transformation, Münster 2015.

https://doi.org/10.14361/9783839432516 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

reichende Agrarreform, („von oben“) organisierte Bauernverbände, Gewerkschaften sowie ein nationalistischer Kurs während der 1930er Jahre waren weitere Charakteristika, die Mexiko zunächst stark vom kolumbianischen Fall unterscheiden. Auch der grundlegende wirtschaftspolitische Kurswechsel seit den 80er Jahren (in Richtung auf Öffnung der Ökonomie, Liberalisierung, Privatisierung etc.) fand bis Ende der 90er Jahre unter Führung der „klassischen Revolutionspartei“ PRI statt, die erst im Rahmen der politischen Öffnung im Jahre 2000 von der Regierungsebene verdrängt werden konnte, wobei aber damit die strukturelle Kontinuität bezüglich der ökonomisch herrschenden Sektoren und der „institutionellen Selektivität“ des Staates einhergingen; diese grundlegenden Veränderungen waren bereits in den 80er Jahren eingetreten.

Das vierte Kapitel enthält einen längeren Exkurs über das Verhältnis von organisierter Kriminalität und Staat in den beiden Ländern sowie einen Abriss der zuletzt eingetretenen Sozialstrukturveränderungen. Der Exkurs verweist darauf, wie sich die regulären, informellen und kriminellen Sektoren in der Weltwirtschaft in ihrem Gewicht und ihrem Nebeneinander und ihrer Verflechtung in den letzten Jahren der neoliberalen Entfesselung der Marktkräfte entfaltet haben. Auch zwischen Staat und Kriminalität können ambivalente Beziehungen bestehen, insofern “ein Staat ... nicht als homogen und klar abgegrenzt verstanden werden (kann), und auch kriminelle ‚Unterwelten‘, ‚Schwarzmärkte‘ etc. sind substantieller Teil der Kräfteverhältnisse, die sich im Staat festschreiben.“ In den beiden folgenden Unterabschnitten des Exkurses wird das Zusammenspiel von legaler und illegaler Ökonomie, auf regionaler und nationaler Ebene und die Kooperation zwischen Militär, Politik, paramilitärischen Gruppen und Netzwerken der illegalen Ökonomien an den jeweiligen Länderbeispielen analysiert. Die Sozialstrukturveränderungen infolge neoliberaler Orientierung sind mit einem Anstieg der informell Beschäftigten, der Schwächung der urban-industriellen Arbeiterklasse, der Schrumpfung der Mittelschichten, einer stärkeren Feminisierung der Arbeitswelt (überwiegend im informellen Sektor) sowie mit einer Verringerung der für den Binnenmarkt produzierenden Einheiten allgemein zu beschreiben. Entsprechend der wirtschaftspolitischen Ausrichtung erfahren die exportorientierten und im Finanzsektor lokalisierten bürgerlichen Kräfte eine nicht unerhebliche Bedeutungssteigerung. Diese Konstellationsverschiebungen haben sich in beiden Ländern in entsprechend gewandelten Kräfteverhältnissen in der Politik und den Institutionen niedergeschlagen. In Kolumbien gingen diese Prozesse einher mit dem Aufstieg der sogenannten „Narcobourgeoisie“, einer enormen Gewaltsteigerung, der Vertreibung von Kleinbauern von ihrem Land. Gleichzeitig wollte in Kolumbien eine breite Koalition von gesellschaftlichen Trägern diese Politik der Regierung Uribe (ab 2002) unterstützen, allerdings ohne die Übergriffe von Paramilitärs und der Guerilla weiter zu tolerieren. Zwar hat es in Mexiko ähnliche sozialstrukturelle Tendenzen gegeben, der Regierungsbeginn von Präsident Calderón (2006) sah sich aber im Vergleich zu seinem

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Amtskollegen Uribe vor wesentlich ungünstigere Bedingungen und Mehrheitsverhältnisse gestellt, abgesehen von einer schwierigeren ökonomischen Ausgangslage.

Im fünften und umfangreichsten Kapitel wird das Thema Sicherheit / Unsicherheit und staatliche Politik sehr detailliert unter die Lupe genommen. Nach einem kurzen Überblick über die gewachsene Bedeutung von Sicherheitspolitik allgemein in Lateinamerika und dem Aufzeigen neuer Formen staatlicher Gewalt zunächst für den Fall Kolumbiens, dann Mexikos diskutiert die Verfasserin ausführlich das Verhältnis von Sicherheit / Unsicherheit sowie Illegalität und Legalität für beide Länder in der angegebenen Periode. Hierbei werden nun im verstärkten Umfang die Ergebnisse der Feldforschung, der Interviews etc. der Verfasserin in ihre Ausführungen einbezogen.

Dabei wird generell deutlich: Die Verschränkung und Ergänzung von informeller und formeller, legaler und illegaler (staatlicher) Gewalt oder von dieser mit privaten / paramilitärischen Gruppierungen ist keineswegs immer als Ausweis der „Schwäche“ oder des „Zerfalls des Staates“ anzusehen, sondern muss gerade auch für die beiden Fallbeispielländer als adäquate Ausdrucksform staatlicher Funktionserfüllung entschlüsselt werden, welche durch die jeweils historische Entwicklung und die aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen erklärbar wird. Die Dezentralisierung des „Gewaltmonopols“ auf diverse – staatlicherseits protegierte – private Kräfte, die diesen Staat zudem niemals prinzipiell in Frage stellen, tendiert dazu sich auf Dauer zu stellen, da von diesen arbeitsteiligen Gewaltstrukturen fast alle aktiv Beteiligten profitieren. Sicherheitsdiskurse seitens der staatlichen Instanzen schaffen und verbreiten in solcher Konstellation Unsicherheit und Angst, welche wiederum Voraussetzung und Begleitmelodie für die Durchsetzung neoliberaler Politiken, entsprechender wirtschaftspolitischer Strategien und die dafür notwendige grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse sind. Dagegen rückt z. B. Sozialpolitik, Einhaltung von Menschen- und Grundrechten, Versorgung der Bevölkerung mit „öffentlichen Gütern“ etc. auf untergeordnete Positionen in der Regierungsagenda. Diese Schlussfolgerung lässt sich aus der detaillierten Länderanalyse ziehen, wobei hier jeweils zunächst die Diskurse der Exekutive, die einschlägigen Militärprogramme („Plan Colombia“, „Mérida-Initiative“), die Sicherheitspolitik, Aufstands- und Kriminalitätsbekämpfung, dann die Auseinandersetzung um die entsprechenden Gesetzesvorhaben minutiös nachgezeichnet werden. Die Machtverschiebungen zwischen den einzelnen Staatsapparaten parallel zur Durchsetzung dieser neuen Politik sowie die dadurch angestoßenen Veränderungen für die unterschiedlichen sozialstrukturellen Segmente bilden den Gegenstand weiterer Unterabschnitte dieses Kapitels. Dabei zeigt die Autorin auch auf, in welchem Umfang die Durchsetzung dieser Linie teilweise auf Widerstand in den eigenen Reihen, in Teilen des Staatsapparats (z. B. der Justiz) und auf Gegenwehr der „subalternen“ Gruppen stieß.

Im letzten Kapitel fasst die Autorin ihre Ergebnisse komprimiert zusammen, erörtert Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Beispielländern im Hin-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

blick auf „die Vermittlung von Kräfteverhältnissen in die staatlichen Strukturen“, verortet die beiden Länderszenarios im gesamten regionalen Kontext und rekurriert nochmals auf die eingangs vorgestellten Analyseschritte (Kontext, Kräfteverhältnisse, Prozessanalyse und ‚Verdichtungen‘), diesmal angereichert mit den wichtigsten Resultaten auf diesen Ebenen. Bei aller Ähnlichkeit und Widersprüchlichkeit der „Staatsprojekte“ der jeweiligen Regierungen in Kolumbien und Mexiko wird der relativ größere „Erfolg“ im kolumbianischen Fall auf größere Kohärenz im Staat bzw. zwischen den Staatsapparaten und einer breiteren und etwas dauerhafteren Unterstützerallianz zurückgeführt. Wobei der „unterschiedliche temporäre Erfolg“ meint: „Nicht die staatlichen Kräfte allein stellen Ordnung her; weitere Akteure agieren in Kooperation mit oder gegen einzelne oder mehrere staatliche Agenturen, um eine spezifische Ordnung durchzusetzen. Zu beobachten ist somit nicht nur ein gescheiterter Krieg ‚gegen die Drogen‘, sondern dieser hat mindestens in einigen Bereichen die Stärkung autoritärer Herrschaftsmodi ermöglicht. Der ‚Krieg‘ hat insofern durchaus Klassencharakter: Die staatliche Sicherheitspolitik produziert Unsicherheit, indem sie mindestens indirekt dazu führt, dass unterprivilegierte Gesellschaftssegmente stärker von direkter Gewalt betroffen sind ... und zudem mittels der Schließung institutioneller Selektivitäten diese vom Zugang zu staatlichen Entscheidungsprozessen ausschließt. D.h., direkte Gewalt verschleiert tendenziell strukturelle Gewalt, politische Gewalt scheint in einer diffusen sozialen Gewalt aufzugehen.“

Insgesamt muss die Studie von Frau Jenss als herausragende Forschungsarbeit bezeichnet werden. Sie hat Themen- und Fragestellungen gewählt, die in dieser Form zweifellos innovativen Charakter tragen und die zudem von höchster aktueller Bedeutung sind. Die Studie wird reichhaltig theoretisch angeleitet. Gleichzeitig ist der Brückenschlag zu jeweilig konkreteren Problemebenen durchweg glänzend gelungen. Die Arbeit besticht auch durch ihre ständig begleitende Reflexion der methodischen Schritte und der zugrunde gelegten Forschungstechniken. Die empirische Aufarbeitung dieser beiden Fälle von Staatstransformation unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheits-/ Unsicherheitsproblematik ist äußerst materialreich und überzeugend ausgefallen. Die komparative Betrachtungsweise schließlich hat wertvolle Einzelerkenntnisse ermöglicht, z. B. bezüglich von Gleichförmigkeiten zwischen beiden Ländern trotz recht unterschiedlicher geschichtlicher Entwicklung einerseits und der Unterschiede in der Durchsetzung einer neuen Strategie – trotz ähnlicher Diskurse und Intentionen. Zudem präsentiert sich die Arbeit als sehr gut strukturiert, sie basiert auf einer immensen Literaturgrundlage und eigenen Primärrecherchen aus jeweils zwei Feldaufenthalten in den beiden Ländern. Da sie einen differenzierten und subtilen Argumentationsstil mit einem präzisen und eleganten sprachlichen Ausdruck zu verbinden weiß, gestaltet sich die Lektüre dieses Textes zu einem Lesevergnügen mit hohem Erkenntnisgewinn.

Dieter Boris, Marburg, im Juli 2015

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Danksagung

Eine Dissertation ist immer die Arbeit von Vielen: Eine Vielzahl von Menschen hat auf verschiedenste Weise dazu beigetragen, dieses Projekt in Angriff zu nehmen und zu einem guten Ende zu bringen.

Sehr herzlich bedanken möchte ich mich bei meiner Prüfungskommission für ihre Anregungen, kritischen Nachfragen und die konstruktive Beratung, für die alle drei stets zu Verfügung standen. Ganz besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater Prof. Dr. Dieter Boris für die jahrelange Betreuung meiner Arbeit und den noch länger währenden Austausch auf Augenhöhe. Ohne seine Ermutigungen und akribische Durchsicht unfertiger Manuskripte gäbe es diese Arbeit nicht. Meinem Zweitgutachter Prof. Dr. John Kannankulam danke ich besonders für die konstruktiven Diskussionen – das Kolloquium in Marburg hat mir mehr als einmal aus analytischen Sackgassen geholfen. Prof. Dr. Anika Oettler danke ich ebenso für ihre Betreuung.

Mein besonderer Dank gilt allen, die Teile dieser Arbeit gelesen, Korrekturvorschläge und präzise Formulierungen eingebracht, Aussagen infrage gestellt, Sätze entwirrt und lose Enden zusammengebunden haben: Patricia Schulze für ihr professionelles Lektorat; Thilo F. Papacek, Marius Haberland, Stefan Würzbach, natürlich Simone Claar und den Kollegen aus dem Kasseler Kolleg Global Social Policies Dank für ihre Kommentare.

Ohne die Zusammenarbeit mit Stefan Pimmer von der Universität Linz würde diese Arbeit viele Präzisierungen vermissen lassen, wären mir einige Quellen nicht aufgefallen und viele Fragen zum Staat in Lateinamerika niemals deutlich geworden. Unsere gemeinsamen Projekte waren ein wichtiger Bezugspunkt für meine Arbeit.

In Mexiko gilt besonderer Dank Víctor García Zapata, der mir erlaubte, ihn auszufragen und die politische Unruhe immer wieder für mich in Worte fasste; Gabriel Diazmercado, der mir vom *Desierto de los Leones* aus neue Perspektiven auf die ‚*ciudad monstruo*' eröffnete und Eva Capece für Geschichten zwischen Calle Uruguay und Merced. Prof. Lucio Oliver danke ich für seine herzliche Bereitschaft, mir die mexikanische Unilandschaft, Klassiker wie Sergio Bagú und nebenbei *mole de almendras* nahezubringen. Jaime Ortega und José Gandarilla gebührt Dank dafür zu

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zeigen, wie eng Akademisches, Humor und das Schaffen von Mini-Mythen beieinanderliegen können. Dem Postgraduierten-Seminar der Fakultät Filosofía y Letras der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), Prof. Jaime Osorio und den dortigen Kommiliton/-innen (Carlos, Cecilia, Juan, Amaury, Emiliano) danke ich für Diskussionen um Staat, globale politische Ökonomie und soziale Ungleichheit.

In Kolumbien habe ich Alirio Uribe Muñoz viel zu verdanken, der die gesellschaftlichen Konflikte seit meinem ersten Aufenthalt in Bogotá vor zehn Jahren immer wieder mit beeindruckender Klarheit für mich durchleuchtet hat und den ich ein ums andere Mal interviewen durfte. Marce und Nury für alles, was ich von ihnen gelernt und mit ihnen gelacht habe und für ihren Mut. Denen, die sich gegen die Normalisierung der Gewalt stellen und politisch aktiv bleiben. Den anonymen Interviewpartner*innen und vielen weiteren Kontakten in beiden Ländern, die mir viele Türen geöffnet und Spuren gelegt haben.

Den Studierenden in meinen Seminaren an den Universitäten Marburg und Göttingen und der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin danke ich dafür, dass viele von ihnen die Universität zu einem außerordentlich spannenden Raum machen. Das Redaktionskollektiv der Lateinamerika Nachrichten war über Jahre ein „politisch-journalistisches“ Zuhause. Viele Ideen, die ich in der vorliegenden Arbeit ausgeführt habe, konnte ich in der Zeitschrift journalistisch diskutieren. Bedanken möchte ich mich bei Mabel Thwaites Rey, Direktorin des Instituto de Estudios para América Latina y el Caribe (IEALC) an der Universidad de Buenos Aires (UBA) für die anregenden politischen und wissenschaftlichen Gespräche und dafür, dass ich an der Arbeitsgruppe Estado y Transformación des Wissenschaftsnetzwerkes CLACSO teilnehmen durfte.

Der Rosa-Luxemburg-Stiftung danke ich für die großzügige Finanzierung und die Möglichkeit, meine Arbeit in Arbeitskreisen und Seminaren zur Diskussion zu stellen; Dank gilt ebenso der „Research Academy“ der Universität Marburg für das gewährte Abschlussstipendium.

Mein Dank für wertvolle Diskussionen und Gespräche über den wissenschaftlichen Zusammenhang hinaus gilt Aldo Rabiela, Katrin Planta, José Cárdenas, dem stipendiatischen Arbeitskreis Lateinamerika und vielen weiteren Kolleg*innen auf Tagungen und Konferenzen. Ioanna Menhard, Hanna AlTaher und Christina Gerdts danke ich, weil sie mir immer wieder zeigen, wie Wissenschaft und politische Aktivität zusammen zu denken sind. Dafür braucht man unbedingt Mitstreiterinnen wie euch. Vielen weiteren Freund/-innen und meinem Bruder Holger danke ich für Nachsicht und die Erinnerung daran, dass sich das Leben auch abseits des Schreibtisches abspielt, meiner Mutter und meinem Vater für ihr Interesse am Thema und ihre Geduld mit diesem Projekt.

Zuletzt: Robert, der Kapitel für Kapitel dieser Arbeit gelesen und begleitet hat: *mil gracias.*

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Einleitung

> „Lawlessness and criminal violence have become integral to depictions of postcolonial societies, adding a brutal edge to older stereotypes of underdevelopment, abjection, and sectarian strife. [...] Mounting images - of Colombian druglords and Somali warlords, Caribbean pirates and Nigerian gangsters, Afghani poppies and Sierra Leonean blood diamonds - add up to a vision of global enterprise run amok: a Hobbesian nightmare of dissipated government, suspended law, and the routine resort to violence as a means of production."
> (COMAROFF/COMAROFF 2006: 6).

AUSGANGSPUNKTE: ENTHEGTE GEWALT, KONTROLLVERLUST, KRIMINALITÄT

Mediale Bilder von Kolumbien oder Mexiko rufen häufig Assoziationen wie Konflikt oder Drogenhandel hervor. In Kolumbien scheinen Gewaltakteure (Guerillas, Paramilitärs, „Kartelle") in Politik und Wirtschaft verstrickt; die kolumbianischen „druglords" gelten als Paradebeispiel für enthegte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung; der bewaffnete Konflikt währt bereits 60 Jahre (vgl. das Länderprofil der BBC Mundo 2013a). In Mexiko scheint sich in den letzten Jahren eine rasche Entwicklung zu vollziehen, die das über Jahrzehnte stabil-autoritär regierte Land in die Nähe des Scheiterns rückt: Der alptraumhafte Eindruck von „dissipated government" und „suspended law" (Comaroff/Comaroff 2006: 6) verschärft sich mit den exponentiell steigenden Gewaltraten, die die mexikanische Regierung veröffentlicht: Hatte laut dem Präsidialamt (Presidencia zit. in El País 2011) der „Krieg gegen die Drogen" 2009 noch 6.587 Tote gefordert, so waren es allein 2010 15.273 und während der Regierungsperiode 2006-2012 je nach Quelle über 60.000 Menschen, die „aufgrund von Gewalt im Zusammenhang mit dem Drogenhandel"

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(INCB 2013: 64) starben. Diffus, unerklärlich, als Werk von Bandenkriegen erscheint diese Gewalt; ein fragmentierter Staat sieht hilflos zu – so der Eindruck aus Medien und sozialwissenschaftlichen Debatten.

Es ist ein einprägsames Bild – ein Staat, dem mit dem Gewaltmonopol die Kontrolle entgleitet –, das in beide Richtungen funktioniert: Kolumbien habe, so weite Teile der kolumbianischen und internationalen Presse (etwa die Financial Times 2013 in einem begeisterten Dossier) inzwischen wesentliche Probleme überwunden und sei ein „rising star" (Präsident Juan Manuel Santos zit. in Semana 2011a). Mexiko dagegen kämpft mit dem Kontrollverlust über „weite Teile des Staatsgebiets" (Boyer 2012) und seinem „Verfall" (Roux 2011: 76); sogar die „Kolumbianisierung" Mexikos (Escalante Gonzalbo 2009: 85) – also eine Situation des Scheiterns, wie Politiker sie im Kolumbien der Jahrtausendwende immer wieder konstatierten[1] – wird befürchtet. Doch beides, Erfolg und Misserfolg, machen sich fast ausschließlich an der (militärischen) Bekämpfung der „Drogenproblematik" fest. Dass die Art und Weise, das „Drogenproblem" wie im von US-Sicherheitsinstitutionen angeleiteten „Krieg gegen die Drogen" zu bearbeiten, nicht funktioniere und stattdessen das Problem noch verschlimmert habe, ist keine neue These.[2] Doch obwohl inzwischen sogar ehemalige Präsidenten (so die ehemaligen Präsidenten Mexikos und Brasiliens, Zedillo und Cardoso in Comisión Latinoamericana Sobre Drogas Y Democracia 2009, oder der kolumbianische Präsident Santos 2012, vgl. Die Zeit 2012) und Institutionen wie die Weltbank immer häufiger für eine nachfrageorientierte Drogenpolitik statt einer militärischen Bekämpfung des Angebots argumentieren, scheint gewaltvolle, organisierte Kriminalität der wichtigste Erklärungsfaktor dafür zu sein, wie staatliche Politik in diesem oder jenem Kontext funktioniert. Bei näherer Betrachtung ist das Bild von der diffusen, entgrenzten Gewalt erschreckend oberflächlich: Eine Beschäftigung mit der tatsächlichen Rolle des Staates spart es aus; komplexe und jeweils unterschiedliche Problematiken reduziert es auf die „Organisierte Kriminalität".

Das Bild ist zudem von globalen Herrschaftsverhältnissen geprägt: Die Probleme mit der „Organisierten Kriminalität" überlagern frühere Vorstellungen von Unterentwicklung und extremen innergesellschaftlichen Gegensätzen (vgl. Comaroff/Comaroff 2006: 6). So scheint es häufig, als sei Organisierte Kriminalität ein strukturelles Problem der „Entwicklungsländer", sozusagen der postkolonialen Kondition inhärent (ebd.: 7) und von der restlichen („westlichen") Welt losgelöst. Im „Süden" spielen sich alptraumhafte Vorstellungen von exzessiver Gewalt und deren Bekämpfung ab; was der „Globale Norden" mit den Problematiken zu tun hat, wird häufig übersprungen.

1 Diese Einschätzung trafen v. a. US-amerikanische Politikberater (Political Instability Task Force 2003), hierzu unten.

2 Krauthausen (2013), Kenny/Serrano (2011) u.a. mehr haben dieses Argument ausgeführt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anliegen der vorliegenden Arbeit ist dagegen zum einen, sich einem adäquaten Verständnis von Staatlichkeit in Lateinamerika anzunähern. Zum anderen will sie die Gewaltverhältnisse bzw. das Politikfeld „Sicherheit" in Mexiko und Kolumbien zu einem Zeitpunkt in den Blick nehmen, an dem die Regierungen dieses Feld jeweils zum Thema ihrer Programme machten, und sie ist ein Beitrag zur deutschsprachigen Debatte zu den beiden lateinamerikanischen Ländern. Die Frage ist, wie sich zwischen 2002-2010 (Kolumbien) und 2006-2012 (Mexiko) gesellschaftliche Kräftekonstellationen und dementsprechend das Institutionengefüge im staatlichen Ensemble gestalten und auf die Art des Regierens einwirken.

Insofern soll im Folgenden weniger der Diskurs über die gewaltvolle ehemalige Kolonie beschäftigen, den Comaroff/Comaroff (2006) im Eingangszitat kritisieren, sondern das, was dahinterliegt: Der Forschungsgegenstand fasst wesentlich mehr als das „Drogenproblem". Nicht das „Scheitern" von Staaten gegenüber transnationalen Problemen, die ihre Fähigkeiten übersteigen, wird untersucht, sondern die spezifischen Ausprägungen und Verflechtungen in den untersuchten Fällen, denn hier werden Brüche und Transformationen in staatlicher Herrschaft besonders deutlich.[3]

Das Verschwindenlassen von 43 und die Ermordung von 3 Studierenden der Escuela Normal Rural von Ayotzinapa in Mexiko am 26. September 2014 führt die Aktualität des Themas und die zuweilen verkürzte wissenschaftliche und politische Bearbeitung in eklatanter Weise vor Augen. Ayotzinapa ist kein Einzelfall. Doch dieser singulär symbolisch aufgeladene Fall von Verschwindenlassen offenbarte für ein sehr breites Publikum, was diese Studie herausarbeitet, nämlich dass die Transformation von Staatlichkeit hier mit einer Verquickung zwischen Staat und Kriminalität einhergeht. Parole der nach Ayotzinapa aufkommenden Proteste war „*fue el estado*" („es war der Staat") – Protestierende machten Sicherheitskräfte aller Ebenen für den Fall verantwortlich. Das Verhältnis zwischen Staat und Gewalt ist somit ein wesentlich komplexeres als die jeweiligen Regierungsprogramme nahelegen. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der vorausgehenden Phase des staatlichen Umbaus. Um die Gemengelage von 2014-15 nachzuvollziehen, ist es unerlässlich, die Bedingungen dieses Umbaus zu kennen, der Fälle wie das Verschwindenlassen von Ayotzinapa erst möglich machte.

Gerade verfestigte Gewaltordnungen/ Gewaltverhältnisse sind also nicht ohne den Staat und ohne ein Verständnis von staatlicher Gewaltausübung zu denken. Dafür ist ein Staatsverständnis sinnvoll, das sich aus der Auseinandersetzung mit (neo-)poulantzasianischen Ansätzen (exempl. Hirsch 2005; vgl. Poulantzas 2002) und der lateinamerikanischen staatstheoretischen Debatte ergibt: Es beleuchtet spe-

3 Die aktuellen „Bruchzonen" (Engel/Middell 2005) finden sich in diesem Kontext (und nicht nur in diesen beiden Fällen) gerade auf der einzelstaatlichen Regierungsebene; dennoch sind die beiden Länder Beispiele für die „Verflechtung mehrerer Krisenherde".

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zifische Kräfteverhältnisse und die historischen Bedingungen ebenso wie allgemeine Formbestimmungen des Staates, die sich auf institutionellen *scales* (Ebenen) in unterschiedlicher Ausprägung wiederfinden (hierzu ausführlich Kapitel I). Denn *nachvollziehbar* werden die diffus und chaotisch erscheinenden Gewaltverhältnisse in den beiden Ländern nur dann, wenn die *Zusammenhänge* zwischen ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren und der Rolle des Staates zum Thema werden. Insofern dreht die vorliegende Arbeit die Perspektive um: Denn nicht vom Thema der Kriminalität ausgehend werden hier politische Dynamiken betrachtet, sondern die Erforschung und der Vergleich von Transformationen des Staates führen in den betreffenden Ländern *aus empirischen Gründen* unweigerlich auch, aber nicht nur, zum „Drogenproblem". Daher macht der wiederkehrende Begriff der „Gewaltverhältnisse" sowohl strukturelle sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse (massive Unterprivilegierung und Marginalisierung) als auch die in den in beiden untersuchten Ländern direkt ausgeübte (häufig politische) Gewalt zum Bezugspunkt.

STAAT UND UNSICHERHEIT IN MEXIKO UND KOLUMBIEN: STAND DER FORSCHUNG

Das Interesse an den ambivalenten und zeitweise erratisch erscheinenden Politiken lateinamerikanischer Regierungen, die der Bekämpfung des Drogenhandels bzw. der durch diesen verursachten Gewalt dienen sollen, hat in den letzten Jahren zu einer praktisch unüberblickbaren Fülle wissenschaftlicher Veröffentlichungen geführt. Immer wieder geht es um die schlechte Sicherheitslage in Mexiko oder um den Erfolg der militärischen Strategie in Kolumbien – und um die Rolle des Staates. Der folgende Absatz zum Stand der Literatur, der die Arbeit ins thematische Feld einbettet („nesting" (Silverman 2004: 299), bildet selbstverständlich nicht vollständig ein wissenschaftliches Feld ab, sondern relevante Literatur kommt in allen Kapiteln themenbezogen zur Sprache: Die Arbeit zitiert vorhandene Studien selektiv an geeigneten Stellen (ebd.: 299; Alasuutari 1995). Für den Forschungsprozess nahmen Arbeiten aus dem spanischsprachigen Raum bzw. aus Kolumbien und Mexiko eine besondere Rolle ein, da deren Kontextwissen weit über die wissenschaftliche Bearbeitung hinausgeht. Der Abschnitt spricht insofern sowohl Arbeiten an, die für verschiedene theoretische Konzepte von Staatlichkeit stehen als auch jene, die anhand konkreter Fallstudien zu Gewalt in Kolumbien oder Mexiko solche Konzepte erarbeiten.

Die in der internationalen und regierungsnahen Entwicklungszusammenarbeit häufig verwendeten Konzepte von „capability" oder „fragility" (BMZ 2013; OECD/ INCAF 2012), also der „Fähigkeit" eines Staates, Gewalt im eigenen Terri-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

torium bei sich zu zentralisieren, sind zwar in ihren Definitionen analytisch reichhaltiger geworden (ebd.), bleiben aber meist unscharf. Angesichts unterschiedlicher und widersprüchlicher Indikatoren sind die „betroffenen" Länder und die Wege, die aus der „Fragilität" herausführen, jeweils unklar. Die Vorstellung von Staatlichkeit, „guter Regierungsführung" (vgl. kritisch Hauck 2012a) oder „Resilienz" des Staates gegenüber „Stressfaktoren" (World Bank 2011: 217ff.) orientiert sich ausschließlich an idealtypischen Kriterien. Die zugrunde liegende Sichtweise ist auf mehreren konzeptionellen Ebenen problematisch.

Nicht nur analysierte man Staaten in der „Peripherie" so nur in negativer Abweichung vom (europäischen) Ideal. Diese Studien stützen sich auf eine Hypothese, die sie nicht nachweisen, nämlich dass die Konfliktivität tatsächlich Ergebnis einer Schwäche des Staates ist. Dabei wird Gewalt nicht nur in Regionen fern staatlicher Präsenz beobachtet, sondern in urbanen Zentren und Hauptstädten, in denen Sicherheitskräfte patrouillieren und die staatliche Präsenz nicht zu leugnen ist. Bereits ihre quantitative, sehr globale Herangehensweise begrenzt die Aussagekraft dieser Studien, so warnt die Weltbank (2011) selbst, für konkrete Kontexte. Dabei werden gesellschaftliche „Gewaltverhältnisse" meist auf den „Drogenkrieg" verengt und mit Akteuren der „Organisierten Kriminalität" und deren Praktiken gleichgesetzt. Das komplexe Verhältnis zwischen Staat und Gewalt in Lateinamerika kann eine solche Perspektive, wenn sie der „Organisierten Kriminalität" die immergleiche Rolle zuschreibt, staatliche Kräfte zu korrumpieren und damit zu „Fragilität" und Gewaltexzessen beizutragen (OECD/INCAF 2012; vgl. World Bank 2011), nicht erfassen.

Dennoch dient diese Konzeption konkret in Bezug auf die hier interessanten Fälle Kolumbien und Mexiko immer wieder als Basisthese. So liegen Sicherheits- und Strategiepapieren einiger Regierungen in Lateinamerika, den USA oder Europa ähnliche Ansätze zugrunde (BMZ 2013; OAS 2003; World Bank 2011). Dies zeigt eines deutlich: Dem Fragilitätskonzept vorausgehende Schlagworte wie „failed states" sind nicht nur Konzepte mit spezifischer politischer Agenda – Kenny/Serrano (2011: 5f.) kritisieren beispielsweise, hier vermische sich politische Strategie und Machtpolitik mit einem wissenschaftlich unbrauchbaren, realitätsfernen Konzept. Im Extremfall können solche Analysen „westliche" (militärische) Interventionen legitimieren (so etwa die Kritik an Münkler 2002), für die es sonst kaum überzeugende Argumente gäbe: Ist der Staat „gescheitert", nur teilweise präsent oder die „Staatlichkeit begrenzt" (Brozus/Risse 2009), erscheint Militarisierung rasch als einzig gangbarer Weg.

Diese normativ-idealtypische Perspektive auf den Staat bedeutet häufig, dass Gewaltpraktiken fast ausschließlich der „Organisierten Kriminalität" zugeschrieben werden. Eine Kooperation zwischen staatlichen und kriminellen Kräften existiert

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dann nur als Korruption,[4] als exogene Bedrohung für den Staat, und „while it calls itself ‚state failure', the agenda has nothing to say about states: everything hinges on the exogenous threats to them" (Kenny/Serrano 2011: 197). Für einen tatsächlichen Erkenntnisgewinn, wie sie ihn vorgeben, sind diese Konzepte nicht hinreichend: Die Gewaltakteure, denen der Staat gegenüber stehe, haben ein viel größeres Interesse daran, legislative Prozesse zu beeinflussen als an einem Kollaps staatlicher Strukturen (so die Kritik von Kenny/Serrano 2011; vgl. Alnasseri 2004a; Zelik 2007). Die Rede vom fragilen Staat wird der komplexen Gemengelage kaum gerecht: Innenpolitische und transnationale Dynamiken, Gewalt und Ökonomie stehen in enger Wechselbeziehung und sind nicht auf eine Erklärungsebene reduzierbar.

Das Konzept des „gescheiterten Staates" vermeidet also paradoxerweise meist einen differenzierten Blick auf den Staat.[5] Dass wirkmächtige Institutionen auf der internationalen Ebene daraus politische Handlungsanweisungen ableiten, macht das Konzept noch problematischer.

Auch Autor/-innen, die der politischen Agenda nicht unkritisch gegenüber stehen, übernehmen die These der „Fragilität": Die wohl häufigste Erklärung für die Probleme der kolumbianischen Gesellschaft war bis vor einigen Jahren, der kolumbianische Staat sei in manchen Regionen kaum präsent und könne seine Basisfunktionen nicht erfüllen (vgl. u.a. Jäger et al. 2007). Diese Schwäche der kolumbianischen Staatlichkeit wirke sich auf die „Persistenz des Bürgerkrieges" aus (ebd.). So können Jäger et al. aber weder die Rolle des Staates in diesem Geflecht, noch das Ringen unterschiedlicher Kräfte im Staat um unterschiedliche Politiken erfassen, auch wenn sie mit dem „transnationales Netz zwischen den Kokabauern in den Anden […], den mittelamerikanischen Transitländern und dem zumeist nordamerikanischen Endverbraucher" (ebd.: 183) eine transnationale Ebene reflektieren. Bow und Santa Cruz (2012) sprechen zwar mit Migdals „state-in-society"-Ansatz und dem „securitization"-Konzept von einer nicht vollendeten, vielschichtigen Transformation der Rolle des Staates in der Gesellschaft in den letzten 30 Jahren, überwinden aber nicht den Vergleich des defizitären „Entwicklungslandes", in dem „Eliten" Staatsapparate kontrollierten, mit ihrer Idealvorstellung von Staat. Neocleous (2008: 4) kritisiert beispielsweise, solcherlei Analysen der Sicherheitspolitik – auch Ansätze der critical security studies[6] – verblieben letztlich bei der Frage, wie Sicherheit „besser gemanagt" werden könnte – sie kritisierten nicht die liberale An-

4 Individuelle „Korruption" allein, das können z.B. Astorga (2007) für Mexiko und López et al. (2010a) für Kolumbien zeigen, erklärt aber die Interaktionen nicht hinreichend.

5 Eine Ausnahme ist Ruf (2003), der „Staatszerfall" v.a. politökonomisch diskutiert und den Verlust von Regulationsfunktionen im Kontext von Strukturanpassungsprogrammen und veränderten Akkumulationsstrategien verortet.

6 Vgl. zusammenfassend zu Differenzierungen zwischen Copenhagen School und Anderen C.a.S.E. Collective (2006).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nahme selbst, Sicherheit als Basis von Freiheit und „moderner“ Gesellschaft zu verstehen.[7] Doch auch Studien, die soziale Ungleichheit und die ökonomische Perspektivlosigkeit als Faktoren für Unsicherheit einbeziehen, fehlt auf theoretischer Ebene oft ein systematisches Verständnis des Staates; das gilt z.B. für die Kritik an Militarisierungspolitiken: Die „Militarisierung Mexikos“ analysieren Rodríguez Rejas (2010a) oder Carlos Fazio (1996, 2000) zwar überzeugend als Rückgriff konzentrierter Machtstrukturen auf repressive Mittel, nachdem Mediationsmechanismen aufgelöst wurden, sie bleiben aber staatstheoretisch teilweise etwas unterkomplex.

Um der Problematik gerecht zu werden, müsse, so Kenny/Serrano (2011: 197), die Analyse im Staat selbst und am Verhältnis Staat/Gesellschaft ansetzen. Doch auch wenn weitere Studien zugestehen, dass das Verhältnis Staat/Gewalt über eine ausschließliche Bedrohung von außen – aus der Gesellschaft – hinausgehen kann, trennen sie immer noch klar zwischen Staat und nicht-staatlichen Gewaltakteuren: Acemoglu et al. (2009) z.B. weisen mit einer quantitativen Analyse empirischer Daten nach, dass die Wiederwahl des Präsidenten Uribe 2006 von paramilitärischen Gruppen getragen war (ebd.: 41), denn unter spezifischen Bedingungen hätten politische Entscheidungsträger im Zentralstaat genügend Anreize, nicht-staatliche Akteure nicht zu „eliminieren“, sondern sich zu arrangieren und das Gewaltmonopol bewusst nicht durchzusetzen. Im kolumbianischen Fall hätten gemeinsame Prioritäten zu einer pro-paramilitärischen Politik geführt, und Paramilitärs und Politik bei Wahlprozessen kooperiert. Auch Garay et al. (2010) überwinden zwar mit dem Konzept der RCdE[8] die Vorstellung von einer Bedrohung des Staates von außen: Hätten sich die Grenzen der Akzeptanz gegenüber Illegalität einmal verschoben, sei für die erfolgreichsten Drogenhändler eine Konfrontation mit staatlichen bewaffneten Kräften nicht mehr notwendig. Doch das Konzept der *captura* (ob von innen oder von außen initiiert) lässt den Staat dennoch als eine Art Instrument erscheinen. Zudem: Dass partikulare, strategische Interessen in staatlicher Politik eine Rolle spielen, ist tatsächlich nicht die große Ausnahme oder Erklärungsvariable, zu der sie bei Garay et al. wird.

7 Neocleous (2008: 4) dagegen versteht ähnlich Hannah Arendt das Sicherheitsparadigma als Logik, die die gesamte Gesellschaft um eine bestimmte Ordnungsvorstellung herum modelliere und politische Artikulation als solche blockiere.

8 Die *Reconfiguración Cooptada del Estado* verstehen sie als „Aktivitäten legaler und illegaler Organisationen, die mittels illegitimer Praktiken das politische Regime von innen systematisch zu verändern suchen und in der Formierung, Modifikation, Interpretation und Umsetzung der Spielregeln und staatlicher Strategien Einfluss nehmen, um nachhaltige Vorteile zu sichern und zu erreichen, dass ihre Interessen rechtlich und politisch begünstigt und in der Gesellschaft langfristig legitimiert werden, obwohl diese nicht im Interesse des sozialen Wohlstands liegen.“ (Garay Salamanca u. a. 2010: 96).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tatsächlich verschleiern die Autoren mit der Vorstellung von einem Staat, der grundsätzlich das Allgemeinwohl zu wahren habe und nur in Ausnahmefällen eine Politik zugunsten bestimmter Kräfte garantiere, inwiefern die institutionellen Mechanismen *grundlegend* asymmetrische gesellschaftliche Interessen widerspiegeln (vgl. hierzu die Kritik von Gutiérrez Sanín 2010: 22ff.). Diese Kritik muss sich auch der Sammelband von López et al. (2010a) gefallen lassen, der Garays Ausführungen relativ unverändert übernimmt, und doch eine der zentralen empirischen Arbeiten – und sicher die datenreichste – zum „Zusammenfallen" von staatlicher Politik und den Interessen von bestimmenden Wirtschaftsgremien und paramilitärisch organisierten Sektoren der illegalen Ökonomie in Kolumbien darstellt.[9]

Studien über Gewaltfaktoren bzw. den kolumbianischen und den mexikanischen Staat und deren Sicherheitspolitik übersehen also häufig, was eine Perspektive der kritischen politischen Ökonomie hervorheben könnte, nämlich, dass staatliche Herrschaft gesellschaftliche Gruppen ungleich betrifft, Zustimmung unterschiedlich verteilt ist und der Staat keine neutrale Rolle einnimmt. Studien aus der kritischen (internationalen) politischen Ökonomie problematisieren vor allem die wirtschaftlichen Strukturanpassungen der 80er und 90er Jahre als Transformation von Staatlichkeit und als Grundlage dafür, heutige Verwerfungen nachvollziehen zu können (vgl. u.a. Anguiano 2010; Oliver Costilla 2009).[10] Die Arbeiten zur Entwicklung des mexikanischen Staates in den letzten 30 Jahren, z.B. der von Ávalos Tenorio herausgegebene Sammelband (2009a), der einzelne Aspekte des institutionellen Umbaus (Parteien, Transparenzgesetze, Medien) untersucht, oder Roux (2005), die das Aufbrechen früherer gesellschaftlich-staatlicher Loyalitätsbeziehungen nachzeichnet, skizzieren umfassend den gesellschaftspolitischen Kontext für dieses Thema. Sie beschäftigen sich jedoch nicht zentral mit der Frage nach der Gewaltfunktion des Staates. In welchem Ausmaß haben z.B. historische Konstellationen politischer Herrschaft die Ausübung von souveränen Funktionen durch kriminelle

9 Konzeptionell setzt der Sammelband bewaffnete Kräfte wie Paramilitärs und Guerillas analog, die sich strategisch, in ihrem Verhältnis zum Staat, in Organisationsform und Praktiken eigentlich stark unterscheiden (vgl. die Kritik von Gutiérrez Sanín 2010: 15–21).

10 Eine ganze Reihe englischsprachiger Arbeiten untersuchen die Transformation der 80er Jahre in Mexiko mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, so etwa Brachet-Marquez (1994) zu subalternen Kräften in der historischen Entwicklungen, Davis (1993) zum Zusammenspiel gesellschaftlicher Kräfte mit dem Staatspersonal. Heigl (2009, vgl. auch 2011) zeichnet Transformationen des mexikanischen Staates mithilfe des strategisch-relationalen staatstheoretischen und regulationstheoretischer Ansätze nach und betont, dass zwischen außenorientierten und binnenorientierten Kräften austariert worden sei, bis sich schließlich ein weltmarktorientiertes gegen ein nationalistisches Staatsprojekt durchsetzte.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Strukturen erlaubt und begünstigt? Darauf geben erstaunlicherweise die wenigsten Analysen der heutigen Gewaltproblematik eine Antwort. Für Kolumbien zeichnet der US-Amerikaner Richani (2002) historische Veränderungen innerhalb der einzelnen sozialstrukturellen Gruppen und der Art der Herrschaftsausübung als Zusammenhänge nach, die für ein Verständnis des bewaffneten Konflikts bis 2002 unentbehrlich sind – die Umwälzungen der letzten zehn Jahre kann er nicht mehr berücksichtigen. Hingewiesen sei auf Gonzalez, Vázquez und Bolívar (2003), die die geschichtliche Dynamik von Staat und Gewalt in Kolumbien als nicht geglückte Zentralisierung des Gewaltmonopols interpretieren und dabei fortbestehende Spannungen zwischen Zentralstaat und gewaltbereiten regionalen Kräften fokussieren. Großer Verdienst dieser Studie und der Arbeiten aus dem Umfeld des Forschungsinstitut CINEP ist sicherlich die räumliche Differenzierung von Staatlichkeit angesichts unterschiedlich geprägter Regionen. Das CINEP (2012: 54) kritisiert die Vorstellung, die Gewaltphänomene auf schwache staatliche Institutionen und fehlende ‚*good governance*' zurückführt: Dies missverstehe den Staat als monolithische, homogene Einheit und sei gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und historischen Bedingungen gegenüber blind.[11] Eine Analyse der – jeweils unterschiedlichen! – historischen Voraussetzungen ist offenbar keineswegs selbstverständlich; um das aktuelle Thema von Staatlichkeit und Gewalt zu erfassen, ist die Kenntnis des historischen Kontextes aber notwendig. Kapitel III dieser Arbeit fragt daher nach Staatlichkeit in Kolumbien und Mexiko in der historischen Entwicklung.

Bisher recht wenige Arbeiten (Oliver Costilla 2012; Sammelband Osorio 2011) beschäftigen sich aus der polit-ökonomischen Perspektive mit den Themen Gewalt und Ausnahmezustand in Mexiko. In Kolumbien dagegen gehen verschiedene Arbeiten auf den Zusammenhang zwischen verändertem institutionellem Gefüge, einer veränderten Zusammensetzung der „Eliten" (Leal Buitrago 2007) und Paramilitarismus ein und argumentieren aus historischer Perspektive (u.a. Leal Buitrago 2006a; Aristizábal 2007; Medina Gallego 2008; Romero 2006). Gutiérrez Sanín konstatiert eine „Narcotisierung" der kolumbianischen Politik, mit der u.a. eine aggressive „politische Schließung" einhergehe (Gutiérrez Sanín 2006: 66, 2010: 21;

11 Denn „die Herausforderung, die politische und urbane Gewalt zu verstehen, liegt darin, dieses Phänomen nicht mit dem Fehlen starker – demokratischer – staatlicher Institutionen zu assoziieren, die gesellschaftliche Forderungen kanalisieren – Governance –, [dies sind Ansätze] die den Staat als monolithische, universale und homogene Einheit verstehen, als Träger von Gesetz und Gewalt, als Garant der politischen Ordnung, der seine Macht innerhalb eines von seinen Grenzen festgelegten Territoriums ausübt, ohne jede Einmischung von außen oder von lokalen Kräften, die häufig erfolgreich die institutionelle Prekarität ersetzen […], denn mit diesem Ansatz erscheint der Staat als abgetrennt von gesellschaftlichen Verhältnissen, die ihn doch konstituieren, und von dem spezifischen historischen Prozess, der ihm Form verliehen hat." (CINEP 2012: 54).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vgl. Medina Gallego 2008: 135). Aristizábal (2007) spricht von einer „Metamorphose“ des Staates im Kriegszustand. Estrada Álvarez (2010a: 15f.) erklärt die veränderten politischen Dynamiken in Kolumbien regulationstheoretisch mit einem Akkumulationsregime, das eine tiefgreifende, gewaltvolle Transformation der Besitzverhältnisse, wachsende Verschränkung von legalen und illegalen Formen der Akkumulation als Hauptcharakteristikum einer neuen kapitalistischen Räumlichkeit und eine veränderte Zusammensetzung des Machtblocks mit sich gebracht habe. Zeliks Arbeit (2009), der in einer u.a. von Agamben und Foucault beeinflussten Perspektive (weniger staatstheoretisch) auf die Art der Kriegsführung und den Ausnahmezustand als bestimmendes Paradigma eingeht und im Unterschied zu anderen hauptsächlich kolumbianische Studien rezipiert, ist in den letzten Jahren eine der wichtigsten Arbeiten zum Paramilitarismus außerhalb des spanischsprachigen Raums.

Trotz zahlreicher Arbeiten der letzten Jahre gibt es bisher keinen systematischen, staatstheoretisch angeleiteten Vergleich mit aktuellem Bezug. Die wertvollen Studien von Müller (2012, „negotiated state“) oder Roux (2011) zu Mexiko, Franco (2009) oder López et al. (2010a) zu Kolumbien, beziehen sich ausschließlich auf einen Fall. Zusammenfassend lässt sich tatsächlich sagen, dass kaum Untersuchungen existieren, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Ausgestaltung des Staates in beiden Ländern mit der Weltmarktintegration und Globalisierungsprozessen in Bezug bringen und gleichzeitig die Historizität dieser Entwicklungen hervorheben. Systematisch setzen bisher wenige Autor/-innen den offiziell erklärten oder inoffiziellen permanenten Ausnahmezustand dort in Relation zu der Position der Länder als ehemalige Kolonien, ohne dies mit der Schwäche des Staates zu erklären.

In dieser Hinsicht müsste man die Rolle des Staates für die Produktion von Unsicherheit herausstreichen, wie es einige neuere Arbeiten (Franco Restrepo 2009; Kenny/Serrano 2011; Maldonado Aranda 2010a; Müller 2012; Pansters 2012a) tun: sie untersuchen auf unterschiedliche Weise die Rolle des Staates in der (Re-)produktion von (Un-)sicherheit und bauen dabei u.a. auf Studien zu den Transformationen der letzten Jahrzehnte auf. Dabei diskutieren sie das Verhältnis Staat/Ökonomie und die materiellen Bedingungen für Politiken, die nicht alle Bevölkerungssegmente gleichermaßen betreffen und rücken die Gewaltfunktion des Staates bzw. Sicherheitsapparate ins Zentrum der Analyse.

Vilma Franco Restrepo (2009) stützt sich in ihrer Analyse der „*counter-insurgency*-Herrschaft“ in Kolumbien u.a. auf ein Staatsverständnis, das sich an den Überlegungen Nicos Poulantzas’ orientiert, und untersucht empirisch und theoretisch versiert die Legitimationsdiskurse für eine veränderte Organisation staatlicher Gewalt. Auch wenn die „Organisation des paramilitärischen Dispositivs“ (ebd.: 385) aus der Notwendigkeit entstehe, die Legitimität der Institutionen selbst zu wahren, also die Fiktion des Gewaltmonopols als legitim konstituiertem Grundsatz

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

von Staatlichkeit, so richte sich die von Paramilitärs ausgeübte Gewalt doch auf die Unterstützung eines politischen Projekts der „Gesellschaft von Grundbesitzern“ und auf den Herrschaftserhalt über subalterne Sektoren und garantiere notwendige Bedingungen für neue Strategien zur Kapitalakkumulation (385-389).

Maldonado Aranda (2010a: 416) lehnt in seiner Arbeit zu Gewaltverhältnissen im mexikanischen Michoacán eine monolithische Sicht auf den Staat ebenso ab wie die Rede vom „gescheiterten Staat“, da diese – politisch motivierte – Perspektive von einem dem Staat *äußerlichen* Verhältnis zur „Organisierten Kriminalität“ ausgehe. Stattdessen treffen sich laut Maldonado an den „Rändern des Staates“[12] unterschiedliche Regulationsmodi – die auf die Bevölkerung gerichteten Technologien der Gouvernementalität können daher innerhalb eines nationalstaatlichen Zusammenhangs erheblich variieren. Das hinge historisch davon ab, in welcher Form der Staat Bevölkerung und Territorium handhabe, regionale Souveränität/Einhegung verhandle. Diese „marginalen“ Regionen seien allerdings entsprechend negativ repräsentiert, als wären sie intrinsisch gewaltsam (Maldonado Aranda 2010b: 426). Praktiken wie Besiedlungsbewegungen und die landwirtschaftliche Kommodifizierung seien höchst komplex und konfliktiv, und die heutigen Regionen des illegalen Anbaus konstituierten sich häufig auf der Basis von gewaltförmigen Migrationsprozessen und Vertreibungen (ebd.: 426). So verortet er den Boom des Drogenhandels im Kontext wirtschaftsliberaler Reformen des Staates ab den 1980er Jahren (vgl. Maldonado Aranda 2012: 7).

Ähnlich kritisieren Pansters et al. (2012a) in einem Sammelband die in der Transitionsforschung zu Mexiko verbreitete Vorstellung einer linearen, weitgehend gewaltfreien Transition vom PRI-Modell zu einer noch „fehlerhaften“ Demokratie (vgl. Bow/Santa-Cruz 2012), die einerseits häufig über institutionelle Mechanismen nicht hinausblicke und andererseits die Eskalation von Gewalt für ein mit dem „Drogenhandel“ aufgekommenes Phänomen halte. Die Vorstellung von Mexiko als Ausnahmeregime unter der PRI (bei dem die Forschung häufig die inklusiven, kooptierenden Mechanismen betonte) habe eine tiefer gehende Untersuchung von Gewalt und Zwangsmitteln – unter der *pax priísta* immer probates Mittel – verhindert (Pansters 2012b: 8). Dem setzt Pansters eine an gramscianischen Konzepten orientierte, systematische Untersuchung der Gewalt und Zwangsmechanismen im mexikanischen „state-making“-Prozess entgegen, die bisher als abgetrennte „dunkle“ Seite oder schlicht als marginale Elemente behandelt worden seien. Tatsächlich, so Pansters (ebd.: 32), hätten gewaltsame Mechanismen der Konfliktbearbeitung auf der lokalen/regionalen Ebene langfristig erst ermöglicht, auf der nationalen Ebene Konflikte zu kanalisieren. Daher betrachten Pansters et al. (ebd.: 30) vier Felder (Gewalt und Hegemonieprozesse jeweils sowohl auf nationalem wie regio-

12 Diese „Ränder“ bezieht Maldonado (2010a) auf Territorialität und auf die Reichweite von Praktiken und Gesetzen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nalem/lokalem *scale*). Der Anspruch, heutige Gewaltformen mithilfe historischer Phänomene zu untersuchen und dabei das komplexe Verhältnis zwischen Gewalt, Staat und Klassen nicht zu vernachlässigen, schließt eine wichtige Lücke. Zu kurz kommen höchstens die möglicherweise konkurrierenden Projekte in Form von Widerstand subalterner Kräfte.

Laut Kenny/Serrano (2011: 13) müsse man in Mexiko statt von einem „scheiternden Staat" vom „Scheitern der Sicherheitspolitik" sprechen, die sich zunehmend auf extralegale Mittel stütze; außerdem konstatieren sie einen „paramilitary turn" (ebd.: 221) in den mexikanischen Konflikten, der ohne die „natürliche Nähe" (ebd.: 221) zwischen militärischen anti-Drogen-Einheiten und Drogenhandel nicht denkbar sei. Mit empirischer Verankerung und analytischer Scharfsicht zeigen sie die Probleme der Sicherheitspolitik ab 2006 auf und können die konzeptionelle Kurzsichtigkeit der politischen Strategie aufzeigen – auch indem sie auf Kolumbien verweisen; hier allerdings bleibt die Analyse oberflächlicher. Die Klarheit, welche politischen Kräfte warum ein Interesse an einer autoritären „Mutation" (ebd.: 200) hatten, bleiben sie allerdings schuldig.

Auch Müllers (2012) Arbeit zum mexikanischen Staat ist zentral. Mit dem Konzept des „negotiated state" erkennt er, dass ständig in Verhandlung stehende staatliche Institutionen als schwach oder instabil erscheinen könnten, obwohl sie tatsächlich stabile Regeln etablierten. Diese setzten sie aber nur selektiv um und verhinderten so Konflikte mit Machtgruppen (ebd.: 40). Die Institutionen erfüllen die spezifischen Anforderungen an den Staat erst durch ihre Flexibilität. Staatliche Institutionen stünden nicht über gesellschaftlichen Machtverhältnissen; daher plädiert er für Migdals „institutions-in-society" (ebd.: 41). Da unter diesen Bedingungen der „staatliche Raum selbst, weit von einem homogenen, standardisierten […] Raum der Aneignung entfernt, die Gestalt einer ‚in besonderem Maße regionalisierten, im Wesentlichen unverbundenen Gesellschaft' annahm" (ebd.: 34), mit einer „Dispersion der Gewaltmittel" in „Ermöglichungsstrukturen für lokale politische Machtzentren" resultiere, entleiht Müller von Davis (2010) das Konzept der „fragmentierten Souveränität", um den mexikanischen Staat zu beschreiben.[13] Für Müllers Arbeit ist zentral, dass „durch die Einbettung der mexikanischen Polizei in diese Strukturen von Verhandlung, Aneignung und informeller Politik das *policing* zum Schutz der politischen Ordnung" nach der Mexikanischen Revolution beitrug (Müller 2012: 57). Um die heutige Gemengelage zu verstehen sei nun wesentlich, dass die Beziehungen zwischen politischer „Elite" und Organisiertem Verbrechen in der PRI-Zeit recht eng waren und die Polizei gleichsam als „kommunikative Plattform" (Baur zit. ebd.: 59) diente. Nach der Schuldenkrise 1982 hätten weder die „Konso-

13 Den Begriff der „fragmentierten Souveränität" nutzt der US-Amerikaner Richani (2007) zur Beschreibung des Verhältnisses zwischen Zentralstaat und regionalen *Caciques* in Kolumbien ebenfalls.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lidierung als peripherer Wettbewerbsstaat“ noch die Dezentralisierungstendenzen die lokal Herrschenden ihrer Autonomie beraubt und die Strukturen des verhandelten Staates auch nicht untergraben (ebd.: 57). Im Sinne eines „subnationalen Autoritarismus“ (Gibson 2004) hätten sich mit der neoliberalen Restrukturierung von Staat und Ökonomie neue lokale Herrscher etabliert oder ihren Einfluss in der unter sozialer und politischer Desintegration leidenden lokalen Gesellschaft ausgeweitet (2012: 58).

Die genannten Arbeiten, die den Staat nicht auf seine Steuerungsfähigkeit reduzieren, sondern auch kritisieren, waren für die vorliegende Studie unverzichtbar. Dennoch tut sich hier eine fast schon überraschende Lücke im Forschungsfeld auf: Am Verweis auf Kolumbien kommt zwar offensichtlich keine Analyse des mexikanischen Staates und der Gewaltproblematik mehr vorbei. Nicht nur verschiedene Medien (Boyer 2011), auch die wissenschaftliche Debatte (Felbab-Brown 2009; kritischer Escalante Gonzalbo 2009) unterstellt in den letzten Jahren immer wieder einen Zusammenhang zwischen den politischen Entwicklungen in den beiden Ländern. So scheint Kolumbien nach wie vor Folie für die Beobachter zu sein, die auf dem lateinamerikanischen Kontinent Zerfallsprozesse feststellen. Hier lohnt eine wissenschaftlich fundierte Perspektive: Die Gewalt in Mexiko ist trotz der rapide gestiegenen Mordraten in ihrem Ausmaß nicht denen Kolumbiens Anfang der 2000er Jahre gleichzusetzen.[14] Vor allem aber übersähe eine Gleichsetzung die völlig unterschiedlichen Kontexte und Bedingungen. Die vorliegende Arbeit sucht also auch den Modebegriff der „Kolumbianisierung“ Mexikos zu dekonstruieren. Gerade die Transformation des Staates bei einer, so scheint es, Relativierung historischer Legate, will diese Arbeit untersuchen. Dabei geht es hier nicht darum zu zeigen, wie demokratische Mechanismen auf nationaler Ebene mit einem lokalen Autoritarismus koexistieren (Acemoglu et al. 2009; Gibson 2004).

Auch die Autor/-innen, die die Zerfallsthese ablehnen, argumentieren, dass eine sozialwissenschaftliche Betrachtung der Verhältnisse in Kolumbien für eine Analyse der Entwicklungen in Mexiko fruchtbar gemacht werden könnte – gerade dann, wenn sie die Unterschiede herausarbeitet (Pansters 2012b: 34; Kenny/Serrano 2011: 217f.; vgl. auch Palacios 1999). Umso erstaunlicher ist es, dass ein sozialwissenschaftlich und staatstheoretisch fundierter Vergleich zur transformierten Staatlichkeit beider Länder in diesem Zeitraum bisher nicht existiert, auch nicht im spanischsprachigen Raum. Bisher gibt es dazu praktisch nur journalistische Arbeiten (Reveles 2011; Apostolo et al. 2013). Arbeiten wie die von Müller (2012), Roux (2011), López et al. (2010a) oder auch Pansters (2012a) überwinden zwar konzeptionelle Kurzsichtigkeit, nehmen aber ausschließlich ein Land in den Blick.

14 Trotz des Rückgangs der Mordrate lag diese 2010 in Kolumbien weiterhin offiziell bei 33,4 pro 100.000 Einwohner, in Mexiko bei 18,1 (United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) 2011: 93, stützt sich auf Zahlen der Policía Nacional bzw. Policía Federal).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DIMENSIONEN DER ANALYSE, VERGLEICH, AUFBAU

Die Ergebnisse einer Forschungsarbeit werden nicht in der Reihenfolge präsentiert, in der sie erarbeitet wurden. Selbst wenn am Anfang des Textes eine Hypothese steht, war diese im Forschungsprozess Veränderungen unterworfen und wird erst in der genaueren Beschäftigung mit dem Gegenstand endgültig festgelegt. Sogar ein quantitativ angelegtes Vorgehen gelangt häufig erst mit einer „rekonstruktiven Logik" zur Hypothesen-testenden Struktur (Kruse 2010: 190; Silverman 2004: 314; vgl. Alasuutari 1995: 181ff.). Und obwohl Forschungsprozessen immer bereits Annahmen zugrunde liegen, wäre es ahistorisch, unabhängig vom Kontext ein Theoriegebäude zu errichten oder ein unverändertes Variablenset auf jedweden Kontext anzuwenden. Stattdessen sollten die Konzepte kontextualisiert werden (vgl. Schwartz-Shea/Yanow 2011). Das heißt, Deduktion und Induktion stehen relational zueinander und sind einander nicht dichotom entgegen zu setzen (vgl. Kruse 2010: 219). Auch ein inhaltsanalytisches Vorgehen ist ohne Induktion und damit Elemente der Grounded Theory (vgl. zusammenfassend Kruse 2010) nicht umzusetzen. Auf der Ebene der allgemeinen Annäherung an den Gegenstand und bei der Auswertung qualitativer Daten kamen daher abduktive Verfahren zur Anwendung. Der Forschungsprozess begann mit der Irritation, dass mit dem Begriff der „Kolumbianisierung Mexikos" eine konzeptionelle Folie über einen völlig anderen Kontext gelegt wurde.[15]

Die Herausforderung besteht darin, einen fundierten staatstheoretischen Referenzrahmen für die untersuchte Region zu finden, der unterschiedliche Entstehungsbedingungen und Transformationen beachtet. Erklärungsfaktoren aus der politischen Ökonomie sollen mit einer Analyse verbunden werden, die ihren Fokus *nicht* auf die „wirtschaftliche Sphäre" beschränkt, sondern das Politikfeld „Sicherheit" in den Blick nimmt. Dabei ist der Begriff „Sicherheitspolitik" irreführend, da sich das Ziel, wie sich zeigen wird, nicht in der Herstellung von Sicherheit für einen Teil der Gesellschaft erschöpft – es ist angebrachter von einem Politikfeld zu sprechen, in dem sich Sicherheit und Unsicherheit vermengen, für unterschiedliche gesellschaftliche Segmente unterschiedlich darstellen und erreichbar sind: Der Begriff „Un-/Sicherheit" ist zutreffender.[16]

15 Der Forschungsprozess „begins with a puzzle, a surprise or a tension, typically arising from the juxtaposition of expectations—themselves deriving from a priori knowledge, whether theoretical or experiential—with field observations, experiences, and/or readings" (Yanow 2013: 18).

16 Dies gilt besonders, wenn das Begriffspaar Un-/Sicherheit auf strukturelle Grundlagen wie soziale Ungleichheit und nicht nur auf vermeintlich klar messbare Kriminalitätsraten abhebt und Fallstricke wie eine nicht intendierte (in)securitization (C.a.S.E. Collective 2007) auf konzeptioneller Ebene mitdenkt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zunächst ergibt sich auf abstrakter Ebene die Forschungsfrage nach einem Verständnis von Staatlichkeit in den post-kolonialen Staaten Lateinamerikas.[17] Einen Beitrag für eine unter mehreren möglichen Antworten auf diese Frage zu leisten, ist Anliegen der Arbeit. Aus dem abduktiven Vorgehen auf der größeren Abstraktionsebene anhand staatstheoretischer Ansätze aus Europa (vor allem Poulantzas 2002) und Lateinamerika (u.a. Zavaleta 2009a) wird in Kapitel I ein Verständnis von Staatlichkeit entwickelt, das sowohl auf Lateinamerika bezogene Spezifika als auch mithilfe regulationstheoretischer Begrifflichkeiten (Becker et al. 2007) historische Veränderungen der Rolle des Staates (Hirsch 2005) berücksichtigt. Eine vergleichbare theoretische Annäherung der regionalen und historischen Konkretisierung schlägt Jessop (2009) vor.

Handhabbar wird die Studie zudem mittels der Begriffe Politikfeld und Projekt: Politikfelder werden mit Brand (2011: 6f.) als kontextgebunden verstanden, eingebettet in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. Das Interesse liegt bei dieser Definition weniger in der Wirksamkeit von Politikprogrammen, sondern in den Prozessen, im Ringen um Politikstrategien in ihrem Entstehen und im institutionellen Setting, auch auf unterschiedlichen *scales*. Dies schließt eine Kritik an der vorherrschenden Gestaltung von Politik ein und macht es methodisch notwendig, unterschiedliches Datenmaterial zusammenzutragen. Der strategietheoretische Begriff des Projektes in Anlehnung an Poulantzas (Kannankulam/Georgi 2012: 20, 34ff.; vgl. Jessop 2008) erlaubt es, „im Rahmen einer historisch-materialistischen Kontextualisierung" die „sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien" zu erfassen (ebd.: 35).

Das vorliegende Forschungsprojekt beschäftigt sich damit, wie sich zwischen 2002-2010 (Kolumbien) und 2006-2012 (Mexiko) gesellschaftliche Kräftekonstellationen und dementsprechend das Institutionengefüge im staatlichen Ensemble gestalten und auf die Art der Ausübung von Herrschaft einwirken. Deshalb wurde nicht die transnationale Ebene oder der Transfer von Sicherheitskonzepten zum Ausgangs- oder Mittelpunkt der Analyse, sondern die jeweiligen Herrschaftszusammenhänge: Die Analyse – eine Abstraktionsebene konkreter – ist als Ländervergleich angelegt und beschränkt sich auf Kolumbien und Mexiko in den Jahren ab 2002 bzw. 2006, als die Regierungen jeweils eine spezifische Bearbeitung des Ge-

17 Nicht alle Staaten, deren Einbindung in den Weltmarkt heute ähnlich „untergeordnet" ist, sind tatsächlich frühere Kolonien. Umgekehrt sind nicht alle ehemaligen Kolonien als „abhängig" zu bezeichnen. Der Begriff des „Globalen Südens" und „Nordens" bezeichnet hingegen eher ein kritisches Verständnis von Ungleichheitsverhältnissen, die sowohl im sogenannten „Norden" wie im sogenannten „Süden" aufzufinden sind. Obwohl diese Kategorien demnach nicht a priori verallgemeinerbar sind, kann die Arbeit zu einem Verständnis von Staatlichkeit in weiteren Regionen der Welt beitragen, in denen ähnliche Bedingungen eine Rolle spielen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

waltproblems ankündigten. Welche unterschiedlichen, möglicherweise konfligierenden (Hegemonie-)Projekte lassen sich am Politikfeld „Un-/Sicherheit" verdeutlichen?

Es ergibt sich die Frage, inwiefern sich in beiden Ländern ein – unterschiedlich ausgeprägtes – autoritäres Projekt durchsetzt, in dem sich Elemente für eine auf Dauer gestellte Staatsform zeigen. Hierfür erlangt der intersektional verstandene Begriff gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Brand 2011) zentrale Bedeutung (Kap. II): Mittels diesem wird ausgelotet, wie Herrschaftsausübung sich verändert und in der Gewichtung und Anordnung von Staatsapparaten und eingesetzten staatlichen Mitteln artikuliert. Entsprechend fragt die Arbeit, wie jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte und strategische Akteure zum vorherrschenden Projekt und zur Regierungspolitik stehen. Welchen Zugang haben sie zu staatlichen Entscheidungszentren? Die Bearbeitung des exemplarischen Politikfelds „Un-/Sicherheit" ermöglicht präzise Aussagen über die materielle Verdichtung der Kräfterelationen in die politischen und juridischen Institutionen und die Umgestaltung staatlicher Politik.

Die Arbeit analysiert veränderte Staatlichkeit in Kolumbien und Mexiko komparativ anhand des Politikfeldes „Un-/Sicherheit". Ein vergleichendes Design sucht nicht nur die Beobachtungen in beiden Fällen zu beschreiben und zu systematisieren, sondern soll vor allem Zusammenhänge (evtl. Transfers) verdeutlichen, indem es Gemeinsamkeiten und Unterschiede differenziert. Ziel der Studie, die nicht Individuen, sondern ein Politikfeld zur Grundlage hat, sind Aussagen auf der Makro-Ebene. Im Vordergrund steht das Interesse, empirische Zusammenhänge nachvollziehen zu können – nicht einzelne Faktoren zu isolieren: Dabei ist die bewusste und gezielte Fallauswahl aus inhaltlichen Gründen entscheidend – ähnlich dem, was Lauth (2009: 64) für eine Auswahl archetypischer Fälle nennt. Beide Länder hat bereits die Transitionsforschung als Ausnahmefälle mit fortbestehenden autoritären Zügen interpretiert (Zinecker 2007: 95). „Doch im Unterschied zu diesen geht es weniger um die frühzeitige Identifizierung von später repräsentativen Fällen als um das mit ihnen verbundene theoretische Potenzial", das „für weitere Untersuchungen richtungweisend" (Lauth et al. 2009: 64f.) sein kann – dort aber wieder mit dem empirischen Kontext verglichen werden muss. Da hier ein dynamisches Forschungssetting angenommen wird, das nicht laborartig kontrolliert werden kann, sind die Konzepte jeweils wieder abzugleichen. In jedem Einzelfall muss versucht werden, die Bedingungen zu identifizieren, unter denen sich der Umbau staatlicher Un-/Sicherheitspolitik vollzog. Dabei wird ein permanent vergleichender Blick in der Auswertung von (unterschiedlichen) Daten angelegt. „Vergleichend" ist die Herangehensweise in vielfacher Hinsicht: Im „inhärenten Vergleich" zwischen a-priori-Wissen und dem konkreten Kontext, der sonst meist unausgesprochen bleibt, spielt die Verortung der Forscherin eine Rolle (vgl. Yanow 2013: 20ff.): In diesem

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fall war Mexiko gleichsam das zusätzliche setting, das „mehr Licht“ auf die Frage „werfen konnte“ (Yanow 2013: 26), wie Staatlichkeit sich in Lateinamerika heute ausgestaltet ist. Die Kenntnis über Staatstransformation in Kolumbien diente als Hintergrundfolie und Bezugsrahmen, auch wenn im Verlauf der Studie neu erhobene Daten verglichen wurden.

Aus dieser vergleichenden Perspektive ergeben sich im Forschungsverlauf zusätzliche Dimensionen der Analyse. Der Vergleich zwischen gerade diesen beiden Ländern bietet sich an, da sich -- wie bereits skizziert -- in beiden Ländern trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher und historischer Voraussetzungen ähnliche Veränderungsprozesse in Bezug auf die Ausgestaltung des Staates vollziehen; zudem spielt in beiden Ländern bspw. seit Jahrzehnten der Drogenhandel eine große wirtschaftliche Rolle. Innerhalb einer Region weisen diese beiden Länder eine sehr unterschiedliche Geschichte auf (z.B. in Bezug auf Entwicklungsparadigma, Herrschaftsmodalitäten oder Repräsentation). Nun findet offensichtlich eine Relativierung historischer Legate statt, die – davon wird ausgegangen – über die aktuelle Konjunktur hinaus weist. Auch wenn sich diese höchstwahrscheinlich unterschiedlich darstellt (ebd.: 26), ist in beiden Ländern immer wieder von „Brüchen“ (Pécaut 2004: 73; Sterr 2008), „Transformation“, „Metamorphose“ (Aristizábal 2007) die Rede. Die vergleichende Perspektive kann u.U. kontextspezifische Ursachen beleuchten und mögliche Perspektiven aufzeigen. Bei einer Fallzahl von zwei Ländern ist dies mit akzeptablem Aufwand möglich.

Auf hoher Abstraktionsebene stellt die Arbeit die Frage nach einem Verständnis von Staatlichkeit in den untersuchten Fällen oder allgemeiner in post-kolonialen Staaten – an dieses kann man sich nur annähern; andere Antworten sind möglich. Kapitel I vertieft daher auf theoretischer Ebene die Problematik von defizitär erscheinenden Formen von Staatlichkeit in ehemaligen Kolonien. Das Kapitel fragt, wie Staatlichkeit in Lateinamerika und ihre Transformationen bisher erklärt wurden, erörtert und erweitert nützliche Konzepte: Der an Poulantzas orientierte staatstheoretische Ansatz und regulationstheoretische Begriffe bieten eine allgemeine Verständnisebene, während die Diskussion lateinamerikanischer Ansätze auslotet, mit welchen (komplementären) Kategorien ein solcher staatstheoretischer Ansatz heute und im Kontext der beiden Fälle erweitert/konfrontiert werden muss, um die Ausprägungen von Staatlichkeit adäquat zu erfassen.

Die vier Analyseschritte Kannankulam/Georgis (2012) für die Analyse auf konkreter Ebene stellt Kap. II vor, zu Material und Auswertung der Daten Kap. II.2. Ein Zwischenschritt ist die Kontextanalyse in Kap III: Welche historische Konstanten für staatliche Herrschaft in Mexiko und Kolumbien, welche Brüche können wir feststellen? Kap. IV untersucht die sozialstrukturellen Veränderungen und das Gewicht der illegalen Ökonomie seit den 80er Jahren und verdeutlicht für das Politikfeld „Un-/Sicherheit“ relevante Kräfte- und Akteurskonstellationen. Die qualitativ-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

interpretative Analyse der beiden Fälle in Kapitel V stützt sich auf Interviews, Zeitungsartikel und Dokumente. Kap V konkretisiert die Analyse des Politikfelds: Wie stehen jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte und strategische Akteure zum vorherrschenden Projekt und zur Regierungspolitik in diesem Feld? Welche dieser Kräftekonstellationen haben welchen Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren? Wie schreiben sich diese in staatlicher Politik bzw. gesetzlich fest, „verdichten" sich? Schließlich trifft Kapitel VI Aussagen darüber, inwiefern sich in beiden Ländern ein unterschiedlich ausgeprägtes (Hegemonie-)Projekt mit spezifischen Herrschaftsmodalitäten und Interventionsmechanismen durchsetzen kann, in dem sich Elemente für eine auf Dauer gestellte Staatsform zeigen. Das Kapitel bündelt Aussagen auf den verschiedenen Abstraktionsebenen und verdeutlicht noch einmal, was der staatstheoretische Ansatz herausarbeiten kann. Eine dauerhaft autoritäre Krisenbearbeitung besteht in beiden Ländern fort, und doch wurde sie so umgebaut, dass sich von der Transformation von Staatlichkeit sprechen lässt: Anders als bisherige Studien kann die komparative Arbeit aufzeigen, wie das dominante Staatsprojekt sich – zwischen militärischer Bearbeitung und Aushandlungsprozessen um Hegemonie – immer mehr auf das Nicht-Bestehen eines Gewaltmonopols stützt und selbst Unsicherheit produziert: Staatliche Kräfte bekämpfen die gesellschaftliche Unordnung gewaltvoll, innerhalb wie außerhalb der Legalität. Die jeweils vorherrschenden Politikstrategien beinhalten eine klare raumpolitische Dimension: Ein Produktionsmodell, das in großem Ausmaß auf kapital- und technologie-intensiven Exporten der Agrarindustrie und Exporten von Bodenschätzen beruht und die gewaltsame Aneignung von Land mit einschließt und begünstigt, festigt sich und steht im Spannungsverhältnis mit noch bestehenden kleinbäuerlichen Strukturen. Dieses Spannungsverhältnis drückt sich zudem in unvereinbaren Sicherheitsbegriffen aus. Setzten sich in Kolumbien konservative, regionale Kräfte mit (belegbaren) Verbindungen in die illegale Ökonomie temporär durch, blieb in Mexiko die autoritäre Bearbeitung innerhalb des staatlichen Ensembles ohne konsensuale Basis.

FORSCHUNGSPRAXIS: ZUGANG ZUM GEGENSTAND IM KONTEXT VON KOLONIALITÄT

Forschungsprozesse beruhen immer auf impliziten Annahmen. Das heißt auch, die Forscherin ist nicht ein „ojektiver, wissender, politisch neutraler Beobachter, der außerhalb und über dem Text seiner Forschung stünde" (Gibbs 2007: 91; vgl. dazu auch Schwartz-Shea/Yanow 2011). Epistemologisch heißt es, dass der Standpunkt der Forscherin „unweigerlich den Interpretationsprozess" (Kruse 2010: 190) mitbestimmt. Dieser Standpunkt soll hier nicht implizit mitschwingen, sondern explizit gemacht werden: Vorannahmen, unterschiedliche Zugänge in der Datenerhebung

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Veränderungen der Interpretationen fließen ausdrücklich in die Analyse mit ein (Gibbs 2007: 92). Das heißt nicht, dass die Forschung weniger präzise wäre, sondern diese explizite Positionierung verdeutlicht das Bewusstsein der Forscherin, dass sie nicht aus dem leeren Raum auf ihren Gegenstand trifft, sondern einen spezifischen – meist impliziten – institutionellen, geographischen oder gender-Hintergrund hat, sich also ebenfalls in Machtverhältnissen bewegt. Gleichzeitig waren Positionspapiere unterschiedlicher Gruppen, die Interessenlagen deutlich machen, und die Arbeiten von Journalist/-innen aus dem jeweiligen Kontext notwendige Quellen. Diese Quellen und Sichtweisen konnten die eigenen Interpretationen ergänzen oder diesen widersprechen und sie korrigieren.

Andererseits beeinflusst die Positionierung der Forscherin im „Feld" („weiß"[18]/ „wohlhabend"/ „weiblich"/ „Akademikerin") die eigenen Spielräume (vgl. Oettler 2008: 17). Qualitative Interviews und teilnehmende Beobachtung gehen ohnehin miteinander einher; die Forscherin kann die eigene Vorprägung nie vollständig ablegen (ebd.: 12). Kaltmeier (2012) nennt drei Elemente, die in einem quasi-kolonialen Forschungszusammenhang eine Rolle spielen müssen: Die bereits genannte Selbstreflexivität, die Tatsache, dass Forschung ein Gemeinschaftsprodukt bleibt, und das Bewusstsein darüber, dass Forschungsvorhaben politische Akte darstellen, denn sie greifen ja mit spezifischen Einschätzungen in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs ein. Dies impliziert wiederum Flexibilität in der eigenen Forschung als Grundhaltung, die Korrekturen und Anpassungen ermöglicht. Damit geht im post-kolonialen Kontext die Haltung einher, die in einem spezifischen europäischen Kontext entstandenen Konzepte nicht zu nutzen, ohne sie kritisch zu hinterfragen. Sich von europäischen kritischen Theorietraditionen zu *distanzieren* (Hervorh. A.J.) heißt nun keineswegs, diese völlig zu verwerfen (vgl. Sousa Santos 2010: 39ff.). Die programmatische Frage für die wissenschaftliche Perspektive aus einer „europäischen Kultur" heraus ist dann, wie bestmöglich die für eine kritische Analyse nützlichen Elemente einer „westlichen" Theoriebildung damit verbunden werden können, Konzepte und Diversität der Weltanschauungen anzuerkennen, „die erstere autoritär als nicht zivilisiert, unwissend, überflüssig, minderwertig oder unproduktiv" kennzeichnete (ebd.: 56). Die Antwort impliziert, im postkolonialen Kontext geprägte Konzepte – wie etwa *territorio* oder *colonialidad* – durchaus nicht unkritisch aufzunehmen (Kap. I.3). Diese lateinamerikanische Wissensproduktion wird im europäischen, mindestens im deutschsprachigen Kontext weiterhin höchst selektiv rezipiert.

Im Sinne der skizzierten Prämissen (vgl. Kaltmeier 2012) wird die Teilnahme an Kongressen kleinbäuerlicher, indigener (und in Kolumbien afrokolumbianischer) Basisbewegungen in beiden Ländern nicht als Verlust von Distanz, sondern als

18 Derlei Kategorien sind selbstverständlich soziale Konstruktionen (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2010; Costa 2013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wertvolle Bereicherung und Anstoß zum permanenten Hinterfragen der eigenen Position als „Akademikerin“ verstanden – zudem kann so u.U. die gegenseitige Blindheit überwunden werden, die Sousa Santos (vgl. 2010: 38) dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis attestiert. Insofern bedient sich die Analyse mehrerer Elemente, die häufig immer noch hauptsächlich ethnographischen Methoden zugeordnet werden (vgl. Kap. II). Das Erkenntnisinteresse war selbstverständlich auch hierbei ausschlaggebend, können die Teilnehmenden doch als Expert/-innen für das jeweilige „Feld“ gelten, das sonst einer wissenschaftlichen Betrachtung verschlossen bleibt. Sie schaffen die Verbindung der folgenden theoretischen Überlegungen zum empirischen Kontext.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

I Herausforderung der Analyse: Staat unter „peripheren“ Bedingungen?

I.1 Abseits der Ideale: Vom „Staatsversagen“ zu differenzierten Perspektiven auf Staatlichkeit

Zunächst stellt sich die Frage, wie Staatlichkeit in Kolumbien oder Mexiko und über diesen konkreten Kontext hinaus theoretisch zu fassen ist. Um Verkürzungen zu vermeiden, ist es hilfreich, die lateinamerikanische Wissensproduktion einzubeziehen und die theoretischen Prämissen zu differenzieren: Die Vorstellung von „schwachen“ oder „zerfallenden“ Staaten greift in ihren binären Vorstellungen von funktionierend oder schwach (weil sie staatliche Hoheitsfunktionen nicht oder nur teilweise erfüllen) viel zu kurz. Keineswegs kann sie sich auf ein webersches „idealtypisches Vorgehen“ (vgl. einführend Käsler 2011) berufen: Nicht umsonst monieren Autoren wie Hauck (2012a: 192f.), Thesen über „nicht funktionierende“ Staaten würden vielmehr mit normativ aufgeladenen Idealkategorien untermauert, die mit Webers Vorgehen wenig gemein haben.[1] Gerstenberger (2009a: 105) spricht sogar in Anlehnung an Bayart (2004:123 zit. ebd.: 105) von einer „Diskount-Version von Max Weber“, einem „Weberianismus aus dem Supermarkt“, der konkrete historische Bedingungen nicht berücksichtige. Eine ganze Reihe lateinamerikanischer Forscher (u.a. Kenny/Serrano 2011; Roux 2011; Snyder/Durán Martínez

1 Weber verstand das Vorgehen der Bildung von Idealtypen als Möglichkeit der (rationalen) Komplexitätsreduktion, keineswegs sah er jedoch in den Idealkategorien ihr „Wesen“; Idealkategorien müssen stattdessen aus der historischen Wirklichkeit gewonnen werden (vgl. Käsler 2011: 64ff.). Die wahrgenommene Vielfalt von Phänomenen bedeute „[...] nicht, dass wir unscharfe Begriffe bilden sollen, sondern umgekehrt: dass scharfe ('idealtypische') Begriffe richtig angewendet werden müssen, nicht als Schemata […], sondern um den ökonomischen Charakter einer Erscheinung mit ihrer Hilfe dahin bestimmen zu können: inwieweit sie sich dem einen oder anderen Idealtypus annähert.“ (Weber zit. nach Käsler 2011:66).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2009; Acemoglu et al. 2009) hat dagegen aus unterschiedlichen Perspektiven gezeigt, dass die These vom an seinen Aufgaben scheiternden Staat dort empirisch kaum haltbar ist, selbst wenn der Zugang zu rechtsstaatlichem Schutz unzweifelhaft für Teile der Bevölkerung unerreichbar ist. Roux (2011: 76) z.B. macht deutlich, dass die Existenz von Grauzonen, in denen Gewaltregulation die rechtsstaatliche Regulation ersetzt hat, nicht automatisch die Abwesenheit staatlicher Verwaltung oder einer Regierung, sondern vor allem die Abwesenheit einer bestimmten politischen Ordnung bedeutet.[2] Auf diese Ansätze und das Verhältnis von Staat und Kolonialität kommen wir später zurück (Kap. I.3.).

Zunächst seien drei Kritikpunkte genannt, die im Folgenden eine Rolle spielen. Es gibt einen blinden Fleck an zentraler Stelle (BMZ 2013; OECD/INCAF 2012)[3] – hier setzt ein erster Kritikpunkt an der dominierenden Vorstellung von Staat an, nämlich dass die Rolle des Staates für die kapitalistisch organisierte Wirtschaft außer Acht gelassen wird und ein elementarer Faktor, um das Verhältnis Staat/Konfliktivität zu erklären, damit fehlt: Die Tatsache, dass der Staat u.U. strukturelle Unsicherheiten und Asymmetrien schafft und befördert; eine Kritik des Herrschaftsverhältnisses Staat wird gar nicht erst gedacht. In der Perspektive der vorliegenden Arbeit ergibt Staatlichkeit sich auch nicht aus der Logik einer Rationalisierungstendenz hin zur bestmöglichen Erfüllung vorbestimmter Funktionen (vgl. kritisch auch Hirsch 2005: 51), wie sie in (post-)weberianisch geprägten Verständnissen von Staatlichkeit eine Rolle spielt: Arbeiten wie die von Migdal (1988, 1994) oder Schlichte (2005a)[4] sind wesentlich differenzierter als quantitative Variablen-

2 Auch im englischsprachigen Raum wird das Konzept zunehmend kritisiert (exemplarisch Raeymaekers 2005).

3 Die genannten Studien haben einen Begriff von Legitimität, nicht aber vom Ermächtigungsmoment, von Legitimation staatlicher Autorität (vgl. Fisahn 2011: 19).

4 Schlichte lenkt die Aufmerksamkeit auf konkrete historische Phänomene von Staatlichkeit in ehemaligen Kolonien wie Steuersysteme, Gewaltfunktion, Normsetzung und die „Semantik" des Staates. Die fiskalische Basis z.B. hänge von der Art der Einbindung in Weltmärkte und der internen sozialen Differenzierung ab. Die Errichtung eines Steuermonopols korrelierte mit der Zentralisierung von Macht – in Europa begann die Besteuerung persönlicher Einkommen spät –, ergebe sich also historisch aus verschiedenen Faktoren (2005a: 195). Der Staat als „Machtfeld" sei einerseits „vom Ideal einer kohärenten, kontrollierenden territorialen Organisation" geprägt, andererseits werde die „Dynamik staatlicher Institutionalisierung" nur aus dem Kontext, der „Einbettung in andere soziale Institutionen und Praktiken" gesellschaftlicher Akteure erkennbar (ebd.: 104). Diese Praktiken wirkten im Verhältnis zum Ideal verstärkend, schwächend oder ambivalent. Die Rede vom Staatszerfall lehnt Schlichte ab (Schlichte 2005b); dennoch beschreibt er zuweilen die Konstellationen in post-kolonialen Staaten als defizitäre Abweichung vom Ideal, z.B. wenn der Staat seine Codes und Praktiken in der „prekäre[n] Verstaatlichung

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sets zu Staatsschwäche, denn sie beziehen historische Transformationen des Staates, Bedingungen von Wirtschaftsstruktur, regionale Allianzen und Weltmarktintegration und heterogene Institutionen ein.[5] Schlichte/Migdal (2005) beziehen sich auf das idealtypische Vorgehen Webers nicht normativ, sondern analytisch und verweisen damit gerade auf das Spannungsverhältnis zwischen Realität und Idealbild des Staates.[6] Eine grundlegende Kritik des Legitimitätsbegriffs oder des (kapitalistischen) Staates lässt sich allerdings aus jenen Arbeiten nicht ableiten. Zudem werden in der vorliegenden Arbeit die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte etwas anders eingeschätzt: Während Schlichte zu dem Schluss kommt, das „Projekt der Gouvernementalität der modernen Staates“ verliere gegen eine „kausale Kette aus Inflation, Kapitalflucht, Verschuldung, Informalisierung, sinkenden Staatseinnahmen, Staatsabbau“ (Schlichte 2005a: 221), wird hier zu zeigen sein, dass tatsächlich gestärkte formelle und informelle Repressionsorgane Veränderungen wie Handelsliberalisierung und die Kommodifizierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche absichern, und eben darin besteht offenbar eine keineswegs gescheiterte kapitalistische „Moderne“.[7]

---

des Rechts“ nicht durchsetzen könne, die staatlichen Rechtsagenturen selbst sich nicht an ihre Regeln halten und Gewaltakteure erfolgreich belangten (2005a: 251). Kritisiert man den Staat aber grundsätzlich, sind die Grenzen der Besteuerbarkeit nicht nur Ausdruck der geringen Autonomie des Staates gegenüber der Gesellschaft (ebd.: 222, 279) und der „Machtkonfigurationen“, gegen die er eine andere Zusammensetzung der Staatseinnahmen trotz allen Bemühens nicht durchsetzen konnte. Sondern möglicherweise war gerade die „Nicht-Zentralisierung“ für jene Herrschaftskonstellation historisch funktional (vgl. z.B. Müller 2012: 37ff.).

5 Migdals Forderung einer „Anthropologie des Staates“ (1994) ermöglicht, unterschiedliche Institutionen und scales in ihren Verflechtungen zu analysieren. 1988 (1988) verbleibt er jedoch mit der Vorstellung eines sich letztlich nicht gegen starke gesellschaftliche Gruppen durchsetzenden Staates doch in der Nähe des capability-Ansatzes. Daneben zeigt Kohlis „Effektivität von Staaten“ (2005) konkrete Bedingungen für eine am konventionellen Wachstumsbegriff orientierte Entwicklung und damit für einen „starken“ Staat auf. Das Verhältnis des Staates zu gesellschaftlichen Klassen und die innere Sozialstruktur, die Art der Kolonialherrschaft und der Unabhängigkeitsbewegung spielten eine Rolle für die Industrialisierung, so kann er beispielsweise die unterschiedlichen Entwicklungen von Südkorea oder Indien mit internen/externen Faktoren begründen. Auch „die Figuration von Gruppen mit ökonomischer Macht und politische Allianzen entscheiden über die konkrete Form politischer Herrschaft.“ (Schlichte 2005a: 103).

6 Dabei stellt Schlichte (2005a: 141) klar, dass interne bewaffnete Konflikte staatliche Herrschaft zwar modifizieren, sie aber nicht beenden. Er wendet sich also gegen die These vom scheiternden Staat (vgl. Schlichte 2005b).

7 Zum Zusammenhang von Moderne/Gewalt und Elias bzw. Adorno vgl. Imbusch (2000: 15).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In der deutschsprachigen Forschung versuchten bereits weit vor der Debatte um „Fragilität“ einige Autoren systematisch nachzuvollziehen, ob es gemeinsame Merkmale des Staates in der „Peripherie“ gebe, so Evers 1977 oder Hanisch/ Tetzlaff 1981 zum Staat in „ökonomisch unterentwickelten“ Gesellschaften (Evers 1977: 73).[8] Sie fragten, ob man überhaupt von einer allgemeinen Theorie „des“ Staates sprechen konnte: Laut Hanisch/Tetzlaff (1981) sei der Staat im „abhängigen Kapitalismus“ nicht konkret definierbar als Aktionseinheit, sondern nur Forschungsgegenstand. Erlaubten Fragen nach dem den gesellschaftlichen Kräften, die tatsächlich Herrschaft ausübten, nach Partizipation, Zustimmung und Opposition und nach Mitteln des Staates (Zwang und Repression oder Integration, Überzeugung, Kooptation) oder Steuerungskapazitäten des Staates (ebd.: 19f.), Gemeinsamkeiten festzustellen, blieben für eine genauere Bestimmung der Handlungsspielräume systematische Vergleiche zwischen einzelnen Ländern notwendig (ebd.: 24).[9] Evers wie Hanisch/Tetzlaff suchen das Verhältnis Staat/ Gesellschaft im „peripheren Kapitalismus“ theoretisch zu denken und historisch zu begründen, bleiben aber auf einer sehr abstrakt-globalen Ebene.

Die geläufigen Interpretationen verweisen häufig auf heutige Schwächen der Aufgabenerfüllung, beachten unterschiedliche historische Konstitutionsbedingungen aber kaum. Hier setzt ein zweiter Kritikpunkt an der dominierenden Vorstellung von Staat im „Süden“ an: Ein normativer Defizitabgleich mit dem Ideal vergisst den Ursprung der eigenen Idealvorstellung, dabei sind seine Kriterien keineswegs ‚objektiv‘ oder wertfrei. Die Idealvorstellungen über Funktionen, die ein Staat zu erfüllen habe, speisen sich aus spezifischen europäischen Entwicklungen bei der Konstitution des ‚bürgerlichen Nationalstaates‘ – zu einer bestimmten Zeit und unter bestimmten Voraussetzungen (vgl. Hauck 2004a). Die europäische Staatswer-

8 Evers' Arbeit wurde in den 70er Jahren in Lateinamerika breit rezipiert und ist deshalb für ein Verständnis der dortigen Debatte relevant. Er betonte: „Eine Theorie des Staates der kapitalistischen Peripherie kann es überhaupt nur auf der allgemeinen Ebene geben als Theorie der Konstitutionsbedingungen bürgerlicher Staatlichkeit in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen.“ (1977: 77). Damit gelten dieselben Grundannahmen über den kapitalistischen Staat für eine historisch-konkrete Analyse (ebd.: 40).

9 Weitere Faktoren für staatliches Handeln sind laut Hanisch/Tetzlaff (1981: 24), inwieweit über Ressourcen verfügt wird, wie lokale Produktivkraftentwicklung, Produktions- und Eigentumsverhältnisse und die Weltmarktintegration und –abhängigkeit ausgestaltet seien. Sie beobachteten „staatliche Souveränität [sei] zu einem Gutteil von Kräften und Interessen außerhalb des eigenen Staatsterritoriums bestimmt“ (ebd.: 33). Aus den gegensätzlichen Handlungsimperativen zur Akkumulation und Legitimation gegenüber der Bevölkerung ergibt sich für Hanisch/ Tetzlaff (wie für Evers) eine latente Krisenhaftigkeit (ebd.: 23). Dass sie bei einem recht schematischen Basis/Überbau-Modell verbleiben, erschwert allerdings, die Eigendynamik politischer Prozesse mitzudenken.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dung ist Teil der Entstehung des modernen Kapitalismus und mit diesem verschränkt (vgl. aus Sicht der materialistischen Staatstheorie Hirsch 2005: 51; vgl. aus post-weberianischer Perspektive Schlichte 2005a: 80).

„Der Aufstieg des Bürgertums und der Sieg des Kapitalismus über den Feudalismus in Westeuropa bedeutete gesellschaftsstrukturell vor allem die Durchsetzung einer neuen Form der Trennung der Sphären von Ökonomie und Politik. […] Gewinne zu erzielen war idealiter in legitimer Weise nur noch durch den Kauf und Verkauf von Waren (einschließlich der Ware Arbeitskraft) möglich, nicht mehr durch gewaltsame Konfiskationen durch irgendwelche Herrscher. […] Um sie [die Vertragsfreiheit, A.J.] zu garantieren, braucht die bürgerliche Gesellschaft einen ihr gegenüber relativ autonomen und zudem berechenbaren Staatsapparat. Recht darf ebenso wenig zur käuflichen Ware werden wie Gewalt zum Mittel der Gewinnerzielung. Eben deshalb musste der Staatsapparat nun seine Regulierungsmacht in gewaltigem Umfang verstärken.“ (Hauck 2004a: 421).

Zwar eröffnet die Analyse der Entwicklungswege europäischer Staaten interessante Fragen für die Organisation von Gewaltmitteln, gerade wenn z.B. Tilly (1985) die Unterschiedlichkeit der Entwicklungen innerhalb Europas mit spezifischen Klassen- und Eigentumsverhältnissen und der Interaktion mit anderen Herrschaftszusammenhängen erklärt: Äußere und innere Zwänge spielten gleichermaßen eine Rolle. In diesen spezifischen Staatswerdungsprozessen wurden Funktionen wie Gewalt- oder Steuermonopol entscheidend. Die Ausnahme ist tatsächlich nicht der Staat in der „Peripherie“, sondern der europäische Staat, der durch das Zusammenspiel bestimmter historischer Faktoren vor allem die staatliche Regulationsmacht ausbildete (Hauck 2004a: 412). Die europäischen Gesellschaften werden selbstverständlich noch heute von diesen Entwicklungen geprägt.

Für die Staaten der „Peripherie“ waren die Konstitutionsbedingungen historisch andere.[10] Die frühe Einbindung in den Weltmarkt und Inwertsetzung von Gebieten durch die Kolonialmächte führte, so etwa Boris (2007: 247), zur unterschiedlichen Konstitution des Kapitalismus und einem „damit verbundenen Unterschied im Niveau der Binnenmarktbeziehungen“. In vielen Staaten werden die entsprechenden Funktionen nur teilweise erfüllt. In jedem Fall bildet der idealtypische (europäische) Staat nur deshalb den Hintergrund für die Diskussion, weil Institutionen, Territorialgrenzen, Rechtssysteme etc. des metropolitanen kapitalistisch geprägten Staates übernommen

10 Wie Kapitel III ausführt, fand trotz der Unabhängigkeitskonflikte in Lateinamerika eine positive Konstituierung durch Krieg nicht statt; eine Gewaltzentralisierung war häufig bis in 20. Jahrhundert angesichts der kolonial ererbten, territorialen Fragmentierung mit widersprüchlichen lokalen Interessen nicht sinnvoll (vgl. Centeno 2002); ein klares Staatsprojekt war häufig nicht vorhanden und die Einbindung in den expandierenden Kapitalismus geschah auf historisch spezifische Weise.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wurden (vgl. Schlichte 2005a: 101; Boris 2007: 247). Häufig genug legten Kolonialmächte die Territorialgrenzen fest und schufen Institutionen – dies prägte das Verhältnis von Staat und gesellschaftlichen Gruppen noch in post-kolonialen Gesellschaften. Der Idealvorstellung entsprach bereits die koloniale Administration nur der Fassade nach (Hauck 2004a: 412). Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Funktionen, die staatliche Apparate gegenüber der Gesellschaft im Idealfall wahrnehmen „sollen", ebenfalls „in und durch politische Diskurse konstruiert" (Jessop 2008: 10) werden, die sich kaum schablonenartig auf andere Zusammenhänge übertragen lassen (u.a. Hauck 2004a: 421). Unterschiede der konkreten historischen Staatsentwicklung finden sich nicht nur im Vergleich von „metropolitanen" und „post-kolonialen" Staaten – die Entstehungsbedingungen zwischen verschiedenen als „peripher" bezeichneten Staaten waren häufig ebenfalls sehr unterschiedlich.

Dass Staatlichkeit Transformationen unterlaufen kann, die nicht linear in Modernisierung und Rationalisierungsprozessen münden, bleibt, so der dritte Kritikpunkt, häufig außen vor. Unterstellt wird immer eine allerdings diffus bleibende Grenze zwischen „westlichen", funktionierenden und „nicht-westlichen" Staaten, die angesichts großer Probleme ihre Institutionen modernisieren müssten. Gupta/Sharma (2006: 10f.) kritisieren z.B. aus postkolonialer Perspektive, die Kriterien für einen „starken" Staat träfen meist auf ein spezifisches Subset „westlicher" Nationalstaaten und lösten die Analyseeinheit Staat von jeglicher historisch-kultureller Verankerung.[11] Der ausgewiesene Lateinamerikakenner Waldmann (2003: 32) z.B.

11 Eine „Anthropologie des Staates" aus postkolonialer Perspektive erlaube stattdessen einen kleinteiligen Blick auf unterschiedliche institutionelle Ebenen und Machtzentren, da sie den Staat nicht als gegebene „distinct, fixed and unitary entity" (Gupta/Sharma 2006: 8) verstehe. Statt einer rigiden Trennung von Staat und Gesellschaft seien der Staat und seine Abgrenzung zur Gesellschaft kulturell konstruiert (ebd.: 9). Ihr Interesse ist die Frage, warum der Staat als zentrale Verortung von Macht alle anderen institutionellen Formen organisiere (ebd.: 9) und wie alltägliche Praktiken und Repräsentationen staatlicher Institu-tionen soziale Ungleichheitskategorien wie class und gender reproduzierten (ebd.: 13). Dies verknüpfen sie mit der Frage, wie sich materielle und ideologische Aspekte der Konstitution von Staaten (ebd.: 8) auf Machtverhältnisse in der Gesellschaft auswirken. Die anthropologische Perspektive mache sichtbar, wie spezifische Positionierungen der Menschen selbst und „public cultural representations and performance of statehood" (ebd.: 11, 18) das gesellschaftliche Verständnis vom Staat formten: nicht nur Kultur werde staatlich produziert, sondern die Ausgestaltung des Staates sei u.a. kulturell bedingt. Überraschend ähnlich wie Poulantzas nehmen die Autoren innerbürokratische Konflikte nicht als dysfunktional oder Ausdruck fehlender Fähigkeit wahr (ebd.: 16). Doch stellenweise bleibt unklar, worauf staatliche Macht beruht und was die unterschiedlichen staatlichen Institutionen zusammenhält. Repräsentationen und Praktiken des Staates treten gegenüber den materiellen Bedingungen des Herrschaftsverhältnisses Staat in den Vordergrund.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

konstatiert, dass das Steuersystem dort häufig nicht funktioniert, zivile Rechte nur selektiv gelten oder innerhalb des Staatsapparates Konflikte auftreten, z.B. durch eine fehlende zivile Kontrolle über das Militär. Weil die Regeln im Grunde unklar seien und der Staat auch die eigenen Agenturen nicht disziplinieren könne, spricht er (ebd.: 16) von einem „anomischen Staat“, der Quelle von Unsicherheit blieb, statt für die Kalkulierbarkeit von Verhalten zu sorgen. Allerdings kann der Abgleich mit dem europäischen Ideal auch dazu führen, dass die Komplexität gesellschaftlicher Konstellationen und Arrangements, die für die Konstitution dieser Staaten möglicherweise funktional waren, unbeachtet bleiben (vgl. hierzu die ausführliche Kritik von Fals Borda 2009a: 146f.).

Eine Analyse, die Staat und Gesellschaft nicht zusammen denkt, ahistorisch und kontextvergessen bleibt oder von einer linearen Entwicklung hin zu rationaler Modernisierung ausgeht, ist demnach wenig hilfreich. Um die Dynamik von postkolonialer Staatlichkeit in den Blick zu bekommen, ist dagegen eine Analyse der konkreten historischen Konstitutionsbedingungen und Entwicklung unerlässlich. Sie muss die mit der Kolonialherrschaft geschaffenen Voraussetzungen beachten: Waren die Herrschaftsformen der verschiedenen Kolonialmächte und deren Auswirkungen unterschiedlich, war logischerweise die jeweilige weitere Entwicklung ebenfalls uneinheitlich. Ein ausschließlicher Fokus auf die historisch-empirische Analyse würde ebenfalls zu kurz greifen; man gäbe die Ansprüche einer kritischen Theorie auf (vgl. Reflect! 2009). Die Diskrepanz zum normativen Ideal des „modernen Nationalstaates“ zu betonen, bedeutet umgekehrt nicht, die lateinamerikanischen Staaten als etwas „nicht-westliches“, „ohne liberale Tradition“ (Pansters 2012b: 23) zu konstruieren oder eine neue Theorie für diese zu entwickeln, als sei die Charakterisierung als „peripher“ eine unveränderliche Eigenschaft – auch das wäre eine „positivistische Verallgemeinerung raum-zeitlich spezifischer Staatenbildungsprozesse“ (Reflect! 2009: 13), sondern die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse sollen nachvollziehbar werden. Insofern bleibt bei allen empirisch beobachtbaren Unterschieden zwischen den einzelstaatlichen Zusammenhängen der Anspruch bestehen, ein kapitalistisches Weltsystem als gemeinsamen Rahmen kritisch mitzudenken: dieser Rahmen bedingt (gegenseitige) Abhängigkeiten (vgl. Reflect! 2009). Denn durchaus gibt es Merkmale, die für Staaten der „Peripherie“ und für „Zentrumsstaaten“ eine Rolle spielen, besonders, wenn die Analyse an aktuellen Entwicklungen interessiert ist. Insofern bleibt nur, die Konfiguration spezifischer Staaten genauer – immer im Kontext globaler Herrschaftsbeziehungen – zu untersuchen. Dabei unterscheiden sich „die analytischen Instrumente […] nicht wesentlich für Staaten in der sogenannten Peripherie und solchen im „Zentrum“ (ebd.), und die genannten Kritikpunkte gelten ebenso für die Analyse eines europäischen Staates.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

I.2 WIE ANDERS? MATERIALISTISCHE ZUGÄNGE, HISTORIZITÄT, STAATSKRITIK

Nach der vorangegangenen Kritik scheint ein Staatsverständnis sinnvoll, das unterschiedlichen, sich verändernden Kräfteverhältnissen innerhalb der jeweiligen Gesellschaft und damit den möglichen Widersprüchen und Transformationen von Staatlichkeit (innerhalb gewisser Grenzen) gegenüber nicht blind ist und sowohl die Bedingungen der Konstitution des Staates wie seine Rolle für die kapitalistische Wirtschaft berücksichtigt. Gerade angesichts der Schwächen der in den letzten Jahrzehnten dominierenden Herangehensweisen wird im Folgenden deutlich, dass ein (neo-)poulantzasianisches Staatsverständnis dafür besonders geeignet ist.

Hier kommen wir auf den ersten Kritikpunkt an vorherrschenden Vorstellungen vom Staat zurück: Es geht nicht darum zu erklären, wie der Staat bestmöglich funktionieren sollte – Ausgangspunkt und Frageperspektive sind andere: Ausgangspunkt sind die gesellschaftlichen Widersprüche; zentral wird die Frage nach der Reproduktion unter den gegebenen Bedingungen überhaupt. Zunächst gilt es deshalb, die zugrunde liegenden asymmetrischen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu entschlüsseln und den Staat nicht als gegeben, rational und neutral „außerhalb" der Gesellschaft stehend, sondern gerade als Ausdruck dieses „widersprüchlichen Verhältnisses" zu verstehen (vgl. Hirsch 2005: 16). Materialistische Staatstheorien machen dieses staatlicher Politik zugrunde liegende komplexe Verhältnis – die Durchsetzungsfähigkeit in staatliche Politik ist eben nicht gleich verteilt – wesentlich deutlicher als andere. Diese Ansätze können außerdem, so die These, die konkrete Rolle des Staates für die Produktion von Unsicherheit und die Art der staatlichen Präsenz in Räumen von Unsicherheit besser herausarbeiten: Dieser qualitative Aspekt gerät nicht in den Blick, wenn nur die Abwesenheit des Staates konstatiert wird.

Wenn auch Marx nicht mehr explizit eine Staatstheorie formulierte, so stützt sich auf die Anregungen aus seinen Schriften doch eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze historisch-materialistischer Staatstheorien.[12] Dabei gilt es weder zu übersehen, dass „mit der funktionalen Trennung von Ökonomie und Politik auch spezifische Eigenlogiken dieser Felder entstanden sind, die ein hohes Maß an Widerstandsfähigkeit und Trägheit gegenüber Einflüssen des jeweils anderen Felds ausgebildet haben" (Nowak 2009: 74). Noch darf eine Beschäftigung mit Staatlichkeit sich nur auf Institutionen und politische Kämpfe konzentrieren und damit „die Strukturierungswirkung ökonomischer Verhältnisse" (ebd.: 74) vernachlässigen.

12 Dieser Abschnitt bleibt naturgemäß oberflächlich und hat nicht den Anspruch, die vielfältigen Diskussionen marxistisch inspirierter Staatstheorien abzubilden oder eine umfassendere Einführung in unterschiedliche Ansätze marxistischer Staatstheorie zu leisten, für einen ersten Überblick (Hirsch u. a. 2008; vgl. Stützle 2009).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Doch gelingt es den an Marx anknüpfenden Ansätzen eher als den oben genannten, die herrschaftsförmige Relation Staat/Gesellschaft zu berücksichtigen, indem sie Staat und kapitalistische Ökonomie zusammen denken.

Wichtig für die Weiterentwicklung materialistischer Staatstheorien waren u.A. Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas, die das Verhältnis zwischen Staat und kapitalistischer Gesellschaft differenzierter zu definieren begannen als frühere Ansätze. Gramscis Überlegungen zum „integralen Staat" und sein Hegemoniebegriff wurden immer wieder übernommen und neu interpretiert.[13] Staatsmacht in der kapitalistischen Gesellschaft beruht nach Gramsci auf „Hegemonie, gepanzert mit Zwang" (Gramsci 2002: Heft 6, § 88). Der Hegemoniebegriff Gramscis fokussiert die Prozesse, in denen als notwendige Elemente von (staatlicher) Herrschaft gesellschaftlicher Konsens und eine Art gesellschaftliches Kompromissgleichgewicht produziert werden. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass gesellschaftliche Kräfte mit anderen um Hegemonie ringen, darum, dass ihr politisches Projekt als Allgemeininteresse wahrgenommen und damit hegemonial wird. Damit ist Hegemonie einerseits nicht intendierbares Ergebnis von Kämpfen, andererseits mit gezielten und langfristigen Strategien verbunden (vgl. exempl. Kannankulam/Georgi 2012: 34f.). Gramsci nahm in seiner Auseinandersetzung mit konkreten historischen Entwicklungen innerhalb Italiens explizit die „Frage des Südens" (Gramsci 1980) in den Blick und berücksichtigte sowohl die internationale Ebene als auch regionale Disparitäten von komplexen „Klassenausformungen" innerhalb des Landes, die sich aus der ökonomischen und politischen „Unterordnung sekundärer Akkumulationszentren" (ebd.) ergaben. In welchem Verhältnis die Rolle Italiens bei der Kolonialisierung Abessiniens dazu stand, beleuchtete Gramsci dagegen kaum (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2010: 51). Dem griechischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas, der Gramscis Konzepte teilweise weiterführte, kommt in dieser Arbeit eine wichtige Rolle zu; er wollte – als wichtige Weiterentwicklung – den kapitalistischen Staat selbst als Verhältnis verstanden wissen, wandte sich beispielsweise gegen das Bild vom Staat als einem der Ökonomie nachgeordneten „Überbau" (Poulantzas 2002: 43ff.). Dass seine Überlegungen nicht nur für die Analyse europäischer Krisenprozesse heute (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa/Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung 2012), sondern für die lateinamerikanischen Fallbeispiele weiterführend sein können, liegt daher besonders an seinem relationalen Begriff vom Staat (dazu vgl. Jessop 2009). Dieser betont histo-

13 Auf die Verschränkungen von der internationalen Einbettung von Staaten mit den Verhältnissen in ihrem Inneren, die manche Gruppen schwächt, stärkt oder modifizieren kann, verwies bereits Gramsci (Gramsci 1971 zit. in Jessop 2008: 114). Die breite Rezeption Gramscis in Lateinamerika ließ sein Konzept vom integralen Staat und die Rolle von Konsens/Zwang für staatliche Herrschaft, immer wieder in dortige staatstheoretische Überlegungen einfließen (vgl. u.a. Tapia 2009a; Oliver Costilla 2009; Zavaleta 2009a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

risch unterschiedliche Kräfteverhältnisse, während der kapitalistische Staat andererseits immer die bestehenden Herrschaftsverhältnisse mit reproduziert. Für die vorliegende Arbeit sind nicht zuletzt besonders Poulantzas' spätere Überlegungen zur Staatstheorie relevant, weil die lateinamerikanische Debatte diese Arbeiten wieder vermehrt (kritisch) rezipiert (vgl. Thwaites Rey/Ouviña 2012; Thwaites Rey 2004).

I.2.1 Poulantzas' Staatstheorie

Indem Poulantzas den Staat als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses" (Poulantzas 2002: 159) bezeichnet, berücksichtigte er, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte in den Staat einschreiben und Transformationen innerhalb der Apparate nach sich ziehen können. Indem Poulantzas diese Dynamik erfasst, hebt er sich auch von manchen marxistischen Staatskritiker/-innen ab. Die Versuche der 70er Jahre, den Staat aus den ökonomischen Verhältnissen „abzuleiten" (vgl. Evers 1977), lehnte Poulantzas ab (ebd.: 78f.): Konkrete Ausformungen der Gesellschaft seien immer nur in Zusammenhang mit politischen Kämpfen zu analysieren, mit einer allgemeinen Formanalyse gerieten konkrete Kämpfe und Konflikte nicht hinreichend in den Blick.[14] Das heißt nicht, dass im Kapitalismus alles disponibel wäre; die Rolle des Staates für den kapitalistischen Reproduktionsprozess ist für Poulantzas zentral. So sei der Staat, um die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewährleisten, relativ autonom von allen gesellschaftlichen Klassen und keineswegs ein reines Instrument der Herrschenden (ebd.: 40), auch wenn es konkret zu engen Beziehungen zwischen Staatspersonal und Kapitalgruppen kommen kann (vgl. Hirsch 2005: 28). Wie aber die langfristige Sicherung kapitalistischer Verhältnisse angesichts vielfältiger konjunktureller Kämpfe notwendig zu-

14 Laut Bretthauer (2006: 88) wollte Poulantzas damit „bereits auf der abstrakt-staatstheoretischen Ebene" die „Reproduktion der Formen kapitalistischer Herrschaft über ökonomische und politische Kämpfe auf historisch-konkreten Terrains in den Mittelpunkt […] rücken." um den kapitalistischen Staat mit den politischen Kämpfen in der Geschichte des Kapitalismus in Beziehung zu setzen. Der Staatstheoretiker Evers nahm anschließend die Klassenverhältnisse im Land zum Ausgangspunkt (vgl. Evers 1981: 146): „weiterführend scheint mir allein ein Staatsbegriff, der konstitutiv auf dem Zusammenhang von Gesellschaft und Staat als Materialisierung von Herrschaftsverhältnissen zwischen Klassen entwickelt ist, als ‚die materiell geronnene Gestalt der Kräfteverhältnisse'" (ebd.: 146). Der „weltmarktintegrierte Reproduktionszusammenhang" bestimme die Verhältnisse (nur) als Substrat mit (ebd.: 146). Die neo-poulantzasianische Perspektive Hirschs (2005) bringt dagegen Formbestimmung und gesellschaftliche Verhältnisse überein.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stande kommt, begründete Poulantzas mit seinem Konzept der relativen Autonomie nicht überzeugend, so die Kritik von Jessop (1985: 134ff.).[15]

Hier steht die Funktionslogik kapitalistischer Staaten – als Institution, die Bedingungen der kapitalistischen Akkumulation organisiert und deren Voraussetzung die Besonderung politischer Herrschaft ist, getrennt von kapitalistischen Produktionsverhältnissen – auch der relativen Eigendynamik der politischen Sphäre gegenüber. Zu erkunden, wie die relative Autonomie jeweils konkret ausgeprägt sein kann, wenn der Staat doch funktional für die Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist, ist, wie Franke (2004: 214ff.) treffend bemerkt, wesentliches Moment einer kritischen Gesellschaftsanalyse – um zu analysieren, wie sich die Relation Staat/Kapitalismus und die entsprechende Funktionalität jeweils konkret herausbilden. Selbstverständlich ist diese Frage im lateinamerikanischen Kontext ebenfalls zentral (Tapia 2010; Thwaites Rey 2010b; Zavaleta 2009a). Evers (1977:207) hatte dazu konstatiert, auf dem Abstraktionsniveau der Formbestimmung sei kein Unterschied zwischen „peripheren“ und metropolitanen Staaten zu machen, woraus ein Spannungsverhältnis mit den gegenüber der Gesellschaft zu erfüllenden Funktionen erwachse: Seine These (1977: 96) ist, die Wirklichkeit der Gesellschaft stimme mit dem Formprinzip des bürgerlichen Staates nicht überein; ein Bruch ziehe sich durch alle staatlichen Funktionen, Mittel und Organisationsformen: Während der Staat den Übergang zum Kapitalismus antreibe, müsse er gleichzeitig die heterogenen Teile seiner Gesellschaft im Interesse der Reproduktion des Gesamten in Balance halten (ebd.: 123). So sei die Unbeständigkeit staatlicher Politik unumgänglich. Evers nennt dies die „inhärente Inkohärenz“ der peripheren Staaten (ebd.: 126) und wurde damit in Lateinamerika breit rezipiert. Doch dies, kritisierte etwa Heigl (2009), gerate auf einem konkreteren Niveau zur Negativbestimmung des „peripheren“ Staates, da er sich wieder nur aufgrund seiner mangelnden Funktionserfüllung unterscheide.[16]

15 Jessop (1985: 182f.) und aus formanalytischer Perspektive Kannankulam (2008) kritisieren, Poulantzas betrachte die „relative Autonomie“ immer wieder strukturell und konjunkturell und priorisiere in seinen historischen Arbeiten praktisch ausschließlich die veränderten Kräfteverhältnisse, so dass der Aspekt, wie gesellschaftliche Konflikte und die strukturelle Garantie der Reproduktion der Verhältnisse zusammenspielen, letztlich unklar bleibe (zum Begriff der „Verdichtung“ ausführlich Demirovic 2007: 126ff.; Jessop 2006: 50).

16 Entscheidend ist für Evers die Doppelbestimmtheit des peripher-kapitalistischen Staates: Die ökonomische Basis dieser Staaten sei vor allem der Weltmarktzusammenhang, nicht der nationale Wirtschaftsraum (1977: 46). Während der Kolonialzeit entsprach die politische Fremdbestimmung der ökonomischen Abhängigkeit, inzwischen stimmten die Sphären nicht mehr überein (ebd.: 94). Der Weltmarktzusammenhang setze nach innen die kapitalistische Reproduktion erst in Gang (ebd.: 103); der Staat setze gleichsam als „politischer Mittler“ allgemeine Tauschregeln in den „kapitalistisch unterentwickelten Gesell-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Demgegenüber integrieren spätere Arbeiten der materialistischen Staatstheorie wie von Hirsch (2005) formanalytische Argumente und poulantzas'sche (und gramscianische) Überlegungen in neo-poulantzasianische Perspektiven; sie überwinden die genannten Gegenüberstellungen weitgehend (vgl. Kannankulam 2008): Insofern der Staat die Form ist, „die ein Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis unter besonderen historischen Bedingungen annimmt" (Hirsch 2005: 19), weisen Staaten jeweils in unterschiedlicher Weise und Intensität ähnliche Charakteristika auf. So kann die Staatsanalyse nicht darauf verzichten, unterschiedliche gesellschaftliche Verhältnisse der entsprechenden staatlichen Formationen mitzudenken. Die Formanalyse etabliert nur Ausgangspunkte für die Herausbildung bestimmter Funktionen: Wie „Formierungsprozesse" über Institutionen und Prozesse des Staates umgesetzt werden, ist Gegenstand der Analyse historisch konkreter Prozesse und lässt sich mit der Formanalyse nicht beantworten (vgl. Kannankulam 2008: 41). Sie ist eher die „theoretische Voraussetzung der konkreten Bestimmung im Sinne Poulantzas'" (Stützle 2009: 17). Diese

„Formbestimmungen gehen nicht in ihrer historisch-institutionellen Konstitution auf, sie bilden […] die aus den vorherrschenden Vergesellschaftungsprinzipien resultierenden Wahrnehmungs- und Verhaltensorientierungen." (Kannankulam 2008:66).

schaftsstrukturen" (ebd.: 207) erst durch, gewährleiste die Verfügbarkeit von Arbeitskraft (ebd.: 103). Während die (demokratischen) institutionellen Formen sich an denen der Metropolen orientierten, seien die staatlichen Apparate tendenziell sehr heterogen (ebd.: 177). Mit dem Begriff sozialstruktureller Heterogenität will Evers darauf hinweisen, dass es im Zusammenspiel mit der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise nichtkapitalistische Formen (faktische Leibeigenschaft o.ä.) und nicht durch Markt und Geld vermittelte Tauschformen gebe; immer wieder setze sich der Lebensunterhalt aus einer Mischung aus Subsistenzwirtschaft und Lohnarbeit zusammen. Für ihn ist deshalb die Grundlage der Analyse die „ökonomische Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt, seiner internen Wirtschaftsstruktur, sowie deren Ausdruck in der sozialen Gliederung des Landes" (ebd.: 208). Mit der vielschichtigen oder inkohärenten Gesellschaftsstruktur ließen sich politische Allianzen und Ausdrucksformen erklären (ebd.: 210). Nur mit der Untersuchung der Funktionsanforderungen in bestimmten Krisenmomenten könne er danach fragen, wie diese „den Staat zwingen, systemwidrige Formelemente auszubilden, und was die entsprechende Inkonsequenz für die staatliche Steuerungskapazität bedeute (ebd.: 209). Zentral ist für Evers die „Analyse der konkreten Klassenauseinandersetzungen und der sich daraus entfaltenden historischen Dynamik" (ebd.: 210). Bereits 1981 antwortet er auf die Kritik, sein Ansatz sei dennoch ahistorisch und ökonomistisch, festgestellte gemeinsame Negativa bildeten noch keine Spezifika des Staates in „peripher-kapitalistischen Ländern" (Evers 1981: 147) – und rückte damit von seiner in der Ableitungsdebatte verorteten Position ab.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Staat ist insofern im Folgenden als die politische Form einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft zu verstehen, die nicht ohne die konkreten gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse analysiert werden kann. Als politisches Herrschaftsverhältnis definiert, ist dies keine neutrale Einrichtung (Becker 2008: 10; vgl. Poulantzas 2002: 159ff.), die als die Verkörperung eines Allgemeinwohls rational „außerhalb" der Gesellschaft stünde, sondern „eingelassen in Produktionsverhältnisse, die durch den Zwang zur Kapitalakkumulation und durch Lohnarbeit gekennzeichnet sind" (Becker 2008: 10). So ist der Staat immer bereits konstitutiv präsent in den Produktionsverhältnissen, auf diese aber nicht beschränkt (Poulantzas 2002: 46).

Dass die staatliche Intervention langfristig den „ökonomischen Reproduktionsprozess" (Hirsch 2005: 26) gewährleistet, heißt einerseits gerade nicht, dass jede Maßnahme des Staates unmittelbar funktional für herrschende Fraktionen/Kapitalinteressen ist. Andererseits steckt der Staat „von Anfang an das Kampffeld ab, […] organisiert den Markt und die Eigentumsverhältnisse, etabliert die politische Herrschaft" (Poulantzas 2002: 68). Der Staat ermöglicht die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse trotz und wegen der relativen Autonomie gegenüber der Ökonomie, also einer „Trennung und gleichzeitigen Verbindung" (Hirsch 2005: 25, 30). Es ist in dieser Ambivalenz, dass der Staat eine relative Autonomie[17] gegenüber den einzelnen Fraktionen und ihren Partikularinteressen, eine eigene Materialität erlangt und dadurch eine „Kohäsionsfunktion" (Poulantzas 2002: 158) übernimmt. Entsprechend weist Poulantzas dem Staat eine besondere Rolle zu: „Die politische Macht in der kapitalistischen Produktionsweise […] ist par excellence konzentriert und materialisiert im Staat" (ebd.: 74). Die eigene Materialität entsteht, so Hirsch (2005: 25), wiederum „als Folge der Durchsetzung einer bestimmten [in diesem Fall der kapitalistischen, A.J.] Produktionsweise" – nicht nur, weil bestimmte Funktionen (Steuerungsmonopole etc.) erfüllt werden müssen.

Poulantzas zufolge ist die staatliche Macht zur Akkumulationssicherung begrenzt, da sich in staatliche Macht immer auch die Kämpfe der beherrschten Klassen einschreiben, ohne diese notwendigerweise ganz absorbieren oder integrieren zu können (Jessop 2008: 122; Poulantzas 2002: 182f.). Die Subalternen[18] sind so-

17 Kannankulam (v.a. 2008:58f.) folgend wird das Konzept hier nicht verworfen, sondern als „aus der Struktur der kapitalistischen Produktionsverhältnisse begründet[es]" materielles Resultat der Kämpfe verstanden.

18 Der Begriff „subaltern" ist mit Antonio Gramsci ein relationaler. Laut Green (2002: 18) positioniert Gramsci „the subaltern within an ensemble of social relations: relations of production, 'legal and disciplinary' functions of the state, and relations of hegemony within civil society". So ist „subaltern as a historically determined category that exists within particular historical, economic, political, social, and cultural contexts" (ebd.: 8) zu verstehen; Aufstieg und Neuordnung gesellschaftlicher Kräfte sind möglich, doch Subal-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wohl inner- wie außerhalb von Parlamenten und Parteien präsent und politisch, kulturell und materiell in diese Herrschaftsverhältnisse eingebunden (ebd.: 172ff.). Poulantzas übernimmt das gramscianische Konsensmoment von Herrschaft,[19] wenn er sagt, der Staat übernehme „beständig eine Reihe von positiven materiellen Maßnahmen" und Zugeständnisse für die Beherrschten (ebd.: 60), bezieht aber den Hegemoniebegriff auf die Hegemonie einer Fraktion der herrschenden Klassen gegenüber anderen, die damit staatliche Politik stärker als jene bestimmt und stabilisiert (ebd.: 168). Insofern wird der Staat auf konkreterer Ebene hier einerseits formbestimmt, andererseits in Anschluss an Poulantzas als umkämpftes „strategisches Feld" verstanden (ebd.: 170), auf dem komplexe soziale Gruppen um Vorherrschaft ringen und in dem sich „zuvorderst die dominanten gesellschaftlichen Interessen materialisieren, aber nicht nur ausschließlich diese" (Brand 2007: 264f.). Der Staat ist damit weder „neutrale Hülle für politische Projekte" (Bretthauer/Gallas 2006: 12) noch ein „monolithischer Block".

Obwohl sich der Eindruck aufrecht erhält, der Staat sei Garant des Allgemeinwohls und stehe scheinbar außerhalb der gesellschaftlichen Kämpfe, wird mithilfe staatlicher Apparate Hegemonie organisiert, bevorzugt der Staat „systematisch gesellschaftliche Gruppen gegenüber anderen" (Stützle 2009: 16), bietet ein vorteilhaftes Terrain für „politischen Spielraum der hegemonialen Fraktion" (Jessop 2008: 123) und desorganisiert die beherrschten Klassenfraktionen. Diese Bevorzugung/ Desorganisation geschieht durch Einhegung und spezifische Kanäle der politischen Artikulation, durch die Öffnung und Schließung von Zugängen, konkret über die rechtliche Absicherung von Privatbesitz oder indem eine bestimmte Wissensproduktion privilegiert wird (vgl. Poulantzas 2002: 171ff.). Die symbolische bzw. semantische Dimension des Staates wirkt nicht einfach „mystifizierend", sondern schafft zweierlei: Sie bietet mittels der Repräsentation des sogenannten Allgemeinwohls durch den Staat eine diskursive Matrix, politische Hegemonie zu konsolidieren (Jessop 1985:197) und konstruiert einzelstaatliche („nationale") Identitäten (vgl. z.B. Kumitz 2012).[20] Gesellschaftliche Kämpfe und Narrative sind also gemeinsam zu betrachten (Jessop 1985: 214). Für die vorliegende Arbeit sind „diskursive Referenzpunkte" und Repräsentationen relevant, die die Umsetzung politischer Projekte beeinflussen (Jessop 2008: 48ff.), zur gesellschaftlichen Formation „adäquat" sein

terne hören nicht automatisch auf, Herrschaftsstrategien unterworfen zu sein, wenn sie eigene, „gegenhegemoniale" Organisationen gründen.

19 Zur Kritik des Hegemoniebegriffs bei Poulantzas vgl. Kannankulam (2008: 66).

20 Diskursive Elemente sind ungleich entlang Klassen, Fraktionen, Kategorien verteilt und selektiv in diskursive „Ensembles" vermittelt (s. strukturelle Selektivität) (Jessop 1985: 214). Poulantzas betont, es sei nicht mittelbar von Klassenfraktionen auf bestimmte Ideologien zu schließen, doch seine Analyse von „Ideologie" bleibt klassenreduktionistisch (Jessop 1985:197). Zur Rolle von Diskursen für die Produktion von Unsicherheit Kap. V.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Erwartungen aufgreifen können (vgl. Poulantzas 1973 zum Erfolg des Faschismus).

Schließlich wirkt auch der Staat formierend auf die gesellschaftlichen Kräfte ein (Poulantzas 2002: 173) und begrenzt, wie weit Reformen gehen oder wie gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden können. Dafür nimmt Poulantzas den Begriff der „strukturellen Selektivität“ zu Hilfe, den er bei Offe entleiht (vgl. ebd.: 165). Diese Selektivität ist als struktureller ‚Bias‘ (s. oben) in den Staat eingeschrieben, u.a. da dessen finanzielle Mittel vom ‚guten Gang der Geschäfte‘ abhängig sind (Hirsch 2005: 24). Für einige Kräfte sind die Zugänge zu Entscheidungszentren einfacher; spezifische Strategien lassen sich geeigneter umsetzen als andere. Diese Selektivität wirkt darauf ein, wie verschiedene Gruppen ihre Interessen und Strategien in Bezug auf den Staat verfolgen können. „Strukturelle Selektivität“ ist ein komplexes Set institutioneller Mechanismen und politischer Praktiken des kapitalistischen Staates, durch die Interessen bestimmter Fraktionen vorrangig behandelt und andere eher zurückgedrängt werden. Das selektive Filtern von Informationen und besonders die systematische Tatenlosigkeit staatlicher Stellen bei bestimmten Themen, sich u.U. widersprechende Prioritäten, der differenzielle Einsatz von Maßnahmen sind Mechanismen dieser strukturellen Selektivität. Damit wirkt das staatliche Gefüge unterschiedlich auf die Möglichkeiten politischer Kräfte, ihre Interessenlagen zu artikulieren und mittels ihrem Zugang zu und ihrer Kontrolle über staatliche Instanzen durchzusetzen. Im Kontext Kolumbiens oder Mexikos muss diese staatliche „Prioritätendetermination“ (Poulantzas 2002: 166) sich von der im europäischen Kontext unterscheiden, denn anschließend an Poulantzas ergeben sich diese Filter und „gegen oppositionelle Kräfte gerichteten Gegenmaßnahmen“ (Bretthauer 2006: 93) historisch aus vorangegangenen Verdichtungsprozessen und Gewichtung von Staatsapparaten (s. Kap. I.3). Die vorliegende Arbeit nutzt das Konzept der „Selektivität des Staates“ in zweierlei Hinsicht, nämlich erstens in grundlegend struktureller Hinsicht und zweitens im Hinblick auf sich mittelbar in den Staat einschreibende Kräfterelationen und damit veränderliche (un-)günstige institutionelle Selektivitäten.[21] Verschränkte Achsen von Ungleichheit wie Klasse, race/Ethnizität oder Gender finden sich in dieser Kategorie wieder (Kap. I.3, II).

21 Konkret beziehen sich die Selektivitäten, so sucht Jessop (2008: 36) mit der Erweiterung um eine strategische Dimension den relationalen Charakter des Konzepts zu stärken, nicht nur auf die grundlegende strukturelle Ebene des kapitalistischen Staates, sondern werden ausdifferenziert und modifiziert. Erst das Zusammenspiel der von verschiedenen Kräften verfolgten Strategien mit einer strukturellen staatlichen Matrix lasse die allgemeine „Linie“ der Prioritäten des Staates erkennen (ebd.: 125). Was für die einen strukturelle „constraints“, stellen für andere Kräfte konjunkturelle „opportunities“ dar (ebd.: 42). Komplementäre Kategorien machen eine immer feinere Analyse der Selektivitäten möglich, v.a. diskursive, akteursspezifische im Sinne eines Foucaultschen Techonologiebe-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Poulantzas' relationale Perspektive kann besonders die Heterogenität des Staates in den Blick nehmen: Das staatliche Gefüge sei „uneinheitlich und brüchig" und von Differenzen durchzogen (Jessop 2006: 52; Poulantzas 2002: 164); Apparate stehen u.U. in internem Konflikt miteinander (ebd.: 175). D.h., die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse werden im Staat zu „internen Widersprüchen zwischen den verschiedenen staatlichen Zweigen und Apparaten" (ebd.: 164) und, so fasst Jessop (2008: 123) Poulantzas' Überlegungen zusammen,

„its different apparatuses, sections and levels serve as power centres for different fractions or fractional alliances in the power bloc and/or as centres of resistance for different elements among the popular masses."

Daraus ergeben sich u.U. Probleme für die Ausübung von Staatsmacht, denn die zuweilen konfliktiven Beziehungen zwischen verschiedenen Teilen des staatlichen Ensembles machen inkohärente Politiken denkbar (vgl. Poulantzas 2002: 171ff.). So sind die Selektivitäten einzelner Apparate, Behörden, Abteilungen und ihre diskursive Repräsentation gegenüber gesellschaftlichen Kräften unterschiedlich, sogar widersprüchlich (ebd.: 165f.). In institutionellen Transformationen[22] können die Apparate, die eine hegemoniale Klassenfraktion repräsentieren, zum privilegierten Interessenzentrum im Staat oder umgekehrt historisch dominierende Apparate zum Interessenzentrum hegemonialer Fraktionen werden (ebd.: 168f.); indessen steht in Verästelungen staatlicher Apparate die Einheit des Staatspersonals infrage,[23] schreiben sich gesellschaftliche Kämpfe in den Staat ein. Doch die Kohärenz (gemeinsame Grundlinien) zwischen den verschiedenen Teilapparaten ist nicht nur administrativ, sondern der Rolle des Staates für den Akkumulationsprozess geschuldet (s.o.).

Insofern tritt der Staat zugleich als Handlungsinstanz auf (Poulantzas 2002: 168),[24] und die „genaue Konfiguration der Gesamtheit der Staatsapparate und die

griffs technologische Selektivitäten, und spezifische Regime, die Gewichtung von Apparaten, Mechanismen von Repräsentation etc. (vgl. hierzu ebd.: 48–58, 129).

22 Althussers Aufteilung in hauptsächlich „repressive" und hauptsächlich „ideologische" Apparate kritisiert Poulantzas (2002: 63), da bestimmte Apparate je nach Zeitraum unterschiedliche Funktionen wahrnehmen könnten – wenn überhaupt, habe diese Aufteilung deskriptiven Charakter und sei stark verkürzt.

23 Widersprüche zwischen Klassenfraktionen werden deutlich – an „Spaltungen, Rissen und Brüchen im Innern des Personals" (ebd.: 186) – wenn Teile des Personals sich von Spitzenfunktionären distanzieren.

24 Der Staat tritt *auch* als Akteur auf (gegenüber gesellschaftlichen, z.B. subalternen Kräften), und vor allem in dem Maße, wie stabile Allianzen der herrschenden Fraktionen exis-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Organisation einzelner Zweige und Apparate eines konkreten Staates (Armee, Justiz, Verwaltung, Schule, Kirche, usw.)“ (ebd.: 173) hängt nicht nur von den Kräftekonstellationen im Block an der Macht, sondern von der Rolle ab, die diese in Bezug auf die beherrschten Sektoren einnehmen, nämlich das „Verhältnis von Herrschaft-Unterordnung im Inneren des Staates aufrechtzuerhalten“ (ebd.). Die Materialität staatlicher Herrschaft im Kapitalismus weist eine bemerkenswerte Kontinuität und Beharrungstendenzen auf und verändert sich nicht mit jeder Verschiebung der Kräfteverhältnisse:

„Der Staat hat eine eigene Dichte und Widerstandskraft und reduziert sich nicht auf ein Kräfteverhältnis. Eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Klassen hat sicherlich immer Auswirkungen innerhalb des Staates, sie überträgt sich jedoch nicht direkt und unmittelbar. Sie passt sich der Materialität der verschiedenen Apparate an und kristallisiert sich im Staat nur in gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form. Eine Veränderung der Staatsmacht allein transformiert die Materialität des Staatsapparates nicht.“ (ebd.: 121).

Diese Grenzen werden nur verschoben, die Praxis des Staatspersonals nur verändert, wenn das institutionelle Gerüst radikal transformiert wird, so Poulantzas (ebd.: 189) programmatisch. Das bedeutet im Grunde eine Veränderung der Vergesellschaftungsprinzipien. Ein Transformationsprojekt müsse die jeweilige Ausgestaltung des Kapitalismus, Regierungsformen, Differenzierungen in herrschenden Fraktionen und Veränderungen von Repräsentation berücksichtigen (ebd.: 189f.).

Für die vorliegende Arbeit relevant ist nun besonders Poulantzas’ 1976 erschienene Analyse der damaligen Diktaturen in Portugal, Spanien und Griechenland, deren wirtschaftliche „Abhängigkeit“ er als „charakteristisch“ (1976: 10) bezeichnete. Gerade hier denkt Poulantzas globale Verschränkungen im Kapitalismus mit spezifischen gesellschaftlichen Ausprägungen von Politik und Staat zusammen (vgl. auch Poulantzas 2002: 54). Dabei konstatierte er Unterschiede in den Produktionsstrukturen zwischen metropolitanen Ländern einerseits und „beherrschten“ Ländern andererseits, nämlich ein „Übergewicht des Kapitalexports gegenüber dem Warenexport“ (Poulantzas 1976: 11). Für die sozio-ökonomische und politische Struktur habe dies wichtige Folgen, „vor allem eine Dominanz der Agrarproduktion und der Rohstoff-Förderung sowie einen markanten Rückstand im Industrialisierungsprozess“ (ebd.: 11). Dies wiederum spiegelt sich in den Kräfteverhältnissen. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg seien mehr ausländische Investitionen in die weiterverarbeitende Industrie der Länder geflossen (sie galten nicht mehr nur als Rohstoffquellen, die es zu kontrollieren gelte bzw. als mögliche Expansionsmärkte mit großer landwirtschaft-

tieren (bzw. Hegemonie einer Fraktion) und dem Akkumulationsmodell adäquat sind (hierzu der Begriff „Projekt“ vgl. Kap. II und Kannakulam/Georgi 2012:30ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lich aktiver Bevölkerung), wodurch deren „Arbeitsprozesse zwangsläufig in die weltweite kapitalistische Vergesellschaftung dieser Prozesse“ (ebd.: 13) integriert werden. Diese „abhängige Industrialisierung“ beschränke sich auf industrielle Formen mit „geringer Technologie“, eine Arbeitsproduktivität auf niedrigem Niveau (Produktion mit höherqualifizierter Arbeit bleibe den „herrschenden“ Ländern vorbehalten, die Produktionsketten seien dabei längst internationalisiert). Profite würden meist nach außen an den Sitz der Investoren transferiert (ebd.: 13f.). Auch Arbeitskraft werde massiv exportiert; die genannten Länder „versorgen weite Teile Europas“ (ebd.: 13). Eine „neue Dependenzstruktur“ erlange deshalb große Bedeutung, die „Ergebnis und Ausdruck der Entwicklung dort“ sei (ebd.: 10). Interessant ist all das deshalb, da Poulantzas für Portugal, Spanien und Griechenland Industrialisierungsprozesse durch massive Kapitalzuflüsse von außen, eine enorme Kapitalkonzentration und antidemokratische Regierungen feststellt, die diese Art der Abhängigkeit begünstigten – wenn auch letztere in ihren jeweiligen Ausprägungen unterschiedlich sei. Ähnliche Beobachtungen machen lateinamerikanische Forscher zur gleichen Zeit (z.B. Marini 1991; zu Mexiko etwa Meyer 1973) und heute noch (exempl. Thwaites Rey 2010a). In der Konsequenz seien die Kapitalfraktionen „gezeichnet von der außenzentrierten Gesamtökonomie dieser Länder“ (Poulantzas 1976: 40). Poulantzas unterscheidet zwischen einer eher auf den Binnenmarkt gerichteten „inneren Bourgeoisie“, die dennoch eng mit internationalen Kapitalgruppen verbunden ist und einer eher in Bank- und Handelssektoren konzentrierten und vom ausländischen Kapital völlig abhängigen „Oligarchie“/„Kompradorenbourgeoisie“, die auch dessen politische Interessenlagen teilt.[25] Die Differenzierung ist nur tendenziell; ihre „konkrete Konfiguration [wird] nicht zuletzt von der jeweiligen Konjunktur bestimmt“ (ebd.: 40f.). Die „innere Bourgeoisie“ bildete trotz ihrer langsamen Distanzierung vom Militär bis zu einem gewissen Punkt einen Bestandteil des Blocks an der Macht, der die Militärregime stützte, und dabei versucht, gegenüber einem Bündnis zwischen „Oligarchie“ und Großgrundbesitz politisches Gewicht zu erlangen (ebd.: 43). D.h., die Militärregime seien

25 Statt Kategorien wie der „Kompradorenbourgeoisie“/„Oligarchie“ werden zur sozialen Klassifizierung hier Kategorien aus der lateinamerikanischen Diskussion und Sozialstrukturanalyse genutzt und in Kapitel I.3 und III im Kontext politischer und ökonomischer Praktiken in Kolumbien und Mexiko skizziert. Im Gegensatz z.B. zu Poulantzas' Oligarchie-Begriff (1976: 38) – eher in Bank- und Handelssektoren konzentriert und von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig – bezeichnet „Oligarchie“ in der lateinamerikanischen Diskussion eher ländlichen Großgrundbesitz mit der Produktion landwirtschaftlicher Exportgüter (Izaguirre/Szankay 1973: 278). Empirisch ist eine „innere Bourgeoisie“ von diesen wegen sich überschneidender politischer Interessenlagen nicht immer klar zu trennen (ebd.). Methodologisch etabliert die lateinamerikanische Debatte diese Kategorien ähnlich wie Poulantzas in seinen späteren Arbeiten anhand ökonomischer und politischer Merkmale (Jessop 1985: 169ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

keine fixen Entitäten, sondern bestünden aus unterschiedlichen Komponenten. Doch es war für „die spezifische Struktur der Regime und ihrer Apparate“ (ebd.: 44) ausgeschlossen, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte reibungsfrei zu repräsentieren. Die staatlichen Apparate zu jener Zeit seien unbeweglich und starr gewesen; die realen Machtstätten hätten sich aus den Apparaten heraus verlagert (ebd.: 44f.).

Poulantzas beobachtete also eine spezifische Art der Abhängigkeit und Einbindung in den Weltmarkt – selbstverständlich im zeithistorischen Kontext. Er ging dabei keineswegs davon aus, dass sich von außen gesetzte Bedingungen (man könnte darunter direkte Vorgaben wie in der Geld- und Wirtschaftspolitik, an Kredite geknüpfte Bedingungen fassen) ohne weiteres auf die Konfiguration des Staates übertrügen: Zwar würden externe Faktoren vermittelt, doch die „konkrete Gestalt, die der Staat jeweils annimmt – Faschismus, Militärdiktatur, bürgerlich-demokratische Republik usw. –, [hängt] von internen Faktoren dieser Gesellschaft ab“ (ebd.: 20). Damit betont Poulantzas (ebd.: 20) das „Primat der internen Faktoren“: Die von „außen“ gesetzten Faktoren wirkten „auf diese Länder nur kraft ihrer Interiorisierung“, verknüpft mit den jeweiligen innergesellschaftlichen Widersprüchen (vgl. ähnlich zu Lateinamerika Cardoso/Faletto 1976: 22; Poulantzas 1976: 20; oder Zavaleta 2009a). Natürlich gebe es direkte Interventionen von außen – doch hätten diese „einen entscheidenden Effekt“ praktisch nur, „wenn sie mit den inneren Kräfteverhältnissen dieser Länder vermittelt sind“ (vgl. Poulantzas 1976: 20f. Hervorh. i. O.).[26]

I.2.2 Zwischenfazit: Analyse von Staatlichkeit in Lateinamerika

Das Verständnis von Staatlichkeit für die vorliegende Analyse lehnt sich ein neo-poulantzasianisches Verständnis an. Einerseits muss der wesentlichen Rolle des kapitalistischen Staates bei der Reproduktion einer spezifischen sozio-ökonomischen Ordnung Rechnung getragen werden – in diese Struktur ist eingeschrieben, kapitalistische Verhältnisse aufrechtzuerhalten, und für eine Dauerhaftigkeit von Kompromissen oder die Stabilisierung von Allianzen ist der Staat zentral. Andererseits wird der Begriff der materiellen Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zentral (2002: 159). Politikfelder sind immer auch von (konjunkturellen) sozialen Kämpfen und Konflikten geprägt, und auch Subalterne finden sich in durchgesetzten Politiken wie in Apparaten wieder. Das neo-poulantzasianische Staatsverständnis (u.a. Hirsch 2005) macht beides sichtbar: Das asymmetrische Herrschaftsver-

26 So betont Poulantzas die Rolle der USA bzw. die US-amerikanischer Unternehmen für Investitionen nach Griechenland u.a. und für die Politk in den genannten Ländern. Doch diese Rolle dürfe nicht überschätzt oder angenommen werden, es werde direkte Kontrolle von außen ausgeübt. Die USA sei ebenfalls nicht als monolithischer Block ohne innere Widersprüche zu sehen (Poulantzas 1976: 33ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hältnis, das der Staat im Kapitalismus ist, und die mögliche Heterogenität im Ensemble Staat. Umgekehrt: Funktionen des Staates können nur über die Form des Staates (also das, was relativ separat von der Gesellschaft ist) analysiert werden; so sind staatliche Policies Teil und Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe, erfüllen aber zugleich eine gewisse Funktionslogik (vgl. Brand 2011).

Für den hier untersuchten Gegenstand gilt ein Spannungsverhältnis zwischen dem allgemeinen Aspekt (dominante kapitalistische Produktionsweise) und dem spezifischen Aspekt der jeweiligen Ökonomie und Gesellschaft: Die historisch unterschiedlichen Bedingungen haben Auswirkungen auf die Ausgestaltung der politischen Form (vgl. Thwaites Rey 2010a: 24). Letztlich existieren „verschiedene Formen von Staatlichkeit im Norden wie im Süden, die jeweils in unterschiedlicher Art und Weise und Intensität" von ähnlichen Merkmalen geprägt sind (Reflect! 2009: 10), und eine Außenorientierung der Wirtschaft oder große informelle Wirtschaftssektoren sind nicht exklusives Merkmal post-kolonialer Staaten. Der Begriff von „Selektivität" – um das Problem der Korrespondenz oder Übersetzung (Oliver Costilla 2011) zwischen einem heterogenen Staat und der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse adäquat zu betrachten – erfassen z.B. eins der Hauptthemen in der aktuellen Diskussion um die Transformation lateinamerikanischer Staaten, nämlich die Ambivalenz zwischen Beharrungsmomenten und veränderten Kräftekonstellationen (Prada Alcoreza 2010; vgl. Thwaites Rey 2010b). Dennoch stoßen Poulantzas und andere materialistische Ansätze (z.B. Jessop 2008), deren Blick sich auf Staaten des metropolitanen Raums konzentriert, immer wieder an konzeptionelle Grenzen, versucht man sie für post-koloniale Staaten zu „übertragen". Eine Reihe von Problemen entzieht sich Poulantzas' Theorierahmen. Insofern sind diese Überlegungen in verschiedene Richtungen (postkoloniale, *scale*-, diskurstheoretische Ansätze und solche der Kritischen Internationalen Politischen Ökonomie) erweitert worden (Brand 2010), die unterschiedliche „neo-poulantzianische Ansätze bilden. So spielen für die Art und Weise, wie strukturelle Selektivitäten historisch jeweils ausgeprägt sind, nicht nur die Stellung im Produktionsverhältnis, sondern weitere Distinktionslinien (*gender, race, ethnicity*) eine Rolle, die Poulantzas nur am Rande erfasste (vgl. Nowak 2009: 113f.).

Grundsätzlich muss die Analyse in Raum und Zeit konkreter werden: Bereits die Analyse mehrerer Staaten innerhalb der Region Lateinamerika, die die Erfahrung der spanischen Kolonialmacht teilen, zeigt ganz unterschiedlich verlaufene Entwicklungswege (und Gemeinsamkeiten). Die Debatten zum Thema (zur Übersicht vgl. Reflect! 2009) zeigen, dass die Antworten auf bestimmte Analysefragen nicht „charakteristische Gemeinsamkeiten der Staatsapparate" (Hanisch/Tetzlaff 1981) peripherer Staaten bestimmen, die exklusiv ihnen gemein wären. Schon der Aufstieg der sogenannten Schwellenländer widerlegt eine statische Vorstellung. Wenn auch die Erfahrung der Kolonialherrschaft ein gemeinsames Merkmal ist, unterscheiden sich die konkreten Ausformungen von Staatlichkeit in der Realität

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teilweise doch erheblich in ihren Apparaten, Organisationsformen, Partizipation und Exklusion, Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungszentren und Mitteln der Herrschaftsausübung. Der analytische Fokus liegt dann auf der historisch-konkreten Konstitution des Staates und der Vermittlung Staat/ Kräfteverhältnisse, und das Konzept der (spezifischen) staatlichen „Selektivitäten“ (Poulantzas 2002: 165f.) wird zentral. Die Verortung im Raum, die unterschiedliche regionale und somit spezifische Konstitutionsbedingungen nach sich zieht, ist maßgeblich. Internationale Machtverhältnisse gilt es im Blick zu behalten, wobei die inneren Kräfteverhältnisse bedingen, wie sich globale Abhängigkeitsstrukturen im Land vermitteln. Für eine historisch-spezifische Analyse von Staatlichkeit und ihrem Wandel ist die räumliche und historische Kontextualisierung unabdingbar (Jessop 2008: 74; Reflect! 2009: 8ff.).

I.3 REGIONALER KONTEXT: STAATLICHKEIT IN LATEINAMERIKA

Die „räumliche Konkretisierung“ der Theorieebene versucht, zentrale Problematiken in der lateinamerikanischen Debatte über den Staat und Anschlüsse bzw. Kritik an Ansätzen aus den metropolitanen „Zentren“ zu skizzieren. Immer wieder setzte diese Diskussion an möglichen „Besonderheiten“ des Staates in Lateinamerika an. Eine solche Betrachtung bleibt selbstverständlich oberflächlich, kann nicht abschließend sein. So nimmt der Abschnitt den Kritikpunkt wieder auf, die unterschiedlichen historischen Konstitutionsbedingungen seien einzubeziehen, und lotet den Forschungsstand zum Gegenstand „Staat in der Peripherie“ weiter aus, um am Ende des Kapitels den Bogen hin zu einer möglichen Operationalisierung zu schließen. Diese soll die Lücken berücksichtigen, die Poulantzas offen lässt, und das Staatsverständnis erweitern, ohne seinen Begriff von Kräfteverhältnissen und der Rolle des Staates im Kapitalismus zu verwerfen.

I.3.1 Exkurs: Lateinamerikanische Debatte um den Staat

Eigentlich müsste die Skizze zu lateinamerikanischen Staatstheoretiker/-innen mit dem peruanischen Autor José Carlos Mariátegui beginnen und damit die Konstitution lateinamerikanischer Staaten als Kolonien zum Ausgangspunkt nehmen. Mariátegui (1928) analysierte die peruanische Realität der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts, die zwar von einem kapitalistischen Gesamtgefüge mit Klassenstrukturen geprägt sei, aber auch von Konsequenzen des spanischen Kolonialismus: Fortbestehende indigene Bevölkerungsgruppen mit kollektiv bewirtschafteten indigenen Par-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zellen stünden Latifundien gegenüber; die Einbindung ins internationale Gefüge bzw. den Weltmarkt sei eine untergeordnete (ebd.). Diese gesellschaftlichen Verhältnisse (koloniale, kapitalistische, Lohnarbeit, Hacienda-Arbeit) existierten gleichzeitig und innerhalb einer einzigen Machtstruktur (zu diesem Argument Mariáteguis Quijano 2000b: 242). Dem entsprechend arbeitete Bagú (1992[1954]) die Charakteristika der kolonialen Integration Lateinamerikas heraus, der Kapitalismus und „Feudalismus" nicht als unvereinbare, aufeinanderfolgende Modelle, sondern als sich überlappende Charakteristika behandelt und von einer Art *capitalismo colonial* spricht.[27]

Im historischen Kontext haben die Kolonialherrschaft und die Weltmarkteinbindung tatsächlich eine entscheidende Rolle gespielt, die Ökonomien entsprechend ausgestaltet und Sozialstruktur, Wirtschaftsstruktur und die Ausgestaltung von Staatlichkeit mitgeprägt:

„Koloniale Eroberungen öffneten bestimmte Regionen nicht allein für den Handel, sondern ebneten über die gewaltsame Implantierung kapitalistischer Eigentumsrechte und den Aufbau von Rudimenten bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit zudem Investitionen und dem direkten Abbau von Rohstoffen den Weg." (Becker et al. 2007: 23).

27 Heterogen bzw. überlagert sind die Gesellschaften in jedem Fall. Bagú (1992[1954]) zeichnete aber beispielsweise die Verschränkung, Überlagerung und Artikulation verschiedener Produktionsweisen und damit verknüpfte Herrschaftsmodalitäten bereits in den kolonialen Gesellschaften nach. Er stellte fest, dass zwar gerade die Beschäftigung mit Institutionen, der Organisation des Bergbaus oder der kolonialen Rechtssprechung lateinamerikanische Historiker zur Interpretation als „feudal" veranlasste. Doch obwohl die Modelle Kapitalismus/ Feudalismus voneinander abgegrenzt seien, tendierten sie laut Bagú zu Überlagerungen. Die lateinamerikanischen Kolonien wurden früh in entstehende kapitalistische Wirtschaftskreisläufe integriert, Charakteristika beider Modelle hätten existiert. Die Vizekönige als Repräsentanten der Krone intervenierten, als die politökonomischen Strukturen denen der europäischen Feudalherren zu ähneln begannen. Diese Intervention unterwarf die indigenen Arbeitskräfte direkt den eigenen *corrregidores* und Kirchenvertretern und brachte sie in Arbeitsverhältnisse, die mehr der Sklaverei als einer ortsgebundenen patronalen Knechtschaft oder der Lohnarbeit entsprachen: Gegenstück des Handelskapitalismus war ein koloniales Produktionsmodell Lateinamerikas, das Sklaverei, Fronarbeit u.a. verknüpfte. Die *encomiendas* waren außerdem nicht in der Mehrheit selbsterhaltend wie frühe europäische Fürstentümer, sondern immer bereits exportorientiert. Im Anschluss an Bagú lehnen Oliver Costilla (2009) u.a. daher ein Verständnis der „strukturellen Heterogenität" ab, das diese als bloßes Nebeneinander von feudalen und kapitalistischen Formen der Ausbeutung fasst.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diese Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse etwa mittels ungleicher Verträge fand unter großem Druck nach der Unabhängigkeit Kontinuität (vgl. u.a. Boris 2009), nahm aber unterschiedliche Formen an. Bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts waren viele lateinamerikanische Staaten auf eine Art und Weise in den Weltmarkt integriert, die rapide und tiefgreifende sozio-politische Transformationen nach sich zog.

Durch das ganze 20. Jahrhundert und heute war und ist die Theorieproduktion in Lateinamerika mit der praktisch-politischen Frage nach einer möglichen Transformation dieser Asymmetrien verknüpft. Das Verhältnis des Staates in Lateinamerika zum Kapitalismus als globalem System spielt deshalb eine besondere Rolle: Besonders dependenztheoretische Ansätze boten seit den 50er und 60er Jahren eine Antwort auf Modernisierungstheorien, nach denen die europäischen Staaten den ehemaligen Kolonien vorauseilten und bereits auf einer Art höheren Stufe stünden. Zentral war den Ansätzen zunächst der Hinweis auf die ungleiche Einbindung in den Weltmarkt. Sie stellten heraus, dass die

„Einbeziehung der späteren Kolonien und Halbkolonien ins kapitalistische Weltsystem nicht anders funktionieren konnte als durch die Errichtung von Systemen unfreier Arbeit und dass eben diese System unfreier Arbeit die Grundlage für einen Reichtumstransfer von dort in die Metropolen mit ihrer freien Lohnarbeit (als dominanter Produktionsweise) abgaben und abgeben.“ (Hauck 2012b: 61).

Damit wiesen sie auf strukturelle Asymmetrien des Weltmarkts hin, die nach der Unabhängigkeit als veränderte Abhängigkeitsmuster die Entwicklung in diesen Staaten verhinderten oder beschränkten und daher nicht zu vernachlässigende Faktoren für Entwicklung waren. Es sei u.a. an die aus der Dependenzdebatte kommenden Autoren Cardoso/Faletto[28] erinnert, die den Blick auf Situationen lenken, „in denen ein Konflikt zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und Klassen die Grundlagen aufdeckt, auf denen die ökonomische und politische Struktur ruht“ (Cardoso/Faletto 1976: 24). Eine Analyse müsse klären, nicht nur dass, sondern „auf welche Weise die unterentwickelten Ökonomien historisch an den Weltmarkt gebunden“ (ebd.: 26) und wie die gesellschaftlichen Strukturen im Innern „einschließlich ihrer Praktiken der Übertragung und Aufrechterhaltung von Macht“ (ebd.: 24) ausgestaltet seien, um zu beantworten, welche Form die Herrschaftsstrukturen jeweils annehmen (ebd.: 22). Die Autoren skizzieren, Poulantzas (1976) nicht unähnlich:

28 Die Dependenz-Ansätze unterschieden sich u.a. hinsichtlich der Frage, wieweit Lateinamerika in die Weltökonomie eingebunden und damit kapitalistisch sei und welche Rolle externe bzw. interne Faktoren spielten. Cardoso/Faletto (1976) versuchten in einer Synthese Interne Gesellschaftsstrukturen mit den externen Faktoren zu verschränken.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Abhängigkeit findet also nicht nur intern einen ‚Ausdruck', sie ist vielmehr der Modus der strukturellen Beziehungen, eines spezifischen Typs von Beziehungen zwischen Klassen und Gruppen, der eine Situation bezeichnet, welche eng mit der ‚Außenwelt' vermittelt ist. Daraus folgt, dass Abhängigkeit nicht länger als ‚externe Variable' betrachtet werden darf; die Abhängigkeitsanalyse muss stattdessen von der Struktur […] des Systems der Beziehungen ausgehen, die zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen innerhalb […] bestehen." (Cardoso/Faletto 1976: 31).

Insofern sei neben der Struktur „das Handeln der gesellschaftlichen Kräfte – sowohl derjenigen, die an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert sind, als auch derjenigen, die auf sozialen Wandel drängen" zu analysieren (ebd.: 39): Es ist gut möglich, dass Poulantzas, der sich kritisch mit den lateinamerikanischen Theoretiker/-innen auseinandersetzte, sich auf die dortigen Debatten bezog, auch wenn er dies nicht explizit macht.

Allerdings sahen sich dependenztheoretische Ansätze der Kritik ausgesetzt, sie übersähen innergesellschaftliche Voraussetzungen, betonten (sozio-)ökonomische Strukturen zu sehr (Franke 2004) und hinterfragten den herrschenden Entwicklungs- und Fortschrittsbegriff nicht grundsätzlich genug (Letzteres v.a. gegenüber den *cepalistas* um Raúl Prébisch) (zur Kritik aus postkolonialer Perspektive vgl. Grosfoguel 2000; zum Post-Development Ziai 2006).[29] Symbolische Dimensionen Repräsentationsformen und Legitimationsmechanismen würden von den dependenztheoretischen Ansätzen weniger in den Mittelpunkt gerückt. Der Staat nehme eher implizit einen Platz ein und werde in seiner Funktionalität nicht näher bestimmt; so bestehe eine „staatstheoretische Lücke", so die Kritik (Franke 2004: 214; Lenner 2008: 68), denn um das staatliche Terrain und „interne Faktoren" tatsächlich näher zu untersuchen, fehlten analytische Konzepte. Die Tatsache, dass umgekehrt staatstheoretische Arbeiten aus Lateinamerika die Arbeiten aus den dependencia-Strömungen bzw. die vom Kolonialismus geschaffenen Voraussetzungen asymmetrischer Wirtschaftsbeziehungen meist mitdenken (exempl. González Casanova 1990; O'Donnell 2009; Zavaleta 2009a), dürfte die Lücke ein Stück weit schließen.[30] Tatsächlich ist die lateinamerikanische Debatte über den Staat, die sich ab

29 Die Autor/-innen der Economic Comission on Latin America (ECLAC/CEPAL) der UNO in Santiago de Chile erarbeiteten konkrete politische Handlungsvorschläge zur Veränderung der ungleichen Einbindung in den Weltmarkt maßgeblich mit. Die politischen Konsequenzen, die die *Dependentistas* zogen, waren in ihrer Forderung nach einem revolutionären Bruch mit den bestehenden Strukturen radikaler.

30 Ein kritischer Dependenztheoretiker im deutschsprachigen Raum, der durchaus einen Begriff von Staatlichkeit hat, ist z.B. Gerhard Hauck (vgl. Hauck 2004a). Eine Zusammenfassung der Debatte über die Entwicklung von Staaten, von Modernisierungstheorien

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den 60er Jahren entfaltete, in ihrer Vielfalt kaum abzubilden. Ausgangspunkte waren meist die besonderen Merkmale oder Konditionierungen von Staatlichkeit in der Region, mögliche konkrete Entwicklungsstrategien (für diesen Teil der Diskussionen waren nicht zuletzt bereits die CEPAListas in den Jahrzehnten zuvor prägend gewesen) und die Betonung konkreter historischer Entwicklungen für die spezifischen Ausformungen von Staatlichkeit. Die Anzahl der Beiträge ist unübersehbar; mehrere wichtige Debattenbände (vgl. u.a. Lechner 1981a; González Casanova 1990; Centro de Estudios de la Realidad Nacional CEREN 2007) wurden im Laufe der Zeit herausgegeben. obwohl Kritik an der geringen eigenen Theorieproduktion über den Staat auch innerhalb Lateinamerikas geäußert wird (vgl. CEREN ebd.), ließe sich die Tatsache, dass eine staatstheoretische Lücke wahrgenommen wird, teilweise durch die geringe Rezeption dieser Arbeiten im deutschsprachigen Raum erklären. Cortés (2012: 95ff.) zufolge ist (in Anlehnung an José Aricó und René Zavaleta) die Zentralität bzw. „Gründerrolle“ des Staates in den gesellschaftlichen Formationen Lateinamerikas, sein „produktiver Charakter“ einer der zentralen Punkte der Debatte über den lateinamerikanischen Staat: Bereits einige Dependentistas gingen davon aus, dass schon die Konstitution der jeweiligen Gesellschaftsstrukturen über die abhängige Einbindung in den Weltmarkt vonstatten gegangen sei. Eine Achse in jener Debatte der 70er Jahre drehte sich um die Frage, inwiefern der Autoritarismus in der Region, besonders die neuen Militärdiktaturen, als Faschismus oder Bonapartismus zu verstehen bzw. von europäischen Ausprägungen zu differenzieren seien, wobei die Notwendigkeit deutlich wurde, etwa den lateinamerikanischen Caudillismo bzw. die Herrschaftsmodalitäten innerhalb Lateinamerikas über eine historische Herangehensweise zu erfassen (vgl. hierzu etwa die Wiederveröffentlichung des CEREN 2007; Zavaleta 2006). Das Interesse Guillermo O'Donnells (1978) als einem bekannten Vertreter der Debatte rührte aus dem Versuch, die Militärdiktaturen im Cono Sur als historisch spezifische Form des kapitalistischen Staates, als „bürokratisch-autoritären Staat“ zu verstehen (Neuausgabe O’Donnell 2009: 15–59). In frühen staatstheoretischen Überlegungen (O’Donnell 1978)[31] betonte er noch den (Klassen-)Antagonismus, der dem gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnis Staat innewohne. Dieser befinde sich zur kapitalistischen Gesellschaft in einer „complicidad estructural“ (ähnlich der „strukturellen Selektivität“) und garantiere bzw. reproduziere diese Herrschaftsverhältnisse; schon deshalb sei auch der lateinamerikanische Staat kapitalistisch: Unter der Oberfläche „einer Kakophonie von Inkongruenzen, Fehlern und immer teilweisen und prekären

über Dependencia-Ansätzen bis zur Kritik vonseiten postkolonialer Theoretiker/-innen, ist bei ihm (2004b) zu finden.

31 O'Donnells spätere Arbeiten zur Transition in Richtung Demokratie und die Hinwendung zu Demokratietheorien bewahren sich die staatstheoretischen Perspektive, stehen aber außerhalb des Fokus' dieser Arbeit.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Erfolgen“ (ebd.) trügen die staatlichen Institutionen zur Reproduktion der Verhältnisse bei, u.a. mittels des Rechts (z.B. auf Privateigentum) und mittels Gewaltmitteln im Falle einer Herrschaftskrise. Diese entstehe u.a., wenn der Staat nicht mehr erscheinen könne, als sei er „Diener eines Allgemeininteresses“ (O’Donnell 2009: 19) weil transnationale Kapitalfraktionen bereits zu den herrschenden Klassen gehörten (ebd.: 34).

Norbert Lechner (1981b) dagegen kritisierte, die „relative Autonomie“ Poulantzas’ sei nur eine Variation einer ökonomistischen Sicht auf den Staat im Sinne des Basis-Überbau-Schemas.[32] Klassenreduktionistisch, so kritisierte er, komme das Subjekt als fertiger Akteur auf die Bühne, die Entstehung kollektiver Identitäten spiele keine Rolle.[33] Das führe zu instrumentalistischen Vorstellungen von Staat und habe „katastrophale Strategien“ (ebd.) der lateinamerikanischen Linken nach sich gezogen (er spielt u.a. auf die kommunistischen Parteien an). Die politischen Konsequenzen der jeweiligen Analysekonzepte waren für ihn zentral (ebd.: 7); so hatte Lechner die Regierungsperiode der Unidad Popular in Chile 1970 bis zum Militärputsch 1973 begleitet. Mit dem Begriff des „Technokratischen Autoritarismus“ nahm er kritisch auf den Putsch Bezug und stellte die Kopplung wirtschaftlicher Entwicklung mit Ordnungsfunktionen heraus: Die „Funktionalisierung aller gesellschaftlichen Elemente für die kapitalistische Modernisierung“ zu erreichen (ebd.: 4) verlange diesen Rekurs auf disziplinierende Maßnahmen. Die schwierigste Aufgabe des Staates bleibe allerdings, so Lechner kritisch – hier ist doch eine Nähe zu neopoulantzasianischen oder neo-gramsicanischen Ansätzen deutlich – „to organize dominant groups, atomize dominated groups, and at the same time bring all of them together in an order“ (ebd.: 7). Für langfristige Vereinbarungen sei, so Lechner später (1995: 162), zur Orientierung einen gesellschaftlichen Konsens ein „staatliches Projekt“ nötig.

32 Der Staat sei stattdessen ein gesellschaftliches, also historisches Produkt, die gespaltene Gesellschaft benötige eine Vermittlungsinstanz, um sich zu regulieren: „the mediating relation may be supplied by religion; in capitalism it takes the form of the state“ (Lechner 1981b: 11). Er betont die Staatsform (die Konzentration auf den Staatsapparat sei kurzsichtig) als externalisierten, von der Gesellschaft „gemachten“ „Ort der Bedeutung“ (ebd.: 12).

33 Weder sei die Konstitution von Subjekten von der Ökonomie prädeterminiert, noch dem ideologischen Diskurs immanent: „The idea is not to divorce the material production of life from the production of the meaning of life within society […] In sum, then, all material production is also symbolic production, and inversely, all ideological discourse is inscribed within material practice“ (Lechner 1981b: 9). Staatliche Herrschaft kennzeichnen nicht nur durch Zwang und Gewalt gekennzeichnet, sondern produziert spezifische Diskurse und Wahrnehmungen der Realität, die (in Anschluss an Gramsci) Konsens erzeugten (ebd.: 5).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Überlegungen blieben dennoch meist sehr abstrakt. O'Donnell/Oszlak (Oszlak/O'Donnell 1995) schlugen die konkretere Analyse von „políticas públicas“ (staatlichen Maßnahmen) vor, die eine weniger statische und dabei detailliertere Perspektive auf Mobilisierungen und Akteure erlaube. Dabei stellt sich die Frage nach den Entscheidungsprozessen innerhalb der Apparate über spezifische Maßnahmen, die Frage, welche gesellschaftlichen Akteure mobilisiert werden oder die nach möglichen Konfliktlinien.[34] Ergebnis seien „institutionelle Kristallisierungen“, neue bürokratische Apparate oder neue Funktionen für bereits existierende Organe (ebd.: 118f.). Dies trenne konkrete Analysen nicht von abstrakteren Perspektiven auf eine „Neukonzeptionalisierung des Staates“ oder dem Verhältnis Staat/Gesellschaft ab (ebd.: 105, 123). Fallstudien seien nicht immer verallgemeinerbar oder gar von gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöst analysierbar. Ähnliche Analyseschritte greifen im Grunde Brand (2011) und Kannankulam/Georgi (2012) auf, die der vorliegenden Arbeit als Orientierung zur Vorgehensweise dienen (vgl. Kap. II).

I.3.2 René Zavaleta: komplementäre Kategorien

René Zavaleta Mercado (2009a[1984], 2010[1988]) als einer der zentralen lateinamerikanischen Staatstheoretiker forderte immer wieder die *kritische* Aneignung des Marxismus durch die lateinamerikanische Sozialwissenschaft. In den Überlegungen von Marx sei Lateinamerika eine „theoretische Leerstelle“ (vgl. Ouviña 2010). Damit schreibt sich Zavaleta in die lateinamerikanischen Diskussionen um Staatstheorien ein, die vor allem die unkritische und ahistorische Übernahme von Konzepten aus Europa kritisierten – keineswegs eine unberechtigte Kritik (vgl. u.a. auch Quijano 2000c). Die Realität sei nicht zu reduzieren auf vorgefertigte Schemata; vielmehr seien die „Grenzen der Anwendbarkeit explizit zu machen“ (Ouviña 2010: 197). Zavaleta (2009a) war weder mit einer schematischen, akritischen „Übertragung“ eurozentrischer Konzepte zufrieden[35] noch mit rein empirischen Analysen, die die Besonderheiten des lateinamerikanischen Kontextes überbetonten und letztlich zur Beliebigkeit führten. Er versuchte für die Analyse der Form des Staates in Lateinamerika adäquatere Herangehensweisen zu schaffen (vgl. Ortega Reyna 2015).

34 Oszlak/O'Donnell (1995: 121) geht es um „innere Differenzierungen des Staates“, um „Mobilisierung/Passivierung gesellschaftlicher Akteure“ in unterschiedlichen Phasen eines Konflikts oder Gesetzesprozesses, überhaupt um unterschiedliche Definitionen eines Themas und die vorherrschenden Lösungsmodi.

35 Das Konzept der „*ingobernabilidad*“ (Unregierbarkeit) kritisierte er bereits in den 80er Jahren (Zavaleta 2009b: 318[1982]).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Den Kontinent Lateinamerika mit ähnlicher Kolonialgeschichte sieht Zavaleta als „gemeinsamen Rahmen“ (*horizonte común* (Tapia 2006: 215)) für den Vergleich unterschiedlicher Kontexte bzw. die vergleichende Analyse. Herausforderung sei für Zavaleta, nicht nur die Diversität zwischen den verschiedenen Staaten, sondern auch innerhalb jedes dieser Staaten zu analysieren, so Luis Tapia (ebd.: 217), der Zavaletas Konzepte weiterentwickelte. Hier ist die Absicht nicht, eine abschließende Diskussion zwischen den Ansätzen Zavaletas und Poulantzas' vorzulegen, wohl aber die mögliche Verbindung der Ansätze aufzuzeigen: Denn Zavaleta verwirft den Marxismus als Theorie auf einer allgemeinen Ebene nicht, doch um die Diversität nicht nur als defizitäre Abweichung erfassen zu können (vgl. ebd.: 215) seien komplementäre Konzepte nötig („es reicht nicht existierende Theorien gut anzuwenden, sondern es wird notwendig, zusätzlich Theorie zu produzieren“ (ebd.: 215)): Solches „lokales Wissen“ produzierte Zavaleta mit eigenen komplementären Kategorien. Damit ersetzte er nicht die allgemeine Theorie, sah die Reichweite der Universalität aber vom „Kontinent und seiner Geschichte“ umgrenzt (vgl. ebd.: 222). Ihn interessierte der qualitative Aspekt, die Frage, warum kapitalistische Staaten – wenn doch alle unabhängig von ihren Konstitutionsbedingungen zur Reproduktion des Kapitals beitragen – unterschiedliche Ausprägungen erfahren, manche parlamentarische Demokratien ausbilden, andere ökonomisch abhängig bleiben. Für solche Unterschiede ist ein geringeres Abstraktionsniveau notwendig, das die Diversität als Ergebnis historischer Prozesse erklären kann. Mit den vermittelnden, komplementären Kategorien nehme man also die Diversität, mit der kapitalistischen Produktionsweise eher die Einheit dieser Geschichte in den Blick (Zavaleta 2009a: 326).[36]

Zavaleta entwickelte daher (vgl. Ouviña 2010) die These, dass für die konkrete Analyse die „lokale Logik“ (spezifische Konfigurationen von Kräften und weiteren Faktoren im spezifischen Kontext) der „globalen“ Logik vorgeordnet sei. Dem entspricht das Begriffspaar *forma primordial* und *determinación dependiente*: jede einzelne Geschichte „schafft ein besonderes Muster von Autonomie, erzeugt aber

36 Zavaleta (2009a: 326) ist bewusst, dass die Autonomie des Politischen verschwinde, betrachte man nur die Ebene des globalen Kapitalismus. Cortes (2012) betont Zavaletas zwei Abstraktionsebenen: Das Regulationsmodell allgemein und die Gesellschaften in ihrer jeweiligen Geschichte. Während einerseits kapitalistische Produktionsverhältnisse eine ganze Reihe unterschiedlich geprägter, von der lokalen Geschichte mit geformter Staaten hervorbringen, scheine sich dies auf weniger abstrakter Ebene umzukehren, wenn Staaten immer formale Charakteristika und Kohäsionsfunktion gemein haben. Im Grunde unternimmt Zavaleta eine ähnliche Kritik und Weiterentwicklung der Ableitungsdebatte wie u.a. Hirsch und versteht den Staat eben nicht nur als aus der Kapitallogik abgeleitet (vgl. Ortega Reyna 2015). Denn Staat und Gesellschaft verschränken sich gegenseitig und „werden ja nach konkreter Realität interpretiert.“ (Zavaleta 2009a: 334).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auch eine konkrete Abhängigkeitsmodalität“ (Zavaleta 1986 zit. ebd.: 204).[37] Die *determinación dependiente* bestimmt mit externen Bedingungen den Handlungsspielraum für Konfigurationen des Staates. Ein Element für die Analyse in Lateinamerika ist daher die sozio-ökonomische Konditionierung durch die in der internationalen Arbeitsteilung zugewiesene (veränderbare) Rolle. Das Konzept der *forma primordial* erfasst lokale Herrschaftsverhältnisse und die Relation Staat/Gesellschaft, die vorherrschende Staatsform im jeweiligen Kontext und besonders die Frage, *wie* sich jeweils gesellschaftliche Organisationsprozesse mit der Regierungsform artikulierten (Zavaleta 2009b: 310ff.; vgl. Tapia 2006: 216). Methodologisch impliziere das, bei den historischen Prozessen, in denen sich die *forma primordial* vermittelte, immer zunächst die internen Machtverhältnisse, den „internen Horizont“, zu analysieren, so jedenfalls Tapias Interpretation (ebd.: 216f.). Ähnlich wie bei Poulantzas (1976) seien dabei die inneren Kräfteverhältnisse zu analysieren, ohne die Art der Einbindung in den Weltmarkt zu vernachlässigen. Auf letzteren verweist die Kategorie der *determinación dependiente* unmittelbar. Dabei beschrieben marxistische Ansätze adäquat die „Konfiguration der historischen Zeit der Modernität“; in diese „*temporalidad*“ seien die lateinamerikanischen Länder seit der Kolonialzeit einbezogen (Tapia 2006: 219). Die Einbindung in den Weltmarkt unter kapitalistischer/kolonialer Herrschaft mitzudenken, mache einerseits konkrete heutige Bedingungen, andererseits die internationale Ebene nachvollziehbar (ebd.: 219). Da der Kapitalismus eher von außen als aus inneren Widersprüchen entstanden sei, fungiere der Staat als ganz bedeutender Impulsgeber für „Entwicklung“ und für die Produktion kollektiver Identitäten (vgl. Ouviña 2010: 201).[38]

Für den Blick auf die *forma primordial* führt Zavaleta ergänzend die Kategorie des „*momento constitutivo*“ (Zavaleta 2009a: 336ff.) ein als Moment, das eine relativ langfristige, spezifische Art der Artikulation zwischen Staat und Gesellschaft in Gang setzt und einen übergreifenden Sinnhorizont begründet. Tapia erklärt dies als

37 In anderen Worten: „Es gibt kein einziges grundlegendes Problem der Region, das nicht mit der Frage der Interferenzen [von außen] zu tun hätte, aber keines hat eine Lösung, wenn nicht die eigenen Gründe diskutiert werden. Die Abhängigkeit selbst muss in Bezug auf die historischen, gebildeten Muster jeder einzelnen Gesellschaftsformation gedacht werden.“ (Zavaleta 2009b: 306).

38 Zavaleta distanziert sich vom Basis-Überbau-Schema; tatsächlich sei das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie eher von reziproker Strukturierung geprägt. Ouviña (2010: 202) zieht für Lateinamerika den Schluss, „dass es in unserer Region der Staat war, der in beträchtlichem Maß die Gesellschaft in ihrer Gründungsphase überdeterminierte und strukturierte, wenn auch die Bestimmung sich in letzter Instanz, auf globaler Ebene, durch den global konstituierten Markt vollzog.“

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Moment, in dem Strukturen und die Art und Weise, in der Produktion und Reproduktion der sozio-politischen Ordnung für längere Zeit verarbeitet werden, zusammenfallen, sich miteinander vermitteln und ganz allgemein und am stärksten ausprägen." (Tapia 2006: 218).

Das konstitutive Moment könne sich auf eine Episode beziehen, als staatlicher ‚Pakt' oder als Wendepunkt auftreten, sich ausdifferenzieren. Die Mexikanische Revolution gilt Zavaleta (2009a: 337) als solches Moment.[39]

Nicht zuletzt will Zavaleta den Staat als „konkrete Situation", als „*agregación histórica*" und „*particularidad*" untersuchen (ebd.: 327): „in letzter Instanz ist die Staatstheorie, wenn überhaupt, die Geschichte jeden Staates" (ebd.: 335f.). Zavaletas Insistieren auf der Zentralität der jeweilig konkreten historischen Ausgestaltung liegt analog zu Poulantzas' Postulat der Verdichtung von Kräfteverhältnissen – ohne sie ist die abstrakte Form des Staates nicht näher bestimmbar. Zavaletas Gegenbeispiel zu einer althusserianischen Vorstellung festgelegter Staatsapparate sind die mexikanischen Gewerkschaften als charakteristische Vermittlungsinstanz: Dass sie tatsächlich als Vermittlungsinstanz oder Organ des Staates agierten, ergab sich aus politischen Kämpfen (ebd.: 335). Die Vermittlung (*mediación*) könne ebensogut volatiler Art sein (ebd.: 334); absolute Kategoriensetzungen seien fehl am Platz (ebd.). Die Mechanismen, die eine „Reproduktion des Verhältnisses Regierende-Regierte" (Ortega Reyna 2011: 211) ermöglichten, seien so vielfältig wie der Prozess, in dem der Staat, sein institutionelles Gefüge und die darin auftretenden gesellschaftlichen Relationen konkrete Forderungen artikulieren, desorganisieren, bearbeiten oder vernachlässigen. Von Poulantzas wenig beleuchtete, institutionalisierte, vermittelnde Politikformen fasst Zavaleta mit dem Begriff der mediación. Die „Einordnung einer Instanz als staatliche, nichtstaatliche oder Mittlerfunktion" (Zavaleta 2009a: 333) hänge im Zweifelsfall vom jeweiligen historischen Kontext ab. Deshalb sind für Zavaleta (2009a: 323; vgl. Ortega Reyna 2011) die Konstitutionsbedingungen der vielfältigen sozialen Bewegungen, die Funktion von Gewalt und die Nutzung des Mehrwerts (*excedente*) als mögliche Vermittlungsmuster für eine Analyse relevant. Zavaleta fragt zudem (wieder differenziert er ähnlich wie Poulantzas), welche Fraktionen der herrschenden Klassen (etwa Handelskapital oder Industrie) historische Entwicklungen maßgeblich beeinflussten (ebd.: 337).

Insofern versucht Zavaleta drei Ebenen zusammenzudenken, nämlich den gemeinsamen historisch-territorialen Horizont Lateinamerika, den Rückgriff auf marxistische Theorien, um strukturelle Ähnlichkeiten zu erfassen und die Aufgabe, historisch-konkrete *formas primordiales* zu untersuchen. Seine komplementären Kategorien machen die Analyse von Staatlichkeit in Kolumbien und Mexiko auf einer konkreteren Ebene handhabbar und werden im Verlauf der Arbeit aufgegriffen.

39 Zavaleta (2009a: 337) versteht unter dem Begriff vom *konstitutiven Moment* eben nicht eine Art „Schicksal", wie es nationalistische Vorstellungen beinhalten könnten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

I.3.3 Kolonialität und die Kategorie *race*

Um (konstruierte) Spaltungslinien in der Gesellschaft angemessen beschreiben zu können, musste die lateinamerikanische Debatte die Kategorien, mit denen sie arbeitete, erweitern. Auch wenn in der vorliegenden Arbeit nicht der Anspruch erhoben wird, poulantzasianische und postkoloniale Theorie-Ansätze einer systematischen Diskussion zu unterziehen, so ist es doch notwendig darauf hinzuweisen, dass die „Hybridität der kolonialen Systeme“ mit ganz unterschiedlichen „Bedeutungsuniversen“ (Hauck 2012b: 61) für Staatlichkeit in Lateinamerika zentral ist:[40] Systematisch versuchte dies z.B. González Casanova (2009: 129ff.) mit dem Begriff des *colonialismo interno*, um das auch nach der Unabhängigkeit als paradox wahrgenommene Verhältnis der lateinamerikanischen Staaten zu ihren Gesellschaften systematisch zu erfassen. Innergesellschaftlich kolonisierte Gruppen blieben Bevölkerung zweiter Klasse, waren auf der diskursiven Ebene häufig nicht einmal existent. Zavaleta (2009a) betont, diese ethnisierten Spaltungslinien führten dazu, dass eine teilweise illusorische Herrschaft (*estado aparente*) über diverse Gesellschaft*en,* ohne organische Verbindungen zu diesen, mit nur bruchstückhaftem Bezug aufeinander ausgeübt werde: Diese stehen zwar einem homogenisierenden, monokulturellen Staat gegenüber; ihre Lebensformen und kommunitären Produktionsweisen sind aber nicht zerstört. Zavaleta führt als analytische Kategorie deshalb – für die Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, möchte man mit Blick auf Poulantzas' Begrifflichkeiten hinzufügen – den Begriff der *sociedad abigarrada* ein, der eben diese überlagerten, zergliederten Gesellschaften beschreibt und bereits konzeptionell das Heterogene, Komplexe und die lückenhafte Vereinheitlichung bezeichnet: „*Lo abigarrado“* ist eine Möglichkeit, „die konfliktreiche und widersprüchliche, durch den Kolonialismus hervorgerufene Diversität/ Heterogenität“ (Tapia 2006: 221) zu denken, ohne Bedingungen des Kapitalismus zu negieren.

Weiterführend sind zudem die Arbeiten Aníbal Quijanos, der die historische Verschränkung von Kapitalismus und Kolonialismus und deren Konsequenzen für die Theoriebildung über die lateinamerikanischen Gesellschaften zum Thema macht (vor allem Quijano 2000b). Sein Konzept der *Colonialidad* geht über den „internen Kolonialismus“ hinaus: Mit der Konstitution (der „Entdeckung“) von Lateinamerika wurde nicht nur der entstehende Kapitalismus global, sondern Eurozentrismus und Kolonialität etablierten sich zudem als zwei konstitutive Achsen *eines* Herr-

40 Rassismus ist selbstverständlich auch im europäischen Staat als strukturelles Moment kapitalistischer Herrschaft vorhanden; er ist „immer zugleich ein kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler [Staat] und die sozialen Beziehungen, die er in seiner Apparatur ausdrückt und 'reguliert', sind von allen diesen Gegensätzen bestimmt.“ (Hirsch 2005: 33), doch auf Ebene der historischen Entwicklung der lateinamerikanischen Gesellschaften ist dieses Element zu betonen).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schaftsmodells (Quijano ebd.; vgl. Quijano 2000c: 342). In jedem Fall war „die enorme Kapitalakkumulation, die für die industrielle Fertigung von Textilwaren nötig wurde, [...] erst im Zuge der konsequenten Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft in den Kolonien möglich“ (Conrad/Randeria 2002:28 zit. in Hauck 2012b: 54). Mit der Herrschaft über „Amerika“ begann „Europa“ die wichtigen Transportwege des Atlantik zu kontrollieren; die dortigen Rohstoffe ließen eben diese Transportwege immer wichtiger werden. Quijano weist nun besonders darauf hin, dass die durchgesetzten Herrschaftsverhältnisse historisch zudem neue kollektive Identitäten und soziale Klassifizierungen festschrieben („Schwarze“, „Indios“, „Weiße“) und z.B. die vielfältigen Gesellschaften Amerikas binnen kaum 300 Jahren auf eine einzige, untergeordnete „Indio“-Identität reduzierten (Quijano 2000b: 221). Als neue Spaltungslinien etablierten sich nicht nur Kapital/Arbeit, sondern „Europäer“/„Nicht-Europäer“, entstand langfristig überhaupt die Kategorie „Europa“ als imaginierter moderner Schlusspunkt der Zivilisationsentwicklung (vgl. ebd.: 221ff.), da das universale Gefüge später als Moderne bezeichnet und diese in Europa verortet wurde. Die Naturalisierung der Wahrnehmung der Menschen als „Unterentwickelte“/„Zivilisierte“ (Quijano 2000c: 344) legitimierte den mit der conquista etablierten Herrschaftsmodus (Quijano 2000b: 203). Insofern gelang es „weißen kreolischen Eliten“[41] in einem langfristigen historischen Prozess kolonialer/ethnisierter Herrschaft, ihre gesellschaftliche Klassifizierung hegemonial werden zu lassen (vgl. Quijano 2000c). Die „Kolonialität der Macht“ impliziert und legitimiert zugleich die „historisch-strukturelle Abhängigkeit“ Lateinamerikas. Relevant wird hier, dass sich kollektive Identität auch über das „Andere“ formiert (z.B. Brand 2010), wie auch Hauck (2012b: 54) betont:

> „Eine eigene Identität zu behaupten, gelingt im Diskurs der europäischen Mächte seit Beginn der kolonialen Expansion offenbar nur dadurch, dass diese sich von den zu Kolonisierenden als den radikal Anderen absetzen - was eben nicht bedeuten muss, dass man sich mit diesen Anderen ernsthaft auseinandergesetzt hat“,

sondern weiterhin reproduzieren sich prägende „Denkfiguren“, die einem „westlichen Weltbild“ wegen seiner vorgeblichen Rationalität Universalität zugestehen, während sie die „Anderen“ als „mythisch“, „geschlossen“ und wenig „reflexiv“ konstruieren (vgl. Kritik Haucks an Habermas ebd.: 55).[42]

41 „kreol“ versteht sich im Spanischen als Nachkommen spanischer *conquistadores*.

42 Brand macht die Bedeutung von Diskursen für die Konsolidierung von internationalen Hierarchien noch einmal deutlich: „Gerade hinsichtlich der Internationalisierung, der ungleichen Entwicklung und des Verhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie sind frühere Kolonial- und spätere Entwicklungsdiskurse ganz entscheidend. Die Konstitution von herrschaftlichen Identitäten und Zugehörigkeiten sowie die Legitimität der existie-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Quijano geht es um den historischen Prozess; er grenzt die unterschiedlich verlaufene koloniale Expansion in Lateinamerika und die in den heutigen USA voneinander ab. Gewalt wurde selbstverständlich in beiden Gebieten eingesetzt, doch das vor der „nord"-amerikanischen Revolution besetzte Gebiet war relativ klein, so dass „der Prozess, eine neues Machtstruktur zu konstituieren, mit der Gestaltung des Nationalstaates einherging" (Quijano 2000b: 229), von dem nordamerikanische Indigene völlig ausgeschlossen gewesen seien. Während sie außerhalb der Gemeinschaft standen, konnten neue Immigranten, waren sie nicht Sklaven, ihre Identität als „Amerikaner" rekonstruieren und als „Staatsbürger" an politischen Prozessen teilhaben. Eine Demokratisierung der Kontrolle der Produktionsmittel fand – in begrenztem Rahmen – durchaus statt.

In Lateinamerika wurde das Strukturierungsmerkmal raza für die Expansion von Kapitalismus und Kolonialismus instrumentalisiert (vgl. ebd.: 226ff.). Zugleich entwickelten sich durch die spezifischen Weltmarktstrukturen in Lateinamerika wenige Industriefraktionen, die kapitalistische Wachstumsprozesse vorangetrieben und den politischen Einfluss der Landoligarchie stärker eingehegt hätten. Eine Demokratisierung der Produktionsmittel fand nicht statt; die politische Teilhabe blieb zunächst eng begrenzt. Die Überlagerung bereits zuvor bestehender indigener Herrschaftszusammenhänge in Teilen des Kontinents (Mexica, Maya) musste ebenfalls zu unterschiedlichen Ausprägungen des Kolonialismus führen. Sie stellten mit komplexen Steuersystemen und Produktions- und Handelszusammenhängen eine Folie dar, auf der sich bereits der Kolonialismus in Mexiko anders entwickeln musste als in Kolumbien – wenn auch viele Charakteristika der spanischen Kolonialherrschaft in beiden heutigen Ländern nachwirken. Gerade in Mexiko war die Rolle der katholischen Kirche bei der herrschaftsförmigen Umgestaltung von Raum zentral – wenn sie etwa Kirchen auf religiös-politischen Gebäuden der Mexica oder Maya baute, also buchstäblich den zuvor von jenen dominierten urbanen Raum „besetzte".[43] Ein Unterschied zu „Europa" liegt also im jeweiligen Verhältnis staatlicher Herrschaft zur Colonialidad, im Zusammenfallen von unabhängigen Staaten

renden internationalen Arbeitsteilung verläuft ganz wesentlich entlang der Linie des so genannten („westlichen") Normalen und („nicht-westlichen") Unzivilisiert-Barbarischen bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg des Unterentwickelten." (Brand 2010: 103).

43 Dass der Verweis auf zuvor bestehende Formen politischer Herrschaft nicht heißt, dass kulturalistische Erklärungen für heutige Gewaltformen und Ausprägungen von Staatlichkeit (Klientelismus, Korruption) weiter führen, sollte deutlich geworden sein. Quijano verknüpft den iberischen Kolonialismus in „Amerika" und die Zuschreibung bestimmter minderer Identitäten für die Beherrschten mit der Entstehung eines vielfältig ausgeprägten Kapitalismus und argumentiert damit für eine Universalität des Kapitalismus (ihm können daher nur schwer Vorwürfe gemacht werden, wie sie Chibber (2013) polemisch für die indischen subaltern *studies* formuliert).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit spezifisch stratifizierten Gesellschaften (Quijano 2000c: 377). Seine Konsequenz für den post-kolonialen lateinamerikanischen Staat ist, dass dieser eine „rearticulation of the coloniality of power over new institutional bases" (Quijano 2000b: 236) darstelle. Was als der „moderne Nationalstaat" bekannt wurde – der vorgibt, Gleichheit vor dem Gesetz und die Wahrung der Interessen Aller zu garantieren – ist für Quijano nur in wenigen staatlichen Herrschaftsräumen tatsächlich konsolidiert (vgl. auch Quijano 2001).[44] Die Sklaverei afro-lateinamerikanischer Bevölkerung wie die Unterordnung Indigener war nicht nur ökonomisches Modell, sondern die koloniale Differenzierungsideologie verstärkte existierende gesellschaftliche *cleavages* und zwar nach der Unabhängigkeit weiterhin, wie Vinson u.a. (2009) betonen. Keineswegs war die Unabhängigkeitsphase eine, in der die racial hierarchies der kolonialen Welt im Bemühen um die Konstruktion einer nationalen Einheit tatsächlich aufgelöst worden wären. Im Gegenteil dienten sie zur Rechtfertigung von Kampagnen wie dem Krieg (1878-1885) gegen die indigene Bevölkerung in Argentinien (Zavaleta 2009a: 346).

Fazit ist, dass die Kategorien *race/etnicidad* als wichtiges Strukturierungsmerkmal lateinamerikanischer Gesellschaften, als Spaltungslinie für soziale Ungleichheit eine Rolle spielt und bei der Analyse mitgedacht werden muss. Da sich hier theoretische Überlegung und methodische Herangehensweise verschränken, hat dies erstens Auswirkungen auf Poulantzas' Begriff der Kräfteverhältnisse: Die Hierarchien von Klasse und race/etnicidad „nähren sich gegenseitig" (Sousa Santos 2010: 32). Die Frage nach den herrschenden Klassen beschränkt sich nicht auf ökonomische Kategorisierung, sondern im Sinne von Quijanos „Colonialidad del poder" sind dies häufig „white male creoles" (Quijano 2000a). Für Sousa Santos (2010:32) liegt eine Schwierigkeit deshalb darin, dass Kolonialität statt aktiver staatlicher Politik gleichsam eine „gesellschaftliche Grammatik" sei, die öffentlichen und privaten Raum, Kultur, Mentalitäten durchziehe. Allerdings liegt der Fokus in dieser Arbeit nicht auf der Diskussion um die resultierenden Hybrid-Kulturen, sondern auf der gebrochenen Vermittlung miteinander ringender Kräfte in staatliche Herrschaft. Insofern hat Quijanos Begriff der Kolonialität zweitens Auswirkungen auf die ‚strukturelle Selektivität' des Staates: Tendenziell strukturieren rassistische Hierarchien den Zugang zu staatlichen Zentren und öffentlichen Gütern, die Durchsetzung von Interessen, und zugleich wird die politische Artikulation „indigener" oder „afrolateinamerikanischer" sozialer Gruppen immer wieder von staatlicher Seite „desorganisiert" und vereinzelt (Poulantzas 2002:

44 Es bleibt etwas unklar, ob Quijano tatsächlich dem Fehlschluss aufsitzt, die europäischen Gesellschaften seien gleichsam homogen, so dass es einen entsprechenden „Nationalstaat" geben könne. Die Vorstellung vom Staat auf Basis einer ‚Nation' ist selbstverständlich auch in Europa ein zu kritisierendes Konstrukt (vgl. Kumitz 2012). Quijanos Argument zielt auf die historisch besondere Rolle dieser Ausgestaltung von Macht in Lateinamerika.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

171ff.). Angesichts der Festschreibung von Kollektivrechten in internationalen Regelwerken ab den 80er Jahren sind sie zuweilen in spezifische, diese Identitäten betonende Organisationszusammenhänge gedrängt, um sich mit entsprechenden politischen Forderungskatalogen gegenüber anderen Akteuren zu situieren (vgl. Demirovic 2007: 94).

Für Zavaleta nimmt aus diesen Gründen die Agrarfrage für politische Herrschaft gerade im Kapitalismus in Lateinamerika einen zentralen Stellenwert ein:

„In großem Maße hängt die Demokratie sicherlich von der Art und Weise ab, in der die Agrarfrage gelöst wurde. Wenn dies für die Europäer ein ganz fernes Element ist, für uns ist es das nicht.“ (Zavaleta 2009a: 322).

Bereits für Mariátegui (1928: o.S.) verknüpfte sich die Hybridität einer vom Kolonialismus geprägten Gesellschaft in Peru und den anderen lateinamerikanischen Gesellschaften mit der Frage der Landverteilung: Der Landbesitz sei Machtbasis für politische Herrschaft; „das Landbesitzsystem determiniert das politische und administrative System der Nation“. Mariátegui betont besonders im Latifundium das Fortbestehen der alten landbesitzenden Klasse (*criollos*), die ihren Besitz noch aus dem Kolonialismus und dem *encomienda*-System übernommen hatte. Dass der *encomendero* wirtschaftliche und politische Macht hatte, Steuern eintreiben durfte und Autonomie von der Krone genoss, erleichterte strukturell die illegale Aneignung von Land indigener Gemeinden durch Criollos. Demgegenüber standen indigene Gemeinden mit einer kommunalen/kollektiven Besitzs- und Bewirtschaftungsstruktur und der Vorstellung, mit dem von ihnen bewirtschafteten Land verbunden zu sein (ebd.). Diese Vorstellung von *territorio* geht dabei konzeptionell weit über ein Verständnis von Land als inwertzusetzendem Gut hinaus. Neben der Produktionslogik (und dem als Lebensgrundlage zu schützenden Produktionsmittel *tierra*) beinhaltet diese indigene Konzeption häufig mythologische und historische Elemente und Wissen um die Natur und integriert Kultur, Erinnerung, Werte, Institutionen und Religion einer Gemeinschaft, die Land im Gegensatz zur kapitalistischen Verwertungslogik als Teil der kollektiven Identität versteht: Diese mit dem „Raum“, den das *territorio* umfasst, eng verbunden (zum Begriff des *territorio* vgl. Oslender 2008; Mondragón 2011; Viteri 2004; ONIC 2011). Dieser identitäre Bezug gilt durchaus auch für kleinbäuerliche Gesellschaftssektoren und wirkt sich auf Raumkonstruktion und u.U. auf staatliche Raumstrategien, ungleiche Landverteilung aus. Eigentumsverhältnisse sind also ebenso wenig apolitische Rahmenbedingung wie ihre rechtliche Festschreibung, und während Kolonialismus und Unabhängigkeitsphase wurde das Eigentum von Land mehrmals neu definiert, was subalterne Praktiken aber nicht völlig verdrängte (vgl. dazu u.a. Correia 2013).

Diese historischen Zusammenhänge verdeutlichen, dass die Kontrolle über Landflächen auch in heute urban geprägten Staaten wie Mexiko wesentlich sein

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kann und Grundbesitzer, die u.U. neue Akkumulationsstrategien nutzen, teilweise weiterhin (lokale) politische Macht ausüben. Auch stark auf Rohstoffexporte ausgerichtete gesellschaftliche Kräfte können zugleich Nutznießerin und Triebkraft für Umwälzungen im ländlichen Raum sein. Diese „Landoligarchie" prägt also die lateinamerikanischen Sozialstrukturen noch immer mit, ebenso wie relativ einflussreiche, auf den Export ausgerichtete Handelsfraktionen (Izaguirre/Szankay 1973: 278). Keineswegs haben dagegen supranationale Entscheidungsinstanzen und die Beschleunigung von Kommunikation über räumliche Distanzen dazu geführt, dass Territorialitätsbezüge im Sinne von *tierra/territorio* im 21. Jahrhundert an Wichtigkeit verlören. Im Gegenteil muss von einer neoterritorialidad die Rede sein, einer massiven Nachfrage nach Land, einer neuen Betonung von Landbesitz, aber auch stärkeren Raumbezügen etwa durch soziale Bewegungen, die sich in (urbanen oder ländlichen) Räumen klar verorten (z.B. die Politisierung in El Alto, Bolivien und dadurch die Aneignung urbanen Raums) (Sousa Santos 2007: 29). So werden globale Akkumulationsstrategien begünstigt, die sich auf Landbesitz beziehen (wie etwa massiver Landkauf und -aneignung in Afrika und Lateinamerika im Zuge des Emissionshandels oder als Konsequenz von Rohstoff- oder Primärgüterorientierung und parallel dazu die Konzentration disperser Landbevölkerung in *Ciudades Rurales*) und kleinbäuerliche wie indigene Bezüge zu *tierra* und *territorio* großem Druck aussetzen. Die Frage von Land(besitz) bleibt besonders in Staaten auf den amerikanischen, asiatischen und afrikanischen Kontinenten zentral für die Bestimmung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, und zwar im Zusammenspiel mit ethnisierten Spaltungslinien. Diskursiv spielte die Verflechtung von paternaler Verantwortung, Männlichkeitsvorstellungen und spezifischen ethnisch abgegrenzten Vorstellungen von „Produktivität" und Raum immer wieder eine Rolle, wie Bobrow-Strain (2007: 37ff.) am Beispiel von Chiapas zeigt. Die diskursive „racialization of space" (ebd.: 43) half Landbesitzern die grundlegenden Mechanismen der *Hacienda*-Produktion und damit die eigene ökonomische Basis – großflächiger Landbesitz und von Patronage und Schuldknechtsystemen noch nach deren formalen Abschaffung stark geprägte Arbeitsverhältnisse – zu rechtfertigen. Die Konstruktion indigener und kleinbäuerlicher Produktion als „unproduktiv" erleichterte wiederum kapitalistische Inwertsetzungsprozesse. Zugleich bestanden relativ autonom organisierte ländlich-indigene Gemeinden, die sich in Mexiko z.B. um die Milpa-Ökonomie der Maya strukturierten, fort. Landbesitz strukturiert/verändert damit die Möglichkeiten, auf die staatliche Prioritätensetzung Einfluss zu nehmen (institutionelle Selektivität).

Bereits in der kolonialen Erfahrung liegen daher miteinander verschränkte Spaltungslinien (Quijano 2000c: 359f.). Tatsächlich bemerkenswert sei die Tatsache, dass diese unterschiedlichen, voneinander entfernten Elemente und Erfahrungen sich überhaupt in einer gemeinsamen (kapitalistischen) Struktur vermitteln ließen (ebd.: 348). Für den Begriff der strukturellen Heterogenität bedeutet das eine Be-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deutungsverschiebung: Nicht unterschiedliche Produktionsweisen existieren in Lateinamerika nebeneinander, sondern innerhalb und unter Vormachtstellung des Kapitalismus als globaler Machtstruktur artikulierten sich unterschiedlichste Formen von Arbeit, Kontrolle und Ausbeutung (Quijano 2000b: 208, 219).[45] Die klare zeitliche Abfolge von einer homogenen Produktionsweise zu einer anderen versteht Quijano (ebd.: 222) ohnehin als eurozentrische Konstruktion. Hauck (2012b: 62) verweist insofern auf die „gewaltige Bandbreite der Produktionsverhältnisse“, also die Hybridität der (kapitalistischen) Produktionsweise. Die Gesellschaften sind ins kapitalistische Weltsystem einbezogen – ohne die Notwendigkeit, alle Produktionsbeziehungen innerhalb der Gesellschaften zu revolutionieren

I.3.4 Zwischenfazit: Der Staat in Lateinamerika als umkämpftes Terrain

Auch kritische Ansätze haben post-koloniale Staatlichkeit bisher selten als umkämpftes Terrain, als Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen analysiert, obwohl das Ringen um Vorherrschaft in den Ländern des „Südens“ ebenfalls stattfindet und sich in verschiedenen Institutionen artikuliert, die miteinander in Konflikt stehen können und dann inkohärente, widersprüchliche Politik betreiben (vgl. Lenner 2008: 68). Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass die postkolonialen Staaten, von denen die Rede ist, kapitalistisch geprägt sind und deshalb die konkrete Bestimmung anhand neo-poulantzasianischer Überlegungen – als die in der Rolle des Staates für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse begründete, „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ (Poulantzas 2002: 159, 165f.) – grundsätzlich sinnvoll ist. Das bedeutet nicht eine einfache Übertragung von „europäischen“ Konzepten auf einen „post-kolonialen Raum“. Die Konzepte der Colonialidad und der *sociedad abigarrada* helfen die notwendige Erweiterung der poulantzas'schen Begriffe der Kräfteverhältnisse und strukturellen Selektivitäten zu konkretisieren. Die historische Verschränkung von Kapitalismus und Colonialidad (Quijano 2000b) resultiert in einer *sociedad abigarrada* im Sinne Zavaletas (2009a), in dem breite Bevölkerungssegmente keinerlei Zugang zu staatlichen Stellen haben und demokratisch-repräsentative Organe bzw. Entscheidungskanäle eher formal existieren. Warum ist es sinnvoll, die colonialidad del poder Quijanos und die *sociedad abigarrada* Zavaletas als komplementäre Konzepte zu verwenden und sich nicht auf eines zu beschränken? Quijanos Begriff der Kolonialität bezieht sich stärker auf die in einem transnationalen historischen Prozess

45 Unterschiedliche Formen der Ausbeutung signalisierten nicht unterschiedliche Produktionsweisen, sondern Produktionsverhältnisse (Quijano 2000c: 363). Kapitalistisch wären die Staaten dann jedenfalls in dem Maße, wie sie kapitalistische Akkumulation garantieren.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wirkmächtig gewordenen Zuschreibungen sozialer Identitäten und damit die Normalisierung gesellschaftlicher Hierarchien, die als Teil der Kräfteverhältnisse staatliche Herrschaft strukturieren. Quijanos Forderung ist darüber hinaus eine nach der Kontextualisierung von Konzepten und Gedankengebäuden in historische Herrschaftsverhältnisse (vgl. auch zur „Biografie der Kategorien" Bolívar 2010; 2000b). Die *sociedad abigarrada* bezieht sich eher darauf, dass der Staat in der unvollständigen Überlagerung unterschiedlicher Gesellschaften mit unterschiedlichen Formen politischer Organisation im Grunde immer nur mit einem Teil der Gesellschaft korrespondiere und andere Sektoren, die z.B. ihre Regierungsformen auf lokaler Ebene beibehalten haben, vernachlässige (vgl. Tapia 2010). *Lo abigarrado* ist somit wesentliches Moment für die strukturellen bzw. institutionellen Selektivitäten des Staates, die als Rahmengebung für Konflikte, Filter, Entscheidungen, Untätigkeit, Regeln der Einbeziehung oder Exklusion (vgl. Brand 2011) mitbestimmen, wie gesellschaftliche Kämpfe sich in staatlichen Politikprogrammen, Apparaten, Gesetzen o.ä. kristallisieren. Landbesitz spielt weiterhin eine Rolle für die Positionierung in diesem politischen Herrschaftsverhältnis; besonders schwierig ist der Zugang zu staatlichen Stellen für landlose, indigene und afro-lateinamerikanische Gruppen. Diese Selektivitäten und die spezifische Weltmarkteinbindung (schwache fiskalische Basis, Wirtschaftsstruktur) werden zu Analyseinstrumenten für das Verhältnis Staat /Gesellschaft.

Eine historische Perspektive, die den jeweiligen historischen Entstehungskontext einordnet, für den u.a. koloniale Eroberung, kapitalistische Transformationsprozesse und interne Konflikte eine Rolle spielen, ist gefragt – schon um jeweils nach der konkreten Funktionalität des Staates für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse zu fragen (vgl. Poulantzas 1976; Reflect! 2009; Zavaleta 2009b). Einerseits muss der historische Rückblick die ganz unterschiedlichen verschiedenen Ausformungen von Staatlichkeit, die eine gewisse Eigendynamik entwickeln können, andererseits die strukturellen Grenzen der Handlungsspielräume berücksichtigen (vgl. Thwaites Rey 2010a). Für diese Einbettung der Analyse spielen die Umstrukturierungen im globalen Kapitalismus eine Rolle, die der folgende Abschnitt konkretisiert; den jeweiligen historischen Kontext zeichnet Kap. III nach.

I.4 HISTORISCHER KONTEXT: TRANSFORMATION VON STAATLICHKEIT

Transformationen im globalen Kapitalismus haben die Rolle des Staates erheblich verändert. Weil die Analyse das berücksichtigen muss, bezieht sich der folgende Abschnitt auf den unter I.1. formulierten Kritikpunkt, dass Transformationen nicht automatisch eine Rationalisierung im Allgemeinwohlinteresse bedeuten. In der la-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teinamerikanischen Diskussion (vgl. u.a. Thwaites Rey 2010a) ist die Frage nach Transformation mit veränderten Abhängigkeitsmustern verknüpft. Wurden die Kolonien als Quellen von Rohstoffen und Arbeitskraft und als Absatzmärkte erschlossen, brachte die Unabhängigkeitsphase (1825-1850/60) Kämpfe um die Zentralgewalt und eine beginnenden Polarisierung zwischen Konservativen und Liberalen (vgl. die Periodisierung der lateinamerikanischen politischen Ökonomie bei Boris 2007).[46] Diese Phase korrespondiert mit der Konsolidierung eines industriellen Kapitalismus in Europa und neu aufkommenden Herrschaftsmustern dort. In der folgenden exportorientierten Phase der Konsolidierung (ca. 1860/70-1930) waren exportorientierte Oligarchiefraktionen entscheidend, die staatliche Herrschaft in gewisser Weise zentralisierten und verrechtlichten, um das Export-Import-Geschäft abzusichern, nicht aber staatliche Herrschaft demokratisierten. Ab etwa der Weltwirtschaftskrise 1929 intervenierten einige lateinamerikanische Staaten in einer Phase relativer Industrialisierung durch Importsubstitution stärker ins Wirtschaftsgeschehen, Umverteilungsmechanismen wurden zu zentralen Legitimitätsfaktoren, die politische Mobilisierung mit sozialstrukturellen Veränderungen breiter (ebd.: 252). Zur Phase ab 1975/80 bemerkt Leal Buitrago (2006a: 12) nun treffend:

„In der aktuellen Etappe verschleiert die Globalisierung mögliche Erklärungen der neuen Abhängigkeit, was an den unterschiedlichen asymmetrischen Beziehungen zwischen den Komponenten des kapitalistischen Systems liegt, denn viele von ihnen sind ‚oberhalb‘ einer ganzen Reihe von Staaten zu suchen.“

Leal Buitrago verweist damit auf transnationale Entwicklungen, die sich in der Analyse der nationalstaatlichen Ebene allein nicht erschließen. Im Folgenden werden die globalen Bedingungen nachgezeichnet. Regulationstheoretische Ansätze sind hilfreich, diese „‚Dialektik‘ zwischen kapitalistischer Globalisierung und Staatlichkeit“ (Hirsch 2005: 145) zu erfassen, obwohl Studien post-kolonialer Staaten (vgl. Alnasseri 2004b) kritisch formuliert haben, sie vernachlässigten die Ebene der globalen Abhängigkeitsstrukturen. [47] Globalisierung bedeutete „eben keine Homogenisierung der Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse“ (Hirsch 2005: 149) oder

46 Die strikt antiklerikale Haltung vieler Liberaler erklärt sich u.a. daraus, dass ein Teil des Klerus sich während der Unabhängigkeitskämpfe auf die Seite Spaniens gestellt hatte und der Machtübernahme der criollos damit entgegenstanden (vgl. Boris 2008: 15).

47 „Globalisierung“ ist hier bezogen auf die spezifischen Entwicklungen der Weltwirtschaft ab etwa den 70er Jahren, die nicht außerhalb spezifischer globaler Herrschaftsverhältnisse, nicht unabhängig von menschlichen Entscheidungen verstanden werden kann. Selbstverständlich gab es bereits zuvor „globale“ Wirtschaft, sind all die im Folgenden beschriebenen Formen nicht gänzlich neu – mit Quijano (2001) ab der Konstitution spanischer Herrschaft in „Amerika“.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

illiberaler Sicherheitsstrategien (Bigo 2006: 6). Daher wird hier versucht, regulationstheoretische Ansätze mit staatstheoretischen Überlegungen zu verbinden und den Blick auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit dem auf die veränderlichen Abhängigkeitsverhältnisse zu verknüpfen.

I.4.1 Exkurs: Regulationstheorie und Dimensionen der ‚Globalisierung'

Der folgende Abschnitt umreißt mithilfe regulationstheoretischer Ansätze die Transformation globaler Reproduktionsbedingungen ab den 70er Jahren. Hilfreich sind regulationstheoretische Überlegungen deshalb, da sie im Rückblick eine gewisse Periodisierung ökonomischer und politischer „Phasen" mit ihren jeweilig prägenden Verwertungsstrategien und politisch-institutionellen Formen (Hirsch 2005; Jessop 2008) erlauben und dabei unterschiedliche Entwicklungsdynamiken nachvollziehen.[48] Sie helfen auf mittlerem Abstraktionsniveau aufzuzeigen, wie sich vorherrschende Akkumulationsstrategien gewandelt haben.

Die Regulationstheorie spricht von unterschiedlichen Akkumulationsstrategien unterschiedlicher Akteure, und wenn diese um die Dominanz ihrer jeweiligen Akkumulationsstrategie ringen, kann ihr Verhältnis durchaus konfliktiv sein, denn nicht jede Branche funktioniert nach demselben Muster (vgl. Heigl 2009: 40f.). Stabilisiere sich ein Set solcher Strategien aber über einen gewissen Zeitraum und Raum, spricht Lipietz (1985: 120) von Akkumulationsregimen, von einem längerfristigen „Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes", der ein „Entsprechungsverhältnis" zwischen Produktionsbedingungen und Endverbrauch etabliert. Akkumulationsregime müssen selbstverständlich politisch abgesichert, legitimiert und eingehegt werden; Formen der Regulation begünstigen oder beschränken diese Regime (Becker 2008: 10). Eine Regulationsweise ist ein entsprechendes Strukturmodell: Sie bezeichne die „Gesamtheit der institutionellen Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von

48 Dass Poulantzas' Werk und regulationstheoretische Ansätze vermittelbar sind, haben schon Hirsch (2005) oder Jessop (2009) erörtert. Hirsch begründet die Nützlichkeit der Regulationsansätzen damit, dass sie keine Ordnungs- oder Gleichgewichtstheorie sei, sondern die Aufmerksamkeit „auf die problematischen Bestands- und Reproduktionsbedingungen einer durch strukturelle Gegensätze zerrissenen kapitalistischen Gesellschaft" richte mit der Frage, wie die Sicherung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen überhaupt dauerhaft (stabil) werde. Dies sei kein „objektiv wirkender Mechanismus" […], dem sich soziales Verhalten einfach nur anpasst", sondern miteinander ringende gesellschaftliche Handlungen „bestimmen selbst wieder die Bedingungen der Kapitalverwertung" (Hirsch 2005: 84).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ökonomischen und außer-ökonomischen Faktoren im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern“ (Lipietz 1985: 121). Für die Regulation ist der Staat zentral, und umgekehrt sind staatliche Strukturen von einer langfristig gut laufenden Akkumulation (nicht nur) fiskalisch abhängig. Die Regulation schaffe, erklärt Becker (2008: 42ff.), Kohärenz zwischen dem Lohnverhältnis als vertikaler Konfliktachse, dem dazu quer liegenden Konkurrenzverhältnis (u.a. zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen) und schließlich der monetären Dimension (die Geldmengenpolitik, Wechselkurse oder den Zugang zu Krediten betrifft) und der ökologischen Restriktion (womit die Endlichkeit von Ressourcen wie Öl angesprochen ist). Diese mögliche Kohärenz wird erreicht durch das hegemoniale Projekt eines gesellschaftlichen Blocks (Jessop 1990: 214): Implizit orientiert sich staatliche Politik an solchen Projekten und institutionelle Selektivitäten können sich so verschieben. Dieses Projekt schafft aber nur zeitweise Stabilität: Neue Regulationsweisen bilden sich durch relativ autonome politische Kämpfe heraus, nicht im Konsens. So sind Akkumulationsregime und Regulationsweisen immer Ergebnis von sozialen Handlungen und nicht deterministisch zu verstehen, Grenzen für Veränderungen in der historisch eingebetteten Konfliktformation begründet. Im Gegensatz zu kleineren Krisen innerhalb einer Regulationsweise ermöglichen große Krisen den Umbruch der gesamten Regulationsweise (Lipietz 1985: 113). Produktive Schieflagen (z.B. Überakkumulationskrisen) zeigten sich häufig in „monetären Instabilitäten“ (Auf- und Abwertung, Finanzkrisen) (vgl. Becker et al. 2007: 12).

Becker et al. (ebd.: 35ff.) fragen in ihrer Analyse erstens nach der Vermittlung der kapitalistischen Produktionsweise mit anderen Produktionsweisen: Subsistenzwirtschaft sei beispielsweise durch die Notwendigkeit von Geldeinkommen häufig längst abhängig von kapitalistischer Produktion und nicht mehr autark (noch einmal sei an Quijano (2000a vgl. Kap. I.3.3.) erinnert, der deshalb von einer Vermittlung verschiedener Lohn- und Ausbeutungsverhältnisse innerhalb des Kapitalismus spricht). Zweites Unterscheidungsmerkmal sei das Verhältnis zwischen produktiver und fiktiver Akkumulation: Während die Konzentration auf Anlagen fiktiven Kapitals zwar vorübergehend hohe Wachstumsraten ermögliche, verweisen sie evtl. auf strukturelle Schieflagen in der produktiven Sphäre; die hohe Liquidität von Kapital sei auch volatil. Drittens wird unterschieden zwischen intensiver und extensiver Akkumulation. Intensive Akkumulation beinhalte hohe Produktivitätssteigerungen, die Lohn- und damit Konsumsteigerungen nach sich ziehen könne. Extensive Akkumulation bezieht sich dagegen darauf mehr Arbeitskräfte und Ressourcen einzusetzen – wie in Lateinamerika in der Exportproduktion. Viertens differenzieren sie Binnen- oder Außenorientierung (Intra- und Extraversion): In aktiver Extraversion werden z.T. Exportüberschüsse (häufig Kapitalexporte, Direktinvestitionen) erzielt, bei passiver Extraversion die Abhängigkeit von Waren- und Kapitalimporten besonders deutlich, was häufig zu einer Konzentration auf devisenbringende Rohstofförderung führe. Mangel an Devisen und Extraversion konditionieren Akkumu-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lation extern (Becker 2008: 26). Die Asymmetrie und Hierarchien im weltwirtschaftlichen Zusammenhang und sich daraus ergebende Abhängigkeitsverhältnisse sind eine entscheidende Voraussetzung globaler Akkumulation; sie werden im Zusammenspiel der „einzelstaatlichen Akkumulations- und Regulationszusammenhänge“ (Hirsch 2005: 103) und der „Verknüpfung von internen und externen Kräfteverhältnissen und Strukturen“ (Heigl 2009: 44) produziert und kontinuierlich reproduziert. Die Einbindung in den Weltmarkt gestaltet sich in historisch unterschiedlichen Phasen „über spezfische Regulationsformen, die ein Ensemble von Normen, Regeln, Zwangsmitteln und Institutionen“ (Brand 2010: 107) und damit spezifischer Selektivitäten für den Zugang zu staatlichen Apparaten schaffen. Selbstverständlich sind Phasen und Abfolgen kapitalistischer Entwicklung nicht teleologisch vorbestimmt. Ohnehin sind die Phasen immer nur tendenziell voneinander abgegrenzt, ist die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Diskontinuität wesentlich.

Der globale Kapitalismus, der Möglichkeiten strukturiert, aber Spielräume lässt für unterschiedliche einzelstaatliche Entwicklungen, ist die strukturelle Dimension, die Regulationsansätze fokussieren. Da in jedem Fall unterschiedliche Kräfte um gesellschaftliche Normen und Politik ringen, verketten die Ansätze strukturelle und strategische Dimensionen: Abhängigkeitsverhältnisse sind nicht für immer festgeschrieben (vgl. Heigl 2009: 44). Regulationsansätze suchen gerade „historische Kräftekonstellationen, Herrschaftsformen und Konfliktachsen“ (Hirsch 2005: 83) näher zu bestimmen. Poulantzas’ Begriff des „materiellen Kräfteverhältnisses“ (2002:159) ist hilfreich, um gesellschaftliche Triebkräfte für Kontinuität und Umbrüche in Akkumulationsregimen und ihre konkrete Institutionalisierung zu analysieren: Für langfristig stabile Akkumulations- und Regulationszusammenhänge ist zentral, welche Ausrichtung und Zusammensetzung die herrschenden Klassen haben, wie über den Staat – der immer eine besondere, stabilisierende Rolle hat – gesellschaftliche Kompromisse institutionalisiert und geregelt sind. Hier werden die interne Ausgestaltung und Vermittlung allgemeiner/externer und interner Faktoren relevant (Abs. vgl. Poulantzas 1976:20; Hirsch 2005: 101ff.). Das heißt, dass

„der Grad von Dominanz oder Abhängigkeit – von diesen internen Verhältnissen, den sozialen Konflikt- und Kompromissstrukturen und der Form ihrer Institutionalisierung abhängt.“ (ebd.: 102f.).

Welche Entwicklungsdynamik möglich ist, wird also u.a. mit der sozialstrukturellen Zusammensetzung begründet, ob z.B. eher Industrie- oder Finanzkapitale, binnenmarkt- oder exportorientierte Fraktionen sich durchsetzen. Deshalb sind Landreformen so entscheidend – das macht der Vergleich von Mexiko und Kolumbien noch einmal sichtbar (Kap. III). Ein Konfliktverhältnis zwischen einer starken „Agraroligarchie“ und einer „industriekapitalistischen Bourgeoisie“ (ebd.: 105) verhin-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dere häufig eine kohärente Regulationsweise. Andererseits verkomplizierte die Konzentration auf den Rohstoffexport unabhängige Akkumulations- und Regulationszusammenhänge und hemmte den Aufbau eines eigenen produzierenden Gewerbes, sorgte sogar für dessen Niedergang; ungleiche Handelsverträge orientierten die Wirtschaft dauerhaft nach außen (vgl. ebd.). Die erzwungene Ausrichtung auf koloniale Interessen prägte umgekehrt den Einfluss gesellschaftlicher Gruppen darauf, sich mit ihren Interessenlagen Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren zu verschaffen und diese strategisch durchzusetzen, konstituierte die Selektivitäten des Staates dementsprechend. Der Unterschied z.B. zu Deutschland oder Frankreich findet sich in den historisch entwickelten Wirtschaftsbeziehungen und „speziell der Ausprägung der Extraversion“ (Becker 2008: 12; Abs. vgl. Becker et al. 2007). Die sich daraus ergebende Frage nach den Akkumulationsregimen ist zugleich die Frage danach, wie sich der nationale Produktions- und Reproduktionszusammenhang und der Weltmarkt spezifisch verbinden.

I.4.2 Die fiskalische Einschränkung: Steuern

Diese spezifische Verbindung ist über den fiskalischen Bereich institutionalisiert und wurde in dieser Hinsicht auch theoretisiert (s.o.). So unterliegen die Steuersysteme auf dem lateinamerikanischen Kontinent besonderen Beschränkungen. Sie sind zwar so unterschiedlich, dass die Aussagen zu Steuereinnahmen und Staatlichkeit nur Annäherungen sind. Doch allgemein ist eine fiskalische Basis notwendig, um überhaupt öffentliche Güter bereit zu stellen und die langfristigen Aufgaben einer Vereinheitlichung (Poulantzas 2002: 158) erfüllen zu können, ermöglicht doch „die formelle Verfügung über Steuern und Ausgaben den steuernden Eingriff in die Geldzirkulation, also die staatliche Intervention in Wirtschaftskreisläufe“ (Altvater/Mahnkopf 2002: 275). Bereits Hanisch/Tetzlaff (1981: 30) betonten die Wichtigkeit der „Revenuebeschaffungs-Funktion“ und wollten über eine Analyse der Staatseinnahmen Aussagen über staatliche Handlungsspielräume machen,[49] die auch von (nicht) verfügbaren Einnahmen abhängen. Für die vorliegende Arbeit bedeutet das, dass eine grobe Kenntnis des Steuersystems eines Staates jedenfalls wünschenswert ist, um Rückschlüsse über diese Konditionierung treffen zu können.

49 Staatszentrierte Theorien werden hier zwar keine Rolle spielen und betrachten das Problem unter capability-Aspekten, doch gerade Skocpol unterstreicht, wie wichtig die Einnahmen für staatliche Handlungsspielräume sind: „A state's means of raising and deploying financial resources tell us more than could any other single factor about its existing (and immediately potential) capacities to create or strengthen state organizations, to employ personnel, to co-opt political support, to subsidize economic enterprises, and to fund social programs.“ (Skocpol 1985: 17).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Intra- und Extraversion beeinflussen auch die Steuersysteme, denn die Revenuequellen unterscheiden sich: Externe (Renten und Einnahmen aus der Weltmarktproduktion, Auslandskredite) und interne Revenuequellen (indirekte Steuern auf Konsumgüter; direkte Steuern auf Einkommen, Gebühren für öffentliche Dienstleistungen, Einnahmen aus öffentlichen Unternehmen). Von den internen Revenuen sind jeweils – bestimmt durch die konkreten institutionellen Selektivitäten der staatlichen Bürokratie für die Steuerpflichtigen – unterschiedliche Gruppen betroffen (von Steuern auf Güter des täglichen Bedarfs vorrangig die Ärmeren, von Einkommenssteuern Unternehmen und bessergestellte Angestellte, Beamte) (ebd.: 30f.).

Externe Revenuen geben Auskunft über die Verflechtung mit dem Weltmarkt (ebd.: 30f.). Eine Betrachtung der internen Steuerstruktur ermöglicht wiederum Aussagen über die spezifische Ausprägung struktureller Selektivität des Staates. Werden etwa Einkommenssteuern nicht erhoben, so geschieht dies nicht nur, weil die bürokratischen Voraussetzungen nicht ausreichen, sondern weil in den gesellschaftlichen Verhältnissen partikulare Gruppen das verhindern können. Die Einnahmenbasis des Staates (Ausgestaltung der Steuersysteme und Spielräume für diese), die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates hängen wieder (auch) von der historisch gewachsenen Einbindung in den Weltmarkt ab. Bereits die Kolonialregierungen vergaben die Abgabenerhebung an Intermediäre (im Fall der Spanischen Krone z.B. an *encomenderos*), und die koloniale Arbeitsteilung und Inwertsetzung bestimmten die Gestalt der post-kolonialen Steuerstrukturen mit (vgl. auch Schlichte 2005a: 190): Die Staatsquote (die anzeigt, welchen Anteil staatliche Ausgaben, z.B. Investitionen am BIP haben) blieb seit der Unabhängigkeit gering, häufig bei um die 20 % des BIP (ebd.: 193). Díaz Cayeros (2006: 35, 40ff.) argumentiert, in den lateinamerikanischen Ländern hing die Zentralisierung und das revenue-sharing zwischen Zentralstaat und regionalen Machtzentren von politischen Aushandlungslösungen sowie wirtschaftlichen Grundlagen (bspw. Ölvorkommen) ab (vgl. ebd.: 3f.). Persönliche Einkommenssteuern (die in den so genannten entwickelten kapitalistischen Staaten zwischen 50 und 75 % des gesamten Steueraufkommens betragen), machen in Lateinamerika meist wesentlich weniger des ohnehin geringen Steueraufkommens aus (CEPALSTAT 2013a). Angesichts großer informeller Sektoren verfügt ohnehin nur ein Teil der Bevölkerung überhaupt über besteuerungsfähige Einkommen (vgl. u.a. Becker 2008). Ein Großteil der Einnahmen kommt aus Renten auf wenige Exportprodukte, häufig Rohstoffe (Hanisch/Tetzlaff 1981: 15). Das ist nicht neu: Die Regierungen versuchten schon in der Phase nach der Unabhängigkeit Staatseinnahmen möglichst zu steigern, indem sie die externen Posten und nicht die Steuern im Inneren erhöhten (vgl. ebd.: 31). Diese Steuern betreffen Sektoren mit zentraler Stellung in der Wirtschaftsstruktur, die angesichts ihrer privilegierten Stellung für die „strukturelle Selektivität" des Staates die entsprechenden Steuern immer wieder zu begrenzen in der Lage sind. Andererseits strukturiert dieses Modell die Selektivitäten, die Nähe und Ferne anderer Sektoren zur staatlichen Entscheidungsfindung auf spezifische Weise (konkret wird

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dies zu Anfang des 20. Jhdts. an den kolumbianischen Kaffeeproduzenten gegenüber der entstehenden Industrie deutlich, Kap. III). Zugleich umgingen historisch geformte Schmuggeltraditionen häufig solche Steuern. Unterscheiden lässt sich zwischen Renten aus Rohstoffexporten, bei denen der Staat ein Sonderrecht besitzt – jedenfalls, wenn sich die Gesetzgebung auf die spanisch-koloniale staatliche Hoheit über den *subsuelo*, den Untergrund, bezieht wie in Mexiko nach 1910 – oder aus Agrarexporten, bei denen der Staat Exportsteuern abschöpft – als Intermediär zwischen den Produzenten und dem Weltmarkt. Diese und andere indirekte Steuereinnahmen sind so volatil wie die entsprechenden Weltmarktpreise (2005a: 200).[50] Becker (2008: 15f.) bemerkt dazu treffend:

„Damit gehen von der untergeordneten Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, der meist engen Exportbasis und dem Devisenmangel als zentraler Beschränkung für die wirtschaftliche Entwicklung spezifische Konditionierung auf die periphere Staatlichkeit aus, speziell über den fiskalischen Kanal.“

Politische Präferenzen internationaler Agenturen bestimmen die Geldpolitik von außen mit. So sei das „Erbe der kolonialen Inwertsetzung in zahlreichen Staaten insofern kaum gebrochen“ (Schlichte 2005a: 280), als sich die Art der Weltmarkteinbindung kaum veränderte. Der Einfluss von außen auf die Steuerbasis ist strukturell, und die schwankenden Einnahmen müssen die staatlichen Handlungsspielräume begrenzen. Zavaleta weist dennoch in seinen späteren Schriften der Abschöpfung des Mehrwerts bei der Vermittlung zwischen Staat/Gesellschaft eine mittelbare Rolle zu und sieht gerade diesen Bereich als umkämpftes Moment.[51] Ob der Transfer von Gewinnen und Renten aus der Ressourcenförderung lokal, in den Staatshaushalt oder an die Hauptsitze transnational operierender Unternehmen in den globalen Norden stattfindet, stellt sich damit z.B. konkret als Frage nach politischer Selbstbestimmung und Demokratie (Zavaleta 2009a: 323; vgl. Ortega Reyna 2011:208).[52] Mit Verschuldungskrisen und Strukturanpassungsprogrammen der

50 Reine Rentenstaaten (z.B. mit Ölvorkommen) erwirtschaften die Einnahmen gar nicht über ökonomische Aktivitäten der Bevölkerung. Im Fall der Renten aus Agrarexporten monopolisieren Kapitalfraktionen u.U. Renten für sich monopolisieren oder bremsen eine Erhöhung (Schlichte 2005b: 204). Beispiel dafür sind die Konflikte zwischen Regierung und Agrarorganisationen in Argentinien ab 2008.

51 Zavaleta (vgl. Ortega Reyna 2011; 2009a) zufolge ist nicht so sehr das gesellschaftliche Gesamtprodukt selbst, sondern eher die Art der Aneignung durch den Staat und die Verteilung dieser Einnahmen entscheidend.

52 Beispielsweise in Uruguay und Costa Rica sei historisch mit der Absorption des Überschusses dort, lokal, durchaus eine Verbindung zwischen Demokratie und Selbstbestimmung gelungen (Zavaleta 2009a: 323).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

80er Jahre schwindet die fiskalische Basis des Staates noch – das dürfte sich in der sogenannten europäischen „Schuldenkrise“ überdeutlich zeigen: Steuerliche Umstrukturierungen haben Auswirkungen auf Akkumulationsstrategien und lassen sich nur mit Unterstützung gesellschaftlich relevanter Kräfte durchsetzen. Ist bewegliches Kapital vorhanden, reagieren herrschende Fraktionen häufig mit Kapitalflucht – angesichts der verstärkten Finanzialisierung noch häufiger und einfacher – auf Steuerreformen; und in fast allen lateinamerikanischen Ländern hat die Mehrwertsteuer in der Steuerstruktur an Gewicht gewonnen, während die Steuerquoten sehr unterschiedlich blieben (CEPALSTAT 2013a).

I.4.3 Globale Transformationen, Konsequenzen für den Staat

Diese regulationstheoretisch gefassten weltwirtschaftlichen Verschiebungen wirken sich – das zeigt schon der vorige Abschnitt – konkret auf den Staat in Lateinamerika und auf die beiden Fälle Mexiko und Kolumbien aus. Aus regulationstheoretischer Sicht bot die Krise des Kapitalismus in den 70er Jahren die Bedingungen für eine Restrukturierung von einem Regime kapitalistischer Akkumulation zum anderen, von der fordistisch geprägten zu einer als „postfordistisch“ oder mit „Dollar-Wall-Street-Regime“ (Gowan 1999) bezeichneten Phase, in der einige Elemente fortbestanden, während sich andere veränderten. Perspektiven wie die von Hirsch (2005: 82ff.), Becker u.a. (2008; 2007) fassen die Konsequenzen für den Staat auf einer mittleren Abstraktionsebene.[53]

Doch es gibt eine Einschränkung: Selbst die eher binnenmarktorientierte Phase zwischen den 1930er und 1970er/80er Jahren war in Lateinamerika instabil. Die (strukturelle) Abhängigkeit von Kapitalgüterimporten verhinderte eine dauerhafte intensive Akkumulation, denn diese hätte eine engere Verflechtung zwischen Konsumgüter- und Kapitalgüterindustrie benötigt (vgl. Oliver Costilla/Castro Escudero 2005). Da ohne Kapitalgüterindustrie – zumindest unter den dortigen Bedingungen – die Produktivitätssteigerungen vom Technologieimport abhingen, waren Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch gerade in Wachstumsphasen steigende Importe immer wieder die Konsequenz (passive Extraversion) (vgl. u.a. Becker et al. 2007: 37). Für die Kräfteverhältnisse im Sinne Poulantzas’ bedeutete das, dass innerhalb des „Blocks an der Macht“ (1976: 11f.) die traditionellen mit 'Export-Import' verbundenen Handelsfraktionen und Fraktionen mit schwacher ökonomischer Basis im eigenen Land, aber hoher Kapitalkonzentration, nur temporär an Stellung verloren

53 Poulantzas konnte in den 70er Jahren diese Umwälzungen nicht mehr erfassen, obwohl er u.a. die wachsende Rolle von Direktinvestitionen und internationalen Produktionsstandards und bereits die Umstrukturierung staatlicher Institutionen beobachtete und im Anschluss von der Internationalisierung des Staates spricht.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bzw. die Bedeutung des Auslandskapitals noch wuchs. In einigen Ländern blieben Besitzer großer Landflächen zentrale Akteure (für die beiden Fallbeispiele s. Kap. III).

Dadurch schränkten permanente Devisenengpässe wiederum Handlungsspielräume und Akkumulationskreisläufe ein. Teilweise konnten die Regierungen zwar die Wirtschaftsstrukturen diversifizieren, und dort, wo die Importsubstitutionsstrategie konsequenter verfolgt wurde, stärkte sie einheimische Industriefraktionen (vgl. Boris 2009: 12ff.) – im Gegensatz zur Orientierung auf den Rohstoffexport. Daher rührte auch ein teilweiser Aufstieg von Bevölkerungsgruppen – aber dennoch blieben eine „Lücke bei der Produktion von Investitionsgütern“ (Becker 2008: 13) und große soziale Ungleichheit bestehen, und die Strategien konnten nie ganz kohärent sein (vgl. Becker et al. 2007: 16). Mit der Abhängigkeit von Kapitalgütern hing die Erschöpfung der importsubstituierenden Industrialisierung also zusammen (wenn auch nicht ausschließlich daran). Obwohl für Lateinamerika daher kaum allgemein von einer keynesianisch-fordistischen Phase[54] gesprochen werden kann, sondern die Industrialisierung „in a general setting of mass informality in the region“ (Hawkins 2008: 12) stattfand, veränderte sich ab den 70er Jahren die Regulation auch hier wesentlich und strukturell. Die wesentliche Rolle, die dem Staat in Lateinamerika in Bezug auf Impulse für die Industrialisierung, Geldpolitik, Haushalte und begrenzte Umverteilungsmechanismen über Sozialpolitiken zukam, wurde aktiv umgebaut. Entlang der regulationstheoretischen Kategorien verschob sich das Verhältnis von produktiver hin zu unproduktiver Akkumulation, von Intra- zu Extraversion und, wo diese überhaupt Voraussetzung waren, von intensiven zu extensiven Akkumulationsstrategien. Die Phase des „Entwicklungsstaates“ war vorbei.

In der Folge der gehäuften Krisenerscheinungen in den 60er und 70er Jahren – die Profitraten im produktiven Bereich wurden niedriger und technologische Innovationen verursachten rascher Kosten als die Produktivität zu steigern – wandten sich Kapitalfraktionen häufig aus den metropolitanen Staaten auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten teilweise Strategien der finanziellen Akkumulation zu (Boris 2004: 248; Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 23), in Finanzprodukte und deren Derivate („Finanzialisierung“, vgl. Hirsch 2005: 134). Es kam zu enormen

54 Begriffe wie Lipietz' „peripherer Fordismus“ erfassen die Verhältnisse nicht in ihrer Verflochtenheit (vgl. Alnasseri 2004b). Die auch für „metropolitane“ Staaten außergewöhnliche (Lipietz 1985) Phase des Fordismus und des Nachkriegsbooms institutionalisierte sich, so z.B. Brenner et al. (2003: 4) vor allem über die nationalstaatliche Ebene. Die damit einhergehende „socially cosntructed correspondence between the national economy as the primary object of economic management, the national state as the primary political scale on which economic management was conducted and social welfare was delivered, and the treatment of political subjects as national citizens“ (ebd.) gab es in Lateinamerika nicht in der gleichen Form.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Beschleunigungen der Akkumulation (ebd.: 138f.). Nachdem die US-Regierung Nixon 1971 die Gold-Konvertibilität des Dollar beendete und das Bretton-Woods-System endgültig aufgekündigt war, forcierten die gleichen Fraktionen den Abbau von Kapitalverkehrskontrollen. Tatsächlich fand eine fast als flächendeckend zu bezeichnende „Re-Regulierung“[55] wirtschaftlicher Vorgänge statt (Zölle und Investitionshindernisse wie Mindestanlagezeiten wurden abgebaut, Steuern für Unternehmen gesenkt, Bankenaufsichten reduziert, Märkte für Importprodukte geöffnet).

Die Verhandlungsmacht der Staaten des „globalen Südens“ schwanden nach Zinsanstieg im Schuldendienst und Rohstoffpreisverfall mit den Schuldenkrisen der 70er und 80er Jahre; ihre zaghaften Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verdeutlichen dies (Becker et al. 2007: 28ff.). Häufig banden die Regierungen unter dem Druck der Öffnung der Devisenmärkte für ihre Währungen an den US-Dollar als Leitwährung (in Ecuador ist dieser heute die einzige Landeswährung). Das „Primat der Währungsstabilität“ (in dem eine veränderte monetäre Dimension Ausdruck findet) ist Teil der im Washington Consensus von 1990 und weltweit immer wieder als „alternativlos“ bezeichneten neoliberalen Politik[56] in post-kolonialen UND „metropolitanen“ Staaten). So fand mit Gwynne/Kay (1999) zumindest in Lateinamerika ein „paradigmatischer Wandel“ statt. Der Consensus schrieb die zentralen Achsen für die allermeisten lateinamerikanischen Ländern nur noch fest:[57] Die Priorität makroökonomischer Stabilität und dementsprechend die Liberalisierung der Handelspolitik, Privatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungen, Deregulierung und „Entbürokratisierung“, um mehr ausländische Investitionen anzulocken. Dies verschob das Konkurrenzverhältnis zuungunsten kleinerer lokaler, nationaler Kapitalgruppen (Becker et al. 2007: 28f.).

55 Statt dem im politischen Diskurs gebräuchlichen Begriff „Deregulierung“ wird hier Re-Regulierung gebraucht, da es sich keineswegs um einen Rückzug des Staates aus dem Marktgeschehen handelt (vgl. Hirsch 2005: 139).

56 ‚Neoliberalismus‘ wird hier im engeren Sinne der Debatte als (wirtschaftspolitisches) Denkmodell verstanden, das in Lateinamerika spätestens mit dem Konzeptpapier *Washington Consensus* zum vorherrschenden (nicht unbedingt hegemonialen) Grundsatz wurde und bis heute unter Einfluss internationaler Wirtschaftsinstitutionen die Politik der Mehrheit lateinamerikanischer Regierungen bestimmt. Mit David Harvey (2005: 2) ist Neoliberalismus „a theory of political economic practices that proposes that human well-being can best be advanced by liberating individual entrepreneurial freedoms and skills within an institutional framework characterized by strong private property rights, free markets, and free trade.“

57 Mit García Pascual (2003) ist das vorherrschende Modell in Anlehnung an die in den 80er Jahren vom IWF verordneten Strukturanpassungsprogramme eine „permanente strukturelle Anpassung, die sich an ökonomische und politische Konjunkturen angleicht, ohne die zentralen Ansätze im Wesentlichen zu ändern.“

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die massiven Kapitalzuflüsse in die Staaten der „Peripherie“ nach Öffnung ihrer (Finanz-)Märkte hätte es, so u.a. Boris (2004:249), ohne die Überliquidität und das wachsende Gewicht des Finanzsektors in den Zentren so nicht gegeben. Um das liquide Kapital entwickelte sich enormer Wettbewerb. Regierungen schufen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Anreize für – häufig volatile – Direktinvestitionen. Die dafür notwendigen hohen Zinssätze begünstigen Überschuldungskrisen. Mit Block (1977: 15) entmutigt die Abhängigkeit von Investitionen das Staatspersonal tendenziell, Maßnahmen einzugehen, die das Niveau der Investitionen ernstlich schmälern könnten. Zudem hat dieses Personal ein direktes Interesse, Investitionen zu erleichtern, da sein persönlicher Verbleib in der Machtposition teilweise vom guten Gang der Geschäfte (und guten Beziehungen zu den Investoren) abhängt – ein Beispiel für Poulantzas' (2002) „strukturelle Selektivität“ der institutionellen Materialität. War beides historisch wichtig für die Verhältnisse in Kolumbien und Mexiko, so begrenzt die Priorität von Investitionsanreizen die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume nun immens.

Seit Ende der 70er Jahre stützten sich die Entwicklungsstrategien phasenweise auf forcierten Rohstoffexport, teils auf (bei hohem Kapitalzufluss) finanzbasierte Akkumulation (vgl. Becker et al. 2007: 17). Die in den 80er Jahren vom IWF aufgelegten lateinamerikanischen Strukturanpassungsprogramme forcierten die Exportorientierung und -diversifizierung und eine noch stärkere Einbindung in den Weltmarkt - ohne dass der versprochene trickle-down-Effekt irgendwann in Erscheinung getreten wäre (Gwynne/Kay 1999). Spezifische Formen der Abhängigkeit wurden so noch verstärkt: In einigen Ländern führte die Öffnung der Märkte für Importprodukte, gegen die die eigenen Produzenten nicht bestehen können, zu einer relativen Deindustrialisierung. Auch die Staaten, die eine teilweise Industrialisierung vollzogen hatten, weiteten ihre Rohstoffexporte teils mit neuen Schwerpunkten, aus (in Kolumbien war dies etwa der Schwenk vom Rohkaffeeexport hin zur Kohle- und Ölförderung ab den 80er Jahren). Durch die volatilen Weltmarktpreise der Rohstoffe schwanken im Regelfall die Exporterlöse stark, so dass Becker (2008: 13) von einer passiven Extraversion spricht.[58]

Das Lohnverhältnis tendierte zu informellen, befristeten Beschäftigungsformen mit tendenziell geringeren Löhnen (Altvater/Mahnkopf 2002: 149ff.), von intensiver Akkumulationsstrategie kann also noch weniger die Rede sein. Damit treten Widersprüchlichkeiten und Heterogenität der Staatsapparate stärker zutage; das Ringen um spezifische Apparate und um deren Positionierung innerhalb des Staates gewinnt noch an Gewicht:

58 Innerhalb der Staaten des metropolitanen Raums seien mit der eher finanzbasierten Akkumulation im angelsächsischen Raum und der forcierten Exportorientierung in Deutschland unterschiedliche Strategien zu beobachten (vgl. Becker u. a. 2007: 28).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Im Rahmen eines durch Finanzinteressen geprägten Kapitalismus haben beispielsweise Zentralbanken und Finanzministerien besonderes Gewicht. Das Industrie- oder Landwirtschaftsministerium ist dem eher untergeordnet." (Becker 2008: 24).

Eine aktive Industriepolitik ist so noch schwieriger durchzusetzen (ebd.). Die Institution der Zentralbank wurde tatsächlich tendenziell (und häufig über verfassungsrechtliche Verankerung) unabhängiger von den nationalen Regierungen und ist so in der Lage, beispielsweise in Zins- und allgemein in der Geldpolitik für Kontinuität zu sorgen. Mit der Entkopplung der Geldmenge vom Goldstandard wurde die Zentralbank zu der „politischen Institution, die nun institutionelle Regeln der Geldmengensteuerung in Bezug auf die Leistungen der Arbeit entwickeln muss" (Altvater 1997:100 zit. Kannankulam 2008: 109) – bei allerdings in vielen Ländern des Südens fast vollständigem Verzicht auf eine autonome Geldpolitik: Aus wirtschaftspolitischer Sicht verringert sich der Handlungsspielraum erheblich; frühere Forderungen dependenztheoretischer Ansätze sich vom Weltmarkt loszulösen, sind unter diesen Bedingungen völlig unrealistisch (Franke 2004: 213).

Für den dieser Regulationsweise entsprechenden Staat prägte Hirsch (2005:145) den Begriff des „internationalisierten Wettbewerbsstaates", der optimale Verwertungsbedingungen für das mobile Kapital bieten soll, das zum Teil paradoxerweise „verstärkt an räumlich fixierte Verwertungsbedingungen gebunden" sei (Hirsch 2005: 156). Der Widerspruch zwischen Territorialisierung und Deterritorialisierung werde schärfer. Damit einher geht eine Neukonzeption von Territorium, mit der die Inwertsetzung von zuvor marginalisierten Räumen und deren Auf- und Abwertung in Bezug auf globale Wertschöpfungsketten verbunden ist. So verändert sich auch die räumliche Selektivität (vgl. Brenner 2004 in Anlehnung an Poulantzas) des Staates: Regierungen suchten die subnationalen Räume in supranationale Kreisläufe der Kapitalakkumulation zu positionieren, mittels „rafts of new spatial strategies concerned with, for example, neighbourhood renewal, metropolitan-scale reforms, and inter-urban networking initiatives" (Bunnell/Coe 2005: 835). In post-kolonialen Kontexten fand aber vielmehr eine Refragmentierung bereits fragmentierter Räume statt als eine gänzlich neue, ausschließlich mit Globalisierungstendenzen zu koppelnde Entwicklung (ebd.); der extrem ungleiche Fokus auf Schlüsselregionen ist, anders als im zumindest imaginiert einheitlichen fordistischen „Nationalstaat" nicht neu.

Langfristig angelegte staatliche Regulationsmechanismen stehen der „Finanzialisierung" mit kurzfristigen Anlagen entgegen; Bereiche wie Gesundheit, Bildung; Natur werden kommodifiziert. Dafür schaffe der Staat rechtliche und infrastrukturelle Voraussetzungen (Hirsch 2005: 157) und erschließe gesellschaftliche Sphären für die Kapitalverwertung (ebd.: 136). Marktmechanismen, möchte man mit Blick auf die beiden Fallbeispiele hinzufügen, werden somit ab den 90er Jahren auch in zentralen Bereichen wie Landnutzung und Landbesitz etabliert (in Mexiko mit der

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Änderung des Art. 27 der Verfassung von 1917 und in Kolumbien mit dem Versuch einer von der Weltbank unterstützten marktorientierten Landreform). Zwar finde eine Internationalisierung von Politik statt; neue Konfliktterrains und Instabilitäten entstehen – transnationale Verflechtungen müssen beachtet werden.[59] Eine neue zentrale Regulierungsebene als Ersatz für den Staat etabliert sich aber nicht; es geht nicht einfach um „up-" oder „downscaling" (die Verschiebung von Entscheidungszentren auf die supra- oder subnationale Ebene (Brenner 2004: 67)).

Diese Regulationsweise ist auch in Lateinamerika nicht widerspruchsfrei durchgesetzt worden, sondern immer umkämpft – ihr selbst sind spezifische Widersprüche inhärent. In jedem Fall, und das ist wesentlich für diese Arbeit, bedarf es allerdings weiterhin staatlich „fragmentierter Räume, um soziale Kohäsion in klassengespaltenen und von anderen Konflikten durchzogenen Gesellschaften zu gewährleisten" (Brand et al. 2007: 223; vgl. ähnlich Aronowitz/Bratsis 2002: xx). Noch immer sind es „die Staaten, die für die soziale, ökonomische und technische Infrastruktur sorgen" (Hirsch 2005: 148).[60]

I.4.4 Anschlüsse aus Lateinamerika

Die Transformationen gingen an der lateinamerikanischen Debatte nicht spurlos vorbei: In den (achtziger und) neunziger Jahren dünnte die Diskussion um den Staat merklich aus. Ein Paradigmenwechsel hatte stattgefunden (vom „Ende der großen Theorien" (Menzel 2004) war nicht nur in Europa die Rede). Cortés (2012) verortet um 1980 ein letztes wichtiges Moment der staatstheoretischen Debatte, die dann fast abrupt an randständige Debattennischen verbannt wurde. Auch vielen Autor/-innen in Lateinamerika ging es nun hauptsächlich um die Transición zu einer möglichst gut funktionierenden Demokratie: Bezugspunkt wurde besonders im Cono Sur das Ende der Diktaturen (Lechners Frage nach den Vorstellungswelten der Demokratie 1995; vgl. O'Donnell 1999): Sie stellten zwar Veränderungen des Staates fest („Minimalstaat", Veränderungen in der Verwaltung, im Personal und Politikstil), blieben aber teilweise deskriptiv und hinterfragten liberale Konzepte vom

59 Dass durch massive Migrationsbewegungen (gerade in und aus Lateinamerika), die Verflechtung von Produktions- und Konsumnormen, Kulturmustern, transnationale Wertschöpfungsketten und internationale Produktionswege die Transnationalisierung von Räumen stattgefunden hat, die es zu untersuchen gilt, sei unbestritten.

60 Mit Bratsis/Aronowitz (2002: xxiv) ist es eben nicht dasselbe „[t]o theorize that the mediating institutions constructed in the era of regulated capitalism have undergone profound transformations in the past quarter century […] as declaring that they have disappeared."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Staat nicht mehr.[61] Perspektiven, die die Transformationen mit Herrschaftsverhältnissen zusammenzudenken versuchten, wurden immer wieder als reduktionistisch oder antiquiert dargestellt (vgl. zu dieser Kritik Ávalos Tenorio 2003: 44f.).

Doch die Auseinandersetzung mit der Analyse des lateinamerikanischen Staates auf theoretischer Ebene hat neue Aufmerksamkeit gefunden (zum Überblick Thwaites Rey 2012). Eine ganze Reihe Autor/-innen befassen sich heute mit der Frage, wie man sich dem Problem des Staates in Lateinamerika theoretisch-methodisch oder strategisch-politisch nähern kann. Mindestens vier verschiedene Perspektiven auf den Staat in Lateinamerika und seine Transformationen können hier benannt werden, und alle haben Konsequenzen für politische Strategien:

Die erste artikuliert eine anti-etatistische Perspektive. Der Staat könne ausschließlich der Kapitallogik entsprechen und sei grundlegende Quelle von Repression – insofern lehnt sie ihn vollständig ab. So ist über den Staat keinerlei Veränderung denkbar, auch nicht innerhalb gewisser Handlungsspielräume – die Regierung zu übernehmen macht z.B. keinen Sinn. Im nationalen Raum sei praktisch auch kein Zusammenschluss zwischen Klassen oder sozialen Gruppen möglich; nur lokal, auf Basis kollektiver Aktionen ist politische Artikulation dann denkbar. Als Beispiel für diese Strömung gelten häufig die neueren Arbeiten von John Holloway (1995). Ähnlich will Raúl Zibechi (2009) mit der „Zersplitterung der Macht" politische Organisation von den urbanen Protesten in El Alto, Bolivien her denken, die sich einer Einhegung und Institutionalisierung vonseiten des Staates entziehen. Thwaites Rey (2010a) kritisiert, Holloway differenziere kaum zwischen staatlicher Herrschaftslogik im Inneren und dem Staat als Ort von Kämpfen auf globaler Ebene; er unterschätze die Kämpfe in den Apparaten selbst. Zelik (2011: 72) zeigt, wie gerade der venezolanische oder bolivianische Kontext dafür steht, dass der Staat sich nicht monolithisch, sondern viel unübersichtlicher und widersprüchlicher darstellt.

61 Lechner beispielsweise erfasst die Funktionalität des wirtschaftsstrukturellen Umbaus weniger, wenn er hauptsächlich die fehlende Legitimität der Institutionen und die „politische Unfähigkeit einer wirtschaftlichen Modernisierung" (Lechner 1995: 151) (geringe Sparquote, der Staat kontrolliere die die meist kurzfristigen Investitionen von außen nicht) für die mexikanischen Peso-Krise von 1994 verantwortlich macht. Ihm geht es um Steuerungsaufgaben, die der Staat nicht richtig wahrnehme, und das Einlösen der „Versprechen der Demokratie", nachdem neoliberale Reformen diese untergraben hätten. Andere Beiträge konstatieren, noch die Militärdiktaturen im Cono Sur vor Augen, eine *consubstancialidad* zwischen autoritärem Staat und neoliberal-kapitalistischer Entwicklung, so etwa Graciarena (1990: 63): „als politisches Projekt beinhalteten sie ein ganzes Paket an Transformationen und Anpassungen in allen relevanten Feldern, um eine neue Herrschaftsordnung zu etablieren."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eine zweite Strömung nimmt die Vorstellung vom „Entwicklungsstaat“ mit starker, intervenierender Rolle wieder auf, die Veränderungen anstoßen soll, etwa begleitend zu Prozessen in Venezuela oder Brasilien. Für diesen Ansatz löst sich das Dilemma zwischen Sozialen Bewegungen und der Vereinnahmung durch staatliche Apparate zumindest teilweise auf. Die Möglichkeiten, in einer Regierungsübernahme Instrumente zu schaffen, um den Staat als institutionelles Gebilde umzugestalten, seien nicht zu unterschätzen (vgl. Monedero 2007). Zelik (2011) kritisiert hieran, emanzipatorische Transformation sei immer von gesellschaftlicher Mobilisierung, nicht vom Staat, erkämpft worden.

Wesentlich zentraler als früher sind drittens die Kategorie *race* und *lo abigarrado* (Tapia 2010). Tapia (2006, 2009b) z.B. entwickelte Zavaletas Konzepte weiter und analysiert konjunkturelle Veränderungen in Bolivien staatstheoretisch. Sousa Santos (2010) bleibt dagegen mit seiner „Epistemologie des Südens“ auf der Metaebene. Besonders kontrovers entfaltet sich diese Debatte am Beispiel Bolivien oder Ecuador darüber, ob sich hier ein indigen-kommunitäres Projekt mit neuen Formen des Aktivismus und ein national-populares gegenüber stehen (vgl. Prada Alcoreza 2010), und inwieweit mit dem Instrument der neuen Verfassungen über die historischen Schranken des Staates hinauszuweisen möglich sei, um nicht den kapitalistischen, kolonialen Staat und die ihm eigene Machtlogik zu reproduzieren: Wie die Prozesse konzeptionell zu fassen sind, wird dort entscheidend, wo es unmittelbar um die Richtung eines emanzipatorischen Projekts geht. Die strategische Konsequenz, ein „plurinationaler Staat“, erfordere die Synthese der politischen Artikulationsformen der verschiedenen „Gesellschaften“ (vgl. Tapia 2010): Das Konzept des „plurinationalen Staates“[62] als Prinzip staatlicher Organisation fordert das Verständnis vom „modernen Staat“ radikal heraus (Sousa Santos 2010: 96), sei weit mehr als die bloße Anerkennung von Rechten (auch das der Selbstbestimmung), sondern bedeute eine neue Institutionenlandschaft, eine neue territoriale Organisation, interkulturelle Demokratie – insgesamt ein gänzlich neues Gesellschaftsprojekt, in dem der Sinn der „Neugründung“ des Staates liege (ebd.: 85ff.).[63] Prada (2010; ähnlich Sousa Santos 2010: 82f.) machen allerdings Beharrungstendenzen in den staatlichen Apparaten skeptisch: Kräfte aus sozialen Bewegungen könnten zwar durch Wahlen

62 Dass eine Kritik des Begriffs „Nation“ in der Debatte kaum laut wird, ist erstaunlich (vgl. Boris 2013). Gerade in *sociedades abigarradas* wird eigentlich besonders deutlich, dass der Begriff der ‚Nation‘ als Basis eines ‚Nationalstaats‘ kritikwürdig ist. Diese Arbeit nutzt den Begriff 'Nationalstaat' nur als Notbehelf für eine Regierungsebene.

63 In einer Interkulturellen Demokratie koexistieren für Sousa (2010: 85ff.) Formen demokratischer Praktiken (individuelle Wahlstimmen, Konsensmechanismen, Ämterrotation) und der Repräsentation. Kollektivrechte seien als Bedingung der Ausübung individueller Rechte, neue universale Rechte wie das auf Wasser, Nahrungsmittelsouveränität, Biodiversität und die Sozialisierung zur „Reziprozität des Respekts“ anzuerkennen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

an die Regierung gelangen; diese sei allerdings eingebettet in ein staatliches Gefüge, das bereits in seinen Mechanismen, Praktiken und der administrativen Rationalität (Verwaltung, bestehende Gesetze, vorhandenes Personal) der Transformation hinderlich sei. Eigentlich müssten deshalb die Paradigmen völlig ins Gegenteil verkehrt und staatliche Herrschaft als solche infrage gestellt werden (ebd.). Sousa (ebd.: 84) plädiert keineswegs für die Zerstörung des Staates, sondern für die „Neugründung": Dabei bestehe die Distanzierung von der europäisch-kritischen Theorietradition eben darin, das Ende des Kapitalismus nicht ohne das Ende des Kolonialismus zu denken. Insofern rekurriert die Rede vom „Staat" in Lateinamerika weiterhin auf eine „rassistisch strukturierte Form von Herrschaft" (vgl. zu Mexiko ausführlich Bartra 1984: 74ff.; Roux 2005), die mit der spezifischen Art der Aneignung und Verfügung über Arbeit und der spezifischen Integration in den Weltmarkt in Verbindung (Thwaites Rey 2010b) steht.

Daher will eine vierte Gruppe das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis, das sich in staatlichen Strukturen ausdrückt, unter Bedingungen des heutigen Kapitalismus analysieren. Sie fragt z.B. nach der Art und Weise, in der sich innerhalb der Länder die Auswirkungen globaler Umwälzungen tatsächlich konkretisieren, wie die Vermittlung von der weltwirtschaftlichen, globalen Ebene mit den Kräfteverhältnissen in der jeweiligen Gesellschaft zu verstehen sei. Die Verfasstheit der Staaten gründe sich jedoch nicht einseitig auf inner- oder außerhalb liegende Faktoren.

Vor allem Thwaites Rey (2010a: 38) knüpft an das poulantzasianische Verständnis des Staates als einer materiellen Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse an: Die Analyse globaler Tendenzen nehme niemanden davon aus, zu untersuchen, wie diese in einer Gesellschaft historische Form annähmen (ebd.: 32f.; Thwaites Rey/Ouviña 2012). Die „externe" Dimension (welche Stellung das Land im Staatensystem einnimmt) und die „interne" Dimension (wie welche Kräfte sich innerhalb des Territoriums konfigurieren) fließen gleichsam zusammen (*conjugan/confluyen*), sind aber jeweils ausdifferenziert; das Spannungsverhältnis zwischen beiden ist konstitutiv (Thwaites Rey 2010a: 32). Ausgangspunkt ist für Thwaites Rey die Widersprüchlichkeit von Staatlichkeit: staatliche Praktiken und Gestalt zeugten selbst davon. Der Staat sei zugleich Form und historisches Produkt von Kämpfen (vgl. Thwaites Rey 2004: 75), „privilegiertes Terrain für die Austragung von Konflikten" (Thwaites Rey 2010a: 40) und Knotenpunkt von Widersprüchen (ebd.: 31). Die Funktionalität von Staaten nach innen – in einer Epoche der weltweiten Rekonfiguration von Produktions- und Zirkulationsräumen von Kapital – ist es, die angesichts ihrer grundlegenden Rolle für die Aufrechterhaltung und Reproduktion einer bestimmten Modalität gesellschaftlicher Organisation genauer untersucht werden solle (ebd.: 37). Krisen und Restrukturierungen der kapitalistischen Weltwirtschaft wirkten sich ganz unterschiedlich aus, je nach historisch bedingter Verortung einer Gesellschaft (ebd.: 24). Für ein Verständnis der Dynamiken innerhalb von Parteiensystemen und Sozialen Bewegungen, des Ablaufs und der Bedeu-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tung von Wahlen, der Mechanismen von Partizipation und Exklusion sei ein umfassendes Verständnis der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Prozesse nötig (vgl. Thwaites Rey 2010b: 13). Die staatlichen Apparate verknüpften sich mit der Art und Weise, in der Politik institutionalisiert werde, also mit den Regeln des Zugangs zu staatlicher Macht und ihrer Ausübung mittels der Regierung, so Thwaites Rey anschließend an den poulantzianischen Begriff der strukturellen Selektivitäten:

„Die Kartografie der staatlichen Institutionen spiegelt in jedem historischen Fall die ‚Knoten‘ oder ‚Nähte‘ der Bereiche wieder, die aufkommende Widersprüchlichkeiten in ihrer Oberfläche hinterlassen haben. Das heißt, die Gestalt des Staates ist von der Notwendigkeit gezeichnet, auf Krisen und Problematiken zu reagieren, die aus der Gesellschaft aufgeworfen werden – mit all ihren Widersprüchen, Aufspaltungen und Überlappungen.“ (Thwaites Rey/Ouviña 2012: 60).

Die unterschiedlichen Ausformungen und Herrschaftsmodalitäten hingen daher von der Wirtschaftsstruktur jedes Landes (Hauptaktivitäten, Exportkapazitäten, Verschuldung) und von der Wahrnehmung der Situation durch herrschende und subalterne Klassenfraktionen und ihren Interessenlagen und politischen Positionierung ab (vgl. ebd.). Einerseits reagierten staatliche Stellen auf Konflikte, andererseits könne die Institutionalisierung ein Problem durch die Art und Weise, in der staatliche Stellen ihm Bedeutung zuschreiben, gleichsam einfrieren (Thwaites Rey 2004: 76). Thwaites (ebd.) betont, die Zugänge zu staatlichen Entscheidungszentren (die institutionelle Selektivität) wurden historisch u.a. nach rassistischen Mustern konstruiert, so dass sich hier weitere Spaltungslinien auftun.

Die globalen Verschiebungen von Kompetenzen finden einen Ausdruck in der „Internationalisierung des Rechts“ (Hirsch 2005: 158f.), der Verlagerung von Rechtsentwicklung und -durchsetzung auf die internationale Ebene (z.B. sichern internationale Abkommen wie GATS, TRIPS, BITs Privateigentum). Das reduziert die parlamentarische Kontrolle über die Gesetzgebung. Für die lateinamerikanischen Ländern gilt das durchaus; multi-, tri- oder bilaterale Handelsverträge wie der zur Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA/TLCAN) zwischen Mexiko, den USA und Kanada oder das Abkommen zwischen der EU und Kolumbien/Peru reichen weit in die nationale Gesetzgebung hinein, die sich ihnen anpasst. Thwaites Rey (2010a: 33) betont deshalb zwar, supranationale und lokale Instanzen hätten an Bedeutung gewonnen und übten Zwang und Einfluss auf die jeweilige Regierungsagenda aus, doch deterministisch sei dies nicht zu verstehen, die Grade von Autonomie und Souveränität variierten. Außerdem ist der Verlust der eigenständigen Regulation von Akkumulation innerhalb der Staatsgrenzen, der verengte Spielraum für staatliche Interventionen und Verschiebung von Steuerungsbereichen auf die supranationale Ebene, die regulationstheoretische und neo-gramscianische Ansätze als die einschneidende Veränderung für „metropolitane“ Staaten konstatieren, im

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lateinamerikanischen Kontext kein neues Phänomen (ebd.). Die Autonomie über die eigene Wirtschaftspolitik ging hier nicht erst mit dem Paradigmenwechsel der 80er Jahre verloren - das zu behaupten hieße zudem, globale Verflechtungen zu verkennen (vgl. hierzu Claar/Krämer 2010). Einschneidend waren die Veränderungen trotzdem: Die (metropolitanen und peripheren) Staaten selbst trieben die „neoliberale Globalisierung“ ganz besonders in Lateinamerika aktiv voran. Multilaterale Kreditinstitutionen beschnitten als globale Disziplinierungsinstanzen die Handlungsspielräume mit neuen Instrumenten wie der an „Bedingungen“ geknüpften Vergabe von Krediten und Schuldenrefinanzierung (Thwaites Rey 2010b:12, 2010a:27). Diese Vorgaben inter- und supranationaler Institutionen seien keine „naturalisierten“ Imperative, sondern von der Kapazität gesellschaftlicher Akteure bedingt, sich in spezifischen Konjunkturen zu positionieren, Strategien zu unterstützen oder zu unterlaufen. Die bürgerlichen Kräfte Lateinamerikas seien mit Ausnahme Brasiliens nicht in der Lage gewesen, eigene ausdifferenzierte Strategien für die veränderte Integration in den Weltmarkt zu entwickeln (Thwaites Rey 2010a: 27). Die wenigen sozialstaatlichen Institutionen erfüllten als leere Hüllen ihre Legitimationsfunktionen nicht mehr (vgl. Thwaites Rey 2004: 76). Dagegen übernehmen Soziale Bewegungen teilweise die Funktionen der schwachen Parteien, die als Repräsentationsinstanzen enorm an Relevanz verloren (Thwaites Rey 2010a: 27f.). Allerdings seien klientelistische Praktiken auch in den beherrschten Sektoren tief verankert. Thwaites Rey präzisiert hier einige der von Hirsch oben konstatierten Auswirkungen der veränderten Regulationsweise auf den lateinamerikanischen Staat. Sie denkt insofern theoretische Annäherung, staatliche Transformationen im Zuge eines neuen Akkumulationsregimes und spezifische Bedingungen in Lateinamerika zusammen.

I.5 THEMATISCHER KONTEXT: STAAT UND GEWALT

Schließlich kommen wir auf die Einleitung der Arbeit zurück und damit auf einen vierten, spezifischen Kritikpunkt: Eingangs wurde kritisiert, viele Arbeiten zum Thema Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko ließen ein systematisches Verständnis über die Gewaltfunktion des Staates vermissen. Der folgende Absatz fasst staatstheoretisch informierte Ansätze für den thematischen Fokus dieser Arbeit, das Politikfeld Un-/Sicherheit, zusammen. Lateinamerikanische Arbeiten beschäftigen sich durchaus eingehend mit Gewaltphänomenen auf dem Kontinent und deren Verhältnis zum Staat, z.B. in den historischen Analysen zum Staatsterrorismus der Militär-Diktaturen (exempl. Figueroa 1990). Zentrale Schlussfolgerung ist, dass sich die historischen trajectories radikal von Europa unterschieden, da nicht nur der Staat Gewalt ausübe oder dissidente Akteure, die damit allgemein akzeptierte Nor-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

men angreifen, sondern vielfältige Kräfte (so etwa Arias/Goldstein (2010: 5) in ihrer nuancierten Studie zu „gewaltvollen Demokratien“). Sie schlagen deshalb für das komplexe Verhältnis zwischen verschiedenen Kräften, das den Kontext für Kämpfe um Demokratie bildet, den Begriff violent pluralism vor. Die „defining disjunction“ (Caldeira/Holston 1999: 693) der lateinamerikanischen Demokratien sei insofern, dass die Rechte der Bevölkerung systematisch verletzt, während zugleich formale Mechanismen der repräsentativen Demokratie umgesetzt werden. Dieses Zusammentreffen von Demokratie und systematischer Gewalt fordere neue theoretische Konzepte, die konzeptionelle Schwächen überwinden (vgl. Arias/Goldstein 2010). Die skizzierte (neo-poulantzianische) staatstheoretische Perspektive leistet das: Gewalt wird hier grundsätzlich in relationalen Kategorien gedacht.

Poulantzas geht es zunächst um die Rolle des Staates bei der Ausübung direkter Gewalt: Bezüglich der Funktion der monopolisierten Gewalt zur Wahrung des Allgemeinwohls, die weberianische Staatstheorien dem (‚modernen‘) Staat zuschreiben,[64] verstehen materialistische Staatstheorien die Gewaltausübung zwar ebenfalls über den Staat vermittelt: Die ökonomisch herrschenden Gruppen verfügen im Kapitalismus – mindestens für die Entwicklung der europäischen Staaten gilt das – meist nicht gleichzeitig über die physischen Gewaltmittel, üben nicht unmittelbar Gewalt aus (Becker et al. 2005). Poulantzas (2002: 108ff.) macht jedoch ein Spannungsverhältnis deutlich: Von einer objektiv gesetzten Legitimität dieser staatlichen Gewalt kann nicht die Rede sein; gesellschaftliche Kräfte beurteilen staatliche Autorität unterschiedlich. Umgekehrt schlagen sich die Interessen unterschiedlicher Kräfte auch in der Gewaltausübung nieder. Unterscheiden wir zwischen Legitimation (als Ermächtigungsmoment) und Legitimität von Gewaltausübung, so kann Weber ersteres – um dies geht es Poulantzas – kaum erklären (Fisahn 2011: 19).

Obwohl in der Rolle des kapitalistischen Staates begründet, ist die Gewaltausübung nicht a priori, sondern als Ergebnis eines historischen Prozesses im staatlichen Monopol zentralisiert. Daher erklärt Hirsch (2005: 28), dass dieser Staat die private Ausübung von Gewalt immer wieder einhegen muss, denn die (scheinbare) Trennung von Politik und Ökonomie ist immer wieder infrage gestellt:

„Ökonomisch herrschende Klassen neigen grundsätzlich zu einer Reprivatisierung der physischen Zwangsgewalt, wenn in Zeiten wachsender sozialer Konflikte ihre Herrschaft mittels des Staatsapparates nicht mehr gesichert werden kann. Solche Entwicklungen […] müssen auf längere Sicht den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt in Frage stellen.“ (ebd.).

64 In Schlichtes (2005a: 181) postweberianischer Perspektive ist die Verrechtlichung von Politik Voraussetzung für die Monopolisierung – ohne Recht kein legitimer „Gebrauch physischer Gewalt“ nach innen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Da der Staat es deshalb übernimmt, die Reproduktion der Verhältnisse langfristig abzusichern, wird er als Bewahrer des „Allgemeinwohls" wahrgenommen, und deshalb reduziert sich die offene physische Gewalt privater Kräfte relativ. So scheine es einerseits, als setze der Staat „in dem Maße weniger Gewalt" ein, „wie er ihr legitimes Monopol innehat" (Poulantzas 2002: 109), andererseits sei die Rolle physischer Gewalt für den kapitalistischen Staat nicht unterzubewerten,[65] denn der Staat bleibe in der physischen Gewalt begründet; sie ist Garant der Reproduktion (s. die Kritik an Foucault ebd.: 105ff.).

Obwohl also für kapitalistische Formen der Herrschaft die „Verfahren zur Herstellung des Konsensus" (ebd.: 109) eine zentrale Rolle spielten, übten u.a. die Umsetzung einer „körperlichen Ordnung" und Institutionen wie die Polizei „organisierte physische Gewalt" gegen Körper (verstanden als „politische Institution") (ebd.: 58). Die formale Monopolisierung lässt Gewaltverhältnisse nicht aus der Gesellschaft verschwinden. Konsens und Gewalt sind nicht gegeneinander verschiebbare Größen (mehr Konsens entspräche weniger Gewalt), sondern staatliche Gewalt beinhaltet permanent „Techniken der Macht" und Mechanismen des Konsenses" und ist in disziplinarische, symbolische Dispositive eingeschrieben (ebd.: 109). „Repression ist also nie reine Negativität" (ebd.: 112). Umgekehrt soll Zeliks (2010: 8) Einwand, dass direkte Gewalt sehr wohl positiv gewendet und die „von herrschaftlicher Gewalt ausgelöste Angst" als produktive Quelle von Herrschaftsaffirmation wirken könne, hier nicht unterschlagen werden. Gerade „die negierende, untersagende Gewalt [...] in ihren brutalsten, entgrenztesten Formen bringt […] Subjektivität hervor und wirkt langfristig und indirekt auf das Verhalten der Bevölkerung" (ebd.: o.S.), und zwar „auch außerhalb ihres eigentlichen Aktionsradius'."

I.5.1 „Autoritärer Etatismus"?

Mit dem Konzept des „Autoritären Etatismus" kritisierte Poulantzas im Kontext der sich zuspitzenden Krise des Fordismus der 1970er Jahre nun die Diskrepanz zwischen dem selbst proklamierten Anspruch einer repräsentativen Demokratie in Europa und deren ausnahmestaatlichen Tendenzen. Damit übt er zweifach Kritik: zum einen normativ an den realen Verhältnissen selbst, die demokratische Rechte untergraben, zum anderen daran, dass die angeblich funktionierende Demokratie vorgibt etwas zu sein, was sie nicht ist. Für das Verständnis heutiger Ausprägungen des Verhältnisses von Staat und Gewalt ist das hilfreich. Denn die mithilfe regulationstheoretischer Begrifflichkeiten skizzierten Prozesse stehen mit der Veränderung der

65 Würde alle Herrschaftszustimmung nur auf symbolischer Gewalt und internalisierter Repression beruhen, so wären die materiellen Gründe für Konsens zur Herrschaft nicht mehr zu erfassen (vgl. Poulantzas 2002: 107ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gewaltfunktion in Wechselwirkung: Gill (2003) spricht vom „disziplinierenden Neoliberalismus"; an anderer Stelle ist vom „armed neoliberalism" (Higginbottom 2005: 123) die Rede; dass die Gewaltraten weltweit ansteigen, führt Pearce (2010: 269) u.a. auf eine mögliche Verbindung zwischen offenen Märkten und repressiver staatlicher Politik zurück. Obwohl Poulantzas die Dominanz des sogenannten Neoliberalismus und *scale*-Verschiebungen von der nationalstaatlichen Ebene zu transnationalen Verflechtungen zu seiner Zeit nicht erkennt, kann Kannankulam (2008) für Deutschland und England zeigen, dass Poulantzas' Überlegungen über eine spätfordistische Phase hinaus plausibel sind. Kannankulam spricht für die letzten 30 Jahre von einer

„Verschiebung (und Verselbständigung) der Dominanzen innerhalb des staatsapparativen Gefüges insgesamt; einem Funktionsverlust der politischen Parteien als zentraler Organe der Herstellung gesellschaftlicher Hegemonie" und konstatiert außerdem die „Verlagerung dieser Vermittlungsrolle hin zu parallel operierenden Machtnetzen, die die offiziellen und formalen Wege und Kanäle umgehen und sich zusehends ausweiten." (ebd.: 3).

Staatliche Stellen zogen sich zwar im Hinblick auf sozialpolitische Maßnahmen „auf der Fürsorgeseite" (ebd.: 89), die über bloße Transferzahlungen hinausgingen (öffentlicher Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung) zurück und gaben teils sogar staatliche Hoheitsfunktionen wie das Steuermanagement ab. Dabei handelt es sich wohlgemerkt um politisch „durch die Garantie des Privateigentums, Rechtssysteme, Zugangs- und Monopolkontrollen" (Hirsch 2005: 150) seit der Krise des Fordismus und dem Aufstieg neuer Klassenfraktionen hergestellte Prozesse und nicht um Naturgewalten. Als „die äußere Klammer, die zur Entstehung des autoritären Etatismus beitrug" (ebd.: 84), gilt die beschriebene Liberalisierung und der Aufstieg neoliberaler Finanzkapitalfraktionen. Die politische Durchsetzung der wirtschaftlichen „Strukturanpassung" der 80er Jahre benötigte daher keinen „Minimalstaat", sondern ganz im Gegenteil eine aktive staatliche Intervention unter häufig autoritären Bedingungen: Deshalb ist im Bereich der Un-/Sicherheit „keineswegs von einem Rückzug des Staates" zu sprechen (ebd.: 89). Die Folge sei eine zunehmende Distanz zwischen politischer und gesellschaftlicher Demokratie (Poulantzas 2002: 244). Die soziale Exklusion betreffe immer mehr Gruppen (immigrierte Arbeiter, Arbeitslose, Frauen, Jugendliche, Alte), deren „Teilnahme an den Institutionen der politischen Demokratie" (ebd.: 245) immer schwieriger werde; sie bleiben „aus den Zentren der politischen Entscheidung" weitgehend ausgeschlossen (ebd.: 269). Zugleich konstatierte Poulantzas bereits in den 1970er Jahren, die Flexibilisierung der Arbeit sei mit einer Ausweitung des Kontrolldispositivs verbunden.

Mit der stärker disziplinierenden Rolle des Staates fallen Funktionen von Legislative, Exekutive und Judikative teilweise zusammen; eine einmal bestehende Rechtsstaatlichkeit schwindet: Präventive polizeiliche Repression und Überwa-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chung gewinnen im Vergleich zu gerichtlichen Verfahren bei Rechtsverstößen an Gewicht; Legitimation wird in „plebiszitäre und rein manipulative Kreisläufe“ verschoben (ebd.: 259), die Verwaltung und Exekutive dominieren; vertikale Mechanismen der Einflussnahme in Parteien gereichen administrativen Netzwerken zum Vorteil: Parteien wurden zu bloßen „Transmissionsriemen“ und verloren in ihrer Mittlerfunktion für Legitimität rapide an Bedeutung (ebd.: 260; vgl. Jessop 2006: 59), während der Zugang zur Verwaltung praktisch nur noch über führendes Personal der Exekutive möglich sei (Poulantzas 2002: 253). Parellele Machtnetzwerke „[durchqueren] die formale Organisation des Staates“ (Jessop 2006: 56f.), so dass sich politische Verhandlungsebenen in „politische Netzwerke“ hinein verlagerten, die parlamentarischer Kontrolle nicht unterliegen, etwa in Vermittlungsinstanzen wie Zentralbanken oder Banken- und Börsenaufsicht.

Dies spreche nicht unbedingt für eine Stabilisierung, sondern für zunehmende Widersprüche innerhalb des Blocks an der Macht. Verschiebe sich die Rolle des Staates von der Koordination verschiedener Fraktionen weg hin zu direkten Eingriffen zugunsten bestimmter Fraktionen „zum Schaden anderer“ (Poulantzas 2002: 242), vertiefe dies die Widersprüche. Mit widersprüchlichen Entscheidungen einzelner Apparate werde die Regierungspolitik insgesamt inkohärenter (ebd.: 275ff.). Der Druck vieler widersprüchlicher Kräfte zeige sich innerhalb der Verwaltung, die der Exekutive mehr und mehr als Ausarbeiterin von Politik diene (ebd.: 260f.; vgl. Jessop 2006: 58). Poulantzas weist hier auf das Problem hin, dass der zum Ausnahmestaat tendierende Staat die eigenen Möglichkeiten untergrabe, ein – durchaus instabiles – Kompromissgleichgewicht herzustellen und damit eine Art gesellschaftliche Kohäsion zu gewährleisten, weil er gerade die Räume schließe, in denen Widersprüche austariert werden können.[66] Poulantzas’ Verständnis eines Ausnahmestaates ist aber nicht eine marxistische Version des „Fragilitäts“-Konzepts, schon weil er gegenüber „eurozentrisch unbekümmerte[n] Theoretiker[n]“ bemerkt, kapitalistische Ausnahmestaaten seien nicht nur „anderswo“ zu suchen (vgl. 2002: 108).[67] Er erkennt auch, dass die Ausnahmestaatlichkeit in ihrer strukturellen Selek-

66 Für Poulantzas entsteht ein „Ausnahmestaat“ letztlich nur durch eine Hegemoniekrise innerhalb des Blocks an der Macht. Ausnahmestaaten heben Mehrparteiensystem und Rechtsstaatlichkeit auf, verändern Verfassung und Verwaltung, um Krisen zu beenden. Die „vorgebliche Stärke des Ausnahmestaats“ verdecke letztlich nur seine reale Brüchigkeit, während angeblich schwache, demokratische Staaten „elastischer“ auf Belastungen reagieren. Der „Normalstaat“ beruhe auf demokratischen Institutionen und hegemonialer Führung (vgl. Jessops Lesart 2006: 55).

67 Indirekt bestätigt Gerstenberger (2009b: 84) dies: Die meisten Staaten seien eher kapitalistische (und häufig „Ausnahme“-)Staaten als im engeren Sinne bürgerliche Staaten. Den bürgerlichen Staat als kapitalistischen „Normalfall“ und alle anderen als „Ausnahmestaaten“ zu analysieren, griffe ebenso kurz wie die Rede vom scheiternden Staat im „Süden“.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tivität Teile der Gesellschaft stärker trifft als andere. Es handelt sich nicht bloß um ein staatliches Steuerungsproblem gegenüber einer zu kontrollierenden Gesellschaft. Wesentlich ist, dass diese Merkmale nach und nach auf Dauer gestellt werden, so dass es sich um einen Normalstaat (und keine vorübergehende Ausnahme) handelt, mit „ständigen Funktionsüberschneidungen von normalen und Ausnahmestrukturen" (Jessop 2006: 58). Der Ausnahmestaat Poulantzas'[68] nimmt auf die Herrschaftsbasis Bezug, auf Brüche im Block an der Macht. Im Autoritären Etatismus wiederum gibt es eine solche Krise noch nicht, nur tendenziell wird die Herrschaftsbasis untergraben.

I.5.2 Staat und Gewalt in Lateinamerika

In Lateinamerika stellt sich der Sachverhalt recht komplex dar. Zunächst erfüllt – wie angedeutet – der Staat als Ordnungseinheit nicht die Funktion, quasi als Wächter der allgemeinen Ordnung die Ausübung von Gewalt zu monopolisieren, um die Rechte aller Mitglieder der Gesellschaft zu schützen. Statt der Erfüllung oder Nicht-Erfüllung der Funktion ist zu untersuchen, wie Staatlichkeit und Gewaltfunktion tatsächlich zueinander im Verhältnis stehen. Obwohl Poulantzas den „Autoritären Etatismus" auf metropolitane Staaten bezieht, sind bei historisch anderen Konstitutions- und Entwicklungsbedingungen möglicherweise ähnliche Symptome zu beobachten. Doch ob die „Ausnahmestaatlichkeit" neu ist, ist die Frage: Einerseits lässt sich, obwohl einige Länder während der Militärdiktaturen als ‚Labore liberaler Wirtschaftspolitik' gelten (vgl. Fischer 2009), nicht schlüssig behaupten, die nachgezeichneten ökonomischen Liberalisierungsprozesse seien überall in einem außerordentlich autoritären Klima durchgesetzt worden – in mehreren Ländern gingen diese in Verschränkung mit oder parallel zu relativen Demokratisierungsprozessen vonstatten. Andererseits spricht Zavaleta gerade deshalb vom „estado aparente" (Zavaleta 2006), weil er in Lateinamerika das dauerhafte Fehlen austarierender Räume und Mechanismen beobachtete, sich also die „Kohäsionsfunktion" und das

Die tatsächliche „Ausnahme" ist der bürgerliche Staat mit seinen spezifischen Regulationsmechanismen (vgl. Hauck 2004a: 412; Quijano 2001).

68 Den Ausnahmezustand theoretisiert Agamben (2004) eher als Regierungstechnik, als immer deutlicher vorherrschendes Paradigma des Regierens; Agamben kritisiert die antidemokratische Vorstellung Carl Schmitts von der Entscheidung des Souveräns über den Ausnahmezustand und verweist darauf, und darin ist Poulantzas' Kapitel zu Recht/ Gewalt dem nicht ganz unähnlich, dass im Kern der liberalen Demokratie die Aufhebung des Rechts/ der Einsatz extralegaler Mittel durch den Staat bereits inhärent ist (ebd.: 9; vgl. hierzu Aponte 1999). Ist dieses „anomische" Element der Demokratie inhärent, so ist die Rede vom anomischen Staat (Waldmann 2003) womöglich hinfällig.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Problem der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse anders darstellen und offenbar elementare Widersprüche innerhalb dieser nicht hinreichend ausgeglichen werden.[69]

Laut Becker ist es die begrenzte Hegemoniefähigkeit herrschender Fraktionen in diesem Kontext, die Uneinheitlichkeit und Widersprüche zwischen einzelnen Staatsapparaten deutlicher zutage treten lässt. Für emanzipatorische Kräfte heißt das, dass die „Zugänge zu Entscheidungszentren [...] besondere Bedeutung" gewinnen, (2008: 27), ebenso wie „die Gewinnung spezifischer Staatsapparate für die Durchsetzung politischer Projekte […] noch an Gewicht" zunimmt: Konflikte führen gesellschaftliche Kräfte dann nicht nur um „veränderte sozio-ökonomische Politik, sondern auch um eine Veränderung der staatlichen Institutionen, die einen solchen Politikschwenk ermöglichen" (ebd.: 24f.). Lateinamerikanische Autoren wie Aponte (1999) betonen dabei nun, dass offen autoritäre Formen der Staatlichkeit ebenfalls keine Ausnahmen, sondern Normalzustand sind: Der ‚Ausnahme'-Zustand ist längst permanent. Wie eingangs im Zitat Comaroff/Comaroff (2006: 6) andeuten, verknüpft der Diskurs über einen diffusen Gewaltzustand, der scheinbar nur mittels autoritärer Regierung zu bekämpfen ist, das Konzept der Ausnahme mit der Vorstellung von einer den post-kolonialen Staaten inhärenten exzessiven Gewalt. Die Soziologie der Gewalt (vgl. zu Lateinamerika Mejía Quintana 2008; Trotha 1997) versteht Gewalt entgegen diesem Diskurs als Teil der (kapitalistischen) Moderne; das Verhältnis zwischen Modernität und Krieg sei strukturell, Gewalt als „Modernisierungskatalysator" häufig verschleiert (vgl. zur postkolonialen Perspektive Escobar 2004).

Nimmt man die spezifischen historischen trajectories der jeweiligen Gesellschaft konzeptionell ernst, so tritt zusätzlich die Vorstellung von einem beim Staat verorteten, zentralisierten Gewaltmonopol als dem „Ziel" staatlicher Entwicklung als eine eher normative, unterschiedliche Erfahrungen homogenisierende Idee zurück (vgl. Bolívar 2010: 96). Dabei soll der Staat hier keineswegs als wirkmächtige Realität negiert, nur eben als historische Formation mit unterschiedlichen Ausprägungen verstanden werden. Die Vorstellung von Diskontinuität im Übergang vom Feudalstaat zum modernen europäischen Staat impliziert bereits, dass historische

69 Für Evers (1977: 159ff.) ist Gewalt eines der „Mittel des Staates", mit der jener aber nur repressiv auf Krisen reagieren kann – u.a. weil sich das Mittel „Recht" ebenfalls an der strukturellen Heterogenität der Gesellschaft breche und die Legitimation staatlicher Herrschaft angesichts des Spannungsverhältnisses brüchig bleibe. Angesichts der inhärenten Widersprüche müsse der Staat geradezu „versagen": Staatliche Gewaltausübung verschärfe also die Ursachen von Konflikten tendenziell. Repression sei Ausdruck der funktionalen Schwäche des Staates (ebd.: 170f.). Damit ist es Evers allerdings nicht möglich, die (mögliche) Funktionalität von Gewalt im ‚peripheren Kontext' angemessen einzubeziehen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bedingungen zentral sind – häufig allerdings dominiert dennoch eine lineare Entwicklungsvorstellung hin zur rationalen Herrschaft, die an modernisierungstheoretische Postulate erinnert. Im Übrigen ist das Konzept vom zentralisierten Gewaltmonopol nicht neutral oder zeit- und kontextlos, sondern ebenso wie andere wissenschaftliche Konzepte kontextgebunden, in spezifischen diskursiven Zusammenhängen aus dem europäischen Kontext des 19. Jahrhunderts heraus entstanden und hat aus historischen Gründen Wirkungsmacht entfaltet (vgl. ebd.: 96f.). Historisch ist ein konsolidiertes Gewaltmonopol des Zentralstaates eine Ausnahme gewesen. Franco Restrepo (2009: 391) betont, die Vorstellung von der durch den Zentralstaat monopolisierten Gewalt müsse nicht nur multidimensional, sondern als höchst variabel verstanden werden. Ob der Staat tatsächlich direkt und monopolartig Kontrolle ausübe, sei eine empirische Angelegenheit und nicht konstitutiv für den Staat oder die Reproduktion des kapitalistischen Systems. Die Monopolisierung bleibt etwas Relatives: So zeigt Thomson (1996: 54) historisch eindrücklich auf, wie europäische Staaten immer wieder Gewalt auslagerten, an private Kräfte abgaben und teilweise wieder einhegten.

Die lateinamerikanischen Staaten erlangten die Unabhängigkeit Anfang des 19. Jahrhunderts, früher als andere Kolonialismusprojekte überhaupt begannen (Boris 2007: 244). Trotzdem hat es in diesen Ländern bisher meist keine wirksame Zentralisierung der Gewalt gegeben. Schon der Kolonialstaat war meist nur im Zentrum und an wichtigen Verkehrsknotenpunkten präsent und hatte die Gewaltausübung zu bestimmten Bedingungen an regionale Machthaber delegiert, die dadurch ein gewisses Maß an Autonomie genossen (vgl. González et al. 2003).[70] Delegierte Zwangsressourcen wurden häufig, wie Müller (2012: 43) ausführt, extralegal zur Landaneignung etc. genutzt, was die Spanische Krone wiederum tolerierte, so lange es ihre Interessen nicht gefährdete. Die Armeen wurden nicht effektiv kontrolliert; eher schufen diese „implizite Allianzen“ mit Grundbesitzern und regionalen *Caciques*, um den status quo zu wahren (vgl. Pearce 2010: 298). Der Staat wirkte also nie wirklich darauf hin, ein Monopol zu errichten. Ziel war nicht der Aufbau umfassender zentralstaatlicher Strukturen, sondern die Garantie, genügend Rohstoffe für die europäischen Wirtschaften zur Verfügung zu stellen. Später kamen die Erschließung von Absatzmärkten sowie die Möglichkeit hinzu, „leere“ Räume zur

70 Kohli (2005: 19) zeigt anhand Brasiliens, wie der Kolonialismus die lateinamerikanischen Länder trotz der frühen Unabhängigkeit in dieser Hinsicht fundamental prägte: „[C]olonialism and other external influences cast a long political shadow. […] the power of landed oligarchs, a weak central government with a patrimonial bureaucracy, and the prevalence throughout the country of decentralized and despotic political units that rested on patronage and private use of force were characteristics acquired during the colonial period – characteristics that lingered for at least a century after decolonization and even beyond.“

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aufnahme von Auswanderern und zur Nahrungsmittelproduktion zu nutzen (Izaguirre/Szankay 1973: 272). So muss sich der Zentralstaat in einem von der spanischen Kolonialherrschaft ererbten Gebilde mit lokalen Caudillos bzw. Intermediären arrangieren und verhandeln. Die Gebiete und Bereiche, in denen und über die verhandelt wird, sind keine Enklaven, sondern Teil eines fragmentierten Gesamtkomplexes (vgl. etwa González et al. 2003: 266). Wurden diese in Mexiko über ein Staatsparteiensystem eingebunden, so institutionalisierte in Kolumbien das Zweiparteiensystem der Konservativen und Liberalen diese indirekten Klientelbeziehungen. Insofern müssen Analysen von Staatlichkeit in Lateinamerika dem Verhältnis zwischen Zentralstaat und dem Lokalen bzw. lokalen und regionalen Formen von Herrschaft und der Gewaltausübung auf diesen Ebenen wesentlich mehr Aufmerksamkeit schenken. Es ist davon auszugehen, dass der Zentralstaat vorhandene regionale Machtstrukturen nicht auslöscht, sondern sich gleichsam auf dieser Basis errichtet und sie neu einschreibt (vgl. Bolívar 2010: 100f.).[71] Auf dieser Ebene können ebenfalls gewaltvolle Verhältnisse reproduziert und verstetigt werden und wirken letztlich einer Modifizierung der Herrschaftsmodalitäten hin zu einer stärkeren Beteiligung subalterner Sektoren entgegen. All diese Überlegungen stehen der These entgegen, der (lateinamerikanische) Staat könne kein Gewaltmonopol mehr vorweisen oder habe dies nie konsolidieren können und sei demnach „fragil".

Mit der Gewaltfunktion des Staates in Lateinamerika grundsätzlich in enger Relation steht das Thema der Rechtsstaatlichkeit, das hier in Bezug auf den Begriff der „Ausnahme" angerissen wird: Wenn etwa O'Donnell (1999) feststellt, das Gesetz sei „formaler Kohäsionsrahmen" und umreiße die Konturen des Staates, nimmt er durchaus Bezug zu Poulantzas (2002: 121; vgl. Jessop 1990: 62ff.), der auf die formale Absicherung kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch Recht hinweist (z.B. die besondere Rolle von Privatbesitz, Vertragsrecht); dem Isolationseffekt (als individuelle juridische Subjekte) entspricht andererseits der Kohäsionseffekt der „öffentlichen Sphäre". O'Donnell (1999: 142) führt das teilweise Fehlen der Rechtsstaatlichkeit in lateinamerikanischen Staaten in letzter Konsequenz aber auf eine „incompleteness of the state" und einen „schizophrenen Staat" zurück. Diskri-

71 Die theoretische Diskussion hierzu ist vergleichsweise dünn. Gibson (2004) lenkt beispielsweise den Blick auf die territorial heterogenen Praktiken von Demokratie und deren unterschiedliche Logiken. Er versteht den subnationalen Autoritarismus als Widerstandsstrategien regionaler ‚Eliten' gegenüber Demokratisierungsversuchen auf der nationalen Ebene. Es bleibt die Frage, ob tatsächlich die nationalstaatlichen Prozesse per se demokratisierend sind und inwiefern sich solcher Widerstand und die bewusste Auslagerung von Funktionsmechanismen der Herrschaftsausübung aus zentralstaatlichen Strukturen heraus die Waage halten. Gibson (2004:12) schreibt selbst, die Allianzen zwischen Zentralregierung und regionalen *Caciques* seien häufig viel zu eng, als dass erstere die Spielräume letzterer beschneiden würde.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

minierung per Gesetz, die Ungleichbehandlung vor Gericht und vonseiten staatlicher Stellen nach sozialem Status und die offene Abwesenheit der rule of law in weiten Bereichen sind für ihn Ausdruck von Defiziten.[72] Somit scheint er das Recht aber nicht als soziales Verhältnis zu begreifen (vgl. Müller 2006: 504) – die mit dem Recht verbundene Herstellung von Sicherheit und Legitimation des Staates bleibt außen vor –, idealisiert in gewisser Weise den „westlich-liberaldemokratischen“ Staat und wird mit der Dichotomie vom „starken“ vs. „schizophrenen“ Staat dem eigenen Postulat vom Staat als verdichteten Kräfteverhältnissen (O'Donnell 1978) nicht mehr gerecht. Die genannte Ungleichbehandlung weist eher nach, dass sich im lateinamerikanischen Kontext große soziale Ungleichheit und *sociedad abigarrada* (Zavaleta 2009b) mit den strukturellen Selektivitäten der juridischen Instanzen verschränken: Darauf verweisen Autoren wie Vilhena (2011: 25); er spricht von der „Unsichtbarkeit“ der extrem Armen, einer Dämonisierung derer, die das System infrage stellen und der rechtlichen „Immunität“ der Privilegierten.

Für Poulantzas (2002: 121) ermöglichen es Modifizierungen des Rechts, Transformationen des Staates innerhalb des eigenen Systems zu regeln. Ein spezifischer Machtblock aus verschiedenen Klassen und Fraktionen kann dadurch (trotz Konflikten innerhalb und zwischen Staatsapparaten) eine „Modifizierung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Bündnisses an der Macht im Staat zum Ausdruck“ bringen, „ohne Erschütterungen hervorzurufen“ (ebd.: 121). Staatliche Praktiken (Interventionen, Kompromisse, Rechte der Beherrschten) „schreiben sich in den Text des Gesetzes ein und werden sogar zum Bestandteil seiner inneren Struktur“ (ebd.: 113). In diesem Sinne setze das Gesetz der Intervention/Gewalt der Staatsapparate Grenzen, organisiere aber auch die „Ausübung der Gewalt unter Berücksichtigung des Widerstands“ (ebd.: 122). Staatliches Handeln geht aber weit über juristische Festschreibungen hinaus und nimmt keineswegs „immer die Form des Gesetzes und der Regel an“ (ebd.: 113) – immer existiert „ein Ensemble von staatlichen Praktiken und Techniken, das sich der juristischen Systematisierung und Ordnung entzieht“ (ebd.: 113) – ohne dabei „Anomie“, willkürliche oder ungeregelte individuelle Übertretungen darzustellen, wie die Analyse Waldmanns (2003) über den lateinamerikanischen Staat nahelegt. Mit Zelik (2010) ist stattdessen die Ausnahme „so alt wie die gewaltbegrenzende Rechtsnorm selbst“, denn jedes Rechtssystem beinhalte integrale „Leerstellen“, Illegalität und Legalität seien „Bestandteil ein und derselben institutionellen Struktur“ (Poulantzas 2002: 114). Einen konzeptionellen

72 Comaroff/Comaroff (2006: 13f.) dekonstruieren mit dem Begriff der „counterfeit modernities“ hervorragend, wie auch hier „Europa“ diskursiv sein Anderes schafft: So ist die Rede von der Rechtsstaatlichkeit nur „Farce“, wird nicht der (angeblichen) europäischen Folie entsprechen (können); in postkolonialen Kontexten wird angeblich immer gefälscht, getrickst, kopiert; sie kommen der Moderne nahe, aber eben nur fast, was ironischerweise nur die „Einzigartigkeit des Originals“ unterstreicht.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ausweg aus dem Dilemma bietet Hauck (2004a): Unterscheide man zwischen „Regulationsmacht“ und „Akkumulationssicherungsmacht“ des Staates, so verschwimme rasch die Einteilung in schwach und stark: die Regulationsmacht eines Staates mag schwach sein, aber die Akkumulationssicherungsmacht (in die sich auch gewaltförmige Gruppierungen integrieren lassen) kann durchaus groß sein. Akkumulationssicherungsmacht wird verstanden als die Macht des Staatsapparats, die Akkumulationschancen der herrschenden Gruppierungen zu garantieren, Regulationsmacht als die, Normen durchzusetzen (auch solche, die das Akkumulationsverhalten regulieren) (ebd.: 419). Die genaue Ausprägung von Regulations- oder Akkumulationssicherungsmacht und die Ausgestaltung der „Kohäsionsfunktion“ (oder das Verhältnis von Repression, Partizipation und Kooptation) des Staates hängen – einmal mehr – von den historischen Bedingungen und Kräfteverhältnissen ab.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II Interpretationen und Schlüsse für die Analyse des lateinamerikanischen Staates

II.1 ANALYSEKRITERIEN

Wie gelangt man nun von der abstrakten Ebene des Staatsverständnisses aus Kapitel I zu kontextspezifischen, konjunkturellen Aussagen für den Forschungsgegenstand der Staatlichkeit bzw. das Politikfeld Un-/Sicherheitspolitik in Mexiko und Kolumbien? Zunächst hilft der multitheoretische Zugang, blinde Flecken in der Analyse zu vermeiden, auf Lateinamerika bezogene Spezifika und historische Transformationen des Staates zu berücksichtigen und Staaten nicht bloß über Defizite gegenüber einem Idealbild zu definieren. Staat wird im Sinne Poulantzas'/Hirschs als die politische Form einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft verstanden, die nicht ohne die konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu analysieren ist. Für gesellschaftliche Kräfte ist der Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren strukturell selektiv (Poulantzas 2002: 159, 165f.). Während das an Poulantzas orientierte Staatsverständnis für die Analyse der beiden Fälle nützlich ist, waren Konkretisierungen notwendig: Zunächst wurde die Theoriediskussion räumlich konkretisiert (I.3.): Komplementäre Kategorien erlauben Aussagen über den Staat in Lateinamerika und dessen Besonderheiten. Grundsätzlich strukturieren sowohl die Verfasstheit als *sociedades abigarradas* (Tapia 2010) als auch die Kolonialität der Macht (Quijano 2000b) mit spezifischen sozialen Klassifizierungen und Identitätszuschreibungen die Kräfteverhältnisse mit. Das Begriffspaar der *forma primordial* und der *determinación dependiente* (Zavaleta 2009b) fasst das Spannungsverhältnis zwischen interner Dimension und globalen (Abhängigkeits-)Bedingungen. In der historischen Konkretisierung setzten regulationstheoretische Begrifflichkeiten Umbrüche in Akkumulationsstrategien auf globaler Ebene in Bezug zu den historischen Voraussetzungen der Einbindung in den Weltmarkt. Der radikale Umbau der Regulierung von Finanzmärkten, Welthandel und weltweiter Produktion ab den 70er Jahren führten zu gewandelten Abhängigkeitsmustern, die Eingang in eine Analyse des Staates in Lateinamerika finden müssen. Aus kritischer Sicht

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stützten internationale Finanz- und Handelsorganisationen (IWF/WTO/Weltbank, SAPs) die transnationale Durchsetzung neoliberaler wirtschaftspolitischer Paradigmen, gekoppelt mit dem „multidimensionalen Umbau der bestehenden Gesellschaftsordnungen“ (Kannankulam 2008: 89) bis in die Mikroebene hinein. Dies schließt die Neugewichtung des institutionellen Gefüges mit ein, besonders die Aufwertung von Finanzministerien und Zentralbanken zuungunsten z.B. von Ministerien für soziale Sicherheit (vgl. ebd.: 89; Hirsch 2005). Diese „Vorgabe von Handlungskorridoren“ ist zu beachten, selbst wenn diese im Globalen Süden mittels entwicklungspolitischen Maßnahmen und an Bedingungen geknüpfte Kredite eine jahrzehntelange Erfahrung sind – der relative Verlust von Autonomie, die Akkumulation im eigenen Territorium zu regulieren, ist dort nicht gar so neu, sondern für ihre Darstellung als „peripher“ konstitutiv (Thwaites Rey/ Castillo 2008: 27). Die thematische Konkretisierung skizzierte das poulantzas'sche Verständnis staatlicher Gewalt und eine erste Annäherung an das historische Verhältnis von Gewalt ausübenden staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Lateinamerika.

Mindestens drei Felder sollte eine Analyse von Staaten in Lateinamerika beachten, erstens (1) die Frage nach der Art der Einbindung in den Weltmarkt und der Verschränkung dieser Artikulation mit der einheimischen Wirtschaftsstruktur, Steuerregimen[1] und der Entwicklung der Sozialstrukturen. Wesentlich bleibt die Frage, „wie sich die Dynamik der globalen Akkumulation mit der Regulation des Weltmarkts und mit den einzelstaatlichen Regulationszusammenhängen verbindet“ (Hirsch 2005: 101). D.h. nicht, dass die Staaten damit in eine a priori existierende Weltwirtschaft eingebunden wären. Abhängigkeitsmuster zu beachten impliziert stattdessen, unterschiedliche institutionelle *scales* im Blick zu behalten. Zweitens (2) die Frage nach den Landbesitzverhältnissen dort, wo Landbesitz für die Entwicklungsmodelle und damit für strukturelle Selektivität bzw. als soziale Herrschaftsbasis zentral war (Molano 1992; Roux 2005) und deren Verhältnis zu subalternen Strukturkonzepten wie *tierra* und *territorio* und drittens (3) die von europäischen Staatsformationen abweichende Konstitution der Gewaltfunktion des Staates (Bolívar 2010; vgl. Franco Restrepo 2009).

1 Relevant sind sowohl die einheimische Wirtschaftsstruktur als auch die Einbindung in den Weltmarkt, da sie jeweils Auswirkungen haben auf staatliche Handlungsspielräume (fiskalische Mittel), vor allem aber auf die gesellschaftlichen Kräfte und die staatlichen Prioritätendeterminationen. Abhängigkeitsverhältnisse müssen mit einbezogen, aber zeitlich bestimmt werden; Kontinuitäten, strukturelle Elemente und Brüche sind zu beachten, um „aktuelle“ Muster und Asymmetrien des Weltmarkts erfassen zu können (hierzu etwa Thwaites Rey 2010a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II.2 PROJEKT UND POLITIKFELD IN VIER ANALYSESCHRITTEN: Kontextanalyse, Kräftekonstellationen, Prozessanalyse, Verdichtung

Um mit dem erarbeiteten Staatsverständnis tatsächlich konkrete Aussagen über konkurrierende (Hegemonie-)Projekte und die Ausprägungen von Staatlichkeit in den beiden Länderbeispielen treffen zu können, schlagen Kannankulam/Georgi (ebd.: 36ff.) eine Vorgehensweise in vier Schritten vor, mit der sie um Hegemonie ringende Projekte als konfliktive historische Prozesse untersuchen. Darin bettet sich die „historisch-materialistische Politikfeldanalyse" (Brand 2011) dieser Arbeit ein, und diese doppelte Herangehensweise strukturiert die folgenden Kapitel. Der Begriff des Projekts dient dabei

„dazu, jene unübersehbare Vielfalt von Praktiken, Taktiken und Strategien analytisch zu aggregieren, die für den untersuchten Konflikt relevant sind. Unmittelbares Ziel dieser Aggregation ist es, Komplexität zu reduzieren. So soll es ermöglicht werden, möglichst ‚plausible' Aussagen zu machen über die spezifische Konstellation der in dem Konflikt aufeinandertreffenden gesellschaftlichen Kräfte." (Kannankulam/Georgi 2012: 38).

Das Konzept differenziert zwischen Akteuren, Interessen, und Strategien. So können die relevanten Akteure nicht immer wissen, welche Strategien sich als erfolgreich erweisen (ebd.: 20). Der Begriff vom Staatsprojekt bezieht sich auf interne Abläufe und erfasst, ob staatliche Aktivitäten um ein Set von Politikstrategien gruppiert und eine relative Einheitlichkeit durchgesetzt wird. Über den Begriff des Staatsprojektes hinaus ringen gesellschaftliche Kräfte um weiter gefasste Hegemonieprojekte (im Unterschied zu bereits hegemonialen Projekten),[2] die strukturell (im Hinblick auf die Berücksichtigung struktureller Selektivität des Staates) sowie auf ihre strategische Orientierung hin untersucht werden (Gelingen der Einbindung subalterner Gesellschaftssektoren, Verhältnis zu Kapitalakkumulation und Verteilungskapazitäten, ebd.: 30ff.). Nicht jedes Projekt ist *hegemonial*, vielmehr ringen gesellschaftliche Kräfte um unterschiedliche *Hegemonie*projekte. Der Begriff

2 Zur begrifflichen Unterscheidung: Nur ein Hegemonieprojekt, dem es mittels Kompromissen und Verschränkungen gelingt, „ihm nicht originär zugehörige gesellschaftliche Kräfte oder alternative Hegemonieprojekte in einen einigermaßen kohärenten Zusammenhang zu bringen, der auch auf das herrschende Akkumulationsregime bezogen sein muss" (Kannankulam/Georgi 2012: 35), kann ein hegemoniales Projekt werden. Gesellschaftliche Projekte beziehen sich nicht nur auf die Ökonomie wie Akkumulationsstrategien.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schließt zudem aus, rein deduktiv auf bestimmte Interessenlagen in einem konkreten Kontext zu schließen (vgl. ebd.). Als Bündelung von Strategien – nicht als bewusstes, koordiniertes Bündnis – suchen Akteure in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ihre Interessen zu allgemeingültigen Grundsätzen zu verwirklichen (vgl. ebd.: 34f.). Konkrete politische Projekte wiederum, „die sich selbst als Lösungen von drängenden, sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen" (Bieling/Steinhilber 2000:106 zit. Kannankulam/Georgi 2012) bilden das Terrain für miteinander ringende, je nach Politikfeld und räumlich unterschiedliche Hegemonieprojekte (ebd.: 36).

Das Analyseraster in vier Schritten sieht basierend auf Sekundärliteratur 1. eine historisch angelegte intersektionale Sozialstrukturanalyse und 2. auf Basis von Interviews, Positionspapieren etc. die Analyse miteinander ringender Akteurs- bzw. Kräftekonstellationen in Bezug auf Hegemonieprojekte vor. Die Prozessanalyse rekonstruiert 3. Veränderungen dieser Konstellationen über den untersuchten Zeitraum (2002-2010, 2006-2012). Die vier Analyseschritte bilden zugleich das Gerüst für den Vergleich des Politikfelds in beiden Staaten.

Im ersten Schritt macht die Kontextanalyse zentrale geschichtliche und materielle Bedingungen von Konflikten sichtbar. Kannankulam/ Georgi (ebd.: 37) wollen „innerhalb eines ‚formbestimmten' Rahmens ‚Pfade' herausarbeiten", die nicht determinierend, aber strukturierend wirken. Die Herausforderung liege darin, einerseits die „Wirkmächtigkeit" von Strukturmerkmalen (ebd.: 38), andererseits den Kontext als spezifisch historische Situation nicht zu unterschätzen. Kannankulam/Georgi (ebd.: 38) plädieren dabei für eine intersektionale Sozialstrukturanalyse. Mit der Kontextanalyse stellt Kapitel III die Frage, welche Ausformungen Staatlichkeit in Kolumbien und Mexiko historisch annahm und von welchen strukturellen Voraussetzungen eine Analyse der aktuellen Entwicklungen auszugehen hat. Insofern skizziert das Kapitel historische Entwicklungsdynamiken in beiden Staaten, um später anhand des Politikfelds Un-/Sicherheit konkrete Aussagen über veränderte Selektivitäten zu treffen. Wie bei einer Sozialstrukturanalyse üblich, werden zunächst „ökonomisch bestimmte Spannungs- und Spaltungslinien der Gesellschaft" (Boris 2008: 11) skizziert, um Tendenzen in Akkumulationsregime, dem Verhältnis von Binnenmarkt und Außenwirtschaft und z.B. der Kontrolle über Ressourcen nachzuzeichnen. Im Verhältnis zu wirtschaftlichen Tendenzen werden „wesentliche gesellschaftliche Institutionen, Regeln und die sie tragenden und verändernden Einflussgruppen" skizziert (ebd.: 13). Im günstigsten Fall erklärt dies konkrete Konstellationen von Kräfteverhältnissen in Gesellschaften während bestimmter Perioden, denn diese „makro-sozialen Tendenzen" (ebd.: 11) stecken gewissermaßen die Rahmenbedingungen ab, innerhalb derer politische Artikulation in den beiden Ländern stattfindet. Politische Entscheidungen von Individuen und Gruppen ergeben sich aus vielen verschiedenen Faktoren, die sowohl objektiv (aus der Stellung im Produktionsprozess bzw. in den Sozialstrukturen) als auch subjektiv

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Habitus, Organisationsfähigkeit, mögliche Allianzen, Lernfähigkeit) begründet sind (Kaltmeier et al. 2004: 11,17). Die „spezifische Verbindung von objektiven Faktoren und Tendenzen mit subjektiven Strategien der jeweiligen Hauptgruppen und ihrer Vermittlungsglieder" haben somit „stets im Zentrum der Anstrengungen der Sozialstrukturanalyse zu stehen" (Boris 2008: 12). Denn das Handeln gesellschaftlicher Gruppen wird „von differierenden Faktoren bestimmt", die „sich nur unter bestimmten historischen Konstellationen in eine Richtung verdichten" (Boris 2010: o.S.).

Mit Hirsch (2002: 22) sei nochmals betont, dass Poulantzas „die Bestimmung des bürgerlichen Staates als widersprüchliche Form der Institutionalisierung von Klassenbeziehungen" in den Vordergrund stellt (Hirsch 2002: 22). Genau dies wird hier versucht und zugleich das Konzept über eine Klassenanalyse hinaus kritisch erweitert: Die Analyse erfordert, will sie sich nicht Eurozentrismus oder Blindheit gegenüber konkret-historischen Spezifika wie der *sociedad abigarrada* oder verschränkten Achsen der Ungleichheit (Gutiérrez Rodríguez 2010) vorwerfen lassen, einen erweiterten Klassenbegriff und komplementäre Kategorien. Poulantzas' Begriff der Kräfteverhältnisse ermöglicht dies,[3] da wir ihn recht umfassend (und nicht ausschließlich in den Produktionsverhältnissen verankert) anlegen können. Der Begriff wird hier intersektional verwendet. Die für das Vorgehen relevanten Kategorien sind analytisch gedacht; keine ist isoliert oder starr.[4] Im Gegenteil sind Kategorisierungen umkämpft, und die in der Realität existierenden Gruppen entziehen sich einfachen Klassifizierungen meist. Während Quijano (2000c: 357f.) den Klassenbegriff vollständig verwirft,[5] bieten der Rekurs auf Portes/Hoffman (2003) und die

3 Obwohl er die Kategorie Klasse nicht systematisch intersektional verknüpfte (vgl. hierzu Nowak 2009: 113ff.), stellte Poulantzas fest, dass diese nicht „das ausschließliche Terrain der Konstitution von Macht" darstellt und der Staat auch in anderer Beziehung eine besondere Rolle einnimmt: „Die Machtverhältnisse […] zwischen Mann und Frau, die ohne Zweifel von den Klassenbeziehungen zu unterscheiden sind", wird u.a. „durch den Staat […] als Klassenbeziehungen etabliert und reproduziert"; „weist ihnen ihren politischen Stellenwert zu." (Poulantzas 2002: 73).

4 Denn das „Besondere an Klassenverhältnissen im Kapitalismus besteht ja gerade darin, dass" gesellschaftliche ‚Klassen' „sich nicht einfach als Gruppierungen darstellen, die man [...] an statistischen Kriterien katalogisieren könnte, sondern dass Individuen in spezifischer Weise in den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess einbezogen werden, und eben durch diese Art der Einbezogenheit Voraussetzungen für ihr Handeln geschaffen werden, die von ihnen in allerdings unterschiedlicher Weise genutzt werden können." (Thien 2010: 15).

5 Quijanos Kritik zielt in mehrere Richtungen: empirizistische und postmoderne Ansätze seien gar nicht in der Lage, eine globale Struktur gesellschaftlicher Verhältnisse zu denken; der Historische Materialismus andererseits bestätige nicht nur das Primat eines Be-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Literatur der „Entangled Inequalities“ (vgl. Costa 2013) Konzepte von Klassenstrukturen, die explizit auf Lateinamerika Bezug nehmen und Gründe und Interdependenzen für soziale Ungleichheit (und nicht nur ihre auf den ersten Blick sichtbaren Elemente) aufzeigen. Zum einen geht es um „discrete and durable categories of the population characterized by differential access to power-conferring resources and related life chances“ (Portes/Hoffman 2003: 42). Zum anderen gehören nicht nur „encompassing other power-conferring resources such as control over the labor of others and possession of scarce occupational skills“ (ebd.: 42f.) zum Konzept, sondern zudem sind die Kategorien *race/ethnicity*[6] und *gender* als verschränkte Distinktionslinien in den Herrschaftsverhältnissen präsent (vgl. Zavaleta 2009a; Quijano 2000a; Costa 2013). Die Kategorien werden in der Relation zu anderen definierten Gruppen und zum Staat relevant, wie etwa Bobrow-Strain (2007: 33ff.) in seiner Studie zum Verhältnis zwischen ‚weißen‘ Landbesitzern, indigenen Tzeltales und dem mexikanischen Staat im südlichen Bundesstaat Chiapas herausarbeitet: Weder Indigene noch Grundbesitzer entsprechen einer Folie oder stehen immer in derselben Beziehung zum Staat – wohl aber dient die Identifikation als ‚Weiße‘ immer wieder zur privilegierten Positionierung im Herrschaftsverhältnis. Klasse wird – programmatisch – im Verhältnis zu weiteren sich überschneidenden Kategorien gedacht, so dass die Verknüpfung unterschiedlicher Formen von Marginalisierung und Informalität, Diskriminierung, Gewalt und Privilegien sichtbar wird, von der die Positionierung einer Person in der Gesellschaft abhängt (Costa 2013: 42). „Ungleichheitsregime“ sind teilweise verschränkt (ebd.: 49f.); diese Verschränkung unterschiedlicher Achsen erlaubt, den Begriff der Selektivität des Staates zu präzisieren. Über den entsprechenden Begriff der Kräfteverhältnisse wird im Folgenden analysiert, wie sich die veränderte Ausübung von Herrschaft im Politikfeld Un-/Sicherheit ausgestaltet. Das Verhältnis von gesellschaftlichen Sektoren, die „in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen als relativ von anderen abgrenzbare Gruppen sichtbar“ sind (Boris 2008), zu Hegemonieprojekten muss hervortreten.

---

reiches -- Arbeit und Produktionsverhältnisse -- über andere, sondern dieser determiniere alles andere. Dies führe häufig zu funktionalistischen und eigentlich ahistorischen Sichtweisen (Quijano 2000c: 345). Die Kategorie gesellschaftlicher Klassen sei trotz Dynamisierungsversuchen von Poulantzas oder Erik Olin Wright und obwohl Marx selbst die eurozentristischen Elemente seiner Denkweise erkannt habe (ohne dies letztlich zu lösen), von einer historischen zu einer statischen Kategorie geworden (ebd.: 357f.). Stattdessen geht es Quijano um die „strukturelle Vermittlung zwischen historisch heterogenen Elementen“ („*discontinuo*, inkohärent“) aus spezifischen Geschichten und raumzeitlichen Umgebungen (ebd.: 347).

6 Die Kategorie Ethnizität umfasst über die Zuschreibungen körperlicher Merkmale hinaus kulturelles, Traditionen etc. (Costa 2013: 42).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In diesem Sinne verdeutlicht ein zweiter Analyseschritt miteinander ringende Akteurs- und Kräftekonstellationen in Bezug auf ein solches Projekt – auf historisch-konjunktureller Ebene. Zunächst ist das Gewicht der Gewaltakteure bzw. ihrer finanziellen Ressourcen in beiden Ländern hervorzuheben. Das auf Sekundärliteratur basierende Kapitel IV skizziert, wie ein „neues Unternehmertum" – Fraktionen der herrschenden Klassen, die aus der Verknüpfung zwischen legaler und illegaler, formeller und informeller Wirtschaft hervorgegangen sind – sich v. a. in Kolumbien zunehmend politisch Ausdruck verschafft. Besagte Verknüpfung spielt in beiden Ländern eine große Rolle. Zudem konnten besonders finanzmarktorientierte Kräfte den Umbau staatlicher Regulation ab den 80er Jahren nutzen und trieben diesen voran. Kapitel IV.2 geht auf die Wirtschaftsstrukturen und das gesellschaftspolitische Szenario zu Beginn der beiden Amtszeiten 2002/2006 ein. Dies bietet einen groben Überblick über Positionierungen verschiedener Fraktionen und strategischer Akteure.

Diese Zusammenhänge schaffen die Voraussetzungen für die Analyse der Entwicklungen, die sich (so die These) in den letzten Jahren zunehmend im staatlichen Gefüge niederschlagen: Im dritten Schritt folgt nach Kannankulam/Georgi (2012: 39f.) eine Prozessanalyse, die die beiden ersten Schritte verknüpft und eine zeitlich differenzierende Perspektive auf die umkämpften Strategien im Politikfeld Un-/Sicherheit ermöglicht.[7] Die Prozessanalyse rekonstruiert den jeweiligen Konflikt in seiner historischen Dynamik und bezieht in den jeweiligen Phasen Akteurshandeln ein, aber auch „die Wirkung der in der Kontextanalyse identifizierten Formbestimmungen" (Kannankulam/ Georgi 2012: 40). Der Prozess wird also rekonstruiert bis hin zur materiellen Verdichtung eines vorläufigen Kräfteverhältnisses in Programmen, Gesetzen und Staatsapparaten (ebd.: 40).

Kräftekonstellationen verdichten sich anhand institutioneller Selektivitäten (innerhalb der kapitalistischen Staatsform). Welche gesellschaftlichen Kräftekonstellationen und Konflikte stehen hinter den Entwicklungen, in wessen Interesse werden Regelungen verändert? Wie werden miteinander ringende Interessen zu einem bestimmten Zeitpunkt institutionalisiert? Dies sucht ein vierter Schritt auszuloten, mit dem „schließlich die materielle Verdichtung dieser Prozesse in die politischen und juridischen Institutionen und Apparate mit deren jeweiligen strukturellen Selektivitäten untersucht" wird (ebd.: 37). Das heißt, das Ringen um und der Entstehungsprozess von Gesetzen interessiert hier, und so greifen in Schritt 3 und 4 Theorie und methodische Überlegungen ineinander. Auch die beiden Schritte verschränken sich, denn die Prozessanalyse liegt analytisch quer zu den anderen Schritten. Dies ist bestenfalls überblicksartig oder durch exemplarische Betrachtung zu erfassen, etwa

7 Der Untersuchungszeitraum unterscheidet sich, da politische Programme im Politikfeld Un-/Sicherheit verglichen werden, die zu unterschiedlichen Momenten eingeführt wurden.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

über die Beschränkung auf das ausgewählte Politikfeld (Brand 2011), so dass die Arbeit handhabbar bleibt: Kapitel V bezieht Schritt 3 und 4 auf das Thema der Un-/Sicherheit. Ein Vorteil dieser Analyse liegt darin, die direkte Interaktion zwischen staatlichen Akteuren (z.B. aus Sicherheitsapparaten) und gesellschaftlichen Kräften in den Blick nehmen zu können.

Aus dem methodischen Vorgehen ergeben sich Vergleichskriterien. Erstens sind die konstituierenden Strategien des Projekts herauszuarbeiten (Kannankulam/Georgi 2012.: 39). Für sie ist die Sichtweise von Akteursgruppen relevant, also deren Reaktionen auf die in der Kontextanalyse herausgearbeitete Situation. Zweitens sollen zentrale Protagonisten des jeweiligen Projekts identifiziert und drittens eingeschätzt werden, wie das jeweilige Projekt im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis steht. Dabei spielen die soziale Basis von Organisationen, aber auch mögliche Machtressourcen eine Rolle, also die Kapazität gesellschaftlicher Akteursgruppen, sich zu positionieren, Strategien zu unterstützen und zu unterlaufen (vgl. hierzu Thwaites Rey 2010b: 20). Entsprechend fragt Kapitel V danach, wie sich jeweils unterschiedliche Fraktionen der herrschenden Klassen und weitere Akteurskonstellationen zu Regierungsprogrammen, Gesetzesprojekten, politischen Projekten in diesem Politikfeld positionieren. Zugleich sind subalterne Kräfte zu skizzieren, die Einfluss zu nehmen versuchen, Widerstand gegen spezifische Politik leisten oder verfolgt werden. Dies legt die „Konfiguration von politischen Kräften in spezifischen Konjunkturen“ (Jessop 2009: 75) und ihre Strategien und Taktiken frei. Wie ist die „Interaktion relevanter politischer Kräfte in einer bestimmten Konstellation [*conjuncture*], von der aus sie den Staat zu transformieren suchen“ (Jessop 2009); welchen politischen Forderungen und Hegemonieprojekten sind diese möglicherweise zuzuordnen? Sind historische Umbruchmomente zu erkennen, an denen massive Veränderungen der Kräfteverhältnisse zusammentreffen? Die für die Umbauprojekte maßgeblichen Kräftekonstellationen sollen also identifiziert werden.

Kräftekonstellationen innerhalb der Apparate sind ein erstes wichtiges Element, nämlich das Gefüge staatlicher Institutionen und deren u.U. verschobenen Funktionen (z.B. ein größeres Gewicht von Finanzministerium und Zentralbank, die Rolle des Militärs, vgl. Poulantzas 2002: 63). Deren Verhältnis zu herrschenden Fraktionen impliziert eine bestimmte historisch-konkrete Materialität des Staates. Brüche in bzw. ein verschobenes Gefüge der Staatsapparate werden sichtbar (z.B. am Anteil des Haushalts, den sie für sich beanspruchen). Daher kommen in diesem Abschnitt Stabilisierungen spezifischer Kräfteverhältnisse auf staatlichem Terrain zur Sprache (etwa der Umbau von Institutionen und Gesetzesreformen als Festschreibung politischer Projekte). Die Rekonfiguration artikuliert sich innerhalb der Staatsapparate, äußert sich also zweitens in Konflikten zwischen verschiedenen staatlichen Stellen und in Brüchen, die im Verlauf zu beobachten sind. Rekonfigurationen werden drittens anhand von Herrschaftsmodalitäten sichtbar: Mit welchen Mitteln zur Herrschaftssicherung geht das Projekt einher? Mit neuen Formen der

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

politischen Artikulation gestalten sich der Zugang zu Entscheidungszentren und die Rolle von Parteien neu, also die spezifische institutionelle Selektivität (dabei spielen Partizipation und Repräsentation, Konsens und Opposition eine Rolle). Zavaleta (2009a) fragt entsprechend nach Mittlerinstanzen (Kap. I.3). Dabei spielen die Schwächung der Subalternen etwa durch Zersplitterung und Verfolgung und ihre politische Positionierung eine Rolle. Regionale Ausdifferenzierung und auf unterschiedlichen Ebenen konkurrierende Strategien verändern zusätzlich die räumliche Selektivität des Staates (Brenner 2004) als Teil der strukturellen Selektivität. Die Analyse von „Verdichtungen" fokussiert also das vorläufige „neue" institutionelle Ensemble in Kolumbien und Mexiko.

In diesem Fall ermöglicht die Bearbeitung des exemplarischen Politikfelds „Un-/Sicherheit" (Kapitel V) präzise Aussagen darüber, welche politischen Projekte sich durchsetzen, über die materielle Verdichtung der Kräfteverhältnisse in politische und juridische Institutionen (z.B. zugunsten oder auf Druck gesellschaftlicher Interessengruppen erlassene Gesetze) und die umgestalteten Handlungsspielräume staatlicher Politik. Indikatoren für Verschiebungen im staatlichen Gefüge sind u.a. die Ausweitung von Aufgabenbereichen und das Budget, das das Militär für sich beansprucht, ein verändertes Verhältnis zwischen (neuen) staatlichen und nichtstaatlichen Unsicherheitsakteuren bzw. Kämpfe im Sicherheitssektor des Staates selbst, die Durchsetzung extern mitbestimmter Militärprogramme wie Plan Colombia und Mérida-Initiative, die militärische Präsenz in Legislative und Judikative und die Stärkung militäreigener Gerichte und rechtliche Zusicherungen der Nicht-Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen, u.a. in Zonen unter militärischer Befehlsgewalt und belegbare Überschneidungen zwischen Unsicherheitsräumen und wirtschaftlichen Boomzonen. Auf diese Weise werden vorläufige Aussagen getroffen über die Artikulation spezifischer Kräftekonstellationen mit den Staatsapparaten und dadurch rekonfigurierte Handlungsspielräume staatlicher Politik (Kannankulam/Georgi 2012: 40). Von Transformation ist deshalb die Rede, da Kontinuität geschaffen wird: Selbst wenn spätere Regierungen bestimmte Kräfte einhegen oder sogar verfolgen, geschieht das mittels anderer staatlicher Strukturen als zuvor.

Handlungsspielräume drücken sich auch auf der Ebene der vorherrschenden Diskurse aus; „diskursive Referenzpunkte" können die Durchsetzung erleichtern oder erschweren (vgl. Jessop 2008: 48ff.). Die Positionierung der Regierung zum Thema Un-/Sicherheit ist Teil dieser Konstellationen; daher steht die Frage, welche Konzepte die Regierungen Kolumbiens und Mexikos mit dem Umbau von „Sicherheitspolitik" und Staat verbinden, im Mittelpunkt des kurzen Kapitels auf Basis der Nationalen Entwicklungspläne der beiden Regierungen. Das Ringen um Militärprogramme (Plan Colombia, Zonas de Rehabilitación; Mérida-Initiative, Operativos Conjuntos) beschäftigt den zweiten Teil. Der dritte und vierte Teil beleuchten Konflikte innerhalb des Institutionengefüges in Bezug auf das Feld und die entsprechenden Gesetze. Der fünfte Abschnitt subsumiert Auswirkungen aus dem verän-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

derten Politikfeld für verschiedene Gesellschaftssektoren und die raumpolitische Dimension (ungleiche Entwicklung, Auf-, Abwertung, Neugestaltung von Räumen zur Inwertsetzung), die das jeweilige Projekt der herrschenden Fraktionen und ihr nahestehender Kräfte beinhaltet. Unterkapitel sechs fasst die Aussagen zur veränderten (institutionellen) Selektivität und konfligierenden Projekten zusammen.

II.3 INSTRUMENTE: DATENMATERIAL, ERHEBUNG, AUSWERTUNG

Das Vorgehen von vier Analyseschritten, die in einem bestimmten Politikfeld miteinander konkurrierende Hegemonie-Projekte identifizieren sollen, erfordert eine „genaue empirische Kenntnis der Sache“ (ebd.: 38). Dafür war neben Forschungsaufenthalten Hintergrundwissen entscheidend. Der Zugang zum Feld und zu Quellen, die überhaupt wissenschaftlich analysierbar sind, ist in von Gewalt geprägten gesellschaftlichen Verhältnissen keine Selbstverständlichkeit. Gerade in Kolumbien war es von grundlegender Bedeutung für die vorliegende Arbeit, dass ich bereits nicht wissenschaftlich motivierte Reisen dorthin unternommen und über langjährige Kontakte verfügte.[8] Ohne diese Netzwerke wäre kaum die gleiche Anzahl Interviews mit derart hoher Informationsdichte und klarsichtigen Analysen zustande gekommen und der Zutritt zu bestimmten Informationen und Sichtweisen versperrt geblieben. Informationen über Konfliktregionen wie die ostkolumbianische Erdölregion Arauca, Ziel breit angelegter Militäroperationen ab 2002, die ich 2008, 2009 und 2011 bereisen konnte, oder die vom Großprojekt Cerrejón in Zonen des Kohleexports umgewandelten Gegenden der Halbinsel Guajira sind sonst schwer zugänglich.

Den Materialkorpus im engeren Sinn bilden qualitative Interviews mit „Expert/-innen“, die Auswertung von Presse, Positionspapieren, staatlichen Entwicklungsplänen und Dokumenten aus dem Politikfeld Un-/Sicherheit (Militärberichte, Mi-

8 Vgl. die wichtige Beobachtung Zeliks (2009: 20): „In Anbetracht herrschender Macht- und Gewaltverhältnisse sind die Bewohner dieser Regionen nämlich gezwungen, eigene Haltungen ständig zu kodieren, zu verbergen oder sogar regelrecht zu verdrängen. Zwischen der Beschreibung der Realität und einer zu beobachtenden Faktenlage klaffen oft Abgründe. Sprechstrategien, die in diesen Gewaltsituationen entwickelt werden, erschließen sich daher oft erst nach längeren Feldaufenthalten.“ Dies gilt In Mexiko in ähnlicher Weise: Das jahrzehntelange Einparteiensystem der PRI führte zu eigenen Sprachregelungen, Codes und Verschleierungen, die nur das Wissen um widersprüchliche Details und längere Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen entziffern kann. Sie sind einerseits kaum nach Forschungsaufenthalten von wenigen Wochen verständlich, andererseits zeigt sich, dass diese Personen eigentliches „Expertenwissen“ innehaben und es kodieren.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nisterialdirektiven). Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit dem erhobenen Material und der abduktiven Analyse (vgl. Silverman 2004: 315f.; Schwartz-Shea/ Yanow 2011). Das Wechselverhältnis zwischen Theoriekategorien, die sich als praktikabel erwiesen, und aus der Empirie entwickelten Kategorien ist zentral für den abduktiven Forschungsprozess (vgl. Yanow 2013). Dieser erlaubt bewusst die Flexibilität, sich zwischen verschiedenen Forschungsaktivitäten und Theorieeinflüssen (die die Forscherin immer in gewisser Weise positionieren) und der Konfrontation mit dem Gegenstand und den Daten hin und her zu bewegen (vgl. Silverman 2004: 315). Die Ergebnisse wurden ein ums andere Mal auf Nachvollziehbarkeit und den kohärenten Zusammenhang der Argumentationsstränge überprüft und im Wechselverhältnis zwischen Theorie und Gegenstand abgeglichen (Alasuutari 1995: 186; Silverman 2004: 315f.; Schwartz-Shea/Yanow 2011). Erkenntnisse ergaben sich im Wechsel zwischen Forschungsaufenthalten, im Zusammentreffen mit Interview- und Gesprächspartner/-innen und Analyse- und Schreibarbeitsphasen.

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf die qualitative Analyse von in mehreren Forschungsaufenthalten[9] zwischen 2010-2012 erhobenen Datenpaketen, aber auch auf Sekundärliteratur. Die Annäherung an das Thema über Sekundärliteratur erleichtert nicht nur die Arbeit und ermöglicht die gewünschte überblicksartige Ausrichtung, sondern macht die Arbeit mexikanischer und kolumbianischer Sozialwissenschaftler/-innen für den deutschsprachigen Raum sichtbarer, die sich mit dem „Umbruch" beschäftigen, in dem sich die politischen Modelle ihrer Ansicht nach befinden.

Selbstverständlich wird das Bild des Gegenstands durch die Nutzung unterschiedlicher Daten aus verschiedenen Quellen nicht automatisch vollständiger. Doch Daten auf unterschiedliche Art und Weise zu generieren, kann die Analyse wesentlich bereichern und ist zuweilen notwendig (vgl. Silverman 2004: 122). Verschiedene Datenelemente setzen in der qualitativen Studie einen Materialkorpus zusammen, ohne dabei methodisch beliebig zu werden, wie Yanow (2006: 70) betont:[10]

9 Zwischen Februar und Mai 2011 wurde in Mexiko, zwischen September und Dezember 2011 in Kolumbien ein Großteil des Materials erhoben. 2012 wurden in Mexiko ausstehende Fragen geklärt. Kenntnisse aus häufigen mehrmonatigen Aufenthalten in Kolumbien seit 2005 flossen in die Arbeit ein.

10 Marotzki (zit. in Flick 2011: 55) plädiert daher für die Kombination von Interviews und Dokumentenanalysen: „Darunter verstehe ich die redliche Verpflichtung, verschiedene Datenerhebungs- und Auswertungsmethoden, Datenarten und Theorien je nach Forschungsfrage und Objektbereich so methodisch kontrolliert zu kombinieren, dass ein Forschungsdesign entsteht, das es erlaubt, glaubhaftes und zuverlässiges Wissen […] bereitzustellen."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„The researcher does not and cannot know ahead of time what she will find in the text. Any single discovery might set the research trajectory off to another path – to a different set of documents, a different archive, a different geographic location, a different research question. The research has, then, an improvisational quality. However, much as it is a misunderstanding of improvisational theater to imagine that the whole of a performance is made up on the spot, so it is a misunderstanding of interpretive research to think that procedures are spontaneously generated."

Bei zwei Fällen variierte die Quellensorte entsprechend (s.u.). Selbstverständlich war der Anspruch, in beiden Kontexten Quellen zu erhalten, die eine Vergleichbarkeit der Daten gewährleisteten. Zunächst wurden qualitative Interviews mit „Expert/-innen" geführt, die die politischen Strategien und Dynamiken zu interpretieren in der Lage waren und Interpretationswege eröffneten. Die Interviews haben eine doppelte Funktion: Erstens ist ihre Stellung im Materialkorpus zentral, da die Untersuchung eines so aktuellen wie häufig verschleierten Gegenstands sich nicht auf wissenschaftliche Literatur und Zeitungsartikel allein stützen kann. Aus der Auswertung der Interviews ergeben sich detailliertere, verschiedene Themenfelder verknüpfende Informationen. Deshalb haben sie außerdem interpretative Funktion für die Analyse. Eigene Interpretationen können jene der Expert/-innen als Orientierungspunkte im bestätigenden wie erweiternden Sinne nutzen.

Mit den Interviews wurden Informationen über das Politikfeld Un-/Sicherheit im kolumbianischen wie mexikanischen Kontext zu einem bestimmten Zeitpunkt herausgearbeitet. Kontakte ergaben sich teilweise über das Schneeballsystem über persönliche seit Jahren aufgebaute Netzwerke. Im vorliegenden Fall beschäftigten sich die interviewten Jurist/-innen, ehemaligen Parteimitglieder, Journalist/-innen, Menschenrechts- und politische Aktivist/-innen, Ökonom/-innen, Sozialwissenschaftler/-innen und Gewerkschafter/-innen entweder mit dem Thema staatlicher Transformation selbst oder mit relevanten Teilaspekten. Einem relationalen Expert/-innenbegriff (Kruse 2010: 255) folgend qualifiziert sich die Personengruppe nicht durch einen akademischen Grad oder durch Nähe zu staatlichen Apparaten als ExpertIn, was in der vorliegenden Arbeit bei erster Betrachtung nahe liegen könnte. Doch deren Aussagen können sogar stärker als Andere bestimmten Argumentationszwängen unterliegen. Vielmehr haben die von staatlicher Politik ‚Betroffenen' Expertenwissen, sind in der Lage, dieses zu analysieren und verfügen daher über eine „institutionalisierte Kompetenz" (Meuser/Nagel 2010: 377). Die in Spanisch geführten Interviews von zwischen 30 und 120 Minuten wurden mithilfe der Open-Source-Software F4 vollständig transkribiert und für die Analyse aufbereitet.

Aus jedem Land wurden 12 Interviews in anonymisierter Form softwaregestützt ausgewertet (zur Auswahl vgl. Gibbs 2007). Bei der softwaregestützten Analyse entsteht statt vieler Zettel, Notizen und Verweisen eine Datei, die immer umfangreicher wird und Interviews mit dazugehörigen Verweisen und Notizen bündelt,

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Übersicht schafft und Auswertungsschritte nach festgelegten Regeln dokumentiert (vgl. Friese 2004; Gibbs 2007). Analyseheuristiken und Interpretationsleitpfade ergaben sich deduktiv aus Forschungsfragen, im Voraus antizipierten Themenbezügen und staatstheoretischen Ansätzen ebenso wie induktiv aus dem Text heraus.[11] Zudem waren Gespräche mit verschiedensten Personen als Hintergrundinformationen für die Analyse von unschätzbarem Wert. Deren Perspektiven, besuchte Veranstaltungen, journalistische Artikel und Interviews, die während der Forschungsaufenthalte mit Basisaktivisten entstanden (exempl. Jenss/Deck 2012 mit Alejandro Cerezo; Jenss 2010a mit Alirio Uribe Muñoz), finden als Zusatzwissen ein Echo in der vorliegenden Dissertation.

Zusätzlich wurden Zeitungsnachrichten aus beiden Ländern ausgewertet.[12] Die beobachtete Medienberichterstattung umfasste in Kolumbien die Tageszeitung *El Tiempo*, die Wochenzeitung *Semana* und den wöchentlich (später täglich) erscheinenden *El Espectador*, in Mexiko die Tageszeitung *La Jornada* und die Wochenzeitungen *Proceso* und *Contralinea*, alle mit überregionaler Verbreitung und mit umfassender Berichterstattung zum politischen Tagesgeschehen. Die Zeitungen stellen mit Ausnahme von *Proceso* Kopien ihrer Nachrichten online.[13] Sie wurden themenbezogen analysiert, wobei die Bemerkung relevant ist, dass sich Untersuchungs-

11 Einer ersten Datenstrukturierung mithilfe einer Liste von Codes und „Codefamilien" folgte die konzeptionelle Analyse. Einzelne Interviews wurden kodiert, erste Aussagen aus diesen formuliert und zentrale Kategorien dieser vorangegangenen detaillierten Analyse eines Teils des Datenmaterials (vgl. Kruse 2010) mit den restlichen Interviews abgeglichen. Die Auswertungsergebnisse in innerhalb der Analysedatei angelegten Memos sind über Quellenzitate direkt am Text ausgewiesen: Sie sind quasi Ankerbeispiele für die zentralen Dimensionen. Wesentlich ist letztlich der Inhalt der Memos; die Datensegmente, mit denen der Memo-Inhalt verknüpft ist, dienen zur Illustration der Aussagen.

12 Zelik (2009: 21f.) weist auf die widersprüchliche Berichterstattung der kolumbianischen Medien, die sich zwar „in den Händen jener ökonomischen Gruppen" befinden, „die auch die politische Macht im Land beanspruchen", und spricht z.B. die früheren Anteile der Präsidentenfamilie Santos an der größten Tageszeitung *El Tiempo* an. Dieselben Zeitungen (v.a. die *Semana*) deckten ab 2002 teilweise politische Skandale auf, ihre Berichterstattung ist aber kaum als kohärent und durchgehend kritische Recherchearbeit zu bezeichnen. In der mexikanischen Presse stehen ebenfalls „Aufklärung und Desinformation […] in einem schwierigen, oft verwirrenden Verhältnis" (ebd.: 22).

13 Im unsicheren Kontext ist die Verbreitung von Gerüchten häufig; implizite und direkte Anschuldigungen gegenüber staatlichen Stellen sind in Zeitungsartikeln nicht immer belegt und häufig gar nicht belegbar, ebenso wie die offiziellen Aussagen, deren Unglaubwürdigkeit erstere kritisieren (vgl. Escalante Gonzalbo 2012: 34f.). Deshalb war bei journalistischen Einschätzungen oder den weit verbreiteten Landkarten der Sicherheitsinstitutionen, die „Kartellen" eine klare territoriale Reichweite zuschreiben, Skepsis angebracht.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Berichtszeitraum nicht unbedingt decken, da viele Informationen erst nach Ende des Untersuchungszeitraums öffentlich zugänglich wurden. Geheimdienstliche Berichte und von *Wikileaks* (z.B. Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2010) und der Wikileaks analogen kolumbianischen Plattform *Verdad Abierta* (u.a. 2010) veröffentlichte Dokumente enthielten häufig entscheidende Belege für spezifische Details.

Analysen von Menschenrechtsorganisationen wurden herangezogen, da deren umfangreiche Studien die Faktenlage häufig eher klären als rein akademische Arbeiten. Gerade in den beiden untersuchten Ländern übernehmen solche Analysen eine Korrekturfunktion, sind manchmal aber auch die einzigen Organe, die Informationen zu sensiblen Themen erheben; so haben zunächst nur Nichtregierungsorganisationen Zahlen zu gewaltsam Verschwundenen oder Vertriebenen erhoben. Diesen Arbeiten kommt besondere Bedeutung für eine sachverständige Analyse zu (vgl. etwa CODHES 2010; AI 2009; CMDPDH et al. 2011; FIDH 2004, 2007; IDMC 2011; Working Group UNHCR 2011) – zumal manche Erhebungen staatlicher Stellen angesichts der Sicherheits- oder Interessenlage nur verzerrt und auf spezifische Weise „interpretiert" an die Öffentlichkeit gelangen,[14] unvollständige, widersprüchliche Berichte u.U. konkurrierender staatlicher Organe und Berichte keine Seltenheit sind, deren Erhebungsdaten nicht außerhalb zentralstaatlicher Büros entstanden. Escalante Gonzalbo (2011: 35,40) beschreibt als Charakteristikum des öffentlichen Raums in Mexiko, dass einerseits eine „einfache, lineare, stilisierte" Erzählung über die Gründe für Unsicherheit inzwischen zum Repertoire der mexikanischen Presse gehöre, andererseits allen Akteuren die Überzeugung gemein sei, dass, was tatsächlich passiere, im Dunkeln bleibe. Nicht nur gibt es nicht ausreichend Informationen, das was passiert zu erklären, sondern man weiß, dass es keine geben wird: Die Realität selbst wird etwas Unsicheres. Ohnehin ist im Kontext von Straflosigkeit und Misstrauen gegenüber den Behörden „underreporting" bzw. die in beide Richtungen mögliche Verzerrung von Zahlen bei der Einschätzung von Gewaltraten ein Problem (vgl. Reveles 2011 zu seiner Einschätzung, staatliche Stellen blähten die Mordraten absichtlich auf).

Eine diskursanalytische Haltung war anzuraten, wenn Dokumente als Ausdruck der Positionierung von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren zu gesellschaftlichen Konfliktlagen verstanden werden mussten (vg. Kannankulam/Georgi 2012). So werden gesellschaftliche Kräfte für die Forschende erst sichtbar und in ihrer Nähe oder Ferne zu einem Hegemonieprojekt einzuschätzen, wenn analysierbarer Text von ihnen existiert. Dies war bei Positionspapieren und Äußerungen von Wirtschaftsverbänden (u.a. El Tiempo 2006a, El Economista 2011a,

14 Dieses Phänomen ist selbstverständlich nicht nur in lateinamerikanischen Ländern bekannt, was z.B. an der Entstehungsgeschichte des Armuts- und Reichtumsberichts der deutschen Bundesregierung 2012 deutlich wird.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Deloitte México 2012), und den Erklärungen von Protestbewegungen zum Thema (exempl. Foro Nacional Defensa de Nuestros Territorios 2011; Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad 2011; Organizaciones Indígenas de Colombia 2004; MOVICE 2011), Vertreter des Militärs (Aristegui 2011a, Aristegui Noticias 2012a) und Äußerungen paramilitärischer Kommandanten bzw. aus der illegalen Ökonomie (Castaño 2002; Valdéz Villareal 2012) der Fall (für eine vollständige Liste s. Quellenverzeichnis). Positionspapiere wurden paraphrasiert und zusammengefasst, um zentrale Aussagen über Interessenlagen zu bündeln. Die *Planes Nacionales de Desarrollo*, die beide Länder mit jeder neuen Präsidentschaftsperiode herausgeben und die auf der diskursiven Ebene die veränderten programmatischen Konzeptionen der Regierungen bzw. deren Globalvision über die „Entwicklung des Landes" deutlich machen, vervollständigen den Materialkorpus (Presidencia de la República Colombiana 2002; Presidencia de la República 2007). Die Pläne waren nicht als „neutrale" Dokumente zu verstehen, sondern die vertretenen Positionen als Teil gesellschaftlicher Konflikte, und es ging darum, „diskursive Grundlinien" zu skizzieren und die Verschiebung offizieller Entwicklungsstrategien bzw. deren Paradigma einzugrenzen. Ergänzend umfasste dieser Teil Reden der Präsidenten. Zusätzlich stützen sich die Aussagen auf statistische Daten der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (u.a. CEPAL 2011a; CEPALSTAT 2013a) und statistische Daten der zuständigen Behörden (u.a. INEGI 2013a).[15]

15 Die Daten verschiedener Institutionen können z.B. wegen der Berechnungsmethoden voneinander abweichen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

III Kontext: Die historische Perspektive

Die Kontextanalyse, der erste Schritt des Analyserasters, gibt einen Überblick über die Entwicklung der beiden Staaten seit der Unabhängigkeit und die Bedingungen für die heutige Formation. Welche sozialstrukturellen Entwicklungen und wesentlichen gesellschaftliche Kräfte gab es über die Zeit und welche politischen Projekte sind identifizierbar? Welche grundlegenden Faktoren für staatliche Herrschaft in Mexiko und Kolumbien, welche Brüche können wir feststellen? Obwohl die intersektionale Sozialstrukturanalyse hier kursorisch bleibt, nimmt dieses Kapitel Besonderheiten der Konstitution und Entwicklung des Staates in den Blick und skizziert Gesellschaftsstrukturen, Wirtschaftsstruktur und Weltmarktintegration, die jeweils unterschiedliche Kontexte für die aktuelle Analyse von Un-/Sicherheit bilden. Nur mit diesem Kontextwissen lässt sich von spezifischen Kräftekonstellationen auf deren Vermittlung in die Staatsapparate schließen.

III.1 Kleine sozio-politische Geschichte Kolumbiens: Konstitutionsbedingungen für Staatlichkeit und politische Kontinuitäten

III.1.1 Politische Projekte in der *sociedad abigarrada*

Neu-Granada gewann die letzte Schlacht um die Unabhängigkeit von der spanischen Krone erst 1819 (dennoch wurde das Jahr 2010 offiziell als 200-jähriges Jubiläum der Unabhängigkeit gefeiert). Die spanische Kolonialherrschaft hinterließ – wie in großen Teilen des Kontinents – in ihrem Inneren fragmentierte, regional und lokal verankerte „Oligarchien", an die während des Kolonialismus Macht delegiert worden war und die eine relative Autonomie genossen (González et al. 2003: 266). Subalterne, indigene, bäuerliche Bevölkerungsgruppen waren an den Unabhängigkeitskämpfen kaum beteiligt (König 1997: 112). In den Jahren nach der Unabhängigkeit, so Palacios (1986: 108), verhärteten sich die ländlichen Herrschaftsstruktu-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ren noch. Die Familie etablierte sich mit einer zentralen Rolle in der Produktion als Paradigma gesellschaftlicher Ordnung (vgl. Uribe Hincapié 2001: 101). Sehr wohl gingen aus den Unabhängigkeitskämpfen aber modifizierte Sozialstrukturen hervor (ebd.: 82f.); über Militär, Handel und Schmuggel stiegen einige Sektoren auf, andere *criollos* erlebten mit dem Krieg einen Abstieg. Afrokolumbianische Sklaven erlangten in einigen Regionen die Freiheit, während sich in anderen Regionen wie dem Cauca ethnische Spaltungen noch verschärften. Die Ablehnung, freie Arbeitskräfte zu bezahlen, zieht sich bis ins 20. Jahrhundert: Nicht nur der Widerstand vonseiten der Minen- und Landbesitzer gegen die Abschaffung der Sklaverei ab 1821 zeigt dies. „[R]acially configured class antagonism and violence continued a central feature:“ (Safford/Palacios 2003: 180ff.).[1] Die herrschenden Klassen, vor allem mächtige landbesitzende Fraktionen unterminierten zentral gefällte Entscheidungen immer wieder, suchten sie zu beeinflussen oder zu bekämpfen, wenn sie ihre Interessen durch diese bedroht sahen: „these groups were and remained sceptical of the state's capability and willingness to protect their class interests.“ (Richani 2007: 406). Gleichwohl wurde keine Fraktion tatsächlich für längere Zeit hegemonial, sie blieben eher regional fragmentiert.[2] Richani (ebd.: 404) stellt ein „endemisches Hegemonieproblem“ fest. Auch Palacios (1986: 91) betont im Sinne eines poulantzas'schen Hegemonieverständnisses:

„Während des ganzen 19. Jahrhunderts war die regionale Fragmentierung der Macht nichts als der bloße und sichtbarste Ausdruck der Abwesenheit eine echten hegemonialen Klasse, die fähig gewesen wäre, die Nation politisch zu einen und – durch Repräsentation - die restlichen Fraktionen der herrschenden Klasse in einen modernen und einheitlichen Staat zu integrieren.“

1 Besonders im Cauca, wo Afrokolumbianer/-innen 10 % der Bevölkerung ausmachten, gab es noch 1840 heftige Konflikte um die Sklaverei; beispielsweise konnten „weiße Immigranten“ aus Antioquia im Cauca leichter Landtitel erwerben als die afrocaucanische Bevölkerung (Safford/Palacios 2003: 178, 183).

2 Uribe (2001: 83) differenziert die unterschiedlichen *terratenientes*, da diese gerade nicht als Klassenfraktion mit denselben Interessen auftraten: Ein Grundbesitzer der Atlantikküste, der für den Export produzierte, war nicht mit einem aus dem Cauca, der für die umliegenden Märkte anbaute oder mit einem Großgrundbesitzer mit Besitztiteln über immense Flächen in Antioquia gleichzusetzen, der eher an der Kontrolle von Goldvorkommen und der Inwertsetzung über kontrollierte Besiedlung, Straßenbau und Häfen interessiert war. Die Tabakexporteure Cundinamarcas und Boyacás nahe der Hauptstadt Bogotá traten mit ihrem „Modernisierungs“-Projekt der landbesitzenden katholischen Kirche und der Kolonialmacht entgegen und für einen säkularen „liberalen“ Staat ein, während dies für die Konservativen im Handels- und Finanzzentrum Antioquia unnötig war: Dort war die spanische Krone ohnehin nur als administrative Hülle in Erscheinung getreten; Mestizen saßen schon in den Gemeinderäten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bereits um 1849 entstand das bis ca. 2000 dominierende Zweiparteiensystem mit der Konservativen Partei (*partido conservador*) und der Liberalen Partei (*partido liberal*) (vgl. Uribe Hincapié 2001: 88f.), deren gewaltförmige Konflikte nicht auf wesentlichen ökonomischen Differenzen, als vielmehr auf regional unterschiedlichen Legitimationsprozessen und fragmentierten Fraktionen der herrschenden Klassen basierten. So fiel die Macht des Zentralstaats in allen Regionen mit der Hegemonie einer der Parteien (oder mit der Teilung der Macht durch beide Parteien) zusammen (vgl. ebd.: 93; González et al. 2003: 267ff.). Es war nicht Priorität der kreolischen ‚Oligarchie', einen demokratisch legitimierten Staat aufzubauen; für sie bedeutete die Konsolidierung des Zentralstaates eher eine administrative Stärkung (vgl. König 1997: 111).

Die tatsächlichen gesellschaftlichen Gegensätze überbrückte sie nicht, denn die komplexe Aufgabe, ein hegemoniales, gesamtgesellschaftliches Projekt zu etablieren, fand „keinen einheitlichen Raum", in dem sie politisch hätte gelöst werden können, so fast Uribe (2001: 81) Zavaletas Begriff der *sociedad abigarrada* für Kolumbien. Stattdessen präsentierten die unterschiedlichen Gesellschaftssegmente „sehr große Unterschiede in der Herangehensweise an ökonomische Produktion, in ihren kollektiven Vorstellungswelten", ethnischen Bezugspunkten und Herrschaftsverhältnissen, die von „Dispositiven geprägt waren, die nichts miteinander gemein hatten" (ebd.: 82).[3] Das von den Liberalen, aber mit Stimmen der Konservativen ab 1850 durchgesetzte Freihandelsparadigma verstärkte die regionale Fragmentierung noch: Fraktionen einer entstehenden herrschenden Klasse – gerade die Konservativen aus Antioquia und die Radikalliberalen aus Cundinamarca – fanden laut Uribe (2001: 85f.) eben in der Föderation – und nicht in der Stärkung einer Zentralgewalt – ihren Kompromiss und ein gemeinsames Projekt.[4]

3 Denn „die koloniale Herrschaft führte nicht zu einer gemeinsamen Geschichte, sondern zu unterschiedlich erlebten geschichtlichen Prozessen. Auf deren Basis hatten sich zum Zeitpunkt des Unabhängigkeitskriegs künstlich verknüpfte regionale Realitäten entwickelt, die aber ganz verschieden waren in ihrer spezifischen Art wirtschaftliches Eigentum auszuüben (also Macht). So gab es objektiv Schwierigkeiten, ein nationales politisches Projekt aufzubauen" (Uribe Hincapié 2001: 82).

4 So griff der Staat kaum in die Wirtschaft ein, garantierte aber, dass Arbeitskräfte vorhanden waren und verlieh diesem System eine Zeitlang Kohäsion und Legitimität (Palacios 1986: 133). Die Kolonialinstitutionen wurden bis dahin nur leicht modifiziert. Jeder der Staaten der Föderation hatte zu dieser Zeit ein eigenes Wahlsystem, eine eigene Währung und eigene bewaffnete Kräfte, die Entscheidungen der Zentralregierung militärisch anfechten konnten; ab 1853 wählten die Regionalgouverneure den Präsidenten auf 2 Jahre. Private Milizen waren ab 1854 erlaubt, während ein Gesetz von 1867 dem Zentralstaat verbot, in regionale bewaffnete Konflikte inzugreifen (Palacios 1986: 119).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die dem Freihandelsprojekt inhärenten Probleme (geringe Diversifizierung, fehlende interne Infrastruktur, Ungleichgewichte) ermöglichten 1886 letztlich dennoch die Unterordnung der föderalen Staaten unter eine neue Verfassung und Regierung des Konservativen Núñez (*regeneración*). Das Ringen der dominierenden Fraktionen um politische und ökonomische Vorherrschaft, die immer mit der schwankenden Nachfrage nach kolumbianischen Produkten auf dem Weltmarkt verknüpft war, fand jedoch Ausdruck in mehreren bewaffneten Konflikten – und zwar besonders in den Regionen, die ein Nachfragerückgang jeweils besonders betraf (vgl. Safford/Palacios 2003: 253). Der Krieg der Tausend Tage (1899-1901) war besonders heftiger Ausdruck dieses Ringens; erst danach etablierte sich eine „konservative Hegemonie" mit stärkerer (fiskalischer) Vereinheitlichung und Zentralisierung der Apparate.

Die ersten Anzeichen einer „Arbeiterklasse" – soweit von einer solchen in diesem Kontext die Rede sein kann – konnten wie in anderen lateinamerikanischen Ländern in den 1920er Jahren „im Gefolge der beginnenden Industrialisierung, der Infrastrukturmaßnahmen im Bau- und Verkehrswesen sowie durch die Ausbeutung von Erdöl und den Anbau von Bananen in den ausländischen Enklaven" (König 1997: 123) ausgemacht werden. Die politische Exklusion der unverbundenen Segmente der *sociedad abigarrada* trug erheblich dazu bei, dass Mitte der 1920er Jahre die teilweise neu gegründeten Gewerkschaften eine Welle von Streiks und ländlichen Protesten lostraten.[5] Doch erst die „Liberale Republik" (1930-48) bezeichnet etwa Richani (2002: 23) in Zusammenhang mit dem Programm „*Revolución en Marcha*" (etwa „die Revolution im Gange") als kurze Phase relativer staatlicher Autonomie gegenüber den ländlichen herrschenden Klassen.[6] Präsident López Pumarejo (1934-38) unternahm mit Unterstützung bäuerlicher Bewegungen und Gewerkschaften einen ernstzunehmenden Versuch einer Agrarreform.[7] Sowohl bei Teilen der Liberalen wie bei der Konservativen

5 1928 endete ein Streik bei der US-amerikanischen Bananenproduzentin United Fruit Company (später *Chiquita Brands*) mit einem Massaker, das bei Gabriel García Márquez Eingang in die Literatur fand. Die Enklaven betrieben bereits damals mit 25.000 Arbeiter/-innen, was heute als *outsourcing* bekannt ist (Safford/Palacios 2003: 281f.).

6 Zwar blieb die „Revolución en Marcha" dem ökonomischen Liberalismus verpflichtet, brach aber mit Repräsentations- und Partizipationsbeschränkungen (vgl. Pécaut 2001: 133ff.): Ab 1936 galt universelles Wahlrecht. Versuche, laizistische Schulbildung und arbeitsrechtliche Garantien einzuführen, stießen auf gewaltsamen Widerstand der Konservativen und der Kirche (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 9).

7 Das Agrargesetz Ley 200 von 1936 sollte vor allem Landbesitzer dazu bringen, ihr Land tatsächlich zu bebauen und die prekäre Situation der kleinbäuerlichen Siedler zu verbessern, so dass von diesen urbar gemachtes – formal staatliches – Land ihnen auch formalrechtlich zugesprochen werden sollte. Es sollte für Großgrundbesitzer nicht mehr so einfach möglich sein, sich dieses Land anzueignen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Partei löste das Vorhaben Entsetzen aus (ebd.: 10; Pécaut 2001: 71), was einmal mehr zeigt, dass in der Zusammensetzung der beiden Parteien jeweils ähnliche Sektoren dominierten. Pécaut (2001: 134) geht so weit, von einem „Mythos" um das „Zusammentreffen zwischen der nationalen Bourgeoisie und den popularen Klassenfraktionen unter Schirmherrschaft des Staates" zu sprechen, der allerdings die „oligarchische Ordnung" nicht aufgehoben, ihr nur ein eigenes *imaginario* nebenangestellt habe. Freilich blieben auch in Bezug auf progressive Bewegungen die Unterschiede zwischen Stadt und Land auffallend. Die relative Schwäche der Bewegungen hat aber gerade mit der geringen staatlichen Regulationstätigkeit zu tun, mit der geringen Intervention des Staates in die Wirtschaft, die repressive Produktionsregime nicht antastete, und mit der territorialen Fragmentierung. Pécaut (2001: 60) betont, dass ‚Handelsbourgeoisie' und *Hacienda*-Modell eine Symbiose bilden konnten: in den 1930er Jahren „gab es keinen Industriellen, Handelsunternehmer oder Politiker, der nicht zugleich Grundbesitzer gewesen wäre", und letztlich konnte sich das Projekt López Pumarejos nicht durchsetzen.

Mitte der 1940er Jahre wurde der Liberale Jorge Eliécer Gaitán für linksgerichtete, subalterne Kräfte und Teile der Liberalen Partei zum Symbol der Möglichkeit, Gewaltverhältnisse auf dem Land und die exklusive „strukturelle Selektivität" des Staates aufzubrechen. Nach dem Mord an Gaitán am 9. April 1948 (vgl. Pécaut 2001: 166f.; Fals Borda 2009a: 156f.) antworteten staatliche Stellen auf Massenproteste mit extremer Repression. Im Verlauf der folgenden als *La violencia* („Die Gewalt") bekannten Phase wurden etwa 200.000 Menschen ermordet (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 12; vgl. Fals Borda 2009b). Als Ursachen werden häufig Spannungen zwischen Konservativen und Liberalen genannt (vgl. Jäger et al. 2007). Doch meist war Gewalt das Mittel im Ringen um die Nutzung von Land und die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und richtete sich gegen organisierte Bauern und Arbeiter auf Kaffeehaciendas und in Bananenenklaven (González et al. 2003: 283; Safford/Palacios 2003: 350; Uribe Hincapié 2001: 111). So ist die *violencia* mit Richani (2002: 23) eher „logisches Ergebnis der sozio-politischen Krise und der Unfähigkeit des vorherrschenden institutionellen Arrangements, diese einzuhegen". In der *violencia* mündeten also Widersprüche und Polarisierungen sowohl innerhalb der herrschenden Klassen als auch zwischen diesen und subalternen Sektoren (ebd.: 23). Gutiérrez et al. (2007: 11) bezeichnen die Formen, die die Repression auf dem Land annahm, als regelrechten Genozid. Gegen die Repression bildeten sich ländliche Guerillas besonders in den spärlich besiedelten südöstlichen Ebenen, die unabhängig von der Liberalen Partei agierten, aber auch den Kampf um Land der „unabhängigen", praktisch autarken Bauernrepubliken in schwer zugänglichen Gebieten des Sumapaz in der Nähe Bogotás mittrugen (Richani 2002: 68). Angesichts der rigiden Sozialstruktur und des Versuches der Regierung, „die Präferenzen wenigstens der Hälfte der Bevölkerung durch Zwang zu verändern" (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 14; vgl. Safford/Palacios 2003: 349f.), bekamen sie Unterstüt-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zung in der Zivilbevölkerung. Die Eigentumsverhältnisse nach der *violencia* sind Ausdruck der Interessenkonvergenz der Grundbesitzer mit agrarindustriellen Akteuren und großen Kaffeeproduzenten. Jene waren in der Lage sich durchzusetzen – mit weiterhin repressiven Arbeitsregimen (Richani 2002: 22; vgl. Safford/Palacios 2003:296).

Der „Putsch" des Generals Rojas Pinilla 1953 in Reaktion auf die gewaltvolle Phase geschah in Absprache mit den beiden Parteiführungen, und freilich fanden die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen, als die Militärregierung Anzeichen eines von den beiden Parteien unabhängigen Regierungsprojekts zeigte, einen anderen Konsens. Sie setzten die Militärs nach kurzer Regierungsphase 1958 wieder ab und bildeten die *Frente Nacional* (Nationale Front), einen Zusammenschluss aus Liberaler und Konservativer Partei, der bis 1974 bestehen sollte.[8] Dieser Zusammenschluss von Konservativer und Liberaler Partei verregelte erneut Spannungen zwischen den unterschiedlichen herrschenden Fraktionen; deren Einigung machte größere Zugeständnisse an subalterne Gruppen weniger zwingend (vgl. Archila Neira 2012: 80f.).

Die gewaltige Urbanisierung setzte sich fort: Allein zwischen 1971 und 1985 wanderten etwa 4 Mio. *campesinos* in die Städte ab (Reyes Posada 1997: 185). Noch immer prägte eine katholisch-religiöse Basis die Gesellschaft, doch es gelang den unternehmerischen Fraktionen nicht, in urbanen und industriellen Räumen bei den sich entwickelnden städtischen Mittelschichten dieselben Kontrollmechanismen und Symbolik des Zweiparteiensystems wie in der „alten Gesellschaft" zu reproduzieren (Uribe Hincapié 2001: 118; vgl. González et al. 2003: 316; Pécaut 2006: 315; Safford/Palacios 2003: 330ff.).[9] Bereits zu dieser Zeit begünstigten die Weltbank und die paritätische Besetzung der *Frente Nacional* den Einsatz technokratischen Personals in staatlichen Apparaten: Unabhängig davon, wer gerade das Präsidentenamt ausfüllte, festigten sich seit den 1960er Jahren das Departamento Nacional de Planeacion, die Junta Monetaria und der Consejo Nacional de Politica Economica y Social (CONPES) als Entscheidungszentren für die Wirtschaftspolitik (vgl. López Restrepo 2004: 15).

8 Jede Partei stellte abwechselnd einen Präsidentschaftskandidaten, dem die andere Partei zustimmen musste. Ministerposten teilten die beiden Parteien auf. Gesetze benötigten eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, in dem die Konservativen und Liberalen mit jeweils gleicher Anzahl an Sitzen vertreten waren.

9 Die Wahlen von 1970 endeten beispielsweise mit dem Abbruch der Radioübertragungen, als sich herauskristallisierte, dass möglicherweise nicht der Konservative Pastrana, sondern die von Rojas Pinilla gegründete dritte Partei ANAPO die Wahlen gewinnen würden.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

III.1.2 Wirtschaftsstruktur und Weltmarkteinbindung

Die drei Ausläufer der Anden teilen das Land geographisch, sorgen für enorme klimatische Unterschiede und trugen mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte Lateinamerikas zu einer starken regionalen Fragmentierung bei. Dies erschwerte die Herausbildung eines Binnenmarktes im nationalen Maßstab im 19. Jahrhundert schon verkehrstechnisch erheblich (Zinecker 2007: 144; Safford/Palacios 2003: 161ff.). Das unter der Kolonialregierung eingeführte *Hacienda*-System mit Latifundien, abhängigen Bauern und einer kleineren Gruppe freier Bauern prägte das Land (Richani 2002: 13). In den Anden überwogen kleinbäuerliche Minifundien, in den fruchtbaren Ebenen Latifundien; an den Hängen koexistierten beide in problematischer Form (Molano 1992).

Das föderale Freihandelsprojekt ab Mitte des 19. Jahrhunderts hatte negative Auswirkungen, sobald die Preise der Exportprodukte fielen. Die verschwindend geringen Einkünfte des Zentralstaates (vgl. hierzu Safford/Palacios 2003: 227f.) erschwerten den Aufbau eines Eisenbahn- und Straßennetzes. Die Trennung zwischen den einzelnen lokalen Wirtschaftszusammenhängen war enorm: 1890 war es teurer, etwas von Bogotá nach Medellín oder in die Kleinstadt Honda im Hochland zu transportieren, als von Medellín oder Honda nach London (Pécaut 2001: 54). Pécaut (ebd.: 45; vgl. Uribe Hincapié 2001: 88ff.) fasst für das 19. Jahrhundert zusammen, den Rahmen, innerhalb dessen sich ein herrschender Block formierte, bildeten heterogene Machtbeziehungen und eine Vielzahl unterschiedlicher Wirtschaftsregionen, ohne dass es eine handelsorientierte Fraktion mit hegemonialer Bedeutung gegeben hätte.

Die genannte Konservative Hegemonie ab Ende des 19. Jahrhunderts erklärt sich u.a. mit dem fieberhaften Wachstum und Gewicht des Kaffee-Anbaus in der Produktionsstruktur, das auch ein größeres politisches Gewicht industrieller Fraktionen verhinderte. Mit dem Kaffee-Export entstand eine aufsteigende, im Handel tätige Klassenfraktion.[10] Wie zentral sie binnen weniger Jahrzehnte für den Staat wurde (und welche Vorstellungen von Modernität die Regierenden hatten), zeigt ein Interview der Zeitung *El Tiempo* von 1930 mit dem früheren konservativen Präsidenten und Direktor des Branchenverbandes FEDECAFE Mario Ospina Pérez in aller drastischen Schärfe:

„Die Kaffeeindustrie [...] könnte in alle Himmelsrichtungen posaunen: ‚Das fiskalische Gleichgewicht bin ich, denn vom Kaffee-Export hängen die Zolleinnahmen ab, die die Basis unserer Haushalte darstellen; die Außenkredite der Nation und der Departments bin ich, denn

10 Zwischen 1905 und 1909 macht der Kaffee 39 % des Exportwerts aus, zwischen 1923–29 sogar 69 % (Pécaut 2001: 77). Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstehenden ersten Textilfabriken sind mit der Expansion des Kaffee untrennbar verbunden.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit den Kaffeeüberweisungen werden die öffentlichen und privaten Außenschulden bedient; die Banco de la República bin ich, denn würden zu einem gegebenen Zeitpunkt die Kaffeeexporte entfallen, ginge die Banco de la República in weniger als drei Monaten bankrott; das gesunde monetäre System oder Basis der Goldkonvertibilität, die Wechselkursstabilität, die Möglichkeit Maschinen, Gleise, wissenschaftliche Bücher, ausländische Lehrer einzuführen, in einem Wort: Die Zivilisation Kolumbiens aus materieller Sicht, die repräsentiere ich, und von mir hängt sie ab.'" (zit. in Pécaut 2001: 203).

Doch parallel dominierte in weiten Teilen die bäuerliche Subsistenzwirtschaft (Palacios 1986: 113), in der marktorientierte Tätigkeit den Lebensunterhalt nur ergänzte. Zugleich stützten sich die Akkumulationsstrategien gerade im Kaffeesektor teilweise auf die kleinere und mittlere Produktion.[11] Wesentlicher Unterschied zum postrevolutionären Mexiko war, dass der *subsuelo* (Unterboden) per Gesetz in einigen Fällen dem Eigner des Bodens gehören konnte, in denen der Staat seine Verfügungsgewalt völlig aufgab. Aus den (Ölförder-)Enklaven flossen kaum Abgaben an den Staat (vgl. König 1997: 105). Der Binnenmarkt blieb durch den Regionalismus der herrschenden Fraktionen segmentiert; die regionale Autarkie blieb bis weit ins 20. Jahrhundert hinein konserviert (Zinecker 2007: 154ff.). Weil unterschiedliche Produkte in unterschiedlichen Regionen bestimmende Wirtschaftssektoren darstellen, spricht Zinecker (ebd.: 139) von „sektoraler Hegemonie": Kaffee in Quindío oder Risaralda, Öl in Arauca, Kohle in der Guajira, Gold in Bolívar und später Koka im Südosten. Interessanterweise hatte dies, anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern mit einer einzigen Metropolregion, die Konsequenz, dass mindestens vier große urbane Zentren entstanden (Bogotá, Medellín, Cali, Barranquilla) (Safford/Palacios 2003: 302). Das Akkumulationsregime ließ eine gewisse Industrialisierung zu, gefährdete aber nie die Interessen exportorientierter ländlicher Sektoren (Kaffee, Bananen, Viehzucht) und stützte sich dann immer wieder auf extensive Akkumulationsstrategien. Es gab kaum europäische Einwanderer, die Basis einer großen Arbeiterbewegung hätten sein und die Kräfteverhältnisse verändern können (González et al. 2003: 294). Die durchgängige Exportorientierung und Konzentration auf Primärgüter sind im Sinne der Regulationstheorie Konstanten der wirtschaftlichen Außenabhängigkeit und Extraversion (Becker et al. 2007; vgl. Zavaletas Konzept der *determinación dependiente* 2009b).

Gerade während der *violencia* der 1950er Jahre etablierte sich ein gewisses Kräftegleichgewicht zwischen *cafeteros* und Industrie. [12] Industrielle wurden nun

11 Nur teilweise waren die Kaffee produzierenden Kleinbauernfamilien aber tatsächlich in den Geldkreislauf integriert; einen großen Teil des Wertes ihrer Produktion eigneten sich Zwischenhändler an (Pécaut 2001: 88).

12 1950 ergriff die kolumbianische Regierung mit der Einführung von Importzöllen erstmals eine ernsthaft protektionistische Maßnahme und handelte damit entgegen dem Handels-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

staatlich gefördert – wenn auch nie ganz entschieden – und den *cafeteros* in Zeiten hoher Preise relativ hohe Abgaben auferlegt. [13] Doch die Reproduktion abhängiger Weltmarkteinbindung schrieb den Fokus auf Primärgüterexporte fast durchgehend fest und begrenzte durch die Interessenlagen der Exporteure fiskalpolitische Spielräume stark. So blieb der Binnenmarkt noch deutlicher als in anderen lateinamerikanischen Ländern zweitrangig für die Wirtschaftspolitik: Die fiskalische Basis war nie breit genug, um eine Art Wohlfahrtsstaat zu institutionalisieren. Die Stärke regional verankerter Fraktionen herrschender Klassen zeigt sich allerdings darin, dass sie verhindern konnten, dass der Zentralstaat den Fondo Nacional del Café, der die Steuereinnahmen aus dem Export für Investitionen bündelte, je vollständig kontrolliert hätte (vgl. López Restrepo 2004). Um ein der europäischen Folie entsprechendes Steuermonopol aufbauen zu können, wäre die Kontrolle über diesen und ähnliche „para-fiskalische" Fonds anderer Branchen notwendig gewesen (Kalmánovitz/López 2004: 24).

Kolumbien hat mit einer Steuerquote von 10 % des BIP eines der schwächsten Steuersysteme Lateinamerikas (Pécaut 2006: 74; González et al. 2003: 255).[14] Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträge machten noch Ende der 1990er Jahre unter 10 % der laufenden Einnahmen des Staatshaushaltes aus (Schlichte 2005a: 196). Schmuggel war bereits während des Kolonialismus weit verbreitet, um den Abgaben an den Staat zu entgehen. Heute ist die Toleranz gegenüber Schmuggelware augenfällig: in jeder größeren Stadt gibt es ein Viertel San Andresito, in dem unverzollte elektronische Geräte, Kleidung, Zigaretten verkauft werden (Krauthausen 2013: 311). Bereits Ende der 1970er Jahre gewann der illegale Handel an Bedeutung: Kaffee wurde in der Exportstruktur langsam von Kokain, Öl, nicht-traditionellen Produkten und industrieller *assembly line*-Fertigung abgelöst (Palacios/Safford 2002: 576). Der Kokaanbau wurde zum Ausweg für aus den Tälern des Río Cauca und Magdalena und den Kaffeeanbaugebieten vertriebene kleinbäuerliche Familien und weitete die Agrargrenze in Richtung der Llanos, der Wald-

vertrag mit den USA. Dass ausländische Investitionen dennoch keinerlei Barrieren unterworfen sein würden, machte die Regierung immer wieder deutlich (vgl. López Restrepo 2004: 11). Offensichtlich fand parallel mit der politischen Gewalt eine Periode ökonomischen Wachstums statt, und die Fraktionen der herrschenden Klassen in beiden Parteien akkumulierten große Gewinne (vgl. u.a. Fals Borda 2009a: 160).

13 Zwischen 1945 - 1979 brachte der Kaffee mehr als die Hälfte der Exportdevisen ein, während der *violencia* sogar mehr als 70 % (López Restrepo 2004: 13). Gerade 1952-54 erlebte der Kaffee-Export einen rechten Boom (*bonanza cafetera)* (vgl. ebd.: 16ff.).

14 In den 1970er Jahren ergaben sich gerade 11,5 % der Steuern aus direkten (Einkommens-) Steuern (in Argentinien waren es 20 %). Besonders die Schlüsselsektoren Agrarindustrie und Viehzucht waren Steuervermeider. Sie erzielten 32 % des nationalen Einkommens, trugen aber nur 4 % der Steuerlast bei (Pécaut 2001.: 74).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gebiete des Amazonas und des Orinoco oder Richtung Pazifikküste in den Chocó aus (Fajardo Montaña 2002),[15] vor allem aber federte das aus dem Kokainhandel erwirtschaftete Kapital Volatilitäten der gesamten Wirtschaft ab.

III.1.3 Der Faktor Land: Kämpfe um den Zugang

Der Faktor Landbesitz ist bis heute zentraler Konfliktstoff. So ist Kolumbiens Geschichte mit Hobsbawm (1983) als Abfolge aufeinander bezogener Prozesse permanenter Landkolonisierung und wiederholter Gewaltzyklen zu interpretieren: Bäuerliche, indigene und afrokolumbianische Bewegungen waren immer wieder massiv Gewaltstrategien unterworfen. Ihr Widerstand blieb häufig ländlich, lokal verankert und eher isoliert (vgl. LeGrand 1992), wie Quijano (2000d) für ganz Lateinamerika beobachtet. Bereits das föderale Freihandelsprojekt wirkte sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts massiv auf die Landbesitzstruktur aus; allein die Exportwirtschaft galt als „Entwicklungsmotor“: Galten noch 1850 75 % des kolumbianischen Territoriums in den Anden wie an der Karibikküste als „öffentliches“ Land, begünstigten zentralstaatliche Beschlüsse sowohl die Ausweitung der Agrargrenze in Richtung Tiefland und in die Grenzregionen als auch die Aneignung der Titel über die Parzellen kleiner Siedler: Nach kolumbianischem Gesetz konnte man offizielle Landtitel nur erhalten, wenn ein Gutachter die Parzelle bewertet hatte. Für Parzellen unter 50 Ha überstiegen die Kosten des Gutachters allgemein den Wert des Landes, so dass Kleinbauern ihren Besitz kaum nachweisen konnten (LeGrand 1992: 45). Auf diese Weise „privatisierte“ der kolumbianische Staat Ende des 19. Jahrhunderts etwa 3,2 Mio. formal brachliegende Ha, die in Wirklichkeit bereits kleinbäuerlich bewirtschaftet wurden (ebd.: 35). Der Staat beglich einen Teil seiner Binnenschulden, indem er mit gesetzlichen Neuregelungen die Vergabe von staatlichen und kirchlichen Ländereien von häufig über 1.000 Ha an *hacendados* ermöglichte; indigene Autonomiegebiete wurden enteignet und die entstehenden Kleinparzellen häufig wenig später großen *Haciendas* einverleibt (Pécaut 2001: 56f.; Safford/Palacios

15 García Villegas/ Espinosa Restrepo (2011; 2010) konstruieren deshalb den Drogenhandel als zur ländlichen Peripherie gehörig (vgl. zur Kritik Maldonado Aranda 2010a). Während sie über die Differenzierung zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ kolumbianische Staatlichkeit zu erklären suchen, geht ihre Differenzierung zwischen europäischer historischer Entwicklung und „Peripherie“ nicht den entscheidenden Schritt, die Vorstellung einer „Nation“ oder kulturalistische Erklärungen für den bewaffneten Konflikt oder die Kontrolle durch Intermediäre dann auch zu verwerfen und ihre Idealisierung des europäisch-liberalen Staates aufzugeben. Sie übersehen dabei zudem, dass der kapitalistische Staat auch selbst Räume wieder außer Wert setzt, also nicht permanent versucht wird, Territorium unter „direkte Herrschaft“ (2011:64) zu integrieren.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2003: 184). Diese Maßnahme war ein deutlicher politischer Impuls für die in der Abhängigkeitsstruktur zentrale *Hacienda*-Wirtschaft – und trug zur Desartikulation noch bestehender indigenen Gemeinden bei (Abs. vgl. Jenss 2012a). Für die wachsenden exportorientierten Plantagen reichten die angeworbenen Arbeitskräfte kaum aus; auch die Einwanderung europäischer Arbeitskräfte nach Kolumbien war gering. LeGrand (1992: 32ff.) zeichnet nach, wie mit dem Bedeutungsgewinn ländlicher Exportprodukte wie Kaffee und Bananen ab etwa 1880 deshalb die Landbesitzstruktur erneut massiv modifiziert und die Kontrolle über große Landflächen Arbeitskräfte an *haciendas* band; freie Siedler wurden durch Enteignung zu ländlichen Lohnarbeitern und Pächtern. Auf der anderen Seite sind bäuerliche Siedlungsbewegungen eine Konstante in der Geschichte des Landes. Sie ergaben sich aus der rigiden und konzentrierten Agrarstruktur und führten

„aus den besiedelten Zentren wie den in den ersten Jahren der Kolonie gegründeten Städten und Dörfern, die am intensivsten in das wirtschaftliche und kulturelle Leben eingebunden und direkter der Kontrolle der kolonialen Autoritäten und der katholischen Kirche unterstellt waren, in schwer zugängliche Gebiete der Peripherie mit geringer Präsenz ziviler und kirchlicher Institutionen." (González et al. 2003: 260).

Subalterne politische Projekte waren insofern selbstverwaltete *territorios* wie das afrokolumbianische Palenque oder Sumapaz nahe Bogotá, die auch in den 1950er und 60er Jahren noch als uabhängige Gebiete verteidigt wurden: Das Ausweichen von zentralem auf gering besiedeltes Gebiet fern von zentralstaatlichee Regulation war Ventil für freie Bauern, ehemalige Sklaven und Landlose (vgl. hierzu Zinecker 2007: 201; Safford/Palacios 2003: 311f.). Siedlungsbewegungen vollzogen sich nicht in „leeren" Räumen, sondern verdrängten in Teilen des Landes die indigene Bevölkerung. Allerdings rangen in einigen Gebieten indigene und kleinbäuerliche *comunidades* auch gemeinsam gegen die Landbesitzenden um den Zugang zu Land (vgl. Jenss 2013: 206). Durch häufige gewaltsame Enteignungen konzentrierte sich die Landbesitzstruktur in diesen peripheren Gebieten kontinuierlich und war Rekonfigurationen unterworfen (vgl. Molano 1992).

Die Bemühungen der 1930er Jahre um eine verteilende Landreform musste der damalige Präsident López Pumarejo dagegen rasch zurücknehmen. In der darauffolgenden Phase der *violencia* sieht nicht nur Hobsbawm (1983: 270f.) Gewaltpraktiken, die denen der heutigen Paramilitärs ähneln, wurden doch besonders in den Anbauregionen des Hauptexportproduktes Kaffee die durch Gewalt gestiegenen Aufstiegschancen bürgerlicher Kräfte und die gewaltförmige Modifikation von Produktion und Besitzverhältnissen zwischen Mini-, Midi- und Latifundien deutlich (ebd.: 268). Die *violencia* zeitigte je nach Region uneinheitliche Ergebnisse in der Produktionsstruktur, führte also zu einem komplexen Geflecht unterschiedlicher Regulation für unterschiedliche Regionen, das sich u.a. nach sozialstrukturellen

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Modifikationen richtete und danach, welche Priorität die Gebiete für staatliche Stellen und wirtschaftliche Gremien hatten.[16]

Mit Pécaut (2006: 60) muss daher hier betont werden, dass in Kolumbien kleinbäuerliche Segmente wie Grundbesitzende weiterhin relevante gesellschaftliche Größen darstellen und der Faktor Land entscheidendes Element in der Konstitution der herrschenden Klassen blieb: Die Landnahme wird zu einem, wenn auch nicht dem ausschließlichen Mittel zur Kapitalkonstitution und Inwertsetzung, wie am konstant steigenden Preis zu erkennen ist (ebd.). Land wirkt in Kolumbien sehr viel stärker als Verteuerungsfaktor als in anderen Staaten Lateinamerikas. Dies bedeutet gleichzeitig, dass kolumbianische Landwirtschaftserzeugnisse im Vergleich mit anderen Ländern teurer sein können. Konsequenz ist die Einsparung von Produktionskosten bei Löhnen und Lohnnebenkosten, um gegenzusteuern (vgl. Fajardo Montaña 2002: 11). Damit reproduzierten die regionalen *caudillos*, die den Zentralstaat in den Siedlungsgebieten repräsentierten, die konzentrierten Besitzverhältnisse der Zentren (vgl. Gutiérrez Sanín et al. 2007: 20; González et al. 2003: 315; Reyes Posada 1997: 286). Die Agrarreform zieht sich deshalb als Debattenthema wie ein roter Faden durch die Geschichte der post-kolonialen Gesellschaft – zuletzt seit 2013 während der Verhandlungen zwischen Staat und FARC – wurde jedoch nie ernsthaft umgesetzt. Politische Kämpfe entzündeten sich immer wieder an der Landfrage. [17] Mit dem „Pacto de Chicoral" von

16 In den Gebieten der Kaffee-Plantagen im Qunidío lässt sich von struktureller Kontinuität, in Cauca und Süd-Tolima von einer expansiven Transformation hin zu großen Rinderzuchten sprechen. In einigen Departments ging man zurück zum traditionellen *Hacienda*-System (regressive Transformation), während in anderen eine progressive Transformation hin zu agro-industriell bewirtschafteten Ländereien stattfand (Richani 2002: 24).

17 1961 verabschiedete die Regierung der Frente Nacional im Konsens das Gesetz 135. Die neue Agrarbehörde INCORA sollte eine erneute Landverteilung regeln. Doch INCORA verteilte bis 1971 weniger als 1 % der geplanten Landflächen; selbst dieses war meist staatliches Land (Richani 2002: 28). Einen weiteren Versuch der Agrarreform unternahm die Exekutive unter Lleras Restrepo ab 1968 und suchte damit die Migration in die Städte zu bremsen. Lleras band die Bauernbewegung Asociación Nacional de Usuarios Agrícolas (ANUC) gewissermaßen als „externe" *pressure group* ein. Die Reform scheiterte ebenfalls am (wiederum gewaltförmigen) Widerstand von Großgrundeigentümern besonders an der Atlantikküste, wo eine rasche kapitalistische Transformation der ländlichen Wirtschaft (mit größeren Landkonzentrationen und weniger arbeitsintensiven Produktionsmethoden) stattgefunden hatte. Die Landbesitzer sahen die Reformbestrebungen als Bruch mit den Vereinbarungen der *Frente Nacional*, obwohl die Regierung keine tatsächliche Modifikation der Sozialstrukturen angestrebt hatte und die gesellschaftliche Linke sogar geschwächt war (Pécaut 2006: 67; Richani 2002: 31). Die Ablehnung der Reform führte zur Hinwendung der ANUC-Mitglieder zur radikaleren Linken. Inzwischen ent-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1973 verwarf der kolumbianische Staat die Idee einer umverteilenden Agrarreform endgültig und nahm sogar frühere Reformbestrebungen zurück. Stattdessen sollten Siedler die Agrargrenze ausweiten und territorios baldíos (nicht erschlossene Ländereien in Staatsbesitz) erschließen: Für Richani (ebd.: 33; vgl. auch Reyes Posada 1997: 287) zeigt sich im Chicoral-Pakt die „Verpflichtung zur agrarkapitalistischen Entwicklung". Die Versuche der 1930er und 60er und das von der Weltbank gestützte Vorhaben Anfang der 1990er Jahre,

„einen ‚dynamischen Markt' für Land zu etablieren, scheiterten am nicht vorhandenen politischen Willen oder der mangelhaften Konzeption angesichts großer Asymmetrien, was den Zugang zu Krediten, Eigenkapital und Vertriebsmöglichkeiten betraf. So stießen Gruppen innerhalb staatlicher Entscheidungszentren, die im Hinblick auf eine Umverteilung des Produktionsmittels Land Handlungsbedarf sahen, auf die Abwehr regionaler herrschender Kräfte. Besonders unter Druck gerieten Letztere jedoch nie: Im Gegenteil kann der ‚Pacto de Chicoral' von 1973 ‚ohne Übertreibung als Abmachung zwischen Regierung und Großgrundbesitzverbänden beschrieben werden, die ländliche Besitzstruktur […] beizubehalten' (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 20)." (Jenss 2013: 208).

Die Umstrukturierung ländlicher Räume ab den 1980er Jahren vollzog sich indes nicht nur in Wechselwirkung mit Modifizierungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung, sondern mündete mittels gewaltsamen Vertreibungen in einer katastrophalen Gegen-Landreform (vgl. Fajardo Montaña 2010: 8). Vertreibung von Kleinbauern durch diese Gewaltaktuere bedeutet angesichts der engen Verknüpfung der eigenen Identität mit dem *territorio* allerdings auch „*desterritorialización*" (Oslender 2008), (womit in etwa das Kappen der Verbindung mit dem Umfeld gemeint ist) und nicht nur die Tatsache, sich physisch an andere Orte zu bewegen (zu diesen Wechselwirkungen ausführlich Kap. IV.2).

III.1.4 Im Kern informeller Machtbeziehungen: private Gewalt

Eine weitere Konstante des kolumbianischen Staates ist nun tatsächlich die bereits durch die Topographie und Geographie implizierte regionale Fragmentierung. Verknüpft mit der vom Kolonialismus ererbten sozioökonomischen Struktur machte sie immer wieder Arrangements mit lokal und regional verankerten herrschenden Gruppen notwendig (vgl. González et al. 2003: 266). Diese Struktur verfestigte sich nach der Unabhängigkeit noch und zeigt sich im Regionalismus mit unterschiedlichen Währungen bis in die 1930er Jahre. Dieser sozioökonomischen Struktur und

standen weitere Guerillas, darunter das Ejército de Liberación Nacional ELN mit guevaristischer Ausrichtung.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

politischen Artikulation entspricht eine weitere Konstante: Die Herrschaftsmodalitäten blieben widersprüchlich. In diesem Staat mit formal demokratischen Institutionen und mehr oder minder konsolidierten Verwaltungsapparaten waren recht sichtbare informelle Machtstrukturen innerhalb des traditionellen Zweiparteiensystems institutionalisiert. So gab es zwar innerhalb der herrschenden Klassen Konflikte, aber auch häufig „große" Koalitionen, sobald subalterne Fraktionen die Machtverhältnisse ernsthaft infrage stellten (Uribe Hincapié 2001: 88ff.; Leal Buitrago 2010a). Modernisierungen waren so nur sehr selektiv möglich und fanden immer den Widerspruch der traditionellen Sektoren (González et al. 2003: 316). Demgegenüber hing das immer größere Ungleichgewicht zwischen Stärkung der staatlichen Zwangsapparate und der Stagnation in den Regulationsapparaten (González et al. 2003: 295) während der *Frente Nacional* u.a. damit zusammen, dass im Kontext staatlicher Versuche, die unabhängige „Bauernrepublik" Marquetalia einzunehmen, mit der Gründung (1964-66) der heute noch bestehenden Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) ein radikal gegenläufiges Projekt entstand (vgl. Richani 2002: 60ff.).[18] Der formal demokratische Staat regierte Ende der 60er Jahre zunehmend im Ausnahmezustand und trat immer mehr in Form von Repressionsorganen in Erscheinung, deren Rolle sich veränderte.[19] Das Militär galt gewissermaßen als Garant für politische Stabilität und gewann damit Gewicht im staatlichen Gefüge und Autonomie, bestimmte beispielsweise das eigene Budget mit (Richani 2002: 41ff.). Die großen Spielräume des Militärs machte einen Putsch unnötig (vgl. ebd.: 38; Jäger et al. 2007: 135; Zinecker 2007: 1038). Offiziell zur Unterstützung des Militärs beim Kampf gegen die aufkommenden Guerillas legalisierte der Kongress 1965 und 1968 in mehreren Gesetzen private (paramilitärische) Milizen (Richani 2002: 33; Zelik 2009). Häufig koordinierte das Militär deren Einsätze. In der Verfassungsänderung von 1968 kristallisierte sich konsequent die Macht der Exekutive, hinderliche Gesetze auszusetzen (vgl. Franco Restrepo 2009: 232f.).

Immerhin, geben Palacio/Rojas (1990: 90, 94) zu bedenken, standen Positionierungen der Judikative im Unterschied zu Mexiko immer wieder der Exekutive ent-

18 Die Aktivitäten der Guerilla spielten sich zunächst in vom Zentralstaat ohnehin vernachlässigten Randgebieten ab. Serrano/Palacios (2010: 110) behaupten, trotz statistischer Unschärfen überstiegen die Morde, die dem Konflikt zwischen Staat und Guerillas zugerechnet werden, nie die Zahl der Verkehrstoten.

19 Kolumbianische Militärhandbücher ab 1962 belegen das militärische Denken, das offenbar mit der Yarborough-Mission der USA zusammengebracht werden kann. Paramilitärische Aktivitäten wurden hier explizit ins Auge gefasst, obwohl die FARC noch nicht existierte. Fokus war denn auch die Bevölkerung, die dem Feind sein Umfeld bietet „Dabei ergibt sich eine eigentümliche Perspektive: Die Militärs sollen die Bevölkerung gleichzeitig als Feind, politischen Verbündeten, zu eroberndes Terrain und biopolitisches Objekt betrachten." (Zelik 2006: 92).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gegen. Sie bewahrte sich in einigen Organen eine gewisse Autonomie (was nicht als wirkliches Gegengewicht zu den herrschenden Klassen verstanden werden darf) und sprach sich gegen Militärrechtsprechung aus (vgl. u.a. IV 19). Letzteres machte Vertreter der Judikative immer wieder zum Ziel von Mordanschlägen.

Der Einsatz von Gewalt, um unabhängige politische Projekte einzuhegen und ökonomische Interessen der Herrschenden durchzusetzen, war ebenfalls konstant. Integrative Maßnahmen für breite Bevölkerungsteile fehlten fast durchgehend. Versuche, neue Parteien zu gründen, wurden entweder in den unklaren Grenzen zwischen den beiden Parteien aufgelöst oder konnten „von außen" nur wenig Gewicht erlangen (Uribe Hincapié 2001: 94). Populistische Projekte wie von Gaitán oder Rojas Pinilla wurden meist rasch gestoppt und konstituierten nie ein nationalpopulares Hegemonieprojekt, das u.a. die ungleiche Verteilung von Landbesitz hätte mildern können, indem es große Bevölkerungsteile einbände wie etwa in Mexiko (vgl. Jenss 2012). Ausgleichende und demokratische Partizipationsmechanismen waren in diesem Staat nur unzureichend angelegt. Dass die Ausweitung von Repressionsstrategien dennoch politischen Konjunkturen geschuldet war, zeigt die Expansion von „Sicherheitsparadigmen" unter Präsident Turbay Ayala (1978-82).

Konflikten wurde immer wieder mit (privater) Gewalt oder staatlicher Repression oder einer Mischung aus beiden begegnet. Was aus normativer Perspektive dysfunktional wirke, wurde positiv sanktioniert und institutionalisierte so gewaltvolle Mechanismen (Fals Borda 2009a: 141). Wie für ganz Lateinamerika beschrieben, verhandelte die Zentralregierung das Monopol der physischen Gewalt immer wieder und löste es in Arrangements mit mächtigen Netzwerken auf, die ihr den Zugang zur Bevölkerung erleichterten (vgl. Franco Restrepo 2009). Widersprüche innerhalb und zwischen den zentralen gesellschaftlichen Segmenten und ihren widerstreitenden Strategien in Bezug auf Weltmarktanforderungen und kapitalistische Entwicklung drückten sich immer wieder in Klassenkonflikten auf dem Land und gewaltsamer Vertreibung aus, die eine scheinbare Dysfunktionalität des Staates – fehlende Kohäsionsleistung, exzessive, privat ausgeübte Gewalt, fehlende Schutzfunktion (vgl. Fals Borda 2009a) – unterstrichen. Staatliche Schutzfunktionen wurden durch private Sicherheit ersetzt, von der Seite der Kleinbauern wie von der der Großgrundbesitzer (Pécaut 2004: 64), und ähnlich wie in Mexiko spielte die Polizei historisch eine Rolle zwischen öffentlicher und privater Gewalt (vgl. u.a. Fals Borda 2009a: 140f.). Der Einsatz privater Sicherheit als Schutzfunktion diente jedoch zugleich den ländlichen Wirtschaftsverbänden als Rechtfertigungsdiskurs, als ab den 80er Jahren verstärkt paramilitärische Gruppen aktiv wurden: Wegen der Schwäche des Staates habe man den Einsatz paramilitärischer Gruppen zum Schutz vor der Guerilla für notwendig gehalten, und diese seien außer Kontrolle geraten (vgl. hierzu ausführlich Zelik 2009; Franco Restrepo 2009, Kap. IV, V). Doch nicht weil ein bewaffneter Konflikt herrscht, ist eine gerechtere Verteilung von Land und Gütern unmöglich, sondern es wurden bis hin zum Bürgerkrieg „Kriegsdynamiken

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gefördert“ (Zelik 2009: 148), um eine Umverteilung zugunsten der Herrschenden weiter zu treiben und um

„den bestehenden Widersprüchen zwischen den traditionellen Herrschaftsstrukturen und -mechanismen und dem Aufschwung von Widerstandsformen der Sozialen Bewegung entgegenzuwirken.“ (Medina Gallego 2001: 7).

Dennoch lässt sich festhalten, dass die Diskrepanz zwischen gewaltförmigen sozialen Praktiken und der formellen Demokratie (die immer wieder symbolisch als kolumbianische Errungenschaft hervorgehoben wird, etwa bei Jäger et al. 2007: 114) und weiteren formell einklagbaren Rechten die Kohäsionsfunktion des Staates tendenziell unterminiert. Dabei ist der „permanente Ausnahmezustand“ – Becker (2008: 24) betont dies – längst keine Ausnahme. Staatliche Herrschaft ist uneinheitlich vermittelt; die Gewaltfunktion wird über unterschiedliche Teile des Staatsapparats oder an andere Gruppen gestreut und tritt dispers auf.

III.1.5 Polit-ökonomische Tendenzen seit den 1980er Jahren: Konflikt und Krise

Mit der Schuldenkrise in Mexiko 1982 wurde es schwieriger für den kolumbianischen Staat, Auslandskredite zu bekommen, obwohl er die Schulden stetig weiter bediente (vgl. López Restrepo 2004). In einer letzten protektionistischen Phase konnten Weltbank und IWF ihre Bedingungen für Kredite (die Abschaffung diverser Importregelungen und Interventionen in die Exportwirtschaft) bei der konservativen Regierung Belisario Betancur (1982-1986) dennoch zunächst dennoch nicht durchsetzen. Doch 1984 läutete das Finanzministerium den endgültigen Schwenk hin zu einer orthodoxen Makroökonomie ein. Das den Kapitalgruppen nahestehende Verwaltungspersonal wollte die Rolle des Staates deutlich reduzieren, die „Abhängigkeit vom Binnenmarkt verringern“ und die „außengerichtete Entwicklung“ noch stärker betonen (vgl. ebd.: 22ff.). Parallel nutzten regionale politische Kräfte die Devisen aus dem Drogenhandel zunehmend für sich. Restrepo (2006: 29) spricht von „*narcoclientelismo*“ und einem regelrechten Markt für Wahlstimmen. Diese „Kriminalisierung der Politik“ (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 23) verweist auf immer engere Verflechtungen zwischen Kongressmitgliedern, regionaler Politik und illegaler Ökonomie, zwischen Legalität und Illegalität.

Der Friedensprozess, den Betancur mit den beiden Guerillas FARC und M-19 ins Leben rief, scheiterte kläglich. Zwar gründete sich als erster Schritt der FARC zu einer parlamentarischen Kraft die Partei Unión Patriótica, doch innerhalb weniger Jahre wurden geschätzt 3.000 ihrer Mitglieder ermordet (Pécaut 2004: 81). Dem

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Friedensprozess stand eine radikalen Opposition aus Militärs, der Gesellschaft der Agrarunternehmer Sociedad de Agricultores de Colombia (SAC) und zunehmend dem Nationalen Industrieverband (ANDI) gegenüber. Als der M-19 1985 den Justizpalast im Zentrum der Hauptstadt Bogotá gewaltsam besetzte und ernsthafte Verhandlungen verlangte, eröffnete dies Raum für eine Intervention des Militärs.[20] Die noch heute als traumatisch geltende Erfahrung setzte dem Friedensprozess (auch mit der FARC) ein Ende; das Militär bestimmte nun deutlich gestärkt die Sicherheitspolitik.

Eine zweite Konfliktachse vollzog sich Ende der 80er Jahre praktisch unabhängig vom bewaffneten Konflikt zwischen Staat und Guerillas, nämlich in Kämpfen zwischen dem unter Pablo Escobar relativ zentralisierten Medellín-Netzwerk und der liberalen Regierung Barco (1986-1990). Erst jetzt wurde die Situation mit Bombenanschlägen sogar auf staatliche Behörden für die städtische Bevölkerung kriegsähnlich.[21] In dieser Gemengelage erklärte Präsident Barco auch die paramilitärischen „Selbstverteidigungs"-Gruppen wie die des Viehzuchtverbandes ACDEGAM für illegal, doch war kein Mechanismus vorgesehen, die noch legal konstituierten Gruppen effektiv aufzulösen (Romero 2006: 365): Faktisch expandierten diese Gruppen rascher als die Guerillas (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 24; Richani 2002: 55) und schlossen sich 1997 zur nationalen Organisation Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) zusammen.

Doch diese konfliktive Konstellation, symbolisch vor allem der Mord am sozialdemokratisch ausgerichteten Liberalen Präsidentschaftskandidaten Galán, bot auf zentralstaatlicher Ebene auch neue Spielräume: 1990 gab der M-19 die Waffen ab und forderten in einer recht breiten politischen Koalition – u.a. beteiligten sich studentische Organisationen (vgl. Helfrich 2009) – eine neue Verfassung, die schließlich 1991 verabschiedet und als progressiver Schritt gefeiert wurde. Für afrokolumbianische und indigene Segmente der *sociedad abigarrada* mussten die Errungenschaften der Verfassung sich widersprüchlich auswirken (vgl. Jenss 2013): Zum einen öffnete sich – auch im Zuge der Menschenrechtskonferenzen der UNO – eine Art *window of opportunity*, in dem sie grundlegende Rechte und eine relative politische Partizipation einfordern konnten. Tatsächlich schrieb die Verfassung Rechte

20 Das Militär bombardierte und stürmte den Gebäudekomplex ohne offizielle Anordnung der zivilen Regierung; die Verantwortung des Präsidenten ist bis heute ungeklärt. Alle Personen, die sich in dem Gebäude befanden, starben – Richter, Kantinenarbeiter und *guerrilleros*. Militärs ermordeten allerdings mehrere Personen, nachdem sie sie lebend aus dem Gebäude gebracht hatten (vgl. Richani 2002: 39; Jäger et al. 2007: 135).

21 Die Kräfte um Escobar boten kein ernsthaftes alternatives politisches Projekt, sondern wollten – und konnten – unter dem Namen *Los Extraditables* (die Auslieferbaren) vor allem jegliche Gesetzgebung über Auslieferungen an die Behörden der USA verhindern (vgl. Gutiérrez Sanín et al. 2007: 24; Gutiérrez 2009).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

indigener und afrokolumbianischer Gemeinden auf autonome, selbstverwaltete Gebiete und spezifische „Minderheitenrechte“ fest (Gesetz 70, 1993).[22]

Zum anderen verknüpften die innerhalb staatlicher Entscheidungszentren immer durchsetzungsfähigeren außen- und kapitalmarktorientierten Kräfte die wirtschaftliche Öffnung im Rahmen des Washington Consensus mit Anreizen für Direktinvestitionen in Agrarindustrie und Rohstoffförderung (vgl. Bonilla González 2011). Die Banco de la República bekam Autonomie. Bereits die Regierung Barco hatte diese im lateinamerikanischen Vergleich eigentlich verspätete wirtschaftliche Öffnung, *La Apertura*, vorangetrieben (Bonilla 2006: 426). Druck der Weltbank beschleunigte 1990 den Prozess, Importbeschränkungen fallen zu lassen und makroökonomische „Balance“ herzustellen (Bonilla González 2006: 429, 434). Der technokratische Consejo Nacional de Politica Economica y Social (CONPES) verabschiedete das Programm zur „Modernisierung der kolumbianischen Ökonomie“ (López Restrepo 2004: 31). Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen waren bereits in der Vorgangsweise das genaue Gegenstück zum verfassunggebenden Prozess: Nur eine kleine Gruppe des Staatspersonals war beteiligt (vgl. ebd.: 34f.). Laut Orjuela (2010: 372f.) oder Estrada Álvarez (2010b) sind Konzentrationsprozesse hin zu großen Wirtschaftskonglomeraten mit bedeutenden Finanzreserven wichtiges Charakteristikum der letzten beiden Jahrzehnte – wie in Mexiko mit der Tendenz, bestehende Unternehmen und Produktionszweige aufzukaufen, anstatt neue Unternehmen zu schaffen. Die wirtschaftliche Umstrukturierung bedeutete letztlich nicht nur eine relative Deindustrialisierung und die stärkere (erneute) Verknüpfung einzelner Regionen mit globalen Wirtschaftskreisläufen, sondern eine radikale Neuordnung der Besitzverhältnisse auf dem Land und der ländlichen Räume insgesamt (vgl. Jenss 2012). Nicht nur stiegen die Zahlen gewaltsam vertriebener Kleinbauern stark an (PNUD 2011), auch strukturelle Ungleichgewichte wurden immer weniger ausgeglichen, etwa durch den Abbau landwirtschaftlicher Kreditbanken. Die *regulatory landscape* (Brenner 2004) des Staates im landwirtschaftlichen Bereich verflachte. Gestiegene Lebensmittelimporte schwächten kleinbäuerliche Familien; deren Kaufkraft sank, und häufig wechselten sie aus der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in die Lohnarbeit auf Plantagen bzw. begannen als Zulieferer für die Agrarindustrie (vgl. Fajardo Montaña 2002). Für indigene und kleinbäuerliche Gemeinden rief die Marktorientierung, die dem Zusammendenken von *tierra* und *territorio* widersprach, neue Konfliktszenarien hervor (Rechte an Saatgut, verstärkte Investitionen in die Förderung von Ressourcen und die veränderte, industrielle Landnutzung). „Große bzw. transnationale Agrarunternehmen konnten auf die Anforderungen externer Märkte weit besser reagieren“ und trieben diese mit voran (Jenss 2012: 259).

22 Beispielsweise wurde 1996 die Nationale Kommission für indigene Territorien gegründet, die besonders kollektive Landtitel einforderte (vgl. Castillo 2010:152).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern und die Delegation der Budgethoheit auf regionale institutionelle Ebenen im Zuge der Dezentralisierungsbemühungen des Washington Consensus hatte eine erneute regionale Fragmentierung zur Folge. Sie erleichterten die Einflussnahme bewaffneter Akteure auf die lokale und regionale Politik und auf die Ressourcenverteilung (Bonilla González 2006: 432; Pécaut 2004: 68). Der öffentliche Skandal um illegales Kapital in der Präsidentschaftskampagne Ernesto Sampers 1994 und der Gerichtsprozess Proceso 8000 gegen eine große Anzahl Politiker änderten nichts daran, dass illegal erwirtschaftetes Kapital eine Rolle für die Devisenreserven Kolumbiens spielt (Richani 2002: 100). Im Zusammenhang damit wurde der Einfluss der USA immer direkter. Deren

„intervention […] in Colombian affairs via the narcotics theme had been more or less permanent from 1978 on, but the Samper period opened the door to a new wave and level of activism, in which the US ambassador operated [...] as another Colombian politician, only with much more power (and without the need of gathering votes)." (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 25).

Der militärische Konflikt zwischen Staat und FARC bzw. ELN spitzte sich in den 90er Jahren auffallend zu (Richani 2002: 47; vgl. Hristov 2009).[23] Die Kosten des Krieges wurden spürbar; zudem verzeichnete Kolumbien das erste Mal seit den 1930er Jahren drei Jahre in Folge (1998-2000) ein negatives Wachstum (Richani 2002: 137).[24] Als die Vermögen der kolumbianischen Konglomerate betroffen waren – z.B. sanken die Vermögen der reichsten Kolumbianer Julio Mario Santo Domingo, Luis Carlos Sarmiento und Carlos Ardila Lülle um über 30 % (ebd.: 138f.) –, veränderten die städtischen Fraktionen der herrschenden Klassen kurzzeitig ihre politische Haltung[25] und unterstützten einen von Präsident Pastrana (1998-2002) initiierten Friedensprozess mit den FARC. Letztere hatten die zentralstaatliche Macht auf der Ge-

23 Von ca. 500 stieg die Zahl der Zusammenstöße zwischen Militär und Guerilla Anfang der 90er Jahre stark an. Zwischen 1996 und '97 verdreifachten sich die kalkulierbaren Kosten des Krieges (steigender Verteidigungshaushalt, Lösegeldzahlungen bei Entführungen, aus denen die FARC einen Teil ihrer Einkünfte zogen) (Richani 2002: 136).

24 Die öffentlichen Schulden kletterten 1998 auf 34,4 % des BIP, die städtische Arbeitslosigkeit stieg 1999 auf ein Rekordhoch von 20,5 %, die Armutsrate auf 59,8 %, (Bonilla González 2006: 438); Das BIP ging um 4,5 % zurück (ebd.: 435). 1998 - 1999 nahmen die ausländischen Direktinvestitionen von 4,5 auf 4,2 Mrd. US$ ab (Richani 2002: 135).

25 Noch Anfang 1999 befürworteten in einer Umfrage der zwei größten Zeitungen *El Tiempo* und *Semana* 84 % der befragten Führungsetagen der größten Handels-, Finanz- und Industrieunternehmen einen Friedensprozess. Nur 16 % sprachen sich gegen eine Aufteilung von Ländereien über 200 Ha oder eine Reform des Militärs aus; ein Teil war sogar bereit, Kapital für einen Friedensprozess zu investieren (Richani 2002: 141f.; Pécaut 2006: 424ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

meindeebene teilweise „dekonstruiert“ (Richani 2002: 89), Wahlen abgehalten und ihre Spielräume so ausgeweitet, dass die Regierung der Forderung nachgab, eine demilitarisierte Zone für Friedensgespräche einzurichten. Die Befürchtung einer Verhandlungslösung zu ihren Ungunsten entsetzten Militär, Agraroligarchie, Medien und Teile der Regierung Pastranas.[26] Sie und vor allem paramilitärische Gruppen „combined violence, military threats, public denunciations and mass mobilisation to force Pastrana to back off“ (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 26). Insgesamt stiegen die Gewaltraten während des Friedensprozesses rasant.[27] Der Prozess scheiterte erneut. Der diffuse Eindruck eines im bewaffneten Konflikt „machtlosen Staates“ erlaubte 2002 die Wahl Álvaro Uribe Vélez' zum Präsidenten (vgl. Zelik 2009: 122ff.).

III.1.6 Fazit: Staatlichkeit in Kolumbien

Mit poulantzas'schen Begrifflichkeiten ließe sich die Konfiguration des kolumbianischen Staates nun folgendermaßen fassen: Die Sozialstrukturen spiegeln die extremen Ungleichheiten, Unverbundenheit und Widersprüchlichkeiten, mit denen Zavaleta (2009a) die *sociedad abigarrada* charakterisierte. Mit Palacios (1986)[28] lässt sich argumentieren, dass es in Kolumbien keine hegemoniale Klassenfraktion oder einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gab – zumindest aber im Unterschied zu Mexiko kein einendes Staatsprojekt (vgl. Jessop 2009) jemals existiert hat.

---

26 Die Regierung Pastrana verhielt sich widersprüchlich: Zwar ließ er zwei Generäle wegen Verbindungen zum Paramilitarismus in den Ruhestand versetzen (Zelik 2009: 122) und schien den Friedensprozess auch gegen innere Widerstände zu verfolgen. Doch parallel dazu initiierte der Präsident die Professionalisierung und Stärkung der Streitkräfte, führte auf Rat der US-Regierung die sogenannte FUDRA (Fuerzas Unidas de Despliegue Rápido) ein (vgl. IV 18:013) und unterzeichnete den unter Führung der USA erarbeiteten Plan Colombia, der offiziell die Bekämpfung des Drogenhandels unterstützen sollte, von Menschenrechtsgruppen aber immer wieder als eigentlich antisubversive Strategie kritisiert wird (Restrepo 2006: 41).

27 1999 wurden 24.358 Menschen ermordet (häufig in von Paramilitärs verübten Massakern). Im Jahr 2000 waren es 25.660. Zusätzlich wurden 1999 4.024 Kriegstote gezählt (Richani 2002: 132; vgl. Romero 2006: 359).

28 Palacios (1986: 92) konstatiert die Persistenz „vorkapitalistischer Produktionsweisen“ und betont, zu Beginn der Unabhängigkeit sei das „materielle Substrat“ dieser provinzialen und regional geprägten Gesellschaft nicht kapitalistisch. Diese Bedingungen seien für eine einende moderne Bourgeoisie denkbar ungünstig gewesen. Diese Strukturen, darauf muss hingewiesen werden, waren und sind als heterogene Ausbeutungsformen mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen artikuliert.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„The failure of the dominant classes to produce a hegemonic faction, for better or for worse, produced a consociational power arrangement that circumscribed the state's political autonomy. One would expect that the state would become more autonomous if a balance of forces within the dominant class did not allow the emergence of a hegemon. Notwithstanding the shortlived autonomy under the first term of López Pumarejo, this was not the case in Colombia particularly because peasant, working-class and middle-class alliances were weak, and their resistance was not strong enough to represent a countervailing power against the dominant classes and to give the state more autonomy in enforcing a more egalitarian distribution of land, income, and political power." (Richani 2002: 33).

Die (für den kapitalistischen Staat konstitutive) relative Autonomie hatte in Kolumbien also extrem enge Spielräume. Weder gab es ein „hegemoniales" Projekt (Kannankulam/Georgi 2012: 34f.), noch konnte eine der herrschenden Fraktionen oder alternative Kräfte den Konsens breiter Sektoren auf sich vereinen (vgl. Uribe Hincapié 2001: 112). Am ehesten war dies während der Frente Nacional der Fall, wenn auch immer von Gewaltausübung begleitet. Die Konkurrenz zwischen Konservativen und Liberalen ist keineswegs so grundlegend wie häufig konstatiert: Zwar war die Identifikation mit einer der beiden Parteien derart, dass Pécaut (2004: 61) von zwei politischen Subkulturen spricht. Innerhalb der beiden Parteien waren die Spaltungen aber vielmehr personell durch regionale oder lokale Klientelbeziehungen bedingt und nicht programmatisch: Die Spaltungslinien verliefen stringenter zwischen den eng verflochtenen Führungsspitzen der Parteien und denen der *sociedad abigarrada*, die keinen Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren hatten. Besonders die gescheiterten Friedensprozesse verdeutlichen Konflikte zwischen unterschiedlichen staatlichen Stellen, vor allem aber, dass die Streitkräfte ihre Agenda meist ohne Putsch durchsetzen konnten (vgl. Palacio/Rojas 1990: 89). Mit Poulantzas (2002) wird daher die Heterogenität des staatlichen Gefüges plausibel, der auch die von Zelik (2009: 253) in Kolumbien festgestellte „Irregularisierung politischer Entscheidungs- und Handlungsprozesse" bereits mitgedacht hat (vgl. Kap. I.5).

III.2 KLEINE SOZIO-POLITISCHE GESCHICHTE MEXIKOS: Konstitutionsbedingungen und politische Kontinuitäten

III.2.1 Politische Projekte in der *sociedad abigarrada*

Ganz anders als in Kolumbien gab es mit der mexikanischen Revolution, deren Konsequenzen Klassiker wie Gilly (1971), Katz (1982) oder González Casanova (1981) in den Blick nehmen, ein zentrales historisch konstitutives Moment, das zu

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einem durchsetzungsfähigen Hegemonieprojekt führte und selbst für heutige politische Prozesse relevant ist.[29]

Zunächst bekämpften sich wie in Kolumbien im 19. Jahrhundert Konservative und antiklerikale Liberale, woran sich angesichts des handelspolitisch strategischen Gebietes auch europäische Interventionen beteiligten.[30] General Porfirio Díaz gelang es 1876 aus einem Klima der „Desintegration" heraus, eine Art „konstitutiven Pakt" (Roux 2005: 79) zu schaffen. Dabei kam dem *Caudillismo* – mit eigenen Armeen und ökonomisch im Großgrundbesitz verankert – eine besondere Qualität zu: *Caudillos* waren in Netzwerke eingebettet, die von einer klientelistischen Tauschlogik persönlicher Loyalität gegen *tutelaje* (Schutz) geprägt waren (ebd.: 46; Katz 1982: 24ff.). Pansters (2012b: 22f.) zieht ähnliche Schlüsse für das unabhängige prä-revolutionäre Mexiko; Centeno (2002: 67) spricht von einem „widersprüchlichen Aggregat lokaler Interssen, die aber unumstößlich aneinander gebunden waren", während die regional fragmentierten *criollos* „die nicht-weißen Subalternen" als Bedrohung für ihren eigenen sozialen Status Quo wahrnahmen. In Yucatán jedoch berührten die Unabhängigkeitsbestrebungen der Maya Ende des 19. Jahrhunderts den dortigen Gouverneur und Exportunternehmer kaum, da seine Rechenschaftspflicht nur gegenüber dem Präsidenten lag (vgl. Meyer 1977: 6). Den Kämpfen der bäuerlichen Yaqui-Indigenen um Land in Sonora, aber auch den Bergbauarbeitern in Sonora begegnete das Porfiriat mit massiver Repression und rassistischen

29 Einige Unterschiede zur kolumbianischen Entwicklung springen ins Auge: Weder gab es dort ähnlich viel Interesse von ausländischen Unternehmen Kapital zu investieren, das auch noch für den Ausbau der internen Transportwege genutzt worden wäre, noch waren die Exporte ähnlich diversifiziert, hätten es die Kräfteverhältnisse zugelassen, die fiskalischen Spielräume auszuweiten oder hätte ein nationaler Binnenmarkt ein ähnliches Wachstum oder die Tätigkeit migrantischer Investoren auf sich gezogen – all dies trotz einer relativen Zentralisierung politischer Herrschaft unter dem Konservativen Núñez ab 1886.

30 Zwischen 1862 und 1867 stützten Konservative und die katholische Kirche ein unter französischen/Habsburger Truppen errichtetes Kaiserreich, während die parallele liberale Regierung unter Benito Juárez – „Nationalheld" der Republik – keinen festen Regierungssitz hatte. Mexikanische Liberale unter General Porfirio Díaz nahmen 1867 Mexiko-Stadt ein. Damit waren zwar die Konservativen auf eine sekundäre Ebene verwiesen, allerdings bekämpften sich unterschiedliche liberale Projekte, denen das Ziel einer „modernen Republik" und kapitalistischen Modernisierung (über Privatbesitz, Auflösung kommunitärer Strukturen, Zentralisierung) gemein war. Diesen liberalen Projekten zuwider liefen zahlreiche bäuerliche (indigene) Rebellionen (vgl. Katz, Florescano in Roux 2005: 62). Díaz schuf ein nationales Netz persönlicher Loyalität mit regionalen *Caciques* und *Caudillos* (vgl. ebd.: 79) und erreichte eine Einigung mit der katholischen Kirche, so dass informelle Regeln innerhalb der herrschenden Gruppen und ausländische Investitionen den Motor für ein Projekt (abhängiger) kapitalistischer „Modernisierung" bildeten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zuschreibungen als ungebildet und unproduktiv (vgl. u.a. Mallon 1994). Die Kräfte um Porfirio Díaz stärkten langfristig die fiskalischen Kapazitäten des Zentralstaates, schrieben juristisch die Grundlagen für das „moderne Privateigentum" fest und konsolidierten dafür die zentralstaatliche Regulation (exempl. Roux 2005: 89; Katz 1982; Meyer 1977).

Als Symbol des porfirianischen Projekts gilt der Eisenbahnbau, der subsidiär für Exportsektor und entstehende Industrie funktionierte und die entscheidende Vernetzung regionaler Räume ermöglichte (vgl. Hesketh 2010: 386).[31] Arbeitsrechtlich machte das Porfiriat keine Konzessionen; stattdessen sanken in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Reallöhne; der Staat kriminalisierte es, Arbeitsstelle und Arbeitgeber zu verlassen: „Vagabundentum" war als Straftat u.a. mit Zwangsarbeit belegt (Falcón 1994: 123; vgl. Hesketh 2010: 387). Regional verankerte Kräfte kontrollierten häufig über *haciendas* die lokale Ökonomie eines Bundesstaates, konzentrierten also das Produktionsmittel Land praktisch in einer Hand.

Koloniales Legat der Staatlichkeit in Mexiko ist damit die während der spanischen Herrschaft etablierte informelle Netzwerkstruktur, die autonome regionale Herrschaftszentren mit dem kolonialen Zentrum in Mexiko-Stadt und miteinander verband. Laut Bartra (1984: 39) stellte eine „Struktur der Vermittlung" Stabilität her.[32] Intermediäre vereinten dabei Funktionen der Judikative, Exekutive und der Bereitstellung von Sicherheit: Sie waren essentielle lokale „Agenten staatlich-

31 Gute Beziehungen konnten die Schätzung von Privatbesitz nach unten korrigieren und Steuerzahlungen verringern (vgl. ebd.: 119; Moreno Brid/Ros 2009: 48). Die rasant steigenden und staatlich subventionierten ausländischen Investitionen waren das Schlüsselelement der Entwicklungsstrategie. Sie transformierte nachhaltig Produktions-, Handels- und Finanzkreisläufe, denn im Unterschied zu Kolumbien verbanden die Eisenbahnen regionale Räume, riefen aber zugleich gesellschaftliche Verwerfungen und tiefgreifende Sozialstrukturveränderungen hervor (Beato 2004: 155; vgl. Roux 2005: 98ff.; Imbusch 1996; Brachet-Márquez 1994): Einkommensungleichheiten zwischen Stadt und Land und dem rohstoffreichen Norden und dem Süden verschärften sich. Ein kleines Segment lohnabhängiger ArbeiterInnen entstand, der Handwerkssektor blieb bestehen. Eine neue Generation Unternehmer aus der kapitalistisch organisierten Landwirtschaft für den Export, Bergbau oder Finanzgeschäft begann den kleinen Landbesitz und die alte Landoligarchie zu verdrängen, wenn auch in Regionen wie Chiapas oder Michoacán politische Herrschaft über das *Hacienda*-Modell die Norm blieb (Maldonado Aranda 2010a; Bobrow-Strain 2007). Neue städtische Fraktionen der herrschenden Klassen formierten sich mit dem Rohstoffboom; doch die Kanäle für soziale Mobilität nach oben waren schmal (Meyer 1977: 7).

32 Das gilt für die Zeit vor und nach der Revolution. Ein zentralisierter Sicherheitsapparat etablierte sich auch in der *pax porfiriana* kaum. Stattdessen sei mit den *jefaturas políticas* sei die Ausübung von Extralegalität und Gewalt zur Basis lokaler politischer Karrieren geworden, so Müller (2012: 47).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

territorialer Projekte“ (Bobrow-Strain 2007: 78) und versuchten zugleich staatliche Regulation, z.B. die eigene Besteuerung, zurückzudrängen (vgl. ebd.: 77ff.). Teil der durchaus effizienten staatlichen Maschinerie waren die *jefaturas políticas* (vgl. Falcón 1994), deren Rolle als repressive Kräfte und zugleich als Intermediäre zwischen Herrschenden und Beherrschten die bestehenden Besitzverhältnisse und damit spezifische Kräfte stützte. Sie trugen nicht nur dazu bei, die (zentral-)staatliche Herrschaft in der kommunalen und dörflichen Gesellschaft festzuschreiben, sondern übten personale, häufig offen gewaltsame Herrschaft aus und fungierten als Verhaltensregulierer auf der individuellen Ebene: Die Verflechtung mit rechtlichen Funktionen nutzte dieses ‚Staatspersonal‘ „for integrating, channeling or repressing those who made demands or refused to accept the rules of the game imposed“ (ebd.: 110).

Analysen der Mexikanischen Revolution arbeiten heraus, dass diese in weiten Teilen das Projekt (abhängiger) kapitalistischer Modernisierung aus dem Porfiriat fortführte, wobei die subalternen Klassen ihre Forderungen nur begrenzt umsetzen konnten (exemplarisch Meyer 1977, 2007a).[33] Meyer (1977: 4) ist der Ansicht, die autoritären porfirianischen Herrschaftsstrukturen seien modifiziert, aber keineswegs aufgebrochen worden. González Casanova (1981: 41) schreibt pointiert, „in Mexiko konnte es nicht mehr Revolution geben als die mexikanische, und nicht mehr revolutionäres Denken als das der machthabenden *Caudillos*“. Obwohl von einer einzelnen Umsturzbewegung nicht zu sprechen ist, sondern diverse Aufstände in verschiedenen Regionen unterschiedlichen Ausgang nahmen, waren die bewaffneten Konflikte, die als „Mexikanische Revolution“ weltweit für Aufmerksamkeit sorgten, doch folgenschwer: Die aufstrebenden Kräfte zerstörten die alten Gewaltapparate, stießen Umverteilungsprozesse an und hebelten die ehemals Herrschenden des Porfiriats aus (Moreno Brid/Ros 2009: 72f.). Während der Umwälzungsphase verringerte sich die mexikanische Bevölkerung um über 1 Mio. Menschen, die starben oder auswanderten (ebd.: 71). Unmittelbar hinterließ sie ein zersplittertes Territorium, das unterschiedliche *Caudillos* kontrollierten – die Vorherrschaft war zunächst umkämpft –, definierte juristische Eigentumsregeln neu (vgl. Roux 2005: 141), ließ die Agrarstruktur mit vielen Landlosen und hoher Besitzkonzentration zunächst aber weitgehend intakt.

Keineswegs hatte man es mit einer monolithischen postrevolutionären herrschenden Klasse zu tun. Drei Strömungen – die '*Sonorenses* als Teil einer sich entwickelnden Bourgeoisie, deren Konsensfähigkeit sich auf ihre Arrangements mit beherrschten Sektoren stützte, die linken Flügel des *constitucionalismo*, für die die

33 Das liberale Porfiriat und die konservative *regeneración* in Kolumbien weisen Ähnlichkeiten auf, da sich in jener Zeit viele der später bestimmenden Produkte und Produktionszweige herausstellten; mit dem Unterschied, dass in Kolumbien die Herrschenden eben nicht mittels einer Revolution gewaltförmig ausgewechselt wurden und die Agraroligariche stark blieb.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mobilisierung zur Landverteilung zentral waren, und eine militärisch geprägte Rechte – rangen weiterhin um politische Linien (vgl. Roux 2005). Die *Sonorenses* um Álvaro Obregón konnten die Verfassung von 1917 bereits stark beeinflussen. Dass sie als neue im Bürgerkrieg militärisch geprägte, u.a. aus Mittel- und Unterschichten stammende Gruppe von Regierenden den „Kern der späteren Revolutionselite" (Tobler 2004: 71) ausmachten, erklärt Katz (1982: 37) damit, dass sich nur im Norden – eben z.B. in Sonora – tatsächlich unterschiedliche Klassenfraktionen (auch unzufriedene Mittelschichten, städtische Arbeiter) im Kampf gegen die Diktatur Díaz' zusammenschlossen. Der Aufstieg der Revolutionsteilnehmer veränderte die Zusammensetzung der herrschenden Klassen: Sie waren es, die „eine ideologisch hegemoniale Rolle [...] auch in eine relativ konsolidierte politische Dominanz umsetzen konnten" (Imbusch 1988: 16), während sich die nur teilweise ruinierte ‚Oligarchie' des Porfiriats damit arrangierte.

Obwohl die Regierenden ausgetauscht und Kollektivrechte auf Land und Streikrechte erkämpft und festgeschrieben wurden, sieht Roux (2005: 141f.) teils eine bloße „Transfiguration mit neuen Akteuren". Sie ermöglichte entscheidende, im Porfiriat unmögliche Impulse für den mexikanischen Kapitalismus (vgl. Hesketh 2010: 389). Joseph und Nugent (1994) betonen, kritisch gegenüber der dominanten Geschichtsschreibung, subalterne Träger des mexikanischen *state-making* im Alltäglichen. Dem entgegen interpretieren Morton (2011), Hesketh (2010) u.a. die Mexikanische Revolution im Sinne Gramscis als ‚passive Revolution'. Für letzteres spricht, dass gerade regionale Apparate die staatliche Integration durchaus gewaltsam gegen die außerhalb des Modells Stehenden durchsetzten, so z.B. im Krieg gegen die Yaqui-Indigenen in Sonora 1926 (Roux 2005: 178; vgl. Pansters 2012a): Auch nach der Revolution war das grundlegende politische Projekt nicht, partikulare Macht einzuschränken, wohl aber das Ringen zwischen verschiedenen aufsteigenden revolutionären Kräften um Vorherrschaft letztlich in einer Staatspartei zu verregeln und auf ihre eigenen Fraktionen zu beschränken. Die regionalen *caudillos* fügten sich dem Zentralstaat ein; im Gegenzug erhielten sie sich ihr Gewicht in lokalen Kräfteverhältnissen (vgl. Flores Pérez 2009: 88).[34]

34 Die Staatspartei sollte ab 1929 das Dilemma lösen, die entscheidenden Funktionen im Staatsapparat nicht aus den Händen der *familia revolucionaria* zu geben, obwohl sie in Erinnerung an Porfirio Díaz die Wiederwahl des Präsidenten selbst verboten hatte. Die „militärische Kaste" bestimmte bereits die entscheidenden staatlichen Apparate und gab dem, was „sie als ihr Recht auf das Herrschaftsmonopol verstand", die „Form einer Partei" (Roux 2005: 167). Bereits die Finanzierungsstruktur schrieb die enge Verquickung von Staat und Partei fest, die klare Karrierewege (nur) innerhalb ihrer Strukturen etablierte und dissidente Gruppen kontrollierte – womit jede Opposition von vornherein Opposition blieb (Díaz Cayeros 2012: 238; vgl. Imbusch 1988: 17).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gleichzeitig sollte die Revolution zum legitimierenden Referenzpunkt für den kapitalistischen Staat werden. Gerade die Tatsache, dass integrative Elemente gefunden und die Einbindung breiter Teile der subalternen Klassen in das Modell erreicht wurden – dafür war u.a. die Umverteilung von Land zentral (vgl. Roux 2005) – macht die Mexikanischen Revolution, um mit Zavaleta (2009a) zu sprechen, zum „konstitutiven Moment". Es ist wohl anzuerkennen, dass in der postrevolutionären Phase eine Art „overarching hegemonic project" (Hesketh 2010: 390) gelang. Dieses „historische Projekt der nationalen mexikanischen Bourgeoisie", der mexikanische Staat, betonen u.a. auch Oliver Costilla (2009: 71; vgl. Mallon 1995; Cockcroft 1983). Boris/Sterr (2002: 23) sprechen dabei von einem „durchaus inklusiven Korporatismus", der Ergebnis eines langen, von unterschiedlichen Kräften umkämpften Prozesses war. Insofern konnte die Staatspartei PRI sich langfristig als die Organisation präsentieren, die alle Erfolge der Revolution in sich vereine (vgl. Ávalos Tenorio 2009b; Boris 1996; Meyer 1995), und die lange Phase relativer Stabilität mit der PRI als Klammer – die zwischen Repression, Konzessionen und teilweisen Partizipationsmöglichkeiten bzw. zwischen Beharrungsmomenten und Flexibilität austarieren konnte (Boris/Sterr 2002: 23) – wird kaum angezweifelt. „Sorgfältig abgestimmte materielle Konzessionen waren fest eingebauter Teil" (Knight 1990: 30) dieses „institutionalisierten Herrschaftspakts" (Roux 2005: 201) und reproduzierten Stabilität. Die breite Einhegung – und nicht ein fehlerhaftes Wahlsystem – wurden zur „Tragödie" (Roux ebd.) jeglicher Opposition (vgl. Bartra 1984: 39f.). Die Einhegung gelang vor allem ab Mitte der 1930er Jahre unter Lázaro Cárdenas und mit der Umwandlung der damaligen Staatspartei in die noch heute bestehende PRI. Damit verlor allerdings, so Hamilton (1983: 255), auch die progressive Allianz um Cárdenas Ende der 30er Jahre ihre Möglichkeiten als Kraft für den Wandel. Im Gegenteil habe gerade diese Allianz die Gewerkschaftssektoren in eine Herrschaftskoalition kooptiert.[35] Die staatliche Funktionslogik lag im „asymmetri-

35 Für Hamilton (1983: 204) markiert dieser Zeitpunkt jedoch gleichzeitig einen beginnenden Rückzug der progressiven Kräfte im mexikanischen Staat. So verkündete Cárdenas im Dezember 1937 die Umwandlung der PNR in die neue Partei PRM (Partido Revolucionario Mexicano). Den Gewerkschaftsverband CTM ordnete die Regierung ebenfalls in den Parteizusammenhang ein, ermöglichte er doch, die Bewegung an den Staat zu binden: Die Partei bekam mit der (nun nicht mehr geografischen) Aufteilung in „Sektoren" („Arbeiter"-, „Bauern"-, sector popular, kurzzeitig einem Militär-Sektor) klar korporative Züge (vgl. Flores Pérez 2009: 88f.; Díaz Cayeros 2012; Gilly 1971). Diese Kanalisierung nahmen die fragmentierten und heterogenen subalternen Kräfte – hatten sie doch im cardenistischen Flügel ihre Forderungen artikulieren können – unter dem Eindruck gestärkter Gegenkräfte in Kauf: Bereits seit Mitte der 30er Jahre formierten sich konservative und radikal rechte Strömungen (*sinarquistas*, PAN, *camisas doradas*) aus unterschiedlichen Klassenfraktionen (vgl. Gilly 1971: 353; Contralínea 2011a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Tauschverhältnis“ (Boris 1996: 10), in der Umverteilung von Grund und Boden und in gewerkschaftlicher Organisierung gegen politische Unterordnung. Nur mit dem Doppelcharakter des zwischen Autoritarismus und Flexibilität, Kooptation und Verhandlung changierenden Regimes wird verständlich, dass der langsame Umbau von Einzelmechanismen (so etwa die Wahlrechtsreformen von 1977) lange Zeit ausreichte, Demokratisierungsbestrebungen einzuhegen. Über viele Jahrzehnte verband sich mit dem Projekt eine teils nationalistische – und eben nicht plurikulturelle – Rhetorik über in der Revolution erkämpfte Rechte, appellierte aber auch an eine spezifische Vorstellung von „nationaler Entwicklung“ und „Moderne“ (Oliver Costilla 2009: 71), für die der staatliche Autoritarismus in Kauf zu nehmen war und für die indigene Forderungen nach „Selbstbestimmung“ nicht existierten, obwohl schon die Redewendung von „vielen Mexikos“ das Unverbundene (*lo abigarrado*) (Tapia 2010) verdeutlicht. Die ökonomisch-sozialstrukturelle Grenzziehung zwischen einem sich industralisierenden Norden mit dem Zentrum Monterrey und einem relativ marginalisierten landwirtschaftlichen Süden – eigentlich bereits in der Díaz-Diktatur gesetzt – ist noch heute prägend, was sich in eine stärker im Norden verankerte wirtschaftsnahe Partei PAN und in eine fast räumlich greifbare Kolonialität (Quijano 2000b) übersetzte: Waren Zugang zu Kapital, Justiz, politischen Entscheidungszirkeln (auch) nach ethnischen Gesichtspunkten strukturiert, so waren indigene Bevölkerungssegmente in den südlichen Bundesstaaten Oaxaca, Guerrero und Chiapas klar benachteiligt.[36] Letztere band die PRI hauptsächlich über die *ejido*-Verwaltung ein.

III.2.2 Wirtschaftsstruktur und Weltmarkteinbindung

Dynamiken im Verhältnis zwischen Staat und Kapitalfraktionen kristallisierten sich nach der Revolution im Festschreiben der staatlichen Schiedsfunktion durch eher konservative Kräfte 1927, aber auch in der Gründung des Arbeitgeberverbands COPARMEX als Interessenvertretung ab 1928. Steigende Reallöhne und die tatsächliche Umsetzung der in der Verfassung vereinbarten Arbeitsrechte veränderten zugleich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Einerseits gab sich der Staat mit dem Bundesarbeitsgesetz von 1931 den rechtlichen Rahmen für die Kontrolle der Gewerkschaften. Diese konnten andererseits mit der Unterstützung staatlicher Stellen rechnen, wenn es um Forderungen wie die Einhaltung ausgehandelter Kollektivverträge ging, die die inneren Spielräume des Herrschaftspakts nicht überschritten (vgl. Brachet-Márquez 1994: 66f.). Damit war für Subalterne der Rahmen für weitere Forderungen begrenzt.

36 Erst in den 90er Jahren schrieb die Förderung bilingualer Bildung ein Zugeständnis an Indigene fest. Von 2003 datiert die Anerkennung indigener Sprachen als „Nationalsprachen“.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Erst mit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930 er Jahre vollzog sich in der Wirtschaftsstruktur ein grundlegender Bruch mit der Enklavenökonomie (vgl. Imbusch 1988: 15) und konstituierte sich der mexikanische „Entwicklungsstaat“. [37] Der Wandel fällt in die Regierungszeit Lázaro Cárdenas' (1934-1940). Die nach der Revolution gestärkten „nationalistischen“ Fraktionen innerhalb der herrschenden Klassen gründeten das mexikanische Entwicklungsmodell zunächst, zwischen etwa 1935 und den 60er/70er Jahren auf eine Kombination von Primärgüterexport, landwirtschaftlichem Export und interner staatlich koordinierter Industrialisierung. Die postrevolutionären Kräfteverhältnisse in den 30er Jahren, etwa innerhalb der cardenistischen Allianz, erlaubten es staatlichen Stellen, dem Kapital Beschränkungen aufzuerlegen und Hindernisse zu überwinden, die sich dem Umbau entgegenstellten (vgl. Hamilton 1983: 250). Eine im lateinamerikanischen Vergleich radikale Maßnahme der Regierung Cárdenas war 1938 die Enteignung der Erdölfirmen.[38] In einer sehr spezifischen Kräftekonstellation verstaatlichte die Regierung mit erklärter Unterstützung der Gewerkschaften, der Regierung nahen Finanzgruppen, der Judikative und sogar der katholischen Kirche den vollständigen Erdölsektor (ebd.: 211) und kurz danach die in privater Hand verbliebenen Eisenbahnen, enteignete exportorientierte *haciendas* und verhängte Ende 1937 Importzölle (Hamilton 1983: 210; vgl. Gilly 1971: 356f.). Der in staatlicher Hand zentralisierte Ölexport erlaubte die Umverteilung eines Teils staatlicher Renten, wobei die materiellen Zugeständnisse innerhalb der bestehenden Abhängigkeitsbeziehungen ohne Schulden langfristig kaum möglich waren (vgl. Hesketh 2010: 395).

So gelang es dem beginnenden „Entwicklungsstaat“ innerhalb spezifischer Kräftekonstellationen in wenigen Jahren, die Kontrolle über strategische Wirtschaftssektoren zu erlangen, Abhängigkeitsbeziehungen zu verändern und die Importsubstitution in die Akkumulationsstrategien zu integrieren. Für diese staatlich koordinierten Wirtschaftsstrategien war die Konsolidierung eines eng mit dem Staat verknüpften nationalen Unternehmertums und eine binnenmarktorientierte Industrie zentral (Anguiano 2010: 150f.). Gleichzeitig strebten die Regierungen durchgehend

37 Der krisenbedingte Rückgang des Außenhandels und der Ölproduktion machten staatliche Investitionen in die eigene Industrie notwendig. Tatsächlich wuchs ab 1932 der herstellende Sektor jährlich um über 8 %. Staatliche Infrastrukturprojekte integrierten zusehends als isoliert geltende Regionen wie den südlichen Teil Michoacáns in den nationalen Markt, das Straßennetz versiebenfachte seine Kilometerzahl. Die Regierung Cárdenas erhöhte die öffentlichen Ausgaben und schuf Schulen, Krankenhäuser, Wasserversorgung und Kommunikationsnetze (Abs. vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 84, 88; Loyola Díaz/ Martínez 2010: 30; Hesketh 2010: 393; Maldonado Aranda 2010a).

38 Zu Cárdenas' Amtsantritt war die mexikanische Erdölindustrie praktisch vollständig (98 %) in Hand von 16 ausländischen Firmen (u.a. Royal Dutch Shell, Standard Oil) (Roux 2005: 196; vgl. Hamilton 1983: 204).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

letztlich eine kapitalistische Entwicklung mittels der Unterstützung von Kapitalakkumulation an, was etwa in der Kontinuität der Finanzpolitik (dem Wiederaufbau des Finanzsystems nach der Revolution) und der infrastrukturellen Unterstützung der Agrarindustrie sichtbar wird (Imbusch 1988: 44; vgl. Hamilton 1983: 250f.).

Die kurze Phase relativ größerer Spielräume der staatlichen Autonomie mündete in ein *reacomodo*:[39] Ab 1940 konnten sich mit Ávila Camacho (1940-1946) innerhalb der Staatsapparate wieder die den Kapitalgruppen und ausländischen Investoren nahestehenden Akteure konsolidieren. Der Zweite Weltkrieg beendete auch den Streit um die Erdölförderung.[40] Die folgende Phase prägte eine Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung und die Akzeptanz für dieses Entwicklungsmodell. Miguel Alemán (1946-1952) suchte de Konsolidierung eines eng mit dem Staat verknüpften nationalen Unternehmertums und einer binnenmarktorientierten Industrie, u.a. verortet im nördlichen Monterrey (vgl. Loyola Díaz/Martínez 2010: 50; Servín 2010: 13f.). Der Staat hatte die denkbar günstigsten Bedingungen für den Privatsektor zu schaffen, dessen expandierende Konglomerate teilweise bereits seit dem Porfiriat bestanden. Das 1950 verabschiedete Gesetz über *Atribuciones del Ejecutivo en Materia Económica* sehen Loyola Díaz/Martínez (2010: 58f.; vgl. Servín 2010: 13) als weitreichendstes legislatives Instrument der Exekutive zur Intervention und Koordination der Wirtschaft, das Ein- und Ausfuhrbeschränkungen rechtlich verankerte, Preisobergrenzen und die Verwendung von Rohstoffen vorrangig für den Binnenmarkt festlegte. Konstant hohe Wachstumsraten und die rasche Industrialisierung in den 50er Jahren wurden als das *milagro mexicano* bekannt.[41]

Doch schon ab den 1960er Jahren bestimmten die binnenmarktorientierten Strömungen nicht mehr die Wirtschaftspolitik. So vernachlässigte staatliche Politik die Landwirtschaft trotz der zuvor bemerkenswerten Produktivität und der Tatsache, dass der Sektor erheblich zur Erwirtschaftung von Devisen und damit zur Industrialisierung beigetragen hatte. Das neu gegründete Ministerium für Nationale Güter, das staatliche Unternehmen koordinierte, und ab 1976 das Ministerium für Planung und Haushalt (SPP) schwächten unter Echeverría (1970-1976) und López

39 Eine neue Balance nach Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen.

40 Denn mit ihrem Kriegseintritt banden die USA Mexiko 1942 mit einem Handelsvertrag in ihre Kriegsindustrie ein, bezogen Kupfer, Quecksilber, Blei, Zink und andere Rohstoffe aus Mexiko. Die Finanzmärkte wurden wieder geöffnet. Eine Folge war eine enorme Devisenanhäufung (Versechsfachung!) zwischen 1942 und 1946, die kaum genügend produktive Kanäle fand; zudem machte nach 1945 der Handel mit den USA wieder drei Viertel des mexikanischen Außenhandels aus (Loyola Díaz/Martínez 2010: 47, 36).

41 Während der Staat seine Ausgaben auf Investitionen in die Importsubstitution konzentrierte (Verwaltungs- und Militärkosten blieben niedrig) und ausländisches Kapital in neue Industriebranchen floss, vergrößerten die Mittelklassen ihren Anteil am Einkommen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Portillo (1976-1982) als institutionelle Gegengewichte noch einmal kurzzeitig die Stellung des Finanzministeriums und beschnitten dessen Kompetenzen, besonders da das SPP die Mittelzuweisung an alle anderen Ministerien übernahm (Heigl 2011: 135).[42] Unzufriedenheit der Kapitalgruppen mit der Politik äußerte sich im aggressiven Auftreten des 1975 gegründeten Consejo Coordinador Empresarial (CCE) und ihrer Annäherung an die rechtskonservative PAN (ebd.: 17). Beispielhaft sind die Spannungen zwischen dem keynesianischen Planungsminister Carlos Tello und dem monetaristischen Finanzminister Julio Moctezuma. Der folgende Rücktritt beider trug letztlich zu einer Stärkung des Finanzministeriums im institutionellen Gefüge bei (vgl. Heigl 2011: 137ff.; Rousseau 2010). Spätestens ab Mitte der 70er Jahre machte sich somit die Erschöpfung der Importsubstituierenden Strategie bemerkbar – hierin liegt ein Erklärungsfaktor für die schwindende Macht der PRI: Trotz wirksamer Handelsbarrieren konnte sie die Produktion von Kapitalgütern nicht ankurbeln und die entsprechend der Produktion steigende Nachfrage nicht sättigen.[43]

Der politisch-gesellschaftliche Konsens fiel spätestens Anfang der 1980er Jahre auseinander, als das importsubstituierende Modell mit den drastisch fallenden Ölpreisen einen weiteren Teil seiner Grundlage verlor (Moreno Brid/Ros 2009: 121; vgl. Brachet-Márquez 1994: 132; Heigl 2011; Boris 1996). Die mexikanische Schuldenkrise von 1982[44] und die ihr folgenden einschneidenden Regierungspro-

42 Die zwischen Liberalisierung und Intervention schwankende Politik scheiterte spätestens, als 1976 erstmals seit den 1940er Jahren der Peso abgewertet wurde -- um ca. die Hälfte. Die Stabilität des Wechselkurses war bisher Symbol für Mexikos politische Stabilität gewesen (Escobar et al. 1982). Die Kapitalgruppen reagierten trotz der weiterhin niedrigen Unternehmenssteuern mit Kapitalflucht und Investitionsabfall; sogar Militärputschgerüchte kursierten (Imbusch 1988: 28ff.; Moreno Brid/Ros 2009: 125; Hesketh 2010: 398).

43 90% der benötigten Maschinenteile kam weiterhin von außen (Moreno Brid/Ros 2009: 117).

44 Die Tatsache, dass hohe Zinsen in den USA mexikanisches Kapital anzogen, andererseits aber die Zinsdienste für Kredite, die der mexikanische Staat aufgenommen hatte, überproportional und rasch angehoben wurden (Imhof 2003: 99), machte die ungezügelte Kreditvergabe der 1970er Jahre zum Problem: Die Auslandsschulden lagen Ende 1981 bei 72,2 Mrd. mit einem problematisch großen Anteil kurzzeitiger Kredite (Moreno Brid/Ros 2009: 136). Die Verschlechterung der Terms of Trade für unverarbeitete Produkte (deren Folge sinkende Deviseneinnahmen bei steigendem Bedarf waren) und das der Importliberalisierung folgende Handelsbilanzdefizit (hohe Kapitalgüter-, steigende Nahrungsmittelimporte) sorgten für Krisenerscheinungen (vgl. Imbusch 1988: 33f.). Der Inflationsdruck hatte sich massiv verschärft und lag 1980 bei 25 % (ebd.: 133); die Kapitalflucht nahm ungeahnte Ausmaße an (über 20 Mrd. US$ in etwa 18 Monaten 1981/1982) (Imbusch 1988: 33; Moreno Brid/Ros 2009: 137). Mexiko musste 1982 die

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gramme bzw. die „Strukturanpassung“ des IWF öffneten Spielräume für finanzmarkt-[45] und außenorientierte Kapitalkräfte (auch aus Mexiko), die bereits seit Jahren einen Wandel der Regulation – die Produktions- und Exportstruktur, Handels-, Industrie- und Investitionspolitik, Lohnverhältnis, soziale Sicherung betraf – und damit das endgültige Ende der Importsubstituierenden Industrialisierung durchzusetzen suchten. Dieses politische Projekt ging weit über eine reine „Schuldenkrise“ hinaus (vgl. Boris 1996: 20ff.) – doch internationale Paradigmen machten die Zahlung der Auslandsschulden zur Priorität. Der Schuldendienst machte weitere Kredite zu nun sehr schlechten Konditionen nötig, u.a. Debt-for-Equity-Swaps (Imhof 2003: 106). Die orthodoxe Stabilitäts- und Austeritätspolitik erlaubte nur eine langsame wirtschaftliche Erholung, obwohl das Handelsbilanzdefizit sich durch die Ölexporte innerhalb weniger Monate in einen Überschuss von 7,1 Mrd. US$ verwandelte (Moreno Brid/Ros 2009: 150). Laut Moreno Brid/Ros (ebd.: 148f.; Boris 1996: 20ff.) stach die mexikanische „Strukturanpassungspolitik“ unter de la Madrid (1982-88) dadurch hervor, dass die Reduzierung öffentlicher Ausgaben und der „Abzug von Investitionskapital im Inland“ (Imhof 2003: 106) um 40% besonders einschneidend waren.

Diesen historischen Übergang definiert Anguiano (2010: 59) als Reorganisation von oben, die „die materielle Basis der Herrschaft zunächst schwächte und dann veränderte“. Basis des zeitweise durchaus konfliktiven Umbaus war stattdessen langfristig die Artikulation einer Allianz mit Großunternehmen, womit der Staat die Spielräume der eigenen Autonomie relativ abbaute. Finanzmarktorientierte Kräfte konnten – mit der Schuldenkrise als Zeichen des Scheiterns des ‚alten‘ Mexiko – einen strukturellen Wandel der Produktion vorantreiben und ihre Vorstellung von der Rolle der verschiedenen Akteure – besonders eine fundamentale Neu-Definition

Zahlungsunfähigkeit und ein Schuldenmoratorium erklären. Die Zentralbank, die lange den Peso-Wert zu stützen versuchte, musste sich „angesichts der drohenden Erschöpfung ihrer Reserven im Februar 1982 vom Devisenmarkt zurückziehen“ (Ehrke 1983 in Imbusch 1988: 33f.).

45 Zwar mag es widersprüchlich scheinen, dass die harte Austeritätspolitik auf der einen Seite von einer Verstaatlichung der Banken auf der anderen Seite begleitet wurde, die López Portillo 1982 noch verkündete und die den Interessen der finanzmarktorientierten Gruppen frontal zu widersprechen schien. Angesichts der eigentlich engen Beziehungen zwischen Regierung und Kapitalgruppen war die Bankenverstaatlichung zunächst ein Affront, wurde aber durch großzügige mit den Bankeneignern verhandelte Entschädigungen, die nur zehn Jahre später durchgesetzte Reprivatisierung und ein sich entwickelndes paralleles Finanzsystem bald entschärft. Der Bruch der engen Verflechtungen zwischen Exekutive und Kapitalgruppen war daher trotz ihrer Schärfe „nur eine kurze Phase“ (Anguiano 2010: 126f.; Imhof 2003).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Rolle des Staates in der Wirtschaft – verankern (vgl. Rousseau 2010: 254).[46] Doch ihr Projekt war auch innerhalb der alten Herrschaftsapparate bzw. der „revolutionären Familie“ nicht unumstritten (vgl. ebd.: 263; Fazio 1996: 27; Meyer 1995). Zumindest eine Zeitlang standen sich im Ringen um Rolle und apparatives Gefüge des Staates zwischen 1988 und 1994 eine traditionell verankerte, korporativistische (ehemals in der PRI dominante) Fraktion und eine Fraktion autoritär-neoliberaler Technokraten gegenüber, wenn auch die Grenzen nicht immer ganz klar zu ziehen sind. Keine dieser Fraktionen verfolgte ein demokratisches Projekt, und die *cacicazgos* bestanden fort (vgl. Fazio 1996: 27; Flores Pérez 2009: 91). Die Politik der radikalen Handelsliberalisierung konnte trotz steigender Exporte kaum die tiefliegenden Probleme der mexikanischen Wirtschaft – fehlende langfristige Investitionen und (technologische) Innovationen – beheben oder als Katalysator wirken, denn sie schuf keine internen Wertschöpfungsketten, und ca. 80% der Nettokapitalzuflüsse seit Beginn der 90er Jahre flossen in volatile Anleihen und Portfolio (vgl. Teichman 1995):

Dies war „certainly […] inadequate to develop Mexico's potential as an export platform of manufacturers over and above the assembling activities dependent on the tax-free entry of temporary imports to be reexported“ (Moreno Brid/Ros 2009: 166, 181ff.; Oliver Costilla/ Castro 2005: 58).

Hesketh (2010: 385) interpretiert die „neoliberale Wende“ der 1980er Jahre wie die Revolution von 1910 gramscianisch als ‚passive Revolution‘.[47] Der offizielle „Modernisierungs“-Diskurs betonte damals die Herauslösung der Unternehmen aus einer aufgeblähten staatlichen Bürokratie (*desincorporación*). Hatte die jahrzehntelange Revolutionsrhetorik gerade die koordinierende Rolle des Staates in der Wirtschaft hervorgehoben, so ersetzte Präsident Salinas (1988-94) das damit verbundene Versprechen von Wohlstand durch eines von Freiheit, Demokratie und staatsbürger-

46 Fundamental für die Neuzusammensetzung der Finanzgruppen und neuen Kräftekonstellationen innerhalb der herrschenden Klassen waren die Gründung des *Fideicomiso para la Cobertura de Riesgos Cambiarios* (FICORA, Trust für die Deckung von Wechselkursrisiken) und die Privatisierungen der *casas de bolsa*, ebenso wie die bereits vollzogene Sortierung des staatlichen Personals, das sich nun verstärkt aus im Ausland ausgebildeten, weltmarktorientierten Wirtschaftsfachleuten „neoliberal“-technokratischer Ausrichtung rekrutierte (vgl. Heigl 2011; Teichman 1995; Fairbrother 2007; Imhof 2003).

47 Hesketh (2010: 386f.) betont die Ambivalenz, in der Mexiko einerseits von der „Erfahrung des Kolonialismus“ geprägt und die Produktion staatlichen Raums „von vornherein stark von internationalen Kräften bestimmt“ wurde, und andererseits die Art und Weise entscheidend war, in der gesellschaftliche Kräfte in diesen Prozessen „innerhalb des nationalen Settings“ Initiative ergriffen oder reagierten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lichen Rechten (vgl. Rousseau 2010: 265; Vázquez Castillo 2004: 86). Protest gegen die Politik war nicht nur im „Anstieg der Arbeitslosigkeit, Stagnation oder Fall der Realeinkommen" begründet, „sondern die spezifische Leistung des ‚revolutionären Regimes', im Prinzip jedem in Mexiko ein Stück Land, einen Schulplatz, Trinkwasser, Krankenversorgung, eine Wohnung etc. in Aussicht zu stellen (‚Faktor Hoffnung'), [wurde] fast vollständig infrage gestellt" (Boris/Sterr 2002: 25). Die Krisenjahre ließen die Mittelklasse relativ ärmer werden; zwischen 1984 und 89 traten Einkommenspolarisierungen deutlicher zutage: Die Zahl der armen Haushalte stieg um ca. 10 Prozentpunkte auf 48 % (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 265). Der Symbolismus, der sich auf die „Revolutionsfamilie" und den Entwicklungsstaat stützte, die „Gründungsmythen" jenes mexikanischen *momento constitutivo* (Zavaleta 2009a), scheinen mit der Krise tatsächlich gescheitert.

III.2.3 Der Faktor Land: *Ejidos* oder Agrarindustrie?

Immer wieder erkämpften und verteidigten afromexikanische wie indigene Gemeinden vor und nach der Unabhängigkeit autonome Territorien (vgl. Vinson 2009: 3ff.). Beispiele sind San Lorenzo de los Negros in Veracruz, Maya-*territorios* in Quintana Roo oder Gemeinden in Guerrero und Oaxaca in der Pazifikregion. Staatlich-räumliche Strategien der Legislation machten Land vor allem im Porfiriat zur handelbaren Ware, in die ausländische Investitionen fließen konnten.[48] Laut Katz (1982) verloren bis 1910 mehr als 95% der kollektiv verwalteten, häufig indigenen Gemeinden ihr Land. Hier zeigt sich, dass im Produktionsmittel Land ein Kernproblem auch für die mexikanische Staatsformation liegt, Landbesitz wohlgemerkt

48 Dafür gab der Staat zwischen 1878 und 1908 30 Mio. Ha in Besitztiteln aus (Moreno Brid/Ros 2009: 63f.; vgl. Roux 2005: 88). Die Vergabe von *terrenos baldíos* (nicht bewirtschaftete Landflächen in Staatsbesitz) an Privatleute und Unternehmen schloss Ländereien in kollektivem Gemeindebesitz (*propiedad comunal*) ein. Das Gesetz Ley de Baldíos von 1894 erlaubte, existierende Gemeinschaftsverwaltungen (*ejidos*) besonders in Sonora, Coahuila und Chihuahua aufzuteilen (ebd.: 95). Das Porfiriat erkannte die kollektive Verwaltungseinheit der Gemeinden (corporaciones civiles) nicht mehr als juristische Person an und verunmöglichte ihnen Landbesitz (vgl. Bobrow-Strain 2007: 77ff.). Roux (2005: 95; vgl. Katz 1982: 26–32) spricht daher von der Umstrukturierung der Agrarstruktur in den letzten Jahren unter Díaz, die in Zentral-/Südmexiko (etwa in der Zuckerindustrie im Bundesstaat Morelos) einer Proletarisierung und Enteignung, im Norden der Formierung von lohnabhängigen Saison-Landarbeitern entsprach.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

als gesellschaftliches Verhältnis verstanden (Roux 2005: 62; Zavaleta 2009a).[49] Auch hier geht die gesellschaftliche Rolle von Land gerade für indigene Gemeinden weit über ein einfaches Produktionsmittel hinaus.[50] Roux (ebd.: 104ff.; vgl. Hamilton 1983; Tobler 2004) ordnet den heterogenen Kräften, die in der Revolutionsphase gegen Díaz und später gegeneinander kämpften, unterschiedliche politische Projekte zu, die sich alle zum Thema Landbesitz positionierten.[51] Doch die postrevolutionäre Phase regelte die Beziehungen auf völlig andere Weise als in Kolumbien: Die Figur des *ejido* entzog kleinbäuerliches Land zumindest teilweise kapitalistischen Wirtschaftskreisläufen; die Verregelung verhinderte – wenn auch nicht völlig

49 Die Umwälzung der mexikanischen Agrarstrukturen während des Porfiriats hat in Kolumbien wiederkehrende Zyklen von Siedlungsbewegungen und gewaltsamer Aneignung von Land im 19. Jahrhundert zum Gegenstück.

50 Ähnlich wie in der heutigen Vorstellung von *territorio* (Kap. I.3) hält Roux (2005: 62) fest, dass „[d]ie Gemeinde nicht nur einen Modus von Besitz und Nießbrauch der tierra" repräsentierte, „sondern eine Form gesellschaftlichen Verhältnisses: ein Modus der gesellschaftlichen Interaktion, in dem Handlungen und Gefühle selbstverständlich waren, ein Verständnis von Leben und Tod, eine Vorstellung von sich und anderen, ein Verhaltenskodex, eine Art Politik zu machen und eine öffentliche Moralvorstellung."

51 Besonders Venustiano Carranza, der sich 1913 nach dem Sturz Huertas zum Interimspräsidenten machte, und die bäuerliche Mobilisierung um Emiliano Zapata, deren Zentrum sich im südlichen Bundesstaat Morelos lokalisieren lässt, standen sich ab 1915 gegenüber. Carranza vertrat diejenigen, die die kapitalistische Entwicklung auf Basis von Privatbesitz weiterzutreiben suchten. Das antikapitalistische Projekt der südlichen bäuerlichen Aufstandsbewegung hatte die Rückgabe von Land an Gemeinden und deren autonome lokale Verwaltung zum Ziel: Sie einte ein antiklerikales, nationalistisches Projekt mit einer gerechteren Landverteilung und unterschiedlichen Modellen von Landbesitz als zentralen Elementen der Revolution; mit dem Plan de Ayala von 1911 proklamierten sie einen radikalen Bruch mit der kapitalistischen Tauschlogik. In der zapatistischen Vorstellung hat Land keinen Tausch-, sondern nur Gebrauchswert, kann also nicht veräußert werden. Die Entscheidung, ob es kollektiv oder individuell bestellt wird, wird auf lokaler Ebene getroffen (vgl. Roux 2005: 110f.). Ein drittes Projekt des progressiven Konstitutionalismus blieb innerhalb des Horizonts einer kapitalistischen Gesellschaft, machte aber Angebote zur Veränderung der Eigentumsbeziehungen. Dem Grundbesitzer Francisco Madero ging es nie um die Zerschlagung großer Haciendas, „was ich nie gedacht oder in meinen Reden angeboten habe" (Madero in ebd.: 106), auch wenn er kleinbäuerlichen Landbesitz als Entwicklungskatalysator ansah. Obwohl Villa und Zapata nach 1915 zeitweise gemeinsam die revolutionären Truppen um die Sonorenser Álvaro Obregón und Carranza bekämpften (vgl. ebd.: 69f.), vertrat Villa eher die Vorstellung einer Entwicklung mithilfe von Agrarunternehmen parallel zu kleinen Parzellen in Privatbesitz (ebd.: 105f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

– gewaltsame Aneignungen (vgl. Roux 2005: 190ff.). Die Agrarreform war tragendes „Diskurselement" (Mallon 1994: 73) der postrevolutionären Phase und musste, obwohl die Umsetzung regional sehr unterschiedlich verlief, die Vorstellung der Grundbesitzer von Produktion, die sich auf das ‚Urbarmachen' und auf Kapitalakkumulation durch Landwirtschaft stützte, unterminieren – waren doch in ihrem eigenen Narrativ sie selbst diejenigen, die ‚Natur', wo zuvor ‚niemand' war, in ‚produktives' Land verwandelten, während die ‚Anderen' aus kulturellen Gründen ‚unproduktiv' blieben (vgl. Bobrow-Strain 2007: 161ff.). Tatsächlich war die Landverteilung über Jahrzehnte weit weniger ungleich als in den meisten lateinamerikanischen Ländern.

Dennoch zeigen sich gerade im *ejido* die Widersprüche der postrevolutionären Politik. Die Phasen in der mexikanischen Geschichte, in denen die Agrarpolitik dem Revolutionsmythos und der rhetorischen Unterstützung annähernd gerecht wurde, waren kurz.[52] Tatsächlich waren kollektiv bewirtschaftete *ejidos* eine kleine Minderheit; 95% der *ejido*-Flächen waren individuell bewirtschaftete und in die kapitalistischen Wirtschaftskreisläufe integrierte Parzellen (ebd.: 362; Vázquez Castillo 2004). Während es Kredite und Infrastrukturimpulse für *ejidos* gab, behielten Latifundistas häufig ihren lokalen politischen Einfluss und die besten Böden (Gilly 1971: 362f.). Die alten Abhängigkeitsverhältnisse blieben bestehen, wenn *ejido*-Haushalte ihr Einkommen durch zusätzliche Lohnarbeit in größeren Agrarunternehmen aufbesserten. Insofern waren *ejidos* einerseits integratives Herrschaftsmoment und statt dem Ort der politischen Artikulation und Partizipation eher Legitimationsraum eines übergriffigen Zentralstaates,[53] produzierten aber wie die Agrarindustrie einen Teil der im Land benötigten Nahrungsmittel (Mallon 1994: 89; vgl. Bobrow-Strain 2007: 172f.). Zugleich mussten angesichts der schwachen Steuerbasis Mittel für die importsubstituierende Industrialisierung aus Agrarexporten kommen. Exportorientierte *haciendas* (z.B. in der Zuckerindustrie) wurden häufig von der Enteignung ausgenommen; Großgrundbesitzer konnten ihre Tätigkeiten in

52 Erst die Regierung Cárdenas verteilte etwa 18 Millionen Hektar, mehr als insgesamt seit Beginn der Revolution (Moreno Brid/Ros 2009: 86). Dann machten Ejidos etwa 45 % der mexikanischen Agrarfläche aus (Gilly 1971: 362).

53 Die Repräsentationsorgane für die Bauernschaft waren zugleich Organisierungsmöglichkeit wie Herrschaftsinstrument (vgl. Gilly 1971: 365; Anguiano 2010: 38; Bartra 1976: 130): Alle *ejidatarios* wurden obligatorisch Mitglieder in der 1936 gegründeten CNC (Confederación Nacional Campesino). Das von der *Ejido*-Versammlung gewählte Kommissariat als Verwaltungs- und Repräsentationskanal zu korrumpieren wurde alltägliche Praxis (ebd.: 362). Kollektiv wirtschaftende indigene Gemeinden mit der Forderung nach Land und Autonomie mussten dies widersprüchlich wahrnehmen (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 86; Roux 2005; Gilly 1971; Mallon 1994).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Richtung Finanzsektor, Bauwirtschaft oder Industrie diversifizieren (vgl. Hesketh 2010: 393).

Ab den 1940er Jahren waren die Ejidos der Logik kapitalistischer Industrieakkumulation untergeordnet.[54] Laut Schüren (2003: 80) etablierten sich agrarindustriell organisierte Neo-Latifundien: In Chiapas, Veracruz und Yucatán diente ab 1940 wie in Kolumbien die Umwandlung von Haciendas in boomende Rinderfarmen – die den wachsenden Fleischkonsum der städtischen Bevölkerung bedienten – als Antwort auf die Landreformen, die indirekt die Arbeitskräfte verteuerten (vgl. Bobrow-Strain 2007: 109f.). *ejido*-Sektor und kleinbäuerlicher Landbesitz beschäftigten noch in den 1960er Jahren 70 % der ländlichen Arbeitskräfte, erhielten aber nur 38 % der Agrarinvestitionen. Bis 1990, so Díaz Cayeros (2012: 244), wurde über die Hälfte des mexikanischen Territoriums verteilt, obwohl nur ein kleiner Teil des Bodens für die Landwirtschaft geeignet und die bäuerliche Wirtschaft somit von staatlichen Subventionen und Düngemitteln abhängig blieb.

Die Verfassungsänderung von 1992 stellte die Idee eines ‚sozialen Landsektors' auf den Kopf und öffnete das Feld für die Transformation der Besitzverhältnisse und Kapitalisierung im Agrarsektor, ob durch Kauf und Verpachtung von Land, den Zusammenschluss mit Privaten oder die offene Vertreibung von Kleinbauern und Gemeinden (Anguiano 2010: 154; vgl. de Ita 2006; Lozano Tovar et al. 2009). *Ejidos* und staatliches Land, die grundlegend für die Stabilität der binnenmarktorientierten Strategie gewesen waren, „wurden jetzt zu Räumen, mittels derer das Kapitalverhältnis ausgeweitet werden konnte" (Hesketh 2010: 401). Der Faktor Land als materielle Basis des Herrschaftsverhältnisses – laut Roux (2005) wichtiger als das Lohnverhältnis! – veränderte sich grundlegend. Die Akzeptanz des sogenannten PROCEDE-Programms in kleinbäuerlichen Sektoren war gering (de Ita 2006: 158); die indigenen Zapatistas (EZLN) in Chiapas nannten diese Inwertsetzung von Land einen wesentlichen „Katalysator in den Gemeinden" für ihren bewaffneten Aufstand ab 1994. Sie habe den legalen Zugang zu Land praktisch versperrt (Subc. Marcos zit. in Fazio 1996: 132). Ihre Rebellion war u.a. direkte Antwort auf die Umstrukturierungen im ländlichen Raum. Die Regierung bekämpfte die EZLN zwar umgehend militärisch und mithilfe des Geheimdienstes CISEN und paramilitärischer Gruppen, konnte aber in der komplizierten Gemengelage kaum offen militärisch vorgehen (Fazio 1996; Sterr 2008): Es standen sich erstens ein Projekt der radikalen wirtschaftlichen Umstrukturierung, zweitens eine junge Auf-

54 Die Partei unterstützte *ejidos* zwar rhetorisch, ordnete sie aber klar der Logik kapitalistischer Industrieakkumulation unter. Kollektiv wirtschaftenden *ejidos*, die nun eher als Entwicklungshemmnis galten, entzog sie die Kreditunterstützungen und die gerade im Norden wichtige Kontrolle über die Wasserversorgung, während sie für Privatbesitz der Kreditzugang erleichterte und durch *certificados de inafectabilidad* ganze Sektoren vor der Enteignung schützte (vgl. Loyola Díaz/Martínez 2010: 51).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

standsbewegung bisher unbekannter Form, die die internationale Aufmerksamkeit auf sich zog und explizit Elemente der wirtschaftlichen Umstrukturierung kritisierte, drittens die Herrschaft einer seit Jahrzehnten autoritär regierenden Staatspartei und viertens mit der neu entstandenen PRD eine neue linksliberale Partei gegenüber, die sich trotz gegen sie gerichteter Gewalt als politische Kraft etablieren konnte (vgl. Fazio 1996: 35; Meyer 1995).

Doch besonders das Zusammenspiel der Verfassungsänderung mit den Konsequenzen der Marktöffnung und des Freihandelsvertrags veränderte die Bedingungen für Landbesitz: Die Abschaffung von Preisgarantien für viele Grundnahrungsmittel und die Importliberalisierung sorgten für massiven Nahrungsmittelzustrom aus den USA. Subventionsprogramme wie PROCAMPO und Investitionsprogramme zur Produktivitätssteigerung federten die Auswirkungen kaum ab (vgl. Moreno Brid/ Ros 2009: 171f.; Anguiano 2010; Roux 2005): Große Teile der Bauernschaft konnten ihr Überleben auf den fragmentierten Parzellen nicht mehr sichern, so dass eine der größten grenzüberschreitenden Wanderbewegungen der Welt heute von Mexiko und Zentralamerika in die USA stattfindet. Viele mexikanische Familien decken essentielle Ausgaben über Rücküberweisungen von Angehörigen ab. Nur in Chiapas mündeten die indigenen Kämpfe um Land Mitte der 90er Jahre teilweise doch in die geregelte Enteignung großer ungenutzter Privatflächen (vgl. Bobrow-Strain 2007: 139ff.).[55]

III.2.4 Im Kern informeller Machtbeziehungen: Dispersion der Gewalt

Die „Unverbundenheit der Gesellschaft“ (Zavaleta 2009a) und „Dispersion der Gewaltmittel“ resultierte in „Gelegenheitsstrukturen für lokale politische Machtzentren“ (Müller 2012: 34). Auf regionaler Ebene ist der Gouverneur noch heute Schlüsselakteur, Mittler und Kontrollinstanz zwischen institutionellen Ebenen (Rivelois 2004: 263). Deshalb ist es wesentlich, nach fortbestehenden Ausbeutungs-

55 Bobrow-Strain (2007) interpretiert die veränderten Produktionsverhältnisse als Grundlage veränderter Kräfteverhältnisse in Chiapas, als zwar die Verknüpfung zwischen landbesitzenden herrschenden Fraktionen, repressiven Produktionsregimen und Gewalt bestehen bleibe (ebd.: 4), viele Landbesitzende aber im Spannungsverhältnis zwischen nun organisierteren indigenen Kämpfen um *territorio* und schwindenden Perspektiven für ihre langjährige Rinderwirtschaft standen. Sie stellten offensichtlich nicht mehr den entscheidende ‚intermediäre‘ Nexus zwischen ländlichem Raum (Indigenen) und Staat dar (ebd.: 9f.). Dies verdeutlicht sowohl die materiellen Bedingungen der Konflikte in Chiapas als auch ethnisierende Konstruktionen von Produktivität bzw. diskursive Versuche der Landbesitzenden, die eigene Position im Herrschaftsverhältnis zu legitimieren.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verhältnissen der mit der Revolutionsfamilie unverbundenen Gesellschaftssegmente zu fragen. Einerseits wurde Gewalt durchgehend gegen die „außerhalb Stehenden" eingesetzt (vgl. Pansters 2012a); andererseits fanden sich Subalterne durchaus in „Mittler"-Institutionen wie Gewerkschaften wieder (vgl. Zavaleta 2009a). Im strengen Wortsinn war die PRI zunächst weniger eine politische Partei als vielmehr eine Zentralagentur, die den mexikanischen Staat als Ganzen verkörperte. Wahlen dienten dabei nicht dazu, die Regierung mit einer tatsächlichen Opposition zu konfrontieren, sondern Loyalität zu erneuern, wozu wie während des Porfiriats u.a. die Korruption diente (vgl. Meyer 1977: 4ff.). Schlüsselelement war eine Exekutive mit enorm weitreichenden Kompetenzen. Die Vorherrschaft der Exekutive über Judikative und Legislative hatte sich mit der Revolution nicht geändert; beispielsweise widersprach der Oberste Gerichtshof den Maßnahmen der post-revolutionären Präsidenten der PRI mit wenigen Ausnahmen nie (vgl. ebd.: 11), u.a. da der Präsident das Personal der Judikative teils bestimmte (vgl. Flores Pérez 2009: 89; Sterr 2008: 24). Die Absorption der radikaleren linken Kräfte in die Staatspartei (oder den parteiförmigen Staatsapparat) verhinderte eine linke Opposition außerhalb, das Einbeziehen der moderaten und rechtsgerichteter Kräfte verhinderte eine weiter gehende Politik bereits unter Cárdenas (vgl. Hamilton 1983: 253). Die vorhandenen Arbeiterorganisationen und Kanäle zementierten korporativistische Repräsentation, während die herrschenden Fraktionen alles einhegten, was in eine vom Staat unabhängige Organisierung der Arbeiterbewegung hätte münden können (Díaz Cayeros 2012: 250; vgl. Gilly 1971: 347ff.).

Das Präsidentenamt (nicht die Person des Präsidenten) stand als paternalistische Institution praktisch über der Verfassung und war integrativer Bestandteil des Modells (vgl. Ávalos Tenorio 2009b: 62–67). Zwar sind sich die Autor/-innen einig, der jeweilige Präsident habe Einfluss auf die politischen Karrieren praktisch aller Parteimitglieder und über die Aufstellung von Kandidaten auch auf die beiden parlamentarischen Kammern gehabt. Maldonado (2012: 7) warnt jedoch davor, das PRI-Modell allzu zentralistisch, personalistisch und homogen zu sehen, sondern schließt sich Serrano/Palacios (2010) und Flores Pérez (2009) an, dass der Staat weiterhin in einer Art politischen „Arbeitsteilung" (Braig/Müller 2008: 391; vgl. Knight 1990: 4ff.) lokalen Herrschaftsapparaten strategische Konzessionen gewährte. Gerade die Flexibilität des PRI-Regimes und der „metropolitanen" Koalition (Braig/Müller 2008: 391) konnte lokale und regionale *Caciques* in permanenter Aushandlung über lange Zeit einbinden (vgl. Maldonado Aranda 2010a). Diese regional herrschenden Fraktionen regierten den ländlichen Raum mit verhältnismäßig großer Autonomie[56] und agierten immer wieder in Grenzräumen des Legalen/Illegalen – der Zentralstaat tolerierte durchgehend deren individuelle Akkumulations-

56 Hier spielten Grundbesitzer als Intermediäre weiterhin eine Rolle.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tätigkeit, illegale Praktiken und den Einsatz selektiver Gewalt (vgl. Müller 2012: 35).

Allgemein unterlaufe Informalität beständig die formal-legale Dimension, und einerseits diente der Rückgriff auf formal-legale Ressourcen immer wieder dazu, in informelle Politiken zu intervenieren, andererseits konstituiere der rechtliche Bereich in Mexiko ein „Terrain, wo ‚illegale Praktiken Gesetze produzieren und extralegale Lösungen in den rechtlichen Prozess transferiert werden'", so Müller (2012: 36). D.h., Gesetze garantierten keineswegs die Einhegung der Machtausübung gegenüber den Beherrschten (Flores Pérez 2009: 85). Wenn auch auf die Revolution als zentralem diskursivem Element zur Einbindung der Subalternen immer wieder zurückgegriffen wurde, so blieb politische Gewalt neben der „systematischen Abwertung oppositioneller politischer Betätigung" (Sterr 2008: 24) als Instrument zentralstaatlicher Apparate bestehen, um oppositionelle Kräfte zu desartikulieren. Diese brachten ohnehin das Modell PRI bis 1968 nie in Bedrängnis (Flores Pérez 2009: 92; Sterr 2008: 24),[57] obschon ab den 1950er Jahren die repressiven Elemente zur Kontrolle dissidenter Gruppen deutlich in den Vordergrund traten. Roux (2005: 214) zufolge funktionierte die Gewerkschaftsbürokratie nun teilweise als „direkte Transmissionsriemen des Kapitals in die Gewerkschaften".[58] Zugleich war staatliche Politik über die offiziellen Arbeiter- und Bauernorganisationen kanalisiert, so dass eine Nicht-Mitgliedschaft massive Nachteile bringen konnte (vgl. Díaz Cayeros 2012: 246):

„Die Gewerkschaftsführungen, die Kooptation ablehnten […], wurden zerschlagen und verfolgt, Aktivisten und Politiker waren Einschüchterungen und Gewalt ausgesetzt, Repression in vielfältiger Form erledigten die Bürokratien selbst (*grupos de choque*, schwarze Listen, Bestrafungen, Ausschlussmechanismen oder der legalisierte Entzug der Mitgliedschaft […]) und weitere differenzierte Organe des Staates (Ministerien, die mit sozialen Fragen betraut waren, Justiz- und Repressionsorgane)." (Anguiano 2010: 43).

57 Zunächst hatte in den 60er Jahren das gefestigte PRI-Modell den größten Erfolg. Moreno Brid/Ros (2009: 107f.) belegen die Verbesserung der Lebensstandards. Zwischen 1960 und 1970 vervielfachte sich die Zahl der Fernsehgeräte, Telefone und PKWs, die Armutsrate fiel von 64,3 % (1956) auf 24,3 % (1968) (ebd.: 111f.). Dennoch wuchsen die Reallöhne nicht entsprechend (Boris 1996); langfristig forderten die veränderten Sozialstrukturen, etwa die ausdifferenzierte städtische Mittelschicht mit besserer Bildung, Veränderungen in den Herrschaftsmodalitäten. Stattdessen wurden Räume der Aushandlung von Kompromissen weiter geschlossen.

58 Das Arbeitsministerium schrieb sich in das veränderte Arbeitsgesetz ein Vetorecht bei der Besetzung der Gewerkschaftsführungen hinein. Kooptationsstrategien verkehrten die Funktion der Vertretungsgremien als Repräsentation der Basis und bezogen sie stattdessen in die Partei-Strukturen ein.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

War das Projekt vorher nahezu hegemonial gewesen, so zeigten sich jetzt Risse: Als 1968 während der Präsidentschaft von Díaz Ordaz (1964-1970) staatliche Kräfte demonstrierende Studierende in Mexico-Stadt (Tlatelolco) erschossen und dabei irreguläre paramilitärische Kräfte wie das Batallón Olimpia einsetzten, war dies ein Wendepunkt (vgl. Anguiano 2010: 19ff.). Die alte Ordnung begann zu splittern. Paramilitärische Gruppen oder allgemein extralegale Gewaltakteure wurden auch in Mexiko bei praktisch garantierter Straflosigkeit immer wieder eingesetzt, wenn es von staatlicher Seite zur Herrschaftsreproduktion notwendig schien (vgl. Anguiano 2010: 70f.). So führte der mexikanische Staat in den 1970er Jahren einen schmutzigen Krieg (*guerra sucia*) gegen ländliche Dissidenten, Aktivist/-innen und Guerilla-Gruppen in Guerrero, Veracruz oder Chiapas: Die Existenz bewaffneter Bewegungen diente der Legitimation von Zentralisierung und Verstärkung von Armee und Polizeien, aber auch dazu eine *counterinsurgency*-Logik in allen Sicherheitsapparaten einzuführen. Todesflüge wie während der Militärdiktatur in Argentinien, Verschwindenlassen und selektive Morde fanden in Mexiko etwa zur gleichen Zeit ebenfalls statt (vgl. Fiscalía Especial para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado (FEMOSPP) 2006, Aristegui Noticias 2012b). Die Relation von Staat, Recht und Gewalt ist damit insofern eine ähnliche wie bereits für Kolumbien skizziert, als der strukturelle Rekurs auf Extralegalität immer wieder herrschaftssichernd wirkte (Poulantzas 2002: 113f.; vgl. ausführlich Pansters 2012b).

III.2.5 Strukturveränderungen ab den 1980er Jahren – der Bruch mit dem alten Modell

Der von IWF-Strukturanpassungsprogrammen begleitete komplexe Transformationsprozess ab der Schuldenkrise 1982 umfasste nicht nur eine beschleunigte Internationalisierung, sondern einen Umbau der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitsverhältnisse (Anguiano 2010: 153). War die PRI „vermittelndes Konsensorgan und die Achse politischer und gesellschaftlicher Kontrolle“ (Flores Pérez 2009: 85) gewesen, kann die Tatsache, dass mit diesen Einschnitten die gesellschaftliche Zustimmung nicht zusammenbrach, zum Teil mit der Existenz von Ventilen wie der massiven Emigration und Rücküberweisungen, der Schwäche der jahrzehntelang eingebundenen, kooptierten Gewerkschaften, und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten in der illegalen Ökonomie erklärt werden. Bereits ab den 80er Jahren bot der Drogenanbau in Sinaloa und Guerrero sowohl Ausweg wie Aufstiegsmöglichkeiten für bäuerliche Familien (Maldonado Aranda 2012: 18).

Umstrukturierungen gab es auch innerhalb der herrschenden Fraktionen: Transnational orientierte Großunternehmen gewannen an wirtschaftlicher Stärke, während die Vertreter der jetzt privatisierten Staatsbetriebe an (politischer) Macht ver-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

loren. Grundlegend veränderten die gestärkten Finanzkapitalgruppen die Kräfteverhältnisse besonders während der Präsidentschaft Salinas nachhaltig. Schon vor 1982 genossen finanz- und weltmarktorientierte Gruppen Privilegien (freie Währungskonvertibilität, anonymisierter Aktienbesitz, Steuererleichterungen, Investitionsgarantien) und stärkten ihre Position, doch nach 1988 setzten sich die Regierungen noch offensichtlicher zugunsten dieser kapitaltragenden Gruppen ein (Imbusch 1988: 43; vgl. Anguiano 2010: 150ff.; Imhof 2003: 103f.). Institutionell verankerten sie die Ausrichtung über die Auflösung des Planungsministeriums 1992 (das seine Aufgaben dem Finanzministerium übergab) und die verfassungsmäßige Festschreibung der Autonomie der Zentralbank 1994. Das Staatspersonal kam zunehmend aus dem Umfeld des Finanzministeriums (Heigl 2011: 140; Teichman 1995). Parteipolitisch schlug sich die „Macht der wirtschaftlichen Krisengewinner" (Imhof 2003: 104) im Aufschwung der rechtskonservativen PAN nieder.[59] Diese war nun nicht mehr nur legitimatorische Opposition; die marktorientierte Politik erlaubte es Unternehmern, aus den alten Patronagesystemen hinauszutreten. Ein Drei-Parteiensystem kosolidierte sich zusehends. So bestehen zwar Elemente des PRI-Regimes fort, aber doch mit erheblichen Brüchen.

Dass der allergrößte Teil der ausländischen Investitionen hochvolatiles Portfolio-Investment ist[60] und die Investitionsquote im Land sank (die Zinsen blieben zwar hoch, um Kapital anzuziehen, drückten national aber das Investitionsniveau), zeigt, dass langfristige Investitionen kaum getätigt werden (Imhof 2003: 108; Moreno Brid/Ros 2009: 200). Die Art der Einbindung in den Weltmarkt wurde insofern seit den 70er Jahren grundlegend umgebaut; Anguiano (2010), Costilla (2009) oder Boris/Sterr (2002) betonen die enge Ankopplung an die US-Wirtschaft – in der die Vervollständigung von Produkten in Mexiko, viele der kapital- und technologieintensiven Prozesse aber in Zentren der Hightechindustrie der USA stattfinden, was zu praktisch symmetrischen Wachstums- und Rezessionszyklen führe.

Den vollständigen Austausch der Entwicklungsstrategien bis in die frühen 90er Jahre und die Strukturanpassungsprogramme des IWF trieb wohl kein anderes lateinamerikanisches Land so rasch und einschneidend voran – war es doch die Ansicht der inzwischen dominierenden liberalen, außenorientierten Gruppen innerhalb der PRI, protektionistische und interventionistische Politik habe die Krise erst verursacht (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 162). Die Legitimationsverluste des PRI-Regimes äußerten sich dagegen in der breiten Unterstützung für die Bewegung um Cuauhtémoc Cárdenas. Er trat 1988 nach der Abspaltung der Corriente Democrática von der PRI als Präsidentschaftskandidat eines Linksbündnisses an und wurde wohl nur aufgrund von massiver Wahlfälschung nicht Präsident. Die Wahlen 1988

59 Mehr als 80 % der im Jahr 2006 gezählten PAN-Mitglieder traten ihr erst in den 80er und 90er Jahren bei (Hernández Vicencia 2006: 657).

60 kurzfristiges Portfolio-Investment stieg zwischen 1989-93 um 8000 % (Teichman 1995).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

als „Resonanzkörper“ (Rousseau 2010: 261), die Gründung der Partido de la Revolución Democrática (PRD) durch PRI-Dissidenten um Cárdenas und Straßenproteste unterstrichen die schwindende Kohäsionsfähigkeit der PRI. Entsprechend suchte die Regierung Salinas de Gortari mit sozialen Transfer-Programmen wie PRONASOL die Strukturreformen sozial abzufedern, denn es galt,

„die traditionell in der PRI eingebundene Arbeiterklasse und die Bauern durch die infolge der wirtschaftlichen Umbrüche neu entstandene soziale Schicht -- Angehörige des informellen Sektors, ländliche Lohnarbeiter und untere Mittelschicht -- zu ersetzen.“ (Imhof 2003: 104).

Bayón (2008: 152ff.) zeigt, wie informelle Arbeitsverhältnisse, die bereits seit Jahrzehnten eine Rolle für die Haushaltseinkommen spielten, zur Regel, die Einkommensverteilung ungleicher wurden. Die Einstellung vornehmlich von Frauen in Maquilas hat zum Begriff der Feminisierung von Arbeit geführt; sozialer Aufstieg über Arbeit wurde zur Ausnahme. Die Gewerkschaften gingen zwar geschwächt aus der Umstrukturierung heraus. Im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern blieben deren korporativistisch-klientelistischen Netzwerke aber wichtige Knotenpunkte und wurden nur personell neu besetzt. Gegen unabhängig gewerkschaftlich Organisierte ging die Regierung repressiv vor, suchte diese aber auch über Verhandlungen einzubinden.

Anlagemärkte blieben so gestaltet, dass sie die ökonomische Macht begrenzt hielten (vgl. Díaz Cayeros 2012: 250). Der Zugang zur Börse blieb stark eingeschränkt, was auch für das Bankensystem gilt:[61] Da in vielen Industriekonglomeraten Mexikos (grupos) Finanzinstitutionen angegliedert sind, ist eine effiziente und wirksame Kreditkontrolle praktisch unmöglich (vgl. Imhof 2003: 95). Die meisten kleineren Unternehmen sind auf Familienersparnisse, Kredite von Franchisegebern oder informelle Kreditvergabenetzwerke außerhalb des institutionellen Rahmenwerks angewiesen, was zugleich ihren Zugang zu Schutzdienstleistungen erschwert: Stattdessen sind informelle Schutzzahlungen an Polizei oder kommunale Zuständige die Regel (Díaz Cayeros 2012: 246). Die Reformen ab den 1980er Jahren verschärften diese Schwäche und die Schieflage hin zu indirekten Steuern (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 150). Besonders die Steuerbelastung für die größeren Unternehmen des privaten Sektors und oberen Dezile der Bevölkerung, die ohnehin bei Auftrags- und Lizenzvergabe profitieren, ist gering. Gerade der Bergbausektor wird kaum besteuert; Mexiko war bislang eine Ausnahme angesichts der Tatsache, dass Bergbauunternehmen bis 2014 keine Royalties (Abgaben auf die Fördermen-

61 1966 gab es 66 gelistete Firmen, 1997 132 (mit Finanzinstitutionen). Neu gelistete Firmen resultierten teils aus Privatisierungen der 80er Jahre. 6 der gelisteten Firmen gehören einer Person: Carlos Slim (Díaz Cayeros 2012: 12f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ge), sondern Gewinnsteuern und eine einmalige Abgabe pro Hektar der Konzession zahlten (GTAI 2011).

Unter diesen Bedingungen wurde Anfang der 1990er Jahre der Nordamerikanische Freihandelsvertrag NAFTA ausgehandelt. Die Struktur des Verhandlungsprozesses mit informellen Koordinationsgremien, Senatsanhörungen und Kommissionen begünstigte die Befürworter; die heterogenen Kapitalfraktionen verhandelten praktisch selbst mit.[62] Nun unterstützten auch die in Subventions- und Loyalitätsbeziehungen gefangenen Mittelstandsvertretungen CONCAMIN und CANACINTRA offen den Freihandelsvertrag (vgl. Fairbrother 2007: 278–283). Der Vertrag sicherte Investitionsgarantien zu und verlagerte Elemente der Rechtsprechung über Schlichtungsverfahren auf die supranationale Ebene, ganz wie Hirsch (2005: 158f.) konstatiert: Er war die vertragliche Garantie, dass die ökonomische Ausrichtung sich einem möglichen Regierungswechsel entziehen würde (vgl. Rousseau 2010: 275). Der Vetrag kann damit als Hebel „für die Neuformierung einer Herrschaftskoalition" gelten, „die nun vor allem die Großbourgeoisie, export- und importorientierte Teile des Handelsbürgertums, Teile der Mittelschicht sowie Spitzenbürokraten bzw. -technokraten einschließen sollte" (Poitras/Robinson 1994:10 zit. in Boris 1996: 91). Für diese verbesserte sich der Zugang zum institutionellen Terrain wesentlich und langfristig (vgl. Heigl 2011: 143), während breite Bevölkerungssegmente diesen verloren.

Dass es trotz PRI-interner Spannungen somit ein neues „Vertrauen" der Unternehmerschaft auf Basis des langfristigen neoliberalen Umbaus unter Salinas gab (Anguiano 2010: 150ff.), zeigen die engen strategischen Allianzen zwischen PRI und PAN; die Interessenkonvergenz zwischen Expräsidenten, Finanzsektor, Gouverneuren und Kapitalfraktionen schien bereits 1994 einen relativen herrschenden Block mit beiden Parteien zu schaffen. Doch zugleich führten Wahlrechtsreformen als Antwort auf den chiapanekischen Konflikt und die Aufgabe der Kontrolle über die Wahlaufsichtsbehörden tatsächlich zu glaubhaft größerer Pluralität und Transparenz (Aziz 2009: 22).

62 Zentrale Akteure mit Interesse an einer Vertiefung der Tendenzen waren transnational orientierte Großunternehmen aus Nordmexiko und Verbände wie der Nationale Zusammenschluss der Importeure und Exporteure und die kleine Gruppe CEOs der Großunternehmen (*Hombres de Negocios*): Unternehmen mit ausländischer Beteiligung erhofften sich economies of scale. Kleinere Firmen aus anderen Landesteilen spielten eine randständigere Rolle und unterlagen ohnehin häufig nicht-tarifären Handelshemmnissen, so dass Fairbrother (2007: 271f.) von Spannungen zwischen verschiedenen Unternehmerfraktionen spricht. Von der noch 1987 festgesetzten Fixierung Peso/Dollar mit einer klaren Überbewertung des Peso hatten zunächst Konsumenten der Mittelschichten profitiert, da die Importe aus den USA sich verbilligten. Im NAFTA-Verhandlungsprozess geriet die Stabilität der Währung allerdings zum Argument für die Unterzeichnung (Imhof 2003: 107).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mit dem Parteienwechsel im Jahr 2000 weckte schließlich der Kandidat der PAN Vicente Fox, der sich auf eine Mischung aus Hoffnung auf Demokratisierung, Marketingstrategien, und die unternehmerisch geführte, nur teilweise der PAN angehörige Bewegung Amigos de Fox stützte, hohe Erwartungen (vgl. Hernández Vicencia 2006: 638ff.; Boris/Sterr 2002). Endlich schien die Durchsetzung eines demokratischen Projekts möglich; der alte Herrschaftsmodus über die Staatspartei war beendet – endlich schienen sich vielfältige Forderungen in Veränderungen in den staatlichen Apparaten und in staatliche Politik zu übersetzen. Die Hoffnungen fielen allerdings rasch in sich zusammen. PAN-intern kritisierte man, das Staatspersonal bestehe weiterhin in einer großen Anzahl Priístas und Wirtschaftsnahen (Nava Vázquez 2009: 209; Sterr 2008: 33). Andererseits verstärkte Fox (nach zunächst einem eher heterogenen Kabinett) die Position der Extremrechten in der Partei (Grupo Guanajuato), „increasingly identifying the party with a form of right-wing politics that was closely associated with anti-statist forms" (Dawson 2011: 68). Erstarkte Gouverneure erreichten die Dezentralisierung der Ölrenten (im Gegensatz zur Umverteilung der Staatsausgaben) (Díaz Cayeros 2012: 249).[63] Das Abkommen von San Andrés mit der EZLN verabschiedete der Kongress schließlich in so verzerrter Form, dass letztere die Unterzeichnung verweigerten und Fox sein Versprechen, den Konflikt rasch zu „befrieden", nicht einhalten konnte. Während Sterr (2008: 28) von einer „post-korporatistischen Stabilität" bis 2005 spricht, deutet Pimmer (2010: 28f.) bereits die Zwischenwahlen von 2003 als Moment, in dem der Unmut über gebrochene Demokratieversprechen offen zum Ausdruck kam: Die tatsächliche Autonomie der Wahlkommission IFE endete 2003 bereits mit einer faktischen Vereinnahmung durch PAN und PRI. Die anfängliche Dialogbereitschaft der Regierung Fox mit außerparlamentarischen Akteuren endete 2006 mit extrem repressiven Vorgehensweisen gegen die flughafenkritische Bewegung in Atenco, der Niederschlagung von Protesten in Oaxaca und einer Angstkampagne gegen den PRD-Kandidaten Andrés Manuel López Obrador. Noch unter Fox begann zudem 2005 das Programm México Seguro, innerhalb dessen Militärs Teile der kommunalen Polizeien ersetzen sollen, denen Verbindungen zum Drogenhandel vorgeworfen wurden.

III.2.6 Fazit: Staatlichkeit in Mexiko

Allgemein ist wohl der Einschätzung zuzustimmen, dass ein austarierendes System von arreglos zwischen Zentralstaat und lokalen, regionalen *Caciques* wie im Kolonialismus nach den Unabhängigkeitskämpfen weiter bestand. Bereits unter spani-

63 Angesichts dessen wirken die bereits lange präsenten Privatisierungsdiskurse und -tendenzen wie ein Anreiz zum weiteren Abbau staatlicher Versorgungsstrukturen und Investitionen (vgl. die Studie von Heigl 2009).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

scher Herrschaft hatten die von Mexiko-Stadt aus eingesetzten bewaffneten Kräfte am ehesten dazu gedient, die Interessen ländlich herrschender Gruppen durchsetzen. Etwas anders als Meyer (1977: 12, 1995: 244f.) konstatiert, wird deshalb hier mit Müller (2012: 35) von Mexiko als einem „verhandelten Staat" ausgegangen, in dem eine spezifische Herrschaftsmodalität lokale Machtzentren besonders durch Aushandlungsprozesse integrierte und über informelle Kanäle positive Anreize wie Patronage und weitere materielle Zugeständnisse schuf.

Was dann mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die PAN für eine langsame Demokratisierung gehalten und als gesellschaftlicher Erfolg über die autoritäre Staatspartei interpretiert wurde (Aziz Nassif 2009: 27), zeigte bereits während der ersten Jahre der *alternancia* von Demokratie weit entfernte Bedingungen des Ringens um Herrschaft. Politische Projekte wurden längst an institutionellen Räume vorbei realisiert; die *arreglos* mit den korporativistischen Gewerkschaftsstrukturen übernahm die PAN von der PRI. Unzufriedenheit mit dieser Politik findet kaum ein Echo innerhalb der staatlichen Apparate (vgl. Gandarilla Salgado et al. 2012: 131ff.); die finanzmarktorientierten Fraktionen hatten sich weitgehend konsolidiert. Die Steuerbasis blieb schwach; Mexiko behielt eine der geringsten Steuerlasten in Lateinamerika um 10 % des BIP (CEPALSTAT 2013a), obwohl die Hegemonie der PRI eine relative Steuerzentralisierung als ‚Arrangement' zwischen nationaler und regionaler Ebene erlaubte und die Bundesstaaten fiskalisch abhängig machte (Díaz Cayeros 2006: 96). Zwar verfolgte die PRI zwischen den 1930er und 70er Jahren teilweise eine keynesianische Geldpolitik, doch die Besteuerung von Kapitalexporten, Unternehmensgewinnen und Luxusgütern blieb dauerhaft niedrig. Kapitalverkehrskontrollen gab es nicht, so dass die Kapitalflucht als politisches Druckmittel erhalten blieb (vgl. Imhof 2003: 93). Die formelle Ökonomie etablierte sich nicht als Steuerbasis. Weniger als ein Drittel der gezahlten Steuern bezog sich auf direkte Steuern, während der Hauptanteil auf Konsumsteuern (IVA) und andere indirekte Steuern entfiel. Einen Umverteilungseffekt durch Steuern gab und gibt es daher nicht (CEPALSTAT 2013a). Die Steuerflucht bzw. Steuervermeidung lag bei sehr hohen 40 bis 65 % (vgl. CEPAL 2010: 251ff.). Der Ölexport blieb vor Einkommens- und Mehrwertsteuern die größte Quelle öffentlicher Einnahmen, obwohl die anderen Wirtschaftszweige vom Öl nicht besonders abhängig seien, so Díaz Cayeros (2012: 247; vgl. Rivelois 2004: 264). Die Abhängigkeit des Staatshaushaltes von den über PEMEX generierten Einnahmen ist dagegen enorm; PEMEX trägt bisher ca. 35 % zum Haushalt bei (GTAI 2013).

Strategische Allianzen zwischen den beiden Parteien, deren Führungsebenen ohnehin ähnliche Interessen vertreten, konnten nun mit dem Vorteil getroffen werden, dass die Paradigmen aus der mexikanischen Revolution keine Differenz mehr darstellen (vgl. Nava Vázquez 2009: 209; Aziz Nassif 2009: 45; Díaz Cayeros 2012: 238). Die Personen an der Regierung änderten sich, nicht aber die „strukturelle Selektivität" des Staates. Stattdessen stellen diverse Autor/-innen die These einer

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

strukturellen Kontinuität auf: Die entscheidenden Gruppen, die politische und ökonomisch herrschende Sektoren besetzen, veränderten sich nicht mit der *alternancia*, sondern bereits zuvor: Brüche, veränderte institutionelle Selektivitäten müssen wir in den Umstrukturierungen der 1980er Jahre verorten (vgl. Aziz Nassif 2009: 45; Roux 2005; Boris/Sterr 2002). Ein politisch-ökonomisches Projekt des Wandels gab es mit der PAN nicht.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

IV Transformationen: Staatlichkeit und gesellschaftliche Kräfte

IV.1 Exkurs: „Organisierte Kriminalität“ und der Staat

Wohl keine Analyse der heutigen Situation in Kolumbien oder Mexiko kommt ohne den Hinweis aus, wie wichtig kriminelle Netzwerke in der Ökonomie der Länder sind.[1] Nicht umsonst stellt Pearce (2010: 289) die These auf, sie finde dort eine gewaltvolle (Un-)Ordnung vor, die sich auf legale und illegale Akkumulation stütze. Derlei Konstellationen sind eben nicht in Europa, sondern in Ländern wie Kolumbien oder Mexiko am sichtbarsten (dort kennt auch die Bevölkerung unregulierte Wege und Aufstiegskanäle) (vgl. Comaroff/Comaroff 2006: 6). Kapitel IV kommt, nachdem das vorangegangene Kapitel historische Grundlagen für die Dynamiken von Staatlichkeit geschaffen hat, auf eine Problematik zurück, die die Einleitung der Arbeit bereits ansprach: Die Verortung der „Organisierten Kriminalität“ als natürlicherweise außerhalb der legalen Wirtschaft und als „dunkles“ Gegenstück des Staates und der Stellenwert, den die Bekämpfung der „Drogenproblematik“ für die Beurteilung von Erfolg und Misserfolg eines Staates häufig einnimmt. Wenn die illegalen globalen Märkte so zentral sind für die beiden Fälle, wenn auch in unterschiedlicher Weise, dann haben sie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verän-

1 Castells (2010: 172) zum Beispiel verweist darauf, dass „Wirtschaft und Politik vieler Länder (wie Italien, Russland, die ehemaligen Sowjetrepubliken, Kolumbien, Mexiko […] nicht verstanden werden können, ohne die Dynamiken krimineller Netzwerke zu berücksichtigen, die in ihren alltäglichen Tätigkeiten präsent sind“. „In Ländern wie Kolumbien ist der Drogenhandel eine wichtige Devisenquelle, er sorgt für Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, die für weite Sektoren der legalen Ökonomie Gewinne und Arbeit bedeutet, und schöpft genügend Ressourcen, um alle Bereiche von Regierung und politischem System zu korrumpieren. Etwas Ähnliches zeigt sich langsam in Mexiko.“ (Sevares 2003: 21).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dert. Inwiefern ergaben sich für das Politikfeld Un-/Sicherheit relevante Kräfte- und Akteurskonstellationen in den beiden untersuchten Ländern? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns genauer mit den Rahmenbedingungen, Funktionen und Mechanismen von Akteuren der illegalen Ökonomie beschäftigen und tun dies auf Grundlage vorhandener Studien. Zusammenhänge dieser Art werden in der „westlichen" Theoriebildung selten sichtbar, machen aber einen großen Teil der Realität, also den der Forschung zugrunde liegenden Daten aus und dürfen daher nicht unbeachtet bleiben.

IV.1.1 Legale und illegale Akkumulation

> „Crime flourishes within the global market economy like a fish in the sea."
> (DICK 2009: 98).

Zunächst ist die Verortung der illegalen Ökonomie, die ja nicht nur den „Drogenhandel" umfasst, von Interesse. Dabei ist die Nord-Süd-Integration sowohl formaler/ legaler Art als auch informell/extralegal; auch hier spielen die veränderten Akkumulationsstrategien und Formen der Regulation eine Rolle: Lock (2003: 95) begreift dies als „Schattenglobalisierung" und damit zur wirtschaftsliberal ausgerichteten Regulationsweise spiegelbildliche Entwicklung. Wirtschaftliche Aktivität in der „Schattenökonomie" hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen, wird aber kaum in offiziellen Zahlen erfasst. Lock (ebd.: 110ff.) beschreibt die weltwirtschaftlichen Veränderungen mit dem Zusammenspiel von regulärem, informellem und kriminellem Sektor (hierzu ausführlich auch Altvater/Mahnkopf 2002): der reguläre Sektor hätte in einer rechtlichen Ordnung stattzufinden, „die Transaktionen für alle Marktteilnehmer berechenbar macht" (Lock 2003: 109). Angesichts der Abhängigkeit von Finanzmärkten schwindet aber die souverän steuerbare Grundlage; der reguläre Sektor schrumpft vielerorts, genauso wie das Steueraufkommen an direkten Steuern kleiner wird. Die vorhandenen Arbeitskräfte kann der reguläre Sektor nicht absorbieren; die früher auf eine Art Nationalökonomie gerichtete Steuerung hat teilweise ihren Gegenstand verloren (ebd.: 109). Der reguläre Sektor steht zudem über illegale Dienstleistungen (Schwarzarbeit), eingeschleustes Kapital oder Steuerflucht in dauerhaftem Austausch mit der informellen und der illegalen Ökonomie.

Im zweiten, informellen Sektor, bewegt sich die Mehrheit, weit mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung der Welt mit in den letzten Jahrzehnten stark steigender Tendenz. Der informelle Sektor absorbiert auch die aus der formellen Ökonomie ‚Herausgefallenen', dauerhaft ‚Marginalisierten'; in diesen Sektor

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hinein werden die Kosten für eine „Modernisierung unter Bedingungen der globalen Konkurrenz externalisiert“ (Altvater/Mahnkopf 2002: 155).[2] Der Rekurs auf Informalität ist dabei nicht punktuell, sondern permanente, strukturelle Erscheinung und zwar auch in transnationalen Unternehmen mit integrierten Wertschöpfungsketten. Ein großer Teil grenzüberschreitenden Handels wird informell abgewickelt. Als Teil des sehr dynamischen Sektors verweist Lock (2003: 110) z.B. auf die informell organisierte *remesa*-Wirtschaft, die in Lateinamerika sehr große Bedeutung hat. Direkte Steuern werden nicht entrichtet; Schutz vonseiten eines Zentralstaates oder die Versorgung mit öffentlichen Gütern wie z.B. Schulbildung sind kaum zu erwarten. Die Vermischung mit oder Ausbeutung durch kriminelle Akteure ist häufig. Wie die formalen Märkte gestaltet sind und kontrolliert werden, ist zentral für Größe und Dynamik informeller Märkte.

Den dritten Sektor, die offen kriminelle Ökonomie, beschreibt Lock (2003: 111) als „Geflecht tausender gewaltregulierter, global operierender Netzwerke“. Latente und manifeste Gewaltverhältnisse sind hier statt rechtsstaatlicher Regelungen die Grundlage in „netzwerkartigen Zirkulationssphären“ (ebd.). Wie die vielschichtige Gewalt (auf dem illegalen Markt, wegen Strafverfolgung, wegen anderer sozialer Gegner) gestaltet, ist regional unterschiedlich (Krauthausen 2013: 117f.). Bei einer großen informellen Ökonomie seien die Spielräume für die illegale Ökonomie größer; aber auch scheinbar regulierte Ökonomien wie Deutschland seien ein „unverzichtbarer Operationsraum“ u.a. für Geldwäsche (Lock 2003: 114). Auch Handelsrouten laufen u.U. entlang der legalen Handelsströme; unternehmerisch sinnvoll werden die Routen für mehrere Produkte genutzt (legale, geschmuggelte, illegale Waren, Drogen, Waffen, Zigaretten, kopierte Markenware). Zu unterschieden ist zusätzlich zwischen illegalen Produkten (etwa verbotenen Drogen), legalen Produkten, die illegal gehandelt werden (Schmuggel, falsche Mengenangaben) und dem Umgehen offizieller Wechselkurse beim Tausch von Währungen (vgl. ebd.: 106). Von den drei verschränkten Wirtschaftssektoren sei die reguläre Sphäre, bei der die Vertragssicherheit des wirtschaftlichen Tausches vom staatlichen Gewaltmonopol garantiert werde, nur in wenigen Ländern tatsächlich die entscheidende – sie aber ist eine Basis der „Reproduktion von Staatlichkeit“ durch Steuererhebung (Lock 2003).[3]

2 Dass deren Lebenssphäre „außerhalb des verlässlichen Handlungsfeldes der staatlichen Sicherheitsorgane“ (Lock 2003: 110) liege, möchte man verneinen: sie liegt in nicht verlässlichen oder jedenfalls nicht in rechtlich abgesteckten Handlungsfeldern, aber sehr wohl innerhalb der Handlungsfelder staatlicher Sicherheitskräfte.

3 Hier wird allerdings nicht wie bei Lock (ebd.: 23) davon ausgegangen, dass in diesem Zusammenhang zu wenig öffentliche Sicherheit bereitgestellt werde und dies Räume für kriminelle Tätigkeiten öffne, was wieder das Gewaltmonopol erodieren lasse. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass staatliche Stellen auch bewusst die Gewaltfunktion ausla-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Wettbewerbsvorteile sind so dramatisch, dass die „Schattenökonomien" überall expandieren; inzwischen gebe es ein dichtes globales „Geflecht transnationaler krimineller Netzwerke" (ebd.: 113).[4] Beispielsweise im Kokainhandel bewirkt gerade die mögliche strafrechtliche Verfolgung die Profitabilität und Diversifizierung dieses Sektors und hält die Preise auf hohem Niveau; erst die Illegalität führt zu den enormen Gewinnmargen. Gleichzeitig gibt die strafrechtliche Verfolgung Anreize, die Tätigkeiten in andere, auch legale Bereiche zu diversifizieren. „Alle Aufwendungen für die Verfolgung von Drogendelikten sind nichts anderes als Subventionen zur Stützung der Marktpreise" (ebd.: 112; vgl. auch Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 34). So soll die Zuschreibung als „illegal" nach offizieller Darstellung den freien Kapitalfluss eigentlich verhindern, führt aber dazu, dass sich die Renten aus dieser Art Handel exponentiell vergrößern und die Entwicklung der zugehörigen Netzwerke potenzieren. Die Illegalität verzerrt die Gewinnmargen und die Preise gegenüber den Produktionskosten (vgl. ebd.: 34; Franco Restrepo 2009: 417f.).

Auch Liberale Strömungen der Internationalen Beziehungen erkennen das Gewicht illegaler Transaktionen im internationalen Wirtschaftssystem.[5] Dieser Wissenschaftsdiskurs interpretiert die Verflechtungen häufig mit der Fähigkeit krimineller Strukturen, staatliche Souveränität zu untergraben, indem sie technologische Innovationen und die Möglichkeiten freier Märkte ausnutzten. Dabei dominieren Vorstellungen von mächtigen Mafia-artigen „Kartellen" mit räumlich abgrenzbaren Einflusssphären (Naím 2006; vgl. kritisch Friman 2009; Zinecker 2004). Politische Instabilität und geringes Wachstum machten politische Strukturen gleichsam anfällig für Korruption. Privatisierungen werden empfohlen, da davon ausgegangen wird, man könne damit die Korruptionsanfälligkeit des Staates umgehen. Das Kon-

gern, Räume extralegalen, kriminellen, parastaatlichen Akteuren quasi 'überlassen' (vgl. Pearce 2010; Franco Restrepo 2009) und so Sicherheit höchst selektiv bereitstellen.

4 Die Größe dieser Wirtschaftsbereiche und ihre Gewinne kann tatsächlich mit den vorhandenen Methodologien nur schwer bestimmt werden: Ganz unterschiedliche Organisationen und wissenschaftliche Arbeiten stützen sich auf völlig unterschiedliche Statistiken, die Friman (2009: 3f.) als meist inkonsistent bezeichnet; die Schätzungen liegen teilweise so weit über tatsächlich erfassten Zahlen (etwa bei Menschenhandel), dass seriöse Aussagen kaum möglich und die Schätzungen über aus dem illegalen Handel erwirtschaftete Gewinne kaum mehr als geraten sein können. Selbst die zuständigen UN-Organisationen geben zu, dass ihre eigenen Zahlen nicht zuverlässig sind.

5 „[N]ot only are illicit networks tightly intertwined with licit private sector activities, but they are also deeply embedded within the public sector and the political system. And once they have spread into licit private corporations, political parties, parliaments, local governments, media groups, the courts, the military, and the nonprofit sector, trafficking networks assume a powerful -- and in some countries unrivalled -- influence on matters of state." (Naím 2006: 8).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zept der Korruption staatlicher Institutionen oder einzelner Staatsbediensteter allein erfasst allerdings die Komplexität der Interaktionen nicht. Die klassische Vorstellung ist zudem, dass ökonomische Tätigkeit stabile, organisierte (dabei nicht stark regulierte) Umfelder benötigt. Die außer im US-Krisenjahr 2009 keineswegs fallenden Investitionszahlen in Mexiko während der letzten Jahre des „Krieges gegen die Drogen", die Diamantindustrie in Angola oder die Goldförderung in Kolumbien – alles Konfliktfälle mit hohen Gewaltraten -- zeigen allerdings, dass dies überhaupt nicht der Fall sein muss. Fragen könnte man auch: Ab welchem Punkt gilt das Kapital aus ursprünglich illegaler Produktion oder Handel als legal?

Tatsächlich wird man einer komplexeren Realität gewahr – nämlich einer höchst selektiven Strafverfolgung und vielgestaltiger Verflechtungen – betrachtet man Kriminalität als integralen Teil von „Globalisierung" (Friman 2009: 1; vgl. Castells 2010: 170ff.). Wenn Regierungen beispielsweise Wettbewerbsvorteile über Anreize für Investitionen zu schaffen versuchen, ist eine logische Konsequenz der Influx von Kapital aus Offshore-Finanzzentren, das kaum Kontrollen unterliegt (vgl. Friman 2009: 10). Dabei haben die Staaten ihre regulative Rolle wie in der restlichen Wirtschaft auch in Bezug auf die Sanktionsmöglichkeiten illegaler Wirtschaft selbst abgebaut, je nach ihrer Abhängigkeit von Krediten, Investitionen, Korruptionsmustern (Friman 2009: 13). Gewinne nicht oder heruntergerechnet zu deklarieren wird beispielsweise erheblich einfacher, wenn sie in Offshore-Finanzzentren transferiert werden können. Die Entwicklung extralegaler Ökonomien hängt daher mit den veränderten Akkumulationsregimen zusammen. Die Grauzonen sind Konsequenz von Transformationen in Gesellschaft und Regulationsmustern – was nicht heißt, dass ähnliche Ausformungen im Fordismus nicht schon bestanden hätten. Dennoch formt die gegenwärtige globale Wirtschaft „neue Muster transnationaler krimineller Aktivitäten" (Ruggiero 2009: 117). Umgekehrt könnte die Weltwirtschaft in ihren heutigen Ausprägungen nicht ohne diese Grauzonen existieren (Schönenberg 2013: 11f.). Diese „Schattenglobalisierung" (Lock 2003: 112) vermischt sich in symbiotischem Verhältnis mit als „legal" angesehener Wirtschaft. Der globale Finanzmarkt als diffuses Gebilde mit offshore-Standorten und ohne Kapitalverkehrskontrollen „bildet das operative Medium" (Lock 2003: 112) – womit konstatiert werden muss, dass eine neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik eine Art „fertile ground" bietet.

„Es gibt nicht den geringsten Zweifel, dass die Politik der Wirtschaftsliberalisierung und staatlichen Deregulierung im politisch-wirtschaftlichen Projekt des Neoliberalismus […] zur Basis dafür geworden ist, dass transnationale Firmen des kriminellen Kapitalismus wie nie zuvor in Blüte stehen." (Estrada Álvarez 2010b: 13).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Estrada Álvarez/Moreno Rubio (2008: 16ff.) sind der Meinung, der Rahmen einer neoliberalen, dominierenden Marktlogik, in dem sich staatliche Regulation bewegt, habe illegale Akkumulationsformen mit sehr hohen Gewinnmargen (Drogenhandel, Waffenhandel, Menschenhandel, etc.) in gewisser Weise begünstigt. Sie können zeigen, dass z.B. in Kolumbien die dazugehörigen Netzwerke in der Lage sind, die Finanzialisierung und besonders Deregulierung und Liberalisierung zu nutzen, die eine enorme Flexibilität von Kapitalströmen erlauben (ebd.: 31f.). Tatsächlich zeigt sich gerade in der Branche des Drogenhandels, so auch Krauthausen (2013: 301), die vollendete Eingliederung in den Weltmarkt – und auch dieser Branche ist eine Ebene der Kolonialität eigen: Dass der Anbau von Koka hauptsächlich in Südamerika, der Konsum der Abfallprodukte Crack u.a. in den Herstellungsgegenden und de größte Gewinnerwirtschaftung durch den Verkauf von Kokain in den USA und Europa stattfinden, ist u.a. in asymmetrischen Welthandelsstrukturen und sozialer Ungleichheit begründet und reproduziert identitäre Zuschreibungen von Konsummustern. Serrano/Palacios (2010: 108f.; vgl. auch Krauthausen 2013: 95) verstehen Drogen als Teil der rohstofforientierten Exportökonomie: Mit dem paradigmatischsten Beispiel Gold habe ein Produkt wie Kokain zusätzlich die Relation von Wert zu Gewicht gemein, die vergleichsweise hohe Differenz des Preises von Produzent zu Konsument und die Wertschöpfungskette von vielen, kleineren Produzenten (dispers) über weniger Intermediäre (mit Technologiezugang) hin zu konzentrierten, koordinierten Verteilernetzwerken. Solche Brückenköpfe sind zentral, denn nicht jede Gruppe hat die Verbindungen, Kapital und Know-How, um in den internationalen Kokainhandel einzusteigen oder Crystal Meth herzustellen (vgl. Krauthausen 2013: 82 vergleichend zu Italien).[6] Häufig, so ist zu vermuten, sind dies nicht mehr lokal eingebettete unternehmerische Netzwerke, die lokale Bedingungen der Schmuggelübergänge kennen, sondern solche Intermediäre, die globale Vertriebsketten, Zollpapiere u.ä. organisieren können, über Zugang zu Finanzplätzen verfügen.

Die Akteure der irregulären Ökonomie sind den wirtschaftlichen Funktionsregeln innerhalb des kapitalistischen Systems ebenso unterworfen. Die kapitalistische Akkumulationslogik erklärt die Tendenz, einen Teil des erwirtschafteten Kapitals in ‚sicheren' Branchen anzulegen, in produktive und Dienstleistungsbranchen zu investieren, zu diversifizieren und ‚legalisieren'. Zudem werden die Gewinne in legale Konsumgüter umgesetzt oder reinvestiert. Somit gehört es praktisch zur Funktionslogik, die regulären Märkte nicht zu gefährden, da sich dort die Erträge realisieren: Die Verflechtung legaler und krimineller Akkumulationsformen nimmt heute zu (Estrada Álvarez 2010b: 29; vgl. Lock 2003: 119; Altvater/Mahnkopf 2002: 239), obwohl der Sachverhalt nicht neu ist: Grundsätzlich wird hier mit Estrada/Moreno (2008: 20) davon ausgegangen, dass es unterschiedliche, auch kriminel-

6 Entführungen sind leichter zu bewerkstelligen, werfen aber nicht so viel Kapital ab.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

le, Ausformungen kapitalistischer Akkumulation gibt, so dass primär nach den gesellschaftlichen Bedingungen gefragt werden muss, in denen diese Art der Ausformung von Kapitalismus vorkommt. So sind sich Verbrechen und Akkumulation sogar gegenseitig wesenseigen. Auch die Entwicklung des Kapitalismus selbst „was accompanied by a good deal of criminal activity" (Dick 2009: 99).

Dass illegale Produktion immer legale Dienstleistungen u.ä. benötigt und zudem die erwirtschafteten Gewinne entweder in legale Konsumgüter investiert oder teilweise in legale Produktionzweige reinvestiert werden, ist kaum von der Hand zu weisen. Oder wird bereits die Vermeidung von Steuerzahlungen als kriminell eingestuft? Dann umfasst die „extralegale Ökonomie" weit größere Bereiche. Bereits die Sichtbarkeit von Transaktionen erhöht, wie Dick (ebd.: 102f.) ausführt, den Druck Steuern abzuführen und damit Anreize, Gewinne in Steueroasen zu deklarieren.[7] Möglich und begünstigt wird diese Art der Verflechtung mit dem Weltmarkt in einem solchen Ausmaß dadurch, dass in Offshore-Finanzzentren problemlos Kapital angelegt werden kann, in denen „eine legale Umwelt bereit" gestellt wird, „in der es den globalen Akteuren leicht fällt, ihren nicht immer legalen Geschäften nachzugehen" (Altvater/Mahnkopf 2002: 310; 215ff.). Illegale Ökonomie bewegt sich dabei in einem viel größeren Bereich der „grauen Ökonomie" (Dick 2009: 98). Aus den entsprechenden Finanzmarktaktivitäten wird nur durch den illegalen Charakter tatsächlich ‚Geldwäsche' (vgl. Serrano/Palacios 2010: 109). Dennoch: Erfolgreiche Geldwäsche belohnt auch gewaltförmige ökonomische Aktivitäten monetär (Altvater/Mahnkopf 2002: 237). Geldwäsche nutzt „im globalen Raum jene Orte, wo die Maschen des regulativen Netzes besonders weit" (ebd.: 231) gestrickt sind, denn die Jurisdiktionen sind je nach institutioneller Ausgestaltung unterschiedlich. Auch größere Staaten wie Israel, Russland oder Panama gelten der OECD als Offshore-Zentren; die Bekämpfung von Geldwäsche hat praktisch immer auch Konsequenzen für legale Geldanlagen und Transaktionen (vgl. ebd.: 215–225). Bewusst offengelassene Lücken in nationalen Bankensystemen für den Zufluss von illegal erwirtschaftetem Kapital, die Duldung von Importschmuggel und für die Registrierung fiktiver Exporte ermöglichen Geldwäsche erst (vgl. Serrano/Palacios 2010: 119).

Ruggiero (2009: 118) zufolge sind Staatspersonal und Finanzdienstleister notwendige Akteure für die Geldwäsche – womit die reguläre Ökonomie der irregulä-

7 „[...]Liechtenstein, Luxembourg and Monaco showed long ago what could be created out of nothing with tax-exempt companies, banking privileges and tourism […] Allowing also for flag-of-convenience shipping registrations, offshore fishing licences and, most recently, sale of Internet rights, the microstates of the Caribbean and the Pacific have few other options apart from labour migration and remittances. Where licit means prove inadequate, however, there may well be scope for the illicit, such as money laundering and drug smuggling. Often the line is a fine one." (Dick 2009: 103).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ren Dienstleistungen bereitstelle. Dazu gehören nicht nur informelle, unregulierte Bankensysteme, die Zinsen oder Wechselkursraten verzerren können (Altvater/Mahnkopf 2002: 239). Wenn Geldwäsche über Investitionen in die Tourismusindustrie, etwa den Bau von Hotelanlagen, absolviert wird, kann illegal erwirtschaftetes Kapital in ganz formale Entwicklungsprojekte und die Inwertsetzung von Regionen fließen (Nordstrom 2004: 137). Damit schreibt sich ‚illegales Kapital' ebenso in räumliche Expansionen ein, die heutigen Akkumulationsstrategien eigen sind. Zudem nehme eine große Zahl legaler Unternehmen bei der Beschäftigung papierloser Migranten im Grunde Menschenschmuggel als Dienstleistung in Anspruch, ähnlich wie Unternehmen, die sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen direkt oder über ihre Zulieferfirmen zur Grundlage ihrer Produktion machen (Ruggiero 2009: 118f.). Legale Produkte werden wissentlich an kriminelle Gruppen (z.B. zum unregistrierten Export) verkauft, ebenso wie illegale Produkte (wissentlich oder unwissentlich) über Firmen gehandelt werden, die eigentlich legale Produkte vertreiben (z.B. Bananenhandel). Auch im illegalen Waffenhandel sind legal und extralegal operierende Akteure beteiligt.

Dieses Undefinierte zwischen „legal" und „illegal" erlaubt eine Grauzone für kriminelle Ausformungen des Kapitalismus. Als solche Grauzone versteht Estrada Álvarez (2010b: 13) vor allem eine Form von Akkumulation, die legal erscheint, ihren Ursprung aber in illegalen Tätigkeiten hat und durch die wachsende Überlagerung dreier Elemente entsteht, nämlich die Restrukturierungsprozesse seit den 80er Jahren, das wachsende Gewicht unproduktiven Kapitals und das, was er angesichts hochgehaltener Preise die Förderung von illegalen Wirtschaftssektoren mit enorm hohen Gewinnmargen nennt (ebd.: 30). Nordstrom (2004: 136) spricht von „layers of entangled associations that produce both legal and extra-legal empires at the largest and most sophisticated levels". Damit stellen die irregulären Tätigkeiten keine Anomalien dar oder könnten als etwas, das „außerhalb" der eigentlichen, legalen Ökonomie steht, interpretiert werden, sondern sind als systemimmanenter Faktor zu verstehen, der manche Besonderheiten erklären kann:

„Complex financial schemes and international trade networks link up criminal economy to the formal economy... The flexible connection of these criminal networks in international networks constitutes an *essential feature* of the new global economy." (Castells 2010: 172 Hervorh. A. Jenss).

Es handelt sich nicht um ein Zusammentreffen zwischen der legalen Ökonomie mit einer dysfunktionalen Seite, sondern, so führt Ruggiero (2009: 119) aus, zweier unterschiedlich regulierter Sphären, so dass es angemessen sei, die Illegale Ökonomie als „Ergebnis von Allianzen zwischen illegitimen und legitimen Akteuren" zu bezeichnen. Nordstrom (2004: 36f.) geht noch weiter: Von zwei klar voneinander abgegrenzten Bereichen zu sprechen, sei nicht exakt, eher forme die „Schattenöko-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nomie“ einen integralen Teil des Alltäglichen; „they intertwine“.[8] Estrada/Moreno (2008: 49) sehen daher die illegale Wirtschaft als Teil der Krisenlösungsstrategien in den 1970er Jahren und als Teil einer neuen Phase kapitalistischer Akkumulation, in der liquides Kapital neue Anlagemöglichkeiten und Produktbranchen erschließt. All dies steht in paradoxem Verhältnis zur weltweit restriktiven Handhabe gegenüber psychoaktiven Substanzen, denn internationale rechtliche Grundlage der heutigen Anti-Drogen-Policy sind die Single Convention der Vereinten Nationen von 1961, der eine Vielzahl der Staaten der Welt beitraten, und die Wiener Konvention von 1971, die hauptsächlich in den ehemaligen Kolonien produzierte psychoaktive Substanzen als illegal betrachtet.

IV.1.2 Kriminalität und der Staat

Was ist nun die Rolle illegaler ökonomischer Akteure, der „Drogenhändler“, in Bezug auf den Staat? Mit Zinecker (2007: 510f., 2004:16f.) wird davon ausgegangen, dass es sich im Wesentlichen um „polymorphe“ Netzwerkstrukturen und nicht um „Kartelle“ handelt, um „fluid networks that change and align themselves to pursue ever-changing objectives. They are highly interlinked“ (Nordstrom 2004: 135; vgl. u.a. Hope 2012).[9] Diese Unterscheidung wird hier bekräftigt; denn um Kartelle im eigentlichen Sinne mit räumlich klar umrissenen Einflusssphären handelt es sich keineswegs.

Per Definitionem sind diese Netzwerke transnational (vgl. Nordstrom 2004: 107). Zum einen bewegen sich die genannten Gruppen innerhalb einer Marktlogik und verhalten sich wirtschaftlich. Der prinzipiellen Unterscheidung zwischen Drogenhändler und Gewaltunternehmer (vgl. Krauthausen 2013: 121ff.; Zinecker 2004), nach der im Drogenhandel Gewaltdienstleistungen gekauft werden wie von anderen Unternehmen auch, wird hier zugestimmt. Anders als bei der Vorstellung der alteingesessenen sizilianischen ‚Mafia‘ sind Akteure im globalen Geschäft des Handels mit illegalen Substanzen auf Flexibilität und Information über Produzen-

8 In Bezug auf die Drogenökonomie verwischt ihre Verortung „in der Grauzone zwischen illegaler und legaler Wirtschaft […] ihre Struktur und ihre Grenzen.“ (Zinecker 2004: 11).

9 Escalante Gonzalbo (2012: 36) belächelt den Begriff „Kartell“ als Neologismus, der als Beschreibung für die Realität kaum tauge und eher aus der US-Außenpolitik entstanden sei, die einen verantwortlichen, identifizierbaren Feind benötigte. Die United Nations Convention Against Transnational Organized Crime (CTOC) (Artikel 2a) definiert organisierte kriminelle Gruppen als „a structured group of three or more persons, existing for a period of time and acting in concert with the aim of committing one or more serious crimes or offenses“ to obtain „financial or other material benefit“ (United Nations 2000).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten, Schutzunternehmer, Klienten, Vertriebswege und Geldwäschemöglichkeiten angewiesen.[10] Richtig ist jedoch auch die Feststellung von Ehrke (2004: 143), nach der sich in „gewaltoffenen Räumen [...] eine deregulierte und radikal freie Marktwirtschaft [bildet], in der die Akteure vom Handel bis zum Raub grundsätzlich mehrere Optionen wahrnehmen können", denn obwohl Vertragstreue ein zentrales Element ist, geht der Einsatz von Gewalt doch weiter als in der legalen Wirtschaft (Krauthausen 2013). In offenen Konflikten ermöglicht daher die Untersuchung von Rent-seeking über Devisenschwarzmärkte, Rohstoffexporte oder die Aneignung von Entwicklungshilfegeldern (verstanden als Abschöpfung eines nicht selbst erwirtschafteten Mehrwerts), u.U. Aussagen über Konfliktformationen (vgl. Ruf 2003: 31). Illegalität produziere allerdings vielmehr deshalb Gewalt, weil sie ein von Machtgruppierungen umkämpfter Raum sei, argumentiert Maldonado (2010b: 417). Insofern nimmt die vorliegende Arbeit die Kritik Flores Pérez' (2009: 63ff.) an Lupshas (1996: 30) Konzept fester Abfolgen auf: Lupsha geht von einer zunächst einfach kriminellen Organisation aus, die Staatsangestellten ‚untergeordnet' sei, sich dann mit Tätigkeiten in der legalen Ökonomie konsolidiere und schließlich mittels der Verbindung legaler und illegaler Ökonomie über das von ihr längst abhängige Staatspersonal dominiere. Diese Vorstellung lasse wegen eines wenig differenzierten Staatsverständnisses im Unklaren, wie sich das Verhältnis zwischen staatlichen Stellen und kriminellen Organisationen entwickelt. Letztere sind durchaus politisch aktiv, z.B. im Lobbying gegen Kapitalverkehrskontrollen, im kolumbianischen Fall gegen Auslieferungsbestimmungen: Ihre unternehmerischen Aktivitäten sind nur möglich in einem „Kontinuum von Legalität und Illegalität" (Serrano/Palacios 2010: 108).

Kriminelle Aktivität mächtiger Akteure hat auch ein legislatives Element; sie versuchen wie andere auch,

„to change practices, to distort or outflank rules, to manipulate perceptions thereof: in brief, conduct that cannot be ascribed to a grand conspiracy, but rather to the day-to-day improvesation of powerful actors seeking to maintain and augment social and institutional position." (Ruggiero 2009: 122).

Zudem können sie politisch aktive Akteure sein und über Schutz- und Zwangsmechanismen und eine relative Zentralisierung über Territorien eine gewisse Kontrolle

10 Resa Nestares (2003) wandte sich daher bereits vor 12 Jahren vehement gegen das Konzept das Kampfes um die Kontrolle einer *plaza*, mit dem die mexikanische Regierung die steigenden Gewaltraten zu erklären sucht: Dass Drogenhändler eine Stadt o.ä. kontrollierten, um dort den Vertrieb zu monopolisieren, sei für sie aus unternehmerischer Sicht ineffizient, solange es kein Monopol über alle Gemeinden in Mexiko gebe; die *plaza* sei ein Mythos (Resa Nestares 2003).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ausüben und parastaatliche Funktionen einnehmen. Auch ein fehlender Konsens der verschiedenen Fraktionen herrschender Klassen kann die Aktivitäten lokaler Intermediäre mit privaten Zwangsapparaten befördern. Beide Tätigkeiten gehören dabei zusammen. An diesem Punkt wird die Analyse interessant: wenn es um die unternehmerischen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen legalen und illegalen Unternehmern geht und nicht mehr nur um innere Funktionsweisen illegaler Organisationen.

Herkömmliche Analysen unterstellen dagegen häufig eine Verbindung zwischen dem Gewicht illegaler Akkumulation und einem ‚schwachen' oder ‚gescheiterten' Staat (vgl. Cribb 2009). Obwohl die Netzwerke der illegalen Ökonomie längst ein transnationales Phänomen sind, das entsprechend von transnationalen Dynamiken und weniger von nationalstaatlichen Programmen beeinflusst wird, weisen Cribb (ebd.), Wilson (2009) oder Sevares (2003: 150ff.) darauf hin, dass die analytische Abgrenzung des Staates als kriminellen Netzwerken gegenüberstehende einheitliche verfassungsmäßige Struktur häufig nicht funktioniert. Es kann durchaus zum Zusammenwirken zwischen Staat und illegalen Strukturen oder zwischen Staat, para-politischen und offen irregulären Kräften kommen (vgl. exempl. Acemoglu et al. 2009).[11] Teilweise werden dieselben logistischen Netzwerke genutzt; legale Parteien sind davon kaum ausgenommen. Parapolitische Strukturen „are neither 'parasitic' nor 'deviant', but functionally central to the routine operation of global governance and private authority." (Wilson 2009: 30). Ein Staat kann nicht als homogen und klar abgegrenzt verstanden werden, und auch kriminelle „Unterwelten", „Schwarzmärkte" etc. sind substantieller Teil der Kräfteverhältnisse, die sich im Staat festschreiben. Zentral ist daher, das *ambivalente* Verhältnis zwischen Wirtschaft, Politik, und Organisierter Kriminalität zu erkennen. Von einem symbiotischen Verhältnis zu sprechen, könnte dagegen Differenzierungen verwischen (Dick 2009: 100).

Eine klare Grenzziehung zwischen „Kriminalität" und legitimer Tätigkeit kann es nicht geben: Die Grenzen zwischen „licit"/„illicit" sind konzeptionelle Grenzen; „[a]s concepts change, so too do borders" (Nordstrom 2004: 85). Die Unterscheidung hat nur dann Sinn, wenn Illegalität gesellschaftlich tatsächlich als illegitim, verbrecherisch anerkannt wird. Bestimmte Taten als kriminell zu bezeichnen, hängt nicht nur von juristischen Zuweisungen ab, sondern ist eine politische, soziale, wirtschaftliche Unterscheidung (vgl. Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 17f.; Altvater/ Mahnkopf 2002: 145). Das „organisierte Verbrechen" ist nicht einfach als „das Andere" zu bezeichnen, da auch die Funktionsweise des kapitalistischen Staates

11 Ähnlich konstatieren Snyder/Durán (2009), dass die „Organisierte Kriminalität" (oder besser: illegale Unternehmer) kaum auf einen Kollaps staatlicher Strukturen hinarbeitet, sondern sich in Regierungslücken begibt und vor allem dann erfolgreich sind, wenn staatliche Institutionen korrupt oder unfähig erscheinen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

permanent Räume von Legalität und Illegalität miteinander vermittelt. Auch der Staat agiert legal und extralegal zugleich (Poulantzas 2002: 113f.) – d.h., es geht primär nicht darum, dass kriminelle Netzwerke „quasi-staatliche" Funktionen (u.a. regionale Gewaltmonopole) erlangen können (was durchaus der Fall sein kann), sondern darum, wie der „fissured state actively seeks to appropiate and deploy for purposes of its own forms of criminal activity that are otherwise lacking authority" (Wilson 2009: 29). Zugleich werden die Kosten einer prohibitionistischen Politik (und der entsprechenden Verbrechensbekämpfung) teilweise externalisiert, etwa im Fall der Anti-Drogenpolitik der USA, und treffen in ihrer vorherrschenden Form häufig die unteren zwei Dezile der Bevölkerung (vgl. Friman 2009: 17).

Denn die Grenzziehung zwischen „legalen" und „illegalen" Akkumulationstrategien ist Produkt u.a. von Kräfteverhältnissen inner- und außerhalb des Staates. Was als legal, was als illegal, was als illegitim bezeichnet wird, hängt von diesen Kräfteverhältnissen ab – und der Staat ist an der Formalisierung und Informalisierung politischer und wirtschaftlicher Macht strukturell beteiligt. Was Nordstrom (2004: 116) vorsichtig fragend formuliert – „Do the power formations of extra-state economies run parallel to those of the state – do they provide alternate routes of access to social success, economic empires, and political power?" – beantwortet Friman (2009: 17f.) mit ja, und dies ist für die beiden folgenden Abschnitte (IV.2-3) relevant: Aufstrebende Kräfte aus (originär illegalen) Produktions- und Handelsbeziehungen tragen in beiden Fallbeispielen zur Reproduktion des kapitalistischen Systems bei und sind Teil der Kräfteverhältnisse. Möglich ist bei kaum vorhandener sozialer Mobilität auch eine soziale Basis dieser Akteure abgesehen davon, dass extralegale Tätigkeiten dann umso mehr als Kanäle für den gesellschaftlichen Aufstieg gelten (Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 45). Mehr noch:

> „as the modern state is reconfigured by the realities of 21st century globalization, the nodes of sociopolitical and economic power shift as well – the shadow networks of today could foreshadow emergent power formulations." (Nordstrom 2004: 235).

Immer ist für eine solche Veränderung der gesellschaftlichen ‚Hierarchien' die Zustimmung von Teilen einer Gesellschaft notwendig. Diese Lesart muss sich nach Estrada/Moreno (2008: 18) „einbetten in den Kontext permanenter Transformationen des kapitalistischen Staates", der nie eine unveränderliche, monolithische Entität war: Die gewaltsamen Ausformungen der Netzwerke in der „Schattenökonomie" bedeuten nicht notwendigerweise institutionelle Instabilität, sie gehören zur Modalität der momentanen politischen Ordnung (vgl. ebd.: 16; Sevares 2003: 150). Zwar sind die Netzwerke mit ihrem enormen Akkumulationspotential auch in der Lage um die Neugestaltung staatlicher Institutionen, Gesetze, Entscheidungskanäle zu ringen. Dennoch vergrößern sie eher die Spielräume des Blocks an der Macht, als

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine Auflösung des Staates anzustreben oder gegenstaatlich zu agieren (vgl. Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 45).

IV.1.3 Illegale Ökonomie und parastaatliche Akteure in Kolumbien

Um die Kräftekonstellationen in Kolumbien nachvollziehen zu können, müssen wir zunächst die Interessenkonvergenz zwischen der Politik auf regionaler und nationaler Ebene, legaler und illegaler Ökonomie und dem Phänomen des Paramilitarismus verstehen und damit die (juristisch erwiesenen) Kooperationen zwischen Militär, paramilitärischen Gruppen und Netzwerken der illegalen Ökonomie. Der Abschnitt bereitet das Terrain für die Akteurskonstellationen im Politikfeld.

Krauthausen (2013: 309f.) erinnert daran, dass der Anbau von Marihuana in Kolumbien in die Zeit der *violencia* zu (1948-58) rückreicht. In den 1970er Jahren – nach Beginn der angebotsorientierten Bekämpfung durch die USA – setzte ein regelrechter *marimbero*-Boom ein. Ebenso wie kurz zuvor in der mexikanischen Operación Cóndor entsandte Präsident Turbay Ayala 1978 auf Aufforderung der USA in der Operación Fulminante etwa 10.000 Soldaten in die Guajira, das Zentrum des Marihuana-Anbaus (Astorga 2003: 13). Letztlich wurde Kokain das wesentlich wichtigere Produkt. Die Transitrouten zum wichtigsten Markt USA gingen zunächst über die Karibik direkt nach Florida. Die Agenda zwischen den USA und Kolumbien wurde seither verstärkt vom Thema Drogenproduktion bestimmt. US-Präsident Ronald Reagans Politik ab 1981 betrachtete aber die Drogenproblematik nicht mehr als Thema der Gesundheitspolitik, sondern als Bedrohung der Nationalen Sicherheit der USA und bremste die Transitstrecke über Florida mit Beschlagnahmungen, dem Abfangen von Booten in einer militarisierten Offensive der South Florida Task Force aus. Ab dieser Zeit verlagerten kolumbianische Netzwerke die Vermarktung ihres Produktes Kokain stärker auf die Routen über Zentralamerika und Mexiko und nahmen die Hilfe mexikanischer Netzwerke in Anspruch (vgl. Astorga 2003; ICG 2013: 6).

Über die Verschränkungen dieses illegalen Sektors mit dem kolumbianischen Staat konstatieren Gutiérrez et al. (2007: 23; vgl. auch Richani 2002: 153): „Es ist unmöglich, das politische System innerhalb der Legalität zu erfassen.“[12] Das ist noch heute der Fall. Thoumi (2003) hat die Diskrepanz zwischen rechtsförmigen und tatsächlichen Verhaltensweisen und damit die Akzeptanz „illegalen“ Verhaltens und die lange Erfahrung mit dem Smaragd- und Kaffeeschmuggel hervorgeho-

12 1978 sagte der damalige Botschafter der USA Diego Ascencio in Bogotá: „Die [kolumbianischen] Drogenhändler sind finanziell gesehen so stark, dass sie ihre eigene Partei haben könnten und vielleicht 10 Mitglieder der Legislative gekauft haben.“ (Gutiérrez 2009: 2).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ben. Durch die so genannte *ventanilla siniestra* (das unheilvolle Fensterchen) der Banco de la República gelangte durch den Handel mit Kokain und Marihuana und Smaragdschmuggel erwirtschaftetes Geld seit den 70er Jahren in den Finanzsektor: Die Zentralbank benötigte das Kapital dringend, um den kolumbianischen Peso zu stützen und Investitionen anzukurbeln (Richani 2002: 102; vgl. Fajardo Montaña 2010). Dem Geheimdienst DAS, der direkt dem Präsidialamt unterstand, wurde bereits in den 70er Jahren Verbindungen in den Kokainhandel vorgeworfen (Astorga 2003: 12).

Wesentlich ist für die kolumbianischen Verhältnisse im Unterschied zu Mexiko die bereits erwähnte Verschränkung verschiedener Gewaltproblematiken. Vielfältige Gewaltakteure mit unterschiedlicheren Strategien und Diskursen verkomplizieren das Bild (Serrano/Palacios 2010: 109f.). Die Finanzierung durch aus dem Drogenhandel erwirtschaftetes Kapital wurde für paramilitärische Gruppen zentral, und Organisationen wie der 1981 gegründete MAS (*Muerte a los Secuestradores*) damit paradigmatisch für ihre Organisierung und Finanzierung.[13] Das kolumbianische Militär fand in der aufstrebenden und von staatlichen Agenturen zunächst weitgehend unbehelligten „Narcobourgeoisie" finanzstarke Verbündete für seine *counterinsurgency*-Strategie und dehnte seinen eigenen Spielraum aus (vgl. u.a. Richani 2002: 57): In militäreigenen Einrichtungen wurden, finanziert vom Medellín-„Kartell", Paramilitärs geschult. Das Militär vermied so selbst politische Kosten, doch wegen der engen Verbindungen zwischen Militär und Paramilitärs sprechen Palacio/Rojas (1990: 92) von gemeinsamen Verhaltensmustern (*patrones de conducta*). Nach Medina Gallego (2001; bzw. Zelik 2009; Gutiérrez Sanín/Barón 2005) verdeutlicht sich diese Interessenkonvergenz nach der Entstehung des MAS anhand von Organisationen wie dem Viehzuchtverband ACDEGAM in Puerto Boyacá, der als Gewaltorganisation und Wirtschaftsverband zugleich fungierte, nachdem er mit Hilfe von Politikern, Firmen und Militärs einen eigenen bewaffneten Arm (*autodefensas*) erhielt (ebd.: 11; Zelik 2006).

Pablo Escobar als bekannter Kopf des Medellín-Netzwerks oder Carlos Lehder stehen Anfang der 80er Jahre beispielhaft für *capos*, die vom Staat nie geleistete soziale Sicherungssysteme inklusive Arbeitslosenversicherung und sozialem Wohnungsbau etablierten und außerhalb der *Frente-Nacional*-Parteien Bewegungen mit populistischen Zügen gründeten wie Medellín sin tugurios oder das Movimiento Latino Nacional (Palacio/Rojas 1990: 96; vgl. Pécaut 2006: 389f.). Die traditionell herrschenden Klassen reagierten allerdings auf Escobars Kongressmandat – eine

13 Nachdem die Guerilla M-19 1981 die Schwester des Drogenhändlers Fabio Ochoa entführte und Lösegeld verlangte, gründete letzterer die Organisation MAS (Palacio/Rojas 1990: 90): Der der illegalen Ökonomie entstammende MAS wurde später ausschlaggebend für die Finanzierung paramilitärischer Gruppen in verschiedenen Regionen (Gutiérrez Sanín/ Barón 2005: 11).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sichtbare Form der Verflechtung von Drogenhandel und Politik – ablehnend und schlossen ihn 1983 aus dem Kongress aus (vgl. Snyder/Durán Martínez 2009: 82). Bereits Mitte der 80er kontrollierte das Medellín-Netzwerk eigene professionalisierte bewaffnete Strukturen und Auftragsmörder (*sicariato*), die Gewalt vor allem als Einschüchterungsinstrument (nicht nur als Bestrafung) einsetzten (ebd.: 82). Bis 1990 wurden in Medellín etwa 500 Polizisten ermordet.[14]

Dass künftig staatliche Stellen gesuchte ‚Mafiosi' an die USA ausliefern können sollten, führte Ende der 80er bis Anfang der 1990er Jahre zu einer Art offenen Krieg zwischen der Regierung Barco, einem Teil des Staatspersonals aus der Justiz und dem „Medellín-Kartell" (vgl. Gutiérrez 2009). Doch die übergreifenden Klasseninteressen von Teilen der „Narcobourgeoisie", die keine direkte Konfrontation mit staatlichen Stellen suchten, und Sektoren der Herrschenden Klassen waren davon vor allem in den Regionen nicht grundsätzlich betroffen, in denen bäuerlicher Widerstand und Guerillas ihre Dominanz infrage stellten (vgl. Richani 2002: 103). Besonders die Gruppe *Los Pepes* („*Perseguidos por Escobar*"), die vormals zum Medellín-Netzwerk gehört, sich von Pablo Escobar losgesagt und bei dessen Verfolgung mit staatlichen Agenturen und Teilen der in Cali und Norte del Valle verorteten Netzwerke kooperiert hatte, spielte mit den Brüdern Castaño ab ca. 1990 eine Rolle bei der Symbiose zwischen parastaatlichen Gruppen und Drogenhandel und dem Zusammenschluss als nationale Organisation (López Hernández 2010b: 49; vgl. Romero 2006: 366f.; Zelik 2009: 233ff.). Carlos Castaño, einer der führenden *Pepes*, gründete die Autodefensas Unidas de Córdoba y Urabá (ACCU): bis zum Zusammenschluss zur Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) 1997 die wichtigste paramilitärische Gruppe der 1990er Jahre (vgl. Gutiérrez 2009; Richani 2002: 103). Die strukturelle Verflechtung zwischen Paramilitärs und *narcos* ist bei Zelik (2009: 233, 250ff.), Camacho Guizado (2009: 27ff.) und in Dokumenten der Wikileaks-ähnlichen Plattform *Verdad Abierta* (Verdad Abierta 2011a, 2011b) aufs Detaillierteste beschrieben und belegt. Die Bearbeitung des Skandals um illegales Kapital in der Kampagne des Präsidenten Ernesto Samper (1994-1998) vollzog sich über den 1995 folgenden juristischen Proceso 8000, der Verbindungen von etwa 2.000 Staatsangestellten, Politikern und Mitarbeitern der Judikative zum Cali-Netzwerk betraf und die Regierung zu Festnahmen bekannter Vertreter des dortigen Netzwerks bewegte. Die restlichen Pepes gingen in der von ihnen mitgegründeten AUC auf (López Hernández 2010b: 49; Gutiérrez 2009).[15] Während der 90er Jahre wurden daher einige der alten illegalen Unternehmer abgelöst.

14 Die Vorstellungswelten kristallisieren sich in dem in Medellín zu jener Zeit geprägten Spruch „*haga patria, mate un policía*", übersetzt in etwa: seien Sie patriotisch, töten Sie einen Polizisten." (Serrano/Palacios 2010: 112).

15 Einige Autor/-innen behaupten, mit dem Proceso 8000 hätten sich die „Kartelle" zum Teil in geografisch disperse Unternehmen aufgelöst (Camacho Guizado 2009: 14; Syn-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Während also Teile des Staates die Gruppen verfolgten, die in der illegalen Ökonomie und als Paramilitärs aktiv waren, konnten eben jene mit anderen Sektoren (Großgrundbesitz und Sektoren von Militär und Polizei) Abkommen schließen (vgl. Gutiérrez 2009; López Hernández 2010a). Dass diese Allianz durchaus umkämpft war, ist am Ringen um die Legalisierung von Auslieferungen wegen Drogenhandels in die USA zu belegen: Der Legalisierung 1981 folgte 1987 die Verfassungswidrigkeit und mit der Verfassung von 1991 die Illegalisierung,[16] und 1997 wieder die Legalisierung der Auslieferung.

Jene aus der illegalen Ökonomie finanzierten privaten Armeen im Interesse von Unternehmens- und Landbesitzfraktionen, dem Drogenhandel und Militärs konstituierten sich zu dieser Zeit als zentraler Akteur des kolumbianischen Kokainhandels. Zwischen 1994 und 1997 fand eine Konsolidierung der regionalen paramilitärischen Gruppen mit deutlicherem politischem und militärischem Profil mit Sitz in Antioquia statt (Romero 2006: 368). Zeitgleich lässt sich von einer paramilitärischen Expansion in alle wirtschaftlich relevanten Gebiete sprechen, die wiederum mit Massakern, Vertreibungen und Einschüchterungen einherging (ebd.: 373). Als Ausgangspunkt der Expansion in den Südosten des Landes gilt das Massaker von Mapiripán 1997, wo paramilitärische Kräfte tagelang schwerste Verbrechen begangen (Dutzende Morde, Vertreibungen, Folter, Zerstückelungen, Raub).[17] Diese Gebietsnahme eröffnete angesichts der strategischen Lage Mapiripáns am Fluss Guaviare und zum Orinoco hin – im Südosten Kolumbiens zentrale Verkehrswege –

der/Durán 2009:85ff.). Die Interpretation, die Paramilitärs seien als zunächst kleinere, fragmentierte Gruppen an die Stelle der alten Kartelle getreten, indem sie Deals mit der Politik eingegangen seien, mag oberflächlich (personell, von Escobar und Orejuela zu Castaño, Mancuso u.a.) stimmen; sie deshalb als völlig autonom zu beschreiben, würde aber die langfristig bestehenden Verbindungen zwischen paramilitärischen Strukturen und den Netzwerken der illegalen Ökonomie vernachlässigen.

16 Die Phase der Anschläge und selektiven Gewalt des Medellín-Netzwerks gegen staatliche Strukturen endete mit der Abschaffung der Auslieferung 1991 teilweise. Eine folgende erneute Gewaltwelle fand eher zwischen Escobars verbliebenen Strukturen und den Pepes bzw. Cali-Netzwerken statt (Snyder/Durán Martínez 2009: 82).

17 Eine ungeklärte Zahl von Menschen wurde ermordet, etwa 2.700 vertrieben. Militärflugzeuge brachten im Juli 1997 etwa 200 bewaffnete Täter aus Urabá im Nordwesten nach Mapiripán im Südwesten (vgl. Verdad Abierta 2011c). Zelik (2009: 176ff.) und Franco Restrepo (2009: 520f.) haben Zeugenaussagen (u.a. vor dem Interamerikanischen Gerichtshof) und Berichte von Überlebenden zu den Massakern zusammengetragen, bei denen Paramilitärs systematisch Terror verbreiteten, indem sie an unterschiedlichen Orten vor den Augen der gesamten Gemeinde Menschen Gliedmaßen abtrennten, Lebenden Organe entnahmen, Menschen folterten und danach Leichenteile in Flüsse warfen, um keine Gräber zu hinterlassen, aber sehr wohl andere Gemeinden in Kenntnis zu setzen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den Paramilitärs die Kontrolle über Kokaplantagen der Region (vgl. u.a. Verdad Abierta 2011c,d). Der Zusammenschluss zur nationalen Organisation AUC zeigt, dass die Paramilitärs sich von den regionalen *pájaros*-Milizen aus den Zeiten der *violencia* wesentlich unterschieden. Auch urbane Zentren wurden zunehmend *narco-paramilitärisch* eingenommen und illegale wie informelle Geschäfte dort kontrolliert (z.B. das Geschäft mit Schmuggelware). Gleichzeitig wurde die Gegend von ‚Subversiven' und Kleinkriminellen ‚gesäubert' (vgl. Duncan 2005; Camacho 2011). Hier werden die sich in Gesetzen und Programm-Initiativen niederschlagenden, widersprüchlichen Kräfteverhältnisse deutlich: Die Expansionsphase vollzog sich parallel zum Gouverneursmandat Álvaro Uribe Vélez' in Antioquia, der (nach dem Verbot der Milizen Ende der 1980er Jahre) erneut Selbstverteidigungsgruppen legalisierte (die sogenannten CONVIVIR).[18] Die zentralstaatliche Ebene verbot diese im Vorfeld des Friedensprozesses der Regierung Pastrana mit den FARC 1998 wieder. Doch diesen Friedensprozess machten die AUC (2006: 371f.) unmöglich: Die Paramilitärs erschienen – da nun auch die CONVIVIR wieder illegal waren – zunehmend als Akteur mit Eigenleben, über den der Staat keine Kontrolle hatte und der das staatliche Gewaltmonopol auszuhebeln drohte (vgl. prägnant Zelik 2006).

Doppelfunktion: *counterinsurgency* und *narcotráfico*

Die militärische Dynamik der paramilitärischen Gruppen manifestierte sich – auch heute noch – in selektiven Morden und dem „Verschwindenlassen" sowie in Massakern in Gemeinden, in denen Personen als „subversiv" angesehen wurden (vgl. exemplarisch Medina Gallego 2008: 134; Zelik 2009; Palacio/Rojas 1990: 90). Indem diese Gruppen, ihre Financiers und große Teile des Militärs legale und illegale Methoden kombinierten, erreichten sie eine Art regionale „Stabilität" und umgingen Verhandlungslösungen mit den Guerillas (Romero 2006: 368). Insofern interpretiert Medina (2001) das Phänomen hauptsächlich als staatliches Werkzeug zur Aufstandsbekämpfung; González/Bolívar/Vásquez (2003) sprechen eher vom Aufstieg regionaler „Eliten" gegenüber einem fragmentierten Zentralstaat[19] – wobei sie die

18 2013 erklärte das Gericht Tribunal de Justicia y Paz in Bogotá in seinem Urteil gegen den Paramilitär Ever Veloza García (alias „HH"), die CONVIVIR seien bloße Fassade gewesen, mittels derer „die paramilitärischen Gruppen ihre kriminellen Netzwerke und ihre Verbindungen mit wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Sektoren konsolidierten und ausweiteten" (Verdad Abierta 2013).

19 Zelik (2009: 163ff.) hat diese Sichtweise bei Romero kritisiert, da sie die Stärke regionaler Kräfte gegenüber einem sich nicht durchsetzenden, fragmentierten Zentralstaat überbetone und die Beteiligung zentralstaatlicher Kräfte an der Auslagerung von Gewalt unterschätze, selbst wenn er den Paramilitarismus als Teil eines Projekts verstehe. Auch der Klassencharakter des Paramilitarismus als Strategie verschwinde nicht einfach dadurch, dass paramilitärische Gruppen sich (u.a.) aus subalternen Klassen rekrutierten. Romero

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Partizipation von Staatspersonal nicht negieren: Das ‚Recht auf organisierte, bewaffnete Selbstverteidigung' billigten staatliche Stellen und vor allem Militär und Exekutive historisch immer wieder, zwar nicht widerspruchsfrei, doch dieses Etikett der „Selbstverteidigung" gegen die Guerilla schien die Zusammenarbeit von Rinderzüchtern, Agrarunternehmern, Drogenhändlern, Paramilitärs und Militärs und die Verbindungen mit illegalen Wirtschaftssektoren zu rechtfertigen (vgl. ausführlich Franco Restrepo 2009: 48ff., 111ff.).[20] Der Staat konnte weiterhin demokratisch erscheinen; paramilitärische Akteure schienen eine autonome, dritte Kraft zu sein, und als solche wurden sie im öffentlichen Diskurs ein ums andere Mal bezeichnet (vgl. v.a. Zelik 2009: 121f.; Palacio/Rojas 1990: 86).[21] Dennoch wäre eine Interpretation der Paramilitärs als reine *counterinsurgency*-Agenten verkürzt. Der irregulären söldnerähnlichen Truppe entstanden zwar Kosten durch Kriegsgerät, Löhne, Versicherungen. In städtischen Gebieten zahlten Restaurant- und Ladenbesitzer, Krankenhäuser oder Immobilienunternehmen mehr oder weniger freiwillig eine monatliche Pauschale. Paramilitärs setzten außerdem lokale Politiker und Bürgermeister unter Druck oder kooperierten mit ihnen und bekamen im Gegenzug finanzielle Unterstützung oder einen Anteil von 10 % bei Verträgen mit privaten Firmen (Gutiérrez Sanín/Barón 2005: 20). Nachdem 1986 die freie Wahl der Oberbürgermeister eingeführt und mit der Verfassung von 1991 administrative Kompetenzen und Budgetverwaltung dezentralisiert wurden (Palacio/Rojas 1990: 92; Pécaut 2004: 68), verschob dies – parallel zum Umbau des Staates im Rahmen der wirtschaftlichen *apertura* – die Verwaltungsebenen des institutionellen Gefüges, vereinfachte die Einflussnahme bewaffneter Akteure und lokal verankerter Fraktionen der herrschenden Klassen auf die lokale Politik und verschaffte ihnen den Zugang zu öffentlichen Mitteln: Die sich aus der Förderung von Bodenschätzen ergebenden Royalties, die die Kommunen verwalten, wurden paramilitärischen Gruppen zu einer zusätzlichen Einnahmequelle (Medina Gallego 2008: 124; vgl. Gutiérrez

ordne den Paramilitärs als Milizen regionaler Kräfte eine von Militär und staatlichen Stellen weit unabhängigere Rolle zu, als aus der Quellenlage zu schließen sei (ebd.: 83ff.).

20 In öffentlichen Äußerungen von Wirtschaftsverbänden, konservativen Organisationen wie der Sociedad Colombiana de Defensa de la Tradición, la Famlia y la Propiedad oder den paramilitärischen Organisationen selbst ist seit den 1980er Jahren immer wieder derselbe Diskurs erkennbar: der Paramilitarismus sei Selbstverteidigung gegen die aufständische Aggression vor allem zur Verteidigung des Eigentums und die „unausweichliche Antwort angesichts der staatlichen Untauglichkeit" (vgl. Franco Restrepo 2009: 48f.).

21 Die Etablierung von Paramilitärs als drittem unabhängigem Kriegsakteur sieht Zelik als wichtigsten Teil des paramilitärischen Narrativs. Seine zentrale These zum Paramilitarismus interpretiert diesen als Strategie zur Auslagerung staatlicher Gewalt, die nur funktioniert, wenn die Paramilitärs als autonome Akteure wahrgenommen werden. Diese Autonomie ist aber begrenzt (vgl. Zelik 2009: 113; 121f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sanín/Zuluaga Borrero 2011, Kap. V). Der Smaragdabbau in der *zona esmeraldífera* war angesichts fehlender Fördergesetze ebenfalls teilweise von den Verflechtungen zwischen paramilitärischen Gruppen und Drogenanbau bestimmt (Richani 2002: 106). Gleiches gilt für Goldabbau und Ölförderung (Medina Gallego 2008: 128). Doch ihre Haupteinkommensquellen fanden die AUC nach eigenen Angaben im Kokain- und Schlafmohnhandel (ebd.: 126).[22]

Der antisubversive Kampf gegen die Guerilla war offensichtlich eher optional, jedenfalls in den Regionen, in denen der Kokaanbau und die Verarbeitung zu Kokapaste die meisten Gewinne ergaben. In den südlichen Regionen, die die Guerilla tatsächlich kontrollierte, waren paramilitärische Gruppen weniger präsent als in Departements wie Atlántico oder Cesar, in denen die FARC nur sporadisch aktiv war. Das Verhältnis mit der Guerilla war laut Zelik (2009: 239) ganz unterschiedlich: Wo

„die FARC ihre Macht konsolidiert haben, zahlen Drogenhändler Abgaben an die Guerilla. Dort, wo der Drogenhandel sich als *narco-latifundismo* etabliert hat, bekämpfen sich Guerilla und Drogenhandel. In Regionen schließlich, in denen sich keine Seite eindeutig durchgesetzt hat, ist das Verhältnis von Konflikt, Konkurrenz und Komplementarität geprägt.".

Insofern, so Franco Restrepo (2009: 401), war es nicht nur die Existenz eines Feindes, nämlich der Guerilla und ihrer Unterstützer, die eine Kohärenz schuf, aus der heraus die Paramilitärs zu töten bereit waren, sondern der Faktor der Bereicherung fließt mit ein. Zudem äußert sie (ebd.: 407) die These, dass angesichts der persönlichen Bereicherungsmöglichkeiten im Kokainhandel die paramilitärischen Strukturen in Kolumbien weniger auf Zwangsrekrutierung zurückgreifen mussten als etwa in Guatemala. Gleichzeitig warnt sie (ebd.: 398f.) davor anzunehmen, der Paramilitarismus entstehe, um das Gewinnstreben einzelner Kommandanten zu befriedigen, wie in der Debatte um Kriegsökonomien häufig unterstellt wurde (vgl. Collier/ Hoeffler 2004): Aus dem institutionell unterstützten Paramilitarismus werde zwar ein „*narco-paramilitarismo*" (Medina Gallego 2008), so dass die Annahme nahe liegt, der Drogenhandel habe das Phänomen des Paramilitarismus gleichsam „pervertiert" und seiner *counterinsurgency*-Logik enthoben (so stellte es auch der paramilitärische Kommandant Castaño in zahlreichen Interviews dar) (zit. in Franco

22 Nach Jäger et al. (2007: 82) erwirtschafteten die AUC 70% ihres Einkommens nach eigenen Angaben aus dem Drogenhandel (Kokain und Schlafmohn). Franco Restrepo zitiert übereinstimmende Aussagen paramilitärischer Kommandeure wie Carlos Castaño, Rodrigo Tovar („Jorge40") und Salvatore Mancuso über die Einnahmen aus dem Kokainhandel (Franco Restrepo 2009: 404f.). So ließ sich eine Armee von Ende der 90er Jahre etwa 20 000 Personen aufrechterhalten (Medina Gallego 2008: 132).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Restrepo 2009: 409).[23] Doch Camacho Guizado (2009) kann, indem er die Biografien bekannter Paramilitärs untersucht, zeigen, wie groß die Kontinuität zwischen *narcotraficantes* und den paramilitärischen Verbänden der 2000er Jahre ist. Denn der Drogenhandel war zur Finanzierung der Gruppen von Anfang an, ab den 1980er Jahren kontinuierlich wichtig (Franco Restrepo 2009: 408f.; Medina Gallego 2008; López Hernández 2010b: 47f.). So entstanden, betonen Franco Restrepo (ebd.) oder Duncán (2006), eben nicht zwei Fraktionen von Paramilitärs, von denen eine als politische Kraft die Guerilla bekämpfen und die andere den Krieg für ihr Gewinnstreben habe nutzen wollen. Vielmehr finanzierte die illegale Ökonomie counterinsurgency-Strategien mit (Vargas Meza 2013: 5). Franco Restrepo (2009: 398) differenziert zwischen der Furcht (der herrschenden Fraktionen), das akkumulierte Kapital zu verlieren und dem Wunsch (der aufsteigenden Fraktionen) Kapital zu erwirtschaften. Es ist erstere Fraktion, die für die Allianz des Blocks an der Macht, aber auch für *counterinsurgency*-Strategien zentral ist. Damit entsteht der Paramilitarismus prioritär als Verteidigung der Interessen herrschender Sektoren bzw. als Teil eines politisch rechtsgerichteten, ökonomisch ultraliberalen Hegemonieprojekts (vgl. López Hernández 2010b: 73).

Denn trotz der genannten Strukturen ist der Krieg nicht nur eine Methode zur Bereicherung, sondern politisch zu denken. Allein durch persönliche Bereicherung sind die politische Konnotation und die *counterinsurgency*-Tendenz nicht zu erklären (Franco Restrepo 2009: 402). Die Selbstdefinition der AUC als „politisch-militärische Bewegung von antisubversiver Ausrichtung, die das Recht auf legitime Selbstverteidigung ausübt und vom Staat Transformationen verlangt, aber nicht gegen ihn angeht“ (AUC zit. in Valencia 2007: 24), zeigt den parastaatlichen und herrschaftsaffirmativen Charakter der Gewalt der Paramilitärs. Es ging jenen Gruppen, etwas anders als Zelik (2009: 121f.) es beschreibt, auch um gesellschaftliche Kontrolle und die Bestimmung der Entwicklungspfade (Gutiérrez 2009). Insofern wäre es zugleich übertrieben, den Paramilitärs, wie López (2010b: 47) es tut, jede *counterinsurgency*-Motivation abzusprechen, selbst wenn die tatsächliche Bekämp-

23 Im Narrativ Castaños sind die Paramilitärs eigentlich eine politische Truppe, die den Drogenhandel nur als Mittel und Einkommensquelle genutzt habe, um vom Staat vernachlässigte Aufgaben wahrzunehmen und in dem Maße, wie dieser die Aufgaben wieder übernehmen „kann“, ihr Existenzrecht verlieren. Nur einige Gruppen oder Einzelne hätten sich mit dem Drogenhandel stärker identifiziert und im Zuge dessen ihre politische Identität verloren. Der Drogenhandel wird also als notwendiges Übel dargestellt, der aber als Element der Reproduktion der paramilitärischen Organisationsstruktur geduldet werden könne, solange er nicht das „eigentliche“ Ziel, die Bekämpfung der Guerilla, überlagere (Castaño 2002; vgl. Franco Restrepo 2009: 412). Zugleich vollzieht Castaño diskursiv eine Differenzierung zwischen AUC und Guerilla, der ja eigentlich die Verstrickung in den Kokainhandel nachgesagt und jegliche politische Motivation abgesprochen wurde.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fung der Guerilla hinter die Terrorisierung von Bevölkerung zurücktritt. Die von ihnen hergestellte ‚Sicherheit' ist höchst selektiv und wurde vor allem mit der Sicherheit von Eigentum und Freiheit (Handel, Wohnort) der „unternehmerischen Gesellschaft" gleichgesetzt, beispielsweise mit der Akkumulationssicherheit in Antioquia Mitte der 90er Jahre (vgl. Franco Restrepo 2009: 90ff.; Hauck 2004a). Etwas anders als in Elwerts (1998: 265) Vorstellung von Gewaltmärkten, in der das ökonomische Motiv des materiellen Profits dominiert, handelt es sich also um eine Doppelfunktion (vgl. Zelik 2009; Franco Restrepo 2009):

„In ökonomischer Hinsicht ist der Paramilitarismus eine komplexere Figur, als der Begriff des Warlords beschreibt. Er ist gleichzeitig eine eigenständige Raubmaschinerie, für die der Krieg als ökonomisches System fungiert, und eine den Eliten dienende Variante von Privatarmee. Zwischen beiden Funktionen besteht ein Spannungsverhältnis." (Zelik 2005: 489).

Damit kristallisiert sich in dieser Gewaltorganisation eine Allianz herrschender Interessen heraus –keineswegs frei von Widersprüchen zwischen den heterogenen Akteuren, aber von einer Ordnungsmission überzeugt: Der antisubversive Kampf blieb eine „Quelle struktureller Kohärenz" (ebd.: 389), während er sich in vielfältige partikulare Interessen aufsplitterte. Zelik (2009: 171f.) zeigt, wie Teile des Staates hier gerade nicht auf das Theorem des Ausnahmezustands zurückgriffen und so die politischen Kosten vermieden:

„Da die exzessive souveräne Gewalt illegal ist und somit die Rechtsstaatlichkeit aufzulösen droht, wird der Ausnahmezustand informalisiert. Die paramilitärische Gewalt setzt zwar Ordnung durch, es wird jedoch gar nicht erst der (Schmittsche) Versuch unternommen, sie als Recht erscheinen zu lassen."

Wie der „informalisierte Ausnahmezustand" ausgeprägt war, hing vom regionalen Kontext ab: Besonders in Urabá, alto Sinú und Córdoba im Nordwesten stellten paramilitärische Kräfte nach Streiks im Bananensektor Anfang der 1990er Jahre eine autoritäre Ordnung her, indem sie jegliche politische Opposition eliminierten: Dort erfüllten paramilitärische Gruppen ein anti-subversives Profil und unterstützten Bananenfirmen sowie Viehzüchter, die sie finanzierten und ausrüsteten (Romero 2006: 376; Franco Restrepo/Restrepo Echeverri 2007). Als Faktor im Verhältnis von Kapital und Arbeit übernahmen *narco-paramilitares* systematisch die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung (Zelik 2009: 210ff.), also eine Funktion der Desorganisierung von Subalternen. Sie sorgten für ein allgemein „freundliches Investitionsklima" (ebd.: 224). Inzwischen ist bekannt, dass diverse transnationale Unternehmen nicht nur kolumbianisches Militär und transnationale Sicherheitsfirmen, sondern auch paramilitärische Gruppen zum Schutz ihrer Anlagen einsetzten (Jäger et al. 2007: 83). Deren Funktion war es, Gewerkschafter und andere politisch Aktive

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einzuschüchtern und gegebenenfalls selektive Morde zu begehen (bekannte Beispiele mit Gerichtsverhandlungen in den letzten Jahren sind Occidental Petroleum, Drummond, Chiquita Brands, CocaCola).

Eine ebenso zentrale Rolle für den *narco-paramilitarismo* wie die oben genannten Faktoren stellt die gewaltsame Landnahme dar (vgl. Fajardo Montaña 2010; Jenss 2012): Einerseits zählte der damit ermöglichte gesellschaftliche Aufstieg, andererseits die radikale Umstrukturierung ländlichen Raums. In der ersten Phase der Vertreibung durch paramilitärische Gruppen ab den 1980er Jahren eigneten sich diese Gewaltakteure kleinbäuerliches Land für eine zumindest teilweise Inwertsetzung an. Paramilitärische Gruppen lösten bestehende sozialräumliche Strukturen auf und unterwarfen sie neuen Bedingungen: Ihre Strategien mündeten zugleich in der Etablierung von „Geographies of Terror" (Oslender 2008). Die gleichen Räume, die als *territorios* zuvor das Selbstverständnis der Gemeinden prägten, wurden häufig zum Schauplatz extremer Gewalt. Paramilitärs bedrohten nicht nur ganze Gemeinden, sondern verübten systematisch Massaker in großem Ausmaß, warfen die Leichen in Flüsse oder in nicht gekennzeichnete Massengräber. Überlebende flohen in urbane Räume. Wer blieb, konnte sich häufig nicht mehr politisch äußern, war neuen Kleidungsvorschriften und konservativen Moralvorstellungen unterworfen; Gewaltakteure bestimmten den öffentlichen Raum.[24]

Staatliche Apparate waren in Form logistischer Unterstützung für paramilitärische Gruppen durch das kolumbianische Militär – bis hin zur Bereitstellung von Fahrzeugen oder Hubschraubern –, plötzlicher Untätigkeit lokaler Polizeistationen oder der Finanzierung und administrativen Deckung durch regionale Politiker/-innen beteiligt (vgl. HRW 2001; López Hernández 2010a; Zelik 2009; Franco Restrepo 2009). Angesichts dessen können die Paramilitärs gleichsam als die ausführenden Kräfte der Gegenlandreform bezeichnet werden: Jeder Umverteilungseffekt der versuchten Agrarreformen kehrte sich durch die Ausweitung der Landflächen dieser Kräfte ins Gegenteil. Gerade in den selbstverwalteten Gebieten indigener und afrokolumbianischer Gemeinden spiegeln sich gewaltvolle Aneignungsprozesse

24 Higginbottom (2005: 123) weist darauf hin, dass die hergestellte autoritäre gesellschaftliche Ordnung mit unternehmerischer Tätigkeit verknüpft war: „Yet, […] there was method in the madness. Paramilitary massacres constituted only the first phase of an integral project, whose subsequent phases involved embedding violent forms of social control and, having broken resistance and imposed an authoritarian social order, production was then relaunched on a commercial basis." Die Kontrolle umfasst(e) alltägliche Verhaltensweisen auf der Mikroebene: „In Barrancabermeja […] young men are prohibited from having long hair or wearing earrings or bracelets,' while gay bars were closed and ‚the hair salons with homosexual men were handed over to women.' A schedule for minors was also established with obligatory study hours for those 17 years and younger." (Zibechi 2008).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wider. Viele Kokaanbaugebiete lagen in den 90er Jahren an der „Agrargrenze", wie Putumayo, Nariño, Guaviare oder Meta (vgl. Fajardo Montaña 2010). Für das mit dem Weltmarkt verknüpfte Entwicklungsmodell, das paramilitärische Kräfte konsolidieren halfen, ist die Aneignung dortiger kleinbäuerlicher Räume zentral (vgl. Medina Gallego 2008: 135; Estrada Álvarez 2010a). Die beschriebene Interessenkonvergenz ist also für die radikale Neuordnung ländlicher Räume ab den 80er Jahren relevant. Diese steht nicht im Gegensatz zu den historischen Zyklen von Landkolonisation und gewaltsamer Aneignung (Hobsbawm 1983), stellte aber angesichts des Ausmaßes und der Weltmarktverflechtung bzw. agrarindustriellen Produktionsmodi einen qualitativ neuen Prozess dar.

Selbstverständlich spielt sich ein solcher Prozess nicht ohne tatsächliche Autonomisierungstendenzen der institutionell gestützten Gewaltakteure ab: Die als „freiwillige Hilfe" betitelten Abgaben von Unternehmern und Grundbesitzern wurden mit wachsendem Druck der paramilitärischen Gruppen und den steigenden Kosten des Krieges von Vielen nicht mehr freiwillig bezahlt und die zwangsweise „Besteuerung" häufiger (Medina Gallego 2008: 118). Die *narco-paramilitares* sind nicht einfach ein staatlicher Apparat, sondern in gewisser Weise autonom (vgl. Zelik 2006). Repräsentanten einiger staatlicher Agenturen (Richter, Anwälte) griffen sie durchaus an (vgl. Zelik 2005: 486; Gutiérrez Sanín/Barón 2005: 6).

Diese (relative) Autonomisierung gegenüber staatlichen Apparaten, eine teilweise Neudefinition der Beziehung, erlaubte u.a. der Kokainhandel. Als Finanzierungsquelle für die entscheidenden Gruppen präsentierte sich dieser nicht nur, weil andere Quellen versiegten, sondern aufgrund des Ausnahmefaktors der Illegalität, die Gewinnmargen nach oben verzerrt (Franco Restrepo 2009: 417f.). Umgekehrt ist das Wachstum des Paramilitarismus nicht vorrangig aus der ökonomischen Logik des Kokainhandels zu erklären, wie Duncan (2006) es nahelegt. Welche Größe die Drogenökonomie im Verhältnis zum BIP tatsächlich ausmacht, ist schwer zu belegen; die Zahlen gehen auseinander.[25] Für seine Expansion spielten die bereits genannten geografischen Besonderheiten Kolumbiens und das Fehlen einer verwaltungstechnischen Kontrolle des gesamten Territoriums ebenfalls eine Rolle; die „extrem niedrige Dichte von Bevölkerung, die dispers in kleinen Dörfern lebte, die miteinander und dem Rest des Landes nur durch Flüsse verbunden waren" (Serrano/Palacios 2010: 112) und die langen Küsten vereinfachten den Schmuggel und den großflächigen Anbau nicht erlaubter Produkte. Der Drogenhandel hatte auch auf das Steuersystem negative Auswirkungen, da ein erheblicher Teil des erwirtschafteten Geldes in den Schmuggel von legalen Waren investiert wurde (Richani 2002: 100). Die Stabilität der Wirtschaft sei ebenfalls nicht allein mit Drogenhandel

25 Verschiedene Quellen (zit. in Zelik 2009: 202) nennen Zahlen von 1,7 über 9,4 % bis 14,8 % des BIP zwischen 1981-88; Rocha (2011: 85) geht 2009 nur noch von 0,3% des BIP aus.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zu erklären, so Zelik (2009: 202); auch die Exportsteigerungen und -diversifizierung spielt eine Rolle. Trotz der weiterhin großen Mengen an Kokain aus Kolumbien im US-Markt erscheint es nur auf den ersten Blick paradox, dass die USA die Handelsvergünstigungen für Kolumbien – an die militarisierte Bekämpfung des Drogenhandels geknüpft – immer wieder verlängerte.

Laut Estrada/Moreno (2008: 49f.) sind darüber hinaus die beschriebene gewaltförmige Regelung von Eigentumsrechten, der qualitative Sprung einer Diversifizierung in die legale Wirtschaft, die skizzierte spezifische Neuordnung des herrschenden Blocks und damit vor allem der lokale politische Einfluss und ein Quasi-Monopol parastaatlicher Gewalt in einigen Regionen erklärende Faktoren für die Expansion. Ohne diese vielschichtigen, historisch spezifischen Erklärungsdimensionen und die Rolle der politischen Herrschaft bliebe das transnationale Phänomen unverständlich.

IV.1.4 Illegale Ökonomie in Mexiko

In Mexiko beobachten wir, anders als in Kolumbien, eine jahrzehntelange spezifische Verschränkung der Kräfte aus der illegalen Wirtschaft mit dem Staatsparteienmodell. Zum einen gab es nie im gleichen Ausmaß einen bewaffneten Konflikt mit einer Guerilla als erklärtem gegnerischen Akteur – dem die Rolle als krimineller Organisation hätte zugeschrieben werden können (ausschließlich regional). Zum anderen spielt das „Modell PRI" eine zentrale Rolle: Häufig ist in der Literatur die Rede von einer relativen Kontrolle des Drogenhandels. Die autoritäre Zentralisierung des Staates und die *pax priísta* erlaubten diese Kontrolle, so die verbreitete These, über Institutionen wie die Dirección Federal de Seguridad (DFS) zwischen 1947-1985 und über diverse regionale Ebenen hinweg. In der dauerhaft wirtschaftsliberaleren, fragmentierteren Ausprägung von Staatlichkeit in Kolumbien, wo die *corrupción-criminalidad* immer „durch informelle, lokal verortete, obwohl mit nationalen Machtzentren verbundene Kanäle" ging (Serrano/Palacios 2010: 106) wäre dies nicht möglich gewesen (vgl. ähnliche Einschätzung Snyder/Durán Martínez 2009). Die (regionale) *clase gobernante* dominierte nach dieser Lesart das Kräfteverhältnis zwischen Staat und illegaler Ökonomie und setzte die Bedingungen für deren Akkumulationsstrategien. Bereits 1999 schrieb Astorga (1999: 4):

„Controlled, tolerated or regulated by mighty politicians in northern states, drug trafficking seems to have been a business that was developed from within the power structure, and drug traffickers do not give the impression of having emerged as an early autonomous specialised social group, but rather as a new class of outlaws that depended closely on political and police protection and was banned from political activity."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die im PRI-Modell institutionalisierte Korruption nutzte als eine Art alltägliche Lebensweise (Anguiano 2010: 63f.) neben legalen Sektoren auch dem illegalen Sektor. Die zentrale Rolle spielt die direkte Grenze mit dem Hauptkonsumentenland USA: Der Opium- und Marihuanahandel aus Nordmexiko breitete sich besonders in prohibitionistischen Phasen der US-Gesetzgebung Anfang des 20. Jahrhunderts aus und war durch die gleichen Routen wie andere landwirtschaftliche Produkte über die Pacific Railway eng mit dem kalifornischen Markt verknüpft (Astorga 1999: 4f.), so dass ohne die USA die Konstellationen in Mexiko unverständlich blieben (Serrano/Palacios 2010: 114). Die illegalen Netzwerke nutzen eine wie in Kolumbien lange bestehende Schmuggeltradition (Rivelois 2004: 267).

Der Opiumanbau reicht bis Anfang des 20. Jahrhunderts zurück. Anfangs lagen die Produktionszentren in Mexiko ebenfalls in der Peripherie der Transportwege, aber nahe der Grenze zu den USA – etwa in Sinaloa, wo der Opiumanbau wesentlicher Teil der lokalen Ökonomie war, oder in Süd-Michoacán, wo sich der Marihuana- und Mohnanbau parallel zum Bergbau ausbreitete, während gleichzeitig Holz, Tabak, Waffen u.ä. geschmuggelt wurden – ‚Illegalität' also Teil einer politischen Identität war (Maldonado Aranda 2012: 11; Astorga 1999). Zur langfristigen Koexistenz trug bei, dass lokal praktisch kein Konsum stattfand, in den ländlichen Gebieten des Mohnanbaus die Produzenten bekannt waren, und der expandierende Markt nicht nur Aufstiegsmöglichkeiten für ganze Sektoren bot, sondern einen Kampf um Marktanteile zunächst unnötig machte (Astorga 1999: 5; vgl. Serrano 2009: 150).[26] Die Anbauregionen sind daher historische Formationen innerhalb der Nationalstaaten – nicht von diesen abgekoppelt, sondern verankert in spezifischen Territorien mit lang zurückreichender lokaler Akzeptanz (vgl. Maldonado Aranda 2010b: 413). Mit der Vormachtstellung der *norteños* nach der mexikanischen Revolution und bereits in 1930er Jahren, so Serrano/Palacios (2010: 115), setzte mit der politischen Zentralisierung und ökonomischen ‚Modernisierung' nach und nach die Kontrolle der PRI über die regionale illegale Ökonomie ein. Sie stellen für Mexiko prinzipiell ähnliches wie für Kolumbien fest:

„Von der Finanzierung lokaler und regionaler Autonomie abgesehen, trug der Schmuggel von Drogen und illegaler Handel im Grenzgebiet zum ‚Recycling' von Banditen in politische Akteure bei. Tatsächlich flochten sie mit der langsamen, aber stetigen Expansion des Opium- und Marihuana-Anbaus immer engere Verbindungen zwischen einem expandierenden illegalen Markt und einer aufsteigenden regionalen politischen Klasse." (ebd.: 115).

26 Die Beispiele mehrerer Gouverneure und Beamten belegen, „that relations between the postrevolutionary political class and the criminal world were not only locally managed but also structured around fairly defined roles. Local autorities tolerated, protected, or regulated criminal activities in exchange for economic benefits and the political subordination of unruly figures." (Serrano 2009: 145).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Serrano und Palacios (ebd.: 115f.) verstehen zudem den Zweiten Weltkrieg als Katalysator für die mexikanische Opiumproduktion in Form von Morphium, die vor dem Krieg noch zurückgegangen war. Die US-Regierung, die zuvor noch die Laxheit der mexikanischen Behörden bemängelte, fragte nun verstärkt eben diese Produkte für ihre Streitkräfte nach, da sie nicht mehr auf die Produktionsquellen in Europa und Asien zugreifen konnte. Bis 1943 verdreifachte sich die Opiumproduktion und wurde aufgrund fehlender landwirtschaftlicher Alternativen zur fast einzigen Einkommensquelle in Sinaloa (Serrano 2009: 146). Bereits 1943 vervielfachten die USA zugleich ihre Zahlungen für die Bekämpfung von Drogenprodukion in Mexiko. Auf das Produktionsvolumen hatte dies keine Auswirkungen; es stieg an, und der Marihuana-Anbau in Guerrero und Puebla war bereits semi-industriell (Serrano 2009: 144).

Ob nun tatsächlich in der Nachkriegszeit das „lokale Regulationsprinzip", an dem vor allem regionale Gouverneure und lokale *Caciques* beteiligt waren, in eine zentralisiertere Regulation des (illegalen) Marktes überging (Serrano/Palacios 2010: 116), dafür liegen hier keine belegenden Dokumente vor. Mexikanische Forscher (Astorga 1999: 4; Flores Pérez 2009: 101; Serrano 2009) sind sich jedenfalls einig, dass der Handel von psychoaktiven Substanzen, Opium und Marihuana für den US-Markt in der Phase zwischen 1947-1985 der mexikanischen Exekutive bzw. politischen Kräften untergeordnet war und dass Polizei- und Militäreinheiten unabhängig von ihrer formalen Funktion der Verbrechensbekämpfung als strukturelles Verbindungselement zwischen beiden Feldern vermittelten: So etablierte die PRI ab 1947 Instanzen auf Bundesebene, die als Intermediäre zwischen politischen Machtzentren und kriminellen Organisationen fungierten, beispielsweise innerhalb der Judikative die Procuraduría General de la República (PGR), und die zunächst dem Innenministerium, später der PGR untergeordnete Dirección Federal de Seguridad (DFS). Letztere galt als bewaffnetes Repressionsorgan gegen politisch linke, dem PRI-Modell oppositionelle Gruppen, doch die gegenseitige Durchdringung von illegaler Ökonomie und DFS seit ihrer Gründung[27] ist ebenso dokumentiert wie die Kontinuität der Straflosigkeit ihrer Mitarbeiter vom „schmutzigen Krieg" der 1970er Jahre bis zur Kooperation mit *narcos* (Serrano/Palacios 2010: 116; Scott 2009: 178ff.). Immer wieder gab es Kooperationen zwischen Sicherheitskräften, die bei „antisubversiven" Einsätzen wie den Demonstrationen von Tlatelolco oder dem Aufbau der paramilitärischen Brigada Blanca führend waren, und der illegalen Ökonomie (Astorga 1999: 7; Flores Pérez 2009: 116).

27 Scott (2009: 179) und Astorga (2003: 5) zitieren CIA-Berichte von 1947 und zeichnen die politisch-ökonomischen Karrieren diverser DFS-Direktoren mit Verbindungen in die illegale Ökonomie nach. Mehrere Mitarbeiter waren später selbst an Entführungen beteiligt (Flores Pérez 2009: 113f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Boom des illegalen Handels war (wie in Kolumbien) mit der Inwertsetzung marginalisierter Regionen verknüpft, so etwa in Michoacán parallel zu Besiedlungsstrategien während des Aufschwungs durch die Importsubstitution (vgl. Maldonado Aranda 2010b: 427f.). Dort investierte der Staat ab 1947 massiv in den Bau von Straßen, in Bergbau und Metallverarbeitung, Wasserkraft, vergab Land und Kredite, um die Region auf Basis einer ejidalen Landwirtschaft zu integrieren. Dies ließ eine mit dem Weltmarkt artikulierte Agrar- und Bergbauwirtschaft, über dieselben Transportwege aber auch den Opium- und Marihuanahandel und -anbau expandieren. Letzterer ersetzte Mais- und Bohnenpflanzungen und umfasste Ende der 1950er Jahre bereits 13.000 Ha (Maldonado Aranda 2012: 11). Der Drogenhandel hatte seinen Boom dort gerade nicht wegen der Ferne des Staates, sondern im Kontext von Marktöffnung und staatlichen Entwicklungsprojekten in der Landwirtschaft, von Infrastrukturausbau und Kommunikationsanbindung, also als integraler, wenn auch informeller Teil staatlicher Interventionsprozesse erfahren, die Agrarindustrie und „unternehmerischen Geist" förderten (Maldonado Aranda 2010b: 428). Dort „erweiterten sich lokale und regionale Machträume, in denen Drogenhändler und Politiker koexistierten" (Maldonado Aranda 2012: 35).

Noch Jahrzehnte später kam die Mehrheit der als „Drogenhändler" bekannten Unternehmer aus der ländlichen Gesellschaft Sinaloas (Astorga 2003: 10), war die Produktionsgeografie also relativ konzentriert. Regionale staatliche Apparate wie Polizeien kontrollierten informelle „Lizenzen", so dass Produktionsenklaven entstehen konnten; Dieser modus operandi ermöglichte die Expansion des Marktes zu kontrollieren und verhinderte, dass sich die im Drogenhandel tätigen Kräfte als autonome politische Kraft hätten etablieren können (Serrano 2009: 149; Serrano/ Palacios 2010: 117).[28]

Obwohl mit dem Rückzug der Türkei aus der Opiumproduktion Mexiko nicht mehr bis zu 15 %, sondern 1974 80 % des US-Marktes bediente (Serrano/Palacios 2010: 124) und bereits in den 60er Jahren bis zu 300 Flugplätze in Nordmexiko für einen raschen Transport der Ware sorgten (Astorga 1999: 6), ergaben sich erste Spaltungen Ende der 70er Jahre: Mit der verstärkt prohibitionistischen Politik der USA erhöhten sich schlagartig Schutz- und Regulationsaufwand. In der Konsequenz reagierte die mexikanische Regierung auf Anraten der USA mit der so genannten Operación Cóndor und einer Kampagne der Produktionsvernichtung (*erradicación*) (ebd.: 124). 10.000 Militärs, spezialisierte Einheiten und die der Staats-

28 Hier muss eingefügt werden, dass diese Kooperation zwischen Staatspartei PRI und der illegalen Ökonomie Herrschaftswissen darstellt: Felipe Calderón (Präsident 2006-2012) nahm die Interpretation auf, um sich – der ja einen „Krieg gegen die Drogen" ausgerufen hatte – vom alten Regierungsmodell zu distanzieren und darauf hinzuweisen, dass es ein neues, damals unbekanntes Problem gebe, nämlich den Kampf um lokale Verkaufsplätze (Interview mit Felipe Calderón Hinojosa The New York Times 2011).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

anwaltschaft für Militärjustiz unterstellte Policía Judicial Federal Militar sollten illegale Pflanzungen vernichten.[29] Flores Pérez (2009: 114) spricht aber von einem Ehrenkodex, der es für Militärs undenkbar gemacht habe, die *narcos*, die Zahlungen an sie leisteten, zu ermorden oder festzunehmen. Hier gerieten der Schutz der illegalen Plantagen, logistische Unterstützung und die Sicherung der Transportwege offenbar zum Nebengeschäft des Militärs – eigene Interviews bestätigten diese Aussagen.[30] Die Operación ging mit Hunderten Fällen von Menschenrechtsverletzungen einher. Eine Konsequenz war, wie schon in den 50er Jahren, die Verlagerung und Zerstreuung der Produktion in andere Bundesstaaten (Michoacán, Jalisco); offensichtlich konnte die DFS damit zugleich einen wachsenden illegalen Markt funktional strukturieren (vgl. Flores Pérez 2009: 116; Astorga 1999: 5ff.).

Grundlegend präsentieren sich in Mexiko in dieser Phase komplexe Praktiken und Regeln, die alle unter dem Schutz reziproker Vereinbarungen zwischen Drogenhandel und staatlichen Agenturen zu stehen schienen, etwa über Arrangements, die die Zahlung informeller Steuern aus der illegalen Tätigkeit beinhalteten (Serrano/Palacios 2010: 116f.; vgl. Snyder/Durán Martínez 2009). Die Händler agierten als ‚Franchise-Unternehmer' in Produktionszonen, die ihnen von den Regulationsbehörden angewiesen und von repressiven Apparaten geschützt wurden, behaupten Serrano/Palacios (2010: 117; vgl. Astorga 2007). Auch sie band das korporativ-autoritäre System der Staatspartei PRI ein; die kriminellen Unternehmen wurden nicht mit eigenen Bewegungen politisch aktiv. Der mit der Produktion verbundene Schmuggel wurde nicht als im eigentlichen Sinne kriminelle Aktivität oder außerhalb des Systems verstanden. Im Staatsparteiensystem sei Geld aus der Drogenökonomie für Kampagnen von Politikern „kein Grund zur Aufregung" gewesen, „mehr noch, das Thema war nicht einmal beachtenswert" (Astorga 2007: 43). Die tiefe

29 U.A. zerstörten die Truppen in Michoacán in der Hauptproduktionszone für Acovado um Uruapán Marihuana- und Mohnpflanzungen und Saatgut (Maldonado Aranda 2012: 14). Dass die Militäroperationen bereits mit Nahrungsmitteln für die Soldaten u.ä. schlecht ausgestattet waren, gilt als klarer Impuls für Korruption, wobei die engen Verknüpfungen in einer so vertikalen Organisation wie der Armee kaum ohne Wissen der oberen Führungsebenen vonstatten gehen konnten. „Antisubversive" Operationen wie in Guerrero waren dagegen sehr gut ausgestattet. Guerillas wurden als Bedrohung des Status quo betrachtet; der politische Wille war groß (Astorga 2003: 8; vgl. Flores Pérez 2009: 110ff.).

30 „ich habe in Nord-Sinaloa gelebt, einem Bundesstaat, der völlig vom Drogenhandel beherrscht ist. Was es in Mexiko gab, war ein Pakt zwischen Staat und Drogenhandel; so brauchte der Drogenhandel nicht einmal eine Armee, weil die mexikanische Armee darauf achtete, dass alles im Fluss blieb […] als ich in Sinaloa gelebt habe […] passierte es häufig, dass die Armee die Leute in ihren eigenen in Armeelastern transportierte, um die Marihuanapflanzungen zu pflegen. Sie ließen sie dort raus und holten sie später ab. Das war derart offen, ich spreche von den 80er Jahren." (IV 1:074).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Verwurzelung in der lokalen Ökonomie schlug sich kulturell im Musikgenre der *corridos* nieder, aber auch in einer ländlichen *narco*-Identität mit großer Bedeutung von Familie und Katholizismus, die sich selbst sozial über Indigene und *ejidatarios* stellte und infrastrukturelle, politische, familiäre Netze schuf (vgl. Astorga 1999: 15; Maldonado Aranda 2012: 13f.). Basis dieser pax priísta war der Spielraum eines autoritären Regimes (Serrano/Palacios 2010: 118).

Machtstrukturen im Umbruch

Die USA verlagerten Anfang der 80er Jahre ihre Anti-Drogenpolitik noch stärker in die Zuständigkeit des Militärs, zudem brachten Beamte der Drug Enforcement Administration (DEA) den Begriff ‚Kartell' auf, den mexikanische Stellen übernahmen und nährten damit die Vorstellung von monopolartigen Organisationen, die ganze Produktionsketten kontrollierten (Astorga 2007: 150). Die Rede von „*narco-terrorists*" kam erst vor wenigen Jahren auf (vgl. zu den Begriffsprägungen Escalante Gonzalbo 2012). Besonders der Skandal um den Mord am US-amerikanischen DEA-Beamten Enrique Camarena 1985 veranlasste die Exekutive zu Neuordnungen der zuständigen Apparate und zur Abschaffung der DFS (Lupsha 1996: 35; Flores Pérez 2009: 99).

1981 fiel im Gegensatz zur wachsenden kolumbianischen Produktion der Anteil mexikanischen Marihuanas am US-Markt von zuvor 75 % auf nun 4 % (ebd.: 104). Die illegale Ökonomie in Mexiko stellte um und begann sich – weiterhin mit Schutzmaßnahmen aus staatlichen Apparaten – als Dienstleistungssektor zu konsolidieren. Serrano/Palacios (2010: 114; vgl. Snyder/Durán Martínez 2009: 76; ICG 2013: 6) erklären den Wandel von landwirtschaftlicher Opium-Produktion hin zur heutigen Dienstleistungs- und Handelsökonomie eines Transitlands für Kokain nicht nur mit geografischen Faktoren. Der Druck, den die USA auf Handelsrouten für Kokain aus Südamerika durch die Karibik und Florida Anfang der 80er Jahre erhöhten, war entscheidend dafür, dass die kolumbianischen Produzenten ihre Transportrouten immer mehr nach Mexiko verlagerten. Geschäftsbeziehungen gab es zunächst zwischen mehreren mexikanischen Gruppen (*Sinaloenses*, Juarez) und dem Medellín-Netzwerk, später aber auch mit den *Pepes* aus Cali. Zunächst waren die kolumbianischen Produzenten dabei nicht abhängig von den mexikanischen Dienstleistern, die für die korrekte Abwicklung des Transfers zuständig waren. Nach und nach gewannen die mexikanischen Händler aber offensichtlich ohne gewaltsame Übernahme Spielräume. U.a. erhielten die mexikanischen Netzwerke als Bezahlung bald 50 % des Kokains (als Produkt!), das über ihr Territorium ging. Ab Ende der 80er Jahre stiegen die Gewinnzuflüsse der mexikanischen Netzwerke enorm; sie übernahmen nun teilweise die Endpunkte der Transportkette.[31] Die

31 Die Korruptionszahlungen konnten leicht den Haushalt der Bundesbehörde übersteigen: Bereits 1995 sollen die Einnahmen bei 1.500-4.500 Mio. US$ gelegen haben, die Hälfte

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Netzwerke in Medellín und Cali dagegen waren Anfang der 90er Jahre vom Mord an Pablo Escobar und von Ermittlungen im Rahmen des Proceso 8000 (vgl. Kap. III) betroffen, so dass manche Autor/-innen ihren Zerfall konstatierten (Abs. vgl. Lupsha 1996: 36; Flores Pérez 2009: 116; Astorga 2003: 10; ICG 2013: 6). Eine der Quellen von Flores Pérez (2009: 121ff.) verortet diesen Wandel 1991: So konnten die kolumbianischen Netzwerke nicht mehr frei in Mexiko operieren und mussten sogar Festnahmen befürchten – eine Veränderung, die die mexikanischen Netzwerke nur in Kooperation mit staatlichen Stellen leisten konnten. Auch wenn die illegale Produktion in beiden Ländern auf lange existierende Handelsrouten zurückgreifen konnte, waren die Kolumbianer nun auf mexikanische Intermediäre angewiesen.

Diese Kräfteverschiebung machte die nordmexikanischen „Kartelle" zu zentralen Playern in diesem Wirtschaftssektor. Mit diesem Wandel vom spezialisierten Anbau zweier Produkte mit geografischer Konzentration zum Transitland ab den 1980er Jahren wurden die ehemaligen Korridore des Opiumanbaus zu einem mit den USA verbundenen, integrierteren Netz von Transport- und Kommunikationsknotenpunkten (Serrano/Palacios 2010: 114), was allerdings den ökonomischen Niedergang von Teilen der nördlichen Grenzregion zur Folge hatte, die zuvor von der Ansiedlung der Produktion profitiert hatte (z.B. Valle de Juárez) (vgl. Lupsha 1996: 42f.).

Bald gingen schätzungsweise 60 %-65 % des Kokains für den US-amerikanischen Markt über Mexiko (Astorga 2003: 14). Mit dem komplizierter werdenden Szenario vergrößerten sich allerdings die Brüche des Modells, da dies nicht nur die Größe, sondern die Struktur des Marktes modifizierte. Zeitgleich beeinflussten die Transformationen der Produktionsstruktur und wirtschaftlichen Ausrichtung, also der Umbau des Akkumulationsmodells insgesamt, die Gewaltraten und die illegale Ökonomie: Die Verdopplung der Mordraten zwischen 1980 und 1995 (Flores Pérez 2009: 94) fand parallel zu den praktisch ohne Konsensmomente umgesetzten tiefgreifenden Reformen seit den 80er Jahren statt. Die neue Integration in den Weltmarkt und die Strukturierung der illegalen mexikanischen Ökonomie als gewaltvolle Dienstleistungs- und Transitökonomie (vgl. Serrano/Palacios 2010: 125f.) vollzogen sich parallel. Die Transformation des mexikanischen Staates ab 1982 fiel zusammen mit prohibitionistischen Bestrebungen der US-Regierungen und den Veränderungen der Produktionsstrukturen und Vermarktungsmuster im andinen Raum. Der Anbau verschwand dabei nicht: Rivelois (2004:266f.) zufolge gingen im Südosten Mexikos – wo die Agrargrenze „ausgeweitet" wird – wie in Kolumbien we-

davon aus der Zusammenarbeit mit kolumbianischen Netzwerken (Flores Pérez 2009: 116). Lupsha (1996: 36) geht nach Zahlen der mexikanischen PGR von etwa 300 t Kokain aus, die Anfang der 90er Jahre allein über Matamoros jährlich in die USA gelangten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen fehlender Alternativen kleinbäuerliche Strukturen zum Anbau von Opiummohn und Ähnlichem über.

Diese veränderte Kontrolle und miteinander ringenden aufsteigenden Kräfte drückten sich in der Abschaffung der DFS 1985 aus. Ihre Nachfolgeorganisation DISEN wurde 1989 zum Geheimdienst CISEN. Kompetenz- und Aufgabenverschiebungen in Richtung Staatsanwaltschaft (PGR) und häufige Umstrukturierungen zuständiger Organe (z.B. der Policía Judicial Federal PJF) folgten. Die Regulationsmechanismen des alten PRI-Systems erodierten auch im Sektor der illegalen Ökonomien und konnten in einem Transitmarkt mit zudem größerem Gewicht in der Gesamtökonomie nicht mehr funktionieren. Die gegenseitigen Verbindlichkeiten wurden teils gewaltvoll gelöst; damit schwanden die Kapazitäten staatlicher Stellen, eine disziplinierte Koexistenz der illegalen Unternehmen zu garantieren (Serrano/ Palacios 2010: 126, 135). Für Astorga (1999: 17) begannen sich damit die zentralisierten Sicherheitsstrukturen institutionell aufzulösen. Kooperationen von spezifischen Sektoren der Staatsanwaltschaft PGR, Teilen der PJF und der Dirección General Antinarcóticos nach 1985 und dem Wegfall der DFS zeichnen mehrere Autor/-innen nach (exemplarisch Flores Pérez 2009: 123; Hernández 2010: 167f.):[32] Sei früher die Kontrolle lokaler *plazas*, dann die wichtiger Städte und die Verbindungen zu Vermittlungsinstanzen wie der DFS zentral gewesen, seien es in den 90er Jahren große Frachtflughäfen und personalisierte Verbindungen direkt ins Kabinett oder zur Bundesstaatsanwaltschaft PGR, so Lupsha (1996: 42f.). Der Vizestaatsanwalt Eduardo Valles formulierte in seinem Rücktrittsgesuch 1994 schwere Vorwürfe:

„Ich frage: Wann werden wir […] die intellektuelle Fähigkeit und ethische Kraft haben zu sagen, dass Amado Carrillo, Arellano Félix und Juan García Ábrego unbegreiflicherweise leider die Förderer und sogar die Grundpfeiler unseres Wachstums und sozioökonomischen Entwicklung sind... Niemand kann ein politisches Projekt einbringen, in das die Herren und Financiers des Drogenhandels nicht eingebunden wären, denn wenn er das tut, ist er tot." (zit. in ebd.: 39).

32 Mehrere direkte Untergebene des damaligen Gouverneurs von Morelos, Carillo Olea, wurden im Zusammenhang mit dem „Kartell" von Juárez verurteilt, so der Procurador des Staates Morelos und der Polizeichef der Policía Judicial del Estado (Flores Pérez 2009: 133). Ein Subprocurador soll die Posten für Abgesandte der PGR in Städten wie Tijuana oder Juárez zu hohen Preisen plus monatliche „Miete" verkauft haben. Die Unterscheidung zwischen Staatspersonal und Kriminellen konnte, so Flores Pérez (ebd.: 124), nur formeller Art sein. Laut Astorga (2003: 10) spielte bei der Disziplinierung Raúl Salinas de Gortari, der Bruder des Präsidenten Salinas, eine Rolle. Raúl Salinas stand Mitte der 90er Jahre wegen Geldwäsche und wegen Mordes an José Francisco Ruiz Massieu (PRI) vor Gericht (vgl. auch Anguiano 2010: 68f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Aussage zeigt, welche Wichtigkeit illegale Unternehmer für das Ringen um Hegemonieprojekte erlangt hatten. Die illegale Ökonomie blieb ein grundlegendes Element für die strukturelle und für institutionelle Selektivitäten des Staates: So regulierten unter Präsident Salinas de Gortari ab 1988 noch einmal staatliche Agenturen die illegalen Tätigkeiten und beteiligten sich an deren Reproduktion und Expansion, so jedenfalls einige Studien wie Flores Pérez (2009: 125). Große Netzwerke der illegalen Ökonomie regelten ihren Wettbewerb um Marktanteile in einer Verhandlungslösung (Fazio 1996: 33; vgl. Astorga 2003; Flores Pérez 2009).[33] In jedem Fall waren die Verflechtungen eng: Lupsha (1996: 38) bezeichnet das Verkehrs- und Kommunikationsministerium unter Salinas – Minister Eduardo Gamboa wurden Telefonate mit dem „Golfkartell" vorgeworfen – als ebenso wichtig für den Handel mit Kokain aus Kolumbien wie für den Freihandelsvertrag zwischen Mexiko, den USA und Kanada. Die US-amerikanische Federal Reserve belegte die American Express 1993 wegen Geldwäsche aus dem mexikanischen Drogenhandel mit 950.000 US$ Strafe, ähnliches warfen die USA 1998 nach der Operación Casablanca gegen Geldwäsche der Bank BANAMEX vor; der *capo* Miguel Ángel Félix Gallardo saß im Vorstand der nordmexikanischen Zentrale der SOMEX-Bank (ebd.: 36f.; Hernández 2010: 222). Mit der katholischen Kirche gab es ebenfalls Verbindungen; Treffen zwischen dem Vatikan-Entsandten und den *capos* des Tijuana-„Kartells" zwischen 1993 und 1994 sind belegt (Nava Vázquez 2009: 227; Astorga 1999: 10).

Unter Präsident Zedillo (1994-2000) erließ die PGR – mit ausgetauschtem Personal – Haftbefehl gegen zwei ehemalige Direktoren der Policía Judicial Federal (PJF) wegen Schutz des Drogenhandels und Geldwäsche. Sofern es Kräfteallianzen gab, waren sie also nicht (mehr) langfristiger Natur. Waren die Beziehungen in die Regierungsebene zwischen 1988 und 1992 noch eng, dezentralisierten sich laut Flores Pérez (2009: 134) ab 1994 die Schutzstrukturen, in den Streitkräften in untere Ränge und auf länger im Amt befindliches regionales Personal. Ein Gesetz gegen die „Organisierte Kriminalität", die erneute Gründung einer Spezialeinheit der PGR (Unidad Especializada en Delincuencia Organizada UEDO/SIEDO) und die Verhaftung mehrerer Generäle wegen Verbindungen zum Drogenhandel zeugen von diesen veränderten Mechanismen.[34]

33 Auf diese Netzwerke (Tijuana/Arrellano Félix; Ciudad Juárez/Amado Carrillo, García Abrego/Tamaulipas) wurde der häufig genutzte Kartell-Begriff gemünzt.

34 Großes Medieninteresse weckten der Prozess gegen den General de división José de Jesús Gutiérrez Rebollo, ehemals Direktor des Instituto Nacional de Combate a las Drogas (INCD), dem 1997 Verbindungen zur Organisation des „Señor del Cielo" (Amado Carillo) vorgeworfen wurden, und die Verhaftung des General de brigada Mario Arturo Acosta Chaparro im Jahr 2000 (vgl. Reveles 2010: 77; Hernández 2010).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auslieferungen scheinen allerdings für den illegalen Sektor Mexikos keine größere Bedrohung darzustellen. Obwohl die Regierung Zedillo Juan García Ábrego an die USA auslieferte, unterschieden sich seine Strategien von denen Pablo Escobars:

„There were no bomb explosions or shootings against politicians or innocent people. There was no speculation attack against the peso, nor a flight of capital. A strange behaviour, indeed, for somebody whose fortune was officially estimated (in fact, invented) to 10 billion dollars (about 3.48 % of Mexicos GNP in 1995, $5.7 billion less than the international reserves, and $1.6 billion more than the oil revenues the same year)." (Astorga 1999: 11).

Der Paramilitarismus als eigene Kraft spielte in Mexiko eine weit weniger zentrale Rolle als in Kolumbien, wenn auch immer wieder der Einsatz solcher Gruppen (die sogenannten camisas rojas, grupos de choque in Gewerkschaften, Batallón Olimpia) dazu diente, ein unsicheres Klima herzustellen (vgl. Anguiano 2010: 72f.) und laut Hernández (2010: 195) Ende der 80er Jahre selektive Morde an Mitgliedern der von der PRI abgespalteten Frente Democrático Nacional (FDN, spätere PRD) über Verbindungen zwischen Präsidentenamt und den „Kartellen" vereinbart wurden. Teile Michoacáns oder Chiapas erlebten gewaltsame Vertreibung und irreguläre Landkäufe kollektiv bewirtschafteter Flächen (Maldonado Aranda 2012: 13). Besonders in Chiapas war der Einsatz paramilitärischer Gruppen in den 90er Jahren systematisch. Der damalige Direktor der Nationalen Menschenrechtskommission Jorge Madrazo sagte 1995, es sei „fast dasselbe Thema, von Guardias blancas und Caciques" zu sprechen (zit. in Fazio 1996: 201). Demzufolge (ebd. ebd.: 203) entstanden paramilitärische Gruppen in Chiapas (u.a. ‚Chinchulines', Frente Cívico Luis Donaldo Colosio, Organización Juvenil Independiente, Paz y Justicia) vor allem während der Regierung des Gouverneurs Patrocinio González noch vor der 1994 begonnenen zapatistischen Rebellion. Zwischen 1994-96 in einer Phase latenten Krieges wurden 600 Bauern getötet. Mehrere Massaker wurden bekannt; am bekanntesten wurde das Massaker an 45 Menschen in Acteal 1997, die zu den mit den Zapatistas sympathisierenden Abeja-Gemeinden gehörten (Fazio 1996: 297). Die paramilitärische Gruppe Máscara Roja agierte dabei nachweislich mit staatlicher Beteiligung (vgl. Bellinghausen 2008; Romo Cedano 2008). Dagegen gab es Militäroperationen wegen angeblichen Drogenanbaus und eines „Kartells" in der Nähe der zapatistisch geprägten Stadt Oventic und in Guerrero gegen die Guerilla Ejército Revolucionario del Pueblo Insurgente (ERPI) (Astorga 2003: 16). D.h. ähnlich wie in Kolumbien wurde den Guerillas von offizieller Seite eine Verbindung zum Drogenhandel zugeschrieben. Eine nationale Organisation paramilitärischer Gruppen gibt es in Mexiko jedoch nicht; sie können auch nicht in direkte Verbindung mit der illegalen Ökonomie gebracht werden.

Die Tatsache, dass Verflechtungen zwischen staatlichen Agenturen und illegaler Ökonomie existieren, änderte sich mit der *alternancia*, der Übernahme der Regie-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rungsgeschäfte durch die PAN im Jahr 2000, nicht grundlegend.[35] Doch die zentralisierte, kohärente Strategie mehrerer staatlicher Apparate, kriminellen Organisationen Marktanteile und Integrität zu garantieren, existierte nicht mehr, so dass eigene bewaffnete Kräfte für die kriminellen Organisationen notwendig wurden (vgl. Serrano/Palacios 2010: 135). Ähnlich sieht Flores Pérez (2009: 86ff.) eine Transition von einem hierarchisch-zentralisierten Modell zu einem fragmentierten Verhältnis ohne klare Vormachtstellung.

Je brüchiger in der Folge wirtschaftspolitischer Umstrukturierungen die Basis des zentralisierten PRI-Modells wurde, desto ambivalenter und wandelbarer schien sich das Verhältnis zwischen der illegalen Ökonomie und dem Staat darzustellen – modifizierte Agenturen innerhalb des Staates mit unterschiedlichen Logiken und ab 2000 neue Akteure in der Exekutive implizierten veränderte Interessenkonstellationen und weniger vorhersehbare reziproke Absprachen (vgl. Astorga 2007). Damit werden zuvor seltene Drohungen gegen verschiedene politische Akteure denk- und sichtbar. Serrano/Palacios (2010: 135) beobachten seit der Amtsübergabe von der PRI an die PAN im Jahr 2000 die Privatisierung der Gewaltausübung, die möglicherweise eine Annäherung an die kolumbianischen Verhältnisse darstelle.

Für diesen „privatisierten kriminellen Markt" (Friman 2009: 15) ist ein neuer Akteur zentral: Desertierte ehemalige Elitesoldaten der 1994 in Chiapas eingesetzten Grupos Aéromóviles de Fuerzas Especiales (GAFEs) – die Rede ist von über 1.000 Deserteuren bis Mitte der 2000er Jahre – sollen zunächst vom Golf-„Kartell" als private Miliz angeworben worden sein, sich dann verselbständigt und sich als Los Zetas Marktanteile in der illegalen Ökonomie angeeignet haben. Die äußerst gewaltsame Vorgehensweise der Zetas erinnert an paramilitärische *counterinsur-*

35 Belege dafür, dass Guzmán Loera („El Chapo") das Sinaola-Netzwerk als strategischen Partner der PAN-Regierungen positioniert habe, sind wesentlich seltener als die Wiederholung der These: Sein illegales Unternehmen (Pacífico/Sinaloa) sei längst ein transnationaler global player und kontrolliere fast die Hälfte des Handels in die USA, so Reveles (2010: 44). Seine Flucht aus einem Hochsicherheitsgefängnis 2001 suggeriert Kontakte in politische Ebenen (vgl. u.a. Hernández 2010; Flores Pérez 2009; Reveles 2010). Welche Mythen sich um den Drogenhandel in Mexiko ranken, zeigt ein Interviewzitat von Flores Pérez (2009: 139): „schon dieser Freigang. Er kam und ging wie er wollte. […] Er zahlte […]30 oder 40.000 Dollar pro Monat Quote, um rein und rauszukommen. Und er ging raus. Es gab keine Probleme, er blieb zwei-drei Tage draußen, kam zurück, man sah ihn hier in México [D.F.], in Guadalajara […] Und bei der Rückkehr sagten sie ihm: ‚Du kannst nicht mehr hinein, weil es hier ein furchtbares Drama gab, das mit dir zu tun hat. Also sieh dich als Flüchtigen.' Ich glaube, sie haben ihn getötet. Glaube ich." Da Guzmán 2014 erneut verhaftet wurde und 2015 erneut aus einem Hochsicherheitsgefängnis entkam, ist diese Vermutung widerlegt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gency-Elemente.[36] In jedem Fall wuchsen die Konfrontationen zwischen verschiedenen Gruppen, die ihren Einfluss während der Regierung Fox ausdehnten (Astorga 2007; vgl. Serrano/Palacios 2010): Der Konsum von psychoaktiven Substanzen galt lange Zeit als Problem der USA bzw. Europa, doch seit einigen Jahren gewannen mit dem wachsenden mexikanischen Konsum der *narcomenudeo* (der Verkauf kleiner Mengen Drogen) und somit die Kontrolle von Marktanteilen innerhalb Mexikos an Bedeutung. Dies verspricht kleinen Dealern Aufstieg, deren Perspektiven sich ohnehin häufig auf den informellen Sektor oder Emigration beschränken (vgl. etwa ICG 2013: 8). Gegen ein im April 2006 vom mexikanischen Kongress beschlossenes Gesetz, das Instrumente zum strafrechtlichen Vorgehen gegen den *narcomenudeo* verstärken, aber den Besitz kleiner Mengen Drogen legalisieren sollte, legte Präsident Fox auf Druck der US-Regierung Veto ein (Meyer 2007b: 6).

Mit Serrano/Palacios (2010: 135) brach besonders der historische Übergang zum Kokaintransitmarkt und in der Konsequenz die Erschöpfung des staatlichen Regulationsmodells den modus operandi auf. Die Strategie, Köpfe der kriminellen Organisationen zu töten oder festzunehmen, führte zu mehr Kämpfen zwischen illegalen Unternehmensnetzwerken. Die Schutzmechanismen existierten ab 2004 von der lokalen Ebene aus weiter, so Flores Pérez (2009: 136). Die unklaren Grenzen zwischen legalen Streitkräften, parastaatlichen Gruppen und kriminellen Organisationen spiegeln weiterhin eine strukturelle Verbindung und systematische Korruption wider, doch über die konkreten Verflechtungen zwischen Staatlichkeit, Korruption, regionalen Kräften und der illegalen Ökonomie gibt es keinen Konsens. Während z.B. Fazio (2000) von einem mafiosen Staat spricht, verneint Rivelois (2004) diese Tendenz.

Insofern bewegen wir uns in einem Kontinuum zwischen Legalität und Illegalität; die Grenzen zwischen beiden sind konzeptioneller Art und Produkt von Kräfteverhältnissen außer- und innerhalb des Staates. Damit sind die Grenzen zwischen

36 Die GAFEs erhielten nach Militärquellen (Santos Méndez 2008) ab 1995 in Reaktion auf die zapatistische Rebellion *counterinsurgency*-Trainings von den sogenannten Kaibiles in Guatemala, „Spezialkräfte", die die Aufstandsbekämpfung dort gegen die Zivilbevölkerung einsetzte. Die Verbindungen zwischen Kaibiles und GAFEs sind demzufolge eng; die Ausbildung ähnelt sich stark (ebd.: 305). Ähnlich wie in Kolumbien und Guatemala war die Ausbildung zunächst auf die Aufstandsbekämpfung und erst im zweiten Schritt auf die Drogenbekämpfung gerichtet (ebd.: 306). Da die USA ebenfalls GAFEs ausbildeten, erhielten später desertierte Mitglieder der GAFEs möglicherweise Militärtraining aus den USA (u.a. Meyer 2007b: 6) und profitierten nicht nur vom Insiderwissen über das mexikanische Militär, sondern von Spezialwissen über Aufklärungssysteme, Überwachungstechniken und Einsatzplanung, obwohl die US-Sicherheitsinstitutionen später keine übereinstimmenden Namenslisten mehr finden konnten (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2009a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Korruption von Staatsbeamten durch Außenstehende und illegalen Tätigkeiten durch Staatspersonal von innen heraus kaum losgelöst vom konkreten Fall zu ziehen. In Kolumbien sind, so konnten die vorangegangenen Abschnitte zeigen, die paramilitärischen Gruppen (vor allem als landesweit organisierte AUC ab 1997) sowohl ausführende Kräfte einer faktischen Gegenlandreform und erfüllten in einigen Regionen *counterinsurgency*-Aufgaben, als auch erfolgreiche Unternehmer der illegalen Ökonomie. In Mexiko bestand über das gesamte 20. Jahrhundert eine Verflechtung in politische Apparate hinein. Der illegale Sektor wandelte sich parallel zum Umbau der Regulation und der Rolle des Staates ab den 80er Jahren hin zu Transitökonomie. Will man also den Staat in Kolumbien und Mexiko untersuchen, so müssen diese Kräfte und die Veränderungen in den Grauzonen der Ökonomie beachtet werden, denn sie stehen nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern sind Teil der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die sich teilweise und fragmentarisch in staatliche Politik übersetzen.

IV.2 SOZIALSTRUKTURVERÄNDERUNGEN

Um Akteurskonstellationen auszuloten und den Kontext für das Politkfeld Un-/Sicherheit zu schärfen, werden im Folgenden die allgemeine Wirtschaftsstruktur und das gesellschaftliche Szenario zu Beginn der jeweiligen Amtszeit skizziert. Mit den Umstrukturierung der Regulation in den 80er und 90er Jahren veränderten sich die Sozialstrukturen und damit die Kräfteverhältnisse im Sinne Poulantzas', wie erwähnt, auf dem ganzen Kontinent massiv (vgl. Boris et al. 2008). Große Unternehmen absorbierten die vom öffentlichen Sektor ausgewiesenen Arbeitskräfte nicht, sondern verringerten ihren Anteil an der Beschäftigung ebenfalls (Klein/Tokman 2000: 13; Portes/Hoffman 2003: 55). Die Arbeitskräfte gingen stattdessen in Dienstleistungs- und informellen Sektor; obwohl dieser immer groß war, ist die Prekarisierung augenfällig (Klein/Tokman 2000: 18). Hatten über drei Jahrzehnte die formellen Branchen durchschnittlich 60 % neuer Arbeitsplätze (15 % im öffentlichen, 45 % im privaten Sektor) geschaffen, veränderte sich dies mit dem Strukturwandel radikal: Zwischen 1990-1996 schuf der formelle Sektor nur noch zwei von zehn neuen Arbeitsplätzen (ebd.: 19). Entsprechend leben städtische informelle Sektoren gleichsam dauerhaft „am Rand", sind aber öffentlich sichtbar und essentieller Teil der lateinamerikanischen Ökonomien; die Vertragsvergabe transnationaler Unternehmen mit vertikal integrierten Wertschöpfungsketten an informelle Verkaufsnetzwerke und Unternehmen ist kaum als „marginal" zu bezeichnen (vgl. Caldeira 2009; ähnlich zu Südeuropa Poulantzas 1976: 62). Die Reallöhne sanken tendenziell und lagen 1999 um 26 % niedriger als 1980 (Klein/Tokman 2000: 11); als Flexibilisierungsinstrument diente die immer weiterreichende Auslagerung von Ar-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

beitsschritten. Globales Merkmal sind transnationalisierte, vertikal integrierte Unternehmen, denen es inzwischen möglich ist, bei maximierter Absatzmöglichkeit und Produktivität auf der Suche nach den geringsten Arbeitskosten von einem Standort zum anderen ziehen (Estrada Álvarez/ Moreno Rubio 2008: 25). Sie prägen in der „Peripherie" ohnehin nach wie vor Schlüsselsektoren der Wirtschaft und das gesamte Konkurrenzverhältnis; damit verbindet sich ein beständiger Gewinntransfer in die Herkunftsländer der Investoren (Becker 2008: 13). Die Investitionen in arbeitsintensive Produktionsschritte in Mexiko sind ökonomisch logisch, wenn beispielsweise Lohn- und Lohnnebenkosten um mehr als die Hälfte niedriger sind als in den USA. Doch die Beschäftigung erreichte das Niveau von 1980 in ganz Lateinamerika nicht wieder; Instabilität und Fluktuation sind heute höher und die Fähigkeit auf Schocks von außen zu reagieren, geringer (Klein/Tokman 2000: 12). Die Sparquoten blieben gering, ebenso wie die Anzahl besteuerbarer Einkommen (niedrige Steuerbasis). Die Mittelschichten schrumpften, wo es sie gab, denn ihre Entwicklung war mit der Rolle des („Entwicklungs"-)Staates (Portes/Hoffman 2003: 46) ja eng verknüpft gewesen, und Kanäle sozialen Aufstiegs wie Bildung waren zunehmend versperrt. Der Abbau des öffentlichen Sektors bedeutete also für Teilsektoren den sozio-ökonomischen Abstieg, andere konnten sich spezialisieren; die Einkommensungleichheit verschärfte sich insgesamt massiv (ebd.: 58). In beiden Beispielfällen beschränkte der Staat seit den 80er Jahren seine (ohnehin von der spezifischen Weltmarkteinbindung begrenzten) binnenraumorientierten Funktionen noch und verringerte Maßnahmen, die zwischen gesellschaftlichen Kräften ausgleichend wirkten (z.B. die immer selektive Integration in Sozialprogramme). Mit dem Argument, marktorientierte Formen sozialer Sicherung würden effizienter funktionieren, setzten Regierungen teilweise marktorientierte Renten- und Landreformen oder Sozialhilfeprogramme durch.

Nach dem Jahr 2000 differenzierten sich die Sozialstrukturtendenzen deutlich aus; in einigen Ländern verringerte sich im Zuge politischer Umbrüche, der Einführung keynesianischer Elemente der Wirtschaftspolitik und einer wieder ausgebauten Sozialpolitik der Gini-Koeffizient zu Einkommensungleichheit und ergaben sich neue außenpolitische Kooperationen (UNASUR) (vgl. u.a. Boris 2009: 174ff.). So ging die die Einkommensungleichheit in Venezuela und Brasilien deutlich zurück, während sie in Kolumbien, Mexiko oder Honduras sehr hoch blieb (vgl. CEPAL 2012: 19–25). Vor allem in Argentinien und Venezuela gingen aufgrund indirekter Umverteilungsmaßnahmen verschiedener Reformpakete die Armutsraten zurück (ebd.: 17; CEPAL 2010: 189ff.). Rassistische Spaltungslinien traten als Ausschlussmechanismus für politische Artikulation in einigen Staaten mit erstarkten indigenen Bewegungen zurück (v.a. Bolivien) (vgl. Prada 2010). Eine radikale Wende in der Wirtschaftspolitik blieb jedoch meist aus. In einigen Staaten befinden sich relativ breite Bevölkerungssegmente in Auf- und Abwärtsbewegungen unter oder gerade über der Armutsgrenze (CEPAL 2012: 64). Entlohnte Arbeit reicht häufig nicht, um

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dauerhaft über der Armutsgrenze zu bleiben; trotz der „Feminisierung“ der Arbeit blieb unbezahlte Reproduktionsarbeit meist genderspezifisch organisiert und die Sozialstrukturen vom informellen Sektor geprägt. In beiden Beispielländern liegt die Urbanisierungsrate bei etwa 78 %, doch anders als in Argentinien und Brasilien wuchs die ländliche Bevölkerung in Mexiko und Kolumbien bis ca. 2005 noch an und sinkt nur langsam (CEPAL 2006: 27–30 Tabelle 11). Ausschließlich in Subsistenzwirtschaft lebende bäuerliche Gemeinden existieren kaum noch. Anders als in Mexiko haben kleinbäuerliche Strukturen in Kolumbien aber weiterhin beträchtlichen Anteil an der Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt. Die Möglichkeiten, diese soziale Ungleichheit innenpolitisch zu bearbeiten, sind untrennbar verbunden mit der Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft und nicht nur von inneren Faktoren bestimmt (vgl. Costa 2013: 47f.).

IV.2.1 Kolumbien: Gesellschaftliche Konstellationen im bewaffneten Konflikt

Die Gemengelage zu Beginn der Amtszeit Álvaro Uribe Vélez' 2002 in Kolumbien ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftsstruktur, die seit den 1980er Jahren und besonders mit der *apertura* noch stärker auf die Weltmarktintegration (Außenhandel, Bergbau/Agrarindustrie, verstärkte Extraversion) fokussierte. Damit ging die veränderte Zusammensetzung der herrschenden Fraktionen einher. Die widersprüchliche Konstellation drückt sich vor allem im (gescheiterten) Friedensprozess der Vorgängerregierung Pastrana (s. Kap. III) mit der FARC-Guerilla auf der einen Seite und einer noch zunehmenden „autoritäre[n] Durchdringung“ (Zelik 2006) durch Sektoren innerhalb staatlicher Institutionen auf der anderen aus. Enorm hohe Gewaltraten, die offensichtlich in großem Maß von den paramilitärischen AUC (vgl. Kap. IV.1.3.1) verursacht, in offiziellen Diskursen aber meist diffus dem „Konflikt“ zugeordnet wurden (Semana 1998; vgl. Zelik 2009: 125), eröffneten Raum für ein Regierungsprogramm, das diskursiv vom Begriff ‚Sicherheit‘ dominiert wurde. Zunächst wird über die Wirtschaftsstruktur und Einbindung in den Weltmarkt (Landkonzentration) und über Aussagen von Gremien und Verbänden das Szenario spezifischer Konstellationen herausgearbeitet. Der Abschnitt verdeutlicht die Kräfte- und Akteurskonstellationen zum Amtsantritt der Regierung Uribe. Protagonisten der entscheidenden politischen Projekte für das Politikfeld Un-/Sicherheit lassen sich so bestimmen.

Lokale und globale Wirtschaft

Der Agrarsektor hat in der Zusammensetzung des BIP an Wichtigkeit stark verloren (Bonilla González 2011: 54), während Bergbau und Baugewerbe bereits in den

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1990er Jahren deutlich zunahmen, ein Hinweis auf die wenigstens teilweise Transition von einer Agrarexportwirtschaft zu einer des Bergbauexports. Hatte sich ab den 40er Jahren die Bedeutung des Kaffee- und des Agrarsektors allgemein verringert und die des Industriesektors von 14,8 % (1945-1949) auf 21,1 % des BIP (1965-1969) erhöht, so sank zwischen 1988 und 1998 der Anteil des industriellen Sektors von immerhin 25 % wieder auf das Niveau der 1940er Jahre (Kalmánovitz/López 2004: 7).

Zwar sind Bergbautätigkeiten für die Zusammensetzung des BIP weniger prominent als in der Exportstruktur (CEPAL 2007; vgl. Matthes 2012). Dass dennoch ein Fokus auf extraktive Branchen vorliegt, zeigt ein Blick auf die ‚*tasa de penetración de las importaciones*' nach Sektoren, wie Bonilla (2011: 57f.) feststellt: 66 % der kolumbianischen Industrieproduktion basiert auf Importen (Kapitalgüter wie Maschinen und Teile für den Automobilbau, langlebige Konsumgüter wie Elektrogeräte, Chemieelemente), und 56 % werden (re-)exportiert (Leichtindustrie: Lebensmittel, Textilproduktion, Leder, Metallerzeugnisse), also nur montiert. Bergbau und Öl-Sektor importieren nur 8 % ihrer Produktion, exportieren aber 93 % (ebd.). Alle anderen Sektoren exportieren wesentlich geringere Anteile ihrer Produktion; zudem hängt der große Dienstleistungssektor häufig von Tourismus und Bergbau ab. Der Unterschied zur Konzentration auf den Kaffee-Export während des 20. Jahrhunderts ist, dass die Einkommen aus dem Kaffee-Export sich auf eine große Zahl unterschiedlich großer Produzenten verteilten und Akkumulationsstrategien sich daher zumindest teilweise auf kleine und mittlere Kaffebauern stützten. Die Zuflüsse aus dem Kohleexport (ebd.: 61) verbleiben in Händen externer Investoren und die aus dem Ölexport in deren Händen und beim Staat. Dabei sind die regionalen Departments weiterhin unterschiedlich branchenspezialisiert. Zinecker (2007: 228) differenziert zudem die in der kapital-determinierten Industrieproduktion bestimmenden Fraktionen trotz ihrer Verflechtungen von gesellschaftlichen Sektoren, die sich eher Renten aneignen (bei der Förderung von Erdöl, Kohle, Smaragden und in der illegalen Ökonomie).

Baute Kolumbien 1990 noch 2,5 Mio. Ha halbjährig zu erntender Produkte und 1,2 Mio. Ha Ganzjährige an, so kehrte sich diese Relation in kürzester Zeit bis 1997 um. Die Produktion von Weizen, Yucca, Mais und anderen Nahrungsmitteln für den Binnenmarkt ging in derselben Zeit stark zurück, ebenso wie die von Kaffee oder Baumwolle (vgl. Fajardo Montaña 2002: 9f.). Nur 5,3 Mio. Ha von einer agrarisch nutzbaren Fläche über 114,2 Mio. Ha standen Ende der 90er Jahre für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung; 40,1 Mio. Ha waren Weideland (Reyes Posada 1997: 294). Gegenstück des Rückgangs der einheimischen Nahrungsmittelproduktion waren günstige Importe, die seitdem um 26,8 % jährlich wuchsen (Fajardo Montaña 2010: 11; vgl. Bonilla González 2011).[37]

37 Im Jahr 2008 beliefen sich die Importe von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen bereits auf 8 Mio. t (Fajardo Montaña 2010: 11).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die rasant wachsende Integration Kolumbiens in den Weltmarkt lässt sich beispielsweise am Handelsvolumen ablesen: Die Exporte stiegen von ca. 6,7 Mrd. US$ (1990) auf 11,89 Mrd. US$ (2002), die Importe von US$ 5,58 Mrd. auf 13,19 Mrd. im gleichen Zeitraum (CEPAL 2007).[38] Zum einen exportiert Kolumbien heute also insgesamt mehr und weit mehr ganzjährig zu erntende technologieintensive Produkte (Schnittblumen, Ölpalme, Bananen, Zuckerrohr) (Fajardo Montaña 2002), zum anderen veränderten der massive Bedeutungszuwachs des Bergbausektors und die Herausbildung eines modernen agrarindustriellen Sektors mit hoher Produktivität die Zusammensetzung der Exporte: Kohleexporte machten 1980 nur 0,1 %, 2004 aber schon 10 % aller Exporte aus; Rohöl und Derivate trugen 1980 2,5 %, 2004 bereits 25,2 % bei (Gómez Restrepo et al. 2010: 13). Die geförderte Erdölmenge war 1999, zum Höhepunkt des bewaffneten Konflikts, am größten (CEPALSTAT 2013a); Primärgüterexporte machten Anfang der 2000er Jahre immerhin 63,7 % aller kolumbianischen Exporte aus, die sich wesentlich auf einige wenige *commodities* wie Öl, Kohle, Nickel und einen kleineren Anteil Kaffee konzentrierten (Bonilla González 2011: 50; CEPALSTAT 2013a). Zwischen 1994 y 2001 hatten sich die Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) noch auf den Kauf staatlicher Unternehmen und „strategische Allianzen" kolumbianischer und transnationaler Unternehmen gerichtet und Investitionen in den Finanzsektor, Gas- und Wasserversorgung und den produzierenden Sektor den Hauptanteil ausgemacht, da die Begrenzungen für die ausländische Beteiligung aufgehoben worden war. Inzwischen scheint dieser Zyklus von Eigentumswechseln weitgehend beendet (Estrada Álvarez 2010b: 132–135).

Der Gini-Koeffizient für Einkommensverteilung verschlechterte sich im Zuge dieser Strategien in den letzten 30 Jahren: 1970 betrug der Indikator 0.49, 1980 war er leicht auf 0.47 zurückgegangen. 1994 lag er laut CEPAL bei 0.601, 2002 bei 0.567 (CEPALSTAT 2013a).[39] Die Werte gehören zu den höchsten in Lateinamerika. Der Anteil armer Haushalte stieg von 39 % (1980) auf 45 % (1997) (CEPAL 2001: 64)[40]; im Jahr 2002 galten 49,7 % der Bevölkerung als arm und 17,8 % als *indigentes* (in extremer Armut lebend) (CEPALSTAT 2013a). Die dauerhaft hohe offene Arbeitslosigkeit gehört zu den höchsten in Lateinamerika (Bonilla González

38 Diese Zahlen berücksichtigen nicht die Exporte von Kokapaste und Kokain.

39 Laut Human Development Indicators der UNDP (2014) lag der Gini-Koeffizient 2006 bei 0.585, laut einem weiteren Bericht der UNDP (2010: 39) bei 0.554. Dies liegt an unterschiedlichen Messmethoden und Quellen, die die Regierung Uribe zudem für das Statistikamt Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE) veränderte. Laut HDI ist Kolumbien das ungleichste Land des Kontinents.

40 Die Armutsdefinition der CEPAL (2001: 64) erfasst den Prozentsatz der Bevölkerung als arm, deren Haushaltseinkommen weniger als das Doppelte eines Warenkorbs mit Grundnahrungsmitteln beträgt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2011: 51). Der CEPAL (2001: 35) galten 1999 38,1 % der städtischen arbeitenden Bevölkerung als Selbständige: In Kolumbien wie im übrigen Lateinamerika wurden der Dienstleistungs- und der informelle Sektor zum Auffangbecken für ‚überflüssige' Arbeitskräfte aus dem öffentlichen und landwirtschaftlichen Bereich.[41] Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten stieg von 44 (1991) auf 52 % (2005) der Bevölkerung über 15 Jahre (CEPAL 2011b: 25), was in Kolumbien besonders in der Blumenindustrie im Umland Bogotás deutlich wird.

Während des 20. Jahrhunderts bündelten vor allem die Spitzengremien des Verbands der Kaffeepflanzer (FEDECAFE), der Gesellschaft der Agrarunternehmer (SAC), der Gesellschaft der Viehzüchter (FEDEGAN) und des Verbands der Großindustrie Asociación Nacional de Industriales (ANDI) politische Einflusskanäle in staatliche Apparate und Parteispitzen hinein. Zinecker hält Kolumbien für weniger „deoligarchisiert" als andere Länder Lateinamerikas, trennt aber „den im Unternehmer-Gremium FEDECAFE assoziierten Kaffee-Sektor von [...] unabhängigen nichtoligarchischen Kapitalgruppen", die jedoch gegen die regional verankerten Fraktionen bisher nicht gesamtwirtschaftlich eine „Durchkapitalisierung" durchsetzen könnten (vgl. Zinecker 2007: 219f.): Mit der Liberalisierungspolitik konnten sich ab den 80er Jahren 14 Konglomerate konsolidieren. Sie erwirtschafteten in verschiedenen Sektoren (Telekommunikation, Medien, Versicherungen, Informationstechnologie) allein im Jahr 2000 25 % des BIP (Richani 2002: 139). Sie sind als „gatekeepers with global capital" für ihren Einfluss auf die Politik nicht mehr primär auf die Branchengremien angewiesen und genießen eigene Medienmacht mit transnationaler Beteiligung (Radioverbände, Fernsehstationen, Zeitungen) (CEPAL 2011a: 42f.). Sie ähneln damit nun stärker Poulantzas' Begriff von der „Kompradorenbourgeoisie" (Poulantzas 1976: 38).

Eins der wichtigsten Konglomerate, die Grupo Empresarial Antioqueño (GEA), vereint drei aus Antioquia stammende Unternehmensgruppen unter sich (Grupo Sura, Inversiones Argos, Grupo Nutresa), die schwerpunktmäßig je im Finanzsektor (Versicherungen, Soziale Sicherung, Banken, Pensionsfonds, Informationsmanagement), mit Cementos Argos im Zement-, Bau- und Energiesektor und mit Nutresa im Lebensmittelsektor große Marktanteile halten und transnational aktiv sind. Dabei erwirtschaftet die GEA um die 15,7% des BIP und hält u.a. Anteile der größten Bank Bancolombia. Die Grupo Empresarial Bavaria kontrolliert 16,9 % des BIP (vgl. Zinecker 2007: 226f.) (laut Semana (2007a) nur 8 %), hält Anteile an der Fluggesellschaft Avianca und dominiert den kolumbianischen Biermarkt. Die Organización Ardila Lülle ist in der Agrarindustrie wie in der Getränkeproduktion und in den Medien aktiv – zu ihr gehört der Fernsehverbund RCN. Weitere Unternehmensgruppen sind Grupo SantoDomingo (u.a. Caracol Televisión), Grupo Aval

41 Der öffentliche Sektor machte allerdings bereits in den 80er Jahren nur 14 % des BIP aus. Der regionale lateinamerikanische Durchschnitt lag bei 28 % (Richani 2002: 100).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Finanzsektor, Versicherungen) des *banquero* Luis Carlos Sarmiento oder Grupo Bolívar (Versicherungen und Bank Davivienda). Auch der Militärsektor betätigt sich wirtschaftlich, z.B. im Grupo Social y Empresarial de la Defensa (GSED), einer großen Unternehmensgruppe, die 2006 den 8. Platz der 100 wichtigsten Unternehmen in Kolumbien in Bezug auf die Einnahmen belegte und eine große Anzahl Arbeitskräfte beschäftigt (Ministerio de Defensa 2009: 36). Zwischen Gremien, Konservativer und Liberaler Partei, den Massenmedien und den ökonomisch herrschenden Sektoren gibt es weiterhin funktionale, personelle Interdependenzen und enge Verbindungen (González et al. 2003: 257).

Im ländlichen Raum stehen sich noch immer kleinbäuerliche Strukturen und Latifundien gegenüber (vgl. u.a. Safford/Palacios 2003: 309f.). Die 0,4% der Landbesitzer mit mehr als 500 Ha hielten 1984 32,5 %; 2001 aber 61,2 % aller registrierten Ländereien (Higginbottom 2005: 122), während Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in 70 % der Fälle keine Landtitel vorweisen können (Ibañez/Muñoz 2010). Ländliche Lohnarbeit gibt es heute hauptsächlich in den kapitalintensiven Bereichen der Zuckerproduktion und im Bananen-, Zitrusfrüchte- und Schnittblumenanbau; auch landlose Saisonarbeiter gibt es in großer Zahl (Zinecker 2007: 203). Die wirtschaftliche Öffnung belastete kleinbäuerliche und indigene Sektoren; die zentrale Problematik bildeten allerdings die gewaltsamen Vertreibungsprozesse Anfang der 2000er Jahre, die gerade Indigene und afrokolumbianische Gemeinden an der Pazifikküste, den Llanos oder fruchtbarer Flusstäler des Nordens betrafen (El Tiempo 2011a; PNUD 2011).

Für die politische Artikulation in großen Teilen Kolumbiens und gerade im ländlichen Raum ist deshalb Anfang der 2000er Jahre die landläufig so genannte *clase emergente* entscheidend als aufstrebende Fraktion der herrschenden Klassen. Die in Kapitel IV beschriebene sogenannte „Narcobourgeoisie" hatte Ländereien von enormer Größe aufgekauft und sich angeeignet,[42] viele davon in fruchtbaren Gebieten des Magdalena Medio und der östlichen Llanos (Reyes Posada 1997, El Tiempo 2011a, Semana 2008a). Sie besaßen 1995 etwa 12 % des für die Landwirtschaft geeigneten Landes (Higginbottom 2005: 122). So hielten in den 1990er Jahren 1,3 % aller Landeigentümer 48 % der fruchtbaren Böden, während 68% nur 5,2 % besaßen (Reyes Posada 1997: 186). Die Landnahme – ausgeführt primär von paramilitärischen Gruppen in der AUC – vollzog sich parallel zu den Umwälzungen, die bereits der Bedeutungszuwachs des Bergbausektors und des modernen agroindustriellen Sektors verursachten. Insofern entwickelte sich seit den 1980er Jahren eine neue Landbesitzfraktion, die ihr Vermögen zunächst aus dem Kokainhandel

42 Krauthausen (2013: 302) und Hobsbawm (1983) erinnern daran, dass die Tradition und der soziale Aufstieg mittels Drogenhandels und anderer illegaler Wirtschaftszweige schon in der Zeit der *violencia* eine Rolle spielte, vor allem in den Kaffeeanbaugebieten Quindío und Risaralda.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Smaragdschmuggel erwirtschaftet hatte, sich ungeheure Flächen aneignete und ihr Kapital zunehmend in legale Wirtschaftszweige investierte (vgl. u.a. Camacho Guizado 2006: 389; Estrada Álvarez 2010a). Anlagemöglichkeiten boten sich u.a. in der Immobilienwirtschaft und in einer massiven Bodenspekulation (vgl. hierzu Mondragón 2011). Über die Kapitalakkumulation aus legalen und illegalen Quellen konnten diese Kräfte die Produktionsbeziehungen verändern. Einen Teil der wachsenden städtischen Marginalbevölkerung, die weder in der Subsistenzwirtschaft noch in der städtischen Lohnarbeit unterkommt, bilden daher die *desplazados*; diese internen Flüchtlinge stellen enorme 10 % der Bevölkerung des Landes (UNHCR 2013). Zu den Departements mit den meisten Vertriebenen in Relation zur Bevölkerung gehören Chocó, Putumayo, Caquetá, die absoluten Zahlen sind in Antioquia, Bolívar und Magdalena am höchsten; vor allem in Chocó und Putumayo herrscht zugleich eine extrem hohe Ungleichverteilung von Land (CODHES 2005).

Anfang der 2000er Jahre repräsentierten die *narco-paramilitares* demnach mächtige gesellschaftliche Gruppen, die sich immer mehr auf nationaler politischer Ebene betätigten (Gutiérrez Sanín/Barón 2005: 22; vgl. Camacho 2011). Die eingenommene staatstheoretische Perspektive verdeutlicht die Zusammenhänge: Die Koka-Ökonomie beschleunigte die Ausdifferenzierung der Sozialstrukturen, „producing a propertied class (merchants, well-to-do peasantry, and cattle ranchers)" (Richani 2002: 73) in Regionen wie dem Magdalena Medio, Bolívar, Antioquia, Urabá, Casanare oder Cesar. Es waren die Auslagerung von *counterinsurgency*-Aufgaben an Paramilitärs und deren Finanzierung aus der illegalen Ökonomie, die den Aufstieg einer neuen regionalen Fraktion der herrschenden Klassen ermöglichten (vgl. Aristizábal 2007: 71; Ávila Martínez 2010; López Hernández 2010b):

„Niemand erinnerte sich noch, dass die Familie Castaño [Mitbegründer der AUC] aus dem Innersten des Medellín-Kartells kam, niemand fragte mehr nach der *clase emergente*, niemand forschte nach den Gründen für das ungewöhnliche Wachstum des Drogenhandels und die Ausbreitung des Kokaanbaus in den Gebieten paramilitärischer Expansion. Das Etikett ‚gegen Aufständische' deckte alles zu." (Valencia 2007: 26).

Valencia spielt darauf an, dass die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, dazu diente, Kräfte aus dem Drogenhandel zu politischen Akteuren zu machen. Ihre soziale Akzeptanz stieg (Romero 2006: 368); die exzessive Gewalt gegen Zivilisten auf dem Land kam im offiziellen Diskurs praktisch nicht vor (vgl. Franco Restrepo 2009: 130f.).[43] Kamen die paramilitärischen Kommandanten zumindest zum Teil aus be-

43 In der öffentlichen und medial konstruierten Wahrnehmung von Gewalt nahm die Guerilla weiterhin eine zentrale – entpolitisierte – Täterrolle ein, obwohl paramilitärische Gruppen objektiv und quantitativ erwiesenermaßen mehr Gewalttaten verübten (Franco Res-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

reits Land besitzenden, regional herrschenden Fraktionen und vertraten mit diesen übereinstimmende Interessen (Camacho Guizado 2009: 26), so kamen die mandos medios häufig aus den Mittelklassen kleiner Städte (Richani 2002: 56).[44] Die *narco-paramilitares* waren zudem keineswegs ausschließlich aufstrebende „weiße" Mittelstandsangehörige; Paramilitärs und ihre Unterstützer kamen auch aus der afrokolumbianischen Bevölkerung (vgl. La Silla Vacía 2011a).

Angesichts der gewandelten Zusammensetzung der Exporte wird zusätzlich nachvollziehbar, warum vor allem die Sektoren, die durch die Agrarunternehmer der SAC und den Viehzuchtverband FEDEGAN vertreten wurden, paramilitärische Gruppen gründeten, unterstützten und dabei mit der entstehenden sogenannten „Narcobourgeoisie" kooperierten: Der Anteil der Agrarsektoren am BIP hatte sich in den 1980er und 1990er Jahren verringert (von 22 % 1980 auf 13 % 1998). Es mussten Schutzgelder an die Guerillas bezahlt werden (Richani 2002: 141f.). Ihre Unterstützung für die AUC „entspricht nicht nur dem unmittelbaren Interesse, Renten und Besitz zu sichern", sondern bezieht sich darauf, „dass sie ihre Position innerhalb der ökonomischen Strukturen des Landes in einer globalisierteren Wirtschaft neu verhandeln" und eine Agrarreform im Zuge möglicher Verhandlungen mit der FARC unbedingt verhindern wollen (ebd.: 143). Dafür spricht zudem, dass die gewaltsame Vertreibung der letzten Jahrzehnte den Großgrundbesitz praktisch nicht berührte. In 73 % der Fälle betraf die Vertreibung Minifundien von bis zu 20 ha Fläche, 26,6 % der Fälle betrafen mittleren Besitz ab 20 ha (PNUD 2011: 71). Zunächst ist die landesweite Ausweitung der paramilitärischen Strategie ab 1997 an Massakern wie in Mapiripán (Verdad Abierta 2011d) oder El Aro (González Uribe/CCAJAR 2010, Semana 2012a) festzumachen. Beide Orte waren strategische Knotenpunkte für die Landnahme im Südosten des Landes und machten die Kooperation zwischen Paramilitärs und staatlichen Kräften anhand logistischer Unterstützung überdeutlich; Bitten der Bevölkerung um ein Eingreifen bei staatlichen Stellen blieben unbeantwortet (Semana 2012b, zum Ablauf exemplarisch Verdad Abierta 2011c).[45]

---

trepo 2009: 120ff.); in den Medien wurde die exzessive Gewalt der para-staatlichen Kräfte häufig vergessen gemacht.

44 Das gilt für die *comandantes* Salvatore Mancuso aus den wohlhabenden Sektoren Córdoba und Carlos Castaño. Auch und Rodrigo Tovar Pupo („Jorge40") stammt aus einer *familia dirigente* in Valledupar, César – anders Freddy Rendón Herrera im Chocó: Er und sein Bloque Elmer Cárdenas gehörten eher zur unteren Mittelschicht im Chocó (ein Sprichwort lautet „Hier sind Paramilitarismus und Staat genau dasselbe") (Camacho Guizado 2009: 59). Ihm werden besonders grausame Massaker und Vertreibungen vorgeworfen; die Verbindungen zur Brigada XVII des Militärs war eng (vgl. HRW 2001).

45 Im Fall des Massakers von El Aro 1998 gestand der Paramilitär Francisco Villalba 2008 seine Verantwortung und sagte vor Kongress und Staatsanwaltschaft aus, der damalige

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gutiérrez (2009) zufolge ergibt sich die Interessenkonvergenz zwischen *narco*-paramilitärischen Kräften, Militär, Grundbesitzenden *und* Industriellen, weil sie bereits seit Anfang der 1980er Jahre in einem Klima der kriselnden Ökonomie ‚Verbündete' gegen eine wachsende soziale Mobilisierung und linke Bewegungen waren. Militärs konnten sich (als Institution und individuell) während und nach der *Frente Nacional* erhebliche Autonomie zusichern (Richani 2002: 57; vgl. Leal Buitrago 2006b), verfolgten aber nicht unbedingt ein eigenes politisches Projekt, wie der vergleichende Blick ins Argentinien oder Brasilien der 60er und 70er Jahre vermuten ließe, sondern war in großen Teilen eng in die gewaltvolle Landnahme eingebunden (inzwischen vielfach in Interviews und Gerichtsverfahren bestätigt, exemplarisch Semana 2012b; vgl. Romero 2006). Binnenmarktorientierte (wenn auch nicht integrativ-progressive) Fraktionen waren besonders seit der *apertura* gegenüber den Sektoren, die Akkumulationsstrategien im Besitz großer Landflächen verankerten, ins Hintertreffen geraten. Dabei fiel der strukturelle Druck der ökonomischen Öffnung mit dem von Gruppen inner- und außerhalb des Staates zusammen, die dem Washington-Konsens zugetan waren und den Industriesektor abbauten, und den Sektoren wie Viehzucht, die ihre Akkumulationsstrategien statt auf die Nahrungsmittelproduktion in kleinbäuerlichen Produktionseinheiten auf Investition in große Landflächen und zunehmend in die Förderung von Ressourcen gründeten (vgl. IV 4:009).

Die *narco-paramilitares* infiltrierten auch nicht als eine Art ländlicher „Elite" mit quasi-feudalen Praktiken den Staat mafios von außen (Franco Restrepo 2009: 398), sondern die traditionellen herrschenden Klassenfraktionen vermengten sich teilweise mit den aufgestiegenen Sektoren und transformierte sich dabei. In der konkreten Konstellation ergaben sich nicht nur Konkurrenzverhältnisse. Insofern verschränkt sich die „Schattenökonomie" nicht nur mit dem Großgrundbesitz, sondern auch mit der exportorientierten Wirtschaft und dem Finanzsektor und daher mit den dominierenden staatlichen Entwicklungsstrategien (Zelik 2009: 210; Palacio/Rojas wiesen darauf bereits 1990 hin). Zinecker (2004: 15) betont, dies sei kein „Ausdruck eines comebacks archaischer patrimonial-feudaler Strukturen", sondern die traditionale Macht des Latifundium verbindet sich „beispielsweise im Ölpalmen- oder Schnittblumenanbau mit modernen Investitionsformen und Anbaumethoden", so dass es nicht um eine Dichotomie zwischen „rückständigen" und „modernen" Kräften geht (vgl. u.a. Zelik 2009: 201; Estrada Álvarez 2010a).

So kann z.B. nicht mit Migdal (1988) argumentiert werden, bei Landbesitzenden und *clase emergente* handele es sich um gesellschaftliche Gruppen, die sich Modernisierungsprojekten des Staates entgegenstellten; im Gegenteil können sie

Gouverneur Antioquias, Álvaro Uribe Vélez, habe die Verbrechen veranlasst. Der Helikopter des Gouverneurs habe an den Tagen die Gemeinde überflogen. Villalba wurde nach seiner Haftentlassung 2009 ermordet (González Uribe/CCAJAR 2010).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf Anforderungen des Weltmarkts und staatlich formulierte Entwicklungsstrategien hervorragend reagieren und treiben letztere voran. Eher trifft wohl die Argumentation von Hauck (2004a) zur Unterscheidung von Regulations- und Akkumulationssicherungsmacht zu. Der agarindustrielle Sektor beinhaltet die Kokainproduktion (IV 11:2). Doch trotz des enormen Wachstums der ökonomischen, politischen und militärischen Kraft mafioser Gruppen erhielten Fraktionen der traditionell herrschenden Klassen ihre Macht.

Szenario 2002

Um die komplexen Kräftekonstellationen zu Beginn der Amtszeit Uribes zu verstehen, sind diese Verflechtungen und Ausdifferenzierungen der Sozialstrukturen grundlegend. Denn just im Kontext des Friedensprozesses um die Jahrtausendwende, an dessen kläglichem Scheitern jene Sektoren nicht unerheblich beteiligt waren, die sich durch die möglichen Ergebnisse einer Verhandlungslösung beeinträchtigt sahen, ließ sich der ehemalige Liberale Senator Álvaro Uribe Vélez als ersten unabhängigen Präsidentschaftskandidaten aufstellen. So ist offensichtlich, dass gerade traditionell einflussreiche Landbesitzer und Viehzüchter auf eine militärische Lösung des Konflikts setzten, während die außen-orientierten Handelsfraktionen eher den Konflikt als Bedrohung sahen und für einen Friedensprozess zunächst zu Zugeständnissen bereit waren (vgl. u.a. IV 4, IV11). Diese Haltung lehnten die über große Landflächen verfügenden Sektoren (z.B. SAC, FEDEGAN, AUGURA) vehement ab; sie sahen sich in ihrer Befürchtung bestätigt, „dass hauptsächlich sie die Kosten einer Einigung tragen würden“ (Richani 2002: 141), nämlich die von der FARC ein ums andere Mal geforderte Umverteilung von Land. Zu den Land besitzenden Gruppen zählten auch Militärs, denen vor allem militärische Verwaltungsposten sozialen Aufstieg erlaubten; Soldaten stammen häufig aus dem mittleren Segment der Land besitzenden Bauernschaft (ebd.: 57). Basis des folgenden Abschnitts, der die Positionierung unterschiedlicher Klassenfraktionen zur Regierungspolitik Anfang der 2000er Jahre skizziert, sind neben der ausgewerteten Sekundärliteratur Interviews, Zeitungsartikel und Positionspapiere, in denen z.B. explizit die Vorhaben der Regierung kommentiert werden.

In der schon unter IV.1 skizzierten Gemengelage war die paramilitärische Gewaltanwendung für jene Sektoren und den Staat funktional, da er von mehreren Seiten bedrängt, aber nicht verantwortlich für die Gewalt zu sein schien. Pastrana schien „nicht mehr Herr der Lage“ (Zelik 2006); die AUC wirkten wie ein dritter, autonomer Konfliktakteur.[46] Entsprechend lag die Unterstützung der Kapitalgrup-

46 Zelik (2006: o.S.) bringt das auf den Punkt: „Während die Regierung verhandelt, intensivieren wesentliche Teile des Staatsapparates die autoritäre Durchdringung der Gesellschaft. Zwischen 1999 und 2001 werden die meisten Massaker in der jüngeren kolumbianischen Geschichte verübt. Die politischen Differenzen zwischen der Regierung und den

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

pen (auch des Industrieverbands ANDI)[47] für den Friedensprozess Ende des Jahres 2000 nur noch bei 11 % der Befragten (Rettberg 2006: 223), hatte sich also innerhalb von 2 Jahren völlig umgekehrt. Uribes Versprechen, den „gescheiterten Staat wieder aufzubauen", das Gewaltmonopol „wiederherzustellen" (Uribe in El País 2002) – und zwar mittels der militärischen Option – traf daher im Vorfeld der Wahlen von 2002 auf eine breite Unterstützung städtischer unternehmerisch orientierter und Mittelklassefraktionen. Diese Generation der kolumbianischen Mittelklasse erlebte Ende der 1990er zum ersten Mal einen deutlichen Niedergang. Viele aus den mittleren städtischen Sektoren emigrierten nicht nur wegen fehlender ökonomischer Perspektiven, sondern auch, weil der bewaffnete Konflikt sie erstmals massiv betraf. Das Straßennetz wurde so unsicher, dass die Hauptstraße zwischen den beiden größten Städten Bogotá und Medellín manchmal wochenlang nicht benutzbar war (Brittain 2007: 253; Pécaut 2004: 67 vgl. IV 18:012, IV 11). Die Kraft der neuen Rechten außerhalb der traditionellen Parteien[48] und die Polarisierung in der Bevölkerung war aber klassenübergreifend; besonders in ihren Vorstellungen über öffentliche Sicherheit waren vielfältige Sektoren nach rechts gerückt, geradezu radikalisiert (vgl. IV 18:087, 099).

Entscheidend ist aber das nun immer stärkere Zusammenfallen von Interessen von Teilen des Staatsapparates, aufgestiegenen *narco*-paramilitärischen und den regionalen herrschenden Klassenfraktionen, die bereit waren ihre Interessen gewaltsam durchzusetzen. Der Rückgriff auf extralegale Mittel durch Teile des Staates betraf den formaldemokratischen Wahlprozess: Neben der Gewaltwelle griffen die AUC 2002 massiv in diesen ein und unterstützten offen die Kandidatur Uribes. Von ihnen getragene regionale Kandidaten erreichten in einigen Landesteilen bis zu 90 % der Stimmen (Semana 2005a), wobei Wahllisten teilweise gefälscht und Gemeinderäte bedroht wurden.

„Die Busse […] fuhren durch *barrios*, Dörfer und Gemeinden in San Onofre um Leute mitzunehmen. Das war für die Wahlen 2002, und einigen Einwohnern dieses Landkreises in Sucre zufolge wurden Hunderte Bauern bis zur Gemeinde Plan Parejo gebracht, um die Gesichter

AUC erweisen sich dabei als überaus funktional: Die Paramilitärs erscheinen nun, da sie echte Konflikte mit der Regierung (bzw. den Reformbefürwortern in der Regierung) haben, wirklich autonom. Sie können operieren, ohne dass der kolumbianische Staat unter Druck gerät. Ja, mehr noch: Der Eindruck, dass Präsident Pastrana nicht mehr Herr der Lage ist, wird zum wichtigsten Argument."

47 Der ehemalige Präsident des ANDI, Fabio Echeverry Correa, unterstützte als Finanzchef die Kampagne Uribes.

48 Uribe trat ursprünglich gegen seinen ehemaligen Parteikollegen Horacio Serpa (Liberale) an und überholte diesen endgültig, nachdem die Regierung Pastrana den Friedensprozess Anfang 2002 für gescheitert erklärte. Uribe kritisierte den Friedensprozess durchgehend.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Kandidaten zu sehen, für die man in den Parlamentswahlen stimmen musste, Jairo Merlano für den Senat und Muriel Benito Rebollo für die Repräsentantenkammer. ‚Cadena tat die Namen aller Gemeinderäte in eine Tüte, zog zwei heraus und sagte, dass er sie und andere willkürlich ausgesuchte Personen töten würde, wenn Muriel nicht gewinne', sagt ein Bauer des Ortes. Die Drohung schien wirksam zu sein: Jeder Kandidat bekam 40.000 Stimmen in ganz Sucre." (El Tiempo 2006b).

Die tragende Basis der Regierung Uribe (2002-2010) ist in der Verknüpfung seiner Koalition mit jenen Sektoren zu finden. Sie waren „das wirkliche Fundament für die Ausübung politischer Macht in diesem Land" (IV 4:102). Grundlegendes und bekanntestes der Dokumente, die dies belegen, ist der zunächst geheim gehaltene Pakt von Ralito (Pacto de Santa Fe de Ralito 2001), mit dem im Jahr 2001 regionale Politiker der späteren Uribe-Koalition und führende AUC-Mitglieder eine „Neugründung des Vaterlandes" vereinbarten, für die der Schutz von Privateigentum (z.B. der Schutz vor staatlicher Enteignung bei der Umverteilung von Land o.ä.) im Mittelpunkt stand (vgl. El Tiempo 2007a). Zu einer erweiterten Interessenallianz, die das autoritäre Projekt ab 2002 stützte, das auch auf die Transformation des Staates abzielte, lassen sich neben großen Teilen der Exekutive, der Legislative und Staatspersonal aus der Judikative mehrere Sektoren identifizieren (vgl. Franco Restrepo 2009): Die agrarisch-handelsorientierte Fraktion der alten Wirtschaftsverbände (FEDEGAN, Asocaña, SAC), aber auch der Industrieverband ANDI und der Finanzsektor, Unternehmensgruppen wie das Sindicato Antioqueño (GEA), die Grupos Ardila Lülle, Bavaria oder Sarmiento (ebd.; vgl. Rettberg 2006); transnationale Unternehmen, die sich inzwischen wegen direkter finanzieller Unterstützung des Paramilitarismus und Morden an Gewerkschaftern zum Teil international vor Gericht verantworten mussten (vor allem Öl- und Bergbauunternehmen wie Drummond oder BritishPetroleum) und private Sicherheitsunternehmern (Blackwater, DynCorp u.a.); die US-amerikanische Regierung hat dabei besonderes Gewicht. Weniger eindeutig ist die Haltung der Medien – einige (RCN-TV, *El Tiempo*) galten beinahe als Sprachrohre der Regierung, andere (z.B. *Semana* oder die in einem politischen Skandal eingestellte *Revista Cambio*) verfassten später die ersten kritischen Berichte über Verflechtungen der *narco-paramilitares* mit der Regierung (z.B. Semana 2007b; Valencia 2007). Relevant ist die durchweg positive Haltung des Militärs zum politischen Projekt Uribes (vgl. León 2011; Velásquez Romero 2011; HRW 2001; Ministerio de Defensa 2008). Die soziale Basis der *narco-paramilitares* in einigen Regionen brachte der Regierung ebenfalls Unterstützung entgegen (IV17:023, vgl. Acemoglu et al. 2009: 20; IV12).

Mit einer äußerst geringen Wahlbeteiligung von knapp über 40 % – mit in der ersten Runde 52,9 % der Stimmen wählte weniger als ein Viertel der Bevölkerung Uribe (Brittain 2007: 253) – gelang 2002 die Durchsetzung eines Kandidaten, der es gegenüber entscheidenden städtischen Bevölkerungssektoren verstand, sich als

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine Art Retter zu präsentieren. Dies konnte er auch deshalb, da er als unabhängiger Kandidat und nicht als Vertreter des Zweiparteiensystems antrat. Die neuen und alten landbesitzenden Sektoren gründeten nach den Wahlen, als deutlich war, dass das Zweiparteiensystem die sozialstrukturellen und politischen Brüche nicht mehr einhegen würde, neue Uribe-nahe Parteien wie Cambio Radical (im Jahr 2003 Colombia Viva, 2005 die Partido de la U).[49] Ihre ökonomische Macht übersetzte sich so in politische Artikulation auf Ebene des Zentralstaats (IV 11:2). Die Parteien wurden nicht von neuen Akteuren, sondern häufig von ehemaligen Mitgliedern der traditionellen Liberalen oder Konservativen Partei gegründet.

Die Interessenkonvergenz zwischen Teilen der mittleren und herrschenden Klassen, bewaffneten kapitalstarken Sektoren, Militär und Regierungsvertretern konstituiert ein politisches Feld, das die Optionen für progressiven Wandel und die Räume für einen Wiederaufbau des *tejido social* und eine friedliche Konfliktaustragung erheblich eingrenzt (vgl. Camacho Guizado 2009: 8ff.). Dennoch sind verstärkt horizontal organisierte soziale Bewegungen aktiv, deren politische Identitäten nicht parteigebunden sind und die sich außerhalb parlamentarischer Kanäle bewegen, mit neuen Aktionsformen und Forderungen wie der nach direkter Demokratie (Uribe Hincapié 2001: 135; Uribe/Corporación Jurídica Libertad 2009; IV3). 1996, noch vor dem Friedensprozess, mobilisierte die bäuerliche Bewegung zu landesweiten Demonstrationen gegen die militarisierten Besprühungen von Koka-Feldern, die im kleinbäuerlichen Kontext oft gleichzeitig Kartoffel-, oder Bananenfelder sind. 1999 gründete sie den Consejo Nacional Campesino (vgl. Helfrich 2009). Offensichtlich sind die bäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Organisationsprozesse in Kolumbien so widerstandsfähig, dass sie weiterbestehen, obwohl sie mit selektiven Morden, gewaltsamer Vertreibung und Kriminalisierung konfrontiert sind. Ihre Organisationsstrukturen und Bewegungen waren allerdings zu Beginn der Amtszeit Uribes erheblich geschwächt.

IV.2.2 Mexiko: Politische Krise und gesellschaftliche Kräfte

Die gesellschaftliche Konstellation in Mexiko gestaltete sich 2006, zum Amtsantritt Felipe Calderóns, völlig anders als in Kolumbien. Calderón konnte weder die Mehrheit der (politisch aktiven) Bevölkerung hinter sich vereinen noch sich der Unterstützung der herrschenden Fraktionen sicher sein – obwohl letztere den gegen ihn antretenden als progressiv geltenden Kandidaten der PRD, Andrés Manuel López Obrador, klar ablehnten. U.A. stand von Beginn seiner Amtszeit an der Vorwurf des

49 Von diesen Parteien bestanden nur Cambio Radical und Partido de la U bei Ende der zweiten Amtszeit Uribes noch genauso; die anderen wurden aufgrund von „Unregelmäßigkeiten“, vielen im Gefängnis sitzenden Mandatsträgern etc. aufgelöst.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wahlbetrugs im Raum. Wenn auch die Wirtschaftspolitik der PAN-Regierungen sich praktisch nicht von der der vorangegangenen PRI-Regierungen unterschied, ist es nicht nur wegen der ‚Transition' zur Demokratie relevant, dass 2006 erneut ein PAN-Kandidat Präsident wurde, sondern wegen der internen Struktur der PAN, die ultrarechte Strömungen einschloss. Als regelrechte „Staatskrise" (Nava Vázquez 2009) wurde die Konfliktkonstellation nach den Wahlen 2006 wahrgenommen, als die progressiven Kräfte um López Obrador das offiziell verkündete Wahlergebnis nicht anerkannten. Die *alternancia* hatte unter Fox nicht zur erhofften Demokratisierung geführt; vielmehr hatten sich „mit der Transition Machtbereiche geöffnet" (SERAPAZ 2007: 1), um die nun unterschiedlich ausgerichtete Fraktionen der herrschenden Klassen rangen, auch innerhalb staatlicher Kernorgane und innerhalb der drei großen Parteien PRI, PAN und PRD. Oft schienen diese allerdings den Charakter partikularer Konflikte anzunehmen. Der irreguläre Wahlprozess fachte die Widersprüche noch an. Für die Kontextualisierung dieser Konstellation ist ein Blick auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen am Ende der ersten PAN-Amtszeit 2005/2006 vonnöten.

Lokale und globale Wirtschaft

Bei genauerer Betrachtung ist die Einbindung der „zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas" nach Brasilien (GTAI 2013) in den Weltmarkt von der Abhängigkeit von US-amerikanischen Expansions- und Rezessionszyklen noch immer mitbestimmt.[50] Sowohl die erwartete Steigerung von Exporten wie die ausländischer Direktinvestitionen traten nach Verabschiedung des NAFTA-Vertrags 1994 ein, nicht aber langfristiges Wachstum. Was das Volumen angeht, exportiert Mexiko sowohl weit mehr Primär- als auch verarbeitete Güter; tatsächlich verfünffachten sich zwischen 1994 und 2009 die Exporte (CEPALSTAT 2013a; Matthes 2012: 149). Die Außenhandelsbilanz mit den USA weist sogar Überschüsse auf (INEGI 2012a: 47, 56). Doch der Handel mit den USA machte nach einem Höhepunkt der Integration 1999 (81 % des gesamten mexikanischen Außenhandels!) 2007 nur noch 65,5 % aus. Die USA stellten zwar in der ersten Phase des NAFTA (1994-2000) ca. 75 %, 2009 aber nur noch die Hälfte der mexikanischen Importe, während die Importe aus China, die bis 2003 praktisch bedeutungslos waren, auf über 15 % anstiegen (Dussel Peters/Gallagher 2013: 94). Trotz massiven Wachstums des Außenhandels insgesamt ist das Handelsbilanzdefizit dauerhaft und strukturell, die Leistungsbilanz negativ (CEPALSTAT 2013b). Ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union ist seit dem Jahr 2000 in Kraft; 42 weitere, meist bilaterale Freihandelsab-

50 Häufig wird wegen ihres Gewichts die wirtschaftliche Situation der USA (Wohlstandsentwicklung, Konsum, Sparquote, Kreditbedingungen) mit einbezogen, um die mexikanische Entwicklung adäquat beschreiben zu können.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kommen bestimmen insgesamt eine Extraversion Mexikos, die noch stärker ausfällt als die vieler anderer lateinamerikanischer Länder.

Dabei kehrte sich die Relation von Manufakturexporten zu Rohstoffexporten in der Exportstruktur um. Dass Mexiko einen beachtenswerten Teil des Exportwerts aus dem verarbeitenden Sektor generierte (obwohl diese sich von 84 % im Jahr 2000 auf 76 % der Exporte 2010 reduzierten und Hochtechnologien ihren Anteil daran verringerten) (Matthes 2012: 17 mit Daten von CEPAL und Weltbank), erklärt sich zum Teil aus den Re-exporten zusammengebauter Produktteile, der Auslagerung von Teilen der Produktion (vor allem der *assembly*-Schritte) an einen Standort mit im Vergleich zu den USA extrem günstigen Lohnkosten. Transnational agierende Unternehmen nutzen die *assembly-line*-Produktion in Mexiko über die zahlreichen Freihandelsabkommen für den zollfreien Export zurück in die USA (GTAI 2013). Ein Großteil des Handels findet tatsächlich innerhalb US-amerikanischer Firmen statt; die 2.-5.größten Exporteure in Mexiko sind *assembly-line*-Tochterfirmen der US-Automobilhersteller,[51] der 6.größte Exporteur war 2009 Hewlett Packard (Arroyo Picard 2009: 20). Der große Anteil von Industriewaren an Exporten und BIP verzerrt nach Meinung einiger Autor/-innen den Eindruck von Mexiko als Industriestandort, da die Unternehmensgewinne häufig an die Mutterstandorte transferiert werden: Diese sektorial schwach vernetzte exportorientierte Industrie konnte kaum Motor für andere Wirtschaftszweige sein, blieb logischerweise ohne Multiplikatorenwirkung und generierte nur sehr geringe Steuereinnahmen (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 187; Heigl 2011: 141). Die wenigen Versuche einer Reaktivierung der anderen Industrieexporte zeigen ebenfalls, dass im Grunde eine (relative) Deindustrialisierung stattfand. Weder ist Mexiko eine Exportmacht im Bereich verarbeiteter Produkte (die interne Wertschöpfung liegt meist bei unter 10 %), noch sind komplexe Produktionsketten innerhalb Mexikos entstanden (vgl. Oliver Costilla/Castro Escudero 2005). Extrembeispiel für die geringe interne Verkettung ist nun gerade die Maquila-Industrie, die durchschnittlich seit Inkrafttreten des NAFTA nur 3,14 % ihrer Komponenten in Mexiko kaufte. Etwa 80 % der Exporte insgesamt sind von temporären Importen abhängig (Dussel Peters 2004: 69). Rechnet man die Maquila-Industrie heraus, lag das Handelsbilanzdefizit 2006 sogar bei 30 Mrd. US$ (Gutiérrez Garza et al. 2009: 62).

Dagegen vergrößerte der Primärsektor seinen Anteil am Exportwert seit 1998 wieder kontinuierlich von 14,8 % 1998 auf 24,3 % 2006 (CEPALSTAT 2013a). Der Primärsektor hatte seine Beteiligung am BIP deutlich reduziert und zwischen 1990 und 2000 -8,0 % verloren; dieser Anteil stieg ab 2000 wieder an (Matthes 2012: 74). Mexiko ist neben Venezuela der größte Rohölexporteur Lateinamerikas und exportiert den Rohstoff hauptsächlich in die USA (78,67 %), einen kleineren Teil nach Kanada (3,05 %) und China (1,71 %) (Matthes 2012: 149). Der Fokus

51 Auch 2012 gingen 86 % der in Mexiko produzierten Autos in die USA (GTAI 2013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

von ausländischen Direktinvestitionen auf die Rohstoffausbeutung intensivierte sich: Tatsächlich machten nach Zahlen der mexikanischen Regierung Investitionen in extraktive Industrien 2008 sogar 12,6 % der gesamten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) aus (in produktive/Maquila-Sektor immer noch 41,7 % und in Dienstleistungen und Handel zusammen 34,6 %) (Secretaría de Economía 2008: 19).

Das Gewicht des Finanzsektors in der mexikanischen Wirtschaft und fehlende interne Investitionen machen ausländische Investitionen zur Priorität. Obwohl der Anteil der ADI am BIP erwartungsgemäß mit dem NAFTA stieg, blieben diese sehr volatil und fielen zunächst ab 2001/02 wieder ab, sind aber zentral für die langfristige Wirtschaftsstrategie. Sie ist in den Freihandelsverträgen und eigenen Abkommen über Investitionsgarantien und -anreize niedergelegt. Zugleich expandieren mexikanische Unternehmen im Ausland in der Lebensmittelindustrie (der Backwarenhersteller Grupo Bimbo in die USA, Anteile von Coca-Cola in Brasilien) und im Bankensektor (in Spanien); der Zementhersteller CEMEX ist weltweit aktiv (vgl. u.a. Alba Vega/Labezée 2012; CEPAL 2011a: 41).

Profitieren konnten von NAFTA große importierende Agrar- und Lebensmittelunternehmen und große exportorientierte Obst- und Gemüseproduzenten, deren Anteil an der Bevölkerung gering ist (Arroyo Picard 2009: 35). Insgesamt verringerten sich landwirtschaftliche Anbaufläche und Produktionsanteil am BIP erheblich (von 1997-2006 beläuft sich der Verlust genutzter Ha Land auf 2,03 Mio. Ha, ebd.), beschäftigt aber weiterhin fast so viele Menschen wie die verarbeitende Industrie (INEGI zit. in GTAI 2013). Dennoch expandieren inzwischen wieder der großflächige Maisanbau (von 19.000.000 t 2005 auf 23.513.000 t 2007) (Matthes 2012: 66) und der Zuckkerohranbau; Mexiko ist weiterhin einer der ersten Maisproduzenten, aber auch der -importeure (INEGI 2012a: 24): Die eigene Produktion wuchs langsamer als die Importe, die zwischen 1994 und 2006 um 250 % stiegen (im Vergleich wuchs die eigene Produktion um 17 %) (Arroyo Picard 2009: 33). Ab 1998 erhob die Regierung keine Schutzzölle für Mais- und Bohnenimporte mehr, reduzierte aber auch landwirtschaftliche Subventionen.

Wie bereits unter III.2 angerissen, stehen sich in einer nun wesentlich polarisierteren Produktionsstruktur wenige hochtechnologisierte Großunternehmen mit Produkten für den Weltmarkt und günstigen Arbeitskräften und eine Menge kleiner und mittlerer Unternehmen mit Produkten für den Binnenmarkt gegenüber, deren Zugang zu Krediten und Kapital erschwert ist (vgl. ausführlich Imhof 2003: 108). (Re-)privatisierungen und Liberalisierungen im Bankensektor führten zu einer völligen Verkehrung der Eigentumsstrukturen und Konzentration, hielt doch Anfang der 1980er Jahre der Staat noch 66 % des Kapitalstocks der Banken selbst (Alarco/Hierro 2010: 186; Imhof 2003: 94; Marichal 1997: 29). Aus der Privatisierungspolitk gingen neue Unternehmensgruppen hervor, z.B. die Carlos Slims (ursprünglich aus dem Grupo Monterrey). Unterschiedlichste Quellen sind sich einig über

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine enorm konzentrierte Eigentümerstruktur (so etwa Alarco/Hierro 2010; Imhof 2003; GTAI 2013; Díaz Cayeros 2012).[52] Dem Konzentrationsprozess einerseits schloss sich andererseits die Verflechtung binnenmarktorientierter Unternehmen mit transnationalen Konzernen an. Unter den zehn Unternehmen mit dem größten Umsatz befinden sich daher solche mit großer ausländischer Beteiligung wie Walmart-Mexico, Ford Motor Company und General Motors de Mexico (Liste in GTAI 2013). Bergbau (Kohle, Gold oder Silber) teilen zum einen die Konglomerate Grupo México, Peñoles und Grupo Frisco, zum anderen ausländische Unternehmen vor allem kanadischer Herkunft unter sich auf (CEPAL 2011a: 31). Die Beteiligung der größten Unternehmen am BIP stieg um die Zeit des Amtswechsels 2006 an: Die ersten 100 Unternehmen machen 22,9 % des BIP aus; 2007 erbringen die größten 5 Unternehmensgruppen allein 10,7 % des BIP, die ersten 10 *grupos* zusammengenommen 14,1 % (Alarco/Hierro 2010: 186).[53] In absoluten Zahlen ist die Beschäftigtenzahl in diesen Unternehmen mit 2007 gut 1,5 Mio. festen Arbeitsplätzen zwar relevant, liegt aber nur bei 3,5 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung (ebd.: 186).[54] Interessant bleibt, dass sich unter den größten Unternehmen des Landes noch immer einige (teil-)staatliche Unternehmen (PEMEX, CFE, Flughafen Mexiko-Stadt) befinden; so liegt das theoretische Monopol über die Ölförderung bis 2015 bei der staatlichen PEMEX. Ein kompliziertes Netz an Tochterfirmen ist allerdings privatisiert und bereits international tätig; ein umfassendes Privatisierungs-

52 Die bekannten Unternehmenskonglomerate sind Grupo México (Bergbau, Bahn), Grupo Televisa, die Hotelkettenbetreiber Grupo Posadas (Eigentümerin der Mexicana-Fluggesellschaft), die Bergbaugruppe Grupo Bal mit Peñoles/ Palacio de Hierro/ GNP, der weltweit größte Coca Cola-Franchisenehmer FEMSA mit der Einzelhandelskette Oxxo und der Cervecería Cuauhtémoc Moctezuma, die Grupo Alfa (Autoteile, Chemie, Nahrungsmittel, Telekommunikation), die Finanzgruppen Banamex-Accival, Banorte, der Mais- und Lebensmittelproduzent Grupo Maseca, der börsennotierte Getränkehersteller Grupo Modelo, Vitro, der Backwarenhersteller Bimbo (Familie Servitje), Kupferproduzent German Larrea Mota, Miteigentümer des Bergbaukonzerns Grupo México und der Kinokette Cinemex, Haushaltswarenhersteller und Einzelhandelsgruppe Grupo FAMSA, die Gruppe CEMEX/Zambrano (Zement, Baustoffe) und die Grupo Elektra, Telekommunikationsnetze und Fernsehen des Milliardärs Salinas Pliego (vgl. Alarco/Hierro 2010; GTAI 2013).

53 Dann nimmt der Anteil am BIP rasch mit der Größe der Unternehmen ab: Nummer 11-21 der 100 größten Unternehmen machten nur noch 3,4 %, 21-30 2,5 % aus (ebd.).

54 Auch im verarbeitenden Sektor, der doch während des NAFTA wuchs, konstatiert Arroyo einen Nettoverlust von Arbeitsplätzen um 14,8 %, was er einerseits durch die spektakulär gestiegene Produktivität erklärt, andererseits daran liegt, dass die Arbeitsplätze in transnationalen Konglomeraten eben nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen in Zulieferbetrieben nach sich ziehen, sondern in den eigenen Tochterfirmen an anderen Orten (2009: 39f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vorhaben wurde bereits vor 2006 im öffentlichen Diskurs immer präsenter und 2014 verabschiedet (CEPAL 2011a: 41; GTAI 2013).

War die soziale Ungleichheit während der Importsubstituierenden Industrialisierung langsam, aber stetig gesunken, schnellte sie zwischen 1984-1989 parallel zur wirtschaftlichen Umstrukturierung und dem Umbau der Wirtschaftsgruppen nach oben. Zwischen 1994 und 2006 konzentrierten sich die Einkommen noch einmal stärker in weniger Händen. Im lateinamerikanischen Vergleich steht der Gini-Indikator für Einkommensverteilung bei 0.52 im Jahr 2005 kurz vor Calderóns Amtsübernahme im Mittelfeld (CEPALSTAT 2013a).[55] Laut Finanzministerium (zit. in La Jornada 2007a) verfügten zu Beginn der Amtszeit die ärmsten 10 % der Bevölkerung über 1,1 % der Einkommen, die reichsten 10 % über 39,6 % des Einkommens (1984 waren es noch 32,7 % (Dussel Peters 2004: 71)). Etwa 50 % lebten unter der Armutsgrenze; 19 Mio. konnten sich nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgen.[56]

Das Freihandelsregime schuf nicht mehr oder bessere Arbeitsplätze: Weder konnten neu geschaffene Arbeitsplätze die Nachfragelücke schließen, noch beinhaltet die Mehrheit eine Sozialversicherung; fast die Hälfte der formell entlohnten Arbeitsplätze beinhaltet keinerlei weitere Leistungen (Arroyo Picard 2009: 39). Der mexikanische Mindestlohn büßte seit Mitte der 80er Jahre bis zu 79,11 % seiner Kaufkraft ein (Centro de Análisis Multidisciplinario 2012). Am Arbeitsmarkt stieg die Beteiligung von Frauen von 36 auf 45 %. Die offene Arbeitslosigkeit scheint in Mexiko nach offiziellen Zahlen relativ niedrig (unter 7 % bei städtischer Bevölkerung über 15 Jahre) (CEPAL 2011b: 25), wobei informeller Sektor und Emigration offensichtliche Ventile sind: Fast immer erklärte laut CEPAL (2011b: 43) der wachsende informelle Sektor inzwischen die Erhöhung der Beschäftigungszahlen. Etwa 50 % der Beschäftigten arbeiten informell (ebd.: 24). Auch der schwindende landwirtschaftliche Ertrag angesichts günstiger Importe leitete einen neuen Emigrations-Schub ein: 575 000 Mexikaner pro Jahr migrierten in die USA, mehr als je zuvor – allein in der Präsidentschaft Fox' 3,4 Mio. Menschen. *Remesas* (3,673 Mrd. US$ 1995, 23,97 Mrd. 2007) sind die zweite Devisenquelle des Landes (INEGI

55 Laut PNUD (2010: 27) lag der Gini-Index 2006 bei 0.49. Eine CEPAL-Studie (Cortés 2010: 16–22) erklärt den angeblichen Rückgang der Einkommensungleichheit hauptsächlich mit der geringeren Teilnahme des obersten Dezils an der Statistik (zu dem diese Definition bereits Selbständige, Lohnabhängige, Staatsbedienstete und Händler der oberen Mittelklassen zählt). Ist dies richtig, so wären die staatlichen Zahlen unzuverlässig.

56 Die CEPAL setzt die Zahlen hier niedriger an; 2006 misst sie einen Anteil von 31,7 % resp. 8,7 % der Bevölkerung (CEPALSTAT 2013a). Werden Haushaltseinkommen zur Grundlage gemacht, so ist ihre Erhöhung häufig nicht Ergebnis eines höheren pro-Kopf-Einkommens, sondern Resultat der höheren Anzahl arbeitender Haushaltsmitglieder (vgl. Bayón 2008). Bei hohen Einkommen ist der in Steuerparadiesen angelegtes Kapital nicht berücksichtigt, so dass die Einkommensungleichheit höher sein müsste (vgl. Kar 2012).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2008: 42, 2012c: 34); die Ausgaben aller Sozialprogramme zwischen 1995 und 2006 liegen erheblich unter den *remesa*-Zuflüssen. 2007 machten *remesas* für Mexiko aber trotz der hohen absoluten Zahlen nur etwa 2,3 % des BIP aus (CEPAL 2011b: 14).[57] Michoacán ist der Staat mit den meisten Emigranten, die 2005 etwa 2,6 Mrd. US$ *remesas* zurücksandten (Maldonado Aranda 2012: 23). Der Rhetorik von einem Freihandelsvertrag, der durch Investitionen in die Landwirtschaft die Migration in die USA dämpfen sollte, steht also die hohe soziale Ungleichheit und der Verlust von Arbeitsplätzen entgegen (von etwa 7,5 Mio. 1998 auf etwa 6,1 Mio. 2006) (Arroyo Picard 2009: 33).

Das Modell verstärkte zudem massiv regionale Ungleichgewichte: Der südliche Bundesstaat Chiapas z.B. verschlechterte sein Po-Kopf-Einkommen im Verhältnis zu dem in Mexiko-Stadt von 1980 46 % auf 16,4 % im Jahr 2000 (Dussel Peters 2004: 72). Cluster der Maquila-Industrie sind entlang der US-Grenze zu finden, aber auch in der Nähe von Mexiko-Stadt; das Dreieck Monterrey-Saltillo-Monclova gilt als Stahl- und Metallzentrum, Erdölförderung erstreckt sich von Tamaulipas bis nach Tabasco am Golf von Mexiko (GTAI 2013). Auch die ADI konzentrieren sich zu 90 % auf Mexiko Stadt, den Estado de México und die nördlichen Grenzregionen inklusive Monterrey. In die fünf marginalisierteren Staaten mit großer indigener Bevölkerung wie Guerrero, Chiapas, Oaxaca fließt weniger als 1 % der Investitionen (INEGI 2012b: 605).

Wohl aber entstanden mit dem strukturellen Wandel neue Fraktionen der herrschenden Klassen, u.a. ein außenorientierter produktiver Sektor; ein drastischer Wandel vollzog sich bereits bis Beginn der 1990er Jahre (Cortés 2010: 24). Wesentlich ist der Einfluss der sogenannten *neobanqueros*, etwa 0,2 % der Bevölkerung, deren Kapital schon 1994 etwa 51 % des BNP ausmachte (Marichal 1997).[58] Die *neobanqueros* waren schon in den 90er Jahren eine kleine Gruppe mit PRI und PAN eng verbundene Unternehmer mit Anteilen an Banken und vielfältigen Investitionen.[59] Mit ihnen konsolidierte sich eine unternehmerische, nach Norden orien-

57 Für Kolumbien machen die *remesas* in absoluten Zahlen wie zu erwarten weit weniger aus (4.5 Mrd.), stellen aber einen ähnlichen Anteil des BIP (2,2 %) (CEPAL 2011b: 14).

58 Die Gewinne dieser Personen waren 1993, als NAFTA unterzeichnet wurde, größer als alle staatlichen Ausgaben für Bildnug, Gesundheitsversogung, Umweltprogramme und Sozialinvestitionen (ebd.).

59 Die 37 *Hombres de Negocios* des CMHN üben massive Kontrolle über einen großen Teil der mexikanischen Wirtschaft aus und sind mit transnationalen Finanzgeschäften und Unternehmen eng verflochten; sie halten aber auch den größten Teil der internen Schulden des mexikanischen Staates und akkumulierten durch den Kauf und Verkauf von Staatsanleihen (public debt obligations) hohe Gewinne, da die Zinsraten, die der mexikanische Staat in den 80er Jahern zahlte, bei um die 50% lagen (Marichal 1997: 29). Der Staat verlängerte so die internen Schuldfristen mit dem Versprechen enormer Gewinne. Cemex,

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tierte, transnational vernetzte Fraktion der herrschenden Klassen, die Aufsichtsräte kontrollieren, in den USA leben oder studiert haben und damit relativ gut vernetzt sind (vgl. Ai Camp 2002: 248). Die wichtigsten wirtschaftlich einflussreichen Verbände, die in den letzten 30 Jahren die Politik maßgeblich mitbestimmt haben, sind der Unternehmerrat CCE und darin die kleine Gruppe der *Hombres de Negocios* (CMHN), die bereits maßgeblich den Freihandelsvertrag NAFTA vorangetrieben hatten. Für die Arbeitgeberorganisation COPARMEX und den CCE, die traditionell „staatszentrierte", „protektionistische" Politik kritisiert und Freihandel verteidigt hatten, fiel die Liberalisierung mit ihren ureigensten Positionen zusammen. Bemerkenswert ist dabei trotz aller Veränderungen die auf Familiennetzwerke ausgerichtete Eigentümerstruktur der großen Unternehmensgruppen, die sich mittels persönlicher, familiärer Beziehungen und über informelle Kanäle reproduzierten (vgl. Alarco/Hierro 2010: 180ff.; Ai Camp 2002: 30ff.). Ihre Verbindungen zur jeweiligen Regierung sind meist eng. Mittelständische, binnenmarktorientierte Industrieunternehmen in der CANACINTRA hingegen waren eher negativ vom Umbau betroffen; deren Führungsetagen passten sich jedoch den Projekten des CCE an (Fairbrother 2007) und unterstützten die Wahl Calderóns ebenso wie der CCE.

Während die Entwicklungsstrategie, die u.a. über den Freihandelsvertrag und die Maquila-Industrie eine größere Integration in globale Produktionsnetzwerke suchte (Hesketh 2010: 402), einerseits zu einer relativen Deindustrialisierung führte, erleichterte die Umstrukturierung andererseits, etwa durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, den Freihandelsvertrag und das wachsende Gewicht fiktiven Kapitals, bedeutende Waren- und Geldflüsse der illegalen Ökonomie. Diese konnte in Mexiko angesichts der Übernahme von neuen Positionen in der Produktions- und Vermarktungskette erheblich höhere Gewinne erwirtschaften und massive Investitionen tätigen (Kap IV.2). So verfünfzigfacht (!) sich laut UNODC (2012 zit. in ICG 2013: 7) der Preis für Kokain an den Stellen der Produktionskette, die mexikanische Netzwerke mindestens mitkontrollieren (Handel, Vermarktung, Verkauf). NAFTA lieferte Anreize, illegales Kapital nach außen zu verlagern; illegale Kapitaltransfers aus Mexiko stiegen stark an (Kar 2012: 10).[60] Die Anlagen – legale wie illegale – gehen prioritär in die USA, an zweiter Stelle stehen karibische Offshorezentren wie Bahamas, Bermuda, Cayman Inseln, Curaçao, Panama oder die Niederländischen

Telmex, oder Televisa haben Anteile oder Kredite erhalten, verkauft von Goldman Sachs, JP Morgan, Citibank. Slim Helú gehört z.B. Carso-Inbursa 1996, sein Cousin Alfredo Harp Helú hält Anteile von Banamex; Familie Garza-Sada/Garza aus Monterrey kontrollierten in den 90er Jahren Bancomer, Lorenzo Zambrano dominiert Cemex; Lorenzo Servitje, der die Backwaren Bimbo vertreibt, gehört ebenfalls zum CMHN.

60 Zwischen dem Inkrafttreten des NAFTA-Vertrages 1994 und 2010 gab es offensichtlich grenzüberschreitende Transfer illegalen Kapitals aus Mexiko im Gesamtwert von mindestens 561 Mrd. US$. Allein 2010 wurden 68 Mrd. US$ errechnet (Kar 2012: 33, 5).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Antillen; auch in den europäischen Offshorezentren (Guernsey, Isle of Man, Jersey, Luxembourg, Schweiz) und in Bankengruppen in Frankreich, Deutschland und dem United Kingdom ist mexikanisches Kapital angelegt (ebd.: 45).[61] Maldonado (2012: 7f.) verortet beispielsweise den Boom des Drogenhandels und dessen massive Konsequenzen in Michoacán, Sinaloa und anderen Regionen im Kontext neoliberaler Reformen. Touristismusprojekte, für staatlich-wirtschaftlichen Strategien seit den 80er Jahren zentral, bezeichnet Lupsha (1996: 42) als besonders einfache Investitionsbereiche für illegales Kapital; u.a. etablierte Mexiko nach dem Vorbild der US-Immobilienfonds sogenannte Fideicomisos de Infraestructura y Bienes Raíces (FIBRAS), die Großinvestitionen in Tourismusprojekte kanalisieren sollen, letztlich aber die Eigentümerstruktur verschleiern (CEPAL 2008: 129), so dass die Beteiligung von Kapital aus der illegalen Ökonomie kaum nachzuvollziehen ist.[62]

In Michoacán kollabierten unter Druck billiger Lebensmittelimporte viele kleinere landwirtschaftliche Unternehmen; Gewinne wurden angesichts des Preisverfalls nicht reinvestiert, die Regierung Salinas öffnete den landwirtschaftlichen Sektor für ausländische Investitionen und entzog ihm zugleich staatliche Finanzierung, was zu einer Unterkapitalisierung des Sektors und dem systematischeren Umschwenken kleiner Bauern auf Drogenanbau und zur verstärkten Emigration führte (vgl. Maldonado Aranda 2010b: 434f.). Auch regionale Kapitalfraktionen waren betroffen, und zum einen stützten Investitionen aus der illegalen die legale Ökonomie bzw. bot umgekehrt die illegale Ökonomie Anlagemöglichkeiten, die in der regionalen Wirtschaft nun fehlten. Interessanterweise konstatieren Díaz Cayeros (2012: 8) oder Maldonado (2012: 16), ähnlich wie in Kolumbien habe die administrative Dezentralisierung eines Teils der Budgetverwaltung neue Zugriffspunkte für regionale Unternehmen auf die regionale Politik geschaffen, und zugleich konnten *caciques* und illegale Akteure ihren Einfluss und den Spielraum für lokale Arrangements und Allianzen ausweiten:

„die Beziehungen zwischen traditionalen Familien, Politikern und ‚*narcos*' werden sehr unscharf, vor allem wenn die gesellschaftliche Ordnung von freundschaftlichen und verwandschaftlichen Netzwerken abhängt." (ebd.: 23).

61 In die karibischen Steuerparadiese gingen 2002 2,7 Mrd. US$, 2010 bereits 5 Mrd. (ebd.: 5). Durchschnittlich waren das insgesamt jährlich 3 Mrd. US$ in den 70er Jahren, 17,4 Mrd. US$ in den 90er Jahren und 49,6 Mrd. US$ in den Jahren ab 2000. Die Transfers seien von 3,8 % des BIP in den 70ern auf 6,1 % des BIP in den 80ern gestiegen, dann wegen des starken allgemeinen Wachstums auf 4,8% des BIP gefallen. Ab 2000 machten die Transfers wieder bis zu 6,1 % des BIP jährlich aus (Kar 2012:10).

62 So flossen in das Großprojekt Mayakoba in Quintana Roo im Segment Luxus-Öko-Tourismus mit Baubeginn 2007/2008 etwa 1,6 Mrd. US$ (CEPAL 2008: 131).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Soziale Mobilität über den illegalen Handel war also in Mexiko ebenfalls in großem Maß möglich und bietet vor allem seit der Handelsliberalisierung der 1980er Jahre Möglichkeiten. Ähnlich wie in Kolumbien sind die Angaben über Finanzierungsquellen von Investitionen vage (vgl. Alarco/Hierro 2010: 192), so dass die Grenzen zwischen legalem und illegalem Sektor fließend sind; häufig sind die Konglomerate familiengeführt (vgl. Astorga 2007). Angesichts einer diversifizierteren Wirtschaft und größeren Industrie scheinen diese Kräfte insgesamt nicht wie in Kolumbien ins Gewicht zu fallen – zudem war die gewaltsame Aneignung von Land für einen Aufstieg mittels der Transit-Ökonomie nicht zentrales Element. Der Anbau oder die gewaltförmige Regelung von Eigentumsrechten verschwanden dennoch nicht. Relevant ist das deshalb, da zwar die Verschränkungen zwischen staatlichen Stellen und illegaler Ökonomie in Mexiko ebenfalls einer Veränderung unterlagen, wie in den folgenden Kapiteln deutlich wird, die dortigen Kräftekonstellationen aber kaum dem raschen Aufstieg der kolumbianischen „*narco*-paramilitärischen", mit Landbesitz verbundenen Fraktionen ähneln. Trotzdem gab es in Mexiko eine Modifizierung der Sozialstrukturen dahingehend, dass die mit dem Drogenhandel verbundenen Sektoren einen Aufstieg erlebten und ihre Stellung nicht mehr der untergeordneter Unternehmenssektoren entspricht. Auch wenn unterschiedliche Stellen unterschiedliche Schätzungen über die Gewinne aus dem US-Markt herausgeben (sie reichen von 18 bis 60 Mrd. US$ jährlich (ICG 2013: 7)) und das Instituto Mexicano para la Competitividad IMCO (Hope/Clark 2012) sogar davon ausgeht, dass der Großteil der Gewinne in den USA verbleibt, stellen sie wichtige gesellschaftliche Kräfte dar. Mehrere Autor/-innen unterstellen die Unterstützung der Regierung Fox (und ebenfalls Calderóns) für eine spezifische Gruppe, das Sinaloa-„Kartell", das seit 2000 gestärkt werde (vgl. Hernández 2010; Reveles 2010). In jedem Fall bedeuten die Transformationen des politischen Felds seit Ende der 90er Jahre Veränderungen für das Verhältnis zwischen dem Staat und der illegalen Ökonomie und deren interne Machtstrukturen (vgl. hierzu Astorga 2007). Fox bereitete seinem Nachfolger den Diskurs: Bereits 2001 verknüpfte der Sicherheitsberater Aguilar Zinser Strafdelikte mit der „Nationalen Sicherheit", erklärte sie also zum Zuständigkeitsbereich des Militärs und sprach von „neun unregierbaren Zonen", in denen die Kontrolle durch die „Delinquenz" besonders bekämpft werden müsse (zit. in Boris/Sterr 2002: 14).

Szenario 2006

Die Rückkehr der PRI schien nach einer einzigen Amtszeit der PAN unmöglich. In Finanzministerium und Zentralbank erhielten sich (PRI-)Ökonomen aus der Zeit des Umbaus ihren wichtigen Einfluss auf Regierungsentscheidungen, und eine Gruppe um den Ex-Präsidenten Zedillo mit Vertretern der Banken BBVABancomer und Banamex unterstützte Calderón (Hernández Vicencia 2006: 638). Für den engeren Zirkel Calderóns und Netzwerke des Staatspersonals spielten offensichtlich

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ihre in den privaten Universitäten geknüpfte Kontakte eine Rolle (vgl. Ai Camp 2002: 40ff.).

Als Sprachrohr des CCE fungierte 2006 der Consejo de Comunicación, als die Interessen von Regierenden und CCE in einer gemeinsamen Medien-Kampagne gegen den Kandidaten der PRD zusammenfielen. Letztlich ist die Konvergenz zwischen staatlichen Apparaten, Regierungszirkeln und Unternehmerverbänden nicht von der Hand zu weisen, die sich nicht nur legaler Mittel bedienten um einen Kandidaten zu verhindern, den zentrale Wirtschaftsgremien (CCE, CANACO, CMHN) wiederholt als „Gefahr für Mexiko" (El Economista 2011b) bezeichneten. Im Klima dieses höchst aggressiven Wahlkampfs missglückte es der Regierungspartei aber, López Obrador (PRD) gerichtlich als Präsidentschaftskandidat auszuschließen bzw. ihn zu diskreditieren. Entscheidende Teile der städtischen Mittelschichten, Arbeiter/-innen, informell Beschäftigten gruppierten sich um den Kandidaten der PRD als scheinbar einziger Möglichkeit einer tatsächlich demokratischen Transition (vgl. Aziz Nassif 2009: 36; Sterr 2008).

Nicht einmal innerhalb der PAN war der Kandidat Calderón unumstritten, überholte dieser als Vertreter der ‚alten' religiösen PAN doch Fox' Wunschkandidat Santiago Creel aus dem pragmatisch-unternehmerischen Umfeld der Rechten (‚*bárbaros del norte*'). Innerhalb der PAN konnte die organisierte Rechte um die Grupo Guanajuato und Geheimbünde wie El Yunque in den Jahren ab 2000 Führungspositionen besetzen und liberale Strömungen der Partei marginalisieren; [63] diese ultrarechten Gruppen brachten Unternehmer, Oppositionspolitiker und Klerus in personalisierte Netzwerke zusammen. In einem Kontext der erstarkenden radikal Rechten in regionalen politischen Entscheidungszentren und immer mehr auf Bundesebene, war es weder Fox noch der PAN-Führung gelungen, breitere Übereinstimmungen und Pakte zu konsolidieren (Hernández Vicencia 2006: 645). Die traditionellen PAN-Mitglieder, für die Calderón steht, sind allerdings nicht minder ultrakonservativ. Rund ein Drittel der PAN gehört radikal rechten (Kirchen-)Organisationen an (Hernández Vicencia 2006: 643). Nach anfänglichen Konflikten trugen klerikal-rechts orientierte Gruppen wie El Yunque Calderóns Kandidatur offensichtlich mit (Calderón: „ich werde mich jetzt mit Espino koordinieren..."), so dass beispielsweise der PAN-Vorsitzende Espino und nicht Calderóns Gruppe die Verhandlungen

63 Langfristig hatte der ‚Yunque' gesellschaftlichen und politischen Spielraum einerseits durch öffentlich agierende Organisationen wie die Frente Universitario Anticomunista, konservativ-unternehmerische Organisationen (Comité Nacional Pro-Vida, Desarrollo Humano Integral y Acción Ciudadana, Asociacon Nacional Cívica Femenina) gewonnen, andererseits ist eine Umstrukturierung von innen von Organisationen wie der Arbeitgeberorganisation COPARMEX nicht von der Hand zu weisen (Hernández Vicencia 2006: 643). Die Positionen sind tendenziell rassistisch, sexistisch (vehemente Ablehnung von Abtreibungen etc.), antikommunistisch-klerikal.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

um die Abgeordnetenlisten führte. Calderón repräsentiert daher insgesamt ein gesellschaftliches Segment, das von der Wirtschaftspolitik seit 1982 profitierte, ideologisch aber zur wachsenden politischen Rechten zu zählen ist (vgl. Einschätzungen SERAPAZ 2007: 3; Rodríguez Rejas 2010b; Dawson 2011). Obwohl die beiden Kandidaten unterschiedlichen Interessengruppen innerhalb der PAN angehörten, gab es jedoch keine ernsthaften programmatischen Unterschiede, und die Flügelkämpfe waren weder in der PAN noch in der PRI ein Ringen um tatsächlich alternative Projekte (Nava Vázquez 2009: 203). Die Bearbeitung von sozialer Ungleichheit und Armut spielte praktisch keine Rolle. Die allermeisten

„PANistas [...] promised economic growth based on open markets and more investment, along with a culturally reactionary, sectarian agenda based on moral renovation, family values and honesty in government." (Dawson 2011: 67; vgl. Delgado 2003).

Gemeinsamer Nenner vieler PAN-Mitglieder sind Handel und Dienstleistungsunternehmen; sie haben aber nicht die gleichen Druckmittel wie große Konglomerate, die Finanzmarktaktivitäten und produzierenden Sektor integrieren, und sind zwar in der Arbeitgeberorganisation COPARMEX gut vernetzt, doch kein Mitglied der 2006 entscheidenden Parteimitglieder, die in die Staatsapparate kamen, gehörte dem CMHN o.ä. an (vgl. zu dieser Einschätzung ebd.: 648f.). Der Nähe der PAN zu den herrschenden Fraktionen tut dies keinen Abbruch.

Die Wahl am 02. Juli 2006 geriet selbst zum Konfliktfaktor. Die Wahlaufsichtsbehörde IFE verkündete erst nach knapp zwei Monaten und zahlreichen Anzeigen wegen Wahlbetrugs den offiziellen Wahlsieg Calderóns um 0,56 Prozentpunkte und weigerte sich, eine zweite Auszählung vorzunehmen. Als López Obrador und Anhänger der PRD, der Arbeitspartei (PT) und Convergencia das offiziell erklärte Wahlergebnis nicht anerkannten und wegen Wahlbetrugs eine Neuauszählung der Stimmen forderten, entzogen ihnen Unterstützer wie der Unternehmer Carlos Slim, der kurzzeitig seine Sympathie erklärt hatte, rasch die Basis und bedauerten die „Radikalisierung und Schwächung" der Linken (El Economista 2006).[64] 47 Tage lang hatte die progressive Koalition eine der Hauptstraßen Mexiko-Stadts blockiert und den Verkehr lahmgelegt; López Obrador erklärte sich zum „legitimen Präsidenten".

Zugleich gab es Spaltungen sowohl innerhalb derer, die Ende der 1980er Jahre aus der PRI ausgeschert waren und die PRD als progressive parlamentarische Kraft gründeten (zwischen den Strömungen, die López Obrador und der Gründer der

64 Stattdessen erhoffte man sich durch einen Diskurswechsel Calderóns eine Beruhigung der Lage. Slim erklärte beispielsweise, Calderón habe sein volles Vertrauen, er müsse aber soziale Themen und mehr Beschäftigung tief in seinem Programm verankern (El Economista 2006).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

FD/PRD, Cuauhtémoc Cárdenas, repräsentierten),[65] als auch zwischen der städtisch-popularen parlamentarisch orientierten Koalition López Obradors und den indigenen, eher anti-etatistischen Bewegungen des Südens. Die von den Zapatistas ausgehende ‚Andere Kampagne' unterstützte ausdrücklich nicht López Obrador, sondern negierte (bestärkt durch die negativen Erfahrungen in Chiapas) den Staat als Terrain für die Kämpfe der Zapatistas.[66] Auch die PRD erbringe keine grundlegende Kritik am Parlamentarismus der Herrschenden. Eine Verbindung dieser beiden größeren progressiven Strömungen war, auch nachdem López Obrador ureigene zapatistische Forderungen einzubeziehen begann, nicht möglich. López Obrador wiederum warf der Anderen Kampagne vor, PRI und PAN in die Hände zu spielen (eigene Gespräche März 2011, vgl. IV 22). Subcomandante Marcos sagte darauf im Interview (Marcos im Interview mit La Jornada 2006a), problematisch sei nicht, wie sich

„die 15.000 Stimmen [auswirken], in denen die Andere Kampagne Einfluss gehabt haben mag, sondern die Unfähigkeit der Parteien die Bevölkerung davon zu überzeugen, politisch teilzunehmen. Wie kann es sein, dass jemand regiert, der weniger als 40 % der Stimmen hat? Dass mit Unterstützung von 14 Millionen ein Land von über 100 Millionen [Menschen] regiert wird? Das wird irgendwann die Grundlage verlieren. Man muss nach unten schauen und wir müssen uns organisieren, um in der Krise, die kommen wird, eine linke Alternative zu präsentieren."

Einmal mehr sind klare Grenzziehungen identitärer Konzepte unmöglich; dennoch konnte offensichtlich die national-populare Koalition die Sektoren nicht erfassen, in denen sich ethnische und bäuerliche Identitäten und damit spezifische materielle Problemlagen überlagerten.

Für die gesellschaftspolitisch komplizierte Gemengelage, in der sich Calderóns Amtsantritt vollzog, sind die Mobilisierungen verschiedener sozialer Bewegungen noch vor den Wahlen relevant, die in unterschiedlichen Teilen Mexikos lokal verankert, aber überregional wahrgenommen wurden. Teilweise schlossen sie sich der

65 Vgl. Gespräche mit Mitarbeitern Cárdenas'.

66 Auch die Zapatistas gingen laut Subc. Marcos (zit. in La Jornada 2006a) allerdings von Wahlbetrug aus. Es sei klar, „dass wer die Wahlen gewonnen hat, AMLO war und die kleine Reserve, die das IFE hatte, diente dazu, dass Calderón zum Patt aufholte und ihm eine halbe Million [Stimmen] abzog, als das PREP [vorläufiges Wahlergebnis] schloss. Mit der Zählung der Wahllokale „passierte das Gegenteil, AMLO war die ganze Zeit oben; als noch ein Fünftel der Wahllokale übrig war, reduzierte sich sein Vorsprung auf weniger als zwei Punkte, und am Ende war er unterlegen. Die Disparität zwischen dem PREP und der Zählung der Wahllokale spricht dafür, dass etwas ziemlich schmutziges passiert ist."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anderen Kampagne an. Statt ihre Forderungen aufzugreifen, gingen die staatlichen Apparate höchst repressiv vor, sowohl gegen die Proteste um den Flughafenbau in San Salvador Atenco, als auch bei Protesten von Bergbauarbeitern. Verschiedene Organisationen und Bewegungen außerhalb des Parlamentarismus (APPO, Congreso Nacional Indígena), gerade mit indigener Beteiligung, konnten trotz Grenzen, inneren Widersprüchen und regionaler Zersplitterung ihre Vernetzungen aufrecht erhalten und ausweiten (so die Einschätzung der Organisation SERAPAZ 2007: 4). Sie berufen sich häufig auf die Verteidigung von Land bzw. eigenen Räumen im weiteren Sinne (*territorio*).[67] In Oaxaca radikalisierten sich die jährlichen Demonstrationen der sección22 der SNTE, denen unter Beteiligung paramilitärischer Verbände des PRI-Gouverneurs Ulises Ruiz, letztlich aber nach den Präsidentschaftswahlen unter Einbeziehung der Policía Federal rein repressiv begegnet wurde (vgl. Nava Vázquez 2009: 221–25).[68] Bei der Einschätzung dieser teilweise aus der Lehrergewerkschaft entstandenen Bewegung dürfen die spezifischen Funktionen der Gewerkschaften in Mexiko nicht vergessen werden, wie sie sich gerade an der Lehrergewerkschaft SNTE zeigen, dem deutlichsten Beispiel einer staatlich und unternehmerisch kooptierten Gewerkschaft. Ihre Mitglieder erhalten Privilegien etwa in der Gesundheitsversorgung; vor allem in den Führungsgremien dient sie zur Konzentration politischer Macht und großer Vermögen (z.B. durch die Umwidmung von Wohnungsbauprogrammen für die Lehrerschaft). Diese Gewerkschaften sind deshalb weiterhin relevant, um informelle Entscheidungskanäle (und Aufstiegsmobilität) nachzuvollziehen. Hernández Navarro (2011: 40) bezeichnet sie als unternehmerisches Netz der politischen Repräsentation, dessen „Aktionsfeld immer der Staat ist." Dass an der Basis dieser Organisationen dennoch immer wieder autonome politische Bewegungen entstehen wie in Oaxaca, häufig mit der Beteiligung bilingualer indigener Lehrer, widerspricht dem nicht.

Mit der Gründung der PANAL (Nueva Alianza) 2005 schuf sich die SNTE eine eigene Partei, was die SNTE-Führung als eine Autonomisierung von den alten *Ca-*

67 Beispiel für diesen Bezug ist die Erklärung des Foro Mesoamericano de los Pueblos (2011).

68 Der PRI-Gouverneur Ulises Ruiz ließ das im historischen Zentrum aufgeschlagene Camp gewaltsam räumen. Dies führte zur Gründung der breiter aufgestellten Bewegung APPO, die sich über Oaxaca-Stadt hinaus verbreitete. Allerdings zog sich die sección22 der SNTE laut Nava Vásquez (2009: 221ff.) nach einem Ringen zwischen sección22 als moderaterer und einer radikaleren, der Guerilla EPR nahestehenden Gruppe in der Führung der Bewegung aus der APPO zurück. Oaxaquenische Wirtschaftsverbände suchten die Bundesregierung zum Eingreifen zu bewegen, indem sie mit der Aussetzung ihrer Steuerzahlungen drohten. Doch erst als am 27. Oktober (nach den Wahlen) unter ungeklärten Umständen der US-amerikanische Journalist Bradley Will erschossen wurde, beendeten Bundestruppen die Besetzung der Innenstadt Oaxacas durch die APPO gewaltsam.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ciques und Parteipolitik innerhalb der PRI präsentierte (vgl. ebd.: 407).[69] Bei der Wahl 2006 unterstützten SNTE und PANAL Calderón, also die PAN. So standen die Türen der SNTE der radikaleren Rechten offen, als der ehemalige PAN-Vorsitzende Luis Felipe Bravo Mena zur Wahlkampfunterstützung Calderóns innerhalb der Lehrergewerkschaft das Netzwerk Red de Maestros en Acción gründete (Hernández Vicencia 2006: 641). Laut Hernández Navarro (2011: 410) und González Ruiz (Contralínea 2013a) organisierte die Präsidentin der Gewerkschaft, Elba Esther Gordillo, selbst in Gesprächen mit Gouverneuren von Chihuahua und Tamaulipas 2006 die Niederlage der PRI und erkannte dies später selbst an; gerade in Tamaulipas hatte die PRI bisher nie größere Einbußen gehabt und die PAN war kaum eine relevante Kraft, was die Vermutungen über mit der Wahlaufsichtsbehörde IFE im Voraus ausgehandelte Wahlergebnisse bestätigen würde. So allerdings ist Navarros Einschätzung nachvollziehbar, nach der letztlich „die Gewerkschaftsbürokratie zum strategischen Akteur in den Wahlen wurde, sowohl wegen ihrer territorialen Struktur wie auch wegen ihrer Fähigkeit auf diesem Terrain zu agieren" (Hernández Navarro 2011: 408).

Die vorangegangenen Abschnitte zeigen, dass die gesellschaftlichen Konstellationen sich jeweils ganz spezifisch ausprägten, die Wahrnehmung einer politischen Krise 2002/2006 aber in beiden Kontexten vorhanden war. In ihrer unterschiedlichen Konfiguration beeinflusste dies die Art und Weise, in der die Regierungen jeweils kurz nach ihrer Amtseinführung verkündeten, sie würden sich auf die Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität", des „Terrorismus" und der Gewalt konzentrieren, die die staatliche Ordnung bedrohten. Während sich damit in Kolumbien ein umfassendes Projekt verband, das gesellschaftliche Beziehungen umgestalten sollte, gelang der Eindruck der Kohärenz in Mexiko weniger. Die folgenden Kapitel werden dazu beitragen, das komplexe Bild von Staatlichkeit anhand des Politikfelds „Un-/Sicherheit" zu vervollständigen.

69 Bei der Gründung spielten partikulare Konflikte zwischen von Elba Esther Gordillo (als SNTE-Repräsentantin und ehemaliger Generalsekretärin der PRI) und Roberto Madrazo (Vorsitzender der PRI) eine Rolle. Gordillo und Madrazo repräsentierten unterschiedliche Gruppen innerhalb der PRI. Gordillo hatte versucht, die von der PAN vorgeschlagene Fiskalreform mit einem Teil der PRI durchzusetzen, was der von Madrazo repräsentierte Teil als Allianz mit der PAN ablehnte. Die Aktion führte sogar zum Fraktionsausschluss Gordillos kurz nach den Wahlen (ebd.: 219, Proceso 2012a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V Un-/Sicherheit

In Kapitel III und IV haben wir gesehen, wie sich veränderte Sozialstrukturen, globale wirtschaftliche Umstrukturierungen und spezifische Entwicklungen politisch aktiver, gesellschaftlicher Gruppen auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene gegenseitig beeinflussen. Diese Verschränkung gilt für das Politikfeld „Un-/Sicherheit" ebenso; die autoritäre Krisenbearbeitung hat eine transnationale Dimension. Zunächst ist deshalb diese transnationale Dimension der Sicherheitspolitik in Lateinamerika von Interesse. Danach geht die Analyse der Sicherheitspolitik detailliert auf die Frage ein, welche Nähe und Position jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte und strategische Akteure zur Regierungspolitik und zu staatlichen Entscheidungszirkeln haben.[1] Diese konkrete Ebene – mit der transnationalen Einflussebene im Hintergrund – ermöglicht Aussagen darüber, wie sich diese Kräfte in staatlicher Politik einschreiben. Definierten kritische security studies securitization als Sprach-Akt und nalysierten Diskurse des Sicherheitssektors (vgl. die sogen. Copenhagen School C.a.S.E. Collective 2006), dreht sich die Frageperspektive hier wieder um: Anstatt primär sprachliche Dimensionen zu untersuchen, um nachzuweisen, wie Sachverhalte erfolgreich als sicherheitsrelevant gewendet und damit exzeptionelle Maßnahmen legitimiert werden, stehen hier die materiellen Folgen für und die Positionierungen von gesellschaftlichen Klassenfraktionen zu diesen Maßnahmen im Vordergrund, die Praktiken und Kontexte, die der Staat mit umsetzt und organisiert oder desorganisiert, etwa welche Statistiken als relevant betrachtet, wessen Beschwerden nachgegangen wird. Weil das staatliche Institutionengefüge für

1 Auch wenn kritische Sicherheitssoziologen wie Bigo (2006: 11) hervorheben, die Idee vom klassischen „Territorialstaat" werde mit dem Bedeutungsgewinn transnationaler Netzwerke inadäquat, wird hier deutlich werden, dass die Analyse von Institutionen, Globalisierung und „Sicherheitspolitik" von einer neuen staatstheoretischen Perspektive profitieren kann (vgl. Aronowitz/Bratsis 2002: xiv). Der Staat bleibt für eine kritische Auseinandersetzung mit Sicherheitspolitik relevant, schon weil widerständige Kämpfe mit „nationalen" Regierungen konfrontiert sind.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

globale Arrangements relevant bleibt und Raum in einzelstaatliche Einheiten segmentiert (Aronowitz/Bratsis 2002: xxi), müssen auch kritische Analysen von Sicherheitspolitik und Unsicherheit einen Begriff vom Staat haben.

Die Wahrnehmung einer wachsenden Unsicherheit (Kriminalitätsraten, Gewalt) ist nicht auf die lateinamerikanischen Länder begrenzt. Weltweit hat sich das vorherrschende Verständnis von Sicherheit, Unsicherheit, Kriminalität und ihren Erklärungsfaktoren verändert. Es sind Ministergipfel und „Sicherheitstagungen", die Exekutiven mehrerer Länder, die den Wandel der Konzeptionen von Sicherheit auf dem amerikanischen Kontinent fortschreiben. Bereits auf der ersten Cumbre de las Américas 1994 – nur Wochen vor Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsvertrags NAFTA – verbanden sie diese Konzeptionen mit der Planung einer hemisphärischen Freihandelszone. Dass die US-(Sicherheits-)Apparate in diesen institutionellen Räumen eine Leitungsfunktion innehaben, ist ein Allgemeinplatz,[2] doch die Problematik lässt sich nicht auf eine von den USA durchgesetzte Sicherheits-Politik reduzieren.[3] Formal blieben die Themen Sicherheits- und Wirtschaftskooperation zunächst getrennt. Immer wieder wird jedoch deutlich, dass die Wirtschaftsverträge nicht ausschließlich den Bereich des Handels betrafen, sondern die Sicherung von Absatzmärkten, der Abbau von Handelsschranken usw. zunehmend

2 Die USA spielen als „Garant einer transnationalen ökonomischen Ordnung" (Zelik 2009: 256) eine wichtige Rolle (vgl. Arrighi 1994). Ihr direkter Einfluss auf die Sicherheitspolitik in Lateinamerika trägt, wie noch zu sehen sein wird, massiv zur Festigung transnational geltender Paradigmen in der Sicherheitspolitik bei. Das heißt keineswegs, dass die US-Regierungen gegenüber den lateinamerikanischen Ländern alle eine gleichbleibende Politik durchsetzten; bereits Poulantzas (1976: 20) wandte sich gegen das „topographische" Gegeneinandersetzen interner und externer Faktoren. Insofern beschäftigt sich die vorliegende Arbeit vorrangig mit den jeweiligen einzelstaatlichen Herrschaftszusammenhängen in Kolumbien bzw. Mexiko. Die Durchsetzung dieser Paradigmen innerhalb der USA ist nicht Gegenstand der Analyse.

3 Nicht zuletzt hat sich das Verständnis von Sicherheit in verschiedene Richtungen entwickelt. Das „Human Security"-Konzept der Vereinten Nationen der 1990er Jahre sollte mit dem Fokus auf die Bedürfnisse der Individuen (freedom from fear and want) einen staatszentrierten Sicherheitsbegriff (Sicherheit eines Staates vor Bedrohung von außen, „Nationale Sicherheit") ablösen. Diese Kritik an staatszentrierten Sicherheitskonzepten sei nicht ausreichend, so das C.a.S.E. Collective (2006). Tatsächlich werden die staatlichen Sicherheitspraktiken gerade deshalb wirkmächtig, da ihnen eine angeblich legitim ausgeübte Autorität und das Wohlergehen Aller zugrunde liegen. Eine Möglichkeit, dies zu dechiffrieren und sich kritisch mit Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen, sind gerade deshalb kritische Staatstheorien. Andererseits ist in der praktischen Umsetzung sogar der „Human-Security"-Ansatz sehr selten, dominiert meist der konservative Sicherheitsbegriff.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

als Teilfragen der Nationalen Sicherheit der USA interpretiert wurden[4] – z.B. in Mexiko 2002 mit dem Zusatzvertrag zum NAFTA, ASPAN, über Sicherheitskooperation. Sprach der damalige US-Verteidigungsminister William Perry 1995 nach Inkrafttreten des NAFTA-Vertrages davon, nun neben der politischen und ökonomischen die „dritte Verbindung", die der Sicherheit, festigen zu wollen, so galt der Grundsatz, Mexiko sei Teil des Sicherheitsraums der USA (vgl. kritisch Fazio 1996). Obwohl auch der US-amerikanische Staat selbstverständlich kein widerspruchsfreier „monolithischer Block" ist (Poulantzas 1976: 33ff.), scheinen sich unterschiedliche Auffassungen über die Sicherheitspolitik in Lateinamerika nur marginal niederzuschlagen. So institutionalisierte der Geheimdienst CIA mit der Political Instability Task Force die Erforschung neuer Ordnungsbedrohungen weltweit und damit vor allem die Annahme, es gebe „failed states" in der Nachbarschaft, schon unter dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton (Gurr et al. 1998; Political Instability Task Force 2003). Parallel gaben die sogenannten „Santa Fe"-Dokumente als Strategiepapiere seit den 80er Jahren Globalvisionen der US-amerikanischen Sicherheits- und counterinsurgency-Politik vor (vgl. hierzu Roncallo 2013).[5] Hier findet die konzeptionelle Verschränkung von Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik und Staatlichkeit, die eingangs der Arbeit als verkürzt kritisiert wurde, ihren konkreten Ausdruck.

Die Sicherheitsdefinitionen im Inneren der USA verschärften sich bekanntermaßen besonders nach dem 11. September 2001 und sind im Patriot Act 2001, der National Security Strategy of the US 2002 oder der National Strategy for Homeland Security 2007 niedergelegt. Auf kontinentaler Ebene war die Carta Democrática Interamericana der Organisation Amerikanischer Staaten OAS von 2001, Ergebnis des dritten Regionalgipfels Cumbre de las Américas, laut Rodriguez Rejas (2010a: 219) das grundlegende Dokument der hemisphärischen Konzeption für einen konservativen Governance-Begriff. Die in der Carta vorgesehen Sanktionen implizieren bereits eine internationale Rechtsebene. Die Elemente Sicherheit und Wirtschaft sind auch hier verknüpft. Die Erklärung der vierten außerordentlichen Cumbre Regional in Monterrey postulierte 2004, Privateigentum sei als Grundelement für wirtschaftliches Wachstum unbedingt zu schützen (zit. in ebd.: 222; vgl. Roncallo 2013).

Politische Veränderungen in Lateinamerika sorgten allerdings dafür, dass das Projekt der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA (mit den drei Achsen

4 Das Verständnis von Entwicklung als Sicherheitsthema findet sich nicht nur bei den USA, sondern eindeutig auch in den Strategiepapieren der Europäischen Union und der Bundesregierung (BMZ 2013; vgl. Wagner 2008: 20).

5 Schon die Existenz von Spezialtribunalen für Drogendelikte in Kolumbien und „Richter ohne Gesicht" in den 90er Jahren, deren Identität geheim blieb, lassen sich auf Empfehlungen und Weisungen der USA im Strategiepapier Santa Fe II zurückführen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

freier Handel, repräsentative Demokratie, regionale Sicherheit) spätestens 2005 scheiterte, da vor allem Soziale Bewegungen massiv gegen das Projekt mobilisierten und mehrere lateinamerikanische Regierungen (Venezuela, Argentinien, Brasilien etc.) ihre Bemühungen stärker auf regionale Bündnisse wie den MERCOSUR und schließlich die UNASUR ausrichteten. Vorher hatte es kaum nennenswerten Widerstand gegen die US-amerikanischen Strategievorhaben gegeben. Die Strategietreffen der Iniciativas Caminos hacia la Prosperidad en las Americas, die 2008 an den ALCA-Prozess anschlossen, fanden dagegen bereits mit einer viel kleineren Gruppe Regierungsvertreter statt. Doch die Integration wurde stattdessen im Bereich der Sicherheitspolitik und in der Angleichung des „Kampfs gegen die Organisierte Kriminalität" vorangetrieben.

Basisorganisationen, die die Freihandelszone verhindern wollten, nahmen das Thema „Unsicherheit" bzw. die Aktivitäten des US-Militärs auf dem Kontinent erst in den Jahren danach systematisch als Kritikpunkt auf (vgl. IV 23). Für die gemeinsame Sicherheitspolitik von USA und lateinamerikanischen Regierungen gilt die 2003 unter dem Eindruck der Anschläge des 11. September 2001 verfasste Declaración sobre Seguridad de las Américas als das zentrale Papier (OAS 2003): praktisch ein eigenes Sicherheitsprojekt der OAS, deren Sicherheitskommission erst seit 1998 bestand (vgl. IV23). Vorlagen für die Declaración gab es genug, z.B. die genannte Carta Democrática Interamericana oder den zentralamerikanischen Sicherheitsvertrag; ähnliche Elemente finden sich in den späteren Verträgen zu Plan Colombia und Merida-Initiative wieder (vgl. IV23, IV9). Parallel zu den Regierungsgipfeln Cumbres de las Américas und den Strategiepapieren Santa Fe hatten Konferenzen von Militärvertretern stattgefunden; die Vereinbarung über die Verteidigung der Demokratie von 1991 (Compromiso de Santiago de Chile de Defensa de la Democracia) betonte schon damals die Bedrohungen „Drogenhandel", „Organisierte Kriminalität" und „Terrorismus".[6] Die Papiere bauen aufeinander und auf einer homogenen Konzeption der Problematiken auf, und das Verständnis von innerer und externer Sicherheit fällt in eins (vgl. C.a.S.E. Collective 2006). Die Begriffe „Sicherheit", „Organisierte Kriminalität" und „Terrorismus" wurden diskursiv fest verkoppelt (vgl. Beare 2005); ebenso sollte die Entwicklungspolitik eine signifikante Rolle bei der Terrorprävention und der Beseitigung von „Sicherheitsrisiken" einnehmen (z.B. OECD zit. in Wagner 2008: 25). Solche Definitionsveränderungen hin zu einer „multidimensionalen" Sicherheitsproblematik (so die Erklärung der OAS-Sicherheitskommission von Bridgetown 2002) sind für den Kontinent Lateinamerika wesentlich und fügen sich in eine allgemeine Zero-Tolerance-Politik ein. In dieser Hinsicht werden zwar *counterinsurgency*-Elemente der Doktrin der Natio-

6 Die vorliegende Arbeit teilt Tillys Kritik (2004) am Konzept des „Terroristen" (das unbrauchbar sei, da unterschiedlichste Akteure temporär Terrorstrategien anwenden) und nutzt ihn daher nur in Anführungszeichen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nalen Sicherheit der 1970er Jahre weitergetragen und über die School of Americas weiterhin in konkreten Trainings vertreten (vgl. JUSTF 2011a);[7] die Strategien wurden jedoch weiterentwickelt, und ihre kriminalpolitische Umsetzung obliegt Polizei und Militär. Nur wenig später integrierten in Mexiko neue Gesetze wie das Ley Federal Contra el Crimen Organizado (1996), das Sistema Nacional de Seguridad Pública, die Reform des Strafgesetzes und später das Ley de Seguridad Nacional die entsprechenden Konzeptionen von Sicherheit, ähnlich war es in Kolumbien.[8]

Die Vereinbarungen der Exekutiven auf der internationalen Ebene hatten entscheidenden Einfluss auf die innergesellschaftlichen politischen Strategien, die Konzeptionen von (Un-)Sicherheit und die Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte. Konkrete Konsequenz der US-amerikanischen Sicht auf Sicherheit waren z.B. die Smart Border Agreements zwischen USA und Mexiko (2005 wurden mit der Operation Centinela 2005 u.a. der National Guard, aber auch 18.000 mexikanische Soldaten an die Grenze entsandt) (vgl. Benítez Manaut/Rodríguez Ulloa 2006): Das US-amerikanische Strategiepapier Santa Fe IV hatte im Jahr 2000 die Migration aus Mexiko/Zentralamerika in die USA zur zentralen Sicherheitsbedrohung erklärt (ebd.; vgl. hierzu Rodríguez Rejas 2010a: 273). Das Papier schrieb eine bestehende Politikstrategie fest, denn massenhafte Deportationen junger zentralamerikanischer Migranten hatte es bereits Mitte der 90er Jahre gegeben. In diesem Rahmen und innerhalb von Drogenbekämpfungsprogrammen exportieren die USA ihre Kriminalpolitik bis hin zu ähnlichen Strafurteilen und Strafmaß nach Lateinamerika.[9]

7 Die Doktrin der Nationalen Sicherheit gilt heute gemeinhin als Grundlage für den US-Einfluss in Lateinamerika in den 70er Jahren. In den USA jedoch setzten sich bereits 1947 mit dem National Security Act Elemente dessen durch, was Poulantzas den Autoritären Etatismus nannte (z.B. Kompetenzverschiebungen hin zur Exekutive). Zelik (2009: 259) spricht von einer „militärisch-autoritären Durchdringung von Politik und Gesellschaft".

8 Die Andean Strategy, bereits 1989 als Strategie des US-Präsidenten festgelegt, zielte vor allem darauf, den Import von Kokain aus den Andenländern mittels Angebotsbekämpfung in den Andenländern selbst einzudämmen und markiert für Rodríguez Rejas (2010a: 272) ein größerers Gewicht von Außenministerium, dem militärischen Southern Command und der US-Geheimdienste. Die konkrete Umsetzung des Strategiepapiers bekam mit der Iniciativa Regional Andina ab 2001 Fahrt, just zu dem Zeitpunkt, als Kolumbien sein Einverständnis zum Plan Colombia erklärte und die Friedensverhandlungen mit der FARC scheiterten.

9 Müller (2013) spricht deshalb unter Bezug auf Loïc Wacquant in den USA, Mexiko und Zentralamerika von einem „strafenden Staat", der extralegale Praktiken einsetzt. Die tatsächlichen Strafen scheinen allerdings verhandelbar, sobald die richtigen Klientelbeziehungen vorhanden sind.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V.1 NEUE GEWALTFORMEN, NEUE FORMEN STAATLICHER GEWALT

V.1.1 Sicherheitsapparate: Rückbau vs. Ausbau

Eine neo-poulantzianische Perspektive auf staatliche Gewalt beleuchtet notwendigerweise die Beziehungen zwischen dem Militär – auch dieses kein einheitlicher Akteur – und anderen gesellschaftlichen Fraktionen. Es drängt sich die Frage auf, ob es im post-kolonialen Kontext

> „tatsächlich zu einem ‚Rückbau' des Staates gekommen ist oder ob nicht vielmehr zentrale Elemente des autoritären Etatismus – Ausbau und relative Verselbstständigung der Exekutive, Ausbau der repressiven Staatsapparate" (Kannankulam 2008: 13)

auch dort noch an Bedeutung gewinnen. Tatsächlich haben sich, anschließend an Poulantzas, die Rolle einzelner Organe der Exekutive wie etwa der Stellenwert der Streitkräfte im staatlichen Gefüge und ihre Funktionen, häufig zudem ihre „außerbudgetäre, manchmal auch illegale Reproduktion" (Lock 2008: o.S.) stark verändert – und nicht überall gleich.

Die Übernahme von Polizeiaufgaben durch Militärs ist in Lateinamerika kein neues Phänomen, sondern reicht weit in die Vergangenheit:[10] Das Militär zog solche Aufgaben z.B. in Kolumbien in den 1960er Jahren im Rahmen seines wachsenden informellen Einflusses an sich, in Mexiko während des „schmutzigen Krieges" der 70er, im Cono Sur unter den Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre. Im Rahmen der Doktrin der Nationalen Sicherheit konnten die Militärs teils selbst ihre Rolle modifizieren und erweitern, während sie nicht nur bewaffnete Guerillas, sondern gerade zivile Oppositionsgruppen als ‚subversiv' auffassten. Die Militärputsche im Cono Sur leiteten häufig die beschriebene Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik ein; eklatantes Beispiel dieser Politikstrategien ist Chile unter der Militärdiktatur Pinochets. Auch in formal demokratischen Staaten sind repressive Maßnahmen immer wieder als Mittel zur Durchsetzung von bestimmten Akkumulations-

10 Die Polizei als Institution basiert auf einer (immer prekären) Trennung von Militär und Polizei in Europa. Das Militär als Verteidigung nach außen war in Lateinamerika kaum notwendig in der nach-kolonialen Zeit, sondern das Militär war immer auch innengewandt und entweder politischer (wenn auch nicht einheitlicher) Akteur oder Garant für Stabilität. So nahm die Polizei andere Funktionen an (vgl. Müller 2012), war weniger klar definiert (eher im Sinne der mexikanischen *jefaturas* (Mallon 1994)) und bekam große Autonomie; zugleich trauten die herrschenden Fraktionen der Polizei nie dieselben Ordnungsfunktionen zu, die sie in Europa wahrnahm.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

strategien zum Einsatz gekommen.[11] Dabei sind die Streitkräfte zwar im Cono Sur heute eher geschwächt, in anderen Ländern haben ihre Bedeutung, Autonomie gegenüber Zivilregierungen und das Militärbudget deutlich zugenommen. Lock (ebd.: o.S.) gibt richtig zu bedenken, dass eine Kritik sich nicht allein auf den Indikator der Höhe der Militärausgaben zu konzentrieren habe. Der Unterschied ist qualitativer Natur: Das Militär wird zum Kernapparat der Absicherung, dem die Aufgabe zufällt, Unzufriedenheiten zu entkräften, die gegenüber einer marktbasierten Politik entstehen (vgl. Ceceña 2004). Gleichzeitig fungieren die Sicherheitsapparate häufig als Kanäle sozialer Mobilität für subalterne Bevölkerungsgruppen.

Deshalb ist es notwendig, die Bedeutung und Funktionalität von Gewalt im Rahmen des permanenten Ausnahmezustandes zu ergründen, den Mejia Quintana (2008: 169) in Kolumbien beobachtet. Einen nicht erklärten Ausnahmezustand stellt Roux (2011) in Mexiko fest – beides offensichtlich auf Dauer gestellte Mechanismen. In Mexiko „fungiert das Militär definitiv im Wesentlichen als Polizei im Inneren“ (Lock 2008: o.S.). Weiter fasst Zelik (2006:92; ausführlich Zelik 2009: 258) die Rolle des Militärs und die Übernahme von Paradigmen aus den USA:

„Die Soldaten werden geschult, sich nicht mehr in erster Linie mit der feindlichen Armee, sondern mit der Bevölkerung zu beschäftigen, die den Feind (die Guerilla) umgibt und bisweilen mit diesem identisch sein kann. […] Sie werden angewiesen, als Polizisten, Geheimdienstagenten, Politiker, Psychologen und Verwaltungsinstanz aufzutreten. Sie sollen Hausdurchsuchungen, Festnahmen und verdeckte Ermittlungen durchführen, die Bevölkerung aber gleichzeitig durch Taten und Propaganda von der Güte des Staates überzeugen, sie mit Falschinformationen und Gewaltakten psychologisch beeindrucken und einschüchtern, statistisch erfassen und medizinisch behandeln.“

Laut Rodríguez Rejas (2010a: 232) haben die neuen Sicherheitskonzeptionen mit der Doktrin der Nationalen Sicherheit der 70er Jahre die Kriminalisierung von Protest und „eine von einem permanenten […] präventiven Krieg her gedachte Verteidigung“ gemein. Auch wenn heute das vornehmliche Ziel nicht nur ‚subversive‘, sondern – einem wesentlich breiteren Begriff folgend – ‚innere Feinde‘ sind, betraf bereits die Politik der Nationalen Sicherheit nicht nur Oppositionsbewegungen, sondern alle, die sie als „gefährliche Elemente“ einstufte. Häufig entschieden Militär und Geheimdienste selbst darüber, wer als solches galt und welche Methoden anzuwenden seien (vgl. u.a. Ocampo Saravia 2013). Zelik (2009: 80) stellt grundlegend fest, dass die „Entregelung der Gewalt“ keineswegs naturgemäß Guerillagruppen oder „Terroristen“ zuzuschreiben sei: Der „politisch kalkulierte Einsatz“ exzessiver Gewalt sei nicht mit Irregularität oder Regularität von Akteuren begründbar.

11 Tatsächlich sind es historische Ausnahmen, in denen die staatlichen Gewaltapparate wirksam ziviler oder sogar demokratischer Kontrolle unterworfen waren.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Immer wieder wurde bekannt, dass in US-Trainings der rationale Einsatz von Foltermethoden als Teil der Aufstandsbekämpfung propagiert wurde. Die Regierung Clinton distanzierte sich 1996 von solchen Methoden (ebd.: 281), doch Anfang der 2000er Jahre wurde im Zusammenhang mit der (präventiven) Bekämpfung von „Terroristen" nach dem 11. September 2001 deutlich, dass US-Staatspersonal diese weiter anwandten (vgl. Huggins 2010). Zelik (2009: 73–81) konnte zudem zeigen, dass die Ausweitung der Konzeption von Militär, der Einsatz irregulärer Gewalt und die „Flexibilisierung" der Methoden in der internationalen militärisch-strategischen Zusammenarbeit wie dem Fourth Generation Seminar recht offen als Richtlinien und Handlungsanweisungen vertreten werden (Beweglichkeit, Netzwerkstrukturen, parallele Spezialeinheiten). „Bevölkerungsfreundliches Auftreten" (ebd.: 75) werde mit einer „verdeckten Politik der Härte" verknüpft, wobei die Handreichungen des Seminars sich offenbar positiv auf Terrorpraktiken und Methoden der „Organisierten Kriminalität" beziehen.[12]

V.1.2 Staatliche Gewalt und Informalität

Imbusch et al. (2011: 88f.) unterscheiden mehrere Gewaltbegriffe und differenzieren zwischen physischer, struktureller (Galtung 1998) und kultureller Gewalt – eine notwendige Unterscheidung für eine Arbeit, die sich mit der Veränderung der Gewaltfunktionen des Staates beschäftigt. Sie definieren ebenso politische oder institutionelle bzw. systematische Gewaltausübung:

„Political and institutional violence involves violent acts motivated by the desire, conscious or unconscious, to obtain or maintain political power (for example civil war guerilla or paramilitary conflict, politically motivated assassinations, armed conflict between political parties, terrorism and state terrorism, violence perpetrated by state political institutions such as the army, the police, or other security forces." (Imbusch et al. 2011: 89).

Gewalt wird hier relational gedacht, in „myriad manifestations" (ebd.: 88), als Form und Manifestierung von Macht. Eine empirisch begründete Operationalisierung von

12 Der Text des Fourth Generation Seminars (2007, zit. in Zelik 2009: 77) regt offenbar an, die beschriebenen Praktiken nachzuahmen: „Entscheidend für den Erfolg der Mafia ist der Einsatz von Gewalt sowie Geld und Waffen. Wenn ein Individuum ‚ausradiert' werden muss, dann geschieht dies normalerweise ohne großes Aufsehen. […] Wenn es nicht darum geht, einer größeren Gruppe eine Botschaft zukommen zu lassen, tauchen die von der Mafia ermordeten Personen meist nie mehr auf. Dafür ist gewöhnlich Geduld notwendig. […] Wenn einer größeren Gruppe eine Nachricht übermittelt werden soll, kann die öffentliche Zurschaustellung von Gewalt eingesetzt werden."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Formen direkter Gewalt gründet sich auf die Motivation für Gewaltakte, die Macht und Kontrolle sichern sollen: politisch-institutionell, wirtschaftlich, sozial (ebd.; vgl. Pansters 2012b: 15). Während Imbusch et al. (2011: 95) konstatieren, die institutionalisierte Form politischer Gewalt sei inzwischen teilweise von individuellen Akteuren und organisierten kriminellen Gruppen und damit von Formen gesellschaftlicher und krimineller Gewalt ersetzt worden, zeigt die obige Auflistung unterschiedlicher Formen, dass Pearce (2010) Recht behält, die Gegenüberstellung der Kategorien „politische" und „gesellschaftliche" Gewalt greife in Lateinamerika kaum. Die Grenzen sind fließend: Auch „soziale" Gewalt krimineller Netzwerke dient der (Re-)Produktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen (vgl. Pansters 2012b: 17). Wenn *gated communities* mit privatem Sicherheitspersonal zunehmend lateinamerikanische Städte prägen und räumliche Segregation verschärfen, hat Gewalt im Zusammenhang mit der neuen Regulationsweise auch raumstrukturelle Auswirkungen; strukturelle Ungleichheit und direkte Gewalt verschränken sich.

Problematisch ist, dass sich innerhalb von Staaten entstandene „Gewaltordnungen" nur schwer aufheben lassen, und in manifesten Konflikten ist die mit Gewalt verbundene Gewinnerwirtschaftung selbstverständlich besonders relevant. Die Verstetigung solcher Gewaltverhältnisse hat zu einer Diskussion um Bürgerkriegsökonomien geführt, die Konfliktakteuren langfristig das Überleben sicherten (beispielhaft Collier/Hoeffler 2004; mit stärkerem Bezug zu „Staatszerfall" Münkler 2002). In diesem Sinne verschwimmen insgesamt häufig die Grenzen zwischen exzessiver Gewalt und Krieg. Die Analyse von Bürgerkriegsökonomien, so die Kritik an diesem Ansatz, beschränkt sich allerdings auf die Tauschsphäre, während sie die Produktionsbeziehungen und etablierte Eigentumsrechte häufig ausblendet. Letztere sind für größere Investitions- und Produktionsvorhaben Voraussetzung (Becker et al. 2005: 33). Politische Inhalte (nicht nur ökonomische Interessen) sind mit dem Terminus Krieg verbunden und bleiben entscheidend: Interne bewaffnete, dauerhafte Konflikte entstehen nicht monokausal aus ökonomischen Beweggründen (was die Begründer der Thesen zur Konfliktökonomie längst anerkennen). Stattdessen muss die „Verbindung des Krieges zu innergesellschaftlichen Konstellationen und ökonomischen Interessen" (ebd.: 33) Teil der Analyse sein. Die Reorganisation gesellschaftlicher Beziehungen anzustreben, war beispielsweise tatsächlich Teil der in Lateinamerika zum Tragen gekommenen *counterinsurgency*-Politik; Ocampo Saravia (2013) zeigt das für das El Salvador der 80er Jahre, Figueroa (1990) für Guatemala. So sind die dortigen Gewaltpraktiken nicht als irrational, zufällig oder Exzess interpretierbar; in El Salvador sprach die eingesetzte Wahrheitskommission 2007 von „systematischen Gewaltmustern" (zit. in Ocampo Saravia 2013: 189), die der Staat zur Einschüchterung einsetzte. In jedem Fall führt die Normalisierung von Gewalterfahrungen dazu, diese zu relativieren (Escalante Gonzalbo 2012; vgl. Ocampo Saravia 2013: 198).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ohne den Zusammenhang mit dem sich verändernden Zentralstaat sind verfestigte Gewaltverhältnisse daher wiederum nicht zu denken. Teile des Staatsapparats können selbst an der Fortführung der Zustände interessiert sein, und gewöhnliche Korruption ist zu einer vom Konflikt abhängigen Wirtschaftskriminalität geworden (vgl. Lock 2003: 115). Insofern kann die Tatsache, dass einige Gruppen während eines Krieges wirtschaftlich einflussreich geworden sind, durchaus zu einer Veränderung der Sozialstruktur und der Kräfteverhältnisse auch nach offizieller Beendigung eines Konflikts beitragen. Dieser wirtschaftliche Wandel kann zum Austausch herrschender Klassenfraktionen und zu neuen Verwerfungen und sozialstrukturellen Verschiebungen in den subalternen Gesellschaftssegmenten führen. Kriegsprofiteure können langfristig aufsteigen, wenn sie sich mit anderen „Machthabern" zusammentun oder selbst Teil der herrschenden Klassen werden (vgl. Schlichte 2002: 20, 24; Camacho 2011) Das Verschwimmen der Grenzen zwischen formeller und informeller, legaler und illegaler Wirtschaft ermöglicht beispielsweise den sozialen Aufstieg neuer Segmente aus mafiosen Strukturen, in denen Gewalt als Mittel zur Verfügung über Ressourcen dient.

Die „Brüchigkeit" des Gewaltmonopols, die aus der Kolonialzeit übernommen wurde, verschärfte sich angesichts der Abgabe staatlicher Hoheitsfunktionen seit den 1980er Jahren noch (Hauck 2004a: 414). Die Liberalisierungs- und Deregulierungsprogramme seitdem haben erheblich zur Etablierung privater Gewalt beigetragen; sie ist „zweifellos Resultat der Dynamik des Kapitals" (Ruf 2003: 14). Ohne die Strukturanpassungsprogramme internationaler Finanzinstitutionen wäre die umfassende Informalisierung der (Gewalt-)Wirtschaft nicht so schnell vorangeschritten.

Informelle Handlungslogiken gewinnen mit der Transformation hin zu postfordistischen Gesellschaftsmodellen an Bedeutung. Poulantzas (2002: 270) verweist auf parallele, sichtbare und unsichtbare Netzwerke und parallele Sicherheitskräfte im Rahmen des „Autoritären Etatismus", zu denen sich die Machtzentren tendenziell verschieben. Für deren Kontrolle spielt die Exekutive die zentrale Rolle. Altvater/Mahnkopf (2002: 264) nutzen dafür den Begriff „Parallelpolitik"; Estrada/Moreno (2008: 30) beobachten eine „*parainstitucionalidad*", eine (wieder) verstärkte Regulierung an formalen Apparaten vorbei, die soziale Proteste nicht direkt konfrontieren. Für Schlichte (2005a: 285, 293) gewinnen bei diesem „Rückgriff auf Praktiken des Informellen" grenzüberschreitende Netzwerke und lokale Intermediäre an Bedeutung.

Die Informalität ist innerhalb gewisser Grenzen funktional[13] und nicht Ausdruck eines geschwächten Staates. Zum einen ist die von irregulären Kräften ausgeübte Gewalt nicht notwendigerweise gegenstaatlich, sondern kann zum vorherrschenden

13 Zu kolumbianischen Paramilitärs vgl. Zelik (2009); ebenso Krauthausen (2013); vgl. Altvater/Mahnkopf (2002: 294).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Regulativ von Produktion und Aneignung“ werden (Lock 2003: 96). Physische Gewalt wird angedroht und eingesetzt, und damit werden ungleiche Tauschverhältnisse und Aneignungen durchgesetzt. Die fehlende, fehlerhafte oder durchlässige Funktion der rechtsstaatlichen Regelung wirtschaftlicher Vorgänge führt zur Suche nach anderen Sicherheiten, bis hin zu (substaatlich) territorial etablierten Gewaltmonopolen (vgl. ebd.: 101, 118).

Zum anderen wird das Konzept des Scheiterns staatlicher Institutionen kaum der Systematik gerecht, mit der Staaten vielfältige Gewaltformen befähigen und ermöglichen (Pearce 2010: 295) und den entsprechenden Akteuren Aktionsraum gewähren. Auch der Systematik, mit der staatliche Gewalt und privatisierter Ausdruck von Gewalt verknüpft werden, wird es nicht gerecht. Parasouveräne und intermediäre Herrscher kooperieren durchaus mit dem Zentralstaat; ihr Verhältnis ist nicht unbedingt eines der Konkurrenz. Arias/Goldstein (2010: 20–21) bringen die verschwommene Linie zwischen staatlichen und privaten (Un-)Sicherheitsapparaten in Lateinamerika auf den Punkt:

„a myriad of other actors employ violence: these range from state actors such as the police and the military (who may or may not act in violation of the law, or who follow the orders of superior officers and elected leaders) to nonstate or civil-society actors including private security firms, lynch mobs, and death squads (whose members may double as police, soldiers, or firefighters at other times of day or during other periods of ther careers) to groups institutionally further removed (though not always completely detached) from the state.“

Staatliche Regulation koexistiere mit organisierten, nichtstaatlichen Akteuren, „and they stand side by side with multiple forms of substate order that exist separately from, but in constant interaction with, the state-sanctioned rule of law“ (ebd.: 20). Es existiert sozusagen eine „Verdopplung der Kontrollorgane“ mit gegenseitiger Durchdringung (Hauck 2004a: 414). Wenn damit also das zentralisierte Gewaltmonopol nicht einheitliches Ziel aller Staatlichkeit ist, ist auch seine Dezentralisierung plausibel (vgl. Franco Restrepo 2009: 381ff.). Krauthausen (2013: 51) bezeichnet eine solche Auslagerung der Gewaltausübung an parastaatliche Gruppierungen als „institutionelle Kriminalität“.[14] Auch das Outsourcing von Sicherheitsaufgaben ist

14 Dass es nicht nur in „Entwicklungsländern“, sondern außerdem in Europa irreguläre Gruppen gegeben hat, zeigen Institutionen, die von der NATO institutionalisiert worden sein sollen (z.B. die Gruppe Gladio, die im Nachkriegs-Italien offenbar aus faschistischen Gruppen rekrutierte) und außerhalb der Geheimdienste, der parlamentarischen Kontrolle enthoben, agierten. Die 'Strategie der Spannung' sollte dafür sorgen, dass sich die Bevölkerung dem Staat 'zuwende' (Zelik 2009: 287). Das französische Militär nutzte bereits Foltermethoden in Algerien und lagerte in ‚Indochina‘ Aufgaben an Parallelorganisationen aus (vgl. ebd.: 285). In der BRD wird seit 2011 die Zusammenarbeit von Geheim-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

längst selbstverständlich: Das staatliche Gewaltmonopol wird von einer breiten Palette privater Sicherheitsdienste in einem globalen Markt (legal wie extralegal) inzwischen überall in Lateinamerika mindestens ergänzt. Ausführende Akteure der Privatisierung von Sicherheit sind allerdings Unternehmen für militärische Dienstleistungen, die wenigstens informell Verbindungen zu Sicherheitsapparaten der (westlichen) Staaten pflegen (Schlichte 2005a: 215ff.) und nicht nur von Gewaltstrukturen profitieren, sondern zu deren Verstetigung beitragen. Der „einmal entstandene Markt für diese Form der Gewaltorganisation" ist schwer zu kontrollieren und entwickelt eigene Beharrungsmomente (ebd.: 279).

Franco Restrepo (2009: 396) sieht in den Tendenzen zur privaten Kontrolle und Informalisierung von Gewaltausübung einen Transformationsprozess der staatlichen Gewaltregulation. Die „multiplen Gewalten" (Pearce 2010: 289) – die als politische, gesellschaftliche, kriminelle oder urbane/ländliche Gewalt erscheinen – sind nicht nur von nicht-staatlichen Akteuren vorangetrieben, sondern bedeuten vielmehr „the emergence of particular forms of the state, dedicated to the preservation of elite rule, at times combating and at times conceding space to aggressive new elites emerging from illegal accumulation." (ebd.).

Zu skizzieren, wie diese neue Staatlichkeit in Mexiko und Kolumbien Ausdruck findet, ist Aufgabe der folgenden Kapitel (V.2, V.3). Geht man mit Poulantzas (2002: 114) davon aus, dass Legalität und Illegalität gleichermaßen Teil der strukturellen Funktionsweise des Staates sind, dann bedeutet etwa paramilitärische Gewalt eine „Re-organisation der Gewaltausübung" (Franco Restrepo 2009: 392), die die staatliche Gewalt nicht infrage stellt. Der Staat autorisiert diese veränderte Verortung seiner Zwangsfunktion auf offene oder verschleierte Weise (vgl. ebd.: 392); sie ist Ausdruck der „strukturellen Selektivität". Parastaatliche Formen etablieren sich als Allianzen zwischen legalen und illegalen ökonomischen Sektoren und „haben sich konstant zwischen der De- und Reinstitutionalisierung bewegt" (Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 30). Diese organische Beziehung ist nicht eine, in der nichtstaatliche Akteure den Staat infiltrieren, aber auch keine der Unterordnung unter die militärische Hierarchie, sondern eine der Komplementarität (vgl. Maldonado Aranda 2010a: 336; Franco Restrepo 2009: 386; López Hernández 2010b).

Zum fließenden Übergang zwischen Staat und nichtstaatlichen Akteuren im Bereich der Gewaltausübung konstatiert Franco Restrepo (2009: 387) im Fall Kolumbiens einen ganz und gar nicht linearen Prozess, der auch für weitere Fälle Anhaltspunkte bietet:

---

diensten mit Parallelorganisationen im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie zwischen 2000 und 2006 diskutiert. Auch ein nach dem rechtsradikal motivierten Oktoberfestanschlag 1981 gefundenes Waffendepot in der Lüneburger Heide wurde mit Gladio-Strukturen in Verbindung gebracht (vgl. Burschel/Güttinger 2012: 6, Die Zeit 2011a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„wenn auch nicht die Gesamtheit der Institutionen oder Verwaltungsfunktionäre des Staates involviert sind, weil seine Zusammensetzung nicht homogen ist und sie Widerspruchskerne beherbergen oder repräsentieren, so finden sie sich doch im Inneren verschiedener Apparate (subnationale Regierungen, Staatsanwaltschaft, Parteifraktionen der legislativen Kammern) zusammengefasst unter demjenigen, der die vorherrschende Stellung im Staatsapparat hat und gegenüber den subalternen Sektoren eine wichtige Rolle in der Vorstellungswelt spielt."

Es ist also sinnvoll, mit Poulantzas (2002) die Rolle und das Verhältnis zwischen einzelnen (Sicherheits-)Apparaten und deren Position im institutionellen Ensemble zu untersuchen. Dies zeigt sowohl die kooperative Verbindung zwischen repressiven Apparaten und irregulären Kräften als auch die Tatsache, dass bestimmte Politiken vorangetrieben, andere Problematiken aber ausgespart werden und zum Beispiel versäumt wird, die Gewaltausübung von Paramilitärs zu verfolgen bzw. bestimmte Politikstrategien deren Aktivitäten erleichtern (vgl. Franco Restrepo 2009: 387). Für das selektive Angebot an Schutz an Teile der Bevölkerung erhalten sie im Gegenzug u.a. teilweise Immunität. Gewaltunternehmer übernehmen auch Aufgaben, die, würden sie von staatlichen Stellen selbst ausgeführt, deren Legitimität infrage stellen (ebd.: 381f.). Inwieweit die Zustimmung der Beherrschten gewahrt werden muss, begründet demnach die Grenzen der Ausübung von staatlicher Gewalt.[15]

Möglich wird diese Organisationsform dann, wenn eine Identifikation der irregulären Kräfte mit den Interessen des Blocks an der Macht existiert, also den herrschenden Sektoren, die innerhalb des widersprüchlichen staatlichen Gefüges agieren (ebd.: 394).[16] Aus Perspektive dieser Sektoren ist es kein grundlegendes Problem, wenn sich die Gruppen außerhalb der Legalität bewegen, denn deren Kriminalität ist nicht Ausdruck einer Herausforderung der politischen Macht oder Ausdruck eines Wettbewerbs um die Gewaltmittel eines in Auflösung begriffenen Staates (vgl. ebd.: 394) – sondern wirkt als Verteidigung einer Ordnung, die den Interessen der herrschenden Sektoren entspricht. So könne Gewaltunternehmertum zu einer Art „paradoxen Garantie der Souveränität" werden (Franco Restrepo 2009: 393)

15 Die exzessive Gewaltausübung wird dezentral organisiert, gerade um Legitimität und Unterstützung von Teilen der Bevölkerung zu wahren: Das „Outsourcen" ist ein Mittel, um die Gewaltausübung selbst und deren politische Ausrichtung zu verschleiern, und um die „Fiktion aufrechtzuerhalten, dass die institutionelle Materialität nur von der verfassungsmäßigen Gewalt des Rechtsstaates abhänge." (vgl. Franco Restrepo 2009: 381).

16 Ob Zivilisten in einen Konflikt einbezogen werden, richtet sich zudem danach, welche Staatsapparat(e) konjunkturell eine Vormachtstellung einnehmen und wie Staatsmacht sich zusammensetzt, welche Machtnetzwerke sich um die Erhaltung politischer Macht bemühen, inwieweit Ambivalenzen und Opposition in spezifischen Konjunkturen akzeptiert werden, aber auch nach der Finanzierung staatlicher Politik (ebd.: 385f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und zur Aufrechterhaltung der existierenden gesellschaftlichen Ordnung beitragen. Paramilitärische Kräfte verübten durchaus Verbrechen gegen Staatspersonal, in Kolumbien vor allem gegen Mitarbeiter des Justizwesens. Gründe dafür sind uneinheitlich, sei es, um die eigene Wirksamkeit zu unterstreichen oder wegen Unstimmigkeiten mit Sektoren des Staatspersonals bestimmter Apparate – der Staat ist eben kein homogenes Gebilde. Dennoch bedroht dies nicht die „institutionalisierte Macht des Staates" (ebd.: 395), denn die Interessen derjenigen, die Kontrolle über politische Macht ausüben, werden nicht infrage gestellt. Die Deregulierung oder Autorisierung nichtstaatlicher Gewaltausübung ist eine Form der Dezentralisierung innerhalb einer einheitlichen Ordnung.

Obwohl sich Franco Restrepos Argumentation hauptsächlich auf Kolumbien bezieht, sind grundsätzliche Charakteristika in unterschiedlichen Kontexten zu finden. Pearce (vgl. 2010: 289) formuliert, staatliche Legitimität gründe sich möglicherweise in weiteren lateinamerikanischen Ländern teilweise auf das Nicht-Bestehen des Gewaltmonopols, denn diese Lücke biete dem Staat die Quellen gesellschaftlicher ‚Unordnung', die mit neuen Formen von ‚Ordnung' gewaltvoll und mithilfe von staatlichen und parastaatlichen bewaffneten Akteuren zu bekämpfen sind. D.h., dass – im Grunde unabhängig davon, wie eng die Verbindung zwischen regulären und irregulären bewaffneten Kräften tatsächlich ist und welche Antagonismen dabei bestehen – die Wahrnehmung des fehlenden Gewaltmonopols der Aufrechterhaltung der Ordnung diene. Franco Restrepo (2009: 381) argumentiert ähnlich: Die Dezentralisierung der Gewaltfunktion beweise ihre Wirksamkeit, wenn die staatlichen Apparate breite Unterstützung erführen, obwohl Kritiker/-innen die Verantwortung staatlicher Kräfte für Menschenrechtsverbrechen immer wieder öffentlich anprangern. So erreichen es staatliche Apparate, zugleich innerhalb und außerhalb des Gesetzes zu agieren (vgl. Poulantzas 2002; Zelik 2009; Franco Restrepo 2009).

Gerade dafür ist Auyeros (2007: 26) Begriff der „Grauzone staatlicher Macht" hilfreich, die er als Bereich begreift, in dem „the deeds and networks of violent entrepreneurs, political actors, and law enforcement officials secretly meet and mesh", wo also die Grenzen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren verschwimmen. Was in diesem Bereich passiert, ist relevant für die Analyse, denn es wirkt zurück auf alltägliche Lebensweisen und Herrschaftsmodi. Diese analytische Brille des Konzepts „Grauzone" erlaubt, die außergewöhnliche Gewalt als Teil der „normalen Politik" (ebd.: 32) und Element von Staatlichkeit zu analysieren. Dabei erlangt eine räumliche Perspektive Bedeutung, weil sich diese Grauzone räumlich (lokal, regional) uneinheitlich darstellt. Zudem wird Gewaltauslagerung beispielsweise zur Inwertsetzung von Land genutzt, und die angewandten Strategien können in der Produktion von „Geographies of Terror" münden (Oslender 2008). Für den Begriff der Dezentralisierung von Gewalt ist dieses analytische Instrument nützlich, denn innerhalb des staatlichen Herrschaftszusammenhangs werden gesellschaft-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

licher Raum und Praktiken destabilisiert, und zwar manifest, nicht nur imaginär: „Terror" zu erzeugen wird zum Spektakel und als Kommunikationsstrategie systematisch genutzt (ebd.: 81). Straßensperren, Checkpoints, Übernahmen der Befehlskette entsandter Militärs schränken die Mobilität der Bevölkerung und ihre räumlich definierten Praktiken ein. So wird die Vorstellung von zuvor für die Identität maßgeblichen Lebensbereichen radikal transformiert. Treibende oder einflussreiche Akteure dieser Geographien, möchte man mit Pansters (2012b) wiederholen, sind nicht-staatliche wie staatliche Kräfte.

V.1.3 Un-/Sicherheitsdiskurse

Ökonomische Zwänge, aber auch veränderte Gewaltformen finden Eingang in Diskurse und Paradigmen. Obwohl die diskursive Absicherung von Herrschaftsverhältnissen in dieser Arbeit keine zentrale Rolle spielen wird, verdeutlichen Diskurse doch als nicht vernachlässigbares Element die Veränderungen in der Gewaltfunktion des Staates: Diese bestehe, so Poulantzas (2002: 112) neben der Ausübung direkter Gewalt und der Verinnerlichung von Zwang zudem in „Mechanismen der Angst". Diskurse des Staates seien dabei uneinheitlich und auch nicht einfache Mystifizierung: Der Staat „produziert für die verschiedenen Klassen immer unterschiedliche Diskurse" (ebd.: 61). Die „spezifische organisatorische Rolle" des Staates in Bezug auf die herrschenden Klassen beinhalte aber „das Aussprechen der Taktik [der Reproduktion ihrer Macht, A.J.] bis zu einem bestimmten Grad" (ebd.: 62), wenn diese auch nicht immer als solche bekannt sei. Staatliche Diskurse sind aber auch nicht einfach als eine Art Verschleierung staatlicher Absichten zu verstehen. Der Staat stellt also „Wissen und Wissenstechniken" her (ebd.: 62). Zelik (2009: 155) präzisiert diese Vorstellung:

> „Der Staat definiert, wie soziale Konflikte ausgetragen werden dürfen, wie und ob gestreikt werden darf, wo die Grenzen möglicher Reformen verlaufen usw. Er wirkt dabei nicht nur über Vorschrift, Verbot und Strafe, also Gesetz, Justiz und Polizei. Der Staat strukturiert innerhalb seines Territoriums auch Sprache, Schrift, Diskurse und die Subjektivität von Individuen."

Selbstverständlich ist bereits die Fähigkeit, ein Thema aufzuwerfen oder eine Situation als „Krise" zu definieren, mit Machtverhältnissen verbunden, ebenso wie die Frage, welche Themen auf die Agenda staatlicher Apparate kommen, wer als autorisiert wahrgenommen wird; über diese zu sprechen und wie sie gelöst werden, kann je nach Institution unterschiedlich sein. In den letzten Jahren veränderte sich das politische Verständnis von Konzepten wie „Sicherheit" oder „Gefahr" in ganz

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lateinamerika maßgeblich. Ganz allgemein hat die Menschenrechtsagenda gegenüber einem Sicherheitsdiskurs an Bedeutung verloren, „in dem der Zementierung einzelstaatlicher Gewaltverhältnisse wieder oberste Priorität eingeräumt wird" (Hirsch 2005: 196). Auch hier nähern sich „Zentrum" und „Peripherie" offensichtlich an. Während Unternehmen häufig zweifelhafte Tätigkeiten „an Rändern der Legalität" vorgeworfen werden, „da die Gewinnmargen immer mehr von Unterschieden zwischen verschiedenen Regulationsregimen abhängen" (Escalante Gonzalbo 2012: 41), schaffen internationale Abkommen wie TRIPS neue Straftaten (z.B. die Verletzung von intellectual property rights). Bedeutungen werden zugeschrieben, verändert, und die Institutionalisierung spezifischer Diskurse hängt von (institutionellen) Selektivitäten des Staates ab, davon, welche Kräfte überhaupt in der Lage sind, Konzepte zu formulieren und prioritäre Themen durchzusetzen.

Gerade in den urbanen Zentren Lateinamerikas hat sich der Habitus vor allem von Mittel- und herrschenden Klassen mit der enormen (jedenfalls so wahrgenommenen) Zunahme von Kriminalität verändert. Doch für das Begriffspaar Sicherheit/Unsicherheit gilt, dass sie konstitutiv füreinander sind: Die Definition von Sicherheit bestimmt, was Unsicherheit ist (C.a.S.E. Collective 2006). Die Wahrnehmung von Gewalt und Unsicherheit ist sehr unterschiedlich, hängt von verschiedenen Faktoren ab und korrespondiert nicht immer mit den tatsächlichen Gewaltraten; so ist etwa die Furcht vor einer Bedrohung in Chile oder Uruguay, wo die Mordraten verhältnismäßig niedrig sind, wesentlich höher als die im Kontext des andauernden bewaffneten Konflikts in Kolumbien (Imbusch et al. 2011: 102). Die Wahrnehmung von Unsicherheit ist genährt von der ökonomischen Unsicherheit – da letztere aber nicht greifbar ist, kristallisiert sich die Wahrnehmung in der Angst vor individuellen Straftaten, in erkennbaren Gesichtern (Escalante Gonzalbo 2011: 41). Verschleiert bleiben im Diskurs meist ökonomische Interessen von Sicherheitsunternehmen, deren kapitalintensive Informationstechnologie heute eine zentrale Rolle einnimmt (Gesichtserkennung, Profiling):[17] Indem sie eine „Dramaturgie der High-Tech-Sicherheit ausspielen" (Manning zit. in Beare 2005: 22), sich in ihrer Ausgabengestaltung auf die Zahlen der Unternehmen beziehen, Durchsuchungen und neue Maschinen an Verkehrsknotenpunkten wie Flughäfen rechtfertigen, verschleiern öffentliche Darstellungen häufig die Risiken und und befördern eine Illusion, Sicherheit könne über Technologie hergestellt werden.

Politische Strategien der zero tolerance und der Drogenbekämpfung nehmen diese Ängste als zentrale Achse auf: Die Furcht vor Gewalt geht offensichtlich einher mit einer Akzeptanz von parastaatlichen Einheiten, Strategien der „harten Hand" und sogar „sozialer Säuberung" (Imbusch et al. 2011: 102). Hier werden

17 Beispielsweise im „Anti-Drogen-Kampf" hat die private Sicherheitsindustrie enormes Wachstum erfahren und muss selbstverständlich ein Interesse daran haben, dass die Gesellschaften das „Drogen"-Problem weiterhin als Priorität betrachten (vgl. Beare 2003: xv).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durch Angst- oder (Un-)Sicherheitsdiskurse Zustimmung und Passivität geschaffen, durchaus auch direkt von staatlichen Stellen. Franco Restrepo/Restrepo Echeverri (2007: 85) beziehen dies als Technik politischer Ordnungen explizit auf die Disziplinierung subalterner Kräfte. Angst werde verinnerlicht, fungiere als Instrument zur Verhaltensregulation und Begrenzung politischer Aktivität. Dies erlaubt Kampagnen und Wahlkämpfe, die die Ausweitung von Sicherheit fordern und Legitimität erzeugen (UNDP 2013: 6), wo die Behandlung von sozialen Fragen angesichts neoliberaler Politik und Rhetorik nicht mehr opportun ist und sogar grundlegende bürgerlich-politische Rechte als entbehrlich betrachtet werden. Die politischen Kosten dafür, diese Rechte einzuschränken, sinken: Laut Rojas (2009) führt die securitization-Strategie selbst dazu, dass die Bevölkerung im Tausch für Schutz zum Verzicht auf elementare Rechte bereit sei: Die Menschen sind „less inclined to claim his or her rights politically and more prone to ‚voluntary obedience' in return for protection" (ebd.: 229). Die Politik der „harten Hand" soll „jenseits rechtlicher Garantien für Ordnung sorgen" (Stanley 2006: 8). Andererseits verbreiten sich so die Gewaltphänomene, die diese Politik zu bekämpfen sucht, möglicherweise noch – je nach konkreter Kräftekonstellation, eingesetzten Akteuren und Gruppen, Bearbeitungs- und Kontrollstrategien, die mit ihr einhergehen. Unter dem Eindruck des 11. September 2001 bot der Begriff des „Terrorismus" eine dankbare, weil dehnbare Folie für ein Sicherheitsparadigma, das nicht neu, aber nun nicht mehr infrage zu stellen war, wie Beare (2005: 12) sarkastisch bemerkt:

„Hence—everything that anyone ever wanted rid of—is now linked to terrorism. Money laundering is linked to terrorism. Likewise organized crime and drug trafficking are linked to terrorism—most everything is linked to terrorism! A sense of the ‚dangerous other' lurks behind some of the most current rhetoric, policies and legislation."

Wer als ‚Terrorist'/‚Krimineller' bezeichnet wird, stellt eine Gefahr für die Gemeinschaft dar und steht gleichsam außerhalb. Die eigentlichen Konflikte können so fast „unsichtbar" erscheinen (vgl. Franco Restrepo 2009: 384), und andererseits fällt antistaatliche Gewalt, die grundsätzlich zu Terrorismus erklärt wird, aus jedem Recht auf Rechtsstaatlichkeit heraus (vgl. Calveiro 2008: 30). Beispielhaft dafür sind die veränderten Zuschreibungen von Täterrollen in Kolumbien: Einerseits wird die Zuschreibung der kolumbianischen FARC-Guerilla als „Terroristen" erst seit den 1980er Jahren vorgenommen (Kap. IV). Andererseits betrafen die Zuschreibungen häufig politische Aktivisten der Opposition, Nichtregierungsorganisationen, Basiszusammenschlüsse. Sahen sich gerade diese – gewaltfreien – Gruppen mit Gerichtsverfahren wegen „Terrorismus" konfrontiert, ist dies für die Frage nach der Ausprägung der Herrschaftsverhältnisse wesentlich (vgl. Kap V.2., V.3.). Poulantzas (2002: 249) konstatierte bereits in den 1970er Jahren in seinem Text zum Autoritären Etatismus über die „außerhalb des Gesetzes Stehenden", es finde ein

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Übergang statt von der Handlung, die strafbar ist, weil sie gegen die vom Parlament erlassenen Universalität und Allgemeinheit verstößt, zu dem suspekten Fall, der durch eine flexible, dehnbare und partikularistische administrative Regelung erfasst wird (so ändert sich z.B. die Definition des politischen Delikts)."

So werde das Gesetz verkürzt, dabei aber nicht völlig ungültig: Demokratie[18] wird versicherheitlicht auch indem kontrolliert wird, wer an ihr teilnimmt. Dieser demokratische Staat, so die auf Foucaults Gouvernementalitätsbegriff zurückgreifende These von Pearce (2010: 300), konstruiere „NICHT-Bürger", die die ‚reine Gewalt' des Staates treffen kann/darf (vgl. die Figur des Homo Sacer von Agamben 1998). Die Feststellung, dass kollektive Identität „auch über ‚das Andere' geschaffen wird" (Brand 2010), gilt auch für den low-intensity conflict: Spezifische soziale Klassifizierungen bzw. Identitätszuschreibungen und die ‚Ausnahme' verknüpfen sich in einem Konstrukt von Gemeinschaft, aus dem Teile der Gesellschaft gleichsam herausfallen (vgl. dazu Agamben 2004)[19] und daher in einer permanenten juristischen Unsicherheit leben: Für die als „minderwertige *razas*" Konstruierten im Sinne Quijanos (2000b) gilt dies verstärkt; dieser Bezug zur Kategorie *race* ist z.B. in der Konstruktion vom kriminellen Gangmitglied als sozialem Anderen erkennbar. Ebenso funktioniert das Prinzip der „plausiblen Abstreitbarkeit" möglicher Verbindungen zwischen Staat und Gewaltakteuren (Thomson 1996: 21; Franco Restrepo 2009: 383f.): Staatliche Apparate können so politische Gewinne der von irregulären Kräften verübten Verbrechen abschöpfen, die eigene direkte oder indirekte Verantwortung für jene ablehnen und den Staat selbst dabei als bedrohtes, fragiles Gefüge darstellen – was dazu beitragen kann, dass ein politisches Projekt der herrschenden Fraktionen weiterhin Unterstützung findet. Vor allem extern, gegenüber der „Internationalen Gemeinschaft" ist dies relevant, denn international werden trotz der asymmetrischen Herrschaftsverhältnisse moralische und juristische Grenzen für die Gewaltausübung in Staaten aufgezeigt.

18 Zum Verlust an Gehalt des Begriffs der „Demokratie" durch seinen inflationären Gebrauch durch Regierungen vgl. Beare (2005: 14f.)

19 Agamben (2004: 9) verweist, und darin ist Poulantzas (2002: 104–122) ihm nicht ganz unähnlich, darauf, dass im Kern der liberalen Demokratie die Aufhebung des Rechts/ der Einsatz extralegaler Mittel durch den Staat bereits vorhanden ist. Dass darin nach Schmittscher Manier der Kern der Souveränität liege, der Souverän nämlich darüber entscheiden könne, wann Recht ausgesetzt wird, ist eine autoritäre, antidemokratische Vorstellung und wurde verschiedentlich, u.a. von Agamben, kritisiert. Wenn mit Schmitt Gesetze nur als Ergebnis der (positiven Determinierung der) staatlichen Entscheidungskraft gewertet werden können, wird praktisch jede Rechtskritik – und Staatskritik ohnehin – hinfällig (vgl. Aponte 1999: 23).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das folgende Kapitel konkretisiert dieses Feld der „Un-/Sicherheit“ und seine Ausprägungen im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Das Politikfeld ist illustrativ für das Ringen um Hegemonieprojekte mit unterschiedlichen Akteurskonstellationen, die sich in einigen grundlegenden Elementen aber gleichen. Es können Aussagen im Sinne von Schritt 3 und 4 der Analyse getroffen, Dynamiken, die die Projekte betreffen, aufgezeigt und zentrale Akteure und Gegner der Regierungsprojekte nachgezeichnet werden. Indikatoren sind die Ausweitung des Budgets für den Sicherheitssektor (Militär, Marine, Geheimdienste, Informationstechnologie, Polizei) und die Aufgabenbereiche, die das Militär für sich beansprucht, die militärische Präsenz in Legislative und Judikative und die Stärkung militäreigener Gerichte und rechtlicher Zusicherungen der Nichtverfolgung von Menschenrechtsverletzungen. So kann die Analyse unterschiedliche Interessenlagen und Positionierungen in Bezug auf die staatliche Politik in diesem Bereich herausarbeiten (Prozessanalyse). Die Aussagen zu ‚Verdichtungen‘ und Institutionalisierungen geben Auskunft darüber, wie spezifische gesellschaftliche Kräftekonstellationen sich teilweise in Recht, staatliche Strategien etc. übersetzen und festschreiben. Die Konzepte der Dezentralisierung der Gewaltfunktion (Franco Restrepo 2009) und der Grauzone (Auyero 2007; Pansters 2012b) sind dabei hilfreich.

Zunächst nimmt das Kapitel Kolumbien, danach Mexiko in den Blick. Ein erster Teil beschäftigt sich jeweils mit dem das Politikfeld betreffenden Regierungsdiskurs im Sinne einer Positionierung der Exekutive (V.2.1, V.3.1). Die extern mitbestimmten Militärprogramme (Entsendungen von Militär, Plan Colombia und die Mérida-Initiative) im jeweiligen Kontext der Sicherheitspolitik, Aufstands- und Kriminalitätsbekämpfung füllen den zweiten Teil (V.2.2, V.3.2). Das Ringen um und die Durchsetzung der entsprechenden Gesetze nimmt für Kolumbien einen eigenen Abschnitt ein (V.2.3.). Der folgende Teil beleuchtet die Konflikte innerhalb des heterogenen staatlichen Gefüges und die Kompetenzen, die unterschiedliche Apparate in diesem Feld an sich ziehen konnten oder verloren und deren rechtliche Festschreibungen (V.2.4, V.3.3-V.3.4). Ein fünfter Teil (V.2.5, V.3.5) entziffert die Bedeutung der nachgezeichneten Veränderungen in dem Politikfeld für verschiedene sozialstrukturelle Segmente. Die Prozessanalyse der sich verändernden Positionierungen und Akteurskonstellationen insgesamt liegt quer zu dieser Struktur und zieht sich durch den Text. Teil 6 (V.2.6, V.3.6) fasst die Ergebnisse über gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und deren Nähe zu Entscheidungszentren zusammen. Es scheint, dass staatliche Kräfte unterschiedliche Restrukturierungsprojekte, wo umkämpft, zunehmend mit gewaltsamen Mitteln und autoritären Strategien vorantreiben, während zugleich eine unübersichtliche Vielzahl weiterer Akteursgruppen be- und entstehen und Gewalt ausüben. Der Staat trägt unbestreitbar zur Produktion vielfältiger Unsicherheiten bei.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V.2 UN-/SICHERHEIT UND IL-/LEGALITÄT: DYNAMIK DER KRÄFTEKONSTELLATIONEN IN DER KOLUMBIANISCHEN STAATLICHKEIT AB 2002

Das Kapitel zu Un-/Sicherheit in Kolumbien geht nun ins Detail. Der historische Kontext und das allgemeine Setting sind bereits deutlich geworden, so dass im Folgenden die tatsächlichen Transformationen nachgezeichnet werden können, die die tragenden Kräfte eines kohärenten autoritären Projektes – so die These – durchzusetzen imstande waren. Dafür ist zunächst der Diskurswechsel relevant, der mit dem Amtswechsel 2002 zusammenfiel. Die Folgeabschnitte illustrieren die Durchsetzungsfähigkeit bestimmter gesellschaftlicher Kräfte, indem sie den so genannten Demobilisierungsprozess mit den paramilitärischen Gruppen und entsprechende Gesetzesänderungen skizzieren. Im Zuge dessen ergaben sich einerseits massive, komplexe Brüche in den gesellschaftlichen Kräfteallianzen, andererseits lässt sich nachzeichnen, inwiefern die Amtszeit Ausdruck transformierter Kräfteverhältnisse war, die sich zum Teil in die staatlichen Apparate übersetzen.

V.2.1 Positionierung gegen den Feind: *estado comunitario*

Drei zentrale Elemente – eine kriminelle, unpolitische und daher illegitime Guerilla, eine Rhetorik der ‚legitimen Selbstverteidigung' und die sich aus den ersten beiden ergebende Aufgabe des Staates, die ‚Sicherheit zu restaurieren' (Uribe Vélez 2002) – charakterisieren Anfang der 2000er Jahre den Regierungsdiskurs über den bewaffneten Konflikt in Kolumbien. Franco Restrepo (2009) legt ausführlich dar, wie dieser öffentliche Diskurs seit den 1980er Jahren und dem Niedergang der Sowjetunion einen Schwenk vollzog: Die früher eher antikommunistische Rhetorik stellte den Gegner (die Guerilla) nun nicht mehr als politischen Akteur dar. Der bewaffnete Konflikt sei inzwischen völlig von ökonomischen Interessen dominiert (wie es in der Diskussion um die Konfliktökonomie Collierund Hoeffler (2004) vertraten). Als politische Kraft wird die Guerilla mit diesem ersten Diskurselement unsichtbar, der politische Charakter des bewaffneten Konflikts wird negiert, ohne dass dieser formal beendet wäre (vgl. Franco Restrepo 2009: 131). Dies ist Teil einer „strukturellen Kohärenz" (ebd.) breiter gesellschaftlicher Sektoren in Bezug auf *counterinsurgency*-Strategien – nicht Ausdruck individueller Meinungen. Gab es 1997 noch eine relative Unterstützung für den Friedensprozess mit der FARC (wenn auch nicht vonseiten des Militärs) (Angarita Canas 2012: 18; Richani 2002: 141), so hatte sich dies nur drei Jahre später völlig verkehrt: Ein entscheidender Wendepunkt. Die Angriffe auf das World Trade Center in New York City 2001 waren sicher relevant für eine zunehmende Beschreibung der aufständischen, antistaatlichen Gruppen als

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

‚Terroristen': Die terroristische Bedrohung trete in Kolumbien in Form der Guerilla auf.[20]

Das Recht auf ‚organisierte Selbstverteidigung' billigte der Staat (besonders Militär und Exekutive) in der kolumbianischen Geschichte immer wieder. Der Direktor des traditionell einflussreichen Viehzuchtverbands FEDEGAN José Félix Lafaurie vertritt par excellence dieses zweite Diskurselement, das offizielle Narrativ über den Paramilitarismus, das die kolumbianischen Regierungen weitgehend aufrecht erhält und die USA ebenfalls vertreten (Headquarters US Army 2006):

„Die Viehzüchter waren Opfer der Abwesenheit des Staates [...] in einem Gutteil des Landes war es genau so und es heute zu leugnen wäre wie die Sonne mit den Händen zu verdecken." (im Interview mit El Tiempo 2006a).

Regionale ‚Eliten' gründeten, angesichts von Unfähigkeit und Desinteresse des Staates allein gelassen und schutzlos, paramilitärische Gruppen zur Abwehr der Guerillas. Diesen ursprünglichen Paramilitarismus habe die Mafia zunehmend unterwandert, kooptiert und degeneriert,[21] so dass diese Kräfte „die Grenzen dessen

20 „Wir würden einem Konflikt beiwohnen, wenn es eine aufständische Gruppe gäbe, die sich gegen den Staat bewaffnet hat, weil dieser Staat die Verfassung verletzte, weil dieser Staat die demokratischen Regeln missachtete. Aber hier […] gibt es einen Staat, der sich alle Mühe bei der demokratischen Konsolidierung gibt, Streitkräfte, die im Rahmen der Verfassung agieren, um den Pluralismus zu fördern; auf der anderen Seite gibt es bewaffnete Banden, die die Gesellschaft angreifen, die die Personen angreifen, die Institutionen repräsentieren. Und das wird zu einem Angriff […] auf Institutionen, die demokratische Rechte gewährleisten. Dieser Umstand muss uns dazu führen zu sagen: Hier gibt es keinen Konflikt, was wir hier haben, ist Terrorismus." (Uribe Vélez 2004a). Schneiker (2009: 81) weist darauf hin, dass Uribes Diskurs sich besonders auf die Definition der EU und später Angela Merkels bezieht, bewaffnete Aktionen, die die Demokratie stören, seien Terrorismus.

21 Noch nachdem er wegen Korruptionsskandalen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen wurde, schrieb z.B. ähnlich der ehemalige Innen- und Justizminsiter Londoño Hoyos, was sich wie eine Apologie paramilitärischer Verbrechen liest: „Und auf der Bühne unserer Tragödie erschienen die Mafiosi, die als Bauern verkleidet waren. Die gleichen, die in den Wäldern unterwegs waren und mit der Guerilla die bösartigste aller möglichen Allianzen feierten, tauchten nun in den wohlhabendsten landwirtschaftlichen Regionen auf und taten, als seien sie *hacendados* und Märtyrer. Um ihre elenden Gewinne zu verteidigen, übernahmen sie die Organisationen, die die Bauern gegründet hatten, um das heilige Recht auf Selbstverteidigung auszuüben" (El Colombiano 2006a). Der Minister praktiziert, was Thomson (1996: 21) das „plausible Abstreiten" einer Verbindung zwischen dem Staat, privaten Selbstverteidigungsorganisationen und der illegalen Ökonomie nennt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

überschritten (‚*desbordaron el límite*'), was in einem Krieg zuzulassen war" (ebd.). Doch Kritiker dieses Diskurses belegen, dass die Paramilitärs – mindestens toleriert von staatlichen Apparaten – gerade dafür ins Leben gerufen wurden: *para desbordar el límite* – um die gesetzlichen Beschränkungen für einen irregulären Krieg zu kompensieren (exemplarisch Zelik 2009; Medina Gallego 2008; Franco Restrepo 2009). Für Franco Restrepo (ebd.: 46f.) bedeutet dies, dass der Staat die „Dezentralisierung des Gewaltmonopols" durch spezifische gesellschaftliche Sektoren mit seiner angeblichen Abwesenheit zu legitimieren sucht – der Staat wird als Opfer eines Angriffs präsentiert, dem er nicht gewachsen sei –, was nicht immer widerspruchsfrei gelingt. Selbstverständlich setzte weder dieser übersteigerte Diskurs selbst noch der von Franco Restrepo konstatierte diskursive Schwenk 2002 mit dem Amtsantritt Uribes schlagartig ein. Bereits 1997 plädierte der General Harold Bedoya Pizarro, Milizen seien als Mechanismus „legitimer kollektiver Verteidigung der Gesellschaft" notwendig. Sie seien

„der demokratischste Ausdruck der politischen Gemeinschaft, denn es sind Organisationen der Gesellschaft selbst, für ihre Verteidigung, in der ihre Mitglieder, ohne ihre Eigenschaft als Zivilisten zu verlieren, zu Kollaborateuren der staatlichen Kräfte werden." (zit. in Paz Con Dignidad 2010: 12).[22]

Álvaro Uribe Vélez trat die Kandidatur zur Präsidentschaft 2002 mit einem Programm an, das das Gegenteil zum Friedensdialog vertrat: nun ging es – drittes Diskurselement – um die Wiederherstellung von Sicherheit („*restauración de la Seguridad*"), und die „*recuperación del Estado*", die „Wiedergewinnung" des Staates. Das Feindbild des FARC-„Terroristen" und „Söldners", den der Staat militärisch besiegen muss, begann den Kern von Uribes Diskurs zu bilden, im Kontrast zur Regierung Pastrana, die die Guerilla als Gegenüber in Friedensgesprächen präsentiert hatte (Uribe zit. in El País 2002; Uribe Vélez 2004a, 2004b).[23] Die Verantwortung des Staates für paramilitärische Verbrechen hingegen konstruierte er während seiner Amtszeit auf eine Art und Weise, die die tatsächlichen Kooperationen zwi-

22 In diesen Argumentationsstrang fügt sich das Einbeziehen der Bevölkerung in Informantennetze ein – obwohl der General konzeptionell ein Paradoxon vollzieht: Sind die Paramilitärs die demokratischste Form von Sicherheitsdienstleistern, dann steht das Militär, da es zum Staat gehört, der Gesellschaft als etwas ‚fremdes' gegenüber.

23 „[...] ich erkenne in den gewalttätigen Gruppen in Kolumbien keine Kombattanten, meine Regierung sieht sie als Terroristen [...] Ich habe das wegen der besonderen Bedingungen der kolumbianischen Demokratie gesagt, ich habe es wegen der Methoden dieser Gruppen gesagt, ich habe es wegen ihrer Auswirkungen gesagt und ich habe es wegen ihrer Einnahmequellen gesagt" (Uribe Vélez 2003a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Staat und Paramilitärs verschleierte.[24] Tatsächlich ist auffallend, dass die Paramilitärs als Bedrohung in diesem Diskurs viel weniger präsent waren.

Der Kandidat Uribe versprach jedoch in der breit wahrgenommenen Krisensituation – mit einem geradezu katastrophal gescheiterten Friedensprozess zwischen Staat und Guerilla, explodierenden Mordraten, wegen Überfällen nicht mehr befahrbaren Überlandstraßen (IV 11:39ff.) – einen Umbruch, der über die militärische Offensive des „demokratischen Staates" gegen die „terroristische Guerilla" (ebd.) hinausging. Obwohl aber die ‚Unordnung' militärisch beseitigt werden sollte und ein Dialog mit den Antagonisten unmöglich war, gebe es einen „Bürgerkrieg" nicht, so betonte Uribe als Präsident unzählige Male (Franco Restrepo 2009: 107). In Sicherheit sei die Gesellschaft, wenn der Staat Autorität wiedererlange, die er verloren habe, was die Niederschlagung derer beinhalte, die die herrschende Ordnung infrage stellen. Da die Guerilla ihre Mitglieder in der Zivilbevölkerung tarne (vgl. Leal Buitrago 2006c: 534; Franco Restrepo 2009; Zelik 2007), kann letztere Ziel militärischer Operationen sein. Insofern nahm der Kandidat die ‚failed-states'-Thematik und ältere US-*counterinsurgency*-Diskurse geschickt auf und verknüpfte mit der „Wiedergewinnung" des „in großen Teilen des nationalen Territoriums" fehlenden Staates die „Verpflichtung aller Bürger, den zuständigen Autoritäten zu helfen" (Interview mit Uribe, El País 2002).

Somit ist ein Anknüpfen an den Patriot Act der USA nach dem 11. September nur konsequent: „Wir brauchen ein Anti-Terrorismus-Statut, das Festnahmen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen erleichtert" (Uribe zit. in ebd.). Laut Vizepräsident Francisco Santos, dessen Familie die größte Tageszeitung El Tiempo gehörte, sei die zentrale Achse der Politik, dass „niemand, auch nicht die Journalisten, Vorstandsmitglieder und Besitzer der Kommunikationsmedien neutral sein soll oder kann" (zit. in FIDH 2004: 10; vgl. Leal Buitrago 2006c: 530).

In Dokumenten wie dem Nationalen Entwicklungsplan der Regierung (2002) und dem Strategiepapier Política de Defensa y Seguridad Democrática (2003), skizzierte die Regierung Uribe ihr Programm der *Seguridad Democrática* und das Leitmotiv des *estado comunitario*, zu dem diese Politik hinführen solle. Dabei blieb

24 „Das Land hatte die reale Souveränität verloren, in weiten Regionen Kolumbiens übte der Staat seine effektive Souveränität nicht mehr aus. [...] Die Umstände […] erfordern ein anderes Urteil über den Staat. Der Staat war es, der die Bedingungen schuf dafür, dass all diese Terroristen sich diese Regionen aneignen konnten, denn der Staat ignorierte die Sicherheit [...] Und es werden die Richter der Republik sein, die in ihrer Weisheit beurteilen, warum diese Verhältnisse entstanden sind. Sie werden dabei die Vernachlässigung des Staates gegenüber diesen Regionen im Kopf haben, wie der Staat der realen Souveränität abschwor, die reale Souveränität entführte; wie er von den terroristischen Mächten ersetzt wurde." Uribe 01/2007, Rede vor dem Consejo Comunal de Telecomunicaciones, Pereira (zit. in Franco Restrepo 2009: 55).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sie häufig schemenhaft; der deutliche Fokus auf Militärkompetenzen ist dennoch nicht zu leugnen. Der Entwicklungsplan schrieb vor, Gemeindepolizeistationen wieder zu besetzen und das Militär um 62 „mobile Einsatzgruppen" zu erweitern (Presidencia de la República Colombiana 2002: 41f.,163); der Wehrdienst „bäuerlicher Soldaten", die verstärkt in ihren Heimatgegenden eingesetzt wurden, sei auszubauen (ebd.: 41).

Das Kernthema Sicherheit füllte der dominante Diskurs mit bestimmten Begriffen (vgl. die Arbeit von Franco Restrepo 2009): „Leben", „Freiheit" (in Bezug auf Handel und Wohnort), „Eigentum" – die Kopplung von Wachstum und Investition mit „Vertrauen" taucht im Plan Nacional häufig auf (Presidencia de la República Colombiana 2002: 20; Uribe Vélez 2004b). Das Konzept der *Seguridad Democrática* beinhaltet nicht nur städtische „Sicherheit" und die Stärkung der Sicherheitskräfte, sondern Anreize für Direktinvestitionen, für die der Schutz von Infrastruktur eine Priorität ist. Der „Managementstaat" (*Estado Gerencial*) (Presidencia de la República Colombiana 2002: 164ff.) unterliegt nicht nur einem stregen Austeritätsprogramm, das dem Finanzministerium eine besondere Stellung im staatlichen Gefüge verschafft. Außerdem soll er effizient, transparent und mit dem „Abbau bürokratischer Hürden" international „wettbewerbsfähig" werden (ebd.: 133ff.) und auf seine eigene administrative Neu-organisation in Richtung regionaler Autonomie (ebd.: 269) hinarbeiten. Dabei wird diskursiv das Wachstumsparadigma mit dem Sicherheitsthema in positiver Weise verknüpft, wie es zum Beispiel im Haushaltsbericht des Verteidigungsministeriums ins Auge fällt (Ministerio de Defensa 2009): Massiv erhöhte Militärausgaben setzten, so das Ministerium, einen „circulo virtuoso" für Wohlstand und Erholung der Wirtschaftsindikatoren in Gang. Das Strategiepapier Visión 2019 von 2006 (Presidencia de la República Colombiana 2006a: 40f.) macht die wirtschaftspolitischen Prioritäten besonders deutlich, Kolumbien unter den fünf Ländern mit den meisten ausländischen Direktinvestitionen im Bergbau zu halten (u.a. mit privatem Kapital in der ehemals staatlichen Ölförderfirma Ecopetrol), die dortige Produktion zu verdoppeln (mit genauen Zahlenangaben: Kohleexporte sollen von 50,9 Mio. t auf 100 Mio. t/Jahr steigen) und neue (Öl-)Reserven zu erschließen, indem „endlich" flächendeckend der Untergrund untersucht werde.

„Das Potential dieser Ressourcen ist gigantisch. Kolumbien muss sich als regionaler Energiecluster positionieren und die langfristige Versorgung mit klaren Zeichen der Preisgestaltung garantieren; es sollte dabei die Möglichkeiten der Biokraftstoffe nutzen." (ebd.: 40).

Mit der Bezeichnung „kommunitärer Staat" (*estado comunitario*) implizieren die Autoren des Entwicklungsplans, dass „es sich bei dem von Uribe propagierten Modell um eine Regierung der Gemeinschaft handelt" oder sogar „die Gemeinschaft *ist*" (Durán 2007: 15, Hervorh. i.O.). Der *estado comunitario* ist eng verknüpft mit

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Idee eines ‚Vaterlands', dessen ‚gute Bürger' moralisch spezifisch besetzte Konzepte sind und dessen oberster *caudillo* oder *patrón* die alleinige Autorität inne hat (vgl. IV 18, IV 15). Während dies ein ‚imaginario' (Vorstellungswelt) von „Einheit und Kohäsion" kreierte, zog der Diskurs zugleich Grenzen zwischen denen innen und denen außerhalb der Gemeinschaft, denn die Regierungspolitik beanspruchte, Konsens aller zu sein: Politische Auseinandersetzung ist nicht mehr notwendig, wenn unter dem väterlichen Blick des Präsidenten[25] Kapitalgruppen und Kleinbauern in „Brüderlichkeit in der Kontrolle von Land, ohne Feudalismus oder Klassenkampf" (Uribe Vélez 2002: 8) zusammenleben. Mehr noch, politischer Disput ist schädlich.

Uribes Kampagnenprogramm („100 Punkte" Uribe Vélez 2002; Presidencia de la República Colombiana 2006a: 10) spricht dagegen von „partizipativer Demokratie": Die vermeintliche Nähe des Präsidenten, der „direkte Kontakt zur Bevölkerung" und die Präsenz eines vormals fernen Staates trugen zu seiner Popularität bei, nachdem Uribe begann, alle zwei Wochen in beliebigen Gemeinden des Landes kommunale Ratssitzungen (*consejos comunales*) abzuhalten (vgl. hierzu Leal Buitrago 2006c: 532). Diese Versammlungen mit lokalem Verwaltungspersonal und Anwohnern übertrug das Fernsehen live; tatsächlich erscheinen sie als „Theatralisierung der Politik" (Angarita Canas 2012: 31), die die rettende Vorstellung der väterlichen Führungsfigur überzeichnet, denn vor Ort löst der Präsident kleine und große Probleme sofort. Die politische Interaktion der Gemeinschaft, ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen vollzieht sich direkt mit ihm, nicht über demokratische Institutionen (IV 15:14). Der Rückgriff auf „bürokratische" (sprich: demokratische) Mechanismen wird geradezu überflüssig.

„Dies übersetzt sich in die Vorstellungswelt, die um die Regierung Uribe herum aufgebaut wurde: Die Bürger praktizieren aus den *consejos comunales* heraus eine direkte Demokratie, regieren sich zum ersten Mal ihrem freien Willen folgend, und übergehen dabei den Kongress, die Parteien, Gewerkschaften oder jede andere Institution der repräsentativen Demokratie." (Mejía Quintana et al. 2008: 96).

Angarita (2012: 32) betont zudem die medienwirksam beworbenen Transferzahlungen im Rahmen der direkt dem Präsidenten unterstehenden Sozialprogramme Acción Social, die ihm persönlich Dankbarkeit und Unterstützung einbrächten. Die dazugehörigen moralischen Vorstellungen sind allerdings gerade in diesem Kernbereich der Familie und Genderpolitik höchst konservativ. In der Vorstellung der wohlhabenden ländlichen Gesellschaft, aus der sie sich speisen, stellt die Familie die Entscheidungen des Gutsherrn kaum infrage. Mit dem Motto, das der Präsident

25 „Ich betrachte meine Landsleute heute eher mit den Augen eines Familienvaters als eines Politikers" (Uribe Vélez 2002: 13).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ständig wiederholte („Arbeiten, arbeiten, arbeiten"), verwies er zugleich diskursiv auf den wirtschaftlichen Erfolg des Departements Antioquia (IV15:18). Die Symbolik der „harten Arbeit" verknüpfte Uribe mit seiner antioqueñischen Herkunft und inszenierte sich mit den dort typischen Hüten und Kleidung immer wieder als Gutspatron.

Es ist fast hinfällig zu sagen, dass dieser Diskurs einer gemeinschaftlichen Identität in einer diffusen „Unsicherheit" sein Anderes konstruierte (wer nicht zur Regierung steht, trägt bei zum scheiternden, auseinanderfallenden Staat, den ‚Terroristen' sich in manchen Regionen angeeignet haben). Konsequenz war die offene Kriminalisierung jedes sozialen Protests. Dissens ist in der „Konsens-Gesellschaft", in der die Kolumbianer laut den dominanten Fraktionen leben, als „anormal" und „pathologisch" charakterisiert (Vargas Velásquez 2004: 97). Den Mitgliedern der Familie stehen andere entgegen, die nicht dazugehören; jegliche Opposition befindet sich sozusagen außerhalb des allgemeinen Willens des *estado comunitario* und damit außerhalb der Gemeinschaft. Präsident Uribe selbst bezeichnete sogar wiederholt regierungskritische Menschenrechtsorganisationen als „Politintriganten im Dienst des Terrorismus", „[...] sie und die Terroristen, die sie verteidigen, haben den gesellschaftlichen Absturz der Nation ausgelöst" (zit. in FIDH 2004: 10). In der fast hegemonial wirkenden Sicht der Exekutive auf die Gesellschaft verankerte sich die Vorstellung, es gebe „eine[n] barbarischen Feind [...] ohne Rechte", der „leicht zerstört, ausgewischt, hingerichtet werden kann" (FEDES 2010: 5). Diese Darstellung ermöglichte in der an Gewalt gewöhnten Gesellschaft Praktiken wie die Tötung von Jugendlichen, die das Militär als im Kampf gefallene Guerilleros präsentierte. Sie galten als entbehrlich, als Quellen von Unsicherheit. Dieser Diskursstrang ähnelte dem mexikanischen Diskurs:

„Manche sagen: das waren jugendliche Kriminelle, Drogenabhängige, ohne Träume oder Lebensplan, ohne Einkommen, ohne Bildung: ‚Wenn ihnen passiert ist, was ihnen passiert ist, wird es schon wegen irgendwas gewesen sein'; ‚Wer ein guter Mensch ist, ist gut und ihm passieren solche Dinge nicht'; ‚die haben das verdient, es gibt so viele Jungs, die der Gesellschaft schaden'." (ebd.: 41).[26]

Die Darstellung von staatlichen Kräften und *counterinsurgency*-Agenten erlaubt hingegen eine Humanisierung: Sie töten nicht (‚*matar*'), sondern ‚*dan de baja*', sind „respektierte Kommandanten, Generäle", „Soldaten des Vaterlands" – sie begehen keine Verbrechen, sondern tun ihre „Pflicht" (Franco Restrepo 2009: 434). Dieses Bild wird allerdings nur unter der Bedingung aufrecht erhalten, dass Kriegs-

26 Solche gegenhegemonialen Diskurse, die die Euphemismen der offiziellen Redemuster betonten (z.B. Angarita Canas 2012; FEDES 2010), zog die Politik der *Seguridad Democrática* bald nach sich. Sie blieben in ihrer Reichweite aber zunächst beschränkt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verbrechen wie Verschwindenlassen oder selektive Morde unsichtbar oder abgeschwächt werden und Berichte von Betroffenen verstummen (ebd.: 435). Dies bestätigt der Bericht der Grupo Memoria Histórica (2013: 43ff.): Selektive Morde erfahren im bewaffneten Konflikt die geringste öffentliche Beachtung, sind aber sehr häufig.

Welche gesellschaftlichen Sektoren fanden sich in diesem programmatischen Sicherheitsdiskurs wieder? Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Sicherheit der Einen die Unsicherheit anderer war (Franco Restrepo 2009: 114; Zelik 2009); die Angst Subalterner vor der Fortdauer prekärster Lebensbedingungen fand sich in diesem Sicherheitsbegriff nicht. Das uribistische Programm unterstützten nicht nur grundbesitzende Fraktionen aus Uribes Departement Antioquia, sondern entscheidende Teile der städtischen Mittelschichten und herrschenden Klassenfraktionen, die sich von unsicheren Straßen und einer mit dem Konflikt verknüpften (Entführungs-)Kriminalität massiv bedroht fühlten (IV 15:6) (El Espectador 2006). In diesem politischen *imaginario* verschaffte sich die Forderung nach einer „starken, autoritären Regierung" Raum, die genügend Unterstützung für eine Niederschlagung der Guerilla hatte, für die man bereit war, wenn nötig auf „bürgerliche Rechte, soziale und juristische Garantien und all das zu verzichten, das die Demokratie und den liberalen Rechtsstaat legitimiert" (Uribe Hincapié 2004: 14f.). Diese immer dominantere, verallgemeinerte Forderung fand ihr Echo ab 2002 im Konzept der *Seguridad Democrática*; Forderungen von Basisorganisationen nach Land galten dem staatlichen Gefüge dagegen als partikulare Interessen.

Die Diskursmuster blieben in der zweiten Amtszeit Uribes ab 2006 weitgehend bestehen; bemerkenswert ist der explizit negative Bezug zur Doktrin der „Nationalen Sicherheit" der 70er Jahre:

> „[...] anders als bei der alten lateinamerikanischen Doktrin der Nationalen Sicherheit, die Freiheiten unterdrückten, Diktaturen stützten, den Dissens auslöschten, die Opposition disqualifizierten, die Dissidenten verfolgten und die Demokratie außer Kraft setzten. Im Gegenteil vertieft die *Seguridad Democrática* den Pluralismus, schützt alle Segmente der Gesellschaft gleichermaßen und bietet alle Garantien und Schutz im politischen Prozess." (Presidencia de la República Colombiana 2006b: 19).

Das Strategiepapier entkräftet die Kritik am Konzept der „Demokratischen Sicherheit", die diese häufig in die Nähe der „Nationalen Sicherheit" rückt (u.a. Uribe/ Corporación Jurídica Libertad 2009), schon präventiv. Zudem steigerte Uribe den *estado comunitario* in der zweiten Amtszeit letztlich zum *Estado de Opinión*, der schlicht eine höhere Stufe des Rechtsstaats sei. Auch Rechtsstaatlichkeit wird in der kommunitären, dissensfreien Gemeinschaft praktisch überflüssig (IV 15:008; IV 17:105).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V.2.2 *Zonas de Rehabilitación* und internationalisierte Aufstandsbekämpfung

Im folgenden Abschnitt steht das gesellschafts-politische Ringen um die Umsetzung der angekündigten Politik der *Seguridad Democrática* im Vordergrund. Zunächst werden die Verknüpfung der kolumbianischen Anti-Terrorismus-Politik mit dem US-finanzierten Plan Colombia und die damit verbundenen Maßnahmen skizziert, die, betrachtet man sie gebündelt, eine Transformation des Staates nach sich zogen. In einem zweiten Schritt zeichnet das Kapitel einen Prozess nach, an dem zentrale Verschiebungen der Kräfteverhältnisse geradezu ins Auge springen: Die „Demobilisierung" der *narco-paramilitares* und das Ringen um die adäquate Gesetzgebung inner- und außerhalb formeller parlamentarischer Verfahren. Wie dann unterschiedliche „Sicherheits"-Apparate und andere Teile des staatlichen Ensembles unterschiedliche Projekte vertraten und Widersprüche zwischen unterschiedlichen Fraktionen aufbrachen, ohne dass sich dadurch die wirtschaftliche Ausrichtung veränderte, behandelt der folgende Abschnitt. Hierbei fallen Prozessanalyse und Analyse der Verdichtungen in Gesetze in eins.

Der internationale Militärkooperationsplan Plan Colombia sollte ab dem Jahr 2000 die „Wiedergewinnung" des Staates von der internationalen Ebene her unterstützen. Die Version, die die USA finanziell unterstützte, dachte den bewaffneten Konflikt praktisch ausschließlich von einem außerhalb staatlicher Verantwortung gelegenen Drogenproblem aus und hatte weit stärker militärischen Fokus als der ursprüngliche Programmvorschlag der Regierung Pastrana. Den „Kampf gegen die Drogen" vermengte der Plan mit dem „Krieg gegen den Terror" und einer recht deutlich antisubversiven Strategie (vgl. CCAJAR 2003). Die Kooperation bestand in mehreren Phasen: Laut JUSTF (2010) standen US-Sicherheitsinstitutionen in einer vorläufigen Phase ab ca. 1995, vor Beginn des offiziellen Plans, hauptsächlich mit der militärisch ausgebildeten Policía Nacional in punktuellen *counter-narcotics*-Aktivitäten in Kontakt. Zwischen 2000-2003 umfasste der tatsächliche Plan Colombia ein enormes 1,3 Mrd. ‚Nothilfe'-Paket für die Anden, davon 860 Mio. für Kolumbien (ebd.). In der ersten Phase des Plan Colombia flossen die US-Hilfen in drei neue „Antidrogen-Bataillone", 46 Hubschrauber, Kommunikations- und Waffensysteme für die Armee, 14 Hubschrauber für die Polizei und in Besprühungsflugzeuge. Immer mehr Personal der US-amerikanischen Drug Enforcement Administration (DEA) arbeitete in Kolumbien (vgl. Aristizábal 2007: 168; CCAJAR 2003: 72). Nach dem Amtsantritt Uribes begann die Phase der ehrgeizigen ‚*counter-terrorism*'-Kampagne des ‚Plan Patriota' 2003-2006. Die US-Regierung sprach Kolumbien noch einmal 463 Mio. US$ zu, nachdem die kolumbianische Regierung der Forderung nachgekommen war, den Militärhaushalt zu erhöhen und sich zur Immunität von US-Bürgern zu verpflichten: US-Soldaten und -Zivilisten, also

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Söldner und Angestellte von Privaten Sicherheitsfirmen genießen in Kolumbien völlige Immunität (CCAJAR 2003: 73ff.; vgl. Leal Buitrago 2006c: 535; Durán 2007: 18). Wie in Mexiko nach der zapatistischen Rebellion 1994 wurden mobile und zum Teil von den USA ausgebildete Spezialeinheiten aufgebaut. Das aktive Eingreifen der USA in den Konflikt ist damit ganz offensichtlich, war erwünscht und beförderte logistisch und finanziell einen hochtechnisierten Krieg gegen die Guerillas. Häufig eingesetztes Mittel sind toxische Besprühungen: In großem Stil besprüht das Militär, von den USA mitfinanziert, Kokafelder zur Vernichtung mit Glyphosat, was nicht nur im Hinblick auf Umweltschutz und Gesundheit von Anwohner/-innen bedenklich ist. Magendarmprobleme und Hautkrankheiten treten in den besprühten Gebieten erheblich häufiger auf (FIDH 2004: 12). Regelmäßig vernichten die Besprühungen weitere Produkte, besonders wenn Kleinstbauern in Mischanbau Koka mit Bananen oder Yuca für die Eigennutzung produzieren. Die landesweiten Indigenenorganisation bezeichnete das Besprühen mit Gift als „Vernichtungsstrategie“ (Congreso de los Pueblos Indígenas de Colombia 2007: 1). Die Kokainproduktion blieb hoch. Sogar die Regierungszahlen zeigen nur, dass sich der relative Trend fortsetzt, Koka auf weniger Hektar anzupflanzen, während die Produktivität steigt, auch wenn sie diesen Trend als Erfolg des Plan Colombia und der *Seguridad Democratica* darstellen (DNP/Presidencia 2005: 41; Ministerio de Defensa 2008: 36ff.).

Die Gebiete, in denen die gestärkten kolumbianischen Streitkräfte und Policía Nacional die Ordnung „wiederherstellten“, sind offenbar wirtschaftlich interessant für Investoren. Das „Allianzgesetz“, das in den USA die Finanzierung legitimierte, verknüpft den Plan offen mit der Forderung, „(2) to insist that the Government of Colombia complete urgent reform measures intended to open its economy fully to foreign investment and commerce, particularly in the petroleum industry […].“ (U.S. Congress (106th) 1999). Die ohnehin mageren Mittel des Plan Colombia für Alternative Entwicklungsprogramme kamen tatsächlich nicht vor allem den vom Besprühen betroffenen Gemeinden zugute, sondern eher denen, die ohnehin in der Lage waren, zentralstaatliche Ressourcen abzuschöpfen (vgl. Transnational Institute 2003: 20). Als Gegenbewegung konnte der Consejo Nacional Campesino (2003) landesweit gemeinsame Grundsätze gegen die gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA, gegen die Besprühungen und für eine Dialog-Politik gemeinsam mit den kleinen Produzenten von Koka oder Mohnanbau formulieren.

In dieser Zeit konzentrierte sich das kolumbianische Militär offiziell auf die Departments Cundinamarca, Boyacá, Santander und Nord-Meta und Tolima. Dort drängte es die FARC militärisch zurück (Ministerio de Defensa 2008, 2009: 28f.); in den Gebieten, in denen die FARC Jahrzehnte lang Ordnungsmacht gewesen war, war dies aber nicht langfristig erfolgreich (vgl. Isacson/Poe 2009). Auf die vierte Phase der Kooperation ab 2006, als sich der Fokus des Plan Colombia noch einmal verschob, geht Kap. V.2.5. ein.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Plan Colombia und die US-Finanzhilfen sind eng mit weiteren Reformpaketen, Strategien und Gesetzesvorhaben verknüpft, die die Regierung Uribe gleichzeitig vorantrieb: Per Dekret rief Präsident Uribe 2002 wenige Tage nach Amtsantritt den Ausnahmezustand aus („*estado de commoción interior*“) (Dekret 1837) und legte einen Monat später besondere „Zonen“ fest (Dekret 2002) (Ministerio del Interior República de Colombia 2002): laut Angarita (2012: 22) das „Rückgrat“ der Kriegsstrategie. In diesen Regionen (z.B. Arauca, Bolívar) sei die öffentliche Ordnung besonders von „kriminellen Organisationen“ gestört; deshalb müsse der Staat auf Ausnahmestaatsregelungen zurückgreifen, Personen präventiv verhaften und Gespräche abhören können und teilweise die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung einschränken (Ministerio del Interior República de Colombia 2002: 1). Tatsächlich sanken die Gewaltraten in den *Zonas de Rehabilitación* nicht, sondern stiegen nach Eintreffen der entsandten Militärs – ähnlich den *Operativos Conjuntos* in Mexiko (Kap. V.3.2). Amnesty International (AI 2004: 31f.) konnte nachweisen, wie zumindest die XVIII Brigada der Armee paramilitärischen Gruppen in Arauca bei selektiven Morden und Massakern freie Hand ließ. Das Dekret setzte so viele Grundrechte außer Kraft, dass sich sagen lässt, es legalisierte bzw. legitimierte in gewisser Weise Menschenrechtsverletzungen.[27]

Anders als in Mexiko hat allein die Exekutive, nicht der Kongress die Befugnis, den Ausnahmezustand aufzuheben (Zinecker 2007: 1038). Die Regierung per Ausnahmezustand bettet sich allerdings ein in eine lange Geschichte immer wieder erklärter Ausnahmezustände, z.B. Ende der 1970er Jahre unter dem liberalen Präsidenten Turbay Ayala und sind so nicht Ausnahme, sondern längst „Normalität des politischen Regimes“ (Coordinación CEEU 2005: 18).

Teile des staatlichen Ensembles waren von regierungsnahen Interessenlagen dominiert. Tatsächlich rang die Regierung Uribe aber durchaus mit Beharrungstendenzen des Staates, Verwaltungsapparaten und mit der Verfassung von 1991 – ‚Verdichtungen‘ also, die ihr die Durchsetzung ihres politischen Projekts der *Seguridad Democrática* erschwerten. Deshalb ist es relevant, dass das Verfassungsgericht (Urteil C-1024 /2002) einige Artikel des Dekrets über *Zonas de Rehabilitación* annullierte (z.B. Art. 1 über die Begleitung von Militäroperationen durch Staatsanwaltschaft und Procuraduría, da diese nicht der Exekutive unterstehen, Art.2 und 6). Offensichtlich gab es aus der Regierung bewusste Bestrebungen, das Verfassungsgericht zu schwächen, obwohl dieses meist nur Formfehler beanstandete (IV 17:15, 21.22). Dies entsprach der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber der Ver-

27 Art. 2-3 erlaubten Festnahmen ohne Haftbefehl, Art. 6 Hausdurchsuchungen ohne Beschluss; Art. 17 erlaubte dem Militär Aufzeichnungen persönlicher Daten aller Personen, die in eine Zona ein- oder ausreisten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fassung von 1991.[28] Das Verfassungsgericht hob aber das Dekret nicht vollständig auf, wie die Kolumbianische Ombudsstelle gefordert hatte, und ermöglichte der Regierung, daraufhin rasch in einem neu formulierten Dekret (2929/2002) Zonen mit speziellen Kompetenzen zu deklarieren (vgl. Gallón Giraldo 2010). Erst als die Regierung Uribe erneut den Ausnahmezustand zu verlängern suchte, erklärte das Verfassungsgericht 2003 die Verfassungswidrigkeit der *Zonas de Rehabilitación* als rechtlicher Figur. Dennoch erklärte die Regierung ausdrücklich, die Programme fortzuführen (Presidencia de la República Colombiana/Ministerio de Defensa 2003: 44).

Das Verfassungsgericht war es auch (in Urteil C-816 /2004), das die Verabschiedung des Anti-Terrorismus-Statuts durch den Kongress im Dezember 2003 – aus Verfahrensgründen – für ungültig erklärte (Gallón Giraldo 2010: 14). Das Statut, das Präsident Uribe schon im Wahlkampf angekündigt hatte, war somit nichtig. Mit dem Statut hatte die Legislative dem Militär die Kompetenzen erweitert, ihm u.a. staatsanwaltschaftliche Ermittlungsfunktionen gegenüber Zivilpersonen zugesprochen, dem Geheimdienst DAS, Militär und Polizei Abhörungen erlaubt und die Zusammenarbeit von Policía Judicial und Militär bestärkt. Das Militär sollte zudem ein obligatorisches Melderegister mit persönlichen Informationen anlegen, wo immer die Regierung es für wichtig hielt.

In diesem Fall legte sie keine klaren geographischen Begrenzungen fest: Die Ausnahmeregelungen galten ‚dort', wo die Policía Judicial keinen Zugang habe und für die Apparate, die die Regierung betraue (ebd.: 13). Die entsprechende Änderung des Strafgesetzes ähnelt der in Mexiko durchgesetzten Terrorismus-Definition bis ins Detail und macht bereits eine ‚Bedrohung' zur Straftat.[29] Was Aponte (1999) schon in den 90er Jahren als Feindstrafrecht kritisierte, wurde hier verschärft.[30]

28 Die Verfassung von 1991 führte, obwohl sie die Kompetenzen der Exekutive kaum real schwächte, die Figur der persönlichen Verfassungsbeschwerde (*tutela*) ein, die Menschenrechtsorganisationen als juristisches Instrument häufig in juristischen Verfahren gegen den Staat nutzten. Verwirrenderweise ist für die Verfassungsmäßigkeit von Dekreten der Consejo de Estado und nicht das Verfassungsgericht zuständig. IV 3 (176:177; vgl. IV19: 021; 1IV 15): „Nun, der erste Konflikt, mit dem man beginnen muss, ist der mit dem Vefassungsgericht über die Art der Urteile, die das Gericht fällt. Hier urteilt das Gericht nicht inhaltlich, sondern in der Form. Ob die Abläufe im Parlament eingehalten wurden, um Gesetze zu verabschieden oder nicht. Es ist egal, welcher Art die Gesetze sind, wenn die Mechanismen den verfassungsmäßigen Normen entsprechen. Und naja, die Parteigänger Uribes halten meist die Normen nicht ein, so dass das Gericht ihnen eine Reihe von ihren Schlüsselprojekten zunichte gemacht hat."

29 Art. 144 „Terroristische Akte. Wer anlässlich und für die Entwicklung eines bewaffneten Konflikts exzessive Angriffe umsetzt oder deren Durchführung anordnet oder die Zivilbevölkerung zum Ziel von Angriffen, Repressalien, Gewaltakten oder Bedrohung mit

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Andererseits bewarb die Regierung vehement ihre Erfolge dabei, die zentralen Überlandstraßen vor Überfällen der Guerilla zu schützen und mit massiver Präsenz von Polizei- und Militärkonvois die „Bewegungsfreiheit der Bevölkerung wiederherzustellen" (Leal Buitrago 2010b: 13): So galten der *Seguridad Democrática* u.a. das Programm ‚Viva Colombia viaja por ella' als großer Erfolg und war es für die entscheidenden Gesellschaftssegmente auch. Die Wahrnehmung von Sicherheit auf den Straßen veränderte sich völlig: Mittelklassen und herrschende Fraktionen aus den Städten fühlten sich wieder in der Lage, über Land zu reisen (vgl. IV15:6, IV11). Die Entführungszahlen blieben dagegen fast gleich, da sie in der Realität eher auf kleinen Landstraßen stattfanden (sie richteten sich in der Mehrzahl sogar gegen Menschen mit geringerem sozialen Status) (vgl. ebd.: 13). Im Gegensatz zu dieser Wahrnehmung größerer Sicherheit waren verstärkte Hausdurchsuchungen und Festnahmen vor allem von Gewerkschaftern und Menschenrechtsverteidigern ohne Haftbefehl oder richterlichen Beschluss direkte Folge der Ausnahmeregelungen auf Basis des ‚*estado de commoción interior*'.

2003 legte die Regierung Uribe das Justiz- und das Innenministerium in eins – wohl die konsequenteste Handlung für einen selektiv, nach spezifischen (Un-) Sicherheitskriterien sanktionierenden Staat. Massenfestnahmen[31] wurden zum ausdrücklichen Ziel des Präsidenten, der sogar seinen Polizeichef öffentlich wegen zu weniger Festnahmen rügte. Dies sei „wirklich wahnsinnig, öffentlich […] gab er den Sicherheitsorganen Befehl, Massenfestnahmen zu produzieren" (IV 17:30-32):

Gewalt macht, deren Hauptziel ist, sie in Angst und Schrecken zu versetzen, wird für dieses Verhalten allein mit 25 Jahren bis 35 Jahren Gefängnis bestraft." (Congreso de la República de Colombia 2000).

30 Aus dem Paradigma, im Krieg und gegen die terroristische Bedrohung möglichst effizient zu sein, entsteht das (politische) Feindstrafrecht (Aponte 1999: 15), und zwar in einem Rahmen, der Politik auf spezifische Weise, als „grundlegend kompromisslose Konfrontation zwischen Feinden" (ebd.: 16) versteht.

31 Beispielsweise nahmen Militärs, *Policía Nacional* und Staatsanwaltschaft am 12.11.2002 wenige Monate nach Amtsantritt im Rahmen der sogenannten *Operación Heróica* in Saravena im Nordosten des Landes 2.000 Menschen fest und brachten sie zunächst in die Veranstaltungsarena des Ortes, wo sie keine anwaltliche Unterstützung, aber eine nicht abwaschbare Markierung am Arm bekamen. Von diesen 2.000 wurden schließlich 85 tatsächlich in formale Untersuchungshaft genommen. Nur gegen 43 wurde ein Verfahren eröffnet (Gallón Giraldo 2010: 12). Ähnliche Fälle gab es häufig. Im Fall des Dorfes Quinchia in Caldas waren ca. 200 Menschen über zwei Jahre in Untersuchungshaft. Dann „mussten sie [sie] aus der Haft entlassen, weil es in Wirklichkeit überhaupt keine solide Anklage gegen sie gab." (IV 17).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„in dieser Region konnten wir nicht mit Massenfestnahmen von 40 oder 50 jeden Sonntag weitermachen, sondern von 200, um die Terroristen schneller ins Gefängnis zu bringen und diese Organisationen zu schwächen." (Rede Uribe Vélez 2003b).

Entsprechend lag Kolumbiens Gefängnispopulation 2003 noch bei 54.054 bei ca. 46,6 Mio. Einwohnern, also einer Rate von 126/100.000 (Home Office 2003: 3), 2010 aber schon bei 84.444, also einer Quote von 181 (ICPS 2010: 3). Dort ist der Trend zu einem immer größeren Anteil der Bevölkerung in Gefängnissen wesentlich ausgeprägter als in Mexiko im untersuchten Zeitraum. Häufig brach mit der Festnahme das Haupteinkommen eines Haushalts weg (IV 17 ebd.). Die Darstellung von der Schädlichkeit von Dissens erzeugte Angst:

„ich habe darunter mit meinen Kindern sehr gelitten. […Mein Sohn ist] ein öffentlich aktiver Künstler von Wandmalereien. Um ihn anzugreifen und um mich einzuschüchtern haben sie ihn ins Gefängnis gesteckt. Die Gefängnisse sind schrecklich, sie lassen ihn fünf Monate ohne Licht, ohne die Sonne sehen zu können. Ja? Ja? […] wir haben hier alltägliche Repression erlebt und und müssen uns verbiegen [...] meinen Sohn haben sie ins Gefängnis gesteckt. Ich musste ihn [später] außer Landes bringen wegen der Verfolgung. Sie wollten ihn verschwinden lassen." (Gespräch mit kolumbianischem Journalisten am 04.11.2011).

Im Programm Soldaten für einen Tag (‚*Soldados por un día*') ließ die Regierung Judikative und Exekutive verschmelzen, wenn Militärs Schießworkshops für Juristen gaben (FIDH 2004: 9). Die Regierung verpflichtete Bauernsoldaten – Menschenrechtsorganisationen schätzten 2004 bereits 150.000 (ebd.: 9). Da diese in ihren eigenen Gemeinden Dienst verrichten, sind ihre Familien wegen möglicher Repressalien gefährdet; umgekehrt untersteht die Guardia Rural der Militärgerichtsbarkeit (Observatorio Legislativo 2005) und genießt damit faktisch beinahe Immunität. Die Exekutive baute zudem, wie geplant, um die Armee ein enges Netz mehrerer Hunderttausend ziviler Informanten auf. Diesen Informanten boten die „Belohnungstage" (‚*Lunes de recompensa*') finanzielle „Entschädigungen" mit mehr als dem Doppelten des Mindestlohns (400.000 Pesos), wenn ihre Hinweise zur Festnahme von *Guerilleros* oder zur Verhinderung eines „terroristischen Aktes" behilflich waren (vgl. hierzu Leal Buitrago 2006c: 531); interessanterweise gab es dort am meisten Hinweise auf angebliche Guerilla-Aktivitäten, wo die paramilitärische Kontrolle unbestritten war, z.B. in der Region Cartagena (CaracolRadio 2002; vgl. Medellín Torres/Rangel Suárez 2010). Die Folgeregierung führte das Programm fort. Insgesamt suchte die Exekutive hier trotz Differenzen mit der Judikative Kompetenzen an sich zu ziehen und den Spielraum des Militärs zu erweitern. Sie konnte bestehende Ausnahmeregelungen ausweiten und die Ausnahmesituation zur Achse ihres Regierens machen. Nicht das militärische Vorgehen war integraler Be-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

standteil einer politischen Strategie, sondern umgekehrt orientierte sich praktisch alle Innenpolitik an der militärischen Strategie.

V.2.3 Gesetzliche Festschreibungen

„Demobilisierung". Legalisierung paramilitärischer Verbände?

Nach der Ausweitung der paramilitärischen Präsenz besonders ab 1997 während des Friedensprozesses des Staates mit der FARC waren im Jahr 2002 in 25 der 32 Departements paramilitärische Gruppen präsent, deren erklärtes Ziel es offensichtlich u.a. war, den Prozess zu verunmöglichen.[32] Unmittelbar mit Amtsantritt Mitte 2002 trieb die Regierung Uribe die Möglichkeit einer „Verhandlung" mit diesen Gruppen voran – und entsprach damit den Vereinbarungen des Pacto de Ralito zwischen Politikern und AUC (Pacto de Santa Fe de Ralito 2001). Die Einschätzungen dazu waren und sind radikal unterschiedlich. AUC-Mitgründer Castaño verkündete:

„Endlich werden wir nicht mehr die Geliebte, sondern die Ehefrau sein. Diese Gesellschaft nimmt uns wieder in ihren Schoß auf, denn von dort kommen wir." (Carlos Castaño im Interview mit der Tageszeitung El Tiempo 2003).

Der Menschenrechtsexperte Gallón Giraldo (2010: 15) sieht die „relative Demobilisierung" dagegen als „die gigantischste Initiative für Straflosigkeit in der Geschichte" und als „Ergebnis einer abgekarteten Verhandlung". An anderer Stelle ist zusammengefasst, dass mit der Demobilisierung

„ab 2003/04 ein Prozess [begann], der im Rückblick nur als Reintegration derjenigen bezeichnet werden kann, die die gewaltvolle Rekonfiguration des ländlichen Raums ausführten. Deutliche Hinweise darauf sind außerordentlich geringe Haftstrafen von bis zu acht Jahren für vielfachen Mord, Vergünstigungen im Prozessablauf, sowie großzügige Wiedereingliederungsregelungen in einem gesellschaftlichen Kontext, in dem staatliche Transferleistungen die Ausnahme bilden. Aussagen über verübte Verbrechen blieben optional." (Jenss 2012).

Allein die Protokolle über geheime Treffen zwischen dem Hochkommissar für den Frieden Luis Carlos Restrepo und den AUC-*comandantes* sind Ausdruck der strukturell ähnlichen Interessenlagen zwischen Teilen des Staates (Exekutive) und AUC

32 Der seit den 1980er Jahren bekannte Unternehmer der illegalen Ökonomie, Fabio Ochoa, über einen der „Verhandlungsführer", Salvatore Mancuso: „'Ich lernte Mancuso Anfang 2000 kennen […] Er hatte da schon seinen Diskurs, dass die AUC nicht zulassen würden, dass der Friedensprozess der FARC mit Pastrana voranginge und dass sie Geld brauchten, damit ihre Armee wachsen könne." (zit. in Camacho Guizado 2009: 51).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und nicht Verhandlungen eines Staates mit politischen Gegnern. Bei einem erst Jahre später bekannt gewordenen Treffen am 12. November 2002 erhielten die *narco-paramilitares* der AUC durch Restrepo die Zusicherung der Regierung über den Status als „politische Akteure" im bewaffenten Konflikt und als de facto-Staatsmacht in einigen Regionen (AUC 2002a). Laut dem Protokoll würden die AUC einen einseitigen „Waffenstillstand" erklären, um dann einen offiziellen Verhandlungsprozess einzuleiten. Den Waffenstillstand erklärten sie am 1. Dezember 2002 (AUC 2002b). Dass laut Restrepo der „Waffenstillstand eine Metapher" sei, „mit der man sehr flexibel umgehen sollte" (Restrepo am 25.02.2005 zit. in Comisión Colombiana de Juristas CCJ 2005: 1), hieß aber, dass die *narco-paramilitares* mit staatlicher „Erlaubnis" in verschiedenen Regionen weiter als Gewaltakteure aktiv waren:[33] Nach dem ‚Waffenstillstand' ermordeten Paramilitärs zwischen 01.12.2002 und 31.12. 2008 mindestens noch 4.426 Personen außerhalb von Kampfhandlungen (Gallón Giraldo 2010: 4).

Relevant für den weiteren Verlauf ist das Insistieren der *narco-paramilitares*, als politische Akteure anerkannt zu werden: Das Gesetz 418/1997 über Verhandlungen mit „illegalen" Gruppen im Fall eines Friedensprozesses hatte die Bedingungen für einen Straferlass für bewaffnete Akteure zwar schon gelockert. Die Vergehen der Akteure mussten, um für Straferlass und Friedensprozess infrage zu kommen, allerdings dem Charakter „politischer Straftaten" entsprechen (*delitos políticos*, die die herrschende Ordnung infrage stellen). Konsequent verabschiedete der Kongress mit der Mehrheit der Uribista-Koalition kaum vier Wochen nach dem „Waffenstillstand" am 23.12.2002 das Gesetz 782/2002, nach dem die Verbrechen nicht mehr „politischer Natur" sein mussten. Dieses Gesetz macht einmal mehr den Unterschied zwischen pro-staatlichen, herrschaftsaffirmativ agierenden Paramilitärs (Kap. IV, ausführlich Zelik 2009) und einer gegen-staatlich ausgerichteten Guerilla

33 Deutlich wird das grundsätzliche Einverständnis zwischen Regierungsvertreter Restrepo und paramilitärischen *Comandantes* im Protokoll u.a. daran, dass er ihnen in Regionen, die noch nicht unter klarer paramilitärischer Kontrolle waren, die Ausübung von Gewalt offenlässt (AUC 2002a): „Da es ein einseitiger Waffenstillstand ist und wir dann angeblich noch keine Kontakte mit der Regierung gehabt haben, haben wir ganz klar das Recht, allen Aggressionen vonseiten der Subversion zu begegnen, falls sie uns angreifen, denn mit Sicherheit werden sie uns weiterhin angreifen" warnt Mancuso. Restrepo antwortet: „Ich mache das ganz klar. Ich als Vertreter der Regierung kann Ihnen dieses Recht nicht nehmen." Wie groß das Einverständnis ist, wird klar, wenn der staatliche Vertreter die Paramilitärs nicht bittet, Territorialkontrolle oder Waffen abzugeben und die strategische Linie vorgibt: Die größeren Spielräume und Unterstützung nach der Wahl müsse man nutzen, da sich der Präsident gerade „mit ganz bestimmten Leuten umgebe" (ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deutlich:[34] Da die Regierung den Paramilitärs nicht den politischen Status als solchen anerkennen konnte, ohne mit hohen politischen Kosten rechnen zu müssen (denn der galt eigentlich für „politische" Akteure im Sinne von Aufständischen), veränderte sie die gesetzlichen Bedingungen für einen Friedensprozess (AI 2005: 11; Ungar/Cardona 2010a, vgl. Verdad Abierta 2010). Sie ermöglichte so „Friedensverhandlungen" mit den AUC rechtlich und konnte bestehende Haftbefehle gegen die *comandantes* aufheben,[35] obwohl kurz zuvor die USA wegen illegaler Geschäfte um die Auslieferung von Mancuso und Castaño gebeten hatten – die Regierung Uribe entsprach daher keineswegs immer den Wünschen der US-Institutionen. Mit dem Insistieren auf dem politischen Status ist zudem eine Diskussion innerhalb der AUC um die Auslieferung wegen Tätigkeiten in der illegalen Ökonomie verbunden und letztlich die Selbstdefinition der AUC als antisubversive Vereinigung oder tatsächlich als loser Verbund von Unternehmern der illegalen Ökonomie. Dieses Ringen erklärt, warum AUC-Gründer Carlos Castaño (2002) die „politische Lösung" und seine Kritik am Kokainhandel so betonte.[36]

34 Interessanterweise sieht ausgerechnet der AUC-Gründer Castaño die FARC, als wesentlichen Unterschied zur AUC, als originär politische Kraft und spricht sie praktisch vom Anhäufen von persönlichem Besitz durch Drogenhandel frei: „Man muss unterscheiden, dass es bei den Farc zwar bekannte Drogenhändler gibt, aber das sind alte Guerillero-Kommandanten, die jetzt eben in dieses Geschäft geraten sind; und auch wenn sie sie vielleicht haben, kennt man von ihnen keine enormen persönlichen Vermögen in Latifundien und Luxushäusern in der Stadt. Das erleichtert, ihre Auslieferung auszusetzen. Das ist im Fall der AUC anders und nicht zu verbergen." (Castaño 2002).

35 Laut der Staatsanwaltschaft (vgl. Fundación Social 2006: 45) veränderte das Gesetz 782/2002 trotzdem radikal die Figur der „politischen Straftat" – so ermöglichte der Kongress der Regierung die Verhandlungen mit den Paramilitärs als „politische Gruppe". Dekret 128 /2003 zur Regulation des Gesetzes 782 sprach Demobilisierten illegaler bewaffneter Gruppen zudem das Recht auf Amnestie, bedingte Aussetzung von Gerichtsurteilen und die Einstellung von Verfahren zu (HRW 2010: 22), bis das Oberste Gericht diese Möglichkeit 2007 aufhob.

36 Castaño schwor die AUC 2002 auf die Demobilisierung ein: Von der Gruppe hänge es ab, wie gut Regierung und sie selbst die Verhandlungen als „politisch" präsentieren könnten – er argumentierte für ein Ende des Drogenhandels als Finanzierungsquelle, sonst würden die AUC „die politische Legitimation" verlieren: „Die Regierung und die internationale Gemeinschaft werden aufmerksam verfolgen, wer in den AUC den Kampf gegen Auslieferungen anführen; ich werde damit niemals mitgehen, dort sind die *capos* und an deren Seite gehe ich nicht; wir wissen, ‚die *narcos* sind nur dabei um Freunde zu töten oder zu betrügen' […] Um die Wahrheit zu sagen, ich glaube dass es den Gringos völlig egal ist, was in der Zukunft mit Mancuso oder Castaño passiert […]; vielleicht sehen sie uns als entbehrliche Instrumente. Denen geht es um große Interessen; Öl, Drogencapos

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zentrales Element des folgenden „Demobilisierungs"-Prozesses war die offizielle Waffenabgabe der Paramilitärischen Gruppen als Kriegsakteure. Die Vereinbarung, die Regierungsvertreter und AUC am 15.07. 2003 unterschrieben, setzte zum Ziel, dass bis zum Dezember 2005 13.000 Paramilitärs ihre Waffen abgeben sollten – von dieser Zahl aktiver Bewaffneter ging man offiziell aus (Guembe/Olea 2006: 125). Wiederum per Dekret (128/2003) legte Präsident Uribe fest, dass Paramilitärs, gegen die keine Urteile oder Gerichtsverfahren vorlägen, keinerlei Ermittlungen zu befürchten hätten (Gallón Giraldo 2010: 16).

Erst Mitte April 2004 legten die Unterhändler mit Santa Fe de Ralito ein Gebiet fest (*Zona de Ubicación*), in denen die Paramilitärs ihre Truppen zusammenziehen sollten und die Haftbefehle gegen bekannte Köpfe der AUC ausgesetzt wurden, doch der Streitpunkt Auslieferung brachte den Prozess zum Stocken und blieb umstritten (AI 2005: 11f.; Fundación Social 2006; Ungar/Cardona 2010a).[37] Das neu geschaffene staatliche Programm für die Wiedereingliederung von Personen ins Zivile Leben von bewaffneten Personen und Gruppen (*Programa para la Reincorporación a la Vida Civil de Personas y Grupos Alzados en Armas* PRVC) des Ministeriums für Inneres und Justiz hatte die Zuständigkeit für den Prozess.[38] Offiziell gaben zwischen 2002 und 2008 31.671 Personen in kollektiven Demobilisierungsveranstaltungen Waffen ab (Gallón Giraldo 2010: 15). Sie konnten im Gegenzug ohne weitere Prüfung mit finanzieller Unterstützung, „Wiedereingliederungs"-Programmen und Fortbildungsmaßnahmen rechnen. Die „inhaltsleeren Demobilisierungs-Zeremonien" (HRW 2010: 18) wurden im Fernsehen übertragen; umfassendere Informationen wurden der Öffentlichkeit allerdings erst viel später bekannt.

---

und strategische Territorien in Kolumbien." [sic] (Castaño 2002). Dies deckt sich vollkommen mit dem Regierungsnarrativ, die Paramilitärs seien zur ländlichen Selbstverteidigung und besonders zur Verteidigung des Eigentums notwendig gewesen und unterwandert worden. Castaño ist dabei keineswegs glaubwürdig, sind doch die Verbindungen der paramilitärischen Gruppen mit der illegalen Ökonomie von Beginn vorhanden.

37 Im September 2004 geriet der gesamte Prozess ins Stocken, weil das Oberste Gericht eine Auslieferung erlaubt hatte (Uribe setzte sie per Vetorecht aus, ordnete dann aber doch die Festnahme des Betroffenen Juan Carlos Sierras an, der gar kein AUC-Mitglied sei) (La Silla Vacía 2010). Dies führte erwartungsgemäß zur Krise mit den AUC-Kommandanten wegen des ursprünglichen (angeblichen) Versprechens, es werde keine Auslieferungen geben. Hochkommissar Restrepo bot seinen Rücktritt an, blieb aber im Amt; Mancuso kehrte zum Verhandlungstisch zurück. In einer Sitzung in Ralito mit Parlamentariern (u.a. Eleonora Piñeda) gaben die AUC zu, es gebe „Spaltungen" innerhalb ihrer Organisation (Fundación Social 2006: 71).

38 Ab 2006 übernahm die direkt dem Präsidialamt untergeordnete Alta Consejería para la Reintegración Social y Económica de Personas y Grupos Alzados en Armas (ACR) die Kompetenz über den Demobilisierungsprozess.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Klare juristische bzw. strafrechtliche Regeln mit dem Ziel der Wahrheitsfindung, der Reparation an Opfer paramilitärischer Gewalt oder der Ermittlungen von Finanzquellen waren bis dahin nicht festgelegt worden. Die Verhandlungen beinhalteten, so die Comisión Colombiana de Juristas (CCJ, Gallón Giraldo 2010: 15), den Abbau des militärischen Apparats der Paramilitärs, nicht aber ihrer mafiosen Strukturen. Auch ersteres geschah letztlich nur teilweise. Zum Teil reichten die Verhandlungsführer in Ralito selbst Mitgliederlisten ein, nach denen sich die Demobilisierungsprogramme richteten (FIDH 2007: 35).

Beispielsweise ist aus späteren Aussagen von AUC-Mitgliedern bekannt, dass paramilitärische Gruppen junge Männer zum Teil ausschließlich für die Teilnahme an den Demobilisierungszeremonien rekrutierten und andere sich in die Listen einkaufen konnten (La Silla Vacía 2010). HRW (2010:19) zitiert die staatliche Personería in Medellín damit, dass ca. drei Viertel der als Demobilisierte der Bloques Cacique Nutibara und Héroes de Granada Registrierten nicht wirklich AUC-Mitglieder waren.[39] Dass sich dem Prozess u.a. viele weitere Personen anschlossen, auch Akteure, deren Verbindungen zur illegalen Ökonomie eng, zu den AUC aber nur lose waren, ist bekannt. Bedenkt man, dass AUC-Mitglieder vor allem Unternehmer der illegalen Ökonomie waren, ist die Unterscheidung zwischen ‚Kriminellen' und Paramilitärs allerdings ohnehin hinfällig.[40]

Ringen um das Gesetz Justicia y Paz

Das Gesetz Justicia y Paz schien eine logische Konsequenz der Dembilisierungsbestrebungen. Die offizielle Lesart präsentierte die Initiative für das spätere Gesetz 975 (‚Justicia y Paz') als das noch fehlende rechtliches Regelwerk im Sinne der Transitional Justice, das die Aufklärung von während des Krieges verübten Straftaten und die Verurteilung all derjenigen ermöglichen würde, die unter dem Gesetz

39 2006 tauchten Tage nach dem Akt der Waffenübergabe des Bloque Norte der AUC Dokumente auf, die nachwiesen, dass der Paramilitär ‚Jorge40' kurz zuvor Befehl erteilt hatte, so viele Bauern und Arbeitslose wie möglich zu rekrutieren. Diese erhielten genaue Instruktionen, wie sie sich als „demobilisierungswillige" Paramilitärs bei der Zeremonie zu verhalten hätten. Dabei wurde diskutiert, welche der tatsächlichen Mitglieder sich nicht dem Demobilisierungsprozess anschließen sollten, um die militärische Kontrolle über die Region zu erhalten (HRW 2010: 20f.).

40 In diesem Sinne ist der Vorwurf von Innenminister Sabas Pretelt an den Hochkommissar für Frieden Luis Carlos Restrepo zu sehen, dieser habe ihm 12.000 Paramilitärs zu viel „untergejubelt", während Restrepo verlauten ließ, Sabas habe den Kommandanten Versprechungen gemacht, die nicht einzuhalten seien (El Espectador 2011a). Restrepo ist inzwischen flüchtig, Interpol sucht ihn u.a. wegen der offenbar ebenfalls fingierten Demobilisierung einer frente der FARC seit 2012 mit Haftbefehl.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

782/2002 über politische Straftaten nicht mit einer Amnestie rechnen konnten – u.a. weil bereits Anklagen vorlagen.

Tatsächlich ist das Gesetz 975 das zentralste Beispiel dafür, wie sich mindestens vorübergehend die faktischen Kräftekonstellationen in Gesetzestexte einschrieben, die der kolumbianische Kongress verabschiedete. Das Gesetz und seine Umsetzung beförderten insgesamt unzweifelhaft die Legalisierung (AI 2005) – noch eher als die „Reintegration" – paramilitärischer Gruppen. Trotz des Ringens um das Gesetz diente der Bezug auf Transitional Justice letztlich dazu zu verschleiern, dass die „Defacto-Amnestie" (Gallón Giraldo 2010: 16) gerade für diejenigen galt, die nach Internationalem Recht schwere Kriegsverbrechen wie Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten. Bereits hier zeigt sich die klare Parteinahme der Regierung für die paramilitärischen Gruppen: Mit einem möglichst maßgeschneiderten juristischen Rahmen wurde ein ‚*compromiso*' eingelöst. Dieser ermöglichte zugleich eine „scheinbare Sanktionierung" (MOVICE/CCAJAR 2009: 37) der für Kriegsverbrechen Verantwortliche.[41]

Was sich anfangs als vollständige Amnestie präsentierte – ohne Gefängnisstrafen für die Verantwortlichen – sah nach mehreren Wendepunkten und einem deutlichen Ringen um den Gesetzestext (noch immer geringe) 5-8 Jahre Freiheitsentzug vor. Die Verantwortung für die entsprechenden Gerichtsverfahren verschob man von Ad-Hoc-Tribunalen zu den gewöhnlichen Justizapparaten (vgl. Ungar/Cardona 2010a: 305). Was zunächst praktisch die gesamte Uribista-Koalition vereinte, führte später zumindest zur Abspaltung einiger Abgeordneter und zu Spannungen – jedenfalls gab es darüber keinen völligen Konsens im Kongress. Das politische Ringen um das Gesetz macht gleichzeitig klar, dass innerhalb des Kongresses zwar unterschiedliche politische Projekte existierten und miteinander konfrontiert waren; eine Fundamentalkritik am Regierungsprojekt einer Demobilisierung der AUC fand jedoch innerhalb des parlamentarischen Systems kaum statt.

Die Opposition kritisierte nicht den gesamten Prozess, aber die Ausgestaltung des Gesetzes. Die erste Präsentation der Gesetzesinitiative (‚*Alternatividad Penal*') im August 2003-Juni 2004 schaffte es nicht einmal durch die erste Lesung. Der Repräsentant des UNHCHR (2002) und die International Crisis Group (zit. in Funda-

41 Von einer „scheinbaren Sanktionierung" sprechen (MOVICE/CCAJAR 2009: 39) deshalb, da nicht nur eine lächerlich kleine Zahl an Paramilitärs mit Sanktionen rechnen musste, sondern schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit verschleiert wurden: „Kolumbien hat sich den Diskurs der ‚Transition' auf perverse Weise einverleibt: Diese war nicht nur nicht Folge einer politischen Verhandlung zwischen allen Akteuren im Konflikt und bot keine Lösungen der strukturellen Gründe für den Konflikt, der mit dieser ‚Transition' angeblich überwunden werden sollte. Tatsächlich flexibilisierte man einzig und allein die Standards für Strafverfolgung um letztlich die Macht zu stützen, die die paramilitärischen Strukturen in der Vergangenheit zu konsolidieren halfen."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ción Social 2006: 28) äußerten die Befürchtung, die Regierung und die AUC seien nicht wirklich einander feindlich gesinnte Kräfte, worauf die Regierung empört und die AUC mit eine Pressemitteilung reagierten, der für den außergewöhnlichen Kontext Garantien, vor allem die juristisch garantierte Nicht-Auslieferung forderte (ebd.: 31). Die Regierungskoalition Uribe zog das Projekt letztlich zurück (wohl auch, weil die *narco-paramilitares* selbst das Vorhaben wegen des Streitpunkts Auslieferung kritisierten). Trotz dieser Spannungen war ihre einzige Niederlage in dieser ersten Verhandlungsrunde letztlich der Verlust des Artikels über den politischen Status (Ungar/ Cardona 2010a: 311).

Trotz des Rückzugs der Initiative sorgte die Regierungskoalition für Debatten in den Senatskommissionen.[42] In einer öffentlichen Anhörung der paramilitärischen Kommandanten Salvatore Mancuso, Ramón Isaza und Iván Roberto Duque in der Repräsentantenkammer im Juli 2004 hatte die Verbindung zwischen Politik und *narco-paramilitares* ihr öffentlichstes Moment. Sie sprachen sich vor dem Kongress gegen Gefängnisstrafen für sich selbst aus (El Tiempo 2004). Ihnen räumte die Gesellschaft (bzw. der Staat) den Raum zum Sprechen ein, ermöglichte ihnen, offenbar inklusive Fernsehübertragung, die eigene Wirklichkeitskonstruktion zu verbreiten.[43] Dass sie das Wort ergreifen durften, löste heftige, polarisierende Debatten aus (vgl. IV 16). Der Kongress werde zum Verhandlungsraum mit gewalttätigen Paramilitärs über Gesetze, die diese selbst betreffen, so die Kritiker. Befürworter argumentierten, man müsse einem konzertierten Demobilisierungsprozess als Regierungspolitik einen juristischen Rahmen geben. Immerhin bildete die Anhörung den Ausgangspunkt für erste kritischere Medienberichte[44] und schließlich ju-

42 Die Initiative des Senators Moreno de Caro (‚*Alternatividad penal y social*') schlug ernsthaft vor, der gesamten Gefängnisbevölkerung des Landes ebenfalls ein Drittel der Strafen zu erlassen, da einige Abgeordnete die Strafen für die Paramilitärs als im Vergleich etwa zu Diebstahl unverhältnismäßig niedrig kritisiert hatten. Es sei, gewähre man den Paramilitärs Vorteile, nur gerecht, weiteren Bevölkerungsteilen die Integration zu erleichtern, außerdem könne man so das Problem der Überbelegung und Überlastung des Strafvollzugssystems lösen (Fundación Social 2006: 25; MOVICE/CCAJAR 2009: 16).

43 Die Aggression geht immer von der Guerilla aus, so Mancuso vor dem Kongress am 28.07.2004: „Angesichts der permanenten Bedrohung durch die Guerilla haben wir auf das unveräußerliche Recht der legitimen Verteidigung zurückgegriffen, um unsere Existenz und unsere gerechterweise erlangten Besitztümer zu schützen." (zit. in Franco Restrepo 2009: 52; vgl. Ungar/Cardona 2010a). Immer wieder betont der Diskurs den Schutz von Privateigentum, die Bedrohung durch Entführung, Erpressung, oder Raub von Eigentum.

44 Für Zelik (2009: 132) handelt es sich bereits um einen Diskurswechsel, da größere Medien (*Semana*, *El Tiempo*) begannen, dem Demobilisierungsprozess und den öffentlichen Auftritten gegenüber kritische Artikel zu veröffentlichen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ristische Prozesse wegen Verbindungen zwischen Parlamentariern und *narco-paramilitares*. Diese mündeten Jahre später in den Skandal der *parapolítica* (s.u.) (vgl. Einschätzung Ungar/Cardona 2010a).

Auf diese Weise diskutierte der Kongress das Thema Demobilisierung bis Anfang 2005 ohne konkrete Gesetzesinitiative als Vorlage (vgl. IV 16; Congreso de la República de Colombia 2005a; vgl. Fundación Social 2006: 15f.). 2005 erlangte der juristische Rahmen der „Demobilisierung" für die Regierung und für breite Sektoren des Kongresses Dringlichkeit – und zwar so sehr, dass Präsident Uribe im Februar 2005 den Gesetzgebungsprozess zum ‚eiligen Verfahren' erklärte (Ungar/Cardona 2010a: 308). Im Februar diskutierte der Kongress 9 unterschiedliche Gesetzesinitiativen (Fundación Social 2006: 17). Mit der Zusammenfassung der 9 Initiativen zu einem einzigen Gesetzestext (‚*Justicia y Reparación*') beauftragten die Vorsitzenden des Kongresses eine mehrheitlich Uribe-nahe Gruppe von Abgeordneten.[45] Doch die erste Lesung der zusammengefassten Vorschläge in erster Kommission (bis Ende April 2005), u.a. die Initiative der ursprünglichen Uribista-Abgeordneten Pardo und Parody, lehnten die *narco-paramilitares* wieder ab. Sie kritisierten die Kongressabgeordneten in einem Brief (zit. in ebd.: 142), es gebe keine Garantien gegen Auslieferung. Besser sei eine ganz neue Gesetzesinitiative, in deren Verfahren sie in den Senatskommissionen ihr Projekt selbst vertreten könnten – oder ein Referendum. Dies verdeutlicht, wie sehr die AUC vom eigenen Einfluss überzeugt waren und dass sie informelle Entscheidungskanäle für selbstverständlich, demokratische Verfahrensmechanismen aber für überflüssig hielten.[46] Opferorganisationen hingegen lehnten die Gesetzesinitiative, die keine ihrer Forderungen berücksichtigte, naturgemäß aus entgegengesetzter Perspektive ab (vgl. MOVICE/CCAJAR 2009).

In den Parlamentskommissionen wurden Artikel 71 (frühere Freilassung) und 64 (politischer Status der AUC, also ein Aufständischen vergleichbarer Status) abgelehnt. Doch nun beschleunigte die Regierungskoalition den Prozess massiv: Projekte wurden zusammengefasst, über einige gar nicht mehr abgestimmt (Fundación Social 2006: 150, 152; vgl. Ungar/Cardona 2010a: 311ff.). In diesem Kontext kippte schließlich in eigens eingesetzten Kommissionen die Konstellation hin zur paramilitärischen Interessenvertretung – erneuter Wendepunkt – und bezog in höchst

45 Die Abgeordnete der Kammer Gina Parody sollte zunächst gemeinsam mit dem Regierungsvorschlag die 9 unterschiedlichen Vorschläge zusammenfassen. Als Parody sich vom Regierungstext distanzierte, verschob sich die Konstellation (vgl. Ungar/Cardona 2010a: 309). Ihr Vorschlag *Justicia y Reparación* unterschied sich dann von dem der Regierungskoalition und konnte sich nicht durchsetzen.

46 Im März 2005 baten sogar Militärs, die in den 90er Jahren zu Haftstrafen zwischen 25 und 40 Jahren verurteilt worden waren, in das alternative Strafsystem aufgenommen zu werden – dies konnte der Präsident nicht durchsetzen (Fundación Social 2006: 158).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zweifelhaften parlamentarischen „Schachzügen“ die beiden Artikel 71 und 64 wieder ein.[47] Schließlich handelten die Plenarsitzungen von Kammer und Senat den endgültigen Entwurf rasch in den letzten Tagen der Legislaturperiode ab und nahmen ihn fast einstimmig an (ebd.: 313). Die Initiative lag, betonen Ungar/Cardona (ebd.: 315) bei der Regierung, vor allem dem Präsidialamt und dem Hochkommissar für Frieden Restrepo als entscheidenden Akteuren; jede Veränderung der ersten Gesetzesinitiative sei mit der Regierung abgesprochen. Dass die *narco-paramilitares* direkten Einfluss auf diesen Prozess nahmen, ist inzwischen unbestritten. So sagte der Ex-Paramilitär alias ‚Gonzalo‘, der nach Eigenaussage erst nach dem Waffenstillstand 2003 zu den AUC stieß, der Wochenzeitung Semana:

„Don Jorge40 [einflussreicher paramilitärischer Befehlshaber der Küstenregion] sagte zu mir: ‚Du musst für mich nach Bogotá, kümmer dich um alles, was vielleicht im Projekt Justicia y Paz gebraucht wird. Das Projekt muss für uns am Ende so aussehen, wie wir wollen.‘ Tatsächlich bestand meine Arbeit vor allem darin, die Artikel 64 und 71 zu retten, die mit Aufstand und politischem Verbrechen zu tun hatten. Erinnern Sie sich, diese Artikel waren hinausgeflogen und es war viel Lobbyarbeit nötig, um sie wieder hineinzubekommen.“ (Semana 2006a).

Wie im ersten Entwurf der Regierung ersetzte das Gesetz in seiner letzten Version die Strafen teilweise durch alternative Sanktionen; das Strafmaß lag bei 5 bis 8 Jahren für Verbrechen, die nach der sonstigen Gesetzeslage Strafen von bis zu 60 Jahren nach sich zögen. Bis zu 18 Monaten, die der Demobilisierte in einer der *Zonas de Ubicación* verbracht hat, waren auf das Strafmaß „anrechenbar“ (Congreso de la República de Colombia 2005b: 31). Zugleich war die Staatsanwaltschaft nicht zu Ermittlungen in der *Zona* berechtigt, nachdem die Regierung die Haftbefehle für die oberen Ränge der AUC aussetzte (AI 2005: 14). „Alternative Sanktionen“ ermöglichten außer Gefängnisstrafen Arbeitsstrafen in der Landwirtschaft (ebd.: 23), so

47 Nachdem in den Kommissionen Art. 61 und 64 abgelehnt wurden, waren sie im Plenum nicht mehr verhandelbar. In diesem Patt setzten die Vorsitzenden von Senat und Kammer eine Art temporären Vermittlungsausschuss ein, der entschied, dass die Artikel doch erneut zu diskutieren seien. Mit dieser Diskussion beauftragte Senatspräsident Humberto Gómez Gallo (Konservative) die Kommission II des Senats und ernannte 10 Diskutanten (6 aus der Uribe-Koalition). Die Vorsitzende der Kammer Zulema Jattin (Partido de la U/Apertura Liberal) schickte beide Artikel in die für Haushaltsdebatten zuständige Kommission II der Kammer (die eigentlich nichts mit dem Thema zu tun, aber eine Mehrheit der Uribe-Koalition hatte) und ernannte sich selbst zur Koordinatorin. Der Text ging dann für zwei letzte Lesungen an die Plenarsitzung; am 22.06.2005 nahm der Kongress den Gesamttext an, am 25.07.2005 unterzeichnete Álvaro Uribe das Gesetz (vgl. Ungar/Cardona 2010a: 312f.; Congreso de la República de Colombia 2005a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dass Demobilisierte möglicherweise auf Landbesitz arbeiten, deren eigentliche Besitzer die AUC vertrieben hatte. Über den Ort entschied die Exekutive. Dabei verpflichtete die Regierung sich, die Demobilisierten in ‚*proyectos productivos*' zu bringen oder weiterzubilden (Fundación Social 2006: 154). Art. 17 machte vollständige Aussagen über die verübten Verbrechen möglich, aber nicht obligatorisch, um staatliche Wiedereingliederungsmaßnahmen in Anspruch nehmen zu können (Congreso de la República de Colombia 2005b: 17). Dass den Tätern außerdem häufig „bedingte Freiheit" (*libertad a prueba*) gewährt wurde, ist schließlich das deutlichste Beispiel dafür, dass das Gesetz Straflosigkeit absicherte. Nur in der Frist, die die ‚alternative Strafe' selbst dauerte, konnte die Revision der Strafe beantragt werden, danach verfielen auch Verbrechen wie Mord und Genozid (ebd.: 29; MOVICE/ CCAJAR 2009: 55). Damit sind die ersten verurteilten *narco-paramilitares* bereits 2014 wieder auf freiem Fuß. Eine ganze Reihe Autor/-innen konnten inzwischen belegen, dass das Gesetz insgesamt die Gefahr von tatsächlichen Strafprozessen für die *narco-paramilitares* aussetzen sollte und so konzipiert war, dass es möglichen späteren Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs ICC gegen Kommandeure vorbeugte, obwohl Kolumbien kurz vor Amtsantritt Uribes das Statut von Rom zum Internationalen Strafgerichtshof ratifiziert hatte (vgl. ICG 2006: 2; Ungar/Cardona 2010a; Franco Restrepo 2009; MOVICE/CCAJAR 2009).

Erst Mitte 2005, als somit der rechtliche Rahmen zu ihren Gunsten ausfiel, demobilisierten sich die meisten der AUC-*bloques*. Wiederum kam die Regierung ihren Interessenlagen entgegen, da sie die Zahlen eher verzerrte als überprüfte: Der Staatsanwaltschaft übergab sie eine Liste mit 3.600 paramilitärischen *comandantes*, die sich in Untersuchungshaft oder *Zonas de Ubicación* hätten befinden müssen. Laut der zuständigen Abteilung Justicia y Paz der Staatsanwaltschaft erklärten sich bis 2009 nur 698 Personen überhaupt zu Verfahren nach dem Gesetz 975 bereit (Zahlen laut CCJ Gallón Giraldo 2010: 16; Staatsanwaltschaft zit. in MOVICE/CCAJAR 2009: 34). Überhaupt nahmen nur diejenigen teil, die sonst strafrechtliche Verfahren zu befürchten hatten (ebd.: 34)[48] – die meisten fielen laut Liste der Exekutive unter die völlige Amnestie. Nur einen Teil der tatsächlichen Kriegsverbrechen, Lage von Massengräbern und Informationen zu Organisationsstruktur und Kooperationen mit der Politik machten einige dieser *narco-paramilitares* in freiwilligen Aussagen (*versiones libres)* öffentlich. Obwohl die Tribunales Superiores de Distrito Judicial eine eigene Einheit für die Ermittlungen darstellten, waren die Zeitspannen nur kurz und die Staatsanwaltschaft „notorisch passiv" bei den Ermitt-

48 Im Rahmen der JyP-Prozesse gab es während der Regierungszeit Uribes ganze 82 Sitzungen mit Verlesung der Anklage und noch weit weniger fortgeschrittene Prozesse (MOVICE/CCAJAR 2009: 34).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lungen gegenüber den „Kooperationspartnern“ (Gallón Giraldo 2010: 16).[49] Bei Verfahren gegen Guerilleros oder Oppositionelle agiert der Justizapparat hingegen rasch und reibungslos (eigene Gespräche Dezember 2011).

Das Verfassungsgericht bestätigte 2006 nur Teile des JyP-Gesetzes als verfassungskonform, obwohl die Uribista-Koalition inzwischen einige der Richter stellte: z.B. solle es nun zum völligen Verlust der vorgesehenen Strafreduzierungen führen, die Unwahrheit zu sagen. Strafen könnten nur reduziert werden, wenn Aufklärung von Verbrechen und Strategien der „Nichtwiederholung“ im Vordergrund stünden (Urteil zit. in ebd.: 17). Offenbar bestärkte das Urteil die *narco-paramilitares* eher darin, ihre Interessen gemeinsam strategisch zu vertreten (El Espectador 2011a).

2007 – nur 55 Personen waren zu diesem Zeitpunkt im Rahmen des JyP-Gesetzes in Haft (FIDH 2007: 35) – zweifelte dagegen das Oberste Gericht in einem Urteil an, ob Verbrechen des „Paramilitarismus“ tatsächlich unter Amnestien fielen, denn diese seien nicht „politisch“ (Corte Suprema de Justicia de Colombia 2007). Dies hatte jedoch NICHT eine Wiederaufnahme von Verfahren zur Folge. Stattdessen warf die Regierung Uribe dem Gericht „ideologische Parteinahme“ vor und erinnerte daran, dass die Unabhängigkeit des Gerichts von der Exekutive nur „relativ“ sei (HRW 2010: 23). Im gleichen Jahr erklärte das Verfassungsgericht die Amnestie eines paramilitärischen Kommandanten für verfassungswidrig; 2009 erklärte es, das bis dahin einzige Urteil im Zusammenhang mit dem Gesetz 975 sei ungültig, da der Prozess unvollständig sei und die Person sich wegen zentraler Verbrechen (Paramilitarismus, „Bildung einer kriminellen Vereinigung“) gar nicht verantworten musste (MOVICE/CCAJAR 2009: 35). Dass der Kongress 2009 das kolumbianische Strafrecht dahingehend änderte, dass der Generalstaatsanwalt Ermittlungen gegen demobilisierte Personen ablehnen und aussetzen konnte, verhinderte schließlich jede Wiederaufnahme von Verfahren (HRW 2010: 23). Bis 2014 wurden in zweiter Instanz in JyP neun (!) Urteile ausgesprochen (Fiscalía General de la Nación 2012).

49 Laut Generalstaatsanwaltschaft Montealegre (ab 2012 im Amt, im Interview mit Amat 2012) habe die Staatsanwaltschaft „keine eigene Kriminalitätspolitik“ gehabt und sei von einem „strukturellen Chaos in den Ermittlungen“ geprägt gewesen. Bereits vor 2005 war das Verfahren: „Wenn jemand verschwunden war, gingen die Leute [zur Staatsanwaltschaft] und stellten Anzeige […]. Wenn jemand die Person getötet hatte, gab es eine Leichenschau. Nichts als Vorermittlungen überall. Was machen die Opfer, wenn sie sich trauen? Sie sagen, sehen sie, ein Angehöriger von mir wurde getötet, sie haben ihn verschwinden lassen. […] Das gab es schon, der Punkt war, dass die Staatsanwaltschaft einfach absolut nichts ermittelt hatte. Dann kommen natürlich ein Haufen Fälle ans Licht, ein Haufen Anzeigen, aber die Staatsanwaltschaft bleibt unfähig, aufzuklären was passiert ist.“ (IV 19:060-062).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Gegenseite – Opfer von paramilitärischer Gewalt wie etwa vertriebene Bäuerinnen und Bauern, Gewerkschafter, Basisorganisationen – trug in den JyP-Verfahren die Beweislast, während der ‚Angeklagte' nicht verpflichtet war, eine umfassende Aussage zu machen. Dies bedeutete nicht nur eine Umkehr der Beweislast, sondern reproduzierte noch die ohnehin privilegierte Stellung der Täter. Die Magistratur musste Opfer als solche zuerst explizit einzeln anerkennen. Ein Recht auf kollektive gesellschaftliche Aufarbeitung existierte nicht, Wahrheitsfindung und Erinnerung galten als private Interessen. In dieser Hinsicht bestätigte das Verfassungsgericht die legislativen Beschlüsse noch.[50] Was in der regulären Rechtsprechung ein Recht der Opfer von Straftaten sei, wurde hier, so die Opferorganisation Movice (vgl. ICG 2006: 12; MOVICE/CCAJAR 2009: 61), zum Geschenk der Justizverwaltung stilisiert. Damit in einer Anhörung mögliche Reparationen an Opferfamilien behandelt wurden, musste eine vorherige Anfrage existieren. Von 2008 schätzungsweise zwischen 3,5 und 5 Mio. Opfern der Paramilitärs (Vertriebenen und Angehörigen Ermordeter) (PNUD 2011; UNHCR 2013) brachten bis 2012 nur 84.872 den Mut auf, sich als solche in Regierungsprogrammen für Vertriebene zu registrieren und nur 28.790 stellten in einer der ‚öffentlichen Anhörungen' (versión libre) mit paramilitärischen *comandantes* Fragen (Fiscalía General de la Nación 2012).

Für Opfer paramilitärischer Gewalt sind die strukturellen Selektivitäten höchst ungünstig: Tatsächlich gilt eine „absolute" (MOVICE/CCAJAR 2009: 54) Unterordnung der Opferrechte unter die Intention, die Interessen der Demobilisierten zu wahren: Mittels Mechanismen der Rechtsprechung legten Justizmitarbeiter einen „Schleier der Legitimität" über den Prozess. Opfer von gewöhnlichen Straftaten –

50 Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts beschränkt die Teilhabe der Opfer am Prozess massiv und verlagert die Wahrheitsfindung von Opferseite zu den Justizapparaten, deren Ermittlungen allerdings meist ins Leere liefen: „Die Opfer können im Verfahrensschritt der versión libre in den Justicia y Paz-Prozessen nur mittels des ermittelnden Staatsanwalts und nicht selbst befragen, Kreuzverhöre durchführen, um Klärungen und Nachweise bitten; *diese Einschränkung verletzt nicht ihre Grundrechte*, denn die Ermittlungsphase zeichnet sich nicht durch die Konfrontation der beiden Parteien aus; ihr Ziel ist es zu ergründen und die Wahrhaftigkeit der Ereignisse nachzuweisen. […] dieser Verfahrensschritt versucht ausschließlich die Ermittlung der Ereignisse und der Straftäter bei den gestandenen Straftaten zu beginnen, dann, wenn die Informationen bestätigt wurden, dass die Aussagen des Demobilisierten der Realität entsprechen und seriös sind" (CC Urteil T-049-08 vom 23.01.2008 (zit. in MOVICE/CCAJAR 2009: 60, Hervorh. A.J.). Andererseits weist ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2009 darauf hin, Ausgangspunkt für das Gesetz sei eigentlich bereits der Verzicht auf die Unschuldsvermutung gewesen: Alle Demobilisierten in JyP-Prozessen seien Teil einer kriminellen Vereinigung (ebd.: 60).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ohne beteiligte bewaffnete Strukturen – können somit vom kolumbianischen Staat eine ernsthaftere Aufklärung und Ermittlung der Schuldigen erwarten als die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit (ebd.: 64). So vertrat die Regierung Uribe offenbar mit allen Initiativen und Modifikationen die Normativität, die den Interessen der *narco-paramilitares* am nächsten kam. Allein der letztlich festgelegte rechtliche Rahmen zeigt überdeutlich, wie sich die Interessen spezifischer Gruppen – der *narco-paramilitares* – in einem durchaus widersprüchlichen, umkämpften Prozess als Gesetzestext kristallisierten. Den herrschenden Klasseninteressen widersprechen sie damit eben nicht. Um Gesetzlosigkeit geht es nicht: Die Referenz zum Recht und der Form wahrende Aushandlungsprozess sind zentral. Der kolumbianische Staat imitierte eine „Kultur der Legalität" (Comaroff/Comaroff 2006: 34), übernahm rechtliche Formen ausschließlich formal. Der Prozess ist beispielhaft dafür, wie die Legislative das Recht nutzte, um veränderten Kräfteverhältnissen zu entsprechen (vgl. Poulantzas 2002: 121) und zugleich große Teile der *sociedad abigarrada* (Tapia 2010) keinerlei Verbindung zu diesen Mechanismen haben, institutionelle Selektivitäten der Legislative, Exekutive und Judikative diese herausfiltern.

Die *Umsetzung* der Politik der *Seguridad Democrática* zeigt allerdings noch deutlicher, wie die Regierung einer Kontinuität, wenn nicht Steigerung von Menschenrechtsverletzungen Raum gab und diese tolerierte – hier liegt die Grauzone, die nicht Teil des Diskurses oder von Gesetzen wurde: Z.B. ignorierte die Regierung die Weisung des Verfassungsgerichts, Demobilisierte hätten sich für die Rückgabe gewaltsam angeeigneter Güter anders als im ursprünglichen Gesetz mit allem Besitz zu verantworten, sondern legte in einem weiteren Dekret die Reparationszahlungen der *narco-paramilitares* bei unter 5 % der in der „normalen" Jurisdiktion etablierten Höhe fest (MinInterior 2008; Gallón Giraldo 2010: 17). Trotz der rechtlichen Modifikationen – die Möglichkeit einer Auslieferung wurde nicht völlig getilgt, obwohl die *narco-paramilitares* dies explizit forderten – orientierte sich die letztliche Umsetzung des Projekts an den Forderungen der Akteure in Ralito. Der Gesetzgebungsprozess gestaltete sich zwar kontrovers, faktisch aber war die institutionelle Selektivität der Exekutive, die Interessen spezifischer Fraktionen zu vertreten, entscheidender als die Durchlässigkeit der Judikative für kritischere Kräfte. Trotz der Widersprüche innerhalb des Kongresses (IV 16) fallen hier strukturell ähnliche (Klassen-) Interessen exportorientierter Fraktionen und der *clase emergente* zusammen.

Reintegration

Die Regierung Uribe präsentierte den gesamten Vorgang als großen Erfolg und tiefgreifenden Wandel des kolumbianischen Staates:

„Heute gibt es keinen Paramilitarismus mehr. Es gibt die Guerilla und Drogenhändler. Der Begriff Paramilitarismus wurde verwendet zur Bezeichnung krimineller Gruppen, deren Ziel

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

es war, die Guerilla zu bekämpfen. Heute ist es allein der Staat, der die Guerilla bekämpft. Der Staat hat damit das Gewaltmonopol wieder hergestellt, das er niemals hätte verlieren dürfen." (Uribe Vélez 2007).

Allerdings ist die Zielsetzung, die *desmovilizados* sollten „nachhaltige Arbeitsverhältnisse und reguläres Einkommen" (Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación 2010: 6) erreichen, praktisch unmöglich in einem Kontext, in dem ohnehin um die 50 % (CEPAL 2010) der Bevölkerung informell arbeitet und im ländlichen Raum bis zu 79 % unter der Armutsgrenze leben. Die Situation gestaltet sich jedoch geradezu paradox: Das Verteidigungsministerium bildete laut Eigenaussage etwa 7700 *desmovilizados* als Hilfsverkehrspolizisten (*Salvavías*), Parkwächter (Programm *familias guardabosques*) etc. fort und beschäftigt viele davon (FIDH 2007: 39).[51] Laut Amnesty International (AI 2005: 23) hat die kolumbianische Regierung den Einsatz von *desmovilizados* im Netz ziviler Informanten und Helfer der öffentlichen Sicherheitskräfte und ihre Einstellung in der privaten Sicherheitsbranche forciert.

Nicht nur gewährte der Staat diesen Personen großzügige Hilfen – die im Kontext der sozial extrem ungleichen kolumbianischen Gesellschaft und der für die meisten unerreichbaren sozialen Sicherung keineswegs selbstverständlich sind – sondern es muss von einer weiterhin ständigen Zusammenarbeit mit und in Armee und Polizei ausgegangen werden. Insofern lässt sich mit FIDH und Amnesty International (ebd.: 48f.; FIDH 2007: 40) eher von einer Legalisierung und Institutionalisierung paramilitärischer Gruppen sprechen, die jetzt als (offizielle) Repräsentanten der staatlichen Sicherheitskräfte auftreten, als von ihrer Auflösung oder einer „Reintegration" in die Gesellschaft.[52] So hatten laut PNUD (2006) im Jahr 2006 zwar mehr die Hälfte der Demobilisierten (14.309) ein formales Arbeitsverhältnis, die wenigsten aber in privaten Unternehmen. Die Kapitalgruppen lösten offenbar ihre 2002 geäußerten Versprechen, die ‚Wiedereingegliederten' als Arbeitskräfte einzustellen, nicht umfassend ein. Die Rückgabe von Gütern (zentral wäre dabei die Rückgabe von gewaltsam angeeignetem Land als Produktionsmittel) lief äußerst

51 Laut PNUD (2006) waren 2006 bereits 600 Demobilisierte im staatlichen Straßenbau, 400 in der Post und 200 als staatlich angestellte *guardabosques* im Parque Nacional Tayrona beschäftigt (wo 2006 weiterhin eine paramilitärische Präsenz bis Kontrolle herrschte).

52 „The increasing participation of paramilitaries in private security firms – both regulated and illegal – the failure to legislate against the participation of armed demobilized paramilitaries in licensed private security firms, as well as the recent idea promoted by the government to create a 'civic guard' made up of demobilized combatants, [...]will only serve to ensure that paramilitaries will be 'recycled' and 'legalized' into structures which may prove more palatable to domestic and international public opinion." (AI 2005: 48f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schleppend: Bis Anfang 2008 hielt der Nationale Entschädigungsfonds nur Güter im Wert von 5 Mio. US$ (Land, Vieh, Fahrzeuge, Bargeld); nur 31 Personen und 6 *Bloques* übergaben im Rahmen des Demobilisierungsprozesses überhaupt offiziell Güter an den Staat (HRW 2010: 26), während die Regierung erst 2010 begann, regionale Kommissionen für die Rückgabe aufzustellen.

Zugleich setzte an dieser Stelle der Diskurs über angeblich neue „BaCrim" (*bandas criminales*) ein, der den Demobilisierungsprozess als entscheidende Intervention und Wendepunkt in den Kräftekonstellationen konstruiert. Wenn die Nationale Versöhnungskomission (Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación 2010) sich in ihrem Bericht u.a. mit der Wiederbewaffnung „einiger Dissidenten des Prozesses" beschäftigt, ist das den Opfern gegenüber deshalb zynisch, da tatsächlich die Mehrzahl der Paramilitärs letztlich nicht vor Gericht oder vor einer „Anhörung" erschienen (IV 11,12). Selbst die Kommission gibt allerdings zu, dass die Paramilitärs – eine vom Drogenhandel „stark betroffene Struktur" – sich eher „wiederbewaffneten" als die Guerrilleros (ebd.: 11). Sogar der Präsident des Viehzuchtverbandes FEDEGAN, José Lafaurie – einer der Verbände, die paramilitärische Gruppen mit initiiert hatten – kritisierte (im Interview mit El Tiempo 2006a), der Demobilisierungsprozess sei unerwartet schlecht gemanagt worden und habe unklar gelassen, was mit den Demobilisierten geschehen solle.

Tatsächlich war die Rede von der Wiederbewaffnung eher als rhetorischer Dreh zu interpretieren. Denn zum einen waren die Folgegruppierungen des Paramilitarismus ein vorhersehbares Ergebnis des „Demobilisierungs"-Prozesses, der die Organisationsstrukturen praktisch nicht berührte.[53] Die Verbrechenspraktiken (selektive Morde an gewerkschaftlich Organisierten oder organisierten Vertriebenen, Vertreibungen, Terrorstrategien) gleichen denen der AUC bis aufs Kleinste und sind als diffuse kriminelle Gewalt nicht angemessen beschrieben, sondern die BaCrim halten in vielen Gegenden eine militärisch-hierarchische Struktur aufrecht (vgl. zu Medellín AI 2005). 2011 befahlen die sogenannten *Urabeños* – „demobilisierte" *narco-paramilitares* – in mehreren Departements an der Küste einen Verkehrsstillstand und legten diese wochenlang lahm (Semana 2012c; Richani 2012a). Noch bezeichnender ist denn auch die Feststellung Lafauries (Interview El Tiempo 2006a), den Regionen, in denen die Paramilitärs demobilisiert und damit nun inaktiv seien, drohe nun eine „niedrige Institutionalität" mit Kleinkriminalität und Drogenhandel (womit er suggeriert, die AUC hätten wenigstens die Ordnung aufrecht erhalten). Insofern treten *narco-paramilitares* weiterhin als Retter auf, sogar dann

53 Die „BaCrim" rekrutieren sich häufig aus der ehemaligen mittleren Führungsebene der AUC (etwa bei den Urabeños), so ist eine klare Kontinuität zwischen AUC und Folgegruppen erkennbar. Die Zahlen bleiben zudem inkohärent: War 2002 die Rede von ca. 12-13.000 Paramilitärs und wird 2010 von 10.000 wieder aktiven Mitgliedern krimineller Banden gesprochen, so ist die „Demobilisierung" praktisch nichtig (HRW 2010: 32).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oder gerade wenn ihnen Massaker und ähnliche Verbrechen zur Last gelegt werden.[54]

Zum anderen unterwarfen sich diejenigen, die für Morde und Massaker verantwortlich waren, wie HRW (2010:29) argumentiert, den JyP-Prozessen häufig gar nicht. Paramilitärische Gewaltausübung wie massive, kollektive Landvertreibungen endete mit der Demobilisierung nicht. Nach Aussagen von Aktivist/-innen ist die Stadt Medellín heute aufgeteilt in *cuadras*, innerhalb derer eine Gruppe jeweils Normen aufstellt und die Konfliktregelung übernimmt (vgl. IV 19,12). Sogar große Supermärkte zahlen Abgaben[55] – ein strukturell ähnliches Szenario wie zuvor. Wieder dürfte es sich eher um eine Verdopplung der Kontrollorgane (Hauck 2004a) handeln als um einen Ersatz oder Gegenentwurf zum Staat. Drohungen gegen Menschenrechts- und Basisorganisationen wegen deren Kritik an transnationalen Unternehmen, selektive Morde und sogar die in Drohschreiben benutzte Sprache belegen die strukturelle Kontinuität noch 2013 (Drohschreiben der Los Rastrojos 2013). 5.300 Demobilisierte wurden bis Ende der zweiten Amtszeit Uribes erneut wegen anderer Straftaten festgenommen (laut Semana 2010a). Dass die AUC als solche nicht mehr existieren, ist u.a. Ergebnis von Konflikten innerhalb der Gruppe zwischen unterschiedlichen illegalen Unternehmen; 2.034 Demobilisierte wurden bis 2010 ermordet (ebd.).

Welche Kräfte hier im Sinne „struktureller Selektivität" einen privilegierten Zugang zu Exekutive und den bestimmenden Fraktionen der Legislative hatten, steht

54 Eine öffentliche Rede des AUC-Comandante Ramón Isaza zeigt dies nur zu deutlich. Ihm werden immerhin die „Gründung einer kriminellen Vereinigung", illegaler Waffenbesitz, Zwangsrekrutierung Minderjähriger, gewaltsames Verschwindenlassen, gewaltsame Vertreibungen, die Massaker von La Esperanza, Cazadores, Pescadores, weitere Massaker und etwa 150 weitere Morde vorgeworfen (hierzu Camacho Guizado 2009), und doch sagte er 2005: „Wir haben der Guerilla einen schweren Schaden zugefügt, danach habe ich sie jeden Tag weiter bekämpft, und heute tue ich das immer noch, ich wurde gerade zum Gereralkommandant der AUC ernannt, vielleicht ist das meinem unermüdlichen Kampf für den Frieden geschuldet. […] So wird im Magdalena Medio der Tag der *bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen* gefeiert, so wird er dieses Jahr in Santa Fe de Ralito gefeiert, so wird er weiter gefeiert werden überall im Land, aber mit einer Variation: nicht heimlich im Untergrund, sondern öffentlich, denn wir werden, nachdem wir uns demobilisiert haben, in die Legalität eingetreten sein, und wir werden nicht verschwinden, weil wir Teil des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Panoramas dieses Landes Kolumbien sind, für das wir Opfer gebracht und viele ihr Leben gegeben haben." (Rede Isaza 2005, Hervorh. i.O.).

55 Habe ein Hausbesitzer Probleme mit Mietern, „der geht nicht zum Amtsgericht […] damit es eine Zwangsräumung durchführt, sondern er sucht die bewaffneten Strukturen auf, damit die den Mieter rauswerfen." (Aussage BaCrim zit. in Zapata 2013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

außer Frage: Die Regierung stellte sich aktiv gegen alle Bemühungen, die paramilitärischen Gruppen tiefgreifenden Ermittlungen zu unterziehen oder deren Strukturen, Kooperationsnetzwerke und Finanznetzwerke aufzulösen. Während diese – nach eigenen Angaben Unternehmer der illegalen Ökonomie – wiederholt mit Konzessionen (nicht nur finanzieller Art) rechnen konnten, gibt es praktisch keinerlei zuverlässigen Schutzmechanismen des Staates für die ländlichen und urbanen subalternen Klassenfraktionen.

Dennoch vernachlässigt der Staat nicht nur seine Schutzfunktion im Hinblick auf direkte Gewalt. Die Diskussion um Demobilisierungsprozesse, die mögliche Wiederbewaffnung u.a. übersieht häufig den ökonomischen Kern der Vereinbarungen – faktisch unterstützten diese die Legalisierung von gewaltsam angeeignetem Land und in der illegalen Ökonomie erwirtschaftetem Kapital (IV 14): *Narco-paramilitares* führten ihre unternehmerischen Tätigkeiten fort (Semana 2007b); vor allem erlaubte ihnen der lange Prozess, ihre Besitztümer zu ordnen und teilweise zu legalisieren (vgl. Verdad Abierta 2011b). Es ist die gesellschaftliche Einbettung in das, was Franco Restrepo/Restrepo Echeverri (2007: 93) den „*counterinsurgency*-Machtblock" nennen, die es den *narco-paramilitares* ermöglicht, so aufzutreten. Der erwähnte Pacto de Ralito (2001) zwischen Parlamentariern der späteren Uribista-Koalition und *narco-paramilitares* kann insofern als Basisdokument gelesen werden, das gemeinsame Interessen unterschiedlicher Klassenfraktionen bündelte.[56]

V.2.4 Umkämpfte (Sicherheits-)Institutionen

Der „Sicherheitssektor" (sector seguridad)

Die nachweislich enge Verbindung von *narco-paramilitares* mit Teilen des Staates macht es unmöglich, sie bei einer Betrachtung der Sicherheitsapparate zu ignorieren. Es sind wohlgemerkt komplexe Verflechtungen, die eben nicht alle, aber entscheidende Apparate des Staates und rechtliche Festschreibungen betrafen. Wie Kapitel IV.1 bereits skizziert, waren die Legalität oder Illegalität der paramilitärischen Gruppen, Anbindung an den Staat oder Autonomie politisch immer wieder umkämpft. Ein erster Schritt der Institutionalisierung der paramilitärischen Gruppen war die Etablierung der CONVIVIR 1994 (ländliche Selbstverteidigungsgruppen)

56 Regional gab es mehrere solcher „Pakte" mit Politikern: Unterschrieb Mancuso mit Politikern z.B. den Pacto de Ralito, so gab es mit ‚Jorge40' den Pacto de Chivolo y Pivijai, ‚el Alemán' ließ einen Pakt „für ein großes geeintes Urabá" unterschreiben; ‚Martin Llanos' warb für den „Pacto de Coordinación" in Casanare (El Espectador 2008b; zit. in López Hernández 2010b: 54). Die Dokumente dienten später teilweise als Beweismittel gegen diejenigen, die unterschrieben hatten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

in Antioquia unter dem damaligen Gouverneur Álvaro Uribe Vélez.[57] Die Comisión Colombiana de Juristas (2008: 1) zitiert den Paramilitär Éver Veloza García (bezeichnenderweise alias „HH“) bei seiner öffentlichen Anhörung Ende März 2008 mit der Aussage: „alle CONVIVIR haben zu uns gehört“; ein Gericht in Bogotá bestätigte dies 2013 (Verdad Abierta 2013). Die landesweite Legalisierung der CONVIVIR 1996 nahm der Oberste Gerichtshof zwei Jahre später zurück (CCJ 2008: 2). Nach Aussagen des AUC-Mitglieds und Bananenproduzenten Raúl Hasbún dienten die legalen CONVIVIR-Strukturen ganz pragmatisch zur Finanzabwicklung der narcoparamilitärischen Gruppen bzw. zur Abwicklung der Zahlungen von Unterstützern an jene (Im Interview mit Semana 2012b).

Selbstverständlich ist es unmöglich, spezifischen staatlichen Institutionen von ihrem „Wesen“ her eine Verbindung zur „organisierten Kriminalität“ zuzuschreiben. Krauthausen (2013: 205) erinnert jedoch daran, dass die Geheimdienste, die die Gefährdung der herrschenden Ordnung auch mit extralegalen Mitteln verhindern sollen, „kriminelle Mittelsmänner [nutzen], um in eine Illegalität zu expandieren, deren Zutritt sogar ihnen eigentlich verwehrt ist“. In Kolumbien ist das aus den 1990er Jahren aus der Kooperation mit den Pepes gegen Escobar und aus selektiven Morden an Aktivist/-innen bekannt (Kap. IV). Ohnehin existiert ein schwer entwirrbares Netz unterschiedlicher geheimer Informationsdienste und Unterabteilungen verschiedener Apparate. Was Krauthausen allgemein beschreibt, wurde nach 2002 am Beispiel des direkt dem Präsidentenamt untergeordneten Geheimdienstes DAS überdeutlich (neben dem DAS unterhalten auch Militär und Staatsanwaltschaft zentralisierte Befehlsstrukturen namens CIME und CITEC). Während der beiden Amtszeiten Uribes schien der DAS die entscheidende und vor allem direkte Brücke zwischen Regierung und *narco-paramilitares* darzustellen:[58] Während und nach dem „Demobilisierungsprozess“ erhielten *narco-paramilitares* Trainings in Explosionstechniken durch den DAS, beispielsweise im Department Meta. Interne Untersuchungen dazu legte der Geheimdienst zu den Akten (Semana 2011b, Semana 2011c, Verdad Abierta 2011e). 2011 verurteilte der Oberste Gerichtshof nach einem langen, immer wieder wegen angeblicher Formfehler unterbrochenen Ver-

57 Mindestens in diese Zeit (1994-1997) reichen die Verbindungen des Präsidenten Uribe Vélez mit den illegalen Unternehmern; dies belegen u.a. Aussagen, die inhaftierte Paramilitärs 2011 dem linken PDA-Abgeordneten Iván Cepeda zuspielten. Die Aussagen legen Uribe Vélez zur Last, er habe auf seiner eigenen Finca den Bloque Metro der AUC mitgegründet, der zunächst zusammen mit einer CONVIVIR-Gruppe mehrere Massaker verübte (Zusammenfassung der Aussagen El Tiempo 2011b).

58 Mehr noch: „Praktisch war der DAS den *autodefensas* zu Diensten“, zitiert der Journalist Daniel Coronell (Semana 2012a) den *narco-paramilitar* ‚Don Berna‘, dem die Geheimdienstler offenbar Leibwächter und Informationen über Guerillaaktivitäten zur Verfügung stellten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fahren Jorge Noguera (Direktor des DAS 2002-2006) zu 25 Jahren Haft (Semana 2011d). Er habe u.a. den Mord am Universitätsprofessor Alfredo Correa De Andreis zu verantworten. Ein DAS-Mitarbeiter hatte, selbst in Haft, detailliert die Kooperation mit *narco-paramilitares* (Jorge40, Hernán Giraldo) beschrieben, während Präsident Uribe seinen Geheimdienstchef und früheren Kampagnenleiter Noguera immer wieder verteidigte. 36 der Gewerkschafter, die der DAS auf ‚schwarzen Listen' vermerkte und die Noguera an *narco-paramilitares* weitergab, wurden ermordet, 61 erhielten Morddrohungen (Verdad Abierta 2011e).

Die Professionalisierung und Aufrüstung des Militärs während des Friedensprozesses unter Präsident Pastrana (1998-2002) – der damit den Forderungen des Militärs nachkam –, markierten mit verstärkter und offizieller Präsenz des US-Militärs den Beginn einer tiefgreifenden Transformation ab 2002 mit veränderten Kompetenzen, Gewicht und Rolle des Militärs. Weiterhin haben Generäle im Ruhestand einen relevanten Einfluss (IV 18:089,099f.). Ausschließlich für die „Drogenbekämpfung" zuständige Spezialeinheiten übernahmen Polizeiaufgaben (Aristizábal 2007: 168; Leal Buitrago 2006c: 529). Dabei wuchsen die Streitkräfte insgesamt enorm (Ministerio de Defensa 2008). Von 4,2 % des BIP (1998) expandierte der Verteidigungssektor auf 5,3 % des BIP (2007), von absolut 6,7 Billionen Pesos auf 11,7 im gleichen Zeitraum (Ministerio de Defensa 2009: 22). Der Gesamtsektor Sicherheit hatte offiziell einen Haushalt von 2002 5,4 und 2003, auf dem Höhepunkt des Plan Colombia, sogar 6 % des BIP (ebd.: 23). Der Anteil am Haushalt sei ab 2004 nicht mehr gestiegen und weiterhin bei etwa 20 %, so das Verteidigungsministerium (2009: 23). Mit der Steigerung der Militärpräsenz und der Zahl der Soldaten seien Überfälle auf Autos und Busse auf Überlandstraßen stark zurückgegangen. Die Zahl der Morde verhalte sich praktisch umgekehrt zur Steigerung des Verteidigungshaushaltes: Das Ministerium (ebd.: 29f.) suggeriert, Ausgaben in Billionen Pesos und Mordraten gegeneinander rechnen zu können. 2009 kamen auf 100.000 Einwohner 881 Soldaten (ebd.: 17). „Verbesserungen" und „Erweiterungen" sind laut dem Ministerium (ähnlich wie in Mexiko) die ab 2002 gemeinsamen Einheiten unterschiedlicher Sicherheitsapparate, vier mobile Brigaden, 17 neue „Counterguerilla-Bataillone"; zwischen 2002 und 2007 wurden außerdem 168 Polizeistationen aufgebaut. Tatsächlich errechnet die Regierung die Dichte der Soldaten im Territorium, um nachzuweisen, dass sie die Präsenz des Staates territorial verbessert habe (ebd.: 17).

Eine solche Ausweitung benötigt Ressourcen, und dem in den aktuellen Formen der Regulation vorherrschenden Postulat der Haushaltsdisziplin steht der rasant wachsende Verteidigungshaushalt zunächst diametral entgegen. Doch „Sonderinvestitionszahlungen" wie 6 Mrd. Pesos (ebd.: 25) für die Finanzierung der *counterinsurgency* als Gegengewicht zum beginnenden Friedensprozess im Jahr 1997 unterstreichen den autoritären Charakter einer ansonsten langfristigen Austeritätspolitik. 2002 erlaubte die Unterstützung, die die herrschenden Klassen Uribe entgegen-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gebrachten, eine Steuerreform, die sie mit der Einführung einer Vermögenssteuer selbst belastete, um die Kosten der Aufstandsbekämpfung bzw. offiziell des „Krieges gegen den Terror“ zu bestreiten (Semana 2002).[59] Damit erreichten den Verteidigungshaushalt weitere 2,06 Billionen Pesos (zur Aufstockung der Zahl der Soldaten, neue Einheiten, Kriegsmaterial) und 2006 zusätzlich 7,54 Billionen Pesos für 2007-2010, offiziell „alle notwendig, um die territoriale Kontrolle durch die öffentlichen Kräfte zu erhöhen“ (Ministerio de Defensa 2009: 26). Die tatsächlichen Ausgaben für militärische Aufgaben sind allerdings noch weit höher: Vertraglich angestellte private Sicherheits-Unternehmen u.a. aus den USA und indirekt angestellte Kräfte wie 24.930 Bauernsoldaten sind nicht mitgezählt (Gallón Giraldo 2010: 10); zudem waren 2008 81,2 % der aus dem zentralstaatlichen Haushalt bezahlten Beschäftigungsverhältnisse Staatsbedienstete in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit oder Polizei (ebd.: 11; vgl. Red Juvenil/CCAJAR 2008).

Entsprechend zentral war umgekehrt die Unterstützung des Militärs für den Präsidenten und das Staatsprojekt der *Seguridad Democrática*. Ähnlich wie das mexikanische hat das kolumbianische Militär allerdings angesichts der enormen Ausgaben Mühe, funktionsfähig zu bleiben: Zwar lagen bis 2007 die Personalkosten mit 45 % des Budgets anteilig wesentlich niedriger als in Mexiko; sie stiegen aber mit der Einstellung von über 100.000 Soldaten zwischen 2002 und 2007 massiv an; so lagen die laufenden Ausgaben insgesamt bei 92 % (Ministerio de Defensa 2009: 24). Anders als in Mexiko blieb die Marine bis 2010 dem Militär eher untergeordnet; ein eigenes Ministerium hat sie nicht. Als 2010 ein Marinegeneral den Posten des Verteidigungsministers erhielt, führte dies offenbar zu Verstimmungen (JUSTF 2011b; Vargas Velásquez 2010). Besonders relevant ist aber, dass das Militär seine Kompetenzen weit über polizeiliche Aufgaben hinaus ausweitete.

Der höhere Haushalt wirkte sich nicht unbedingt positiv auf die Sicherheitslage aus. Obwohl die Meinung vorherrscht, dass die Sicherheitssituation sich seit 2002 verbessert habe und staatliche Stellen dies meist mit den sinkenden Mordzahlen begründen (Ministerio de Defensa 2008, IV 17:043), nahmen die außergerichtlichen

59 Zu zahlen waren 1,2 % des verfügbaren Aktivvermögens auf Vermögen von mindestens 169,5 Millionen Pesos, ab dem Jahr 2007 galt ein Mindestvermögen von 3.000 Mio. Pesos (1,68 Mio. US$) (bfai 2007) und wurde bis 2010 verlängert (vgl. u.a. Rettberg 2006: 224). Die Steuer erscheint paradox, nahmen doch verschiedene Fraktionen bzw. Gremien jegliche Umverteilung als Bedrohung wahr, die 1999 mit einem ernsthaften Friedensprozess mit der FARC einhergegangen wäre. Doch jener Friedensprozess hätte im Gegensatz zu der neuen Steuer eine grundlegende Infragestellung des angehäuften Reichtums bedeutet. Da bereits die zeitliche Ausweitung der Kriegssteuer auf Widerstand stieß, verhandelten Regierung und Unternehmensverbände zugleich immer wieder über Ausnahmen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hinrichtungen[60] bzw. Morde durch staatliche Streitkräfte – auch die registrierten Fälle – ab 2002 deutlich zu:[61] Sie stiegen gegenüber der Phase 1997-2002 um etwa 60 %; zwischen 2002 und 2010 wurden 13.634 Menschen aus politischen Gründen außerhalb der Kampfhandlungen ermordet oder verschwunden (laut dem Bericht der kolumbianischen Menschenrechtsplattformen von 2008 an den Menschenrechtsrat der UNO Plataformas de Derechos Humanos 2008: 1,2). Strafrechtlich ermittelt wurde nur wenig. Registrierte Fälle von Folter reduzierten sich kaum (ebd.), dafür mehrten sich zudem die Fälle von gewaltsam Verschwundenen: Die Staatsanwaltschaft dokumentierte insgesamt (auch für die Zeit vor 2002) 31.841 Fälle (zit. in López Hernández 2010b: 76); in 3.551 Fällen existiert ein Geständnis (Fiscalía General de la Nación 2012).

Wie in Mexiko führte dagegen der einfache Austausch staatlicher Kräfte als Reaktion auf die Kritik, diese seien tolerant gegenüber kriminellen Netzwerken, nur zur Reproduktion der Kooperationspraktiken. Die Gewaltpraktiken unterschiedlicher Akteure ähneln sich ohnehin, wenn der Einsatz von *sicarios* und gewaltsames Verschwindenlassen dazu dient, eine Aufklärung zu erschweren (der Bericht der Grupo de Memoria Histórica gesteht diese Praxis des Staates ein, vgl. dies. 2013: 33).

In solchen Praktiken extremer Gewalt konstituiert sich die Grauzone (Auyero 2007) zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Kolumbien: Phänomene wie die falsos positivos implizieren die Übernahme von Aufgaben durch das Militär, die in den Jahren vor 2002 die *narco-paramilitares* ausgeführt hatten (IV 17:044-45; vgl. IV 11, IV02). Die Regierung Uribe förderte diese Praxis massiv, indem sie ihren Erfolg im bewaffneten Konflikt über die Anzahl der getöteten „Feinde" definierte und möglichst viele tote „Guerilleros" forderte.[62] Eine offizielle

60 Obwohl die Todesstrafe in Kolumbien abgeschafft ist, ist der gebräuchliche Begriff *ejecuciones extrajudiciales*, als existierten neben ihnen „gerichtliche" Hinrichtungen.

61 Laut dem Instituto Nacional de Medicina Legal y Ciencias Forenses (INML) (zit. in Gallón Giraldo 2010: 2) stieg die Quote nach dem Rückgang der allgemeinen Mordzahlen seit 2002 für das Jahr 2009 erneut massiv an: Die Quote der ejecuciones extrajudiciales pro 100.000 Einwohner stieg 2008-2009 um 14 %.

62 Die Fundación para la Educación y el Desarrollo (FEDES) machte sich 2010 die Mühe, die im Regierungsbericht 2010 aufgeführten Zahlen zu Mitgliedern der „illegalen bewaffneten Gruppen", also *bandas criminales* und Guerilla zusammenzuzählen: 19.405 wurden laut Regierung Uribe bei Kampfhandlungen getötet, 63.747 insgesamt festgenommen, 44.954 hätten seit 2002 ihre Waffen abgegeben (besonders eben die Paramilitärs). Damit wären laut Regierung 128.106 Mitglieder dieser Gruppen heute als direktes Ergebnis der Regierungspolitik nicht mehr aktiv. Tatsächlich ging man 2002 aber von etwa 12.000 Paramilitärs und 20.000 FARC- und ELN-Mitgliedern aus, also kaum 32.000 Mitglieder „illegaler Gruppen" insgesamt (FEDES 2010: 18f.). Da die Gruppen

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politik der Bonizahlungen für getötete „Guerilleros“ schrieb die Exekutive sogar fest, u.a. in der Direktive 29/2005 des Verteidigungsministeriums (Ministerio de Defensa Nacional, República de Colombia 2005 (zunächst classified)). Sie galt für Soldaten, aber ebenso für die indirekt angestellten Informanten (Gallón Giraldo 2010: 3). Laut Staatsanwaltschaft (Generalstaatsanwalt Montealegre im Interview Amat 2012) wurden zwischen 2.000-3.000 häufig prekär lebende junge Männer von Militärs mit Arbeitsangeboten in andere Landesteile (vor allem Antioquia, Meta, Norte de Santander, Caquetá, Casanare) gelockt, dort ermordet und als getötete Guerilleros präsentiert (ausführlich zur Verschleppung von Zivilisten und deren Präsentation als Guerilleros FEDES 2010, zur Aufdeckung durch mehrere Strafrichter Semana 2010b). Mit dieser Ermordung von Zivilisten übernahm das reguläre Militär unter Uribe systematisch Praktiken von den *narco-paramilitares*: Laut paramilitärischen Kommandanten wie Salvatore Mancuso, Carlos Castaño oder ‚Jorge40‘ existierten bereits bei den AUC Bonizahlungen pro getötetem „*Guerrillero*“ (bei Basislöhnen der einfachen paramilitärischen Soldaten von ca. 450.000 Pesos/Monat) (zit. in Franco Restrepo 2009: 406). Nun finanzierte sich die Strategie allerdings über öffentliche Gelder. Den Tod von Unschuldigen setzte die Exekutive also mit Erfolgen in der ‚Terrorismusbekämpfung‘ gleich; die Direktiven geben den Toten einen wirtschaftlichen Wert (FEDES 2010: 5). Die staatlich geförderten Strategien nahmen allerdings noch groteskere Züge an. Es lohnt sich, eine längere Interviewpassage wiederzugeben:

„[...] wie man jetzt weiß, sagten Armeeoffiziere in Regionen im Norden des Landes, wo die Paramilitärs eine Hegemonie konsolidieren konnten, sie hätten ein Problem. Das Problem bestand darin, dass sie keine Toten hatten, die sie für die Statistik präsentieren konnten, denn es gab dort ja keine Guerilla, verstehst du? Es gab keine Guerilla! Jetzt haben einige Militärgeneräle gestanden, dass sie, um im Kampf gefallene Guerilleros präsentieren zu können,[63] fiktive Gefühle von Unsicherheit kreieren mussten und dafür sogar irgendwelche – unschuldigen – Leute töteten. Das brachte dann Beschwerden oder Proteste aus der Bevölkerung und brachte dieses Klima der Unsicherheit, das ihnen wiederum erlaubte ‚*falsos positivos*‘ zu machen (Zivilisten als getötete Guerilleros zu präsentieren). Das nannten sie die Gegend aufheizen (‚*calentar la zona*‘). Die Gegend war zu ‚kalt‘ weil sie sehr sicher war, also musste man sie aufheizen. ‚*Calentar la zona*‘ hieß Tote zu generieren, die erlaubten, andere, spätere Tote zu rechtfertigen, die man als Ergebnisse präsentieren konnte. Man suchte über das Informantennetz, tötete Menschen und schuf den Eindruck, dass es illegale bewaffnete Gruppen in der Gegend gäbe, wo es keine gab, um dann wiederum unschuldige Menschen töten zu können,

weiterhin existieren, hätten vor allem die Guerillas eine bemerkenswerte, geradezu übermenschliche Fähigkeit entwickeln müssen, Menschen als Kämpfer zu rekrutieren, würde man den Zahlen der Regierung Glauben schenken.

63 *dar de baja* wird hier als Umschreibung für Erschießen in Kampfhandlungen benutzt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die man präsentieren konnte, als gäbe es bewaffnete Gruppen, die es nicht gab. Auf ein solches Level stieg der Druck." (IV 4:197-200).

Dass die Tötung von Zivilisten, Aktivist/-innen u.a. nicht nur in Kauf genommen, sondern von höchster Stelle, mit dem späteren Präsidenten Juan Manuel Santos als Verteidigungsminister, gedeckt, gefördert und gefordert wurde, zeigen zudem die Aussagen ehemaliger Soldaten, die sich geweigert hatten, unbewaffnete Verdächtige umzubringen und daraufhin unehrenhaft entlassen wurden (Semana 2013a).[64] Insgesamt sind im kolumbianischen Konflikt laut der Generalstaatsanwaltschaft bis 2010 163.762 Menschen ermordet, 31.841 verschwunden worden, mehr als in den Diktaturen des Cono Sur zusammen – laut der Generalstaatsanwaltschaft sind *narco-paramilitares* für 98 % der schweren Straftaten verantwortlich (Generalstaatsanwaltschaft 2010 zit. in López Hernández 2010b: 76). Der offizielle Bericht der Grupo Memoria Histórica (2013: 32) geht von 220.000 Toten aus, 81,5 % davon Zivilist/-innen Obwohl diese Aussagen in starkem Kontrast zum Regierungsdiskurs standen, hatten solche Äußerungen einzelner staatlicher Stellen kaum Konsequenzen. Mit dieser Art der „Wiedergewinnung" beseitigte der Staat keineswegs die ausschließenden Formelemente, die gesamtgesellschaftliche Kompromissgleichgewichte und Räume der Aushandlung begrenzten, sondern stärkte die Elemente noch, die subalterne Organisationszusammenhänge erschwerten. Ein Effekt dessen war rückblickend, dass sich die fortgesetzte Extraversion und Inwertsetzung leichter durchsetzen ließ.

Zivil-militärische „Zusammenarbeit"

Die Politik der *Seguridad Democrática* zur Drogenbekämpfung schrieb der Vernichtung von Kokafeldern eine zentrale Rolle zu, die der offizielle Diskurs nach wie vor mit Guerilla-Tätigkeit koppelte (DNP/Presidencia 2005: 51). Bereits der Plan Colombia hielt daher ein Programm der „Alternativen Entwicklung" fest, das für kleine Kokaproduzenten Anreize schaffe, auf andere Produkte umzusteigen. Die Produkte, für deren Anbau Kokabauern Unterstützung bekommen konnten, schrieb bereits der Plan Colombia fest: Ölpalme, Kakao und mehrere Kaffeesorten bezeichnet dieser als besonders lohnend. Zwischen Inkrafttreten des Plan Colombia und 2006 wurde bereits der Anbau von 22.230 Hektar Palmenpflanzungen finanziert, zu

64 „Wir dachten, sie würden uns loben oder so. Aber nein. Sie brachten uns hinten in eine Baracke, nahmen uns die Waffen weg und die Uniformen. Als mein Oberst hereinkam, beschimpfte er uns […] und sagte uns, dass wir zu gar nichts gut wären, ob wir nicht verstünden, dass ihm die Guerillera lebend überhaupt nichts nütze und wichtig seien nur die *bajas* (Zahlen erschossener Guerilleros), weil er darauf setze Offizier zu werden, und messen würden sie ihn daran. Er sagte, er werde dafür sorgen, dass wir alle entlassen werden." (Semana 2013a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einem knappen Drittel von der kolumbianischen Regierung. Davon sollen 2.864 Familien profitiert haben (u.a. Comisión Intereclesial de Justicia y Paz 2006; vgl. DNP/ Presidencia 2005). Doch dies ist nur ein Teil des Bildes: Nicht nur kooperierten legale Unternehmensverbände immer wieder mit *narco-paramilitares*; Paramilitärs selbst agierten als Investoren, und zwar auch im Zuge der Expansion der Palmölindustrie in der Pazifikregion – sie profitierten dabei vom Programm des Plan Colombia (detailliert zur Palma Africana in der Region Curvaradó vgl. Comisión Intereclesial de Justicia y Paz 2006). In der Palmölproduktion in den Pazifikregionen Urabá und Chocó befinden sich Palmöl-Firmen in Hand von *narco-paramilitares*. Im Chocó hatten afrokolumbianische Gruppen noch in den 90er Jahren kollektive Landrechte erkämpft; ab Ende der 90er Jahre vertrieben dort paramilitärische Gruppen allerdings ca. 10 % der Bevölkerung, häufig ganze Gemeinden (vgl. ausführlich Jenss 2012). Die Landwirtschaftsbehörde INCODER erklärte 2005 jedoch plötzlich, der Anbau von Palma Africana sei dort legal und ohne gewaltsame Vertreibung vonstatten gegangen und erkannte die Kollektivtitel nicht mehr an (El Tiempo 2005a); das Agrarmimnisterium sprang trotz der Vorwürfe von NGOs und kirchlichen Organisationen bei, die *palma* sei weiterhin ein Mittel zum Wohlstand. Man werde die Gruppierung von Kleinbauern um Verarbeitungsfabriken weiter vorantreiben (vgl. Camacho Guizado 2009: 37, Semana 2005b).

Es soll hier nicht behauptet werden, staatlich angestoßene Entwicklungsprojekte wie das ‚Alternative Development' nützten in keinster Weise den Kleinproduzenten. Durchaus können möglicherweise einige von ihnen durch staatliche Unterstützung ihren Lebensunterhalt auf neue Weise finanzieren. Paradox erscheinen jedoch vor allem zwei Faktoren: Erstens gingen durch Beprühungen im Rahmen der Kokabekämpfung benachbarte Palmpflanzungen teilweise ein, bevor die Bauern das erste Mal geerntet hatten. Für diese Familien, die mit geringsten finanziellen Ressourcen über Kredite den Anbau eines neuen Produkts angehen, bildeten die Besprühungen, wegen derer sie doch Alternativen suchen, eine enorme ökonomische Bedrohung, so z.B. in Tumaco im Nariño (Südwestkolumbien) (Comisión Intereclesial de Justicia y Paz 2006; vgl. Consuegra 2010). Zweitens widersprach der erstaunlichen Werbung für den Anbau von Ölpalmen durch *campesinos* (die nicht notwendigerweise unternehmerisch organisiert sind) durch die USA, USAID und die Europäische Union der geplante bilaterale Freihandelsvertrag mit den USA, der Schutzmechanismen für Palmbauern abbaut und den kolumbianischen Markt, etwa für Sojaöl aus den USA, weiter öffnen sollte (vgl. die Kritik Consejo Nacional Campesino 2003). Die Tatsache, dass der Palmenanbau mit einer teilweise hoch spezialisierten Agrarindustrie verbunden ist und die Verarbeitung und Vermarktung die Kenntnis oft internationaler Märkte oder die vertikale Organisation innerhalb eines häufig multinationalen Großunternehmens voraussetzt, benachteiligte kleine Produzenten strukturell.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politische Projekte in der zweiten Amtszeit Uribes (2006-2010) suchten das Hegemonieprojekt der *Seguridad Democrática* zu konsolidieren. Zunächst ergab sich auf Initiative der USA eine Schwerpunktverschiebung des ehemaligen Plan-Colombia-Pakets und der begleitenden Politiken. Bekam der Bereich des ‚Alternative Development' im Plan Colombia noch einen Bruchteil der Gelder, so erlangte die Komponente „Entwicklung" mit der „Konsolidierung" neue Priorität. Allerdings dominierte weiterhin die militärische Strategie: Als im internationalen Diskurs der governance-Begriff an Bedeutung gewann, erhöhte der nun von Demokraten dominierte US-Kongress die „Entwicklungshilfen" der USA um 100 Mio. und reduzierte die direkte Militärhilfe 2008/2009 um über 150 Mio. US$, um im Rahmen der ‚*Acción Integral*' die Zusammenarbeit zu fördern.[65] Strategisch bedeutete dies dennoch die engere Anbindung von kolumbianischem Verteidigungsministerium und dem Southern Command der USA (Isacson/Poe 2009: 6; JUSTF 2010, Semana 2007c).[66] Ganz der US-*counterinsurgency*-Beratung entsprechend (Headquarters US Army 2006: 2–1f.) stammt aus dem SouthCom offenbar das mit dem kolumbianischen Verteidigungsministerium fortentwickelte Strategiepapier der ‚*Acción Integral*' (Isacson/Poe 2009: 6f.).[67] Zumindest scheinbar bezog diese eine ganze Reihe Kritikpunkte am Plan Colombia mit ein. Als zentraler Punkt galt der Aufbau von Zonen und Zentren der ‚*Acción Integral*' (Centros de Coordinación de Acción Integral, CCAI) in „Konfliktgebieten" – tatsächlich fast alles Gebiete, in denen es gewerkschaftliche oder bäuerliche Mobilisierungen gab. Verteidigungsminister Santos, der spätere Präsident, begründete darin einen „strategischen Sprung" und definiert die „Konsolidierung" folgendermaßen:

„It means state institutions' entry or return to zones affected by violence to satisfy the population's basic needs, like health, education and public services, as well as justice, culture, recreation and infrastructure projects." (Santos zit. in ebd.: 6).

Der Militäreinsatz – noch immer im Zentrum der gebündelten Politik – soll die Bevölkerung mittels sozialer und wirtschaftlicher Unterstützung stärker einbinden und nach dem Einsatz zu einer funktionierenden Regierung überleiten. Das Exekutiv-

65 Die Zahl der Polizist/-innen wurde noch einmal um 20.078 Personen erhöht (Ministerio de Defensa 2009: 39). Die Zahl der Militärs, die Kurse der School of Americas und anderer Einrichtungen der US-Organe besuchten, reduzierte sich allerdings drastisch (Foreign Military Training Report FMTR zit. in JUSTF 2011a).

66 2008 reaktivierte die USA die seit 1950 ruhende fourth fleet; diese hält das Marine-Kommando über SouthCom.

67 Neu ist die zivil-militärische Zusammenarbeit selbstverständlich nicht, die Konzepte sind bereits in *counterinsurgency*-Handbüchern der USA der 1960er Jahre zu finden (vgl. Franco Restrepo 2009: 227ff.; Zelik 2007).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

komitee der CCAI setzte sich aus Verteidigungsminister, dem Kommandeur der Streitkräfte, dem Direktor der Nationalen Polizei[68] und dem Hochkommissar für *Acción Social* und Internationale Zusammenarbeit zusammen. Oberstes Ziel blieb die Konsolidierung der territorialen Kontrolle, die die Regierung aber umfassender als zuvor verstand (Ministerio de Defensa 2009: 36). Die Regionen teilte der Plan deshalb je in Konflikt- und Konsolidierungsphasen ein („kontrollieren, stabilisieren, konsolidieren" (Ministerio de Defensa 2007)). Mit einer Reihe von Programmen weitete die Regierung in „strategischen Zonen" (Präsidiale Direktive 2009) die Zusammenarbeit zwischen Militär und Zivilen Kräften weiter aus, und zwar ausdrücklich unter militärischer Befehlshoheit. So fallen Nothilfe und soziale Dienstleistungen, etwa das Sozialhilfeprogramm *Acción Social*, unter militärischen Befehl. Noch im selben Jahr schuf die Regierung über eine präsidiale Direktive (ebd.) bereits 5 regionale Koordinationsinstanzen (CCAI) (IV 12:113ff.; IV 04:137-40; Isacson/Poe 2009: 8ff.). An dieser wie an den zahlreichen anderen Direktiven und Dekreten zeigt sich, wie von Poulantzas (2002: 251) konstatiert, dass sich Entscheidungsprozesse hin zu Parallelmechanismen am Parlament vorbei verlagerten – obwohl die Uribe-Koalition den Kongress dominierte. Die Regierung Uribe griff massiv auf bestehende informelle Mechanismen zurück und verstärkte diese, um Politikstrategien durchzusetzen, und schwächte die institutionellen Verfahrensmuster, die politische Initiativen sonst kanalisierten.

Der früheren FARC-Hochburg La Macarena in Meta galt bereits mit dem Plan de Consolidación Integral de la Macarena (PCIM) ab 2007 ein Fokus der CCAI (vgl. zum PCIM Ibañez et al. 2011; Isacson/Poe 2009: 10). Laut Isacson/Poe (ebd.: 13) wagte sich aber das Staatspersonal dort wegen der Präsenz der FARC im Umland nicht mehr als fünf km über die Ortsgrenze. Den offiziellen Diskurs über eine völlig zurückgedrängte Guerilla strafte dies Lügen. Wesentlich ist der Ablauf des CCAI-Programms. Immer wieder sagten Einwohner aus, paramilitärische Gruppen zeigten Präsenz in der Region nach dem Eintreffen der Armee (HRW 2010: 72ff.; vgl. CIP Isacson/Poe 2009).[69] Einen „Risikobericht" der Personería über die vermehrte Anwesenheit paramilitärischer Vertreter seit Beginn der Militäroffensive stoppte das Verteidigungsministerium laut HRW (2010: 76) (vgl. IV 12:113-115; IV 4). Die in der Region ihre Arbeit aufnehmenden Justizinstitutionen (Staatsan-

68 Dabei handelte es sich um den späteren Sicherheitsberater der mexikanischen Regierung Calderón, Óscar Naranjo.

69 Human Rights Watch (HRW 2010: 75) zitiert eine Zeugin aus der Nähe von Vistahermosa (früher FARC-Stützpunkt) im Meta: „We lived under the pressure of the guerrillas [and] then the army came. […] and then the paramilitaries arrived in November 2008... When the paramilitaries arrived in November they said they were self-defense forces. [...] They say they're with the army and their boss will know if someone talks about them... It's the law of silence."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

waltschaft) schienen vornehmlich mutmaßliche Guerillasympathisanten zu verhaften, u.a. mit Methoden, die in anderen Landesgegenden als Echo paramilitärischen Vorgehens verstanden werden: Staatliche Militärkräfte versammelten häufig alle Gemeindemitglieder auf dem Dorfplatz und fragen dann nach FARC-Kollaborateuren (Isacson/ Poe 2009: 17). Die Kleinbauern, offiziell Nutznießer der CCAI-Programme, schienen dort unter grundsätzlichem Verdacht zu stehen, kriminell oder Guerillasympathisant zu sein, da die Region während des Friedensdialogs 1998 vom Staat freigegebenes Rückzugsgebiet der FARC war.

In der CCAI in den Montes de María im Osten des Landes mit geringer Guerilla-Präsenz dagegen füllte die Marine offenbar eine Art Polizeirolle aus, mit Kontrollstationen, Aufklärungsarbeiten, Anträgen auf Festnahme – und nahm es als hinderlich wahr, nicht allein Festnahmen durchführen zu dürfen (Gespräch mit Marinevertretern zit. in Isacson/Poe 2009). Aus den vier Landkreisen, die der Konsolidierungsplan fokussiert, wurden offenbar seit 1995 mehr als die Hälfte der dortigen Bevölkerung, 110.000 Menschen, vertrieben (ebd.;vgl. INDEPAZ 2011). Hier „demobilisierte" sich zwar der paramilitärische ‚Bloque Héroes Montes de María', doch neue narcoparamilitärische Verbände wie *Rastrojos* oder *Urabeños* erfüllten offenbar trotz Strafverfolgung durch die Marine ähnliche Aufgaben. Laut Isacson (2012: o.S.) festigt sich eine Transitökonomie für Kokain. Zugleich vollzog sich weiter eine rasche Landkonzentration (u.a. La Silla Vacía 2011b). Die Angst, das eigene Land zu verlieren oder in Zusammenhang mit Rückgabeforderungen bedroht zu werden, war (und ist) offenbar gerade in den CCAI-Zonen hoch und dort, wo der Markt über Land am dynamischsten ist. CODHES (2012: 26) weist auf sexuelle Übergriffe als Mechanismus der Vertreibung hin. Soll die massive Militärpräsenz die Bevölkerung schützen, dann ist es erstaunlich, dass die Anzahl der Vertriebenen aus den CCAI-Regionen 2011 die Hälfte der insgesamt im Land neu registrierten Vertriebenen ausmachte (ebd.: 3). Es gibt außerdem Aussagen, nach denen aktive Militärs in einigen Gemeinden Land aufkauften, was im vorgefundenen Kontext zumindest höchst problematisch ist. Dies bettet sich ein in die Wahrnehmung von Militärs als ökonomischen und teilweise mit *narco-paramilitares* verflochtenen Akteuren bzw. als heterogener und problematischer Apparat.

Da die Präsenz der *narco-paramilitares* just in diesen Gebieten und teils im Schlepptau des Militärs offenbar von den internationalen Kooperationspartnern ignoriert wurde,[70] ergaben sich zudem kuriose Zusammenhänge sowohl im Rahmen der Alternativen Entwicklungsprogramme als auch der CCAI. So flossen Gelder der USAID an landwirtschaftliche Projekte des *narco-paramilitar* alias ‚Macaco' (Ver-

70 Interessantes Detail ist das hier angesiedelte zivil-militärische Projekt der deutschen GIZ in der Macarena, denn auch die EU-finanzierten *Laboratorios de Paz* sind in die CCAI integriert (IV 12:112-115).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dad Abierta 2009).[71] Aus entwicklungstheoretischer Perspektive ist ein solches Programm bereits vom Ausgangspunkt her gezwungen, sowohl mit Kleinbauern – deren wirtschaftliche Chancen es erhöhen soll – als auch mit lokalen Regierungen zusammenzuarbeiten, die mit den ausführenden Kräften von Vertreibung und Massakern mindestens in der Vergangenheit kollaboriert haben. Tatsächlich befinden sich bäuerliche Gemeinden (die häufig bereits kollektive Gewalterfahrungen haben) in der Verschränkung von Militär- und Entwicklungsprogrammen in einem Spannungsverhältnis: Einerseits bewerten laut Isacson (2012) die von Landwirtschaftsprogrammen in den CCAI begünstigten Kleinbauernvertreter/-innen, die sonst ähnlich der indigenen Organisationen *Zonas de Reserva Campesina* fordern (vgl. ONIC 2011), die rasche Unterstützung, den Respekt, der ihnen entgegengebracht werde, und die Landwirtschaftsprogramme als positiv, andererseits kommt es zu Konflikten mit nicht begünstigten Nachbargemeinden. Der Nationale Kongress Indigener Organisation (2007) lehnte die unilateral verkündete Vernichtung von Kokafeldern von Hand ebenso ab wie die Besprühungen mit Gift. Die ganze Ambivalenz der zivil-militärischen ‚Entwicklungszusammenarbeit' und staatlicher Herrschaft allgemein wird hier deutlich, wenn staatliche Unterstützung an Kooptation und Repression gekoppelt wird, sozialstaatliche Institutionen und Militär zusammenfallen. Gerade kleinbäuerliche und indigene Fraktionen finden sich so häufig einer Situation, in der sich vielfache Bedrohungen mit geringen Wahlmöglichkeiten verschränken und sind von staatlicher Gewaltausübung am ehesten betroffen.

Höchst problematisch aus staatstheoretischer Sicht ist die Übernahme aller relevanten staatlichen Aufgaben (sozial, Bildungsbereich, Gesundheitsversorgung bei in der Gegend üblichen tropischen Krankheiten etc.) durch das Militär bis hin zu Trainings für Schulkinder zum Thema häusliche Gewalt. Eigentlich zivile Infrastrukturprojekte, den Bau von Schulen oder Brücken haben das Militär und die ihm unterstehende Unternehmensgruppe in Auftrag genommen. Wieder lohnt ein Interviewausschnitt:

71 Der paramilitärische ‚Bloque Central Bolívar' (BCB) unter alias ‚Macaco' erklärte 2009, er werde mindestens 36 000 Hektar an den Entschädigungsfonds für Opfer (*Fondo de la Reparación de las Víctimas*) zurückgeben. Laut dessen Anwälten wäre es dem Staat niemals möglich gewesen, diese Ländereien den *narco-paramilitares* zuzuordnen, da die Unternehmen (vor allem Cooproagrosur im Sur de Bolívar) „sauber" seien und sogar Kapital aus dem Plan Colombia und Kredite der Banco Agrario investiert sei. Die Kooperative war auf Anordnung des BCB 2002, mit dem Regierungswechsel, gegründet worden; 2004 erhielt sie 228 Mio. Pesos der USAID für technische Unterstützung und Ausbildung für den Anbau von Ölpalmen. Zwischen 1997 und 2007 wurden im Sur de Bolívar laut *Acción Social* mindestens 47.000 Menschen vertrieben (Ballvé 2009; Verdad Abierta 2009).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Es gibt heute in Kolumbien Gegenden, wo die Militärs die Zahnärzte des Dorfes sind. Sie sind die Ärzte des Dorfes. Es gibt kein Krankenhaus, kein Gesundheitszentrum, sie sind es, die das Soziale abdecken. Es ist normal im Rathaus einen Soldaten zu sehen, der als Psychologe alle Opfer [des Konflikts] in dieser Ortschaft betreut. Das heißt, eine Person, deren Sohn von der Armee selbst getötet, verschwunden oder außergerichtlich hingerichtet wurde, die jetzt wegen dieser Erfahrung ein psychosoziales Problem hat – diese Person geht zum Gemeindeamt, um behandelt zu werden, um irgendeine Unterstützung zu bekommen. (IV 12: 092-94). […] nein, diese Gemeinde […] hat nicht das Geld ein Krankenhaus zu bauen [...]. Aber da sich die Militärs dafür ja fortgebildet haben, haben sie dafür den Militärarzt. Sie haben einen Lehrer aus dem Militär. Das heißt, sie lösen alles über die Militärs. […] Aber viele Dinge sind sehr komplex. Selbst die Opfer von außergerichtlichen Hinrichtungen, da lebt vielleicht noch die Mutter, der Vater, von diesen Jungs oder Mädchen hier im Osten [Antioquias], aber wie werden die [Eltern] zu einem Militär gehen, damit der sie psychosozial betreut. Das ist doch... [bricht kurz ab]. […] Du gehst zu einem Gesundheitszentrum und sie diagnostizieren dir Leishmaniasis [häufige parasitäre Erkrankung, die tödlich sein kann, A.J.] aber in dem Gesundheitszentrum gibt es die Medikamente nicht, denn das hier sind kriegswichtige Medikamente, sondern du musst zum Militärstützpunkt, damit sie dir jeden Tag die Glucantin-Spritze geben.“ (IV 12:126-129, 132).

Kritisch-ironische Kommentare in der nationalen Presse, etwa des Soziologen Alfredo Molano, blieben nicht aus, änderten aber nichts an den lokalen Kräftekonstellationen:

„Das Militär hat begonnen, alle Infrastrukturprojekte an sich zu ziehen, Bauernorganisationen zu gründen, die Bauern mit einem Reisezirkus zu unterhalten und, auch wenn es das Land überraschen mag, Menschenrechtsworkshops zu geben.“ (El Espectador 2008c).

Die psychosoziale Versorgung von Gewaltopfern wird in einem Kontext des bewaffneten Konflikts, in dem die unbewaffnete Bevölkerung nachweislich (Grupo de Memoria Histórica 2013) am stärksten von Gewalttaten betroffen ist, von einer beteiligten Partei, also möglichen Tätern übernommen. Tatsächlich zerstört der Staat bestehende gesellschaftliche Vernetzungen (*tejido social*), wenn das Militär z.B. Kleinbauernorganisationen gründet, obwohl bereits gut vernetzte Basisorganisationen bestehen (CODHES 2012: 24; vgl. Isacson 2012). Auch hier ist die Art der Vermittlung zwischen Staat und lokaler Gesellschaft bzw. der Zugang zu diesen lokalen Repräsentanten des Staates klassenbasiert. Indem sie zivile Regierung zumindest teilweise ersetzen, formen militärische Befehlsstrukturen diese Selektivitäten um; der Staat wirkt anders auf die Kräfteverhältnisse zurück als zuvor.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zerfallende Allianzen, umkämpfte Institutionen

Immer wieder werden Erklärungen und Aussagen vor Gericht darüber öffentlich, wie eng Militär und *narco-paramilitares* zusammenarbeiteten: z.B. sagte der Paramilitär und Bananenproduzent Raúl Hasbún in einem Interview (Semana 2012b), man habe im Urabá (Antioquia) eine Kaserne genutzt, die direkt neben der XVII. Brigade der Armee lag und darüber hinaus mit Armee, Polizei, DAS u.a. auf gleicher Ebene zusammengearbeitet.[72] Dennoch führte der Rückgriff auf irreguläre Kräfte trotz der fließenden Beziehungen zwischen Machtzentren und irregulären „Apparaten" zu Widersprüchen innerhalb des *counterinsurgency*-‚Machtblocks' und infolgedessen innerhalb der Staatsapparate (vgl. Franco Restrepo 2009: 397). Einerseits zählt zu diesen Widersprüchen die beschriebene Allianz zwischen Exekutive und der *cúpula paramilitar*, die 2006 bereits auseinanderzubrechen begann, andererseits Konflikte zwischen Exekutive und Teilen der Judikative.

Diese Brüche genauer nachzuvollziehen erlaubt erstens zu zeigen, inwiefern tatsächlich die „Verquickung von Staatlichkeit, Unternehmertum und Gewaltkriminalität in vielen Regionen Kolumbiens so weit fortgeschritten [ist], dass die Phänomene nicht mehr sinnvoll voneinander unterschieden werden können" (Zelik 2009: 253), und zweitens, dass die grundlegenden Bedingungen für diese Verquickung, die rechtliche Verankerung des von mafiosen Kräften mit vorangetriebenen Wirtschaftsmodells und die damit einhergehenden Transformationen des Staates trotz der sich auftuenden Konflikte Bestand haben.

Wie kam es zum Bruch zwischen Exekutive und *cúpula paramilitar*? Für die Präsidentschaftswahlen 2006 waren die *narco-paramilitares* noch wichtige, unterstützende Kräfte des erneut antretenden Uribe.[73] Kurz danach zeigten sich bereits deutliche Brüche. Zwar waren sie für das Wahlergebnis noch zentral – während des Wahlkampfs musste die Regierung eine Krise mit dieser Fraktion verhindern. Doch die Präsidentschaftswahlen 2006 bilden einen Wendepunkt: Die z.B. in Uribes Reden offensichtlich zutage tretende Unterstützung der *narco-paramilitares* rief Unzufriedenheit auch in den städtischen Mittelklassen hervor, führte zur Einigung unterschiedlicher linkspolitischer Strömungen für ein gemeinsames gegenhegemoniales

72 Hasbún behauptet: „Ich hatte Befehlsgewalt. Nicht direkt, aber indirekt. Armee, Staatsanwaltschaft, Polizei, DAS, Sijín, alle Institutionen hörten auf uns. Bei uns kamen alle Informationen an, wir stellten einen Bericht zusammen, den wir allen schickten. Die große Mehrheit der Operationen in Urabá liefen gemeinsam." Weitere Aussagen stützen Hasbúns Behauptungen; exemplarisch: „In der ganzen Zeit, die ich in der Armee war, hat man immer gearbeitet, als wären wir eine einzige gemeinsame Kraft Armee-Polizei-Paramilitärs." (Berufssoldat vor Procuraduría General am 22.02.1999 zit. in Franco Restrepo 2009: 368).

73 Dass der Präsident in Gebieten mit AUC-Präsenz durch Drohung und/oder Stimmenkauf weit mehr Wahlstimmen erlangte, zeigen u.a. Acemoglu/Robinson/Santos (2009).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Projekt und mündete in relativen Erfolgen des Linksbündnisses PDA (dessen Präsidentschaftskandidat Carlos Gaviria erhielt 2006 ca. 20 % der Stimmen) (vgl. u.a. Basset 2008). Eine dem Demobilisierungsprozess gegenüber zunehmend kritische Presse beschrieb die zur Schau gestellte ökonomische Macht der Paramilitärs, die Hubschrauber, teure Autos und Kleidung kauften (El Tiempo 2006c), selbst wenn sie die zugrundeliegende strukturelle Verschränkungen zwischen Staat und AUC noch wenig beleuchtete. Besonders die gesetzliche Legalisierung (auch des illegal erwirtschafteten Besitzes) mittels des JyP-Gesetzes brachte Spannungen und Widersprüche mit sich, die sich Ende 2006 verschärften.

Kurz nach der Vereidigung Uribes für eine zweite Amtszeit nahmen staatliche Kräfte 14 paramilitärische *jefes* doch noch fest, kurz nach deren letztem Treffen mit dem Hochkommissar für Frieden Restrepo, bei dem sie einmal mehr darauf bestanden hatten, keine Gefängnisstrafen abzusitzen. Die juristische Figur der *conducción* (ähnlich dem *arraigo* in Mexiko) erlaubte die Festnahme ohne Haftbefehl; dann wurden sie in die Haftanstalt La Ceja verbracht (ebd.). Entsprechend dem wachsenden Druck, sich von den *narco-paramilitares* abzugrenzen, bekräftigten die wichtigsten Unternehmerverbände (z.B. ANDI, SAC, ASocana, FEDEGAN) wenige Monate später ihre Unterstützung für den „Friedensprozess" mit der AUC, konstruierten sich selbst aber als legale Unternehmer ohne Verbindungen zum Paramilitarismus und distanzierten sich von den „Kriminellen" (Consejo Gremial Nacional 2006). Im November 2006 drohte der untergetauchte AUC-*jefe* Vicente Castaño (2006) dem Hochkommissar für den Frieden Restrepo („Denken Sie daran, Doktor Restrepo Ramírez, dass Versprechen wie Schulden sind"). [74] Er verwies auf die informellen Treffen von 2002 (Protokoll AUC 2002a) und kritisierte, die Regierung habe ihnen informell immer wieder zugesichert, sie weder auszuliefern noch lange Gefängnisstrafen zuzulassen. Anfang Dezember verbrachte die Regierung 59 AUC-*jefes* ins Hochsicherheitsgefängnis Itagüí, angeblich wegen einer geplanten Flucht. Tags zuvor hatte Präsident Uribe erklärt, sie seien nun als Kriminelle zu betrachten. Einige *narco-paramilitares* protestierten vehement (u.a. mit offenen Briefen, in denen sie den JyP-Prozess aufkündigten) und warfen der Regierung Wortbruch, fadenscheinige Argumente und das Kappen ihrer Beziehungen zu den Regionen vor (Movimiento Nacional de Autodefensas Desmovilizadas 2006, vgl. El Colombiano 2006b).

Doch zugleich führten die *jefes* vom Gefängnis aus wie selbstverständlich ihre transnationalen Geschäfte weiter, gaben Morde in Auftrag oder ließen Waffenarsenale reaktivieren (die Semana 2007b konnte entsprechende Aufnahmen von Tele-

74 Die Sorge, das Verfassungsgericht könne das Gesetz 975 (JyP) stark modifizieren, habe Minister Sabas Pretelt beruhigt mit der Aussage, die Regierung habe in jedem Fall Möglichkeiten, den *narco-paramilitares* ihre Zusicherungen zu erhalten, notfalls mit einem weiteren Gesetz (Castaño 2006).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fongesprächen veröffentlichen).[75] An der Person des ehemaligen Kommandanten des Bloque Central Bolívar, alias ‚Macaco', werden die Brüche ebenfalls deutlich: Die Regierung schloss ihn vom JyP-Prozess aus, nachdem die genannten Presseberichte kritisierten, er habe nach der Demobilisierung vom Hochsicherheitsgefängnis aus Kokainhandel betrieben (Semana 2007b), überstellte ihn auf ein Schiff außerhalb kolumbianischer Hoheitsgewässer, ließ ihn dort angeblich foltern und lieferte ihn schließlich an die USA aus (IV 04; vgl. Camacho Guizado 2009: 44). Als einige der *narco-paramilitares* im Zuge der wachsenden Spannungen in ihren Anhörungen im Rahmen der JyP-Verfahren Verbindungen zu Politikern offenzulegen begannen, kam es in der Folge zu einer Welle an Morddrohungen und Morden an Angehörigen der Paramilitärs (IV 4:161f.).[76] Im Mai 2008 lieferte die Regierung Uribe in einer vielbeachteten Nacht- und Nebelaktion 14 führende *narco-paramilitares* an die USA aus, die ihnen ausschließlich Vergehen im Zusammenhang mit Kokainhandel vorwirft. Der kolumbianischen Justiz sind sie dadurch entzogen; die Justicia-y-Paz-Prozesse verliefen großteils im Sande.

Entscheidende Faktoren für diesen Bruch zwischen der Regierung Uribe und der *cúpula paramilitar* waren die folgenden: Erstens gerieten offensichtlich aktive Politiker der Regierungskoalition selbst unter Druck der Justiz, sobald *narco-paramilitares* ihre Verbindungen zu ihnen offenlegten, und trieben, ihre Position nutzend, die Auslieferung voran (so jedenfalls die Positionierung von Menschenrechtsorganisationen dazu, González/Carreño 2008). Zweitens sollte die wachsende Kritik an den offenen kriminellen Verflechtungen die wachsenden Investitionen nicht gefährden; so musste die Regierung zumindest symbolisch ihre Verbindungen mit den *narco-paramilitares* aufkündigen. Drittens gerieten den herrschenden Fraktionen selbst die *narco-paramilitares* zur ernstzunehmenden Konkurrenz.

75 U.a. zeigt ein Telefongespräch der damaligen Gefängnisdirektorin Yolanda Rodríguez mit einer Kollegin über ihre Versetzung in ein anderes Gefängnis, wie direkt die Verbindungen der einsitzenden *jefes* zur Exekutive weiterhin waren: „Die Gegend ist schwierig und so, aber wenigstens werde ich mich dort wirklich als Direktorin fühlen. Hier sage ich nein, und dann rufen sie sofort den Generaldirektor an oder den Hochkommissar für Frieden oder den Minister, oder den Präsidenten... Also sage ich nein, und dann rufen die von oben mich an, dass doch. So geht das die ganze Zeit." (Semana 2007b).

76 „[...] Welle von Morden an ihren Familienangehörigen, Anwälten, Kindern, um sie zu zwingen, das Schweigen aufrecht zu erhalten, viele ihrer Familienangehörigen sind ermordet worden [...] Bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, den Prozess [*Justicia y Paz*] wieder aufzunehmen. Einer dieser paramilitärischen *jefes*, seine Anwälte wurden erst letzte Woche ermordet" (IV 4:162). Beispiel ist der Fall des ermordeten Paramilitärs Villalba, der Präsident Álvaro Uribe in seinen Aussagen schwer belastete (González Uribe/CCAJAR 2010).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eben weil Regierungsvertreter sich selbst juristisch bedroht sahen, verdeutlichen sich die Widersprüche zwischen herrschenden Klassenfraktionen und in Apparaten zudem anhand der Konfrontation zwischen Exekutive und Oberstem Gerichtshof (der einzigen Institution, auf deren personale Besetzung der Präsident keinen Einfluss hatte).[77] Auslöser des Konflikts war die Tatsache, dass das Oberste Gericht nach belastenden Aussagen von *narco-paramilitares* und aufgrund journalistischer Arbeiten mehrere Verfahren gegen Senator/-innen und Repräsentanten aufnahm.[78] In der Anklage war meist die Rede von aktiven Verbindungen zu *narco-paramilitares*, die von logistischer Unterstützung bis zur Kandidatur im Sinne der Paramilitärs reichten. Im Fokus standen zunächst die Unterzeichner des erwähnten Pacto de Ralito von 2001 zwischen Politikern und *narco-paramilitares* (zu Ralito El Tiempo 2007a). Hatte Pablo Escobar in den 1980er Jahren sein Mandat rasch wieder aufgeben müssen und machten die im Proceso 8.000 in den 90er Jahren verurteilten Politiker 12 % der Kongressmandate aus, so zeigen die aktuelleren Zahlen die Ausweitung der keineswegs neuen Verbindungen zwischen Drogenhandel, Paramilitarismus und Politik, auf laut der Generalstaatsanwaltschaft vermutlich ein Drittel der Kongressabgeordneten, Bürgermeister und Gouverneure (Fiscalía General de la Nación 2012; Generalstaatsanwaltschaft 2010 zit in López Hernández 2010b: 76). Bis 2010 ermittelte sie gegen 39 % der 2002 gewählten Kongressabgeordneten (102 Personen) wegen Verbindungen zu Paramilitärs; 8 von 10 kamen laut López (ebd.: 31, 33, 51) aus der Regierungskoalition, waren 2006 meist wiedergewählt worden. Einige saßen in Haft, einige sind flüchtig, andere erreichten inzwischen ihre Freilassung; häufig betrugen die Haftstrafen effektiv kaum mehr als 18 Monate. Abgeordnete wie Eleonora Piñeda und Rocío Arias, die zuvor im Präsidialamt ein- und ausgegangen waren und eng mit dem Präsidenten zusammengearbeitet hatten, verloren ihre Posten nun (IV 11:166; Semana 2008b). Die Verbindungen des Präsidenten zu zweifelhaften gesellschaftlichen Sektoren waren allerdings bereits während seiner Kandidatur nicht zu leugnen und konnten später nicht überraschen, auch wenn der Verlauf dieser Verschiebungen, Brüche und Allianzen kontingent war. So schrieb El País (2002):

„Der Aufstieg der Kandidatur Uribes zog Leute an wie die Flöte von Hameln: Ehrliche Leute mit guter Absicht und andere von zweifelhafter Art, darunter undurchsichtige Senatoren und regionale Bosse, wollen dem nahe sein, der im August Präsident sein könnte."

77 Den Consejo Superior de la Judicatura beispielsweise, zuständig für Haushalt und Disziplinarverfahren in der Judikative, und die Richter des Verfassungsgerichts besetzte der Präsident selbst aus seiner Koalition.

78 U.A. machte der bekannte Abgeordnete Gustavo Petro, späterer Bürgermeister von Bogotá, Rechercheergebnisse im Kongress öffentlich.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die juristischen Verfahren sind eng mit dem Bruch mit den *narco-paramilitares* verknüpft: Just zwei Tage, bevor sich das angespannte Verhältnis mit der *cúpula paramilitar* in deren Überstellung ans Hochsicherheitsgefängnis Itagüí entlud, bat Präsident Uribe 2006 auf dem Kongress der Kaffeeproduzenten öffentlich darum, die unter Verdacht stehenden Kongressmitglieder mögen doch bitte, solange sie noch nicht im Gefängnis seien, seine Gesetzesinitiativen durchwinken.[79] Erst Ende 2007 und im Frühjahr 2008 spitzte sich die Krise deutlich zu, als immer mehr aktive Politiker der Regierungskoalition Ermittlungen unterlagen (IV 19:27-28, vgl. IV11). Der Cousin des Präsidenten, Mario Uribe, verlor sein Senatsmandat bereits Anfang 2007. Nachdem die costaricanische Botschaft ihm sein Gesuch um politisches Asyl (!) verwehrte und es in Bogotá zu öffentlichen Protesten kam, wurde Mario Uribe Mitte 2008 festgenommen. Die Exekutive reagierte auf den Vorgang empört mit öffentlichen Angriffen auf das Oberste Gericht und intervenierte höchst selektiv: Nachdem der Präsident des Obersten Gerichtshofs, César Julio Valencia, ein Telefongespräch vom 26.09.2007 öffentlich machte, in dem ihn der Präsident unter Druck gesetzt habe, seinen Cousin und ehemaligen Kongressvorsitzenden Mario Uribe nicht zur Aussage zu zwingen, reichte Präsident Uribe Klage gegen Valencia ein und schlug konsequent vor, dem Obersten Gericht die Kompetenzen zu entziehen und für derartige Vergehen von Parlamentariern ein neues Spezialtribunal zu errichten (IV 3:182-191; IV19:011; IV 16:051; BBC Mundo 2007, vgl. zur späteren Entwicklung Semana 2010c). Human Rights Watch (2010: 27) bezeichnete die Affäre als „what looks like a concerted campaign to smear and discredit the court."

Tatsächlich weitete sich der Konflikt der Exekutive mit Teilen der Judikative noch aus, als die ehemalige Abgeordnete Yidis Medina Anfang 2008 öffentlich machte, sie sei 2004 bestochen worden, um im letzten Moment die Verfassungsänderung zu unterstützen, die eine Wiederwahl Uribes ermöglichte. Der Oberste Gerichtshof verurteilte Medina daraufhin Ende Juni 2008 erstaunlich rasch wegen Bestechlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von 47 Monaten (Semana 2008c). Für die Regierung war das Urteil zentral, weil die Richter die Rechtmäßigkeit und Gültigkeit der Verfassungsänderung anzweifelten, da diese durch Bestechung zustande gekommen sei. Kurzzeitig schien es daher, als könnte die Wiederwahl Uribes von 2006 annulliert werden. Präsident Uribe warf dem Gericht deshalb Machtmissbrauch und „selektive" Justiz vor und stellte dessen Arbeit infrage (IV16:50) (ebd.). Dem Präsidenten nahe stehende Persönlichkeiten wie José Gaviria Obdulio (zit. In La Silla Vacía 2011c), mitverantwortlich für das politische Programm, ergingen sich immer wieder in Anschuldigungen gegen das Oberste Gericht, das „politisiert"

79 „Ich werde alle Kongressabgeordneten bitten, die uns unterstützt haben, dass sie, solange sie noch nicht im Gefängnis sind [*mientras no estén en la carcel*], für die Transfers stimmen, für die Kapitalisierung von Ecopetrol." (Uribe Vélez 2006).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sei und dem einzig das „Volk“, das Uribe gewählt hatte, als „demokratische Kraft“ entgegenstehe. Nichtregierungsorganisationen bezeichnete er dagegen als „Resonanzkoffer des Terrorismus.“

Das tatsächliche Ausmaß der Widersprüche zwischen diesen unterschiedlichen Fraktionen und staatlichen Apparaten wurde erst wesentlich später bekannt: Der Geheimdienst DAS überwachte, so die Aussage des bekannten *narco-paramilitar* ‚Don Berna‘ (Semana 2012a) mit seiner Hilfe, systematisch und umfassend den Magistrat des Obersten Gerichts, ihre Familien und als oppositionell geltende Personen (Menschenrechtsverteidiger, Journalisten) (IV16:050; vgl. IV10, IV19, IV11) mittels Abhörungen, Überwachung der Wohnungen, Beschattungen etc.:

„Jetzt, da wir diese Berichte kennen, ist uns klar geworden, dass viele Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger sich mit Details decken, die in den Berichten vorkommen. […] Sie mieteten eine Wohnung gegenüber von uns, durchwühlten sogar den Müll. Wir wissen, dass sie ins Haus eindrangen, wenn wir nicht da waren. Sie haben meine Kinder zu ihren Universitäten verfolgt und meine Frau auf der Arbeit fotografiert. Es gibt Berichte über alles, was in unserem Haus passierte, Tag für Tag.“ (Interview mit dem Menschenrechtsanwalt und Opfer von illegalen Überwachungen Alirio Uribe, Jenss 2010a).

Unmittelbar nachdem der Gerichtshof 2007 die Ermittlungen gegen Mario Uribe, den Cousin des Präsidenten, aufnahm, begannen die Bespitzelungen durch Sonderheinheiten des DAS – offenbar auf Befehl des Präsidialamts und akribisch dokumentiert in hunderten Akten (Semana 2011c). Diese sogenannten *chuzadas* entfalteten sich als konzertierte Diskreditierungsstrategie der Exekutive gegen einen Teil der Judikative und mündeten in der inzwischen juristisch erwiesenen Tatsache, dass

„ein Großteil der Aktivitäten des Geheimdienstapparats darin bestand, sich Straftaten für die Richter des Obersten Gerichtshofs auszudenken, angebliche Verbindungen mit dem Drogenhandel zu schaffen und sogar den Richtern Fallen zu stellen, die ihre Arbeit [...] delegitimieren könnten. […] Was die Skandale des DAS angeht, gab es Aktionen wie dass sogar die Señora, die im Obersten Gerichtshof Kaffee serviert, eine eingeschleuste Agentin des DAS war, die Aufnahmegeräte [Wanzen] unter den Tischen der Richter anbrachte, um ihre Sitzungen abzuhören. Die Chauffeure der Richter... also eine unerbittliche Spionage und Verfolgung ihnen und ihren Familienangehörigen gegenüber, die letztlich einen großen Konflikt hervorrief, und viele demokratische, soziale Sektoren unterstützten die Arbeit des Obersten Gerichtshofs – aber sagen wir es so, das war drauf und dran, die gesamte Institutionalität zu zerreißen.“ (IV 4:219-221).

Laut Wikileaks-Dokumenten aus der US-Botschaft machten sich mehrere Kabinettsmitglieder der Uribe-Regierung gegenseitig für die Überwachungen und für die Gründung der Spezialeinheit G3 des DAS verantwortlich, die sich ausschließlich

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit der Verfolgung von Oppositionellen beschäftigen sollte (United States Embassy 2008, vgl. La Silla Vacía 2011c). Die Anschuldigungen wegen der extremen Spionagetätigkeiten, die nicht nur den Gerichtshof, sondern Journalisten, Menschenrechtsanwälte und Oppositionelle betrafen, richteten sich nicht nur gegen den ehemaligen Direktor des DAS, Jorge Noguera, sondern seine Nachfolger Peñate und María del Pilar Hurtado, die daraufhin politisches Asyl (!) in Panamá beantragte, da sie vor juristischer Verfolgung in Kolumbien nicht mehr sicher sei (Verdad Abierta 2011f). Die von Poulantzas herausgearbeitete Heterogenität des Staates findet hier extrem deutlichen Ausdruck.

Angesichts der überwältigenden, nachweislichen Beziehungen von Abgeordneten zu den *narco-paramilitares* oder ihre direkte Beteiligung an der illegalen Ökonomie (vgl. u.a. Semana 2006b) ist ein Gutteil der Parteien aus der Uribista-Koalition (Colombia Viva, Colombia Democrática, Alas Equipo Colombia, Convergencia Ciudadana) mit Pécaut (2004: 67) als *microempresas electorales* zu bezeichnen. Sie waren und sind schlichte Interessenvertretung für die Grauzone aus legalen/illegalen Akteuren und wurden häufig erst nach der Wahl Uribes 2002 von dessen Unterstützern gegründet. Bei den Wahlen 2006 übernahmen in zahlreichen Fällen Verwandte und Ehefrauen die Mandate der wegen Verbindungen zum Paramilitarismus/ Drogenhandel festgenommenen Abgeordneten.[80] Häufig wechseln Abgeordnete ohnehin von Partei zu Partei und nehmen im originalen Sinn des Begriffs ‚Klientelismus' ihre Wahlklientel mit (vgl. Gutiérrez Sanín 2006: 163). Die meisten der sogenannten *parapolíticos* (u.a. Dieb Maloof, Habib Merheg und Miguel de Espriella, der den Pacto de Ralito mit unterzeichnet hatte (Semana 2006b, Verdad Abierta 2012)) saßen zuvor in den zentralen Senatskommissionen 3, 4 und 5 (Agrar-, Wirtschafts- und Haushaltsthemen) und setzten das Gesetz JyP mit

80 Die Schwester von Álvaro García Romero, der wegen der Anordnung eines Massakers im Jahr 2000 an 15 Bauern und Bäuerinnen zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, Teresita García, nahm beispielsweise 2010 für die PIN (Patei der Nationalen Integration) ein Senatsmadnat an. Sie war bis 2008 Generalkonsulin Kolumbiens in Frankfurt am Main. 2010 registrierte die Wahlbeobachtungsmission im Vorfeld der Parlamentswahlen mindestens 80 Kandidat/-innen mit ähnlichem Hintergrund, fast alle aus der Regierungskoalition (vgl. Jenss 2010b). Regierungsvertreter hatten sich geäußert, Parteien wie Alas Equipo Colombia sollten sich auflösen, da sie dem Präsidenten schadeten, obwohl, so ein Interviewpartner, Uribe ihre Gründung befördert hatte. „Sie standen hinter seiner Kampagne, er machte für all diese Parteien Werbung. Während der Wahlen sagte er, stimmt für Cambio Radical, Alas Equipo Colombia […] Jetzt will keiner mehr was von ihnen wissen, ja? Das gleiche ist mit Rocío Arias und Eleonora Piñeda passiert, die „*uña y mugre del presidente*" (mit dem Präsidenten so eng waren), die verbrachten jeden Tag im Präsidialamt und nachdem sie sich als Paramilitärs präsentierten, kennt der Präsident sie jetzt nicht mehr." (IV 11:166ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durch; für das Gesetz waren sie Schlüsselakteure.[81] Diese Politiker waren nicht nur ‚weiße' Viehzüchter aus Antioquia, sondern auch von USAID finanziell unterstützte afrokolumbianische Mandatsträger. Obwohl die AUC ein rassistisches Weltbild vermittelten, gab es ‚afrokolumbianische' Paramilitärs (La Silla Vacía 2011a). Dies bestätigt die Vielfältigkeit der Verflechtungen, unterstreicht aber nur den Klassencharakter der Kongressentscheidungen. Doch die die meisten der Kongressabgeordneten stammten aus den alteingesessenen Politikerfamilien der Frente Nacional (Uribe, Jattin, Vives, de la Espriella, Valencia Cossio) (vgl. López Hernández 2010b: 56). Von wenigen ‚schwarzen Schafen' kann ebenfalls nicht die Rede sein, wie López (2010b: 51) herausstreicht:

„Die Machtstrukturen der Kongressabgeordneten, die unter Ermittlungen stehen und der illegalen Organisationen, mit denen sie in Verbindung stehen, umfassen Hunderte Bürgermeister, Repräsentanten, Stadtratsmitglieder und Verwaltungsleute, vom Herz des Präsidialamts der Republik bis zu kleinen Verwaltungsstellen in der Provinz."

Der ehemalige Generalstaatsanwalt äußerte beispielsweise, dass es in den meisten Fällen offensichtlich die regionalen herrschenden Klassen waren, die mithilfe der *narco-paramilitares* gegen Entführungen vorgingen, aber ebenso ihre Besitztümer ausweiteten oder ihre politische Karriere vorantrieben; so sei beispielsweise der Paramilitarismus in Sucre ein „bewaffnetes Projekt der eigenen politischen Klasse" (ebd.: 53) beider großer Parteien gewesen. Ausgerechnet die Montes de María, die das Raumordnungsprojekt der CCAI zur Schlüsselregion erklärte, wurden als ein Zentrum des *parapolítica*-Skandals bekannt, als lokales Staatspersonal der Exekutive und Legislative eine bemerkenswerte Anzahl seiner Mitglieder (Senatoren, Gouverneure) Ermittlungen gegenüber sah. Allein in der Ortschaft El Carmen wechselte u.a. deshalb 2009 36 Mal der Bürgermeister (Isacson 2012). Auch der Sicherheitschef des namhaften Viehzuchtverbandes FEDEGAN kam wegen *parapolítica*-Verbindungen in Haft. Doch die Patronage-Netzwerke blieben nach den Festnahmen weitgehend intakt.[82] Letztlich gingen viele Kongressabgeordnete straflos aus, obwohl der Oberste Gerichtshof seine Arbeit weiterführte: Bis zum Ende der Amtszeit

81 Zulema Jattín (ehemalige Senatsvorsitzende), Armando Benedetti, Adriana Gutiérrez standen alle drei später vor Gericht, so wie der Cousin des Präsidenten, Mario Uribe. 5 der 6 Unterzeichner des Pacto de Ralito aus dem Kongress stimmten für das JyP-Gesetzesprojekt und für die beiden strittigen Artikel zum politischen Status und Verkürzung der Haftstrafen (vgl. die Untersuchung von Ungar/Cardona 2010a: 315).

82 „Und wenn ein Kandidat sich aufstellen lässt [...] gibt es immer eine zweite Macht […] sie machen vorher aus, wer Bürgermeister wird, welches die Ratsmitglieder werden […] lokal, regional ist das so gewesen. Diese Praxis gibt es so dreist und offen mindestens seit dem Jahr 2000." (IV 12:082-83).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Uribes waren es im Rahmen der Justicia-y-Paz-Prozesse gerade 2, bis 2012 9 rechtskräftige Urteile gegenüber 384.656 aufgenommenen Ermittlungen insgesamt und über 2.000 an die „gewöhnliche" Justiz übergebenen Fällen von Politikern und Militärs (Fiscalía General de la Nación 2012; dies. zit. in López Hernández 2010b: 77). Häufig wurden umgekehrt Verfahren eingestellt, immer wieder verzögert oder gar nicht erst aufgerollt.

Zwar sah sich ein Teil des Staatspersonals, das der Regierung Uribe nahestand, tatsächlich Ermittlungen gegenüber oder saß sogar Gefängnisstrafen ab. Doch der Skandal um die parapolítícos heißt nun gerade nicht, dass eine Gruppe korrupter, als Politiker verkleideter Krimineller sich zeitweise Zugang zum legislativen Apparat und zur Exekutive verschafften. Denn die Ermittlungen und der teilweise Austausch des Kongresspersonals sind spezifischen Konflikten und Kräftekonstellationen während der zweiten Amtszeit Uribes geschuldet. Sie sind zudem Ausdruck davon, dass innerhalb des Blocks an der Macht selbst die Präsenz dieser in der Grauzone aufgestiegenen (Klassen-)Fraktion und die neuen Formen politischen Handelns als zunehmend beunruhigend wahrgenommen wurde (IV 11:19). Die Verfahren des Obersten Gerichts gegen Regierungskoalitionäre und die Konfrontation zwischen dem Personal des Gerichtshofs und dem Präsidialamt zeigen, dass unterschiedliche Fraktionen der herrschenden Klassen in den Institutionen präsent waren und sich aus den Transformationen der Apparate ab 2002 handfeste Konflikte ergaben.

Auf den rassistisch und klassenspezifisch selektiven Umgang des Staates mit Protesten hatten die Konfrontationen in den Apparaten dagegen praktisch keine Auswirkungen: Als 2008 in einer als *minga indígena* bekannten Mobilisierung laut Eigenangabe ca. 30.000 Menschen monatelang protestierten und Straßen besetzten, bezeichnete die Regierung diese wiederholt als Terroristen. Offensichtlich genügte das, indigene Forderungen tatsächlich weitgehend zu diskreditieren und unsichtbar zu machen. Es gab mehrere Tote. Dass die Regierung Dialogversprechen nicht im Mindesten einhielt und die Forderung nach UN-Beobachtern ignorierte, zeige die Abwehr jedes in gesellschaftlichen Mobilisierungen ausgehandelten Kompromisses, so die Organisatoren in einem Brief an den Präsidenten (Minga Indígena 2008). Hier blieb das Oberste Gericht bspw. untätig. [83]

Die Interessenkonvergenz zwischen Regierenden, Sicherheitsapparaten und der illegalen Ökonomie schlug sich auch darin nieder, dass Staatspersonal, das in den Blick der Ermittlungen geraten war oder geraten könnte, versetzt wurde, häufig in Konsulate und Botschaften (z.B. der ehemalige Geheimdienstchef Noguera). In an-

83 Die zunächst meist in indigenen Organisationen vernetzten Protestierenden forderten Garantien für die Menschenrechtsarbeit, „integrale Entschädigungen" für die Opfer und Rückkehrmöglichkeiten für die Vertriebenen; grundlegende Rechte auf Gesundheit und Wasser, doch innerhalb der *minga* gab es Konflikte um basisdemokratische Mechanismen und Ausrichtung (Minga Indígena 2008; vgl. Rozental 2009).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deren Fällen nutzte die Exekutive ihre Kompetenzen, der Legislative Personen für Posten vorzuschlagen.[84] Zuständigkeiten für Verfahren konnten entzogen und verschoben werden; Verbrechen wurden umdefiniert oder Ermittlungsfunktionen an (möglicherweise involvierte) Militärs übertragen, die Kriminalitätspolitik völlig selektiv umgesetzt. Tatsächlich kriminelle Praktiken (Franco Restrepo 2009: 240) finden sich im Verschwindenlassen von Beweisen, heimlichen Vereinbarungen über die juristische Nicht-Verfolgung, falschen Zeugen oder Tatortveränderungen. Zelik (2010:o.S.) stellte bereits fest:

„Die Paramilitärs setzten die gefährdete ökonomisch-politische Ordnung mit Hilfe einer brutalen Ausnahmegewalt neu durch. Obwohl sie als illegaler (jedoch staatsnaher) Akteur außerhalb des Rechts standen, wirkte ihre Gewalt [im Sinne Walter Benjamins] Recht ‚setzend' und ‚erhaltend.'"

Setzt man dies in Bezug zu Poulantzas' Staatstheorie (2002), so liegt seine Feststellung nahe, dass der Staat inner- wie außerhalb des Rechts agiert, selbst wenn zugleich rechtliche Festschreibungen modifiziert werden, um veränderten Kräfteverhältnissen zu entsprechen. Die Politik der Regierung Uribe entsprach insofern „einem historischen Kontinuum und vertieft und perfektioniert die Politik" vorheriger Regierungen (Angarita Canas 2012: 28), veränderte aber zugleich auf bemerkenswerte Weise die rechtlichen Rahmenbedingungen. Daran änderten die Bemühungen des Obersten Gerichts nur relativ wenig. Der permanente Rechtsbezug ist auffallend: Immer wieder betonte die Regierung formale Normen und betrieb die formale Ausweitung von Kompetenzen aktiv. Doch parallel dazu ging die informelle Ausweitung des Spielraums in den umgesetzten Praktiken noch wesentlich weiter.

V.2.5 Akkumulationsräume und Un-/Sicherheit: Die Konsolidierung der Politik der Demokratischen Sicherheit

Der folgende Teil arbeitet die Auswirkungen der staatlichen Politik der *Seguridad Democrática* auf unterschiedliche sozialstrukturelle Segmente und deren Positionierung zu dem Hegemonieprojekt heraus, das die Regierung Uribe förderte. Die Konstruktion von einer militärischen ‚Wiedergewinnung' des Staates, die Gesetze, die in konfliktiven Prozessen durchgesetzt wurden und staatliche Politikstrategien bezogen sich durchgehend auf wirtschaftliches Wachstum als erklärtem Ziel. Die Regierung sah die militärische Sicherung als Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik und

84 Ein Beispiel ist das Amt des Procurador General: auf diesem Posten erlangte der Uribe nahe Alejandro Ordóñez bedeutenden Einfluss in der Judikative und gegenüber dem aktuellen Präsidenten (Semana 2013b).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verknüpfte die beiden Felder explizit (vor allem Presidencia de la República Colombiana 2006b; Ministerio de Defensa 2009), wie die obigen Abschnitte zeigen. Diese Verknüpfung bildete die Basis des zunächst erfolgreichen Hegemonieprojekts.

Die Wirtschaftspolitik Uribes war kein Bruch mit den Vorgängerregierungen, sondern intensivierte die seit den 1990er Jahren umgesetzte Umstrukturierung: Erklärte Strategie der Regierung Uribe war „die Integration Kolumbiens in die Weltökonomie [zu] beschleunigen [...]; dafür ist ein neuer rechtlicher Rahmen konstruiert worden, um die Teilnahme von Investoren in der Erdölbranche in unserem Land zu stimulieren" (Uribe Vélez 2004c).[85] Sowohl die rasant steigende internationale Nachfrage und die entsprechend steigenden Weltmarktpreise als auch der rechtliche Rahmen (bereits 2001 setzten exportorientierte Fraktionen gegen gewerkschaftlichen Widerstand ein neues Bergbaugesetz (*Código Minero*) durch) führten in den 2000er Jahren zu einem regelrechten Boom von ausländischen Direktinvestitionen in den Erdöl- und Bergbausektor, die zwischen 2006 und 2009 um 73 % auf über 3 Mrd. US$ pro Jahr anwuchsen (CEPALSTAT 2013a). Die Regierung Uribe vergab fast 9.000 Lizenzen über 22 Mio. Hektar, fast ein Fünftel der gesamten Fläche des Landes (Semana 2011e). Zwischen 2004 und 2009, besonders ab 2005 wurden 308 Explorations- und Förderverträge (die Regierung hob die Unterscheidung auf) z.T. in neu ‚erschlossenen' Gebieten unterzeichnet (vgl. Aristizábal 2007: 142; Estrada Álvarez 2010b: 147).

Die Figur der *Utilidad Pública* gibt dem Bergbau in Kolumbien wie in Mexiko Priorität vor anderen Möglichkeiten der Bodennutzung. Von Hand schürfende Kleinstunternehmer auf staatlichem Land sehen sich zunehmend in direkter Konkurrenz zu transnational agierenden Förderunternehmen, denen das zuständige Institut des Energieministeriums, INGEOMINAS,[86] immer wieder rascher Förderlizenzen bewilligte und die im Gegensatz zu den *mineros artesanales* den Schutz des Militärs genossen.[87] Dieses Verhältnis bricht kommunitäre Formen des Schürfens auf, sofern sie bestehen. Demgegenüber existieren Nachweise für seit den 90er Jahren bestehende private Schutzverträge zwischen Bergbauunternehmen und den Streitkräften; parallel zu den ersten Investitionen der AngloGold in Bolívar vervielfachte der Staat z.B. die Militärpräsenz in der Region (Semana 2009a).

85 Uribe versuchte ausdrücklich, den Freihandelsvertrag mit den USA vor Auslaufen des unilateralen Zoll-Präferenzregimes der USA (ATPDEA) für Länder mit Drogenbekämpfung ratifizieren zu lassen (Uribe Vélez 2004d).

86 Ab 2012 entscheidet die Agencia Nacional de Minería, nicht mehr das Parlament oder Justizinstitutionen, über die Nutzung des Untergrunds (*subsuelo*), so dass Gemeinderäte, aber auch lokale bewaffnete Kräfte Einfluss über diese Entscheidung verloren.

87 In der Serranía de San Lucas, Bolívar, wurden mehrere *mineros* nach ihren Protesten gegen die südafrikanische AngloGoldAshanti ermordet und von Militärs als „*Guerilleros*" präsentiert, die Anschläge gegen das Unternehmen geplant hätten (Semana 2009a).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kolumbien profitierte von kurzfristigen Kapitalzuflüssen, hohen Weltmarktpreisen für Kohle und Öl und reduzierten internationalen Zinssätzen. Die Aufwertung des Peso reduzierte die Dollar-Auslandsschulden (Kalmánovitz/López 2004: 114); ausländische Direktinvestitionen (ADI) stiegen massiv an, von 1,2 Mrd. 2002 auf 8,1 Mrd US$ im Jahr 2007 (CEPALSTAT 2013c). Das ‚Vertrauen' der Investoren wurde zum Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaftspolitik. Die Kohleförderung stieg in den Jahren 2002 bis 2006 von 39.484.000 auf 65.757.000 Tonnen; 2006 exportierte das Land Kohle im Wert von 2,913 Mrd. US$ (CEPAL 2007). Ab etwa 2002 konzentrierten sich die Investitionen massiv auf extraktive Sektoren; Investitionen von außen in die verarbeitende Industrie machten ca. 20 % aus (Bonilla González 2011: 61; Estrada Álvarez 2010b: 134). Daneben tendierten die Anleger zu kurzfristigen Investitionen in den Finanzsektor: Nach Daten der kolumbianischen Exportkommission Proexport (zit. in ebd.: 143) machten kurzfristige Portfolio-Investitionen, die die staatliche Regulation noch förderte, fast die Hälfte (45,8 %) aller ausländischen Direktinvestitionen aus.

Doch die Leistungsbilanz des Landes war defizitär; die Schulden des Staates im Inland stiegen und waren 2006 höher als die Auslandsschulden (vgl. Bonilla González 2006: 446; Kalmánovitz/López 2004: 111); die Portfolio-Investitionen trugen zur Volatilität bei; der Anstieg der ADI gründete sich teilweise auf Verkäufe von Staatsunternehmen (vgl. IV 14, IV3). Die Aufwertung des Peso setzte andererseits kolumbianische Unternehmen unter Druck: Ihre Exporte ins Hauptzielland USA wurden zu teuer; vor allem im Zuge der US-Krise 2008/09 geriet die exportorientierte, industriell organisierte Landwirtschaft (u.a. Schnittblumen) in die Krise (Industrievertreter Luis Villegas im Interview mit El Tiempo 2008; Mondragón 2011: 5). Die Relation von Ex- und Importen ist nicht immer dieselbe, doch besonders seit 2003 stiegen Exporte und Importe erheblich; ab 2005 stiegen die Importe deutlich schneller (CEPALSTAT 2013c). Die Bilanz ist, aufgeschlüsselt nach Handelspartnern, sehr unterschiedlich: Mit den USA hat sie sich seit den 90er Jahren etwas erholt, mit dem MERCOSUR ist sie negativ; in die USA und EU exportiert Kolumbien praktisch nur Primär- bzw. Agrargüter und wenige Agrarindustrieprodukte, importiert aber vor allem Konsum- und Kapitalgüter und Technologie (Umaña Mendoza 2007: 215; CEPAL 2007). Im Dienstleistungsbereich kumulierte Kolumbien im Zeitraum 1991-2006 ein Defizit von 19.234 Mio. US$ (Umaña Mendoza 2007: 218). Die Dominanz der Primärgüterexporte schreibt die historisch-spezifischen Abhängigkeitsmuster (*determinación dependiente*, vgl. Zavaleta 2009a) fort.

Nicht nur die traditionellen Agrarfraktionen (Viehzüchter, Besitzer von Plantagen, Latifundien) unterstützten die entsprechenden wirtschaftspolitischen Projekte massiv, sondern besonders diejenigen Sektoren, die neuere agrarindustrielle Akkumulationsstrategien verfolgten. Dies sind allerdings, wie bereits ausgeführt, durch Gewaltanwendung und innerhalb der illegalen Ökonomie aufgestiegene Sektoren, vor allem direkte Mitglieder der *narco-paramilitares* und ihr Umfeld. Die Konzent-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ration von Land in wenigen Händen stieg zwischen 2000 und 2009 vor allem in Regionen mit weiterbestehender Präsenz von *narco-paramilitares* massiv an. Das können Ibañez/Muñoz (2010: 17; Instituto Geografico Agustin Codazzi 2012) präzise aufzeigen, obwohl von mehr Fällen auszugehen ist, da viele noch gar nicht im Kataster registriert sind. Ein Großteil dieser Gemeinden liegt nahe oder in den Produktionszentren bzw. nahe von Exporträumen und Großprojekten (Öl, Kohle, Goldabbau, Agrarindustrie); die extensive Viehwirtschaft weitete ihre Fläche um ca. ein Drittel aus (Le Monde Diplomatique 2011:10). Nach unterschiedlichen Berechnungen hielt der Großgrundbesitz von mehr als 10 Haushaltseinheiten (UAF) 1999 noch 39 % des genutzten Landes, 2008 aber 53 % (Mondragón 2011), bzw. befinden sich inzwischen 41% der Flächen in Händen von weniger als 100.000 Großgrundbesitzern (El Tiempo 2011a; Instituto Geografico Agustin Codazzi 2012).[88] In den Departamentos Antioquia, Córdoba, Sucre, Bolívar, Magdalena, Cesar, Santander, Norte de Santander, Meta, Casanare und Valle kooperierten entscheidende Teile der staatlichen Institutionen (Gemeindeverwaltungen, Regionalvertretung, regionale Repräsentanz im Kongress, die für Energieverwaltung zuständigen Corporaciones Autónomas Regionales, Filialen der Staatsanwaltschaft, der Geheimdienst DAS, Militär und Polizei) zumindest zeitweise eng mit *narco-paramilitares*– inzwischen vielfach belegt (vgl. für Antioquia García de la Torre/Aramburo Siegert 2011; vgl. López Hernández 2010b: 58).[89]

Hier wird ein Hegemonieprojekt bestimmbarer Klassenfraktionen mit klarem Raumbezug deutlich, das in dieser Phase auf zentralstaatlicher Ebene/ in zentralstaatlichen Apparaten Spielraum erlangte, sich durchsetzen konnte und dafür einen Umbau staatlicher Apparate sowohl erforderte wie ermöglichte (vgl. zu räumlichen Aspekten dieses Projekts Jenss 2012). Die Regierung Uribe verknüpfte militärische Aspekte mit dieser ökonomischen Ausrichtung – mehr noch, Inwertsetzung erreichte sie mittels Gewaltausübung in der Grauzone zwischen staatlich/parastaatlichen Akteuren (Auyero 2007) und produzierte so von gewaltvollen Herrschaftsverhältnissen durchzogenen staatlichen Raum (vgl. Brenner et al. 2003).

Es fallen aber nicht nur strukturell selektive Nachteile eines Akkumulationsregimes für kleinbäuerliche, indigene und afrokolumbianische Gemeinden mit der Kriegführung zusammen. Der tatsächliche Sachverhalt ist radikaler und zeigt im

88 Die juristische Figur Unidad Agrícola Familiar (UAF) regelte bisher entsprechend der Produktivität der jeweiligen Böden die maximale Fläche staatlich subventionierten Landes, die ein Haushalt bebauen durfte (Jenss 2012: 268).

89 Der *Uribista*-Senator Miguel de la Espriella aus Córdoba gab z.B. an, dort hätten praktisch alle Politiker mit den *narco-paramilitares* kooperiert (im Interview mit El Tiempo 2006d). Dass Paramilitärs und die staatliche Exekutive wenig in Konflikt kamen, zeigen López (2010b: 33) zufolge Zahlen der Policía Nacional: Demnach sind paramilitärische Gruppen nur für 7 % gewalttätiger Angriffe auf Politiker verantwortlich.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Rückblick die Kohärenz der ökonomischen Umstrukturierungen, denn es ist nicht mehr zu leugnen, dass „staatliche Apparate die Expansion der Plantagenwirtschaft in Händen (ehemaliger oder aktiver) *narco-paramilitares* in großen Teilen des Landes, und zwar auf allen institutionellen Ebenen" (Jenss 2012) an verschiedenen Stellen begünstigten. Mithilfe bestechlicher Notare und der regionalen Judikative wickelten *narco-paramilitares*, Unternehmer und Staatspersonal tausende gefälschter Kaufverträge ab, sogar bereits verstorbene Bauern leisteten ihre „Unterschriften" unter diese (IV4:167-9, IV 14:089-93, IV 12:071, IV 19; vgl. López Hernández 2010b). Eine besondere Rolle spielte die juristische Figur *extinción de dominio* (der vorherige Besitzer „verwirkt" sein Besitzrecht, u.a. weil Flächen brachliegen). Dieses „Verwirken des eigenen Besitzrechtes" erlangt im Kontext massiver gewaltsamer Vertreibungen, die selbstverständlich die Angst vor einer Rückkehr mit einschließen, eine neue Bedeutung.[90]

Es profitierten zuweilen ‚Demoblisierte': Bis Mitte 2005 stellte der Staat (bzw. die Landwirtschaftsbehörde INCODER) nach Diskussionen zwischen verschiedenen Behörden laut der Tageszeitung El Espectador (2008d) bereits knapp 3.000 Hektar Landparzellen an ‚Demobilisierte' bereit und investierte für jeden demobilisierungswilligen Narco-Paramilitar zwei Millionen Pesos als „Startfinanzierung"; bis 2008 gründeten ‚Demobilisierte' 157 entsprechende Unternehmen, u.a. Palmölunternehmen wie die ‚Corporación Democracia' oder ‚Fundación Lindo Porvenir' in der Pazifikregion – häufig dort, wo die AUC zuvor besonders viele Menschen vertrieb.

Tatsächlich hatte die Regierung Uribe als eine ihrer ersten Anstrengungen die Regulationslandschaft des Agrarsektors umgestaltet, die Mittel der Landwirtschaftsbehörde INCORA auf 20 % des vorigen Budgets gekürzt, sie umbenannt und teilweise personell neu besetzt (Verdad Abierta 2011b; vgl. Richani 2012b: 58). Mit deren neuem Mandat gab die Regierung die Idee einer Landreform überhaupt auf. Obwohl es sicher verkürzt wäre, dies als bewusste Einleitung für die illegale Titelvergabe zu interpretieren, erleichterte die neue Behörde INCODER diese letztlich doch. Gerade das Land, das kleinbäuerliche Familien aus Angst verlassen hatten, z.B. nachdem Angehörige ermordet wurden, erklärten regionale Filialen der INCODER nun für „besitzlos" und überschrieben es u.a. in den oben genannten Vorgängen ‚demobilisierten' *narco-paramilitares* (El Tiempo 2005a, Semana Semana 2011f, Verdad Abierta 2011b). Im Departement Vichada überschrieb die Behörde Titel über 38.000 Ha an den wegen Verbindungen zum Paramilitarismus zu Gefängnisstrafen verurteilten Ex-Senator Habib Merheg (Fajardo Montaña 2010: 19, Semana Semana 2011f). In der Region Magdalena dokumentieren Papiere und Aussagen routinierte Treffen zwischen *narco-paramilitares* um ‚Jorge40' und Staats-

90 Die *exitinción de dominio* stellte früher die theoretische rechtliche Möglichkeit dar, in Agrarreformen brachliegende Flächen von Großgrundbesitzern umzuverteilen, was aber in Kolumbien kaum geschah.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

personal des INCODER, die häufig besonders solche Landparzellen an Mittelsmänner der illegalen Unternehmer überschrieben, die sich kleinbäuerliche Gemeinden in den 1980er und 90er Jahren juristisch erkämpft hatten. Diese Überschreibungen schienen nach Amtsantritt des Präsidenten Uribe gängige Praxis zu sein und sind Ausdruck sowohl der strukturellen Selektivität des Staates als auch veränderter institutioneller Selektivitäten: Das zeigt z.B. die Aberkennung afrokolumbianischer Kollektivtitel aus dem Chocó (El Tiempo 2005a, Verdad Abierta 2011b). Entzog die vorherige Landwirtschaftsbehörde INCORA, die bis 2002 existierte, in den 7 Jahren zwischen 1996 und 2002 gerade einmal in 80 Fällen Besitztitel, schnellte diese Zahl allein in den Monaten Februar/März 2003 auf 134 Fälle – in einer Region, aus der zwischen dem Jahr 2000 und 2009 mindestens 199.746 Familien vertrieben wurden und in der der bekannte Narco-Paramilitar ‚Jorge40' mit regionalen aktiven Politikern ein Kooperationsdokument unterzeichnete, den Pacto de Chivolo (ebd.). Dagegen liefen Ermittlungen wegen gewaltsamer Vertreibung meist ins Leere, obwohl ebenso Zweifel öffentlich wurden, etwa daran, ob die großzügigen Finanzhilfen für landwirtschaftliche Projekte mit häufig unklaren Eigentumsverhältnissen richtig abgewickelt wurden (El Espectador 2008d, zu vergleichbaren Entwicklungen in den Montes de María La Silla Vacía 2011b; vgl. Ibañez/Muñoz 2010, Semana 2011f). Obwohl die UNO (UNHCR 2013) inzwischen von über 4 Mio. intern Vertriebenen ausgeht und andere Stellen von ca. 10 Mio. (MOVICE 2011), waren laut Staatsanwaltschaft (Fiscalía General de la Nación zit. in Gallón Giraldo 2010: 8) 2009 nur 5.536 Fälle zu gewaltsamer Vertreibung anhängig. In diesen hatte die Staatsanwaltschaft in 99,87 % (5.529 Fällen) der Fälle nicht einmal ermittelt, aus welcher bewaffneten Gruppe die Täter kamen.[91]

Vertreibungen von Kleinbauern endeten mit dem „Demobilisierungsprozess" erwiesenermaßen nicht, sondern stiegen noch massiv an (laut CODHES stammen ca. die Hälfte der ihren Zahlen zufolge 5,4 Mio. Fälle von Vertreibung aus der Zeit nach 2002 CODHES 2012: 9). Der Demobilisierungsprozess endete offiziell 2006, während die Konzentration von Land in wenigen Händen sich laut Gini-Index besonders ab 2005 noch einmal erhöhte, auf 2009 0.885 (Instituto Geografico Agustin Codazzi 2012: 71). Für die extrem rasche Inwertsetzung auf Basis ungleicher Eigentumsverhältnisse waren Praktiken der Vertreibung notwendige Voraussetzung: Betrachtet man die Regionen, in denen gewaltsame Vertreibungsprozesse besondere Ausmaße annahmen, so liegt der Schluss nahe, dass der Paramilitarismus u.a. zur Inwertsetzung zuvor marginalisierter Räume und als ‚Wegbereiter' für Unternehmen diente (vgl. Jenss 2012). Die Verbindung zwischen gewaltsamer Vertreibung, dem Freimachen von Räumen für Investitionen und der eigenen Funktion zogen die *narco-paramilitares* selbst. Der AUC-Comandante Vicente Castaño verdeutlicht

91 Ganze sieben Fälle schafften es über die Vorermittlungsphase hinaus, Urteile gab es nicht (Gallón Giraldo 2010: 8).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit seiner Aussage zum Engagement seiner Gruppe die verfolgte ökonomische Strategie (Semana 2005c):

„In Urabá haben wir Ölpalmenplantagen. Ich selbst habe Unternehmer dafür gewonnen, in diese dauerhaften und einträglichen Projekte zu investieren. Die Idee ist, die Reichen dazu zu bringen, in verschiedenen Gegenden des Landes in diese Art Projekte zu investieren. Wenn man die Reichen in diese Regionen bringt, kommen auch staatliche Institutionen. Leider bewegen die staatlichen Institutionen sich nur dann, wenn die Reichen da sind. Man muss Wohlhabende in alle Landesteile bringen, und das ist eine der Aufgaben, die alle Kommandanten haben."

Ähnliches gilt analog für den Bergbausektor, in dem ohnehin durch subcontracting eine unübersichtliche Mischung von formellen und informellen Eigentums- und Beschäftigungsstrukturen vorherrscht (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002: 158f.). Die Folgeregierung unter Juan Manuel Santos musste 2011 anerkennen, es habe in mehr als der Hälfte (!) der seit 2002 vergebenen Lizenzen

„Überlagerungen von Bergbaulizenzen in Naturschutzparks und Páramos [wasserreiche hochandine Biosphärengebiete, A.J.], spekulative Spielchen, Lizenzvergabe ohne Kontrolle und in teils verdächtiger Weise, Verletzung von Rechten der indigenen und afrokolumbianischen Schürfgemeinden [z.B. in der Goldförderung sind Kleinstunternehmer per Hand tätig, A.J.] und Aneignungen von Besitztiteln"

gegeben (Ministerio de Minas y Energía 2011: 1, Portafolio 2011). Vielerorts wechselten Ländereien immer wieder die Eigentümer – u.a. mittels nachvollziehbarer Kaufverträge und registrierter Besitztitel –, so dass der Besitz inzwischen zu Teilen bei großen legalen, alteingesessenen Kapitalgruppen und Konglomeraten mit verschiedenen Tätigkeitsfeldern (z.B. Cementos Argos) liegt, denen ein Wissen darüber, dass gerade ihre Ländereien gewaltsam angeeignet wurden, schwer nachzuweisen ist. Der Besitz oder die Kontrolle über die Landflächen liegt damit bereits bei einem anderen Wirtschaftssektor: „Das sind nicht mehr diese fast analphabetischen Strohmänner, von denen viele mit den *narco-paramilitares* verwandt sind, es sind keine einzelnen reichen *hacendados*" (IV 14:099). Allerdings liegt der Wert des Landes als Produktionsmittel inzwischen teilweise 50mal höher als vor der gewaltvollen Landnahme; die Preissteigerungen laden geradezu zur Spekulation mit Landbesitz ein, obwohl der Faktor Land in Kolumbien grundsätzlich teurer war und ist als im restlichen Lateinamerika (IV 14:135; Fajardo Montaña 2002).[92] Eigentü-

92 Da die Preise für Land zu den höchsten der Welt gehören (Mondragón 2011: 7), könnten deshalb Rückkäufe durch den Staat, wie sie später (2011) die Regierung Santos vorschlug, ein Ding der Unmöglichkeit sein (vgl. IV:14:094, 113).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mer großer Flächen haben zusätzlich die Möglichkeit, der ländlichen Produktion Flächen zu entziehen, steigern so noch die Preise und spekulieren damit (Mondragón 2011; CED-INS 2011).

Das Estatuto Rural (Gesetz 30 für die ländliche Entwicklung) von 2007 konnte die Regierung Uribe zwar letztlich nur vorübergehend durchsetzen (El Espectador 2009; Ungar/Cardona 2010b), doch zeigt diese Gesetzesinitiative der Regierung wiederum, dass die Interessenkoalition die aktuellen – radikal umgestalteten – Besitzverhältnisse juristisch zu verankern und den Forderungen von Unternehmensvertretern nach der formalen Klärung der aktuellen Eigentumsverhältnisse von Land (El Tiempo 2007b) zu entsprechen suchte. Das Gesetzesprojekt des Statuts fällt 2007 in eine Phase, in der gewaltsame Vertreibungen massiv anstiegen (vgl. die Studie von Ibañez/ Muñoz 2010) und diente offenbar parallel dazu, spätere Ansprüche kleinbäuerlicher Strukturen zu verhindern: Neuen Nutzern wollte das Statut bereits nach fünf Jahren erlauben, ihren Besitz an brachliegendem Land beglaubigen zu lassen, ausreichend wären zwei Zeugen. Die Senatoren und Kommissionsvorsitzenden der Regierungskoalition, die das Gesetzesvorhaben in wesentlichen Punkten stützten, gehörten wiederum zu denjenigen, gegen die das Oberste Gericht wegen Verbindungen zu *narco-paramilitares* ermitteln ließ (Ungar/Cardona 2010b: 356f.).

Kleinbäuerliche Organisationen kritisierten die Initiative scharf, die es Tätern vereinfache, Besitztitel für illegal angeeignete Ländereien zu legalisieren. Eine Rückkehr an die Heimatorte, die Rückgabe von Land oder die Anerkennung indigener und kleinbäuerlicher *territorios* und alternativer Wirtschaftspläne von Gemeinden (*planes de vida*) hätte das Statut noch erschwert (Agencia Prensa Rural 2007; FIDH 2007: 45). Selbst die staatliche Procuraduría General de la Nación ließ verlauten, dass das Statut „zur Geldwäsche genutzt werden könnte" (zit. in Agencia Prensa Rural 2007). Die Proteste indigener Organisationen, die das Statut als „Legalisierung der Vertreibung" (ONIC 2007) bezeichneten, trugen zu dessen letztlicher Ablehnung bei. Gleichzeitig verdeutlicht bspw. das Mandat der ONIC für die „Neugründung des Landes" die Uneinigkeit darüber, inwieweit sie den repressiven, strukturell rassistischen Staat ablehnen oder von ihm Rechte und Zuwendungen einfordern sollte – ins Auge springt die Widersprüchlichkeit, vor der die Organisationen selbst in ihrem Gegenentwurf zum dominanten Umstrukturierungsplan stehen:[93] Die Organisationen berufen sich auf koloniale Rechtsprechung der spanischen Krone, weil die koloniale Figur des *resguardo* offenbar noch 200 Jahre nach Ende der Kolonialherrschaft symbolische Gültigkeit behält und die post-koloniale Rechtsprechung sie noch stärker benachteiligt. Rassistische Spaltungslinien ver-

93 Dort heißt es: „Wir fordern Respekt gegenüber den kolonialen Besitztiteln über indigene *territorios*" (ONIC 2007: 5). Das Ausmaß an Radikalität gegenüber dem Staat ist nicht ausgehandelt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schärfte dieser Staat insofern, wenn er die kollektiven Besitztitel aberkannte, die darin festgelegten Beschränkungen für die Inwertsetzung zu eliminieren suchte oder, wie während der breiten Proteste der *minga indígena* 2008 die Protestierenden nicht gegen Gewaltakteure schützt und hier systematisch untätig bleibt, und vielmehr sehr repressiv vorgeht (vgl. die Presseberichterstattung über die Proteste der Minga, exempl. Agencia Prensa Rural 2009). Hier vernachlässigt der Staat seine Kohäsionsfunktion gründlich.

In Kontinuität mit dem Estatuto Rural stand das Subventions-Programm für die Landwirtschaft Agro Ingreso Seguro (Semana 2009b: 118:5): Staatliche Subventionen in den Landwirtschaftssektor in der Höhe von mindestens 302 Mrd. Pesos vergaben staatliche Stellen statt in kleinbäuerliche Wirtschaft an sehr wohlhabende ländliche Familien, etwa über den vom Viehzuchtverband FEDEGAN kontrollierten parafiskalischen Fondo de Ganaderos in Caquetá, Curvaradó oder Magdalena, abgewickelt über die vorgegaukelte Aufteilung von Landparzellen (El Espectador 2011b). Mehrere Kabinettsmitglieder, darunter der ehemalige Agrarvizeminister Salazar, kamen im Zusammenhang mit diesen Korruptionsfällen nach wenigen Monaten wieder aus dem Gefängnis. Der ehemalige Agrarminister Felipe Arias wurde nach zwei Jahren Untersuchungshaft 2013 entlassen.

Tatsächlich sind die Indizien dafür, dass die Koalition das Programm kaum zu einem anderen Zweck erdachte als für diese Art verschleierter Subventionen an befreundete Großgrundbesitzer, die die Kampagne Uribes unterstützt hatten, recht erdrückend und riefen denn auch Reaktionen städtischer Mittelklassen und Handels- und Industriefraktionen hervor. Ähnliches vollzog sich im Fall der Groß-Hacienda Carimagua im Casanare, die zunächst *desplazados* zugesprochen werden sollte, die dann aber Palmölunternehmern bekamen (Semana 2009b). Dass die Regierung angesichts der tatsächlich Begünstigten (Mitglieder der alteingesessenen Gremien von Viehzüchtern und landwirtschaftlichen Großproduzenten, Unternehmen aus der Grauzone zwischen legaler und illegaler Ökonomie, *narco-paramilitares*) die unterschiedlichen Programme diskursiv immer wieder als Entwicklungsprogramme für die kleinbäuerliche ländliche Bevölkerung labelte (vgl. Consuegra 2010), die zum Frieden beitragen würden, erscheint angesichts der Fülle an gegenteiligen Beispielen fast nur noch als diskursiver Kniff gegenüber der ‚Internationalen Gemeinschaft'. Die Sozialpolitik bestand dagegen fast ausschließlich in direkten Transferzahlungen des Progamms *Familias en Acción* der dem Präsidentenamt unterstellten Agentur *Acción Social*.[94]

Es sind jedenfalls nicht die politischen Projekte der Kleinbauernorganisationen, die sich in der staatlichen Förderung für Produktionsallianzen (*alianzas productivas*)

94 Für die Jahre 2007-2010 veranschlagte die Regierung für *Acción Social* umgerechnet etwa 10.5 Mio. US$ und zahlte den Familien einen Geldbetrag pro minderjährigem Kind (López Montaño 2008: 41).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Presidencia de la República Colombiana 2006b: 117, 222) niederschlagen: [95] Bei diesen *alianzas* sollen sich kleinbäuerliche Strukturen, u.a. Vertriebene, im monokulturellen Anbau von Ölpalme oder Zuckerrohr um verarbeitende Unternehmen gruppieren. Das Modell ist Ausdruck davon, dass offenbar die Kontrolle über die Landnutzung wichtiger wird als die direkte Aneignung von Land. Doch im Strategiepapier ‚Visión 2019' (Presidencia de la República Colombiana 2006a: 33) machte die Regierung einmal mehr kenntlich, dass sie strategisches Interesse daran hatte, Land in großem Stil in Wert zu setzen, nicht aber daran, Vertriebene zu schützen oder ihnen Land zurückzugeben.[96] Für diese Inwertsetzung war allerdings Anfang der 2000er Jahre nicht nur die Ausweitung der Militärpräsenz, sondern auch die Einhegung narcoparamilitärischer Gruppen erforderlich. Das langfristige Muster ist deutlich: Ein ums andere mal begünstigten neue Gesetze lokal herrschende Fraktionen, während z.B. in den letzten 30 Jahren 1.500 Mitglieder der Kleinbauernverbandes FENSUAGRO ermordet wurden (Tenthoff/Eventon 2013: 7). Tendenziell desorganisierte und zerstörte der Staat insofern solche Organisationszusammenhänge, die der kapitalistischen Inwertsetzung hinderlich sein konnten, oder ließ dies zu.

Im Gegensatz dazu sind die herrschenden Fraktionen in der Lage, auf die von wirtschaftsliberaler Öffnung und Agrarpolitik mit ausgelösten Ausdifferenzierungen der Sozialstrukturen zu reagieren. Transnational agierende Unternehmen mit vertikal integrierten Wertschöpfungs- und Vertriebsketten sind bei der exportorien-

95 Mit *Colombia Responde* (UACT 2008) entwickelte man für Vertriebene gedachte Landwirtschaftsprogramme, die darauf hindeuten, dass Bauern mit eigenen Parzellen zu lohnabhängigen Landarbeitern werden sollen: Die Teilnehmenden sollen in den ersten Jahren eine Art Mindestlohn ausgezahlt bekommen und verlieren teilweise die Entscheidungshoheit darüber, was sie produzieren. Sie begeben sich in eine Lohnabhängigkeit, die sie später von ihren Einnahmen begleichen sollen. In einigen Regionen sind tatsächlich aufgrund der Massenvertreibungen zu wenig Arbeitskräfte vorhanden; Vertriebene aus anderen Landesteilen sollen dorthin umgesiedelt werden: „Also rufen sie dazu auf, dass vertriebene Bauern die Möglichkeit haben, in eine Region zu gehen, weil sie ihnen da jetzt Arbeit geben, ein bißchen Land, damit sie Ölpalmen anbauen, oder Kautschuk oder Zuckerrohr. Nur dafür, ja? (IV 12:114). […] aber die Leute treffen dort auf ganz andere Bedingungen als zuvor. Oder Leute, die nicht von dort sind, und sie sagen ihnen, naja, Sie können jetzt nicht in den Urabá zurück, aber gehen sie doch in den Osten, da gibt's ein Stück Land, das keinem gehört, das dem Staat gehört, und was weiß ich. Aber dieses Stück Land hat schon ein festgelegtes Ziel bekommen, es hat schon ein Programm." (IV 12:117).

96 „[...] Für diese Ziele wird es notwendig sein [...] die Entwicklung des Marktes für Land zu stimulieren; und das Land, aus dem Verwirken von Besitz gewonnen wird („*resultante de la extinción de dominio*") zu verteilen" (Visión 2019:33), d.h.: Vertriebene, die lange genug weg waren, müssen nicht nur mit dem realen Verlust des Landes, sondern auch der Besitztitel rechnen, falls sie welche hatten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tierten Palmölindustrie z.B. klar im Vorteil. Denn ein Teil der *terratenientes* orientierte sich Richtung Agrarindustrie.[97] Der Bergbau- und Ölboom und für Grundbesitzer besonders die agrarindustrielle Entwicklung in Kooperation mit Unternehmen boten ihnen neue Möglichkeiten und neue Räume der Akkumulation, wobei ihre politische Ausrichtung meist sehr konservativ blieb (Vgl. IV 14:125-129; IV4). Entsprechend betrifft die fortwährende Vertreibung neue Regionen, vor allem fruchtbare Flusstäler (Cauca, Sinú und San Jorge im Nordwesten) und weiteres agrarindustriell nutzbares Land oder Bergbauregionen, Pacífico, Chocó, Montes de María oder die Region Altillanura in den drei Amazonas-Departements im Südosten (El Tiempo 2011a; PNUD 2011: 71). Im Anbau von Ölpalmen, Yucabrava für Biokraftstoffe oder Baumwolle und Sesam in der bis vor wenigen Jahren nicht agrarindustriell genutzten Region Altillanura sind alteingesessene kolumbianische Familienunternehmen und alle großen Wirtschaftskonglomerate direkt oder in Kooperation mit multinationalen Unternehmen beteiligt: Grupo Sarmiento, Sindicato Antioqueño, Ardila Lülle u.a. (IV 14:125). Denn dass die landwirtschaftlich nutzbaren Böden Kolumbiens nur zu 22 % (von geschätzten 21,5 Mio. Hektar nur 4,9 Mio. (ebd.: 36)) genutzt werden und die „hyperextensive" Viehwirtschaft (ca. 38 Mio. Ha)[98] traditioneller terratenientes der agrarindustriellen Inwertsetzung eher hinderlich war, hat die Regierung längst problematisiert (Presidencia de la República Colombiana 2006a).[99]

97 Sie hatten im Zuge der globalen ökonomischen Veränderungen an Gewicht verloren; der Anteil des Agrarsektors am BIP hatte sich erheblich verringert (CEPAL/FAO/IICA 2012; Richani 2002). Bobrow-Strain (2007) stellte eine ähnliche Entwicklung in Chiapas, Mexiko, fest.

98 „Diese traditionellen, sehr reichen Leute von der Küste, die mit diesen Gruppen Verbindungen eingingen, […der Palmölfabrikant Carlos] Murgas zum Beispiel, hat insgesamt 70.000 Hektar […] dass das nicht so weitergehen kann, sind wir vielleicht einer Meinung: 40 Millionen Hektar für einen Viehzuchtsektor, der 20 Mio. Kühe hat. Als ich in der Schule war […] gab es ungefähr fünf Mio. Hektar für die Viehzucht. Heute gibt es 40 Mio., und sie haben halb so viele Kühe wie Kolumbien Menschen. Es ist eine hyperextensive Viehzucht – da sind alle einer Meinung, dass man die inadäquate Nutzung des Bodens ändern muss, außer den traditionellsten Grundbesitzern von FEDEGAN." (IV 14:127-129).

99 „Für diese Ziele wird es notwendig sein, die Viehzucht auf semi-intensive Viehhaltungssysteme umzustellen und die Belastungsfähigkeit von 0,6 auf 1,5 Rinder pro Hektar zu erhöhen [...] Die Transformation des ländlichen Raums wird es notwendig machen, Finanzdienstleistungen für den ländlichen Sektor zu entwickeln und die Möglichkeiten Gentechnik zu nutzen, was die Entwicklung der Saatgutproduktion und Reproduktionsmaterialien mit einschließt und einen Impuls für die Erschließung von Bioressourcen: Die Charakterisierung und Evaluation der genetischen Ressourcen." (Visión 2019:33).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gegenpart zu deren Diskurs über die Ausweitung der Agrargrenze mittels Großprojekten (economies of scale) sind umkämpfte ländliche Räume mit einem hohen indigenen Bevölkerungsanteil häufig ohne formale Landtitel, die eine landwirtschaftliche Enklavenökonomie befürchten (Arias 2013: 1). Andererseits heißt das nicht, dass kleinbäuerliche Verbände innerhalb staatlicher Apparate gar nicht präsent wären: So verhandeln Organisationen wie die Asociación Nacional de Zonas de Reserva Campesina (Anzorc) mit der Landwirtschaftsbehörde INCODER über Zonas de Reserva Campesina (ZRC) als Schutzregionen für die ländliche Bevölkerung, wo der Staat keine Lizenzen vergeben dürfte, Investitionsprojekte stoppen und Großgrundbesitz beschränken müsste (vgl. Estrada Álvarez 2013: 65). Ähnlich versuchen Gemeinde in radikal basisdemokratischen planes de vida eigene Entwicklungskonzepte, Haushalts- und Raumordnungspläne zu konsolidieren (exempl. Resguardo de Huellas Caloto 2010). Die ZRC und *planes de vida* stehen u.a. für den Klassencharakter dieser Kämpfe, da hinter ihnen Forderungen von bäuerlichen, afrokolumbianischen und indigenen gesellschaftlichen Sektoren (deren Trennung ohnehin häufig eine rein analytische ist) in eins fallen, nämlich in die Forderung auf das Recht auf ländliches *territorio*, das den kapitalistischen Verwertungskreisläufen entzogen werden soll.

Die Regierung Uribe setzte über die Agrarpolitik hinaus konsequent Anreize für Investitionen und modifizierte den Regulationsrahmen im Bergbau. Zentrales Raumordnungs-Instrument war die Zuweisung von *bloques petroleros* und *distritos mineros*, die Unternehmen und Tochterfirmen eines Förder- und Aufbereitungszyklus gruppierten. Die Regierung definierte diese als *cluster* mit einem „spezifischen juristischen Regime [die] sich als Instrumente erweisen sollen, um die Möglichkeiten ausschöpfen zu können, die der erweiterte Markt und die neuen Verträge über Handelsliberalisierung bieten" (Ministerio de Minas y Energía 2005: 10).[100]

2005 vollzog die Regierung mit dem Gesetz 1004 zudem einen Wandel in der Regulation von Freihandelszonen, die es im Land in geringerer Zahl bereits seit Jahrzehnten gab. Den neuen Regelungen lag ein im Gesetzestext klar ausgedrücktes Verständnis der *Zonas Francas* als Instrument zum Anreiz für Investitionen und noch deutlicher als zuvor eine Logik von transnationaler Kapitalakkumulation zugrunde, die die Zonen „außerhalb des nationalen Zollregimes" verortete. Der Import vom Ausland in Freihandelszonen auf kolumbianischem Territorium galt bspw. nicht als Import und ist daher von Importsteuern ausgenommen, ähnlich wie der Kauf von Rohstoffen aus dem nationalen Territorium durch verarbeitende Unternehmen in *Zonas Francas* keinen Export darstellt (El Espectador 2008e; vgl. Estrada Álvarez 2010b: 19ff.). Mehrwertsteuer fiel nicht an. In zwei Dekreten verabschiedete die Exe-

100 Wobei das zitierte Dokument das Kunststück fertig bringt, Kolumbien mit Kanada oder Neuseeland zu vergleichen, wo der Bergbau entscheidend zur Entwicklung beigetragen habe – ohne die historischen Unterschiede in der Regulation auch nur anzudeuten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kutive 2007 nicht nur klarere Kriterien für die Errichtung solcher Zonen, sondern verschob die Anerkennung einer Freihandelszone zu einer technokratischen, vom Kongress unabhängigen intersektorialen Minister- und Expertenkommission (ebd.: 201). Gab es vor 2005 11 erklärte Freihandelszonen, so wurden vier von diesen ab 2007 ausgeweitet und bis 2010 37 neue Zonen erklärt, u.a. schrieb die Kommission die Zonen partikularen Personen, etwa den Söhnen des Präsidenten, zu, und Präsident Uribe versuchte hier ausdrücklich, die Investitionen der traditionellsten Grundbesitzsektoren einzubinden (Dinero Portal de Noticias 2007; vgl. Estrada Álvarez 2010b: 208-2011). Mit dieser Konstruktion gesteht der Staat erneut unternehmerischen Interessen transnationaler Kapitalgruppen Priorität gegenüber subalternen Fraktionen zu. Dies führte teilweise zu neuerlicher Vertreibung: In Tamarindo im Department Atlántico sprach der Staat 2001 250 Hektar Land vertriebenen Familien zu. Als die Zollbehörde DIAN angrenzend 2007 eine Freihandelszone (Zona Franca Permanente Internacional del Atlántico ZOFIA) von über einem km² Fläche festlegte, sahen die Familien ihre Nutzung wieder bedroht (MOVICE 2011).

Das Projekt eines Freihandelsvertrags Kolumbiens mit den USA war gedacht als Institutionalisierung und supranationale juridische Fixierung desselben wirtschaftspolitischen Paradigmas, das in den 1990er Jahren zur Unterzeichnung des NAFTA-Vertrags zwischen den USA und Mexiko führte (vgl. Estrada Álvarez 2010b), allerdings ist das Verhältnis zwischen kolumbianischer und US-Ökonomie noch asymmetrischer, die Priorität der Bergbauindustrie wesentlich klarer. Der kolumbianische Staat verpflichtete sich, alle Gewinnhemmnisse auszuräumen und übernahm quasi das Risiko für Gewinnausfälle von US-Unternehmen. Das Projekt scheiterte sowohl an der Zusammensetzung des US-Kongresses (mit einer demokratischen Mehrheit)[101] als auch an Massendemonstrationen von Basisorganisationen aus bäuerlichen, indigenen und Studierendenkreisen im Jahr 2005 (El Tiempo 2005b). Doch auch agrarindustrielle Sektoren, die ihre informellen Zugangskanäle zur Exekutive nutzten, unterstützten den Freihandelsvertrag mit den USA nicht einhellig und fürchteten wegen der eigenen hohen Produktionskosten (Faktor Land) die Konkurrenz des Weltmarkts. Die Kritik am Freihandelsvertrag und an einer fehlenden Industriepolitik führte letztlich zur Gründung einer ‚Koalition zur Förderung der kolumbianischen Industrie' 2011, die sich schließende Spielräume für eine Debatte über Industriepolitik, negative Effekte der Globalisierung und „Haushaltsdilemmata" monierte und eine neue Industriepolitik forderte (Coalición Industria 2011). Die veränderte Zusammensetzung an der Spitze der Unternehmensgremien und deren Verhalten in Bezug auf das Projekt des Freihandelsvertrag sind Ausdruck einer Zersplitterung zumindest semi-industriell ausgerich-

101 Erst mit der Regierung Santos, die geschickt ein weniger militaristisches, menschenrechtsfreundlicheres Bild zu vermitteln vermochte, ratifizierte der US-Kongress den Vertrag, der inzwischen in Kraft trat.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teter Fraktionen: Hatte der Verband ANDI im 20. Jhdt. noch annähernd protektionistische Interessen vertreten, so ist dies mit den heutigen Mitgliedern (u.a. Betreibern von Freihandelszonen, Callcentern oder Logistikdienstleistungen) nicht mehr eindeutig der Fall. Der Austritt zweier großer Reisverarbeitungsunternehmen aus dem ANDI 2007 verdeutlicht die Fraktionierung im Zusammenhang mit unterschiedlichem Interesse am Freihandelsvertrag (El Tiempo 2007c). Hier differenzierten sich Klassenfraktionen und Interessenlagen auseinander und sahen sich nicht mehr gemeinsam repräsentiert. Die Zugangskanäle zu politischen Entscheidungsträgern, so die Kritik mittlerer Unternehmen, seien ohnehin informell und nach Klassenfraktionen selektiv. Das nie ganz aufgegebene Projekt des Freihandelsvertrags war zudem ein Faktor dafür, dass unter Uribe fieberhaft die Formalisierung von Besitztiteln bzw. den jetzigen Eigentumsverhältnissen begonnen und gefordert wurde (bspw. S. Betancur von der Unternehmerstiftung Proantioquia im Interview El Tiempo 2007b). Doch die Ausdifferenzierung fand auch im Agrarsektor statt: So schlossen sich 2012 in Opposition zum übermächtigen Viehzuchtverband FEDEGAN ca. 10.000 kleinere Viehzüchter aus dem Süden Kolumbiens zu einem kleinen Branchenverband zusammen (CONFEGAN 2012).[102]

Gerade inmitten des Demobilisierungsprozesses fallen legale und illegale Ökonomie, Kapital aus illegalen Quellen und sich neu eröffnende Spielräume für Anlagen zusammen – mit zeitweise rasant steigenden Rohstoff- und Bodenpreisen erst recht (u.a. IV 14). Wie Franco Restrepo (2009:224) oder Medina Gallgeo (2008) präzise aufzeigen, zeigt sich die Verstrickung von illegal und legal deutlicher auf der Ebene der Reproduktion des Blocks an der Macht – wo lokale Konflikte den bewaffneten Konflikt nähren: in regionalen Koalitionen von Politikern, Militäreinheiten, mittelgroßen Händlern, nationalen und internationalen Söldnern, größeren Bananen-, Reis- oder Zuckerproduzenten und Viehzüchtern, Transportunternehmern, Drogenhändlern, Opfern der Guerilla oder überlebenswilligen Kleinunternehmern und verkrachten Agenten. Die belegbaren Beispiele sind zahlreich: Der AUC-*jefe* Mancuso schilderte solche Verflechtungen in der Anhörung nach seiner Auslieferung an die USA, wie *narco-paramilitares* Gold in Panamá aufkauften, kolumbianische Bürgermeister von Gemeinden mit Goldvorkommen dieses importierte Gold bei der Zentralbank als kolumbianische Produktion registrierten und dafür Royalty-Auszahlungen vom Zentralstaat erhielten. Davon behielten die Geldwäscher 70, die Bürgermeister 30% (El Tiempo 2010a). Die Dezentralisierung der Royalty-Verwaltung hatte nicht zu geringeren Armutsraten in den Bergbaudistrikten beigetragen, sondern überschwemmte Gemeinden mit wenig institutionalisierter Verwaltung und umso besser funktionie-

102 Von FEDEGAN angesichts der Verbindungen zu *narco-paramilitares* nicht repräsentiert, seien sie für einen Freihandelsvertrag nicht vorbereitet, und der von FEDEGAN personell kontrollierte parafiskalische Fondo Nacional Ganadero habe ihnen keine Unterstützung geboten (CONFEGAN 2012).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

renden klientelistischen Netzwerken mit Kapital, das ihre ursprünglichen Haushalte oft bei weitem überstieg; Konsequenz war die Abschöpfung dieser Renten, häufig durch narcoparamilitärische Gruppen mit engen Verbindungen zu regionalen herrschenden Kräften, aber auch durch Guerillas (vgl. Gutiérrez Sanín/Zuluaga Borrero 2011: 113). Zu nennen ist u.a. die Kontrolle, die der Narcoparamilitär Carlos Mario Jiménez (alias ‚Macaco') noch nach seiner Auslieferung an die USA über die Goldförderung im Cauca ausübte (El Tiempo 2010b). Mit der größeren regionalen Verwaltungsautonomie seit den 80er Jahren verkehrten sich die politischen Mechanismen zwischen Zentralstaat und Regionen und gab letzteren neue Handlungsspielräume (IV 15:03,21). Insofern konnten die Sektoren der Grauzone zwischen legal/illegaler Ökonomie in gewisser Weise die institutionellen Verknüpfungen zwischen zentral- und regionaler politischer Ordnung für sich „monopolisieren", sicherten sich also ihre Kanäle zu politischen Entscheidungszentren auf zentralstaatlicher Ebene (vgl. u.a. López Hernández 2010b).

Geldwäsche funktioniert – wie in Mexiko – auch über das Deklarieren einer geringeren Menge (*sobrefacturación*) von Exporten, so dass Unternehmen weniger Royalties und Steuern zu zahlen haben. Zudem fließen inzwischen große Mengen an Kapital durch *remesas* (Rücküberweisungen) ins Land, bis zu 3 Mrd. US$/Jahr (CEPALSTAT 2013a; Kalmánovitz/López 2004: 105; vgl. Umaña Mendoza 2007: 221; vgl. IV 3:087-092). Die Nettoeinkommen durch Transfers erreichen mit einer positiven Bilanz im Jahr 2006 4736 Mio. US$ (ebd.: 220). Diese erstaunliche Bilanz brachten sogar staatliche Stellen mit möglicher Geldwäsche in Verbindung: Offensichtlich findet ein Devisenzufluss außerhalb der öffentlichen Register statt, der mit der fortschreitenden Demobilisierung der *narco-paramilitares* immer mehr anstieg (vgl. ebd.: 221; CEPAL 2008). Laut Portafolio (2006) flossen im Jahr 2005 3.104 Mrd. US$ ins Land, „ohne dass die Nationale Steuerbehörde (DIAN) ihre Herkunft hätte bestimmen können oder den Weg, über den sie hereinkamen und dann, ohne eine Spur zu hinterlassen, wieder verschwanden" (Aristizábal 2007: 138).[103] Die Verflechtung zwischen legaler und illegaler Ökonomie und Geldwäsche betrifft Sparer der Mittelklassen ebenso wie die wohlhabenden Sektoren des *estrato 6*, wie zwei Skandale 2008 und 2010 zeigten: Die Firma DMG (u.a. in Putumayo) erfüllte mit attraktiven Investitionsangeboten die Wünsche von Kleinsparern (IV 15:03, González 2008), die angesehenen Financiers der Grupo Nule lockten Investitionen der herrschenden Klassen vor allem in Auftragsprojekte des Staates (!) – ohne in den Blick der Steuer- oder Finanzaufsichten zu geraten (Semana 2010d). Beide tätigten (informelle) Finanzgeschäfte, bildeten u.a. erfolgreiche Kredit-„Pyramiden" und verflochten diese Anlagen mit Investitionen aus illegalen

103 Die Dimensionen sind enorm: In den 90er Jahren betrugen die Devisenzuflüsse durchschnittlich gerade um 200 Mio. US$, im Vorjahr 2004 noch 1,2 Mrd. (Portafolio 2006).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Branchen. Zwischenhändler, Intermediäre und Briefkastenfirmen, legal operierende Unternehmen im Bergbau mit illegal erworbenem Kapital oder die Verpachtung legaler Konzessionen an ‚illegale' Akteure sind üblich, die Strategien divers. Die ehemaligen AUC haben ihre Tätigkeiten und Einflussgebiete teilweise ebenfalls von der Kontrolle des Kokainhandels verschoben zur (staatlichen) Auftragsvergabeindustrie, oder sie kontrollieren in Bogotá die (staatlich geduldeten Schmuggelmärkte) San Andresitos (IV 14:14:109). Zentral ist dabei: legale und illegale Unternehmungen überlappen sich, und dies geht nicht nur von in die legale Wirtschaft drängenden illegalen Unternehmern aus (vgl. zu ähnlichen Verflechtungen in den 80er Jahren Krauthausen 2013: 233). Der staatlichen Auftragsvergabe kommt eine besondere Bedeutung zu (La Silla Vacía 2011b). Die *parapolítica*, die einzelnen Politikern auf der lokalen, regionalen, nationalen Ebene von der Judikative vorgeworfen wurde, bestand häufig gerade in solchen ökonomischen „Verträgen" wie im Fall von sechs Bürgermeistern im Casanare, die *narco-paramilitares* die Hälfte der Gemeindebudgets und Auftragsarbeiten zugesichert hatten (Verdad Abierta 2011g).

Die *Seguridad Democrática* und ihre militärischen Komponenten hatten zudem widersprüchliche Auswirkungen auf den Haushalt und steuerliche Dynamiken (vgl. El Espectador 2008e, Semana 2002): Der Plan Colombia diente einerseits dazu, staatliche Funktionen um militärische Prämissen herum zu gruppieren und war andererseits mittels der externen Finanzierung eine Möglichkeit, das schwache Steuersystem auszugleichen und somit ein derartiges Projekt der Umstrukturierung überhaupt umsetzen zu können. Denn die wohlhabendsten Dezile haben ihre Beteiligung an den Steuerzahlungen trotz der erwähnten Kriegssteuer in den letzten 20 Jahren wesentlich reduziert. Weiterhin wird Grundbesitz an der Küste häufig weit unter Wert begutachtet, so dass eine geringere Steuerlast anfällt (IV 14:073,075). Nach der zweiten Amtszeit Uribes fehlte noch immer ein ernsthaftes Katastersystem mit einer Begutachtung von Besitz – dafür gab es für die (existierende) zuständige Behörde nie nennenswerte Mittel (vgl. IV14: 068, 073). Die Grundsteuer wird im Unterschied zum urbanen im ländlichen Raum kaum erhoben, denn dort hängt sie von den Gemeinderäten ab, in denen meist Grundbesitzer dominieren. Zugleich beschloss der Kongress (bzw. die Kommissionen, in denen später wegen der *parapolítica* beschuldigte Mandatsträger saßen) Steuererleichterungen für Projekte in der Agrarindustrie, was die regional verankerten herrschenden Fraktionen begünstigte (vgl. Ungar/Cardona 2010b).

Über die parafiskalischen Fonds wie den Fondo Nacional de Café oder der Fondo Nacional Ganadero (mit 2008 57 Mrd. Pesos) übten weiterhin Unternehmergremien wie der Viehzuchtverband FEDEGAN Kontrolle aus. Die Fondos führen das nach wie vor teilweise privat kontrollierte Steuersystem des kolumbianischen Staates fort. Technische Hilfen und Kleinkredite im Ackerbau wurden dagegen praktisch völlig abgeschafft (IV14:165-174) (vgl. CONFEGAN 2012). Die Steuerein-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nahmen stiegen besonders über die Mehrwertsteuer; drei Steuerreformen entlasteten wiederum die höheren Einkommen, denen die Gesetze 788/2002, 819 und 863/2003 Abschreibemöglichkeiten ihrer Gewinne (vor allem an Aktiengewinnen und Beteiligungen) gewährten; davon profitieren geringere Einkommen, die wenig sparen können, nicht (hierzu vgl. Angarita Canas 2012: 37); laut der UN (UN HABITAT 2010: 63) schöpfte das oberste Dezil 49,1 % zu Ende der Regierungszeit Uribes des Einkommens ab, die unteren 20 % nur 0,9 % (!). Die wachsende Bedeutung von Exporten wie Öl, Kohle, Gold etc. erklären mindestens teilweise die erwähnten *Zonas de Rehabilitación* in Arauca, Sucre und Bolívar unter militärischer Kontrolle; die erwähnten CCAI befinden sich u.a. in konfliktiven Gebieten mit agrarindustriellem Potential. In einem paradoxen Muster von Abhängigkeit (vgl. Zavaletas *determinación dependiente* (2009b)) sichern diese Gebiete unter staatlich-militärischer Kontrolle Renten, die für den kolumbianischen Staat angesichts steigender Militärausgaben und des Haushaltsdefizits immer bedeutender wurden, von denen aber gleichzeitig transnationale Unternehmen den größten Teil abschöpften (vgl. Aristizábal 2007: 141; Richani 2005: 138): Im Ölsektor übernahm 2003 die neue Agencia Nacional de Hidrocarburos die Verwaltungsaufgaben der nur noch halbstaatlichen Firma Ecopetrol; der Sektor unterlag kaum regulativen Begrenzungen oder Kontrollen. Sogar der Rechnungshof stellte 2011 Beschwerde, diverse transnationale Bergbauunternehmen wie Drummond, oder Prodeco/Glencore hätten 2007-08 an die 150 Mio. US$ an Royalties zu wenig gezahlt; es gebe aber keine Möglichkeit nachzuprüfen, ob die Royalties tatsächlich den Fördermengen entsprächen, da die Angaben „auf Vetrauen“ basierten (Contraloría: Garay Salamanca 2013).[104] Nicht nur werden die Royalty-Zahlungen von Gewinnsteuern abgezogen, sondern Steuererleichterungen ermöglichen noch einmal 30% vom besteuerbaren Einkommen abzuziehen; und Einkommen können ohne Beschränkung ins Ausland verschoben werden (Contraloría: ebd.: 145). Die Steuererleichterungen und Abschreibungsmöglichkeiten sind so hoch, dass sie das Doppelte der Royalty-Zahlungen ausmachen, die Unternehmen tatsächlich zwischen 2005 und 2010 tätigten (ebd.: 148). Dies sei, so der ehemalige Vizechef der Banco de la República Salomón Kalmánovitz (El Espectador 2008e), die eigentliche „heimliche Steuerreform“, die selektiv vor allem Interessen von Investoren und kolumbianischen Kapitalgruppen sicherstellte.

V.2.6 Divergierende Hegemonieprojekte im Konflikt

Es wurde gezeigt, dass sich am Politikfeld Un-/Sicherheit konfligierende Hegemonie-Projekte verdeutlichen lassen. Die Regierung Uribe repräsentierte zumindest in der

104 Das Personal der Contraloría hat sich offenbar seit dem Regierungswechsel 2010 geändert und vertritt jetzt eine kritischere Haltung zur Abhängigkeit von Royalty-Abgaben.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ersten Amtszeit (2002-2006) ein einendes Staatsprojekt (vgl. Jenss 2012) und setzte darüber hinaus temporär ein Hegemonie-Projekt außer- und innerhalb des heterogenen staatlichen Gefüges mit durch. Für die Durchsetzungsfähigkeit der politischen Projekte aus dem Umfeld Uribe Vélez' ist relevant, inwiefern ihr gelang, ihre Vorstellungen der gesellschaftlichen Ordnung in vielfältiger Weise festzuschreiben. Entscheidend war dafür einerseits ein wirkmächtiger Diskurs der „Wiedergewinnung des Staates" (El País 2002), die nach offizieller Lesart nur auf eine spezifische Weise, nämlich als Projekt der gesamten Gemeinschaft ohne Opposition erfolgreich sein konnte, andererseits, dass ihm gelang, die entsprechende Unterstützung und Allianzen unterschiedlicher herrschender Fraktionen zu gewinnen. Die Idee der „Wiedergewinnung" der Territorien „unter Vorherrschaft illegaler Gruppierungen" (Presidencia de la República Colombiana 2002: 33; Uribe Vélez 2002: 4) und die Sicherung von Privateigentum verknüpfte die Regierung eng; ebenso spielten „Investorenvertrauen" (ebd.: 5) und Garantien für Investitionen in die agrarindustrielle Umnutzung eine Rolle. Das Projekt hat einen derart offensichtlichen Bezug zur Vorstellung von Land als Produktionsmittel, dass es zudem die „räumliche Selektivität" des Staates (Brenner 2004: 89) veränderte, und bestimmte Regionen, die zuvor für die Wirtschaftspolitik kaum eine Rolle spielten, ausdrücklich in die investitionsfördernden Entwicklungsprogramme und Militäroperationen einbezog. Zudem ist der strukturelle Einfluss von außen deutlich: Erst mit intensivierter US-Intervention Ende der 1990er, das Militär zu professionalisieren, setzte sich dieses „Staatsprojekt" Anfang der 2000er Jahre auf allen institutionellen Ebenen durch.

Die anfangs breite gesellschaftliche Unterstützung für das Projekt einerseits und vehemente Ablehnung durch kleine oppositionelle Gruppen andererseits illustrieren das Spannungsverhältnis zwischen in der politischen Krise der Jahrtausendwende höchst autoritären Ordnungsvorstellungen und den tatsächlich sehr heterogenen sozio-ökonomischen Konstellationen. Wer dies als eine Phase größerer Sicherheit wahrnahm und mittrug, war die unternehmerische Gesellschaft: Ihr ging es zuvorderst um die Sicherheit zur Akkumulation und Sicherung ihres Privateigentums (ob gewaltsam angeeignet oder nicht). Seine Funktion, diese zu sichern, erfüllt der Staat (vgl. Haucks Begriff von der Akkumulationssicherungsmacht, 2004a). Der Bergbau als zentrale Achse der aktuellen Entwicklungsstrategie profitierte ebenfalls, auch von gewaltsamen Vertreibungen. Mehr Sicherheit in diesem Sinne bedeutete Unsicherheit für andere gesellschaftliche Sektoren (Opposition, kleinbäuerliche Strukturen, indigene und afrokolumbianische Organisationen als Vertreter alternativer Wirtschaftsprojekte), z.B. durch nicht verfolgte, in der Grauzone zwischen Militärkräften und nicht-staatlichen Akteuren oder direkt von staatlichen Kräften begangene Morde oder Stigmatisierung.

Die *narco-paramilitares* als eigene, wenn auch mit anderen Sektoren verflochtene (Klassen-)Fraktion konnten ihren Einfluss in Entscheidungszentren der Politik, besonders im Kongress, geltend machen. Das ist prinzipiell nicht aus den Kapital-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mengen zu erklären, die ihnen zur Verfügung stehen: Auch ihre Funktion der sozialen Kontrolle brachte ihnen Unterstützung ein. Ihr Projekt einer „Neugründung des Vaterlands" deckte sich zunächst mit dem der Mittelklassen und herrschenden Fraktionen, Kapitalgruppen etc. Insofern stützten sie sich zunehmend auf „institutionelle Bedingungen" (Franco Restrepo 2009: 388), insgesamt auf die staatliche Prioritätensetzung, die strukturell Straflosigkeit garantierte – Schutz durchs Militär, eine aktive Politik der Straflosigkeit, wie Demobilisierungsprozess und Militärgerichtsbarkeit deutlich machen,[105] die direkte Abhängigkeit der Staatsanwaltschaft von der Exekutive, die Kooperation mit Geheimdiensten. Das Militär als zentrale Instanz des autoritären Modells beförderte tendenziell die gewaltvolle Veränderung von Eigentumsstrukturen dort, wo es seine Präsenz ausweitete, schützte die neuen Besitzverhältnisse, anstatt kleinbäuerliche Strukturen wiederherzustellen und trug mit den beschriebenen Kriegspraktiken dazu bei, ein Klima der Angst zu erzeugen und die ländlichen Oppositionsbewegungen zu schwächen.

Erst ab 2006 ist ein Wendepunkt auszumachen, ab dem Uneinheitlichkeit überwog und Allianzen aufbrachen. Ein mit dem der Uribistas konkurrierendes Projekt setzt ebenso auf großflächige Exportorientierung und völlige Marktöffnung, ist aber stärker in Agrarindustrie und bestehenden Konglomeraten (semi-industrieller Export, Telekommunikation, Medien) als der *clase emergente* verankert: Wie schon bei der politischen Aspirationen Pablo Escobars in den 80er Jahren (vgl. IV11) regte sich Widerstand aus den traditionell herrschenden Klassenfraktionen gegen die Formation der irregulären Kräfte als eigene Fraktion mit Interessen und Kapazitäten. Dies, obwohl die Unterstützung eben jener traditionellen Fraktionen für das uribistische Projekt den „Friedensprozess" mit den AUC mit eingeschlossen hatte. Die veränderte Haltung der Regierung Uribe gegenüber den narco-paramilitärischen *comandantes* ab 2006 ist daher u.a. darauf zurückzuführen, dass diese aufstrebende Handelsfraktion, die Land besitzt, Waffen-, Kokainhandel und legale bis informelle Handelsketten betreibt, die Warenverteilung in den *barrios* und Alkohollizenzen kontrollierten und eine neue politische Praxis verkörperten (vgl. IV 11:019), den Kapitalfraktionen in Bogotá zunehmend unangenehm wurden.

Eine klare Positionierung gegen das uribistische Projekt fand als einheitlicher Akteur zunächst nur das Oberste Gericht, was im beschriebenen Konflikt zwischen diesem und der Exekutive ab 2007 resultierte. Doch gegen Ende der zweiten Amtszeit Uribes vollzog sich ein Diskurswandel und eine langsame Distanzierung von

105 Erst die Regierung Santos weitete die Militärgerichtsbarkeit 2012 tatsächlich aus; sie konnte für das Militär noch weit mehr Spielräume durchsetzen als die Regierung Uribe (vgl. u.a. León 2011). Die Regierung Santos konnte auf eine breitere Unterstützung zählen, als Uribes enge Verbindungen zur Kriminalität und den gerade aufgestiegenen Sektoren und sein Auftreten als ländlicher *patrón* nach seiner zweiten Amtszeit eben doch zu „gerümpften Nasen" führte (eigene Gespräche 2011).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den Uribistas:[106] Die Einspeisung der außerordentlichen Gewinne aus der illegalen in die legale Ökonomie machte die irregulären Kräfte teilweise zu direkten Konkurrenten der legalen Unternehmer (vgl. ebd.: 420). Zudem mussten letztere immer mehr damit rechnen, dass die eigenen Verbindungen zu diesen Gruppen ihnen zum Nachteil geraten würden. Der spätere Präsident Juan Manuel Santos (2010 - voraussichtl. 2018) verkörpert diese traditionell in Bogotá verortete Fraktion, für die die institutionelle Selektivität zentralstaatlicher Apparate äußerst günstig ist. Doch die Distanzierung basiert auf Konflikten zwischen herrschenden Sektoren; die ökonomische Macht der Konglomerate übersetzt sich nicht in ihre Hegemonie.

Die Verbindungen zwischen diesen beiden sich auseinander differenzierenden Hegemonie-Projekten sind faktisch allerdings sehr eng. Präsident Santos' war 2006-2009 Uribes Verteidigungsminister und damit verantwortlich für *falsos positivos* und 2010 der uribistische Wunschkandidat. Trotz aller Konflikte und unterschiedlichen Interessenlagen überschneidet sich die ökonomische Ausrichtung dieser beiden Klassenfraktionen weitgehend.[107] Die stark außenorientierte Wirtschaftspolitik Uribes besteht fort: So sucht ein ganzes Gesetzespaket der Regierung Santos die Besitzverhältnisse – zum größten Teil auf ihrem aktuellen Stand, also nach der gewaltsamen Vertreibung von mindestens 3,9 Mio. Kleinbauern und Indigenen (UNHCR 2013) – zu formalisieren und legalisieren, um „Investitionssicherheit" und „Produktivität" zu gewährleisten (vgl. Jenss 2012). Eigentum von Land und die direkte, u.U. gewaltsame Aneignung verliert zugleich gegenüber der Kontrolle über die Landnutzung (ähnlich wie in Mexiko) an Bedeutung. So gefährdet es das Gesamtprojekt keineswegs, einige Landflächen formal an Vertriebene zurückzugeben, wenn zugleich die Bodennutzung im Sinne „strategischer", agrarindustrieller Projekte gesetzlich festgeschrieben ist wie bei den von der Regierung Uribe initiierten Produktionsallianzen zwischen Kleinbauern und Unternehmen (Presidencia de la República Colombiana 2006b: 117, 222).

Sektoren, die sich (illegal) Land angeeignet hatten, fürchteten nun dennoch eine Benachteiligung.[108] Zugleich ist die Folgeregierung Santos selbst von illegalen Un-

106 Nach dem Amtswechsel begann die Strafverfolgung einzelner Vertreter des Staatspersonals. Wenige Jahre später lautete die Kritik, die *narco-paramilitares* hätten 2002 widerrechtlich die Macht ergriffen.

107 Wie fließend die Grenzen zwischen diesen beiden identifizierbaren Akteurskonstellationen wirklich sind, wird daran deutlich, dass der Präsidentschaftskandidat der von Ex-Präsident Uribe neu gegründeten Partei „Centro Democrático" für die Wahlen 2014 zeitweise der Cousin des aktuellen Präsidenten Juan Manuel Santos sein sollte. Die beiden Cousins, die unter Uribe beide Minister der gleichen Regierung waren, wären nun als auf den ersten Blick stark unterschiedliche Optionen gegeneinander angetreten.

108 Dies legen die Warnungen des Verbandes von Bananenproduzenten (Augura 2012) vor einer öffentlich beworbenen Landrückgabe nahe.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ternehmungen in ihrem Umfeld betroffen; mehrere Minister und Botschafter der Regierung waren an der Vergabe und notariellen Festschreibung gewaltsam angeeigneten Landes zumindest beteiligt: 2013 trat der kolumbianische Botschafter in den USA, Carlos Urrutia zurück, da er irregulär angeeigneten Landbesitz rechtlich verschleiert haben soll (El País 2013). Das Linksbündnis PDA warf Regierungspolitikern vor, sie hätten sich ebenfalls an der gewaltsamen Neuordnung der Eigentumsstrukturen bereichert und über Briefkastenfirmen und gefälschte Verträge Landflächen angeeignet (in Voz 2013). Ob sich die wirtschaftliche Ausrichtung auf die Konzentration der Eigentumsverhältnisse oder die Kontrolle der Bodennutzung stützt; die militärische Offensive zwischen 2002 und 2010 war entscheidend dafür, beides umzusetzen.

Trotz allem existieren auf diesem komplexen Terrain subalterne Projekte; die Konfrontation zwischen Exekutive und Judikative ab 2007 und das wachsende Unbehagen städtischer Sektoren gegenüber der *clase emergente* verbundenen Politikern eröffneten etwas Spielraum. So entstand aus der Opposition gegen die Uribe-Regierung mit dem Polo Democrático Alternativo (PDA) erstmals ein gemeinsames parlamentarisches Bündnis der Opposition, das 2006 bemerkenswerte Wahlerfolge hatte. Doch der PDA konnte sich nicht als Vertreterin eines alternativen, emanzipatorischen Transformationsprojektes präsentieren oder die eigenen klientelistischen Strukturen überwinden. Vielmehr gelang es der Regierung, den PDA immer wieder zu diskreditieren, indem sie Verbindungen zur Guerilla suggerierte und die Verfolgung von PDA-Mitgliedern in Kauf nahm (IV 3:012, IV 11:007, IV16:019). Interne Spaltungen, Korruptionsvorwürfe und Zerwürfnisse im PDA schränkten die Möglichkeiten weiter ein (vgl. IV 16).

Außerhalb parlamentarischer Repräsentationskanäle behaupten sich vielfältige subalterne Projekte im ländlichen wie im städtischen Raum trotz der extremen Repression und Existenzbedrohung weiter. Die bäuerlichen Proteste zu Anfang der Regierungszeit Uribes (Consejo Nacional Campesino 2003), die Proteste gegen den Freihandelsvertrag mit den USA (El Tiempo 2005b), indigene Mobilisierungsprozesse der *minga indígena* (2008) und zuletzt die Proteste im Kontext des ‚paro agrario' im Sommer 2013 (CED-INS 2013) zeugen davon, dass angesichts der rigiden Sozialstrukturen, der gewaltsamen Enteignungen kleinbäuerlicher und indigener Strukturen und der suboptimalen Arbeitsbedingungen im urbanen Raum in dieser extrem polarisierten, zergliederten Gesellschaft die Subalternen extrem ungünstigen strukturellen Selektivitäten gegenüberstehen und daher kaum Widerhall finden in staatlichen Politikstrategien. Für sie ist das Land keineswegs eine „*estrella emergente*" (Präsident Santos zit. in Semana 2011a). So konnte sich das u.a. von der *clase emergente* getragene Uribista-Projekt ab 2002 zwar temporär durchsetzen, wurde aber nicht hegemonial. Zugleich blieb die Reichweite der unterschiedlichen Gegenentwürfe zum autoritären Projekt begrenzt. Denn die Vertreter der Folgeregierung (Präsident Juan Manuel Santos) loben die angeblichen Erfolge der Regie-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rung Uribe, während sie sie kritisieren: So erfolgreich sei die Phase der *Seguridad Democrática* gewesen (vgl. Kap. V.2.4), dass der Export von Kokain aus Kolumbien praktisch nicht mehr möglich sei. Nur deshalb sei der Konsum von Kokain und seinen Abfallprodukten in Kolumbien selbst gestiegen (vgl. Vargas Meza 2013).

Dass sich die politische Strategie der Regierung Santos ab 2010 trotz aller Überschneidungen und Konvergenz wesentlich von ihrer Vorgängerin unterschied, zeigen die 2012 begonnen Verhandlungen für einen möglichen Friedensprozess mit der FARC. Die FARC-Guerilla schien nach den militärischen Offensiven stark geschwächt und unfähig, ein eigenes Projekt für eine radikale Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse in einer breiten Basis zu verankern. Sie – und die anderen bewaffneten Gegenbewegungen – sind allerdings keineswegs militärisch besiegt. Einen Dialog hatte die Regierung Uribe unter allen Umständen ausgeschlossen; das Feindbild der ‚terroristischen' Guerilla war ja Diskursgrundlage für die spezifische Strukturierung des Felds Un-/Sicherheit (Kap. V.2.1). Am deutlichsten wird der Diskurswandel, wenn Präsident Santos (der als Verteidigungsminister 2008 noch das Bombardement eines FARC-Camps auf ecuadorianischem Boden absegnete) gegenüber den ‚Terroristen' nun sagt:

„Stellen Sie sich vor, wenn morgen die FARC, anstatt die Kokafelder und -Labore zu bewachen, auf der anderen Seite stehen. Was das für das Land heißt! […] Sie sind doch keine Drogenhändler, nicht wahr? Also kommen Sie und wir lösen dieses Problem." (zit. in ebd.: 4).

Dass Santos die Guerilla nicht mehr als „Drogenhändler" bezeichnet, zeugt aber vor allem vom Interesse der Regierung, die Anti-Drogen-Strategie fortzusetzen und dies zum Konsensthema in den Verhandlungen mit der Guerilla zu machen; denn auch wenn die FARC *Zonas de Reserva Campesina* fordert (vgl. ebd.), bleibt die Sicherheitspolitik ein Angelpunkt für die Anreize gegenüber Investoren, für die Umgestaltung ländlicher *territorios* in großflächige Exporträume und die Anbindung von Kleinbauern an agrarindustrielle Unternehmen. Es geht also darum, die FARC von bekämpften „Drogenhändlern" zu Akteuren zu machen, die in staatliche Strategien und in das vorherrschende wirtschaftliche und sicherheitspolitische Projekt integriert werden können. Für alternative Projekte, die kleinbäuerliche Strukturen und damit *tierra* und *territorio* verteidigen, vergrößert sich der Handlungsspielraum dadurch nur stellenweise. Sie zeigen sich eher, wenn sich etwa progressive städtische und universitäre Segmente kleinbäuerlichen Forderungen anschließen wie beim Paro Agrario 2013 (vgl. CED-INS 2013) oder umgekehrt bei studentischen Protesten gegen ein geplantes Hochschulgesetz 2011 (vgl. Jenss 2013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V.3 UN-/SICHERHEITSPOLITIK IM KONTEXT EXPANDIERENDER GRAUZONEN MEXIKANISCHER STAATLICHKEIT

Die Befürchtung, Mexiko entwickle sich zu einem autoritären Staat, in dem mittels *counterinsurgency*-Elementen finanzmarktorientierte Fraktionen privilegiert werden und sich radikal rechtsgerichtete Organisationen Räume geschaffen haben, äußerten bereits Sozialwissenschaftler/-innen wie Roux (2011) oder Oliver Costilla (2012) und Journalist/-innen wie González Ruiz (Contralínea 2011a) oder Delgado (2003). Rodríguez Rejas' (2010b) kritische Analyse und Moloeznikss Arbeiten (2011) zu Reformen der „Sicherheitsgesetzgebung" zielen im Hinblick auf die gesetzliche Festschreibung der Politik in ähnliche Richtungen. Das Kapitel beschäftigt sich aber nicht nur mit der Charakterisierung der ‚Drogenpolitik' der Regierung Calderón oder mit Militarisierung. Sondern die vorliegende Arbeit interpretiert Gesetze und Umsetzung staatlicher Praktiken in diesem Zeitabschnitt als eine Institutionalisierung der sogenannten DeFacto-Mächte und der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Insofern sind Konflikte und Instabilität Ausdruck des Ringens der unterschiedlichen Kräfte um die besten Konditionen: Das Feld Un-/Sicherheit, dessen Bearbeitung die Regierung zu ihrem Schlüsselvorhaben erklärte und das zur Basis des Regierungsdiskurses wurde (Kap. V.3.1.), verdeutlicht entscheidende Spannungen und Widersprüche innerhalb des mexikanischen Staates. Das Kapitel zeichnet tragende Kräfte des Projekts eines Krieges „gegen die Drogen", Widerstände und Herrschaftsmodalitäten nach. Zunächst sind der offenste Ausdruck dieses politischen Projekts militärische *Operativos Conjuntos* (V.3.2.), die die USA ähnlich wie in Kolumbien finanziell unterstützte. Die Analyse der Rolle von Militär, Marine und anderen, nicht-staatlichen Akteuren unter Präsident Calderón und deren Gewichtung innerhalb der Staatsapparate (V.3.3.) erlaubt Aussagen über die Artikulation veränderter Kräfteverhältnisse innerhalb der und in die Staatsapparate hinein. Das Ringen um gesetzliche Festschreibungen der Politik ist unter V.3.4. skizziert und artikulierte sich vor allem um die Gesetzesinitiative zu einem neuen Nationalen Sicherheitsgesetz. Zuletzt wird die Produktion von (Un-)Sicherheit im Zusammenhang mit einem sehr selektiven Sicherheitsbegriff und unter Berücksichtigung unterschiedlicher territorialer Kontexte ausgelotet (V.3.5.).

Das vorläufige Arrangement ist eine erneute Transformation des mexikanischen Staates, Ergebnis des Zusammenspiels von Beharrungsmomenten und dem Ringen unterschiedlicher Kräfte um Durchsetzung ihrer Interessen. Abschließende Aussagen über diese Kräftekonstellationen und die Institutionalisierung fasst V.3.6. zusammen. Zugrunde liegt wie beschrieben eine breite ausgewertete Datenbasis (Interviews, Zeitungsartikel, Berichte, Positionspapiere).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V.3.1 Symbolik der Gewalt: „seguridad para los mexicanos“

> „vivimos en un país en el que ser ciudadan@s se está volviendo una postura de supervivencia.“[109]

Die Analyse der langfristigen Planungsdokumente México 2030, Proyecto de Gran Visión und des Nationalen Entwicklungsplans (PND) gibt Aufschluss darüber, welches Verständnis von zentralen Politikfeldern in der Regierung vorherrschte und wie sie sich zu unterschiedlichen Hegemonieprojekten positionierte. Das Strategiepapier Visión 2030, Ausgangspunkt für den PND und darunter fallende Programme (Calderón in Presidencia de la República 2007: 11), illustriert die Globalvision der Regierung. Die fünf thematischen Achsen, die den Plan analog zur Visión 2030 strukturieren, machen die diskursive Rahmengebung deutlich: „Rechtsstaat und Sicherheit“, „Wettbewerbsökonomie und Arbeitsplätze schaffende Ökonomie“, „Chancengleichheit“, „Nachhaltigkeit“ „wirksame Demokratie und verantwortungsvolle Außenpolitik“ (ebd.: 31ff.). „Effizienz“, „Juristische Sicherheiten“ und „Wettbewerb“ sind Schlüsselbegriffe im PND (Calderón Hinojosa 2006: eje 2:7). Während die Regierung Calderóns konkrete ökonomische „Entwicklungs“-Ziele formulierte, verknüpfte sie diese diskursiv untrennbar mit dem Begriff der „Sicherheit“, der eine zentrale Rolle im gesamten Regierungsdiskurs einnimmt. Präsident Calderón fokussierte das Thema „Sicherheit“ in öffentlichen Auftritten, Bildsprache und Symbolik massiv (u.a. Calderón Hinojosa 2007a; vgl. Presidencia de la República 2007). Die Konzepte bleiben allerdings sehr diffus – eine sinnvolle Abgrenzung unterschiedlicher Sicherheitsbegriffe („Nationale“, „Öffentliche“, „Innere“ Sicherheit) existiert schlicht nicht. Soziale, ökonomische Sicherheit kommt ausschließlich in Bezug auf die Sicherung von Wachstum vor. Dennoch, das Thema ‚Sicherheit‘ füllt das 1. Kapitel des Nationalen Entwicklungsplans, alle anderen Themen bauen auf diesem auf. Zur Erinnerung: Die kolumbianische Regierung Uribe ging wesentlich differenzierter mit dem Sicherheitsbegriff um, grenzte sich von den USA ab und behauptete, ihre Strategie sei gerade nicht eine der Nationalen Sicherheit.

Doch in Mexiko vollzog sich mit der Regierung Calderón ebenfalls ein Diskurswandel. So begriff die Regierung, nah an der Konzeption der US-Institutionen (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2006), den Drogenhandel als Bedrohung der Nationalen Sicherheit. Er ist also kein Thema der Gesundheitspolitik, obwohl der steigende Konsum illegaler Substanzen Präsident Calderón als besonderes Problem galt, und betrifft nicht nur Justiz oder Strafvollzugsorgane, sondern die gesamten Sicherheitsapparate. Der Hauptgegner, die Organisierte Kriminalität, wird nicht näher definiert, doch die Bedrohung erfordere „mit allen zur Verfügung stehenden

109 „Wir leben in einem Land, in dem es zur Überlebensfrage wird, staatsbürgerliche Rechte wahrzunehmen“ (Aktivistin, 2011).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mitteln“ einen Kampf, den der mexikanische Staat nicht aufgeben könne (Presidencia de la República 2007: 46). Dieser herrschende Diskurs und erstaunlicherweise ein großer Teil der sozialwissenschaftlichen Forschung nehmen die illegale Ökonomie (meist auf den Drogenhandel reduziert) als etwas „notwendig den politischen Machtstrukturen fernes oder abgetrenntes“ (Astorga 2007) wahr, von denen eine exponentiell wachsende Gefahr ausgehe und die tendenziell mit dem Staat konkurrierten: Die mexikanischen „Drogenkartelle“ seien inzwischen nicht mehr ausführende, sondern führende Kräfte (PND 2006:59). Bedroht der Drogenhandel universal die Nationale Sicherheit, ist der Einsatz des Militärs zur Bekämpfung die direkte Konsequenz – ohne festen Zeithorizont (vgl. Astorga 2007):[110] Bereits im PND ist die Rede von „permanenten Operationen“ und nicht punktuellen Einsätzen, die „Wertschöpfungsketten aufbrechen“, die „kriminellen Organisationen fragmentieren“ (Presidencia de la República 2007: 59) und Pflanzungen und Waren vernichten sollen.

Es handele sich nicht nur um einen „Krieg gegen die organisierte Kriminalität“, sondern eine „Schlacht“ zur Verteidigung des Vaterlandes (Calderón Hinojosa 2007b): Der Staat müsse verlorenes Terrain zurückgewinnen, und „Räume, die von den Banden des Drogenhandels und anderen kriminellen Organisationen ‚besetzt‘ wurden“, „reduzieren“ (Presidencia de la República 2007: 59).[111] Die Gruppen zu beseitigen war nicht Teil der Strategie: Bis 2030 solle die organisierte Kriminalität „eingehegt“, aber nicht verschwunden sein, heißt es in einem vertraulichen Arbeitsdokument aus der Kampagnenphase (Calderón Hinojosa 2006: 2,9,26: eje 1). Den „Rechtsstaat durchsetzen“ setzte die Regierung dabei gleich mit der „Wiederherstellung des Gewaltmonopols“, das sie verloren zu haben angibt (CMDPDH et al. 2011: 18) – ganz ähnlich wie in der Konzeption der kolumbianischen Regierung.

Die Lösung ist militärischer Natur: Der PND konstruierte Armee, Fuerza Aérea und Fuerza Aeronaval der Marine als „Garanten der Inneren Sicherheit des Landes“ (Presidencia de la República 2007: 59),[112] verschob damit deren Kompetenzen und rechtfertigte, ihre Budgets entscheidend auszuweiten (s.u.). Ohnehin sei die Bedrohung so groß, dass sie

110 „Als Ausdruck der Organisierten Kriminalität fordert der Drogenhandel den Staat heraus und wird zu einer schwerwiegenden Bedrohung für die Nationale Sicherheit […] Deshalb ist die Mitarbeit der Streitkräfte in diesem Kampf notwendig.“ (Presidencia de la República 2007: 58).

111 Da mit „Ineffizienz“ und „Inkompetenz“ von Institutionen und „kollektiven Erpressungsversuchen“ Ausnahmezustände gerechtfertigt wurden, ähnelte schon die Wortwahl der in den US-Sicherheitsinstitutionen gebräuchlichen Definitionen vom „gescheiterten Staat.“ (Rodríguez Rejas 2010a: 405).

112 Hier verwendet sie den Begriff 'Nationale Sicherheit' erstaunlicherweise nicht.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„uns, die Kräfte zu Land, Wasser und Luft, dazu zwingt, die Anstrengungen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu verdoppeln, um die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren“,

zitiert die International Crisis Group (2013: 20) den General Guillermo Almazán. Das Bedrohungsszenario durch die Kartelle und besonders die Rolle des Militärs dabei zum Teil grotesk zu überzeichnen, liegt in der Konfrontationslogik begründet. Die ICG (ebd.: 26f.) zitiert einen Militär, der die Befehlsgewalt in einer mittelgroßen Stadt übernahm:

„Eins der Dinge, die sie dir in der Armee beibringen, abgesehen vom Sinn für Verantwortung, ist die Loyalität zu den Institutionen, zu Mexiko, von reiner Anständigkeit, Mut, Verwegenheit, vom Geist der Opferbereitschaft, vom Korpsgeist. Denn du lässt hier Korpsgeist entstehen, du lässt die Leute, deine Leute stolz sein auf die Uniform.“

Vor der Ankunft dieser überzeichneten Helden hätten sich die Zetas frei in der Stadt bewegt:

„Das ging wirklich zu weit als ich ankam. Als ich ankam, habe ich gefragt, und die, wer sind die. Ich dachte es seien Angestellte der Agencia Estatal de Investigaciones, weil sie in zivil und bewaffnet unterwegs waren. Und man sagte mir, ‚nein, naja, das sind Zetas.‘ Wie kann das sein?“

Der Diskurs verzerrt besonders die Rolle der Zetas als gefährliche „urbane Guerilla im Untergrund“ mit typischen Waffen („sie tragen AK-47 [...und] Galils“) (Militär zit. in ebd.: 26), die allerdings sofort geflohen sei, als disziplinierte, ausgebildete Militärs die Stadtregierung übernahmen (ebd.: 26f.).

Analog zum kolumbianischen Diskurs machte die Regierung hier erstens die gesamte Bevölkerung zu Informanten und Akteuren in der Sicherheitsstrategie, sprach zweitens den ‚Kriminellen‘ implizit die Grundrechte ab und schuf drittens Unklarheit darüber, wer zur schützenswerten Gemeinschaft und wer zu den ‚Kriminellen‘ gehörte. Erstens bezog sich die „existentielle Bedrohung“ der Nationalen Sicherheit, so Schneiker (2009), nicht auf einzelne Bürger/-innen, sondern auf ganz Mexiko. Der Aufruf zum „Zusammenstehen“, zur „nationalen Einheit“ gegenüber einem kaum definierten Feind angesichts einer bedrohten staatlichen Ordnung und dem bedrohten Privatbesitz ist innerhalb dieser Logik nur konsequent (Calderón Hinojosa 2007a):„ [...] es ist ein Kampf, den wir führen müssen und selbstverständlich auch gewinnen werden, wenn wir Mexikaner zusammenstehen.“ (Calderón Hinojosa 2007b).

Die gesamte Bevölkerung in die staatliche Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzubeziehen, war zentral („wenn wir außerdem vereint sind, Regierung

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Zivilgesellschaft, werden wir nicht einfach stärker, sondern unbesiegbar sein“ (ebd.)) und stellte eine klare Parallele zur Haltung der kolumbianischen Regierung dar. Dabei sei es die Bevölkerung, die über Schlüsselinformationen verfüge und diese an staatliche Stellen weitergeben müsse, so dass die Gesellschaft bewusst ins Sicherheitssystem einbezogen werden solle:

„Es sind die Bürger selbst, die Schlüsselinformationen darüber bereitstellen, wie sich das Verbrechensphänomen öffentlich manifestiert. Innerhalb dieser Art Aufklärungs-/ Geheimdienstpolitik schlägt dieser Strategieplan vor, die Bürger ins Sicherheitssystem zu integrieren.“ (Presidencia de la República 2007: 33).

Dies verwischte die Grenzen zwischen transparent arbeitenden Institutionen, der Schutzfunktion des Staates gegenüber der Bevölkerung und Polizeiaufgaben und damit zwischen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Sicherheitsakteuren. Wieder lässt dies an die Grauzone zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Gewalt im Sinne Auyeros (2007) denken. Als imitiere er den kolumbianischen Präsidenten, sprach Calderón vor allem in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit nicht mehr von „Krieg“, sondern von der Bekämpfung einer Sicherheitsbedrohung: „Ich benutze den Begriff vom Krieg eigentlich gar nicht. Aber sogar, wenn wir von Krieg sprechen würden und es ein Krieg des Staates gegen die Kriminellen wäre…“ (Calderón Hinojosa 2010a).

Doch der militaristische Diskurs reichte noch weiter: Wesentlich war für den Diskurswandel zweitens, es als Teil des Problems zu betrachten, dass ‚Kriminelle‘ überhaupt Verfahrensrechte genossen, theoretisch das Recht auf eine Unschuldsvermutung, auf alle Informationen, die gegen sie vorliegen und anwaltlichen, vertraulichen Beistand hätten (vgl. Anaya Muñoz 2012: 122). Im Gegenteil argumentierte die Regierung explizit, dass Rechte eingeschränkt werden müssen, um „die Gesellschaft zu schützen“: Irritierenderweise sprach der Hardliner-Diskurs den ‚Kriminellen‘ jedwede Grundrechte ab (vgl. Interview General Villa Castillo Aristegui 2011a), während immer wieder Vorwürfe gegen eben die Protagonisten dieses Diskurses laut wurden, selbst kriminell zu sein (z.B. die Vorwürfe gegenüber dem General Leyzaola in Proceso 2011a).

Drittens stellten die Grenzen zwischen Bevölkerung und Kriminalität in diesem Diskurs breite Grauzonen dar: Die ambivalente Kategorie des *delincuente* fasste ganze Gesellschaftssegmente und verband implizit Armut und Informalität mit einem Anfangsverdacht. Die Annahme, Opfer von Menschenrechtsverletzungen hätten per se Verbindungen zur Kriminalität und seien deshalb entführt, festgenommen oder verschwunden worden, nutzten Ermittler immer wieder als Rechtfertigung, Fälle von Veschwindenlassen nicht untersucht zu haben (HRW 2013: 40): „es ist, weil er Drogen verkauft hat. Suchen Sie ihn nicht“ oder „Normalen Leuten passiert nichts – nur Leuten mit Verbindungen“, „die Jugendlichen sind eben in

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Banden“ (ebd., IV02: 261, IV 9). Sogar der Präsident legitimierte immer wieder Tötungen Unbeteiligter. Es werde „ein sehr langer Kampf, ein sehr schwieriger Kampf und ein Kampf, der Geld, Zeit und unglücklicherweise auch Menschenleben kosten wird.“ (Calderón Hinojosa 2007b).

Gleichzeitig gab es offenbar öffentlich Raum für ein Narrativ, nach dem eine Beziehung zwischen Menschenrechten, Basisorganisationen und ‚Kriminellen‘ bestehe und letztere sich auf die Menschenrechte bezögen, um staatliche Institutionen in ein negatives Licht zu rücken. 2011 behauptete der Marineminister Saynez, die „kriminellen Gruppen versuchten […] den guten Ruf der Institutionen zu beschädigen“, indem sie „gesellschaftliche Gruppen und die Flagge der Menschenrechte“ benutzten (der Geheimdienst CISEN erklärte NGOs sogar öffentlich zur Bedrohung La Jornada 2010a, La Jornada 2011a). Umgekehrt tauchte zwar im Entwicklungsplan das Thema Menschenrechte immer wieder auf; der Plan etablierte aber nicht einmal diskursiv eine Verbindung zwischen Menschenrechten und dem Thema Sicherheit. Systematische Dokumentationen von Menschenrechtsverletzungen durch Militärs existierten im Unterschied zu Kolumbien bis vor wenigen Jahren praktisch nicht (vgl. IV 2:024, IV 10:010).

Dies bedeutete, dass unklar oder umkämpft war, wer zur schützenswerten Gesellschaft dazugehörte und wer außen stand, zum „Nicht-Bürger“ wurde (Pearce 2010: 300 in Anlehnung an Agamben). Wer nach welchen Kriterien als ‚kriminell‘ galt und damit das Recht auf körperliche Unversehrtheit verlor, blieb unkalkulierbar, ebenso wie konkrete Täterschaft und Motive häufig im Unklaren blieben: Einerseits bot die illegale Ökonomie Möglichkeiten des verhältnismäßig raschen Aufstiegs für die Perspektivlosen, die die Wahrnehmung eint, „dass man nur über extralegale Mittel vorankommen kann“ (Maldonado Aranda 2012: 17). Letztere werden als ‚*Ni-Nis*‘ charakterisiert, ohne Ausbildung, Arbeit und Perspektive (hierzu IV2:261). Andererseits wurden gerade sie am ehesten Opfer von gewaltsamen Rekrutierungen und Verschwindenlassen und standen außerhalb der Gesellschaft, die das Militär schützt. Das Narrativ der Regierung bezeichnete jeden „im Kampf“ Getöteten als „Kriminellen“ (Reveles 2011: 26). An diesem Punkt ähnelten sich die präsidialen Diskurse aus Mexiko und Kolumbien einmal mehr. Die Zahlen von getöteten Gegnern galten wie in Kolumbien als Erfolg. Kritiker sprechen von *body count*.[113] Reveles (ebd.: 24) argumentiert, Regierungsstellen überhöhten die Zahlen über Tote künstlich, um den Einsatz des Militärs im Inneren und den freiwilligen Verzicht auf Bürgerrechte zu legitimieren, aber zugleich als Beleg für militärischen „Erfolg“ gegen die Netzwerke der „Organisierten Kriminalität“:[114]

113 *Body count* bezeichnet die den USA vorgeworfene Strategie, im Vietnam-Krieg ihre Erfolge an der Anzahl der getöteten Gegner zu bestimmen.

114 In den USA schienen aus der Luft gegriffene, kaum belegbare Zahlen ebenfalls Anklang zu finden. Sie zeigten, wie ernst das Problem und dass eine US-Unterstützung

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Ich verstehe völlig und weiß, dass die allgemeine Wahrnehmung ist, der Krieg werde gerade verloren. Ich teile die Einschätzung nicht, aber ich verstehe, dass das eine generalisierte Wahrnehmung ist, die der Staat bekämpfen muss […] sogar dann, wenn wir von Krieg sprechen würden und es ein Krieg des Staates gegen die Kriminellen wäre, ist es doch so – unabhängig davon, dass es feige Taten gibt wie Hinrichtungen und Hinterhalte gegen staatliche Autoritäten, die Armee und besonders die Policía Federal – dass die große Mehrheit der Zusammenstöße zwischen Bundesstreitkräften und den Kriminellen von Bundeskräften gewonnen wurden […]. Die Proportion von Verlusten [Getöteten] ist bei acht zu eins.“ (Calderón Hinojosa 2010a).

Es wurden also laut dem Präsidenten immerhin mehr ‚Kriminelle‘ als Polizisten, Soldaten oder gar höhere Offiziere getötet.

Ergebnis dieser drei Punkte waren spezifische Begriffsveränderungen im alltäglichen Diskurs über Kriminalität, aber auch ein Wortschatz, der lax und ungenau gehandhabt wurde: Alle Ermordeten galten zunächst als ‚Kriminelle‘, *narcotraficantes* o. Ä. (u.a. Präsident Calderón über die bei dem Massaker von Salvárcar ermordeten Jugendlichen, zit. in La Jornada 2011b, vgl. Interview mit General Villa La Jornada 2011c). Morde wurden zu Kollateralschäden, illegale Hausdurchsuchungen zu *cateos* und willkürliche Festnahmen zu präventiven *arraigos* (CMDPDH et al. 2011: 21). Der Begriff *sicario* aus Kolumbien bzw. Sizilien wurde in Mexiko vor 2007 praktisch nicht benutzt (Escalante Gonzalbo 2012: 36). Die Rede von der *plaza* als klar umgrenztem, von einer „Mafia“ kontrollierten Raum scheint für den informellen netzwerkartigen Markt mit spezifischen Hierarchien eigentlich unpräzise (vgl. ebd.: 37; Resa Nestares 2003). Polizei und Medien verwendeten das Wort *levantar*, *levantón* (wörtlich „aufheben“) statt *asesinado* („ermordet“) (IV2:258-9, vgl. Comisión Independiente Morelos 2012; Working Group UNHCR 2011). Die Person existiert nach einem *levantón* real nicht mehr, der Tod ist aber nicht unbedingt bestätigt; folgt man der Kritik von Menschenrechtsorganisationen, so verhüllt der Begriff den Straftatbestand (vgl. CMDPDH et al. 2011; Karl 2010).[115] Ebenso werden Menschen „hingerichtet“, ein Wort, das im Spani-

notwendig war. So sagte laut NACLA (2012) der US-Verteidigungsminister Leon Panetta öffentlich, es habe im mexikanischen „Drogenkrieg“ in den letzten Jahren 150.000 Tote gegeben. Tatsächlich basierten die Zahlen, die die Regierung Calderón veröffentlichte, nicht auf Fakten: Längst ist nicht mehr so leicht einzuschätzen wer tatsächlich „im Zusammenhang mit dem Drogenkrieg“ umkam und wer ‚ziviles‘ Opfer ist. Diese Politik der Statistik änderte sich mit dem Regierungswechsel 2012/2013 nicht (vgl. die Kritik von Hope 2013a).

115 Das Militär veröffentlichte weder Statistiken zu *levantones* noch die zur Erhebung verwendete Methodologie. Doch das Etikett der *levantones* erlaubte, Ermittlungen eben nicht einzuleiten, denn er schrieb die Verantwortung der „Organisierten Kriminalität“ zu.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen die Beteiligung an kriminellen Handlungen suggeriert. Die mexikanische Presse nahm die Begriffe in ihr Repertoire; ein neues „Standardwissen" bediente sich einer spezifischen Sprache und fingierte „technische Exaktheit" (Escalante Gonzalbo 2012: 39 ebd. ff.). Dieses Wissen ist nicht belegt, ergab aber ein kohärentes, wahrscheinliches Narrativ. Manche kritisierten den Diskurs als übliches, aus der PRI-Zeit bekanntes Spiel von Illusionen (vgl. Oliver Costilla 2012). Dass Staatspersonal Begriffe umdeutete und die größeren Medien diese ständig wiederholten, passte die Realität an die Sicherheitspolitik an – nicht umgekehrt – und legitimierte Übergriffe staatlicher Kräfte. Die Haltung wird nicht nur in eigenen Interviews deutlich (vgl. IV2:097-101), sondern besonders an Interviews des Generals Carlos Bibiano Villa Castillo, der die eigenen Handlungen rechtfertigte und sich öffentlich brüstete:

„Nein, ich sage es Ihnen nochmal, wenn ein *cabrón* mir nahekommt, entweder töte ich ihn oder wir nehmen ihn gleich da auseinander. Keiner hat irgendeinen Grund mich festzunehmen, und das habe ich im Radio gesagt, das habe ich im Fernsehen gesagt und wer mir zu nahe kommt, Vorsicht... Ich irre mich nicht. Herr Präsident, ich habe genug Eier um dieses Fass aufzumachen und da reinzugehen und mich dem zu stellen" (Villa im Interview mit Aristegui 2011a: 5:26). [An anderer Stelle:] „Wenn ich einen Zeta zu fassen bekomme, töte ich ihn […] Ich vertraue der Policía Federal nicht, denn sie töten nicht, sie nehmen nur fest. Und Armee und Marine töten." (Villa im Interview mit La Jornada 2011c).

Erst seit wenigen Jahren greifen Kritiker/-innen der Regierungspolitik z.B. mit dem Begriff der „Sozialen Säuberungen" in den Diskurs ein, bezogen ihn beispielsweise auf die oben genannten ‚*Ni-nis*' (Reveles 2011: 21 vgl. IV9). Allein die Rede von der so genannten ‚*narcoguerilla*' (einer im Drogenhandel tätigen, antistaatlichen Guerilla, deren Vorbild die kolumbianischen FARC wäre) setzte sich nicht durch (vgl. u.a. Astorga 2007).

Es ist die Ambivalenz in Diskurs und Gesetzgebung, die die Ausrichtung der Sicherheitspolitik aus staatstheoretischer Sicht problematisch macht. Einerseits gelang es der Regierung auf diskursiver Ebene wohl deshalb, Kriminalitätsbekämpfung und Menschenrechtsverteidigung einander entgegen zu setzen, weil Einschüchterung und das öffentliche zur Schau stellen von Gewalt Teil des alltäglichen Agierens illegaler Gruppen wurden: Eine Explosion am Nationalfeiertag 2008 in Morelia wurde erstmals als Angriff gegen völlig beliebige Menschen wahrgenommen und unterstrich die „Notwendigkeit" der Bekämpfung noch (vgl. ICG 2013: 23). Andererseits half die Unklarheit darüber, wer dazu gehörte, ein diffuses ‚Anderes' und nicht die eigene Person oder Nahestehende als mögliche Opfer wahrzunehmen. Dass nach wie vor grundlegende politische und zivile Rechte gerade den ‚*Ni-Nis*', den im informellen Niedrigstlohnsektor Arbeitenden oder Indigenen vor-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

enthalten wurden, gibt Aufschluss über die strukturelle Selektivität des mexikanischen Staates (s.u.).

Darüber hinaus betonte der Sicherheitsdiskurs der mexikanischen Regierung immer wieder, „trotz des Krieges" sei die „ökonomische Erholung des Landes fortgesetzt worden" (Calderón im Bericht an die Nation zit. in Proceso 2011b), suggerierte also, die Unsicherheit schädige Produktivität und Investitionen meist. Für wirtschaftlichen Wohlstand sei die militärische Bekämpfung der Bedrohung Bedingung und oberste Priorität: Erst wenn „die Sicherheit wieder hergestellt ist", gelangen Kulturpolitik, Arbeitsmarktpolitik oder Freizeitinitiativen überhaupt auf das Terrain des Möglichen (Presidencia de la República 2010). Zugleich weitete der Entwicklungsplan das Thema Sicherheit explizit auf die Ökonomie aus und vertiefte den Wandel des Entwicklungsparadigmas, der spätestens ab der Schuldenkrise 1982 den um die mexikanische Revolution kreisenden Diskurs als populistisch und rückwärtsgewandt umdeutete. Zentral für den Sicherheitsbegriff der Regierung Calderón war deshalb der Schutz von Privatbesitz: So sollte die Regierung laut Plan Privateigentum sichern, indem sie das Katastersystem modernisierte und den Schutz geistigen Eigentums lückenloser durchsetzte (Presidencia de la República 2007: 46ff.). Sicherheit bedeutete insofern die Reproduktion von Eigentumsverhältnissen und gesellschaftlicher Ordnung.

Den Privatbesitz von Land zu sichern, hieß im mexikanischen Kontext, dass die Unveräußerlichkeit von in *ejidos* verwaltetem Land ebenso wie *tierras comunales* nun vollständig abgeschafft und damit das unter Präsident Salinas de Gortari 1992 begonnene Vorhaben abgeschlossen werden sollte (Calderón Hinojosa 2006: eje2: 106). Gerade die Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Guerrero waren Ziel dieses Interesses. Ein neues Gesetz solle

> „verhindern, dass die Enteigneten oder früheren Eigentümer des Landes sich dem Projekt entgegenstellen oder es blockieren können. Dieses Gesetz soll regeln, dass diese Personen mittels eines etablierten Verfahrens eine höhere Zahlung fordern, aber keinesfalls die Entwicklung des Projektes behindern können." (ebd.: eje2:24).

Beispielsweise bezog die Regierung neue Räume in das Investitionsinteresse ein (vgl. IV 1:006-9). Zielgruppe der Gesetzgebung seien die Protestgruppen in Atenco, am Kraftwerk La Parota oder in Santa María Ostula, kritisierte Flores (Contralínea 2010a, Contralínea 2010b) und sah damit sogar gewaltsame Vertreibung legitimiert. Im Fall von Enteignungen wäre Protest wirkungslos. Dies lässt direkt auf Brenners (2004) Konzepte schließen, zuvor irrelevante Räume in supranationale Akkumulationskreisläufe zu integrieren.

Staatliche Unternehmen bezeichnete der PND als „staatliche Monopole" und übertrug damit die negative Konnotation des Begriffs Monopol auf alle staatlichen Unternehmen – in Mexiko besonders die staatliche Elektrizitätsversorgung und Öl-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

förderung. Die Bedeutung privater Investitionen wird u.a. an der häufigen Verwendung des Begriffs deutlich; sie sollten vor allem in Bereiche wie Wasser, Energie, Mineralien/Bergbau, Biosphärenreservate und Strandentwicklung fließen (Calderón Hinojosa 2006: eje4). In der staatlichen Ölförderfirma PEMEX sollten laut PND weiterhin staatliche Anteile erlaubt (!) sein, in Form von „Shareholder-Teilnahme des Staates, von Pensionsfonds und privaten Investoren, Gewerkschaften und anderen sozialen Akteuren" (Calderón Hinojosa 2006). Angesichts der Konsequenzen, die es hatte, im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA die Abgabe juristischer Souveränität vertraglich festzulegen, waren die Formulierungen für eine neue Verfassung nicht ohne Brisanz: Man wolle „ein Land mit einer neuen Verfassung und Harmonie zwischen interner und externer Gesetzgebung" (ebd.: eje 5:6) schaffen und

> „grundlegender Teil einer nordamerikanischen Gemeinschaft [werden], die Mexiko, USA und Kanada umfasst, integriert über Politikprogramme und gemeinsame Institutionen, eingeschlossen eine gemeinsame Sicherheitszone und eine tiefe Beziehung in den Bereichen Migration, Handel und Investition." (ebd.: eje 5:5).

Nicht nur handelspolitisch, sondern bildungs- und gesundheitspolitisch hätte dies die Integration in die Nordamerikanische Zone noch vertieft. Tiefgreifendere politische Alternativen ließe die „konsolidierte Führung", (ebd.) kaum noch zu. Die Rede von „*méxicoamericanos*" auf „wichtigen öffentlichen Posten" lässt die kritische Interpretation als Unterordnung unter die in den USA sich durchsetzenden Interessen recht plausibel erscheinen (ebd.: eje 5:5). Doch wie von der Energiereform war die Regierung Calderón vom Ziel einer neuen Verfassung am Ende ihrer Regierungszeit weit von der Visión 2030 entfernt.

Wer unterstützte diesen Diskurs? Der Entstehungskontext der Planungspapiere belegt bereits, dass spezifische Gruppen der mexikanischen Gesellschaft den Regierungsdiskurs prägten: Eine Gruppe von Vertretern der Parteien PAN und PRI, Unternehmensvertretern und Akademikern entwarf sie noch vor dem Amtsantritt 2006.[116] In den Jahren vor dem Amtswechsel übten Anti-Crime-Organisationen wie

116 An thematischen Workshops zwischen Juli und November 2006 waren nur 420 Personen beteiligt: Vertreter aus den Parteien PAN und PRI und Unternehmen aus Industrie, dem Instituto Tecnológico de Teléfonos de Mèxico, Alstom Mexicana, Energía/Cemex, Bienestar Social Telmex, der Lebensmittelfirma Bimbo, dem Finanzsektor (z.B. Grupo Financiero Santander-México) und dem Umfeld der Internationalen Entwicklungsbank. In 14 Dokumenten des Präsidialamts sind die Ergebnisse dokumentiert. Teilweise waren die Arbeitspapiere zwar bis zum Jahr 2011 über die Homepage des Präsidialamtes verfügbar, allerdings als „vertraulich" eingestuft und offensichtlich in dieser Form nicht zur Veröffentlichung bestimmt – ein Zeichen für ein widersprüchliches Verhältnis zwi-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

SOS México Druck aus, erpresserische Entführungen und andere „Verbrechen“ zu bekämpfen (Großdemonstrationen gab es u.a. 2004) (vgl. ICG 2013: 31, IV 1). Tatsächlich beschäftigten Álvaro Uribe Vélez und Felipe Calderón in ihren jeweiligen Kampagnen um die Präsidentschaft beide den spanischen Kampagnenberater Antonio Solá, Mitglied des spanischen Partido Popular. Solá beriet in den letzten 10 Jahren fast alle rechtskonservativen Präsidenten im spanischsprachigen Raum bei ihren Kampagnen.[117] Die Auswirkungen auf die Diskurse und die umgesetzte Politik in mehreren Ländern sind beachtlich. Diese Art transnationaler Transfers – und nicht nur der Einfluss der USA – könnte eine recht banale Erklärung dafür sein, dass sich die Regierungsdiskurse der Region ähneln und ihre Politik um das Sicherheitsthema herum aufbauen. Denn laut mexikanischen Wissenschaftlern (Chabat 2010; Kenny/Serrano 2011) ist der kurz nach Amtsantritt verkündete „Krieg gegen die Drogen“ viel zu offensichtlich mit der politischen Krise um die Wahlen 2006 verknüpft; er sei keine Antwort auf eine real existierende „Sicherheitskrise“: Stattdessen wurde kurz zuvor noch um unterschiedliche ökonomische Ausrichtungen und Gesellschaftsprojekte gerungen. Gerade wegen seines Erfolges nahmen die herrschenden Klassen fast durchgehend vor allem den Kandidaten der PRD als Gefahr wahr (vgl. El Economista 2011b). Kenny/Serrano (2011: 200) verstehen daher den Sicherheitsdiskurs und den „Krieg gegen die Drogen“ als autoritäre Krisenbearbeitung: „From the very serious institutional crisis of 2006 emerged an opportunity to reconfigure the state on an authoritarian setting […] justified by the war on crime.“ Damit bot die politische Krise von 2006 – bei aller Unterschiedlichkeit des Kontextes, der Art des Konfliktes und der Kräftekonstellationen – ähnlich wie der scheinbar chaotisch eskalierende Bürgerkrieg in Kolumbien die Gelegenheit zur autoritären Transformation.

V.3.2 *Operativos Conjuntos* im „Krieg gegen die Drogen“

Der skizzierte Diskurs ging mit konkreten politischen Projekten einher, deren Umsetzung umkämpft war. Der folgende Abschnitt skizziert deren zentralstes Durchsetzungselement, die *Operativos Conjuntos*, zur Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität“ in Teilen des Landes. Tatsächlich lassen diese Militäreinsätze gewaltvolle Strategien zu Tage treten, die Militär oder Geheimdienste zum Teil früher be-

schen Offenlegung und Exklusivität der Kreise, die an einer solchen thematischen Ausrichtung teilhaben (Calderón Hinojosa 2006, vgl. Contralínea 2010a).

117 U.a. arbeitete Solá für Mariano Rajoy in Spanien, Martelly in Haiti, General Otto Pérez Molina in Guatemala, den nach dem Militärputsch angetretenen Porfirio Lobo in Honduras und Sebastián Piñera in Chile (laut der Unternehmensseite http://www.zoominfo.com/p/ Antonio-Sola/1445079658).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

reits eingesetzt hatten. Nun aber waren einerseits die Strategien konzeptionell verändert, andererseits die Formen der Unsicherheit andere. Die Operativos sind durchaus als direkte Reaktion der Regierung Calderón auf die Proteste der Anhänger der PRD zu interpretieren: Der Fokus auf „Sicherheit" bot Konsensmomente und verengte die Selektivitäten dort, wo die Regierung Calderón nach dem umstrittenen Wahlsieg keine Hegemonieansprüche erheben konnte. Auf diese Widersprüchlichkeiten geht das Kapitel ein. Zugleich stärkten internationale Kooperationsverträge im Bereich „Sicherheit" (Mérida-Initiative) spezifische Apparate finanziell und fügten diesen Abhängigkeitsmuster ein, die zuvor nicht existierten. Gesetzliche Festschreibungen, die strafrechtliche Verfolgung absichern sollten, scheiterten in Mexiko allerdings teilweise, jedenfalls in ihrem zentralen Projekt, dem Nationalen Sicherheitsgesetz (V.3.4) – so waren die Akteurskonstellationen gänzlich andere als in Kolumbien.

Internationalisierte Kriminalitätspolitik des Militärs: Mérida Initiative

Die mexikanische Regierung verkündete die Mérida-Initiative (MI), einen ähnlichen Strategieplan wie den Plan Colombia, im August 2007 nach einer Verhandlungsphase von wenigen Monaten im Rahmen eines „neuen und verstärkten bilateralen Kooperationsniveaus" (Cámara de Diputados 2008a: 75).[118] Die These, der mexikanische Staat könne diese Sicherheitsbedrohung nicht allein bewältigen – laut Benítez Manaut (2010: 9) ein gänzlich neues Argument – zeigt, wie grundlegend sich dieses Diskurselement seit der PRI-Ära wandelte: Bis vor kurzem herrschte außenpolitisch der kategorische Diskurs vor, in innere Angelegenheiten dürfe sich besonders der Nachbar USA nicht einmischen. Nun galten für den „Kampf gegen die organisierte Kriminalität" Kooperations-Verträge für Militär und Polizei auf intra- und internationaler Ebene als „notwendig" (Presidencia de la República 2007: 33).

Tatsächlich sind Kooperationen mit den US-Sicherheitsapparaten und deren Interventionen in mexikanische Sicherheitspolitik nicht so neu wie häufig behauptet. In einen Zertifizierungsprozess der USA ist Mexiko seit 1986 eingebunden; die gemeinsamen Anti-Drogenoperationen wurden in Kap. IV beschrieben. 1995 begannen mit US-Verteidigungsminister Perry als Protagonisten und parallel zum Zustandekommen des Freihandelsvertrags NAFTA die verstärkten Bemühungen, neben administrativer und ökonomischer Zusammenarbeit das mexikanische Militär enger an das US-amerikanische zu knüpfen. In den USA hatte sich ein Sicherheitsparadigma durchgesetzt, das direkte Intervention vorsah (Astorga 2007; vgl. hierzu Fazio 1996). In den 90er Jahren begann zudem die Umstrukturierung des mexikani-

118 Verhandlungsbeginn war im Januar 2007, es folgten ein Besuch des US-Präsidenten George W. Bush in Mérida im März und ein Treffen von Sicherheitsinstitutionen im Mai (La Jornada 2007b).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Militärs von einer Armee von Divisionen hin zu schnellen Eingreiftruppen, die viel häufiger als früher Spezialausbildungen in den USA wahrnahmen. Entscheidender Faktor hierfür war der innergesellschaftliche Kontext der zapatistischen Rebellion ab 1994 (u.a. IV9). Eine noch deutlichere Aufwertung der Streitkräfte begann 2005 unter Präsident Fox mit der Operation México Seguro: In Nuevo Laredo ordneten sich damit zivile Instanzen faktisch militärischem Kommando unter und begründeten gegen Ende der Amtszeit eine konfrontative Strategie gegenüber Teilen der illegalen Ökonomie.

Die MI ist also Teil der regionalen Sicherheitsstrategie der USA: Bereits 1988, ein Jahr vor Beginn der Verhandlungen über NAFTA, hatten die USA das Santa Fe II-Papier herausgegeben (Santa Fe-Dokumente zit. in Roncallo 2013). Ab 2000 schrieb sich unter Vicente Fox mit der ASPAN, dem Sicherheits-Zusatzvertrag zum NAFTA und mit dem Versuch, den kontinentalen Raumordnungsplan Plan Puebla Panamá umzusetzen, ein Prozess fest, der jeweils über die Bereiche Sicherheit und Handel hinaus wies und diese verschränkte – und eine recht direkte Art der Abhängigkeit von den USA manifestiert. Als Schlüsselfigur für die Verhandlungen zur MI gilt auf der mexikanischen Seite der ehemalige Geheimdienstdirektor und Direktor der PGR Eduardo Medina Mora (PAN) (u.a. La Jornada 2011d). Klare Budgets oder Zielrichtungen wurden zunächst nicht bekannt. Tatsächlich sollte die USA für das Haushaltsjahr 2008-2010 1,4 Mrd. US$ bereitstellen. Unter Präsident Obama gingen noch 330 Mio. US$ (2011-2012) an Mexiko, u.a. für Ausrüstung (Black-Hawk-Helikopter, Aufklärungsflugzeuge, Abhörtechnologie, Training) (Department Of State. The Office of Electronic Information 2009). Von zunächst 1,25 Mrd. US$ für Ausrüstung, Transport, Logistik in Zentralamerika und 400 Mio. US$ für Mexiko erhielt die Operation in Michoacán den größten Anteil (vgl. die Studie von Maldonado Aranda 2012: 31). Trainings mexikanischer Militärs und Polizisten durch kolumbianische Eliteeinheiten (Proceso 2011c) fügten sich in einen konzeptionellen Rahmen, dem der kolumbianische Plan Colombia als Erfolgsbeispiel galt.[119]

In Mexiko gab es Proteste gegen eine Intervention; die für die Durchsetzung der MI oder des Plan Colombia relevanten Kräfte sind u.a. in den USA zu suchen: Deutlich wird ein ökonomischer Nutzen für die US-amerikanischen Herstellerunternehmen der Flugzeuge, Helikopter und Hochtechnologiewaffen u.a. dadurch, dass die hochkomplexen Systeme einer permanenten hochtechnisierten Wartung und Ersatzteillieferungen bedurften, die die Mittel der MI bereits beinhalteten. D.h.,

119 2010 erhielt die Policía Federal beispielsweise Kurse von der Policía Nacional de Colombia, von FBI, der Narcotics Affairs Section NAS, dem Justice Department DOJ und der Drug Enforcement Administration DEA (USA), der Royal Police (Canadá), den Carabineros (Chile) und der Policía Nacional (Ecuador), 65 Kurse von nordamerikanischen Trainern, 14 von südamerikanischen (Secretaria de Seguridad Pública 2012: 33).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die mexikanische Regierung verpflichtete sich zugleich, mit den US-Mitteln die Wartung durch US-Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so dass die Mittel letztlich in die USA zurückfließen (Cámara de Diputados 2008a: 62, vgl. La Jornada 2007b). Gleichzeitig banden die sicherheits-ökonomischen Verträge tendenziell den Empfänger der Mittel während dieser Zeit politisch an den Geber. Direkt an US-Interessen ist außerdem die „intelligente Grenze" zu den USA gebunden, an der laut dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit (SSP) (Secretaria de Seguridad Pública 2012: 32) die mexikanischen Polizeien mit der US-amerikanischen Border Patrol zusammenarbeiten; simultane Patrouillen sollen den Handel mit Menschen ohne Papiere, Drogen und Autos eindämmen (vgl. Benítez Manaut/Rodríguez Ulloa 2006). Im Kern der „intelligenten Grenze" stand also die Idee, Migration verstärkt mit militärischen Mitteln zu bearbeiten. Nur ein kleiner Teil der im Rahmen der Mérida-Initiative vereinbarten Mittel unterlag Klauseln, die ihre Vergabe an die Einhaltung von Menschenrechten knüpften.

Verglichen mit Kolumbien musste die Mérida-Initiative in Mexiko insgesamt geringere Auswirkungen haben als der Plan Colombia, vor allem da die finanziellen Zuwendungen der USA einen weit geringeren Anteil an den mexikanischen Gesamtausgaben für den „Sicherheitskomplex" ausmachten als in Kolumbien. Mexiko allein gab gegen Ende der Amtszeit Calderóns jährlich ca. 14 Mrd. US$ für seine Sicherheits- und Justizapparate aus (CASEDE 2012; ICG 2013: 21). Doch den Einfluss der US-Sicherheitsinstitutionen auf die mexikanische Sicherheitspolitik machen nicht nur die Vereinbarungen der MI, „binationalen Arbeitsgruppen" und Büros der DEA in Mexiko-Stadt deutlich, sondern auch Erklärungen der US-Botschaft, sie habe 2010 vor dem Gouverneur in Chihuahua von der neuen Protagonistenrolle der Policía Federal in der Sicherheitsstrategie gewusst (Wikileaks-cable zit. in La Jornada 2011b, La Jornada 2011e). Die MI blieb das sichtbarste und am stärksten kritisierte Element der Kooperation und Intervention (entsprechend suchten US-Agenturen immer wieder negative „Mythen" zu entschärfen, Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs 2009). Sie lässt sich wohl weniger als Finanzhilfe der USA, sondern vielmehr als untergeordnete Einbindung der mexikanischen Sicherheitspolitik unter ein US-amerikanisches Sicherheitsdisparadigma interpretieren. Wie im Fall des Freihandelsvertrages NAFTA verhindern MI und ASPAN durch ihre Eigenschaft als internationale Verträge zwischen den Exekutiven eine effektive Beteiligung, Kontrolle oder Verhinderung mittels demokratischer Mechanismen. Als politisches Projekt verlagerte dies Entscheidungsmechanismen nach außen bzw. in informelle Zirkel und erschwerte nationalistischen und binnenmarktorientierten Kräften im Institutionengefüge die Partizipation an diesen. Die Exekutive entzog dem parlamentarischen System Kompetenzen, stand aber zugleich unter starkem Einfluss spezifischer externer Apparate (vgl. Poulantzas 2002: 231ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Legalität und Illegalität als Aktionssphären: Spezialeinsätze

> „te puedes meter con muchos pero si te metes con el ejército te matan.“ [120]
> (AKTIVIST, 2012)

Die Regierung Calderón gab den Militäroffensiven gegen den Drogenhandel schon vor Beginn der Mérida-Initiative einen neuen Stellenwert. Knapp zwei Wochen nach seiner Amtsübernahme, am 13.12.2006, verkündete Calderón den Beginn einer militärischen Offensive „gegen den Drogenhandel“ in Aguililla, Michoacán; innerhalb weniger Wochen entsandte er 6.000 Soldaten. Die erst später zugänglich gemachte Direktive für den umfassenden Kampf gegen den Drogenhandel (*Directiva para el Combate Integral al Narcotráfico 2007-2012*) als Grundlagendokument verbreitete der Estado Mayor de la Defensa Nacional erst im März 2007. Die Direktive, die sich erneut auf den PND bezieht, hob 10 strategische Militärposten hervor, die illegale Handelsrouten vor allem an Nord- und Südgrenze mithilfe der wegen hoher Desertionsraten umstrittenen Grupos Aeromóvil de Fuerzas Especiales (GAFEs) unterbrechen sollten, und formulierte Strategien, illegale Anbauflächen zu zerstören. In den 12 Militärzonen bekamen damit die entsprechenden Kommandanten eine „große Aktionsfreiheit“, machte sie aber auch für erwartete „Erfolge“ verantwortlich (RESDAL 2010:232-244). Einen neuen juristischen Rahmen oder tatsächlich neue Strategie stellte die Direktive nicht dar.

Zusätzliche *Operativos* begannen kurz hintereinander in der Touristenhochburg Acapulco, Guerrero, an der Nordgrenze in Tijuana und der Sierra von Sinaloa, die seit vielen Jahrzehnten für den Anbau von Schlafmohn und Marihuana bekannt ist – im „goldenen Dreieck“ von Sinaloa, Durango, Chihuahua (ICG 2013: 18). 2007 und 2008 weitete die Regierung die Militäroperationen auf Sonora und Nuevo León aus (Contralínea 2009: 5). Auf dem Höhepunkt 2011 waren 96.000 Soldaten in Offensiven gegen den Drogenhandel abgestellt (etwa 40 % des aktiven Personals) (ICG 2013: 18, vgl. IV 9, IV 2). Laut dem Verteidigungsministerium SEDENA (2012a: 6) sind ständig 49.650 Soldaten in der „permanenten Kampagne gegen den Drogenhandel“ beschäftigt. Den Erfolg der eigenen Strategie berechnet die Regierung u.a. in Rekordmengen von beschlagnahmten Drogen und Gütern; so registrierten staatliche Stellen 2006 bis Ende 2012 114 t beschlagnahmtes und 11.000 t Marihuana (ICG 2013: 27)[121] und 15.8466 zerstörte Hektar Marihuana und 95.535

120 „Du kannst dich mit Vielen anlegen, aber wenn du dich mit dem Militär anlegst, töten sie dich.“ (Aktivist, 2012).

121 75 t Metamphetamine, 1 Mrd. US$, über 100.000 Autos, 515 Schiffe, 578 Flugzeuge (die Zahlen nannte Calderón in seiner letzten offiziellen Rede „an die Nation“, 01.09.2012, zit. in ICG 2013: 27). Häufig meldete die staatliche Stellen Bargeldfunde,

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hektar Mohnanbau (SEDENA 2007). Ab 2006 wurden mehr gesuchte *narcos* an die USA ausgeliefert als je zuvor (2007 83, 2008 85) (ICG 2013: 19). Auslieferungen betrafen durchaus Politiker,[122] hatten aber ähnlich geringe Auswirkungen wie der Proceso 8.000 in Kolumbien (Kap. IV). Anders als für die *narco-paramilitares* in Kolumbien waren die Auslieferungen nicht Gegenstand heftiger Kämpfe. Erfolge der Anti-Drogen-Strategie maß die Regierung zudem in der Anzahl getöteter ‚Krimineller', ähnlich wie die Regierung in Kolumbien getötete Guerilleros zählte. Auf die illegale Produktion oder Warenströme hatte dies keine signifikanten Auswirkungen.

Mit dem Beginn der *Operativos* und der Übernahme der Militärs erhöhten sich in den betreffenden mexikanischen Bundesstaaten massiv Gewaltraten und Fälle von Verschwundenen – und brachen mit einer entscheidenden Tendenz: Seit 1990 waren die Mordraten kontinuierlich gesunken (Daten u.a. Escalante Gonzalbo 2011). In Juárez allein fanden ab 2008, ab Beginn des Operativo Chihuahua, ein Viertel der Morde des Landes statt (La Jornada 2011b). Laut dem Verteidigungsministerium SEDENA (2012b) wurden dagegen zwischen 2006 und 2012 nur 357 Militärs bei Schusswechseln oder Angriffen getötet; bei einer unklaren Zahl von mindestens 50.000 Toten im gleichen Zeitraum muss dies mindestens aufhorchen lassen.

Ein Indikator für Menschenrechtsverletzungen durch Militärs war die Anzahl von Beschwerden gegen die SEDENA bei der Comisión Nacional de Derechos Humanos CNDH. Diese verdoppelten sich bereits im ersten Jahr von Calderóns Amtszeit (Centro ProDH 2009: 22). HRW (2011: 27f.) kommt zu dem Schluss, Folter sei „Teil des modus operandi" der *counternarcotics*-Operationen in Mexiko.[123] Die meisten Opfer (in der Mehrzahl junge Männer aus prekären sozialen Verhältnissen, aber durchaus unterschiedlichen sozialen Klassen, mit unterschiedlichen Berufen, häufig Familienväter (ebd.: 7)) wurden willkürlich „en flagrancia" festgenommen und dann bis zu mehrere Tage lang auf Militärbasen, in Polizeistationen o.Ä. festgehalten, bevor sie formellen Ermittlungsbehörden übergeben wurden. HRW (2011:5) bezeichnet dies als „periods of ‚enforced disappearance'", die Folter einschlossen („asphyxiation with plastic bags, waterboarding, electric shocks, sexual torture, and death threats"). Mögliche Geständnisse rechtfertigten im Nachhinein wiederum die Festnahmen, die meist ohne Haftbefehl vorgenommen wurden (AI

z.B. 2007 in einem einzelnen Haus in D.F. 205,6 Mio. US$ und 1,5 Mio. Pesos (ebd.: 18).

122 So wurde im „Maxi-Proceso" 2010 der ehemalige Gouverneur von Quintana Roo (1993-1999) Mario Villanueva Madrid ausgeliefert (Reveles 2010: 27).

123 Folter verstanden als soziologisches Phänomen und Mittel Informationen zu erhalten, das Druck ausübt und weitere Personen einschüchtern und isolieren soll (CMDPDH 2009: 15).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2009: 8). Beklagt wurden zudem willkürliche Hausdurchsuchungen, die Mitnahme von Wertgegenständen wie Computern und die fehlende Kontrolle durch andere staatliche Agenturen.

„die Leute gehen zum *Ministerio Público* und erstatten Anzeige. Dort sagen sie ihnen, der Soldat Soundso oder der Teniente X, von dem Sie gesprochen haben, war nicht hier. Es gibt eine unglaubliche Macht der Streitkräfte in diesen kleinen Städten." (IV1:169)

Beschwerden konzentrieren sich auf die Bundesstaaten Tamaulipas, Chihuahua, Michoacán und Sinaloa im Norden und Guerrero (Contralínea 2009: 5), und besonders auf die Zeit nach Beginn der Operativos Conjuntos (CCIL 2013). Militärposten auf Überlandstraßen wurden zu einem Risiko. Zwischen Januar 2007 und November 2008 allein wurde dort in 17 Fällen der Einsatz von Schusswaffen von Militärs gegen Zivilpersonen registriert (Contralínea 2009: 9).

Die militärischen Praktiken von Staat und anderen bewaffneten Kräften haben sich verändert und ähneln nun durchaus denen in Kolumbien: Immer wieder lässt sich – zeitlich etwa parallel zum Beginn der Operativos – ein Vorgehen dokumentieren, das mit den in Medellín oder Bogotá dokumentierten ‚Sozialen Säuberungen' (u.a. FEDES 2010) vergleichbar ist – eine Machttechnik (Poulantzas 2002: 269), die lokale kollektive Vorstellungswelten radikal veränderte. Mehrere Fälle im Norden Mexikos, u.a. die Ermordung von jugendlichen Suchtkranken in verschiedenen Suchtkliniken, sind innerhalb weniger Tage des Jahres 2009 dokumentiert (IV 9:031, 085-87; IV2:039-40).[124] In 24 Fällen konnte HRW (2011: 6) dokumentieren, dass staatliche Kräfte außergerichtliche Hinrichtungen verübten, bei Militärkontrollen, als gezielte Tötung oder Tod nach Folter. In der Mehrzahl der Fälle veränderten die Soldaten dabei die Tatorte, u.a. indem sie die Opfer als Aggressoren darstellten, so etwa bei der Ermordung zweier Studierender auf dem Universitätsgelände in Monterrey 2011, denen Schusswaffen in die Hand gelegt wurden (IV09:052-53, vgl. CMDPDH et al. 2011: 21; cable U.S. Consulate Monterrey 2010). Solche Fälle von *falsos positivos* wurden nicht wie in Kolumbien als Guerilleros dargestellt, sondern z.B. als seien die Opfer an einer Überdosis gestorben. In einem solchen Fall wurde das Opfer dagegen laut Obduktion wenige Stunden nach

124 „Das heißt, in der Stadt tauchen diese Charakteristika auf, Jeeps mit bewaffneten Männern, mit AK47 und schwarz gekleidet, sie gehen in Kliniken für jugendliche Suchtkranke, stellen sie an die Wand. Sie töten 18 und nehmen fünf mit. Drei Tage vorher auf der Promenade in der Nähe, in Arbolato in Sinaloa kommt genauso eine Gruppe, tötet zehn Jugendliche, darunter zwei oder drei Mädchen, Minderjährige. Nach diesen zwei Ereignissen innerhalb von drei Tagen töten sie zehn Tage später in einer anderen Klinik für Suchtkranke in Ciudad Juárez weitere zehn. So beginnen wir in Ciudad Juárez eine Politik sozialer Säuberungen zu sehen." (IV 9:086-87).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Festnahme durch Policías Federales durch einen Schlag auf den Kopf getötet (HRW 2011: 174). Das Comité Cerezo (2012: 17) zählte zwischen Januar und Mai 2012 vor allem in Guerrero und Oaxaca 29 außergerichtliche Hinrichtungen; so dass die Zahlen der außergerichtlichen Hinrichtungen in dem Maße in den Staaten zu steigen schienen, wie die Zahlen politisch motivierter Festnahmen sanken.[125] So schien sich die Zahl der außergerichtlichen Hinrichtungen aus politischen Gründen jedes Jahr zu verdoppeln.

Gewaltsames Verschwindenlassen als staatliche Politik existierte in Mexiko kontinuierlich und systematisch seit den 1960er Jahren (vgl. hierzu die Sondererermittlungen der Fiscalía Especial para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado (FEMOSPP) 2006); es ist also historisch bekannt, dass nicht nur nicht-staatliche Kräfte Menschen verschwinden lassen. Die in den letzten Jahren massiv steigenden Zahlen suggerieren, dass diese Praxis im Rahmen der „Bekämpfung der Organisierten Kriminalität" verschärft wurde. HRW (2013: 29) konnte die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und kriminellen Netzwerken in mehr als 60 Fällen dokumentieren, etwa im Verschwinden von 19 Bauarbeitern in Pesquería, Nuevo León im Mai 2011. Nach dem Fall wurden 17 Polizisten (Policía Municipal) deshalb festgenommen, die 19 Männer bleiben verschwunden. In anderen Fällen sagten Polizisetn aus, Entführungen im Auftrag lokaler „Krimineller" durchgeführt zu haben.

Zudem dehnte sich die Praxis des gewaltsamen Verschwindenlassens auf weitere gesellschaftliche Sektoren aus und betraf nicht mehr hauptsächlich politisch Aktive.[126] Zunächst beschäftigten sich nur nicht-staatliche Organe mit dem Thema; der mexikanische Staat erkannte weder den Straftatbestand des Verschwindenlassens an (vgl. u.a. CMDPDH et al. 2011) noch veröffentlichten staatliche Stellen Informationen über Verschwundene: Die Grupo de Trabajo de Desapariciones Forzadas e Involuntarias der UNO (2011) stellte während Calderóns Präsidentschaft mindestens 3.000 Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen fest (das wären 300 % der anerkannten Fälle aus dem ‚Schmutzigen Krieg' der 1970er). Doch die CNDH, so deren Präsident Raúl Plascencia Villanueva (Interview Contralínea 2012a), legte über 6.000 offene Ermittlungsakten über Fälle von gewaltsamem Verschwinden an

125 2009-2010 zählten Menschenrechtsorganisationen insgesamt 15 außergerichtliche Hinrichtungen aus politischen Gründen, 2011 schon 17 und allein zwischen Januar und Mai 2012 12 (Comité Cerezo 2012: 17).

126 Eine der ersten Organisationen, die Fälle dokumentierten, war das Comité Cerezo (ebd.: 21), das den massiven Anstieg bestätigt: Dokumentierte es zwischen 2005 und 2010 27 Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidigern und in den Jahren 2011 und 2012 30 Fälle, so verschwanden in einem einzigen Jahr mehr Menschenrechtler als in den fünf Jahren zuvor; zwischen Januar und Mai 2012 stieg die Zahl auf 38.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Täter seien staatliche Kräfte, „Kriminelle“ oder Letztere mit Duldung Ersterer). Bei 408 Fällen (2007-2012) sprach eine Ermittlungslinie klar für die Beteiligung zentralstaatlicher Akteure (vor allem in Tamaulipas, Chihuahua, Coahuila, Chiapas, Veracruz, Tabasco, Durango, also Staaten mit *Operativos Conjuntos*). Obwohl die Regierung Calderón offenbar bereits Zahlen dazu sammelte, das mexikanische Militär laut HRW (2011:130) zwischen Dezember 2006 und 2010 18.491 Beschwerden über levantones zählte und diese Zahlen jedes Jahr deutlich anstiegen (von 2.000 (2007) über 4.322 (2009) auf 8.021 Beschwerden (2010)), implizierte die Statistik bereits mit dem Begriff des *levantón*, die Getöteten seien in die Kriminalität „verwickelt“. Sie war kein Eingeständnis staatlicher Verantwortung. Erst die Folgeregierung der PRI veröffentlichte 2013 konkrete Zahlen und gab an, es habe zwischen 2006 und 20012 mindestens 26.121 Verschwundene gegeben (ICG 2013: 30), etwa so viele wie in der gesamten argentinischen Militärdiktatur.[127] Dabei ist davon auszugehen, dass viele Fälle überhaupt nicht registriert wurden: Im Kontext der *sociedad abigarrada* ist es wahrscheinlich, dass zumindest Indigene sich weniger häufig mit Beschwerden an staatliche Stellen wenden (Centro ProDH 2009: 28). Ohnehin ging die Hälfte der Bevölkerung davon aus, dass Polizeikräfte und ‚Kriminelle‘ kooperieren (Latinobarómetro 2011). Ermittlungen gegen Staatspersonal wurden u.U. gewaltsam verhindert. Ein Interviewpartner zeichnete Verschleierungstechniken in einem Fall nach, an dem Soldaten beteiligt waren:

„Es gibt einen Fall eines Verschwundenen, das ist ein sehr schwieriges Thema. Da passieren unglaubliche Dinge mit der Armee. Was das Verschwindenlassen von Menschen angeht, gibt es Fälle, in denen Personen aus der Armee involviert sind, das Verschwindenlassen von Menschen […] Es verschwinden also X Personen. Dann taucht das Auto auf, in dem diese [verschwundenen Personen] fuhren, es wird in einer Militäroperation von Soldaten gefahren. Das Auto wird wiedererkannt, es gibt sofort eine Strafanzeige […] Es wird versucht den Prozess mit Menschenrechtsleuten abzusichern und so weiter. Dann sollen die Soldaten also aussagen. Zwei Soldaten, die jetzt in zwei unterschiedlichen Gefängnissen sitzen. Einen Tag vor ihrem Verhandlungstag werden die beiden Soldaten ermordet und verbrannt und festgenagelt in ihrem eigenen [...Pause]. Man hat keine Ahnung, wer, was für Netzwerke das sind. Aber sehr wohl, dass Personal der Armee involviert ist, das sicherlich nicht allein agiert.“ (IV1:172-175).

Die Campaña Nacional Contra la Desaparición Forzada (2010) interpretiert dies als Form der sozialen Kontrolle und des Terrors. In einem solchen Fall wird zugleich offensichtlich, dass die Betroffenen kaum Möglichkeiten haben, eine Aufklärung

127 Diese Zahlen sind höher als die der CNDH, die von 10.076 Verschwundenen und 6109 nicht identifizierten Leichen ausgeht (Interview mit Raúl Plasciencia, Contralínea 2012a). Die meisten Menschen verschwanden in Guerrero, wo die Praxis nicht neu ist.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oder gar Verurteilung von Tätern zu erwirken, selbst wenn Informationen vorhanden wären: „As one prosecutor told a victim's family, ‚you can't win against the military'" (HRW 2011: 11).

Im Mai 2011 wurden in San Fernando, Tamaulipas und in Durango Massengräber mit Hunderten Toten bekannt. Das Tribunal Permanente TPP (2012a: 18) zählte 249 Opfer; im Juli 2011 war von mindestens 46 Massengräbern mit über 230 Toten allein in Tamaulipas die Rede, von 251 weiteren Opfern in Durango (Reveles 2011: 14). 2010 waren bereits ähnliche Gräber entdeckt worden; in einem Grab hatten sich 72 zentralamerikanische Migrant/-innen befunden. Für die Gräber wurde inzwischen der Begriff der *narcofosas* geprägt (ebd.: 43ff.). Die implizierte Schuldzuschreibung ließ Ermittlungen überflüssig erscheinen. Die Toten seien, hieß es zunächst, Ergebnis von „beglichenen Rechnungen zwischen Kriminellen" (Aristegui 2011b). Escalante (2012: 32) kritisiert dies heftig:

„Systematisch wird die Gewalt mittels einer fast abstrakten, stereotypischen, reiterativen Erzählung erklärt, die außerdem unmöglich zu überprüfen ist: Die Kartelle stehen miteinander im Wettbewerb, und sie sind eigentlich die einzigen Akteure, auf jeden Fall die einzigen mit Initiative, und auf der anderen Seite bleiben die Opfer anonym, obwohl sie mehr oder weniger explizit mit der Kriminalität in Verbindung gebracht werden."

Calderón nahm damit Militär und Bundespolizei von jedem Verdacht aus. Reveles' (2011: 20) zufolge hieße das außerdem entweder, die Opfer seien

„echte oder vermutete ‚Feinde' der Zetas oder dass eine sehr große Mehrheit unschuldige Passagiere im Transit auf der ‚Todesstrecke' waren, womit jede Hypothese, die eine mögliche Aktivität von Todesschwadronen suggeriert, haltlos wäre."

Tatsächlich wurde der öffentliche Raum zur Bühne (Massenentführungen auf Autobahnen, geköpfte Körper werden an vielbefahrenen Straßen abgelegt) (Escalante Gonzalbo 2012; vgl. Hope 2011). Es scheint: Je glaubhafter die Bedrohung in einem Kontext, in dem Gewalt zum Spektakel geworden ist, desto eher steigt die „Produktivität" von Erpressungen und anderen Techniken. Das zur Schau stellen von Gewalt produzierte nicht nur bewusst Terror und „den Eindruck, mit dem Land ginge es den Bach runter" und die *narcos* „selbst beherrschten die Szene" (Interview in Die Zeit 2011b), sondern Hierarchien von Herrschaft und Unterwerfung (vgl. Nordstrom 2004: 61). Von dieser Gewalt waren breite soziale Sektoren scheinbar willkürlich betroffen (IV2:045-46), die nicht politisch aktiv waren bzw. keine politischen Gründe fanden für das, was ihnen geschah. Insofern ist der Einsatz von Terror zudem als Kontrolle nicht-organisierter Gesellschaftssektoren interpretierbar, als präventives Disziplinierungsdispositiv (Poulantzas 2002: 238) – auch wenn staatliche Apparate nicht oder nicht immer direkt beteiligt waren.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die konkreten Faktoren für Gewaltszenarien im nördlichen Mexiko blieben häufig unklar. Die mexikanischen *Operativos* verliefen lokal sehr unterschiedlich und fokussierten nicht ausschließlich Handelskorridore, Kleinstädte oder den ländlichen Raum. Die Hauptschauplätze des „Krieges" waren vor allem zu Anfang der Amtszeit die nördlichen Städte, teilweise mit Maquila-Industrie. Diese Bundesstaaten (Baja California, Chihuahua, Durango, Mexico, Michoacán) mit besonders hohen Gewaltraten in der zweiten Amtshälfte Calderóns haben in der Mehrheit einen höheren Human-Development-Indikator als der Landesdurchschnitt und sind nicht staatsferne Territorien, sondern haben eine ähnliche Polizeidichte wie die USA (CMDPDH et al. 2011: 12). Insofern war der Staat in Gestalt unterschiedlicher Apparate – direkt und indirekt – an der Produktion von Unsicherheit im urbanen Raum beteiligt, während zugleich der Druck auf mexikanische Kapitalgruppen noch wuchs, die Auswirkungen der Krise 2009 durch Verbilligungen des Faktors Arbeit aufzufangen und damit die soziale Unsicherheit für spezifische Gesellschaftssegmente noch größer wurde.

Die Maquila-Stadt Juárez an der Grenze ist das meist zitierte, eklatanteste Beispiel für eine Veralltäglichung von Gewalt, für Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Kräfte und das Entstehen von „Geographies of Terror", wie Oslender (2008) sie für die kolumbianische Pazifikregion beschreibt. Nach Juárez entsandte die Regierung im Operativo Conjunto ab 2008 das Militär. Laut lokalen Menschenrechtsverteidigern (die häufig für Rechte der Maquila-Arbeiter/-innen eintreten) sei danach die staatliche Gewalt gerade gegen politische Aktivisten rapide spürbar geworden, anstatt die Mordraten einzudämmen:[128] „Mit der Armee kam die Folter. Der Vorwand des Drogenhandels hat der Regierung dazu gedient, soziale und Menschenrechtsaktivisten einzuschüchtern und zu ermorden. Mehr als 20 sind tot." (zit. in Proceso 2011d).

Wenn Menschenrechtsorganisationen, die hauptsächlich den Staat kritisieren, von „Kartellen" unterzeichnete Morddrohungen erhalten und ermordet werden, so ist zumindest nach der Schutzfunktion des Staates und den genaueren Umständen möglicher Interessenkonvergenz zu fragen. Ein Doppelproblem entsteht, wenn staatliche Stellen einerseits eine verzerrte, herrschaftsaffirmative Berichterstattung befördern und andererseits die Selbstzensur von Medien aus Angst vor gewalttätigen Angriffen und Morden die Möglichkeit zu beurteilen, was passiert, massiv einschränkt (Escalante Gonzalbo 2012; vgl. Hope 2012). Mehrere Medien verfassten 2010 gar einen offenen Brief an „die Kartelle", in dem sie die Gewaltunternehmer um Handlungsanweisungen baten (übersetzt in Die Tageszeitung 2010). Tatsächlich

128 Zwischen März 2008 und September 2009 erhielten die Comisión Estatal de Derechos Humanos Chihuahua (CEDH) mehr als 1.300 Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen durch das Militär, mindestens 14 Anzeigen wegen gewaltsamem Verschwindenlassen und 8 wegen außergerichtlichen Hinrichtungen (ACUDDEH 2012: 72).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

führte die Gewalt gegen Journalisten nach und nach dazu, dass Medien ihre Korrespondenten aus einigen Regionen vollständig abzogen. So wurden betroffene Städte teilweise zu Territorien ohne Publikationen. In einer Zeit, in der Informationen überwiegend über Medienberichte wahrgenommen werden und andererseits Twitter-Nachrichten bereits ausreichten, um eine Festnahme zu begründen (Proceso 2011e), verhalf dies nicht nur illegalen Gruppierungen zu Freiräumen, sondern auch staatlichen Kräften, die einer kritische Berichterstattung ihnen gegenüber immer wieder die Legitimität absprachen (vgl. u.a. die Kontroverse zwischen Innenminister Poiré und HRW 2013).[129] Allein 2011 stellten 6.133 Journalisten und andere Personen in den USA Antrag auf politisches Asyl: „Ich fürchte die Kartelle, aber noch mehr fürchte ich die mexikanische Armee" (zit. in ICG 2013: 38).

Aufklärung über die Täter ist praktisch nicht zu erwarten: Immer wieder gab es spektakuläre Festnahmen von angeblichen Drogenhändlern, Entführern und Staatspersonal mit Verbindungen in die illegale Ökonomie, doch ebenso häufig wurden diese später wieder freigelassen (Sin Embargo 2012).[130] Mehrere öffentliche Skandale in den letzten beiden Amtsjahren Calderóns 2011-2012 (z.B. die Verfolgung von US-Geheimdienstmitarbeitern durch mexikanische Sicherheitskräfte bei Tres Marías und ein Schusswechsel zwischen (!) Beamten der Policía Federal auf dem Flughafen von Mexiko-Stadt) diskreditierten das mexikanische Rechtssystem und Durchsetzungsorganisationen weiter.

Angesichts der überwiegenden Untätigkeit staatlicher Stellen lässt sich von einer Toleranz gegenüber schwersten Straftaten sprechen. Zwischen 2001 und 2009 ermittelten die zivilen Ermittlungsbehörden (PGR) in keinem einzigen Fall von Verschwindenlassen (CMDPDH et al. 2011: 34). Immer wieder schienen verschiedene zuständige Stellen einander Fälle hin- und herzuschicken, kooperierten nicht oder behaupteten gleich, Ermittlungen seien unnötig (vgl. HRW 2013, Proceso 2011f). Ermittlungen scheinen systematisch fehlerhaft, werden sie überhaupt aufgenommen. Häufig wurden die Tatorte nicht untersucht; immer wieder wurden Beweise gefälscht wie etwa angeblich geführte Verhöre, Gespräche o.Ä. 2009 gab ei-

129 Verantwortlich gemacht für die eingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung wurde nicht nur der autoritäre Staat, sondern die in Mexiko sogenannten DeFacto-Mächte, die Informationen veränderten, Journalisten unter Druck setzten und zugleich eine ganze Informationsflut über informelle Kanäle (öffentlich aufgehängte Banner, Blogs, Videos) anstießen, während die PGR zwar seit 2006 über eine spezialisierte Staatsanwaltschaft für Verbrechen an Journalisten verfügt, bis 2013 aber niemanden verurteilte.

130 Jorge Hank Rhon (PRI), Unternehmer und ehemaliger Bürgermeister von Tijuana wurde im Juni 2011 festgenommen, mehrmals wieder freigelassen und festgenommen. Der PRD-Kandidat für das Gouverneursamt in Quintana Roo wurde im Mai 2010 wegen angeblicher Verbindungen zum Drogenhandel festgenommen, von den Wahlen ausgeschlossen und 2011 ohne Verfahren wieder freigelassen (*Sin Embargo* 2012).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ne große Anzahl Angehöriger in Coahuila DNA-Proben ab, um Verschwundene identifizieren zu können; die Proben aber verschwanden häufig ebenfalls (HRW 2013: 52). Die Zahl zur Rechenschaft gezogener Polizisten und Militärs ist sehr gering: In 405 registrierten Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch Polizisten der Policía Federal gab es 76 Gerichtsverhandlungen und 18 Urteile (La Jornada 2011a). So hatten schwere Menschenrechtsverletzungen bis hin zu psychischer Folter und Verschwindenlassen an indigenen Minderjährigen in Yucatán keinerlei rechtliche Konsequenzen für das beteiligte Staatspersonal (vgl. Grupo Indignación 2007: 28ff.). Menschenrechtsorganisationen wie ProDH (2009: 32) oder Amnesty (AI 2009: 9) kritisierten, die (staatliche) Nationale Menschenrechtskommission CNDH und der Ombudsmann verhielten sich zu passiv, kritisierten die Militärgerichtsbarkeit nicht vehement genug und erklärten Menschenrechtsverletzungen der Militärs bloß mit deren geringer Menschenrechtsbildung. Während die CNDH eigentlich über rechtliche Instrumente verfüge, bleibe die Mehrheit der Straftaten straflos. Der UNO-Berichterstatter zu Gewalt gegen Journalisten sagte dazu 2010:

„Es gibt einen Mangel an Interesse. Straflosigkeit ist eben dies: Das Fehlen von Justiz, und dafür ist durchaus der Staat verantwortlich […] Es scheint als würden die Regierung und die Sicherheitsorgane einfach nicht reagieren, und damit verschärfen sie ein Klima der Feindseligkeit." (zit. in Proceso 2011g: 9).[131]

Untätigkeit und Straflosigkeit stehen für die für Gewaltakteure enorm günstige strukturelle Selektivität des Staates, die jene tolerierte und reproduzierte, während die Regierung diskursiv den Kampf gegen ‚Unsicherheit' zur obersten Priorität machte. Ob eine Person Zugang zu Justiz bekam oder Repression erwarten musste, schien von noch verschärften ethnisch differenzierten Selektivitäten abzuhängen.

Gegen wen richteten sich diese Gewalttechniken? Die registrierten Opfer hatten unterschiedliche Hintergründe, waren häufig berufstätig und ausgebildet – z.B. auch Polizist/-innen oder Gemeindevorsteher. Sie konnten einer Art (unteren) Mittelklasse, nicht unbedingt den sogenannten ‚*Ni-Nis*', zugerechnet werden. Häufig betroffen waren gerade Letztere laut ProDH (2009: 28) dennoch – Migrant/-innen ohne Papiere und junge Männer unter 25 im urbanen Raum. HRW (2013: 83) zufolge waren in den von ihnen dokumentierten Fällen die „overwhelming majority of persons disappeared […] working class men with families. These men were commonly

131 Das Verschwinden der Mitglieder der Guerilla EPR Edmundo Reyes Amaya und Alberto Cruz Sánchez war einer der wenigen Fälle, in denen die CNDH eine „Empfehlung" gegen eine Landesregierung aussprach und in der die Bundesregierung zu Gesprächen bereit war (Contralínea 2011b: 5).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

the principal wage earners in households with several children".[132] Immer wieder verloren die Familien den Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen, die an die Arbeitsstellen der Verschwundenen geknüpft waren (ebd.: 87).

Anti-Entführungsorganisationen wie SOS México oder Alto al Secuestro, deren Mitglieder fast ausschließlich aus den Mittelklassen und wohlhabenderen Bevölkerungssegmenten stammen, hatten eine wesentlich bessere Verbindung zu staatlichen Stellen. Sie sind Teil herrschender Fraktionen. Teilweise ließen sich diese kooptieren und direkt korrumpieren: „Sie sind *amordazados*" (von *mordida*, Bestechung, IV 10:175-178). Der ehemalige Vorsitzende der Anti-Entführungslobbyorganisation México Unido Contra la Delincuencia Eduardo Gallo zeichnete die Vorteile, Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren zu haben, nach seinem Rücktritt sehr konkret nach (zit. in Proceso 2011h):

„Aber das passiert nicht nur über Geld, sondern auch anders: Einladungen zu Meetings, Veranstaltungen, zum Lunch und zu Geschäftsessen, bei denen man mit führendem Staatspersonal zusammenkommen kann, mit dem Innenminister oder dem Procurador, die einem dann zügig einen Termin geben."

Diese Organisationen, die ihre Forderungen nach der „harten Hand", mehr Präsenz der Armee oder der Todesstrafe häufig mit konservativen Familienbildern verknüpften, konnten nicht nur im Gegensatz zu Menschenrechtsorganisationen überhaupt in Dialog mit der Exekutive treten, sondern übernahmen Aufgaben, die Ermittlungsbehörden hätten erfüllen müssen (IV 1:153-159; IV 10:175-178). Damit dezentralisierte der Staat Funktionen der Strafermittlung, so dass zwischen dem Staatspersonal, seinen Aufgaben und diesen Gruppen die Grenzen verschwammen.[133] Gallo selbst seien mehrmals Abgeordneten-Posten angeboten worden. Vertreter des Staates suchten „mindestens den guten Willen [dieser Leute]", damit die-

132 Inzwischen äußern Journalisten die Vermutung, dass kriminelle Gruppen außerdem technisch ausgebildete junge Menschen für eine Art spezialisierte Zwangsarbeit entführen (Animal Político 2013).

133 „Es ist offensichtlich, diese neuen zivilgesellschaftlichen Organisationen für Sicherheit haben enge Verbindungen zum Staat. Die Menschenrechtsorganisationen haben überhaupt keine Verbindungen. […] Es gibt also Gespräche zwischen einem gesellschaftlichen Segment und dem Staat […] sie kennen sich, wissen ihre Namen, wo sie wohnen, sie sind Teil der Elite. Dieser Fall ging so weiter... eine Entführung, und ich habe die Experten gefragt, an wen wenden wir uns? Die haben uns komisch angeguckt. […] ein Bekannter hier hatte in seinem Umfeld einen Fall einer Entführung, er fragte die Beamten, und die haben ihn zu einer dieser Organisationen geschickt. Ein Abgeordneter [sagt ihm]: Das ist die und die private Organisation, die weiß, was man da machen muss." (IV 1: 153-159).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

se ihnen Fehler oder Untätigkeit in einem Bereich nachsahen, „die man öffentlich ja kritisieren könnte“ (zit. in ebd.) und suchten andererseits ihren politischen Projekten gegenüber kritisch eingestellte Gruppen zu fragmentieren (u.a. IV1, IV22):

„Wenn du als zivilgesellschaftliche Organisation Gewicht bekommst, will die Regierung dich offensichtlich nah haben, eben um zu verhindern, dass du ihr mit diesem Gewicht, das du erreichst, zum Problem werden könntest, zum Beispiel auf etwas hinweist, was in der Gesellschaft Wirkung entfalten könnte. Also rufen sie dich an, suchen dich, du bekommst plötzlich Gespräche, damit deine Meinung gehört werden kann, oder ein Treffen beginnt nicht, weil du noch nicht da bist, sie warten auf dich persönlich.“ (zit. in Proceso 2011h).

Die Beispiele illustrieren die höchst selektiven, direkten, personalisierten Verbindungen zwischen spezifisch ausgerichteten Organisationen herrschender Gesellschaftssektoren und Teilen der Exekutive. Ihnen gestand die Exekutive an repräsentativen Institutionen vorbei eine Mitsprache zu (Poulantzas 2002: 270).

Ausweitung der Kompetenzen: Zonen militärischer Kontrolle

Tatsächlich ist es in Mexiko inzwischen ein Gemeinplatz, dass das Militär seine Kompetenzen massiv erweiterte. Dass Militärkräfte Aufgaben der Ermittlungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaft) übernahmen, zeigt, dass sich die Kräftekonstellationen in den Institutionen bereits Anfang der 2000er Jahre verschoben: Schon im Jahr 2000 bestimmte Präsident Fox einen General zum Direktor der Staatsanwaltschaft (PGR), der „seinerseits mit seinen militärischen Kollegen zentrale Posten besetzte“ (Astorga 2003: 15). De facto verschoben sich Zuständigkeiten von der PGR zum Verteidigungsministerium SEDENA, ohne den rechtlichen Rahmen zu verändern. Denn rechtlich stützt sich die Regierung Calderón auf das schon von der PRI-Regierung Zedillo etablierte einheitliche Modell der Sicherheitspolitik (Sistema Nacional de Seguridad Pública SNSP), das eine Bündelung der unterschiedlichen Sicherheitskräfte der Bundesebene und der Bundesstaaten in gemeinsamen Einsätzen vorsah. Leitende Agentur des SNSP war der Consejo Nacional de Seguridad, bestehend aus Vertretern der zentralstaatlichen Sicherheitsapparate, dem Präsidenten und den Gouverneuren.

Das Wechselspiel zwischen den Forderungen des Militärs nach einem höheren Budget und den Versprechen der Regierung, dieses zu erhöhen, war zentrales Element für die Protagonistenrolle des Militärs (Kenny/Serrano 2011: 201,207). Das Budget für das Militär (ohne Marine) steigerte die PAN-Regierung schon 2007 von 26 auf 32 Mrd. Pesos. 2012 lag es bei 55 Mrd. Pesos, hatte sich also in 6 Jahren mehr als verdoppelt (CASEDE 2012: 145). Laut den verabschiedeten Haushalten gab der mexikanische Staat für die Funktion „öffentliche Sicherheit“ 2007 insgesamt 75,5 Mrd. Pesos und 2012 125,4 Mrd. Pesos aus (Cámara de Diputados 2008b,

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2012). Diese „öffentliche Sicherheit“ erfasst allerdings nicht die gesamten Sicherheitsausgaben, sondern nur etwa die Hälfte, gibt also nur einen Teil des Budgets von Verteidigungsministerium oder Marine wieder.[134] Tatsächlich wurden die Ausgaben der unterschiedlichen Sicherheitsinstitutionen gar nicht restlos offengelegt: Der Waffenhandel nach Mexiko war nur dort nachvollziehbar, wo Register[135] bestehen und der Freihandelsvertrag mit den USA keine Rolle spielte. In den Zahlen des SIPRI (2010) tauchten Ausgaben oder Verträge zwischen Mexiko und dem deutschen Waffenproduzenten Heckler&Koch beispielsweise gar nicht auf – so galt Mexiko im SIPRI-Bericht 2010 als Staat mit relativ geringen Militärausgaben. Die völlig unklaren Verträge zwischen mexikanischem Verteidigungsministerium und Heckler&Koch gaben dagegen Anlass zu vermuten, dass weder Budgets noch staatliche Waffenkäufe korrekt abgewickelt wurden oder kontrollierbar waren (vgl. Pérez Ricart 2013). Das deutsche Unternehmen verkaufte zwischen 2006 und 2008 8-10.000 Kleinwaffen an die SEDENA, die zum Großteil nach Ankunft in den Waffenlagern der SEDENA verschwanden, in Bundesstaaten wie Guerrero wieder auftauchten und offenbar auch gegen gesellschaftlichen Protest eingesetzt wurden, etwa das umstrittene Gewehr G36. Darin ist offensichtlich korrumpiertes Staatspersonal des Verteidigungs- und Außenministeriums, der SSP ebenso wie Angestellte der Firma H&K verwickelt.[136]

134 Die Zahlen verschiedener staatlicher Stellen über den gesamten Sicherheitshaushalt sind höchst unterschiedlich und teilweise widersprüchlich. Zitiert wird hier aus dem „Atlas zur Sicherheit“ des anerkannten Colectivo de Análisis de la Seguridad (CASEDE 2012). Die Transfers vom Zentralstaat für Ausgaben der Bundesstaaten und Gemeinden im Bereich „öffentliche Sicherheit“ erreichten mit 13,8 Mrd. Pesos 2011 einen historischen Höchststand, u.a. im Fondo de Aportación a la Seguridad Pública (El Economista 2011c).

135 In Verträgen zwischen dem Produzenten, dessen Regierung und der Abteilung für Handel mit Waffen und Munition (*Dirección de Comercialización de Armamento y Municiones*) des mexikanischen Verteidigungsministeriums.

136 Mit 28 ausländischen Unternehmen hält die SEDENA Verträge; u.a. machte SEDENA im Auftrag der mexikanischen Bundesstaaten 2006 eine Großbestellung bei Heckler&Koch. Das Bundesministerium für Wirtschaft hätte den Exportantrag von H&K ablehnen müssen, da die Waffen in Mexiko leicht „zu repressiven Zwecken“, für „partikulare Interessen“ oder „als Faktor für mehr Gewalt“ genutzt werden konnten (so die offiziellen Kriterien für eine Ablehnung). Das tat das Ministerium nicht; die Situation in Mexiko sei akzeptabel, solange die Waffen nicht an die Polizeien der Staaten Guerrero, Jalisco, Chiapas oder Chihuahua geliefert würden. Die Kriterien, gerade diese vier Staaten und nicht Sinaloa oder Michoacán auszuwählen, sind unbekannt. Die Auflage wurde in Mexiko nicht nachverfolgt. Die SEDENA erklärte, dass ausgerechnet die Staaten Chihuahua und Guerrero die größten Anteile der H&K-Waffen erhielten und insgesamt

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Armee galt in einem Kontext sich verschließender Perspektiven (etwa der US-Wirtschaftskrise von 2009) und einer zunehmenden Kriminalisierung der transnationalen Migration durchaus als Option für den sozialen Aufstieg. Die Besoldung war allerdings selbst im mexikanischen Vergleich gering und lag nach einer Erhöhung 2011 mit unter 5.000 Pesos/Monat noch etwa beim Mindestlohn. Vergünstigungen und Stipendien für Kinder von Militärs wurden aus extra erhobenen Fonds gezahlt (Proceso 2011i). Laut dem Verteidigungsministerium verringerte sich trotzdem die Desertionsrate. Diese war 2006/2007 noch „so hoch, dass sie 2008 nur das Ziel formulieren konnten, die Zahl der Deserteure um 30% zu mindern" (Kenny/ Serrano 2011: 200), nämlich bei jeweils über 16.000 Deserteuren (SEDENA 2012a). 2011 betrug sie nur noch ein Viertel (ebd.). Die große Mehrheit (über 80 %) der Deserteure waren einfache Soldaten (CASEDE 2012: 165).[137] Das Gesamtpersonal von SEDENA und SEMAR wurde ab 2006 weniger aufgestockt als das kolumbianische Militär, von 194.991 auf 209.716 (ebd.: 161).

Pensionierte Generäle, so eine Konstante der Operativos Conjuntos, besetzten zentrale Posten der Sicherheitspolitik: Eingesetzt von Gouverneuren und Bürgermeistern, übernahmen die Militärs (städtische) Polizeidirektionen in den Städten Tijuana, Ciudad Juárez, Cancún, Monterrey und in Aguascalientes, Tamaulipas, San Luis Potosí, Nuevo León, Chihuahua, Coahuila, Colima, Michoacán, Sinaloa, Zacatecas (IV 1:161) (Aristegui 2011a; ICG 2013: 26). Ein Interviewpartner spricht

die Hälfte der 8-10.000 Gewehre in eben den vom Bundesministerium ‚verbotenen' Staaten landete. Beim Export von Ersatzteilen 2007 fragte das deutsche Ministerium nach, wie Polizeien aus diesen vier Staaten Ersatzteile bestellen konnten, gab aber wieder grünes Licht. Nun gaben die entscheidenden staatlichen Stellen vier ganz unterschiedliche Zahlen über das Geschäft heraus: Die mexikanische SEDENA verlautbarte, sie habe zwischen 2006 und 2008 insgesamt 10.082 Gewehre von H&K gekauft, und einen Tag später, sie habe in dem Zeitraum 9.652 Gewehre im Wert von insgesamt 13 Mio. Euro gekauft; im Exportbericht des deutschen Wirtschaftsministeriums ist die Rede von zwischen 2003 und 2008 insgesamt 8.769 Gewehren im Wert von nur 7.783.352 Mio. Euro. Auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei gab der Staatsminister des Wirtschaftsministeriums Pfaffenbach 2009 insgesamt 8.065 nach Mexiko exportierte Gewehre an. Die Deutsche Friedensbewegung e.V. erstattete 2010 Anzeige gegen H&K; die Staatsanwaltschaft veranlasste eine Razzia. Diese erbrachte Nachweise über Kontakte zwischen H&K und der Polizei der ‚verbotenen' mexikanischen Bundesstaaten. Das Unternehmen entließ zwei H&K-Mitarbeiter; sie hätten die illegalen Geschäfte ohne Wissen des Unternehmens abgewickelt (vgl. Pérez Ricart 2013).

137 In Kolumbien ist dagegen über Desertionsraten aus dem Militär kaum etwas zu erfahren. Bekannt ist nur, dass Mitglieder der Spezialkräfte in den letzten Jahren zunehmend von Sicherheitsunternehmen aus dem arabischen Raum rekrutiert werden, die bessere Löhne zahlen als der kolumbianische Staat.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

von 80 Gemeinde-Polizeistationen und 21 der 32 Bundesstaatspolizeien (IV 1:162). Diese unterstehen damit nicht mehr dem jeweiligen Ministerium für Öffentliche Sicherheit (SSP). In Ciudad Juárez dagegen übernahm 2010 die Policía Federal die Befehlsgewalt von den Streitkräften. Der Ex-General Leyzaola erhielt die Leitung der Gemeindepolizei (Proceso 2011d). Häufig verschoben sich die Zuständigkeiten; zugleich schwanden Kontrollmöglichkeiten der Bevölkerung und zivilen Apparate über die Sicherheitspolitik. Zudem ist die direkte Präsenz von Militärs im Kongress eine neuere Entwicklung, die dort ihre Budgetforderungen vertreten und in legislative Prozesse zur Sicherheitspolitik intervenieren (vgl. IV 5; IV 1). Dieses Gewicht der Sicherheitsapparate transformierte insofern das staatlich apparative Gefüge (vgl. Poulantzas 2002: 231ff.; Jessop 2009).

Menschenrechts- und neuere Opferorganisationen kritisierten außerdem die 2011 eingesetzte ‚Opferbehörde' Procuraduría Social de Atención a las Víctimas (Províctima) scharf. Zwar würden dort Angehörige von Verschwundenen empfangen, allerdings habe Províctima praktisch in keinem Fall Ermittlungen o.Ä. umgesetzt. Das eingesetzte Personal wurde zudem aus PGR, dem Verteidigungsministerium SEDENA, der Marine SEMAR oder dem Ministerium für öffentliche Sicherheit SSP und dem Geheimdienst CISEN zusammengezogen (Proceso 2012b), also gerade den staatlichen Agenturen, denen Opferorganisationen Menschenrechtsverletzungen oder Verbindungen zur Organisierten Kriminalität vorwarfen. Die Angehörigen von Verschwundenen sahen sich Vertretern gerade der staatlichen Apparate gegenüber, die möglicherweise verantwortlich für den Verlust von Familienangehörigen sind – zumindest ist die Verantwortlichkeit laut HRW (2011, 2013) oder der CNDH (Contralínea 2012a) nicht abzustreiten. Militärs dominierten die Agentur offenbar: Alle Anträge auf die Offenlegung von Informationen über das innere Funktionieren von Províctima kontrollierte laut Proceso (Proceso 2012b) ein Militär; die Abteilung für psychosoziale Begleitung von Opfern leitete ein ehemaliger Funktionär des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, der in Ciudad Juárez stationiert war.[138]

Die Erweiterung der Rollen, die das Militär im Sektorprogramm Verteidigungspolitik 2007-2012 einnahm (vgl. dazu Rodríguez Rejas 2010a: 400), verweist auf

138 Die Zeitung Proceso schließt das aus Personallisten, die sie im Rahmen des Transparenzgesetzes einsehen durfte. An einem Beispielfall wird die Haltung der Militärs in Províctima deutlich: „Ich hatte über Mail Kontakt mit diesem Militär, den sie bei Províctima haben und er schickte mir aus Versehen eine Mail, die er eigentlich ans Verteidigungsministerium geschickt hatte, in der er auf uns Bezug nahm: Wir seien fingierte Opfer, er glaube uns nicht. Es waren nur drei Zeilen. Aber die Mail verschwand aus meinem Account. Ich glaube, dass er gehackt wurde, weil sie nicht mehr auftauchte", so Irma Monroy Torres. Sie habe eine Bestätigung über Hilfen von Províctima unterschrieben; danach habe sie keinen Termin mehr bekommen (zit. in Proceso 2012b).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ausnahmestaatliche Elemente des Autoritären Etatismus (Poulantzas 2002). Als staatliche Institution übernahm es vielfältige Aufgaben, die zuvor zumindest teilweise spezifischen Kontrollmechanismen unterworfen waren. Wie in Kolumbien zog das Militär in dieser „Ausnahmesituation" in spezifischen Räumen (!) vielfältige Aufgaben an sich:

„Sie selbst verhören die Bevölkerung. Vor allem sind das Fragen, die sich um die Herkunft der Leute, ihre Beschäftigung, den Sinn ihrer Arbeit drehen. Also – es gibt keine Polizisten mehr, kein Ministerio Público, jetzt beobachten wir, dass es Militärs sind, die alle diese Rollen übernehmen. Sie übernehmen […] die Rollen der Polizei, die Rolle des Ministerio Público, sogar die Rolle des Richters […]. Sie haben in den *Operativos* überhaupt keine Instanz über sich, die überprüfen könnte, wie sie ihre Arbeit machen" […] „Sie leisten Sozialdienst, bringen Gesundheitsbrigaden oder kommen zum Haare schneiden, oder um manche Berufe zu lehren, Tischlerei zum Beispiel." (IV 5:022-25; 032).

Umweltfragen und den Schutz bestimmter Tierarten regelte in den entsprechenden Gebieten nicht mehr das Umweltministerium SERMANAT, sondern das Militär; um den Erhalt von Stränden kümmerte sich die Marine (SEMAR 2012: 42, IV 5:35). Was der mexikanische Staat auf der Fürsorgeseite abgebaut hatte, erschien nun in Form von Militärbrigaden für Gesundheit, Ausbildungsmöglichkeiten wieder im ländlichen Raum – wenn auch wohl nicht in der Wucht wie in Kolumbien, wo selbst geläufige Tropenmedikamente wie Glucatin dem Militär vorbehalten sind. Dies reaktivierte altbekannte Praktiken: In Guerrero sind ähnliche Militärstrategien aus dem Schmutzigen Krieg der 1970er Jahre dokumentiert (Sonderermittlungen der Fiscalía Especial para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado (FEMOSPP) 2006).

Die Operativos Conjuntos und der „Krieg gegen die Drogen" haben – und zwar wesentlich deutlicher als in Kolumbien – Konflikte zwischen verschiedenen „Sicherheitsinstitutionen" aufbrechen lassen und die Heterogenität der staatlichen Apparate deutlich gemacht. Auseinanderzuhalten sind mindestens vier Szenarien: Erstens die militärische Bekämpfung eines Teils der illegalen Unternehmer durch staatliche Kräfte, zweitens ein Konflikt zwischen großen Netzwerken der illegalen Ökonomie in Teilen des Landes und drittens offensichtlich angesichts des steigenden Binnenkonsums Kämpfe zwischen expandierenden Gruppen um den lokalen Verkauf (*narcomenudeo*) (vgl. CMDPDH et al. 2011: 11). Offensichtlich bewirkten die Operationen durch Festnahmen und Tötungen Einzelner nicht nur ein reshuffling in den Organisationen der illegalen Ökonomie, sondern intensivierten die Kämpfe zwischen einem Teil der Gruppen.

Ein viertes Szenario ist das desorganisierende Vorgehen des Staates gegen meist bäuerliche, indigene Bewegungen, verortet in Südmexiko und dort, wo Kämpfe um Land(-nutzung) oder Arbeitsrechte ausgefochten wurden. Dass die Regierung Cal-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

derón 2010 dieselben Kräfte der Policía Federal nach Ciudad Juárez entsandte, um dort den „Drogenhandel zu bekämpfen", die 2009 die von der Gewerkschaft besetzten Gebäude des ehemals staatlichen nergieversorgers LFC stürmten, zeugt u.a. von der Konzeption sozialen Protesten gegenüber (Wikileaks-cables zit. in La Jornada 2011b). In diesen unterschiedlichen Szenarien und den Grauzonen zwischen ihnen ist die Rolle lokaler Vertreter des Staates (Gouverneure, Bürgermeister, lokal agierende Sicherheitskräfte, Militär, Polizei) unterschiedlich (vgl. CMDPDH et al. 2011) – d.h. die Rolle staatlichen Personals für (il)legale Branchen konnte sowohl eine der Kooperation und Komplementarität als auch der Bekämpfung sein. Im vierten Szenario liegt das Kernproblem: Zwei Elemente werden vermengt – nämlich die Bearbeitung von sozialen Protesten und kapitalintensiven, transnational agierenden Kriminalitätsstrukturen mit denselben militärischen Mitteln. Das ist nicht ganz neu, erlangt aber eine neue Qualität.

V.3.3 Umkämpfte (Sicherheits-)Institutionen

Der Sicherheitssektor (sector seguridad)

„Die Kontrolle der Regierung über Organisationen von Lohnabhängigen, Bauernorganisationen, Unternehmensgremien und Studierendenassoziationen, um nur ein paar zu nennen, war ein Merkmal der PRI-Zeit. In der *alternancia* wurden die Bemühungen offensichtlich, die von der Exekutive ausgehen, um in einige dieser Organisationen einzugreifen oder um von der Exekutive aus ähnliche Gruppen zu gründen, die das Monopol aufbrechen oder wenigstens um die Kontrolle ringen und um Risse in die PRI-Kernbereiche zu bringen."

Diese Beschreibung der Grupo Indignación (2007: 9) gilt ebenso für die sogenannten Sicherheitsapparate. Zwischen und innerhalb von Militär, Marine, dem für die Polizeien zuständigen Ministerium für öffentliche Sicherheit (SSP) und der Procuraduría General de la República (PGR) wurden in der zweiten Amtshälfte Calderóns vielfältige Spannungen und Kämpfe nicht nur um unterschiedliche Budgets und Kompetenzverschiebungen offenbar. Häufig unbeachtet blieb beispielsweise, dass das Ministerium für öffentliche Sicherheit (SSP) als Initiative und Apparat der PAN gelten muss, den die Partei mit der Machtübernahme im Jahr 2000 schuf. Es stellte praktisch ein Gegengewicht zum Innenministerium (Secretaria de Gobernación SEGOB) dar, das als Kernapparat des PRI-nahen Staatspersonals galt. Im Jahr 2000 entzog die Regierung Fox so der SEGOB die damals neu gegründete Policía Federal Preventiva (PFP, später PF). Die Calderón folgende Regierung der PRI unter Enrique Peña Nieto schaffte das SSP als Apparat Ende 2012 sofort ab und gliederte es als einfachen Unterbereich wieder dem expandierenden SEGOB ein. Sie

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verdeutlichte damit ihre direkte Kontrolle und Einfluss auf die Apparate, die die PAN 2012 verlor. Dass die PAN-Regierungen noch neue Institutionen geschaffen hatten, führte zugleich Calderóns eigenes Postulat ad absurdum, man wolle endlich mehr „Koordination" in der Sicherheitspolitik.

Vom Staatspersonal waren besonders zwei Personen (Eduardo Medina Mora und Álvaro García Luna)[139] als Schlüsselfiguren beteiligt – sie stehen beispielhaft für Staatspersonal, das der rechtskonservativen PAN äußerst nahe steht, eine Karriere in verschiedenen Sicherheitsinstitutionen vor allem im Geheimdienst CISEN hinter sich hat, und immer wieder an Initiativen beteiligt war, die sich zumindest in den Verfahrensweisen in extralegalen Sphären bewegten (vgl. u.a. Contralínea 2012b). Z.B. dokumentierte der Dienst selbst seine Überwachung von Mitgliedern des Netzwerks YoSoy132 im Vorfeld der Wahlen 2012, der regierungskritischen Gewerkschaft SME und Mitglieder der Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra in Atenco (laut Contralínea 2013b). Die Aktivitäten waren beispielhaft dafür, wie selbstverständlich der Geheimdienst Spielräume ausreizte, obwohl das Nationale Sicherheitsgesetz sie nicht autorisierte. Die Überwachung von Akteuren, die der Umsetzung staatlicher Strukturreformen hinderlich sind, ist durchaus logisch. Noch einmal sei an die von Krauthausen (2013: 204) konstatierte Rolle der Geheimdienste als Koordinatoren von (illegalen) Bündnissen vor allem dort erinnert, wo „scharfe Auseinandersetzungen um die gesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnisse ausgefochten" werden. Dies, obwohl der CISEN im Vergleich zur DFS der 1970er Jahre (s. Kap. IV) keine Protagonistenrolle mehr innehat. Wenn faktisch alle Gewaltapparate des Staates (Polizeien, Militär, Marine, Spezialeinheiten und Geheimdienste selbst) geheimdienstliche Aufklärungsaufgaben übernehmen, wie in Mexiko beobachtbar, bzw. das Personal des Ministeriums für öffentliche Sicherheit (SSP), das diese Aufgaben teilweise koordiniert, sich aus den Geheimdiensten rekrutiert, überträgt sich mutmaßlich die Rolle der Geheimdienste als Koordinatoren von Informanten und Bündnissen mit der illegalen Ökonomie auf weitere Institutionen – abgesehen davon, dass die repressiven Apparate insgesamt gestärkt (vgl. Poulantzas 2002) und von Regularien befreit wurden.

Hier wird nicht vorrangig die mexikanische Polizei behandelt; dazu existieren andere Arbeiten (vgl. Müller 2012). Doch für ein Verständnis der unterschiedlichen, miteinander ringenden Sicherheitsorgane ist relevant, dass auf Bundesebene,

139 Medina Mora war 2000-2005 Direktor des Geheimdienstes CISEN, ab 2005 nach dem Tod des Ministers Huerta Secretario de Seguridad Pública, ab 2006 Procurador General, ab 2009 Botschafter in Großbritannien und ab 2013 Botschafter der PRI-Regierung in den USA (La Jornada 2011d). García Luna war ab 1989 im CISEN, ab 1998 Koordinator der Aufklärungseinheit der Policía Federal Preventiva, ab 2000 plante er die Agencia Federal de Investigación im CISEN, ab 2001 war er ihr Direktor. 2006 löste er Medina Mora als Minister für Öffentliche Sicherheit ab.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bundesstaatlicher Ebene und Gemeindeebene jeweils (!) unterschiedliche Polizeikörper existierten, die unterschiedlichen Befehlsstrukturen folgten, teilweise konkurrierten oder kooperierten. In jedem Fall könnte man hier bereits allein für die formell staatlichen Kräfte einen „violent pluralism" (Arias/Goldstein 2010) konstatieren. Calderón und seine Minister erklärten ein ums andere Mal die Gemeindepolizeien (Policía Municipal, immerhin 166.697 Personen (ICG 2013: 24)) für korrupt, untätig usw. Das Narrativ, diese Polizeiebene sei zur Infrastruktur für die Gewaltunternehmer geworden (vgl. Kenny/Serrano 2011: 207), zieht sich durch die gesamte Regierungsperiode. Der Minister für Öffentliche Sicherheit (SSP) García Luna ließ sich z.B. mit der Aussage zitieren,

„heute gibt es im Land ein kleines Auto in Bewegung, nur das Benzin stellt nicht der mexikanische Staat; das heißt das Lohndefizit der Gemeindepolizeien liegt bei über 1,2 Mrd. Pesos im Monat (14,4 Mrd. im Jahr), und das heißt entweder Korruption oder [die Lücke] wird finanziert von krimineller Seite." (Milenio 2011).

Im Zusammenhang mit dem Fund von Massengräbern in Tamaulipas im Mai 2011 warf Calderón der kommunalen Polizei vor, sie „mache ihre Arbeit nicht" (zit. in Reveles 2011: 17)) und seien in die Taten verwickelt. Reveles (ebd.: 20) interpretiert diese Äußerung des Präsidenten zwar als Anerkennung, dass staatliche Kräfte an schweren Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen beteiligt seien – die Anerkennung galt aber ausschließlich der Policía Municipal; die Policía Federal oder Militärs sprach die Regierung immer wieder von jedem Verdacht frei. PF und Militär nahmen häufig ganze Einheiten von Gemeindepolizisten wegen angeblicher Verbindungen zum Drogenhandel fest, im Juni 2009 z.B. in Hidalgo 92 Personen (ICG 2013: 25). Der Vorwurf ist jedoch banal:

„Die Gemeindepolizei muss, so korrupt, ineffizient und gewalttätig sie sein mag, die informellen und illegalen Märkte organisieren. Man wird sagen, das bedeutet Komplizenschaft mit den Verbrechern: Das stimmt, und es ist trivial. Überall auf der Welt braucht man eine staatliche Kraft, die lokal verankert ist, um diese Märkte zu organisieren, denn die werden ja nicht verschwinden, und außerdem finden dort alltägliche, reguläre Transaktionen statt, an denen ein Gutteil der Gesellschaft teilnimmt. Die Gemeindepolizei muss Kommunikationskanäle mit Banden offenhalten, sie muss unendlich viele Handelsbereiche überwachen, die sich mehr oder weniger am Rande der Legalität befinden. Keine dieser Aufgaben kann eine fremde, von anderswo entsandte Polizei übernehmen, keine Armeeeinheit, und noch viel weniger in Operativos wie denen der letzten Jahre, deren Vorteil ja gerade darin liegt, unnachgiebig zu sein. Deshalb ist die Krise der Gemeindepolizeien so schlimm. Wo diese lokale Kraft fehlt, die in der Lage ist, informelle und illegale Märkte zu regeln, ist das Ergebnis sehr schön sichtbar, denn diese Unsicherheit bringt Gewalt." (Escalante Gonzalbo 2011: 49).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mit ‚Vertrauenstests' versuchte die Regierung Polizisten in ganz Mexiko auf ihre Verbindungen zur illegalen Ökonomie zu überprüfen, ohne die genauen Kriterien für diese öffentlich zu machen. Insgesamt 333.540 Polizisten der unterschiedlichen scales machten die Tests. Von den durchgefallenen 15% aller Teilnehmenden blieb die große Mehrheit im Dienst; 10.000 entlassen (20% der 50.000 Durchgefallenen) (ICG 2013: 25). Dass Zusammenstöße zwischen Militär und Polizei häufiger wurden, bedeutete gleichwohl nicht, dass das Militär immer stärker korrupte Polizisten bekämpfte. Hier rangen einzelne Instanzen um Kompetenzen; u.a. bedeutet die Kontrolle von Militär- oder Polizeioperationen Gewinnabschöpfung für einzelne Einheiten (vgl. u.a. Kenny/Serrano 2011: 20). Permanent nahm die Regierung Bezug auf die fehlende, zu verbessernde „Koordination" der Sicherheitskräfte – man benötige einen „*mando único*" auf den Bundes-, Landes- und Gemeindeebenen auf alle Institutionen bezogen, ähnlich wie in den Operativos Conjuntos (kritisch CMDPDH et al. 2011: 26, La Jornada 2011f).

Eine Polizei ohne Verbindungen zu den alten Kadern sollte die strukturellen Probleme Korruption, Kooptation und die Verflechtung von Polizeikräften in die illegale Ökonomie hinein lösen. Diese Bemühungen um eine zentralisierte Polizei stehen in direktem Zusammenhang mit der Beratung und Ausbildung der mexikanischen durch die schon vor Jahrzehnten militärisch ausgebildete kolumbianische Polizei (vgl. u.a. La Jornada 2011g).140 Die Forderung nach einer zentralisierten Befehlsgewalt eigentlich verschiedener bundesstaatlicher Ebenen ist bekanntes Element von counterinsurgency-Strategien. Während Gouverneure der PRI und PRD das Vorhaben ablehnten, führte die Regierung Calderón selbst ihr postulierte Ziel (Calderón Hinojosa 2010b) immer wieder ad absurdum, schuf neue Institutionen oder schien unterschiedliche Instanzen gegeneinander auszuspielen.

Obwohl das Militär durch das deutlich höhere Budget aufgewertet wurde, sorgten offenbar Druck vonseiten der USA und möglicherweise die öffentliche Kritik an der Präsenz des Militärs dafür, dass zumindest in der zweiten Hälfte von Calderóns Amtszeit die Armee auf eine sekundäre Position verwiesen und einerseits die Poli-

140 Schon im Plan Nacional sollten die „Modernisierung des Strafvollzugs" und die Ausstattung der Polizei mit Ermittlungskompetenzen „wissenschaftlichere, objektivere und professionellere" Ermittlungstätigkeit schaffen (Presidencia de la República 2007: 50). Die „Professionalisierung" und Technisierung lösten gesellschaftlich-strukturelle Probleme aber nicht: Faktisch sammeln mehrere Organe ohne klare Kompetenzverteilung Beweisstücke, führten Befragungen durch etc., konnten aber Verantwortlichkeiten hin und herschieben (vgl. HRW 2013). Die kolumbianische bietet der mexikanischen Polizei Spezialkurse in Gelände, Anti-Entführungstraining, Polizeimanagement, gemeinsame Aufklärungsprogramme. Sie bildete 2009 4.530 mexikanische Polizeispezialkräfte in Mexiko selbst, 144 in Kolumbien weiter (Policía Nacional de Colombia 2009: 52).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cía Federal unter García Luna, andererseits die Marine (Secretaría de la Marina) informelle Protagonisten der Sicherheitsstrategie wurden.

Entsprechend hatten der Präsident und sein Minister für öffentliche Sicherheit die Policía Federal Preventiva 2009 mit großer Zustimmung im Kongress durch die „präventiv" arbeitende Policía Federal (PF) ersetzt und steigerten die Zahl der PF-Beamten von 2006 noch 6000 auf 2012 stolze 38.000 (ICG 2013: 19; Rodríguez Rejas 2010a: 401). Die Trennung zwischen PF und Militär ist hingegen teils rein analytisch. Wieder gibt es nur widersprüchliche Zahlen darüber, wie viele Militärs an die PFP/ PF „ausgeliehen" wurden. 2007 sollten bis zu 40 % der PF aus dem Militär stammen (ebd.: 398). Die Policía Federal sollte offenbar zulasten der Armee eine führende Rolle in der „Drogenbekämpfung" an der Nordgrenze einnehmen, und zwar mit klarer Unterstützung der USA, die dies in der Sicherheitsstrategie für Ciudad Juárez deutlich machte: Der „Kern für eine langfristige Lösung der Unsicherheit ist die Professionalisierung der Polizei" (U.S. Embassy zit. in La Jornada 2011b). Allerdings werfen Regierungskritiker der Policía Federal und den anderen wechselnden Organen auf der Bundesebene immer wieder eine enge Verbindung zur illegalen Ökonomie vor (vgl. IV 7:073).

Die mexikanische Marine SEMAR bekam ebenso ein größeres Gewicht im Institutionengefüge, mehr eigene Mittel, neue Basen im Landesinneren und an der Südgrenze (SEMAR 2012: 38ff.). U.a. belegte die außergerichtliche Hinrichtung des *capo* Arturo Beltrán Leyva die neue Rolle der SEMAR. Beltrán Leyva wurde am 16.12.2009 in Cuernavaca, Morelos erschossen. Kurz zuvor hatte Marineminister Mariano Saynez verlautbart, in einer neuen Strategie werde die Marine in „chirurgischen Operationen" Eingriffe vornehmen. In dem von Wikileaks zugänglich gemachten cable der US-Botschaft heißt es, von dem Einsatz seien Verteidigungs- (SEDENA), Innenministerium (SEGOB) und Generalstaatsanwaltschaft (PGR) ausgenommen gewesen, um die Informationsweitergabe an kriminelle Kreise zu vermeiden (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2009b, IV9 29.04.2011). Die US-Botschaft habe nur der Marine die entscheidenden Informationen weitergegeben.[141] Diese wachsende Bedeutung der Marine in der „Drogenbekämpfung" und im staatlichen Institutionengefüge lässt sich nachvollziehen, wenn man die für den „Krieg gegen die Drogen" zentrale Position der US-Exekutive einbezieht, die dies offenbar mit vorantrieb und die Trainingsprogramme für die mexikanische Marine unter dem

141 Die Marine habe die Operation und Festnahme durchgeführt, dabei hätten Beltrán Leyvas Leute den Schusswechsel in einem Wohnhaus in Cuernavaca eröffnet. Anwohner seien evakuiert und nicht verletzt worden; die Operation sei das Ergebnis eines „aggressive SEMAR effort in Monterrey against Zeta forces [...] and highlights its emerging role as a key player in the counternarcotics fight." Die USA habe zunächst Informationen an die SEDENA weitergegeben, woraufhin nichts passiert sei (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2009b).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

seit 2002 bestehenden US-NORTHCOM (Northern Command) ausweitete: „SEMAR has been trained extensively by NORTHCOM over the past several years" (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2009b; auch SEMAR 2012: 41). Die enge Anbindung an die US-Apparate, heißt es bei der US-Botschaft, sei mit der Armee weniger leicht durchsetzbar (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2009b).142 Die Operation wurde öffentlich und vor allem in den Vermerken der US-Botschaft als Schwächung der Armee wahrgenommen (ebd.)– offensichtlich greifen allerdings beide Sicherheitsapparate unter SEDENA und SEMAR in ähnlichen Strategien auf extralegale Mittel zurück. Aus Mitteln der Mérida-Initiative sollte die Marine eigene Mittel und Ausrüstung für ihren traditionellen Zuständigkeitsbereich erhalten (z.B. Schnellboote), operierte aber als „emerging" „key player in the counternarcotics fight" (ebd.) zunehmend im Inland mit einer ganzen Reihe von neuen Einheiten für den Landeinsatz und in offener Konkurrenz zur Armee (IV 5:35) (La Jornada 2011f). Das Budget der SEMAR hatte sich zwischen 2005 und 2011 mehr als verdoppelt und wuchs damit sogar etwas stärker als das des Verteidigungsministeriums SEDENA (CASEDE 2012: 145).

De facto zog die Marine Kompetenzen an sich, die sie zuvor nicht ausfüllte. Dies hatte rasch einen Konflikt zwischen den beiden Ministerien SEDENA und SEMAR über Zuständigkeitsbereiche, Regularien, und Einsatzräume zur Folge (IV 5:093-94; La Jornada 2011f). So hatte die Marine im 2011 begonnenen *Operativo Veracruz Seguro* die Befehlsgewalt und übernahm offenbar die Kompetenz über die städtische Sicherheit (Proceso 2011j, Proceso 2012c). Die Präsenz der Marine und deren neue Funktion als Apparat, der wie selbstverständlich im Inland Verhaftungen ohne Haftbefehl durchführt oder Häuser stürmt, war Ausdruck der instabilen Kräftekonstellationen und damit unklaren Zuständigkeiten der unterschiedlichen bewaffneten staatlichen Kräfte.

Zugleich nahm insgesamt die Bedeutung und Einflussfähigkeit der militärischen Apparate deutlich zu (und zwar nicht nur auf das Budget bezogen). Dies erscheint als „Militarisierung", die andere Apparate und Politikfelder (Sozial-, Bildungs- oder eine aktive Arbeitsmarktpolitik) den Sicherheitsapparaten unterordnet, doch die Sicherheitsapparate konnten über den größeren Einfluss auf den Staatshaushalt keineswegs die eigene Budgetproblematik überwinden. Die Konflikte zwischen staatlichen Agenturen sind offensichtlich; sie repräsentierten aber keineswegs unterschiedliche Staatsprojekte, sondern vielmehr das Ringen um eine bessere Positionierung und partikulare Interessen. Der vorgeblichen Zentralisierung von Sicher-

142 Für Trainings lateinamerikanischer Militärs und damit die Verbreitung der militär- und kriminalpolitischen Paradigmen der irregulären Kriegführung ist besonders die *School of Americas* zu nennen. Der Bruch mit der früheren Skepsis gegenüber den US-Sicherheitsorganen in Mexiko wird an der hohen Zahl mexikanischer Trainees deutlich, bis zu 4933 allein in 2009 (JUSTF 2011a, c).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

heitsbelangen in der Armee standen daher gerade auf lokaler Ebene eine tatsächliche Vervielfachung der Sicherheitsapparate und damit eine gewisse Dezentralisierung (vgl. Franco Restrepo 2009) gegenüber. In der alltäglichen lokalen Sphäre nahm die Bevölkerung eine Vielzahl von Un-/Sicherheitsinstanzen wahr, die der Exekutive teils nah standen, teils parallel oder institutionell autonomer agierten.

Die Exekutive stockte 2010 den bereits verabschiedeten Haushalt für Verteidigungs- und Innenministerium (SEDENA und SEGOB) noch einmal gründlich auf (ASF 2010: 41). Für das Steuerjahr 2012 plante die SEDENA tatsächlich ungewöhnlich hohe 78 % ihres Gesamtbudgets für Personalkosten ein. Die Relation zu den Ausgaben für Ausrüstung ist sonst meist umgekehrt (Contralínea 2011c). Die Fuerzas Aéreas ähnelten eher Helikopterflotten oder einer militarisierten Polizei. Sie sei (Contralínea 2012c) kaum mehr als ein Polizeiersatz, der Polizeifunktionen, Aufklärung mit schnellen Eingreiftruppen kombiniere; für eine tatsächliche Modernisierung reiche das Budget nicht.

Einfache Soldaten rekrutierten sich hauptsächlich aus ländlichen armen Bevölkerungssegmenten, über die Hälfte hat nur eine Grundschulausbildung (Kenny/ Serrano 2011: 210). Höhere Militärs sind inzwischen häufig aus bescheidenen Verhältnissen aufgestiegene Soldaten mit institutionellen Erfahrungen im Verteidigungsministerium; ihr Bildungsweg ähnelt sich (vgl. Ai Camp 2010: 247).

Innerhalb des Militärs und zwischen Militär und Regierung manifestierten sich Mitte 2012 mit der Festnahme dreier Generäle, u.a. des Generals del Estado Mayor Tomás Ángeles Dauahare, ebenfalls Konflikte. Zusätzlich gab es offensichtlich Konflikte innerhalb des Verteidigungsministeriums und Konfrontationen zwischen Divisions- und und Brigadegenerälen. Offenbar stieg mit der Nachricht über Abhörungen innerhalb des Verteidigungsministeriums der Druck (Medellín 2012).[143] Die Festnahme kritisierten Militärs in der Zeitschrift Contralínea (2012b) als gegen einen Teil der Armee als Institution gerichtet: Präsident Calderón, der als Oberbe-

143 Die Procuraduría de Justicia Militar (Militärjustiz) nahm Dauahare am 15.05.2012 fest und übergab ihn und die anderen Festgenommenen der SIEDO (Subprocuraduría de Investigación Especializada en Delincuencia Organizada). Belastungszeugen hielten die Behörden („aus Sicherheitsgründen") geheim. Sie wurden anonym mit Aliasnamen zitiert. Zunächst sei General Ángeles Dauahare mit Calderón in Konflikt, da er eine kontinentweite Armee unter US-amerikanischer Führung und US-Einmischung in innere Interessen abgelehnt und den „Drogenkrieg" heftig kritisiert und als strategielos bezeichnet habe. Zudem soll er sich der PRI angenähert und mit Geldern aus dem Umfeld des späteren Präsidenten Peña Nietos militärinterne Nachforschungen betrieben haben (Contralínea 2012b). Der General selbst warf der PGR die Fabrikation falscher Zeugen vor, die ihn wegen der Nachfolge im Verteidigungsministerium belasten sollten (vgl. Interview Aristegui Noticias 2012a). Im April 2013 wurde Dauahare von allen Vorwürfen freigesprochen und als Berater des Verteidigungsministers eingestellt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fehlshaber Kenntnis haben musste, habe Partei für eine Gruppe in der Armee ergriffen. Er hinterlasse eine gespaltene, schwache Armee mit schlechterem Ruf. Obwohl die tatsächlichen Hintergründe unklar blieben, ist dennoch ersichtlich, dass innerhalb der Armee verschiedene Gruppen um Vorherrschaft rangen und kurz vor den Wahlen die Besetzung wichtiger Posten in den zentralen Staatsapparaten umkämpft war.[144]

Die Regierungszeit Calderóns machte eines deutlich: Wandlungsprozesse von Militär und anderen Sicherheitsapparaten und ihren Funktionen vollzogen sich rasch, führten zu Konflikten und Fragmentierungen innerhalb der Sicherheitsinstitutionen und waren zugleich das Ergebnis des Ringens unterschiedlicher Kräfte um die bessere Positionierung. Die neue Funktion des Militärs und der Marine als zusätzliche Polizeien im Inneren ist aber gleichzeitig Teil eines gesellschaftlichen Hegemonieprojekts, das mit höchst autoritären Mitteln durchgesetzt wird – ein Ausdruck des Verlustes von Konsensmomenten in diesem Herrschaftsverhältnis.

Expandierende Grauzonen: Staatliche, nichtstaatliche, paramilitärische Akteure?

Bedenkt man die historisch ambivalenten Beziehungen von Militär und anderen Sicherheitsapparaten zur illegalen Ökonomie, so ist es nur logisch, dass dessen Einfluss auf staatliche Strukturen administrative Mechanismen, das Justizsystem und Einsatzkräfte erfasste, die eigentlich mit seiner Bekämpfung betraut waren. Gerade diese Grauzone im Sinne Auyeros (2007) illustriert die Verflechtungsmöglichkeiten zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, legalen und illegalen Maßnahmen. Der folgende Abschnitt unterzieht diese Grauzone in Mexiko einer differenzierenden Beschreibung, was angesichts der Datenlage skizzenhaft bleiben muss. Regional unterschiedlich und historisch gewachsen, hatten illegale Gruppen mittels Gewalt, Korruption oder Kooptation und gewachsenen Verflechtungsstrukturen großen Einfluss auf lokales Staatspersonal. In dieser klaren Wechselwirkung institutionalisierte sich die Verflechtung zwischen staatlichen und illegalen Kräften (vgl. IV 1, IV6), so dass Rodríguez Rejas (2010b: 19) konstatiert, dass Terrorstrategien Letzterer sich mit Terrorstrategien von Sicherheitsinstitutionen verkoppelten und zugleich die Logik der Ausweitung militärischer Kompetenzen noch befördere.

In einem Interview wurden die Funktionen von Gruppen aus der illegalen Ökonomie besonders deutlich, da diese in einer Art bewaffnetem Klientelismus statt den

144 Calderón geriet zusätzlich unter Druck, als 2011 sein zweiter Innenminister Blake Mora bei einem Helikopterabsturz tödlich verunglückte, fast auf den Tag genau drei Jahre, nachdem Calderóns erster Innenminister Mouriño ähnlich verunglückt war. Beide sollen zum engeren Zirkel Calderóns gehört haben. Ein dritter Innenminister, Gómez Mont, war 2010 zurückgetreten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

staatlichen Kräften Schutzfunktionen übernahmen, u.a. Bevölkerungsteile gegen staatliche Kräfte schützten und insofern im traditionellen Sinne einer „Mafia“ (hierzu Krauthausen 2013) agierten:

„Ich war gerade in Durango. […] Mich hat das sehr betroffen gemacht, weil es eine schreckliche Gewaltsituation gibt. Ich bin wegen eines Falls hingefahren und am Ende habe ich den Leuten dort gesagt, nein, da muss man doch etwas machen – ein eher persönlich naheliegender Fall – versuchen eine Lösung zu finden, das zur öffentlichen Agenda machen. ‚Nein, nein, nein, mit wem denn, denn hier gibt es niemanden, mit dem man reden könnte, von dem du sicher sein könntest, dass er nicht involviert ist. Und der Gouverneur hat uns schon gesagt, dass er gar nichts machen kann. Also was wir machen werden: Wir werden mit dem Chapo reden. Die sollen uns schützen oder, wenn die Regierung uns nicht beschützen kann, sollen uns doch die anderen schützen.‘“ (IV 1:141-143).

In einigen Fällen tauchten Gruppen der illegalen Ökonomie offenbar erst nach den ersten Militäroperationen oder der Übergabe der Befehlsgewalt lokaler Verwaltung an die Policía Federal auf.[145] Möglicherweise ist daher die Rede von Teilen des Militärs als neuer Regulationsinstanz für interne Kämpfe der illegalen Ökonomie nicht aus der Luft gegriffen (Roux 2011: 78). Strukturell ist es durchaus denkbar, dass sich die Verflechtungen zwischen ‚Drogenhandel‘ und Polizeikräften „zum Militär und den Militärs hin verschieben, die Machtpositionen in den Sicherheitsapparaten“ innehaben (Astorga 2007: 21f.). Von einem *captured state* ist dennoch nicht zu sprechen; die illegalen Kapitalgruppen verhielten sich als solche und nutzten ihre informellen Einflusskanäle. In diese sich verlagernden Allianzen sind die Vorwürfe, die einer der bekanntesten festgenommenen *narcos* (alias La Barbie) dem Präsidenten und dem Minister für öffentliche Sicherheit García Luna vorhält, einzuordnen. Er werde „politisch verfolgt“ und sei deshalb in Haft.[146] Die Policía Federal unter dem Minister für Öffentliche Sicherheit García Luna sei Teil der kriminellen Struktur des Landes; der Minister und andere namentlich genannte Staatsbedienstete hätten von ihm und anderen Geld erhalten und dafür Informationen weitergegeben (Valdéz Villareal 2012). Tatsächlich warfen dem Minister außerdem 200 Agenten

145 Auch Astorga (2007: 21f.) mutmaßt, Investitionen der illegalen Unternehmer in „operative Institutionen wie Polizeien und Militärs“ seien weniger kostspielig als in Parteien.

146 In dem von seinem Anwalt übergebenen Brief, den mehrere Medien veröffentlichten, behauptet Valdéz Villareal („La Barbie“) er sei nur in Haft, weil er sich geweigert habe, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die Präsident Calderón mit allen „Kartellen“ angestrebt habe. Dazu habe es mehrere Treffen zwischen Exekutive und Vertretern der illegalen Ökonomie gegeben, an denen u.a. der 2012 ermordete General Acosta Chaparro, an einigen aber auch der 2008 bei einem Hubschrauberabsturz umgekommene Innenminister Mouriño teilnahm (Valdéz Villareal 2012).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der von ihm selbst gegründeten Special Force Agencia Federal de Investigación in einem offenen Brief an den Kongress Verbindungen zur „organisierten Kriminalität“ vor. García Luna habe am 19.Oktober 2008 möglicherweise absichtlich seine Autokolonne von einem *capo* stoppen und seine Leibwächter entwaffnen lassen, um sich mit diesem zu Gesprächen zu treffen (AFI zit. in Reveles 2010: 132). Die PGR nahm allerdings auch AFI-Personal wegen angeblicher Verbindungen zum Drogenhandel fest (ebd.: 137). Ein weiteres Beispiel ist der als Hardliner bekannte pensionierte General Julián Leyzaola Pérez, der Ende 2008 in Tijuana Polizeichef der lokalen SSP-Vertretung wurde und diejenigen, die er mit „gebotener Härte bekämpfen“ wolle, als „*mugrosos*“, Feiglinge und „*mujercitas*“ bezeichnete (zit. in Proceso 2011a: 86:1). Bereits seit 2003 warf ihm der Bürgerrat für Öffentliche Sicherheit (*Consejo Ciudadano de Seguridad Pública*) in Baja California, der sich aus Unternehmern und bürgerlichen Organisationen zusammensetzte, Verbindungen zur Organisierten Kriminalität und Beteiligung an einer Massenflucht von Gefängnisinsassen vor (Proceso 2011a, Proceso 2011d). Koalitionen, Bündnisse, neue Operationen und Allianzen veränderten sich sehr häufig und bedeuteten eben nicht, dass es immer Verbindungen zwischen Staat und „Kriminalität“ gäbe: Vor den lokalen Wahlen 2011 traten in Michoacán Dutzende wegen Krankheit, aus persönlichen Gründen und offenbar auf Druck von sogenannten DeFacto-Mächten von ihren Kandidaturen zurück (vgl. Maldonado Aranda 2012: 35).

Verschiedene Medien (Contralínea 2011d, Proceso 2011k) und wissenschaftliche Arbeiten (Kenny/Serrano 2011: 214) beobachten um 2011 einen „paramilitary turn“ des Krieges. Tatsächlich ist die Rede von Paramilitärs in Mexiko problematisch, da der Begriff häufig verwendet wird, aber völlig unterschiedliche, disparate Realitäten beschreibt. Es ist häufig unklar, ob man es mit Gruppen zu tun hat, die kriminelle Netzwerke mit dem Ziel der Aneignung von Ressourcen und Land lokal einbetten, mit Paramilitärs, die andere Kräfte im Sinne der staatlichen Politik verfolgen oder mit legalen *policías comunitarias*. Die Kategorien werden gerade erst geschrieben und müssen, um brauchbar zu sein, genau differenziert werden. Dafür sind die unterschiedlichen lokalen Organisationslogiken wesentlich.

Erstens wurden am 20. September 2011 an einer belebten Straße im Bundesstaat Veracruz die Leichen von 35 Männern gefunden, für deren Tod sich in einem Video eine Gruppe verantwortlich erklärte, die sich Matazetas nannte. Die im Video veröffentlichte Botschaft lautete, man wolle die Zetas und andere Kriminelle auslöschen, respektiere aber die Marine und die Armee und habe sich selbst als ethisches Prinzip Entführungen, Erpressung, Raub und „alles, was das nationale und familiäre Vermögen“ beeinträchtigen könne, verboten. Es war dieses Ereignis, das als medialer Beleg für einen neuen Paramilitarismus in Mexiko galt: Die Matazetas und andere Gruppen legitimierten sich ganz ähnlich wie die kolumbianischen Paramilitärs mit der Untätigkeit oder ‚Unfähigkeit‘ des Staates, effektiv gegen ‚Kriminelle‘ vor-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zugehen, sahen sich aber zugleich als seine Verteidiger, dessen Legitimität sie als objektives Gut voraussetzten. Einerseits nährte der Verdacht, die im Video Auftretenden könnten selbst staatlich-militärisch ausgebildet sein, die Vermutung, es könne sich um paramilitärische Gruppen mit Verbindungen zu oder jedenfalls mit gemeinsamen Interessen mit staatlichen Kräften handeln. Andererseits schürten Aussagen von Angehörigen diese Sorge, einige der gefundenen Toten seien von Polizisten verhaftet worden (Contralínea 2011d). Damit wäre noch einmal die Zusammenarbeit von Polizei und offen kriminellen Gruppen belegt (vgl. u.a. HRW 2013). Unmittelbar danach, am 04. Oktober, begann die Regierung mit dem sogenannten Plan Veracruz Seguro (Operativo Conjunto) unter Befehl der Marine und verkündete, auch diejenigen als ‚Kriminelle' zu bekämpfen, die Selbstjustiz übten: Anfang Oktober erfolgte die Festnahme von acht Verdächtigen, die sich laut SEMAR selbst als Matazetas bezeichneten und nach deren Aussage in Veracruz/Boca del Río weitere 32 Tote gefunden wurden; die offizielle Darstellung veränderte sich mehrmals (Proceso 2011j). Im Dezember 2011 entließ schließlich die Stadt (Puerto) Veracruz alle ihre 900 Gemeindepolizisten (ICG 2013: 26).

Zweitens sind staatlich organisierte, außerhalb der Register agierende Strukturen seit den Zeiten der repressiven PRI-Herrschaft nicht verschwunden: In der Tat bildeten nach Medienberichten bereits in der turbulenten Situation um den Amtswechsel 2006 staatliche Stellen eine Art para-militärische Gruppe aus, die der Agencia Federal de Investigación (AFI) unterstellt waren und mit der Sexta Brigada de Infantería Ligera zusammenarbeiteten (La Jornada 2006b). Dabei spielten in einigen Fällen Konflikte zwischen einem indigenen Begriff von *territorio* und der Aneignung von Räumen eine Rolle: So konstatierte ein Interviewpartner einen Prozess der Paramilitarisierung und bezog die Existenz paramilitärisch organisierter Gruppen auf räumliche Kontrollstrategien des Militärs über Regionen, in denen überwiegend Indigene leben: Solche Akteure nutzten die Produktion von Angst offenbar für das Aufbrechen kommunitärer Strukturen. Paramilitärs und andere Gruppen seien dabei ausführende Kräfte, von staatlichen Streitkräften ausgebildet (IV 5:37). Die Kategorie *race* spielte hier offenbar eine Rolle dafür, von Gewalt, Verschwindenlassen oder Vergewaltigungen betroffen zu sein. Indigenen Bevölkerungssegmenten wurde weniger staatlicher Schutz zuteil; sie wurden gleichsam „als gefährliche Klasse wahrgenommen, die das Gesetz nicht schützen sollte" (Vilhena Vieira 2011: 37).[147] Im Fall des Verschwindens des Mixteco Manuel Ponce Rosas in Guerrero bezogen sich Drohanrufe direkt darauf: „Mach keinen Unsinn […] Das passiert ihm, weil er die Indios verteidigt" (Contralínea 2009: 16). Die chiapanekische Organisation der EZLN-nahen Abejas-Gemeinden wies seit 2009 mehrmals auf die Existenz sehr aktiver paramilitärischer Gruppen mit einer klaren Einschüch-

147 Etwa im Fall der Vergewaltigung von Valentina Rosendo Cantú durch Soldaten oder im Fall der Massaker von Ayutla in Guerrero (vgl. La Jornada 2007c).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

terungsfunktion hin und kritisierte vor allem, dass der Oberste Gerichtshof 2009 69 zum Teil geständige Paramilitärs freisprach, die am Massaker von Acteal 1997 beteiligt gewesen waren. Nur sechs Personen waren 2013 noch in Haft (Abejas de Acteal 2013).

Der Begriff Paramilitarismus tauchte in Mexiko drittens dann auf, wenn es um Eliteeinheiten des Militärs ging, die desertieren und als Gewaltunternehmer in der illegalen Ökonomie tätig wurden (s. Kap. IV). Klarheit über die zwischen 2000 und 2006 desertierten Elite-Soldaten und deren Aufstieg in der illegalen Ökonomie als Zetas verschaffte die Regierung nie; eher schien es, als diente dieser Sachverhalt für widersprüchliche Aussagen über Bedrohungsszenarien (vgl. La Jornada 2011h). Währenddessen suchte die USA sich von dem Vorwurf zu distanzieren, man habe mit den Trainings für GAFE-Eingreiftruppen selbst die gewalttätigsten Kartelle ausgebildet (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2009a). Bedenkt man, dass in den Eliteeinheiten die Desertionsrate noch wesentlich höher liegt als im Rest der Armee (ca. 1000 GAFEs sollen desertiert sein), so wird deutlich, dass der mexikanische Staat diesen mit der illegalen Wirtschaft verbundenen *sicarios* mit militärischer Ausbildung selbst den Boden bereitete (vgl. u.a. IV 9, IV 2, Astorga 2007).

Viertens existieren seit etwa 17 Jahren *policías comunitarias*. Sie sind legal durch ILO- und UNO-Verträge legitimiert und in Guerrero verfassungsrechtlich konstituiert, in ihren Selbstbeschreibungen eher emanzipatorisch ausgerichtet, leisten unbezahlten Sozialdienst und haben sich u.a. aus langfristigen indigenen Organisationsprozessen wie der Coordinadora Regional de Autoridades Comunitarias (CRAC) und Forderungen nach der Einhaltung grundlegender Menschenrechte ergeben.[148] Sie sind wiederum Ausdruck der *sociedad abigarrada* (Zavaleta 2009a). Die entsprechenden Organisationsprozesse lehnten eine engere Kooperation mit Armee oder Ausbildung vom Staat bisher ab, um ihre eigentliche selbstbestimmte Funktion – von indigenen Gemeinden bestimmt statt vom Staat – zu wahren (ICG 2013; vgl. Mijangos Leal 2013). In einem regionalen Kontext, in dem historisch der Staat für diese Teile der Bevölkerung häufig selbst Unsicherheit produzierte, bezog sich ihr Sicherheitsbegriff auf ökonomische Unsicherheit, sicheren Zugang zu Wasser, *territorio*, Gesundheitsversorgung und unabhängige politische Organisationsprozesse. Die Regierung Calderón schrieb diesen autonomen, historisch und sozial verankerten Gruppen antistaatliche Tendenzen zu und benutzte für sie den Begriff der *autodefensas* (ebd.; vgl. Reveles 2013), der durch den Bekanntheitsgrad der kolumbianischen AUC mit Paramilitärs in Verbindung gebracht wird. Gegen Ende der

148 Die indigenen *policías comunitarias* sind keineswegs illegal, sondern international durch den ILO-Vertrag 169, den Art. 2 der mexikanischen Verfassung und durch das Gesetz über Indigene Rechte und Kultur (*Ley de Derechos y Cultura Indígena*) legitimiert und sollen komplementär zu staatlichen Einheiten auf lokaler Ebene Sicherheit und Justiz unterstützen, unterliegen aber wenig klaren Regulationen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Amtszeit Calderóns erfuhren die *policías comunitarias* einen massiven Expansionsprozess, bei dem sich Widersprüche ergaben, die noch nicht völlig absehbar sind. Marine-Einheiten verhafteten 2013 die Sprecherin der *policías comunitarias* der Gegend um Olinalá in Guerrero, Nestora Salgado, die sich im Oktober 2012 der CRAC anschlossen. Zuvor hatte Salgado (2013) in einem Interview der Regierung vorgeworfen:

„Ich habe keine Angst vor den sicarios oder der Organisierten Kriminalität, ich habe Angst vor der Regierung, dass die Regierung mich verschwinden lässt, und wenn ich eines Tages verschwinden sollte, dann ist es natürlich die Regierung, die mich töten wird [...] Sie sind es, die uns angreifen [...]Die Stadtverwaltung, die Armee, die Marine. Ich fühle mich von ihnen verfolgt, unsere Polizei wird von ihnen gejagt."

Tatsächlich stehen diese Gruppen meist in einem Spannungsverhältnis mit dem kapitalistisch geprägten mexikanischen Staat und der entsprechenden Regierungslogik, beziehen sich aber zugleich auf staatliche Gesetze.

Fünftens sind Ende der Amtszeit Calderóns *autodefensa*-Gruppen entstanden, die sich selbst so benannten und sich von den *policías comunitarias* stark unterschieden. Diese Gruppen konstituierten sich nicht aus einer indigen-autonomen, grundlegend staatskritischen Logik und langfristigen kommunitären Prozessen, sondern eher aus Allianzen von Unternehmern und agierten strukturell herrschaftsaffirmativ. Sie unterschieden sich aber zugleich von paramilitärischen Gruppen wie den o.g. Matazetas. Nach eigenen Aussagen bekämpfen sie das „organisierte Verbrechen", da der Staat diese Aufgabe nicht ausfülle (Videointerview mit *autodefensa*-Vertreter in Tepalcatepec AristeguiNoticias 2013).[149] Der Drogenhandel habe die lokalen Unternehmer bisher nie unter Druck gesetzt, sondern man sei getrennt seinen Geschäften nachgegangen. Als sich in der illegalen Ökonomie Michoacáns Brüche ergaben, hätten die neu entstehenden kriminellen Gruppe Caballeros Templarios den örtlichen Viehzüchtern und Unternehmern in einem Treffen zugesichert, das Arrangement beizubehalten und sich ausschließlich im Drogenhandel zu betätigen. Doch Vertreter der Caballeros Templarios hätten nun nicht nur von allen – von informellen Verkäufern bis zu Unternehmern und großen Viehzüchtern – Abgaben

149 In Guerrero haben sich aus der ursprünglichen *policía comunitaria* heraus 2012/2013 um die Zeit des Regierungswechsels neue bewaffnete Kräfte (UPOEG) entwickelt und abgelöst. Sie treten nun auch in Gegenden Guerreros als Polizei auf, in denen in den 1970er Jahren Paramilitarisierungsprozesse stattfanden. In Guerrero existieren außerdem Policías Ciudadanas y Populares, die Bürgermeister und Gemeindepolizisten absetzten und deren Verbindungen zu kriminellen Netzwerken bekämpften. Zu diesen lokal unterschiedlichen Gruppen und zu ihrem Verhältnis zum Staat gibt es bisher sehr wenig verlässliche Information (vgl. Mijangos Leal 2013; Reveles 2013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verlangt,[150] sondern zudem seien Mittelklassen und herrschende Fraktionen mehr und mehr von Morden und Vergewaltigungen betroffen gewesen. Eine Koalition aus wohlhabenderen lokalen Unternehmern, Viehzüchtern, Taxifahrern und Lehrern habe daraufhin eine Selbstverteidigungsgruppe gegründet und mehrere Caballeros Templarios dem Militär zur Überstellung an die staatliche Ermittlungseinheit übergeben, die sie am selben Tag wieder entlassen habe. Deshalb habe sich die *autodefensa* bewaffnet (zit. in Milenio 2013). Dieser Diskurs ähnelt dem paramilitärischen Diskurs in Kolumbien – Unternehmer stellten hier ebenfalls Forderungen an den Staat und argumentierten, sie seien wegen dessen Untätigkeit gezwungen gewesen, sich zu bewaffnen. Doch der gesellschaftliche Kontext ist ein anderer. Offenbar ist die Koexistenz von Militär und *autodefensas* ambivalent und angespannt, und in der deutlichen Kritik an der Armee liegt der größte Unterschied zum kolumbianischen Kontext: Der seit 2006 parallel ablaufende Militäreinsatz habe wenige Festnahmen und keinen Rückgang der Gewaltraten gebracht: „Die haben nie jemanden festgenommen und behaupteten, sie fänden die narcos nicht, aber wir haben sie täglich mit ihnen zu Mittag essen sehen." (AristeguiNoticias 2013).

Der *autodefensa*-Vertreter warf dem Militär nicht nur Untätigkeit, sondern „bis ins Verteidigungsministerium" Verstrickung mit der illegalen Ökonomie Michoacáns vor (ebd.).[151] Wie unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte solche Selbstverteidigungs-Gruppen einschätzen, ist bisher kaum seriös zu beurteilen. Zugleich scheint es Bemühungen von staatlicher Seite zu geben, diese Gruppen in den staatlichen Sicherheitsapparat einzubinden und evtl. zu kooptieren: Im Wissen um eine (umstrittene) vereinbarte Integration und Institutionalisierung der *autodefensa*-Gruppen in legale „Ländliche Verteidigungsorgane" Anfang 2014 (Animal Político 2014) erscheinen sie jedoch stärker herrschaftsaffirmativ, als ihr voriger Diskurs es vermuten ließ. In welchen Gemeinden diese *autodefensas* tatsächlich kriminelle Netzwerke bekämpfen und in welchen sie möglicherweise mit ihnen verbunden sind, hängt tatsächlich vom lokalen, nicht einmal regionalen Kontext ab.

150 Viehzüchter hätten bis zu 1.000$ pro verkauftem Rind gezahlt, Tortilla-Hersteller und Metzger seien belangt worden: „Nur mit diesen drei Branchen nahmen sie jeden Monat 30 Mio. Pesos ein, zusätzlich zu der Steuer, die sie manchen Familien auferlegten, die zwischen 10 und 20.000 im Monat abgeben sollten […]. Sie hatten schon die Meter zwischen unseren Häusern abgemessen, denn wir sollten ihnen pro Quadratmeter unserer Häuser Abgaben zahlen; sie hatten uns schon 500 Pesos pro Auto auferlegt und alle Kinder, vom Kindergarten bis zur Oberschule, mussten jeden Montag 20 Pesos abgeben." (Interview in AristeguiNoticias 2013).

151 Wiederum schien die Tatsache, dass *autodefensa*-Mitglieder im Mai 2013 sogar eine Armeeeinheit mehrere Stunden festsetzten, die ‚Schwäche' des Staates und die Notwendigkeit, mehr Truppen zu entsenden, noch zu unterstreichen (vgl. Reveles 2013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Möglicherweise ließe sich in diesem unübersichtlichen Kontext nicht nur von einer Dezentralisierung (Franco Restrepo 2009), sondern sogar einer Verschiebung der Gewaltfunktion auf die lokale Ebene sprechen, die neue Kooperationen/ Ambivalenzen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren hervorrief und zuweilen die Akkumulationssicherungsmacht des Staates (Hauck 2004a) noch stärkt: Tatsächlich ist es nicht übertrieben, eine gewisse Funktionalität des Krieges festzustellen, dessen diffus, ‚kriminell' erscheinendes Gewaltszenario politisch motivierte Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidigern verschleierte. Doch der Sachverhalt ist ambivalent, denn funktional ist das Gewaltszenario nicht, wenn es die Basis staatlicher Herrschaft letztlich untergräbt. „Ironischerweise", konstatierten Menschenrechtsorganisationen in einem Bericht an die UNO 2011 (CMDPDH et al. 2011: 18), seien gerade infolge der Strategie der Regierung „das Gewaltmonopol wiederherzustellen", alte Regulationsmodi aufgebrochen, die auf politischen Vereinbarungen und der selektiven Umsetzung von Gesetzen beruhten. Die staatliche Strategie habe die in diesen Machtverhältnissen implizierte Gewalt freigesetzt. Dieser Krieg wird nicht gewonnen, sondern auf Dauer gestellt. Es ist also wahrscheinlich, dass illegale Märkte und Kriminalität als Resultat der Entsendung von Militär reorganisiert wurden und nicht umgekehrt (vgl. Escalante Gonzalbo 2012: 44). Zusätzlich wirkten die parallel zum offiziellen Staat laufenden Instanzen tendenziell herrschaftsaffirmativ und aufrechterhaltend. Die gleiche Ambivalenz, die in der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und organisierter Kriminalität einerseits und deren teilweiser Bekämpfung andererseits aufscheint, spricht für die Heterogenität und die Präsenz widersprüchlicher Strategien innerhalb des Staates (vgl. Poulantzas 2002: 270).

V.3.4 Gesetzliche Festschreibungen: Das Gesetz Nationaler Sicherheit

Das Projekt, mittels staatlicher Gewalt eine bestimmte Ordnung durchzusetzen, forcierte parallel keineswegs den Ausbau einer tatsächlich demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionalität. Allerdings ist in Mexiko ohnehin die Diskrepanz zwischen einem Diskurs von Rechtsstaatlichkeit und der Realität einer höchst selektiven Strafverfolgung historisch bekannter Allgemeinplatz. Dennoch suchte die Regierung Calderón mit mehreren Gesetzen einen Wandel rechtlich fortzuschreiben, den die Regierung Fox mit Verschärfungen des Strafrechts eingeleitet hatte. Auch wenn die beobachteten staatlichen Praktiken im Politikfeld Un-/Sicherheit über die rechtlichen Festschreibungen hinausgingen und die tatsächliche Machtausübung extralegal und informell veränderten (vgl. Poulantzas 2002), ist es sinnvoll, das Ringen um

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gesetzgebungsprozesse und die unterschiedlichen daran beteiligten Kräfte zu untersuchen.

Die Grenzen zwischen Öffentlicher und Nationaler Sicherheit blieben rechtlich unklar (s.o.). Wohl aber änderte der Kongress bereits 2004 den Verfassungsartikel 89, entzog sich damit selbst die Verantwortung über die „Nationale" Sicherheit und schrieb sie dem Präsidenten zu (vgl. Roux 2011: 78). Während das Gesetz 975 in Kolumbien die paramilitärischen Gruppen von strafrechtlicher Verfolgung auszunehmen erlaubte, verschärften die mexikanischen Strafrechtsreformen (ähnlich dem in Kolumbien gescheiterten Terrorismus-Statut) die Kompetenzen der Umsetzungsorgane und weiteten die Definitionen des Strafrechts aus: Die Reform des Código Penal von 2007 ersetzte den Begriff „Öffentliche Sicherheit" durch „Nationale Sicherheit" und definiert bereits als „Terroristen", wer

„Akte gegen Personen, Sachen oder öffentliche Dienstleistungen verübt, die Sorge, Furcht oder Terror in der Bevölkerung oder in einer Bevölkerungsgruppe auslöst, um die Nationale Sicherheit anzugreifen oder die Autoritäten unter Druck zu setzen, eine Richtung einzuschlagen." (zit. in Rodríguez Rejas 2010a: 232).

Die Reform ließ vielfältigen Interpretationsspielraum; unter die Definition können auch soziale Proteste fallen. Es blieb z.B. unklar, ob die Blockade von Straßen und andere Mobilisierungen bereits als Bedrohung definiert sein und damit ebenfalls 6 – 40 Jahre Haft nach sich ziehen könnten (zit. in ebd.: 232).

Ganz wesentlich ist es, dass die Verfahrensregeln zur Wahrung von Rechten geschwächt wurden – denn den Genuss von grundlegenden Rechten nahmen staatliche Stellen ja als Schutz von ‚Kriminellen' wahr: Scheiterte die Regierung Fox 2004 noch mit einer Strafrechtsreform, ermöglichte die weit durchgreifendere verfassungsrelevante Gesetzesinitiative der Exekutive 2007 ohne nennenswerten Widerstand im Kongress, die Figur des *arraigo*, also die präventive Festnahme (CMDPDH et al. 2011: 23) rechtlich zu verankern. Zwar sollten nur bestimmte Richter, sogenannte *jueces de control*, diesen in Ausnahmen anwenden; doch faktisch waren Umsetzungsanweisungen praktisch nicht vorhanden. Richter vergrößerten immer wieder die Reichweite der Figur und stützten damit das Vorgehen des Militärs, das den *arraigo* als fast alltägliche Praxis nutzte. Insofern wurden immer wieder Personen ohne Gerichtsverfahren auf Militärbasen festgehalten und zudem gefoltert (ebd.: 23; vgl. CMDPDH 2009). Demokratische und grundlegende Menschenrechte setzte der Staat immer wieder aus; die staatliche Gewalt schränkte gesellschaftliche Praktiken wie Mobilität in bestimmten Gebieten ein und trug zum Eindruck von Terror bei. Die entgrenzte Kriminalität galt als Übel, das der Staat gewaltvoll zu bekämpfen hatte. Eine Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Judikative erscheint in diesem Kontext nur noch als Farce (vgl. Poulantzas 2002: 257); ein Ausnahmezustand wurde aber nicht erklärt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Für die gesetzliche Absicherung staatlicher Praktiken war die Definition, wer als „organisiert kriminell" galt, entscheidend: Das Gesetz gegen Organisierte Kriminalität (*Ley Federal Contra la Delincuencia Organizada*) gibt es bereits seit 1996 (letzte Reform 2012). In Art. 2 heißt es bereits zum *arraigo*:

„Wenn drei oder mehr Personen sich organisieren um permanent oder immer wieder Verhaltensweisen zu tätigen, die allein oder im Zusammenspiel mit anderen das Ziel oder Ergebnis haben, eine oder mehrere der folgenden Straftaten zu verüben, werden diese für den einzelnen Sachverhalt als Mitglieder der Organisierten Kriminalität bestraft." (Cámara de Diputados (Diario Oficial Federal Estados Unidos Mexicanos) 2012a: Art 2).

Die im Gesetz gegen Organisierte Kriminalität genannten Straftaten umfassen ‚Terrorismus', Waffenhandel, Menschenhandel (Menschen ohne Papiere), Organhandel, Menschenhandel (ebd.); Das Gesetz ermöglichte den *arraigo* mit ausdrücklichem Bezug auf diese Definition (ebd. Art.12). Wieder sind die Konzepte unscharf, so etwa die Minimaldefinition der „Organisierten Kriminalität", die „wiederholt, kontinuierlich und bewusst strafbare Praktiken" einsetze (vgl. Escalante Gonzalbo 2012: 42). Damit müssten eine Vielzahl an Unternehmen mit einbezogen werden, die alltäglich Steuern hinterziehen oder Preisabsprachen treffen (Contralínea 2008). Art 11/11bis erlaubten die „Infiltrierung von Geheimdienstlern", Art 16 erlaubt das Abhören/Abfangen privater Kommunikation jedweder Art „mündlicher, schriftlicher Art, über Zeichen oder die Nutzung elektronischer, mechanischer kabelloser Apparate, Informatiksysteme, oder über jedes andere Mittel oder Art" (zit. in Rodríguez Rejas 2010a: 394). Dies sicherte beispielsweise die bereits bestehenden Abhörpraktiken des CISEN rechtlich ab. Art. 15 ermöglichte ein wesentlich schnelleres Ausstellen eines Haftbefehls ohne schriftlichen Antrag (Rodríguez Rejas 2010b: 10). In den Sicherheitsgesetzen und Reglementarien für die Polizei spielte die Informationsermittlung aus der Gesellschaft über Informantennetzwerke eine wichtige Rolle (Rodríguez Rejas 2010a: 399): U.a. legte die PGR in Mexiko unter Calderón ein Programm auf, Informanten wie in Kolumbien finanziell zu belohnen (*recompensas*). Allerdings wurden in der Regierungszeit zwischen 2006 und 2012 immer wieder Anklagen erhoben, die später fallengelassen wurden oder konstruiert waren: Die Zeitschrift SinEmbargo (2012) sprach von einer „Zeit der Inszenierungen". Insofern erschwerten diese Reformen es Basisorganisationen, zu mobilisieren: Obwohl in der mexikanischen Verfassung die Unschuldsvermutung existiert, gilt in der Praxis im mexikanischen Justizsystem die Schuldvermutung, so dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Kräfte eine doppelte Last tragen: Sie müssen ihre eigene Unschuld ebenso beweisen wie die Tatsache, dass staatliche Kräfte ihre Rechte verletzt haben (HRW 2011: 11). Die Informanten aus den recompensa-Programmen konnten außerdem anonym Anzeige erstatten: Immer wieder berief sich die PGR in Festnahmen auf anonyme Zeugen mit Alias-Namen (vgl.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sin Embargo 2012). Die Regierung Calderón vergrößerte die Reichweite der Gesetze, und der Kongress modifizierte beide Gesetze immer wieder – das Gesetz gegen die Organisierte Kriminalität 2007, 2009, 2010, 2011 – häufig in Reaktion auf Ereignisse, die für Medieninteresse gesorgt hatten.

Diese Art Strafrecht implizierte allerdings, dass möglicherweise nicht alle Mitglieder der Gesellschaft als Mitglieder der Gemeinschaft anerkannt werden, und verteilte damit den Genuss grundlegender Rechte ungleich (vgl. hierzu CMDPDH et al. 2011). Zugleich hatte Mexiko 2010 eine Gefängnispopulation von 222.330 bei ca. 110,9 Mio. Einwohnern (eine Rate von 200/100.000 Einwohnern, die über dem Weltdurchschnitt, aber weit unter der Quote der USA von 743/100.000 lag); 2003 lag diese noch bei 156/100.000 (ICPS 2010: 3; Home Office 2003: 3 (Walmsley, Roy)). Die Gefängnispopulation war schon während der Fox-Administration massiv angestiegen, nicht der „Krieg gegen die Drogen" Calderóns führte zu diesem Wachstum.[152] Doch nur 22% der Einsitzenden bekamen laut der Mexikanischen Menschenrechtskommission CMDPDH (ebd.: 28) ein vollständiges Gerichtsverfahren. UNDP (2013: 8) weist nach, dass die meisten Gefängnisinsassen in Mexiko Menschen sind, die einen prekären Lebensunterhalt mit Straftaten wie Raub aufbesserten. Die (einsitzenden) Klein-Dealer sind wie die Konsumenten der Abfallprodukte der Drogenproduktion und Transitökonomie auf den untersten Stufen der sozialen Klassifizierung angesiedelt. Dies legt nahe, dass der Staat Teilen der Gesellschaft Rechte vorenthielt (und zwar klassenbasiert, rassistisch und geschlechtsspezifisch selektiv). Die Verschärfung des Strafrechts und die militarisierte Bekämpfung von Kriminalität trugen daher paradoxerweise dazu bei, im Verhältnis Staat und Gesellschaft permanent die privilegierte Stellung der Gewaltakteure zu reproduzieren, die Einfluss auf einzelne staatliche Stellen ausüben konnten. Sie traf diejenigen kaum, die durch Verquickungen von Staat, informellen Machtzentren und illegalen Akteuren ohnehin von Verfolgung ausgenommen waren.

Im Jahr 2009 jedoch scheiterte Präsident Calderón mit dem Vorschlag, in mehreren Staaten den Ausnahmezustand auszurufen, um u.a. die rechtlichen Schutzmechanismen für die Armee auszuweiten. Die Kritik der Parteien PRI und PRD bremste den Vorschlag aus.[153] Ausgangspunkt für die Blockade der Regierungspolitik durch PRD und PRI war die als *michoacanazo* bezeichnete Operation Ende Mai 2009 (Kenny/ Serrano 2011: 205, Contralínea 2012b): Bewaffnete Kräfte des Bundes stürmten den Gouverneurspalast in Michoacán und nahmen 38 Staatsbedienstete, Bürgermeister und Lokalpolitiker (meist PRD-Mitglieder) fest, ohne den Gouver-

152 2006, bei Amtswechsel, lag die Quote in Mexiko bei 207 (ICPS 2006: 3).

153 Dass sich die PRI nach der langen Zeit des von Straflosigkeit getragenen Staatsparteiensystems einen kritischen Diskurs zu Straflosigkeit aneignete, ist wohl nur strategisch zu verstehen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

neur (PRD) informiert zu haben.[154] Aus Mangel an Beweisen wurden alle nach über einem Jahr freigelassen. In der Folge dieser Brüche konnte die Regierung Calderón kaum eine ihrer Gesetzesinitiativen mehr durchsetzen: Von 624 im Jahr 2009 eingebrachten Gesetzesinitiativen wurden acht (!) verabschiedet, sechs davon bezogen sich auf den Haushalt und waren für ein Weiterarbeiten der Administration notwendig (Kenny/Serrano 2011: 206). Das Jahr 2009 – in dem Mexiko zusätzlich von der Wirtschaftskrise der USA erfasst wurde (vgl. Sterr 2009) – könnte daher eine Art Wendepunkt darstellen, ab dem das politische Projekt der Regierung innerhalb der weiteren herrschenden Fraktionen jede konsensuale Basis verlor. Das Fehlen des Konsenses geht soweit, dass nicht nur zwischen der Regierung und den anderen Parteien und der Gouverneursebene Kämpfe aufbrachen, sondern tiefe Spaltungen innerhalb der rechtskonservativen PAN entstanden und diese 2013 jede Chance auf einen Wahlsieg verloren hatte. Noch 2008 war eine Spaltung zwischen ultrarechten Strömungen in der unternehmensnahen PAN kaum wahrscheinlich erschienen, nachdem der klerikal-rechts orientierte ‚Yunque' Calderóns Wahlsieg nach anfänglichen Konflikten mittrug (vgl. IV1). Mit den Zwischenwahlen 2009 verstärkten sich allerdings die Konfrontationen zwischen mehreren ultrakonservativen Fraktionen in der PAN so, dass von politischen Morden, Drohungen und „Machtmissbrauch" zum Ausschalten von Rivalen die Rede war. Die zunächst mit zweckmäßigen Absprachen beendeten Eskalationen zwischen Präsident Calderón (traditionelle PAN) und dem ehemaligen Vorsitzenden des PAN-Exekutivkomitees Manuel Espino (Vertreter einer als extrem rechts zu bezeichnenden Strömung (vgl. Delgado 2003, Contralínea 2011a)) fanden letztlich im Parteiausschluss Espinos im Jahr 2010 durch die PAN in Sonora ihren Ausdruck (Proceso 2012d).[155] Faktisch änderten die Konflikte an der umgesetzten Politik zunächst nicht viel. Dennoch verkündete der Präsident 2010 eine neue „Nationale Sicherheitsstrategie" und berief „Sicherheitsdialoge" mit den entsprechenden Apparaten und Gouverneuren ein, nachdem der Gouverneurskandidat für Tamaulipas, Torres Cantú (PRI), ermordet worden war (Presidencia de la República 2010). Die Suche nach Dialog wurde deutlich.

154 Der Halbbruder des Gouverneurs ist seit 2010 wegen Verbindungen zum Drogenhandel angeklagt und flüchtig (vgl. Astorga 2007; Kenny/Serrano 2011: 205). Obwohl tatsächlich eine enge Verbindung zwischen Politik und Illegaler Ökonomie in Michoacán möglich war, wurde die Entscheidung, nur in Michoacán und nicht in allen regionalen Regierungen dagegen vorzugehen, als politische Verfolgung gewertet.

155 Espino nannte seine Gegner innerhalb der PAN, um Calderón, „*capos*", disqualifizierte sie also als Kriminelle. Es gebe mindestens drei Fälle von politischen Morden an PANistas, für die laut Ermittlungen PANistas selbst verantwortlich seien. Ein Abgeordneter der Kammer für Campeche behauptete ebenfalls, „wir Panistas töten uns gegenseitig (*los panistas nos matamos entre nosotros*)." (Proceso 2012d).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vor allem mit der wachsenden Kritik am militärischen Programm wurden die Diskussionen um die Kompetenzen der Streitkräfte zum heiklen Thema. Offensichtlich waren inzwischen vereinzelt Mitglieder herrschender Klassenfraktionen und höhere Staatsbedienstete von der Gewalt betroffen, die Calderón zu bekämpfen versprochen hatte. Reaktion auf die Kritik war ein widersprüchlicher Kurs über Ausnahmezustand, Aufgabenbereiche des Militärs und Militärgerichtsbarkeit. Zwischen 2000 und Ende 2008 wurden gerade 32 Militärs wegen Straftaten gegen Zivilisten schuldig gesprochen (AI 2009: 9). Etwas Wirkung zeigte ein Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs (CIDH) zur Vergangenheit: Der CIDH verurteilte den Staat Mexiko 2009 wegen des Verschwinden lassens Rosendo Radillas von 1974. Zwar überprüfte Mitte 2009 das Oberste Gericht (Suprema Corte de Justicia)[156] die Kompetenzen der Militärgerichtsbarkeit im 1933 per Dekret[157] erlassenen Código de Justicia Militar. Das Gericht erklärte sich dann aber nicht zuständig dafür zu entscheiden, ob es ausreichend sei, Verbrechen von Militärs vor Militärgerichten zu verhandeln (vgl. Kenny/Serrano 2011: 212). Angesichts dieses internationalen Drucks schlug die Exekutive 2010 selbst vor, das Gesetz zu ändern, kam aber wieder dem Militär entgegen: Fälle von extralegalen Hinrichtungen, illegalen Festnahmen und Hausdurchsuchungen erklärte sie weiter zur Zuständigkeit von Militärgerichten. Nur sexualisierte Gewalt, Verschwindenlassen und Folter nahm sie aus, doch weiterhin sollten Militärgerichte ermitteln und die Art des Straftatbestands feststellen (CMDPDH et al. 2011: 25). Die Regierung blieb dabei, dass Menschenrechte für ‚Kriminelle' nicht galten (vgl. IV General Villa Aristegui 2011a).

Das Ringen um das Gesetz für Nationale Sicherheit (Ley de Seguridad Nacional), das die Regierung schon Anfang 2009 einbrachte, mit dem sie letztlich aber scheiterte, machte weitere Brüche zwischen den Partei-, aber auch Klassenfraktionen deutlich. Vor allem 2011 sorgte es für kritische Öffentlichkeit (u.a. La Jornada 2011i, La Jornada 2011j). Zwei Diskurse sind dabei zu unterscheiden: Während die Regierung argumentierte, das Gesetz gebe der Militärintervention einen rechtlichen Rahmen, kritisierten andere, das Gesetz legalisiere Verbrechen und Misshandlungen und sichere das Militär vor rechtlichen Konsequenzen und zukünftigen Strafanzeigen ab. Besonders das Militär selbst hatte einen solchen rechtlichen Rahmen gefordert – ähnlich wie in Kolumbien. Die Gesetzesinitiative sah u.a. basierend auf

156 In Mexiko existiert kein eigenes Verfassungsgericht.

157 Dass damals ein Dekret ausreichte, um diesen Bereich der Gerichtsbarkeit zu regeln, erklärt die Menschenrechtsorganisation Centro ProDH (2009: 51f.) damit, dass sich bereits damals die aus den Revolutionskämpfen entstandenen Militärkräfte Spielraum und Autonomie erarbeitet hatten. Die Umsetzung widersprach dem Art. 13 der Verfassung, der die Militärgerichtsbarkeit ausschließlich auf Militärs selbst bzw. Straftaten untereinander bezog. Nur der der Verfassung nachgeordnete Codigo Militar bezieht alle Straftaten mit ein, die ein Militär im Dienst begangen haben könnte (ebd.: 22).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem Begriff der Inneren Sicherheit[158] vor, dem Kongress die Entscheidungsmacht darüber zu entziehen, den Ausnahmezustand auszurufen (vgl. Contralínea 2010c): Die Exekutive sollte allein über einen Ausnahmezustand entscheiden können, in dem sie grundlegende Rechte aussetzen konnte. Art. 81 verpflichtete die Bevölkerung zur Weitergabe von Informationen, die staatlichen Stellen nützlich sein könnten, und zur Zusammenarbeit in militärischen Ermittlungen, erlaubte anonyme Informanten und „jedwede Methode zur Informationsbeschaffung" (Rodríguez Rejas 2010a: 402). Jeder Gouverneur oder Bürgermeister sollte das Eingreifen der Streitkräfte erbitten können, wenn die lokale Regierung eine Bedrohung durch Unruhen, Aufstände oder jede andere „Störung" der Ordnung feststelle (CMDPDH et al. 2011: 24). Sanktionen für mögliche Rechtsverletzungen durch diese Militärs sah die Initiative nicht vor. Just als in Mexiko mehrere H1N1-Infektionen aufgetreten waren, verabschiedete der Kongress die Initiative per Schnellverfahren in die beiden Kammern. Einen Konsens gab es allerdings nicht. 2010 gaben die gemeinsamen Kommissionen für Innenpolitik, Menschenrechte und Nationale Verteidigung (2010) den Entwurf verändert zurück ans Plenum und bemängelten nach öffentlichen Anhörungen, das Reformprojekt vermenge Öffentliche und Nationale Sicherheit, indem es „eine Grauzone aufbaue, in der die Kriterien unklar und lax sind; ein so weites Konzept, dass praktisch alles darunterfallen kann: von Epidemien bis zu sozialen Protesten." Die parallelen Rollen der Armee und der Polizei verhinderte theoretisch ohnehin der Art. 129 der Verfassung. Letztlich nahm der Senat das Gesetz zwar an, und die Kammer gab allgemein grünes Licht, verabschiedete jedoch das Gesetz nie endgültig.

Mit dem Gesetz suchten spezifische gesellschaftliche Kräfte die autoritären Ausprägungen von Staatlichkeit zu konsolidieren, konnten sich aber u.a. wegen der Widersprüche zwischen unterschiedlichen Fraktionen der PRI-Opposition und außerparlamentarischen Protesten letztlich nicht durchsetzen (vgl. IV2:64; IV 9:153-157). Das Sicherheitsgesetz war somit das wichtigste einer ganzen Reihe von Vorhaben, die Calderón nicht umsetzen konnte. Die PRI, innerhalb derer wohl partikulare Interessen eine Rolle spielten, machte sich in ihrer Ablehnung sogar den Diskurs zu eigen, das mexikanische Militär sei für Polizeiaufgaben nicht genügend ausgebildet (La Jornada 2011i), suchte aber ihrerseits mit einer überarbeiteten Gesetzesinitiative das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft „neu zu ordnen" (La Jornada 2011k). Gegen das Gesetz mobilisierten allerdings vor allem neue Akteure, mit denen die Regierung kaum gerechnet hatte: Anders ausgerichtet als die Anti-Entführungsorganisationen (s.o.) gründete sich um den Dichter Javier Sicilia nach dem ungeklärten Mord an dessen Sohn 2011 eine Bewegung, die ein breites Spektrum mobilisieren konnte und aus der Ablehnung des Gesetzes eine zentrale

158 Nationale, Öffentliche und Innere Sicherheit wurden weiterhin nicht klar voneinander abgegrenzt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Forderung machte. Sie verstand sich eher als Vertretung von Angehörigen Verschwundener und Ermordeter aus unterschiedlichen Gesellschaftssegmenten und deren Interessenvertretung, weniger als radikal antikapitalistische Bewegung. Ihre Kritik zog allerdings durchaus eine Verbindung von staatlichen und nichtstaatlichen Menschenrechtsverbrechen zum Wirtschaftsmodell (vgl. Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad 2012a): Tatsächlich ermöglichte die Bewegung – im Unterschied zu anderen regierungskritischen Gruppen – Angehörigen von Verschwundenen, vor allem Müttern, sich als politische Subjekte zu konstituieren und die Unmöglichkeit zu überwinden, über das Erlebte und die entstehende Leere öffentlich zu sprechen (IV02, eigene Gespräche 10/2012). Sie schufen sich mit der Organisation einen Raum politischer Organisation, des Protests und des Zusammenhalts. Die Anerkennung und „Sichtbarmachung" von Opfern als solche spielte dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle – gerade angesichts des offiziellen Diskurses über ‚die Kriminellen'. Dies verdeutlichen Positionspapiere und viel rezipierte Reden Sicilias:

„Zuerst, ganz fundamental, kommt das Sichtbarmachen der Opfer und dieses nationalen Notstands. Die waren weder im Bewusstsein der Leute noch der Politiker." (zit. in ICG 2013: 32; vgl. Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad 2012b).

Viele der Angehörigen seien gerade nicht ‚Kriminelle'; stattdessen forderten sie vor allem die Aufklärung der Verbrechen.[159] Die Bewegung spielte 2011 letztlich durch ihre wachsende mediale Präsenz und massive Mobilisierungen im April, Mai und August 2011 eine zentrale Rolle dafür, dass das Gesetz scheiterte. Allerdings sah sie sich heftig – auch intern – kritisiert, als sie Mitte 2011 einem medial inszenierten „Dialog" mit der Exekutive zustimmte (La Jornada 2011l), obschon Sicilia (2011a, 2011b) den Präsidenten vehement kritisierte.

Letztlich war die gesetzliche Festschreibung des Ley de Seguridad für das Staatsprojekt offenbar nicht notwendig, um die politische Strategie der Regierung weiterzuführen und wurde deshalb angesichts des Widerstands fallengelassen (vgl. IV 2, IV9, IV10). Es hätte v.a. Maßnahmen legitimiert, die faktisch längst Praxis waren, und bezog sich auf bereits rechtskräftige Gesetze.[160] Das Ringen zwischen

159 Das Ausmaß der Unsicherheit wird vorstellbar, wenn eine Frau öffentlich aussagt, innerhalb von drei Jahren in verschiedenen Bundesstaaten vier Söhne verloren zu haben, die nach ihrer Aussage nur legal tätig waren, ohne dass je die Täter ermittelt wurden oder staatliche Stellen Unterstützung signalisiert hätten (eigene IVs).

160 Das Gesetz legitimierte den Nationalen Sicherheitsrat (*Consejo Nacional de Seguridad*) und die zentrale Rolle des CISEN und bezog sich auf das Gesetz gegen ‚Organisierte Kriminalität' (*Ley Federal Contra la Delincuencia Organizada*) und die Terrorismus-Definition des Strafgesetzes.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bewegung, Kongress und Exekutive ermöglichte dagegen den Entwurf eines „Opfergesetzes“, den der Kongress annahm, den Präsident Calderón aber zur Revision zurücksandte (CNN 2012). Inzwischen hat die Bewegung an Bedeutung in der Breite verloren. Die Exekutive konnte dennoch zentrale Vorhaben nicht durchsetzen, und zum Ende seiner Amtszeit sah Präsident Calderón sich immer heftigerer Kritik – durchaus vonseiten städtischer Mittelklassen – gegenüber. Am 23. April 2012 empfahl der Präsident in einem „Protokoll über den Gebrauch von Gewalt“ den Sicherheitskräften einen Schusswaffengebrauch „nur bei ernsthafter Bedrohung“. Dies widersprach zwar seinen Forderungen aus dem Ley de Seguridad Nacional, doch Auswirkungen hatte es kaum (ICG 2013: 34).

Ein Dekret fügte in den Verfassungsartikel 29 im Juni 2011 einen Absatz ein, den man wiederum als Begrenzung des Ausnahmezustands interpretieren könnte (Secretaría de Gobernación/Poder Ejecutivo / Diario Oficial de la Federación 2011): Die grundlegenden Rechte dürften im Ausnahmezustand nicht per Dekret aufgehoben werden. 2012 sprach sich zudem der Vorsitzende der Suprema Corte de Justicia, Minister Cossío Díaz (2012) gegen die Ausweitung der ohnehin weitreichenden Militärgerichtsbarkeit aus, so lange kein Krieg oder Ausnahmezustand erklärt wurde, da es verfassungsrechtlich – technisch – dafür keine Grundlage gebe.[161] In drei zentralen Fällen extralegaler Hinrichtungen durch Militärs sprach die Suprema Corte den Militärgerichten die Kompetenz ab. José Rubio, Bruder des von Nahua ermordeten Nahua Bonfilio Rubio, sagte in diesem Zusammenhang sogar (zit. in Sánchez de Tagle 2012):

„Es ist, als lege das Gesetz einem viele Steinchen in die Schuhe, damit die Opfer es müde werden, ihren Weg des Kampfes um Gerechtigkeit zu gehen. Aber […] heute war ein großer Schritt, heute war es kein Steinchen, sondern in Wirklichkeit ein großer Schritt über einen Felsbrocken.“

An der bestehenden Straflosigkeit änderte dieser Kompetenzstreit zwischen der Judikative und einem Teil der Exekutive insgesamt dennoch wenig. Zudem stellten Teile des Obersten Gerichts tatsächlich infrage, ob die Angehörigen der Ermordeten als Opfer zu bezeichnen seien (ebd.).

Auch mit mehreren Reforminitiativen über die Polizei und mit der Reform der Strafjustiz scheiterte die Regierung letztlich mehr oder weniger. Zwar sollte eine im Juni 2008 durchgesetzte Verfassungsänderung mündliche Gerichtsverhandlungen in das Strafvollzugssystem einbringen und die Bestechung von Richtern erschweren (ICG 2013: 24f.), diese hatte jedoch wenig spürbare Auswirkungen; bis 2011 be-

161 Im Jahr 2000 hatte der Oberste Gerichtshof noch verkündet, eine Erklärung der *suspensión de garantías*, also des Ausnahmezustands, sei rechtlich nicht notwendig, um die Streitkräfte im Inneren einzusetzen (CMDPDH et al. 2011: 24).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gannen nur 8 Bundesstaaten mit der Umsetzung (CMDPDH et al. 2011: 19). Mangels Beweisen erging noch häufiger als zuvor kein Urteil. Faktisch ist eine lange „Untersuchungshaft" dennoch keine Seltenheit (Interview mit Nicolás Hernández zit. in Contralínea 2013c, Sin Embargo 2012). Das Bemühen der Regierung, 2010 mit mehreren Reformprojekten die unterschiedlichen Befehlsebenen der Polizeien auf eine einzige, zentralstaatliche zu reduzieren und als Teil der Sicherheitskräfte des Bundes vollständig neu zu organisieren, scheiterte ebenfalls. Da die Gemeindepolizeien ja als kriminell durchsetzte Struktur galten, versuchte die Regierung sie im Oktober 2010 wenigstens unter Befehl der Landesebene zu stellen und eine Ebene auszuschalten, konnte das Vorhaben im Kongress aber nicht durchsetzen. Auch mit der Policía Federal, die Ergebnis des Ringens darum war, welche staatlichen Institutionen und *scales* die Polizeikräfte kontrollierten (vgl. Kenny/Serrano 2011), konnte die Regierung keine einzelne, zentralisierte Polizei schaffen.[162]

Konflikte zwischen Exekutive und Judikative waren in Mexiko eher auf der diskursiven Ebene angesiedelt und zogen kaum Konsequenzen nach sich: Zwar behauptete Präsident Calderón 2011, es gebe Richter, die die Straflosigkeit beförderten und eng mit „Kriminellen" zusammenarbeiteten:

„Ich kenne, entschuldigen Sie die Ausdrucksweise, die Leier der Richter. Aber ich weiß, dass sie auf der Liste stehen [„*están en la nómina*" impliziert Zahlungen aus der illegalen Ökonomie], ich weiß, wie viel sie bekommen. […] Ich habe zum Beispiel von Richtern erfahren, die Geld bekommen haben oder mit Kriminellen im Dialog stehen und Kriminelle freilassen." (zit. in Proceso 2011i).

Dieser Konflikt war nach einer später veröffentlichten Kritik des Obersten Gerichts (gebe es konkrete Anschuldigungen, solle das Präsidialamt das Gericht doch in Kenntnis setzen) und einem Treffen zwischen Präsident und dem Vorsitzenden des Gerichts offenbar ausgeräumt (ebd.). Daneben kontrollierten höhere Richter offenbar einen parafiskalischen Fond in Höhe von 1,2 Mrd. Pesos aus beschlagnahmten Geldern der „Organisierten Kriminalität", der weder zentralstaatlich kontrolliert noch besteuert wurde und aus dem sich Staatspersonal der Judikative eigene Boni, Fortbildungen u.Ä. auszahlten (Contralínea 2011e).

Für die PGR galt ebenso, dass im Ringen um staatliche Posten häufig der Vorwurf, jemand habe „Verbindungen zur Organisierten Kriminalität", instrumentalisiert wurde: In sehr zahlreichen Fällen richteten sich die Vorwürfe gegen (regional-) staatliches Personal.[163] Besonders der Skandal um die 2005 verhaftete Französin Florence

162 Die folgende Regierung der PRI will das Projekt mit einer zentralisierten Policía Militar wiederholen, damit das Militär in die Kasernen zurückkehren könne (vgl. Hope 2013b).

163 Nicolás Hernándenz Mendoza (ehemaliger Delegierter der PGR in Yucatán) verbrachte z.B. 2 Jahre im Gefängnis, da ihm zwei anonyme Zeugen Verbindungen zu den Zetas

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Cassez, bei dem offenbar Beweise konstruiert, Zeugen manipuliert und der Tatort medienwirksam zugänglich gemacht wurden (für einen Überblick über den Fall Mauleón 2011), verdeutlichte die staatlichen Tätigkeiten über den Rechtsrahmen „hinaus". Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (SSP) und Minister García Luna persönlich wurden für Verfahrensmanipulationen verantwortlich gemacht (ebd.). Diese Phase der montajes (fabrizierter Fälle von Kriminalität) der Jahre zwischen 2006 und 2012 war zumindest scheinbar wenige Monate nach dem Amtswechsel zur PRI (Peña Nieto) beendet: Mehrere Fälle, die besonderes Aufsehen erregt und die geringe Distanz zwischen der Judikative und dem Staatspersonal illustriert hatten, wurden fallengelassen. Rechtliche Figuren wie die des „geschützten Zeugen" aus dem Strafrechtsregime des „Krieges gegen die Drogen" ermöglichten partikulare Interessen über Beschuldigungen zu verwirklichen. Der Staat konstruierte hier ebenfalls ein Feindstrafrecht (Aponte 1999).

Der Einfluss des Militärs übersetzte sich insofern nicht vollständig in zu seinen Gunsten modifizierte Gesetze – das änderte allerdings nichts an den staatlichen Praktiken und an der Funktionsbegründung: Haben sowohl illegale und Gewaltunternehmer wie auch das staatliche Gefüge im engeren Sinn, wie es Astorga (2007: 14) ausdrückt, „aus dem ‚Krieg gegen die Drogen' ihre Daseinsbestimmung" gemacht, so verändert dies auf lange Sicht die institutionellen Selektivitäten des Staates nicht nur, weil der Rückbau dieser bewaffneten Institutionen sehr komplex ist, sondern zudem wird jede menschenrechtliche oder emanzipatorische soziale Initiative erschwert. Teils sanktionierten die bestehenden Gesetze die beschriebenen Gewalttaten nicht nur nicht, weil sie sie als Straftaten nicht vorsahen oder die Institutionen untätig blieben, sondern eröffneten rechtlich ausdrücklich (neue) Spielräume für Aktivitäten, die zuvor als illegal und als Verletzung von grundlegenden Menschenrechten eingestuft, nun aber – in der „Ausnahme"-Situation – doch erlaubt wurden (Abhörungen, präventive Festnahmen, Hausdurchsuchungen). Menschenrechtsorganisationen (CMDPDH et al. 2011: 21) sprachen deshalb von einer „*excepcionalización del derecho*". Gerade mithilfe des Diskurses, man müsse mit allen Mitteln die Sicherheitssituation verbessern, konstruierte der Staat mit Ausnahmeregelungen zu bestehenden Gesetzen breite Parallelspielräume und konstituierte damit faktisch einen institutionalisierten Ausnahmestaat (ebd.: 22): So „positionieren sich staatliche Akteure außerhalb des Gesetzes, während sie vorgeben, die Befolgung von Gesetzen durchzusetzen" (TPP 2012a: 20). Dieser Autoritarismus ist insofern anders als der des Staatsparteienmodells der PRI, der über lange Zeit als Gegenwert das Versprechen auf sozialen Aufstieg beinhaltete. Dies ist gerade angesichts der

vorgeworfen hatten. Er warf der damaligen Directora PGR Marisela Morales vor, ihr sei es ihr um persönliche Vorteilsnahme gegangen, da es außer den Anschuldigungen der Zeugen aus dem Schutzprogramm keinerlei Indizien für ein Vergehen seinerseits gegeben habe. Es sei um persönliche Beschuldigungen gegangen (Contralínea 2013c).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tatsache interessant, dass 2013 – nach der faktischen Ausweitung militärischer Aufgaben – sogar rechtskonservative Kräfte, etwa in Person des ehemaligen Präsidenten Vicente Fox, verstärkt dafür eintraten psychoaktive Substanzen zu legalisieren.

V.3.5 Neue Akkumulationsräume und die Produktion von Un-/Sicherheit

Diskursiv verknüpfte die Regierung Calderón – ganz ähnlich wie die Regierung Uribe – die Notwendigkeit des militärischen Eingreifens eng mit wirtschaftspolitischen Wachstums-, Restrukturierungs- und Investitionsvorhaben, so dass das Thema Unsicherheit praktisch auf alle anderen, besonders aber auf den Bereich der Wirtschaftspolitik übergreift (vgl. Presidencia de la República 2007). Der Abschnitt lotet daher aus, wie der unscharfe Sicherheitsbegriff der Regierung in diesem Feld relevant wurde und weitere staatliche Apparate beeinflusste und für welche gesellschaftlichen Sektoren dies Un-/Sicherheit bedeutete.

Privateigentum, Unsicherheit und der Staat

Bisher wäre es in vielen Teilen Mexikos spekulativ zu behaupten, es vollziehe sich mit dem „Krieg gegen die Drogen" eine vergleichbare gewaltvolle Inwertsetzung von Regionen wie in Kolumbien. Deutlich ist vor allem, dass der „Krieg" einerseits die sozio-ökonomische Unsicherheit breiter gesellschaftlicher Sektoren überdeckte und andererseits die Akkumulationskreisläufe der legalen Ökonomie meist nicht nennenswert beeinträchtigte.[164] Zwar behauptete das mexikanische Statistikamt (INEGI 2013b: 3), die Mittelklassen seien in absoluten Zahlen seit 2000 auf 44 Mio. Menschen gewachsen und mache nun 42,4 % statt 38,4 % aus. Doch die Haushaltseinkommen sanken seit 2006 insgesamt stark (INEGI 2013a). Die CEPAL widerspricht dem positiven Bild eklatant: Im Unterschied zu Argentinien, Venezuela oder Ecuador fiel der Gini-Index für Einkommensverteilung in Mexiko nicht (CEPAL 2010: 186), sondern die Einkommensverteilung konzentrierte sich weiter; Armutsraten fielen seit 2000 nur marginal (um 4,1 %), und die Rate extremer Armut stieg in den Amtsjahren Calderóns noch an (von 12,6 % 2000 auf 13,3 % 2011). (CEPAL 2012: 18). Dies machte Teile der Gesellschaft im Sinne Poulantzas' (2002: 244f.) zu tatsächlich „Ausgeschlossenen", deren Lebensbedingungen nicht nur „weit hinter den rechtlich-politischen Vorstellungen von Gleichheit" zurückblieben, sondern ihre demokratische Teilhabe massiv beeinträchtigten.

164 Hier ist zu unterscheiden zwischen Einzelhändlern, Betreibern von Restaurants o.ä. und den großen mexikanischen und internationalen „grupos".

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Punktuell ist durchaus belegbar, dass sich die Räume wirtschaftlichen Wachstums und exponentiell steigender Gewaltraten (u.a. im Zuge der staatlichen *Operativos*) überschneiden, z.B. in den Regionen, in denen Kohleförderung und Transitökonomie zusammenfallen (s.u., vgl. Proceso 2013). Tatsächlich war der Fokus auf den Rohstoffexport nicht zu leugnen (Matthes (2012: 83) spricht von „extraktivistischen Enklaven"). Der Schwerpunkt lag im nördlichen, umkämpften Teil Mexikos. Das Gewicht des Bergbaus wächst deutlich – umso mehr, als die assembly-line-Produktion der Maquilas eher zurückging, obwohl die geringen Löhne in Mexiko gerade gegenüber den Lohnsteigerungen in China (Wall Street Journal 2012) in den letzten Jahren wieder zu Investitionen in dieser Sparte führen (GTAI 2013: 3). Die Goldausfuhren haben sich seit 1994 mehr als verfünffacht, und vor allem ab etwa 2002 und noch einmal ab 2006 enorm erhöht. Exportmengen, Fördermengen und der Wert haben sich angesichts massiv gestiegener Weltmarktpreise vervielfacht (CEPALSTAT 2013b; Matthes 2012: 80): Mexiko ist unter den Top fünf der Gold- und Silberexporteuren weltweit; 2010 übertraf der Wert der Goldproduktion den der Silberproduktion (früher das wichtigere Exportprodukt) und machte ein gutes Viertel der gesamten Mineralienförderung aus (25,4 %) (U.S. Geological Survey/U.S. Department of the Interior 2012). Die deutschen Investitionsberater GTAI (GTAI 2011) bezifferten die Steigerung des Produktionswerts von Bergbausektor und Stahlindustrie 2010 um 50,4 % auf umgerechnet ca. 11,3 Mrd. US$. Allein 2010 eröffneten acht neue Minen (u.a. die Gold-, Silber- und Zink-Mine Peñasquito der kanadischen Firma Goldcorp mit Investitionen im Wert von ca. 1,7 Mrd. US$). Trotz der mit Ausnahme von Gold 2012 wieder fallenden Weltmarktpreise für Edelmetalle stieg der Wert der Förderung in Mexiko noch um 14 % (Camimex 2014). Während die exportierten Öl-Mengen langfristig leicht rückläufig sind, stieg der Wert des Öl-Exports weiter an und machte 2012 laut CEPAL 12 % der Exporte aus (CEPALSTAT 2013b).

Die ausländischen Direktinvestitionen schien der „Krieg gegen die Drogen" trotz der Behauptung, die Unsicherheit gefährde die Wirtschaftlichkeit Mexikos (Calderón zit. in Proceso 2011b), nicht nachhaltig zu beeinträchtigen. Der CEPAL (2011a: 31) zufolge betrugen die ADI in den Rohstoffsektor 2011 nur 4,3 % der Gesamtinvestitionen aus dem Ausland. Diese Zahl lag dennoch über dem Durchschnitt des vorigen Jahrzehnts.[165] Insgesamt vergrößerte der Primärsektor seinen

165 Von einem massiven Zufluss an Direktinvestitionen in den mexikanischen Bergbau sprechen deutsche Investitionsberater (GTAI 2011, 2013) ebenso wie das mexikanische Wirtschaftsministerium (Secretaría de Economía 2008). 2006 waren die ADI etwasgesunken, stiegen 2007 wieder massiv und sackten 2009 erneut ab (CEPAL 2011b: 15), was mit der großen Bedeutung der USA (über Jahre stellt sie zwei Drittel der ADI nach Mexiko, 2008 aber nur noch etwa die Hälfte) und deren Wirtschaftskrise zusammenhängt. Zugleich sind häufig einmalige Verkäufe und nicht ein langfristiger Aufbau der

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anteil am Exportwert seit 1998 wieder kontinuierlich (von 14,8 % 1998 auf 24,3 % 2006 und 29,3 % 2011) (CEPALSTAT 2013a). Laut CEPAL liegt die Bergbauproduktion 2011/2012 bei etwa 10 % des BIP (CEPALSTAT 2013b); laut Matthes (2012: 74) die des Primärgütersektors insgesamt bei 13,9 %. Der Sektor ist zum einen von mexikanischen Unternehmensgruppen (Grupo México, Peñoles, Frisco) dominiert, zum anderen von kanadischen Unternehmen wie Goldcorp, Fortuna Silver Mines und Blackfire (CEPAL 2011a: 31). Der Gemengelage im Bergbausektor und dessen Boom entspricht der wachsende Protagonismus der Bergbaukammer Camimex (z.B. Camimex 2014), die diesen mit der aktiven Forderung nach einer neuen, eigenen staatlichen Institution, die ihre Belange auf angemessener Ebene behandele, repräsentiert wissen wollte. Solchen institutionellen Selektivitäten entsprechend war die steuerliche Belastung der Branche zwischen 2006 und 2012 extrem niedrig:[166] Obwohl der Staat den Untergrund (*subsuelo*) weiterhin besitzt, zahlten die Bergbau-Unternehmen dem Fiskus keine Royalties, sondern pro Konzession und lizensiertem Hektar zwischen fünf und 111 Pesos; 2010 wurden insgesamt bei einem Extraktionswert von 15 Mrd. US$ laut der Zeitung Jornada (2012a) nicht mehr als 20 Mio. US$ Abgaben gezahlt.

Verlagerungen der räumlichen Selektivität des Staates (Brenner 2004) ergaben sich mit neuen Bergbauprojekten im Süden; Nord- und Zentral-Mexiko war bereits bergbauintensiv. Die räumliche Ordnung stützte sich bereits seit den 90er Jahren auf Verkehrsknotenpunkte, Häfen und Industriecluster, in die Investitionen fließen (vgl. Bataillon 1997: 83ff.). Korridore des verarbeitenden und Maquila-Sektors verbanden dortige Städte zudem selektiv mit den Märkten von USA und Kanada. Diese Netzwerkstruktur integrierte das Land in den nordamerikanischen Markt, war allerdings ebenso Basis für den illegalen Handel mit verbotenen Substanzen. Das Strategiepapier „*Visión 2030*“ der Regierung belegt die Verlagerung des Fokus nach Süden: So wolle man die „Entwicklung des Südens/Südostens vorantreiben, um die Ungleichheit mit der Region Zentral-Nord-Mexiko zu reduzieren“ (Calderón Hinojosa 2006: eje 2:8), Mexiko bis 2030 als „logistische Plattform für internationale Märkte positionieren“ und mit dem Tourismussektor eine „ausgewogene Entwicklung“ fördern (ebd.: eje 2:5).

Grund von Investitionen. So fing 2010 der Kauf von 100 % der Biersparte des Fomento Económico Mexicano (FEMSA) durch die holländische Heineken den krisenbedingten Rückgang der Direktinvestitionen auf – entsprechend löste Holland als erstes Herkunftsland der ADI die USA (kurzfristig) ab (CEFP 2010). Solche Verkäufe als positiven Zufluss von Direktinvestitionen darzustellen, war auch beim Verkauf der Bank Banamex an Citigroup 2001 gängige Praxis (Arroyo Picard 2009: 30).

166 Erst ab 2014 sucht der Staat mit einer Steuerreform Royalties stärker abzuschöpfen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Das Land wird sich als führend in Lateinamerika in Investitionen und Haushaltsbudget für Infrastruktur erwiesen haben und wird für einen juristischen Rahmen, der Investitionen anzieht und sie effizient macht und für sein Wachstum auf Basis von public-private-partnership-Finanzierungen bekannt sein." (ebd.: eje 2:5).

Die staatlichen Infrastrukturinvestitionen sollen Teile des Landes als „multi-modale Korridore mit Binnenhäfen, Industrieparks, […] effizienter Infrastruktur in Bahnverkehr, Überlandstraßen, erneuerbaren Energien" (ebd.: eje 2 infraestructura:12) für den Warentransfer neu ordnen.

Die Raumordnungspläne waren relevant für die Produktion von Sicherheit und Unsicherheit, da ein Kernelement des Sicherheitsbegriffs der Regierung Calderón die Sicherung von Privatbesitz und der Wirtschaftskreisläufe war. Was die herrschende Konzeption von Eigentum infrage stellt, wurde als Quelle von Unsicherheit, als Infragestellung der Ordnung insgesamt bekämpft. Dieser Sicherheitsbegriff setzte insofern die „Sicherheit" von Privateigentum gegen die „Unsicherheit" von *Ejido*-Verwaltung oder gar Kollektivbesitz, dispers lebender Bevölkerung mit eigenen Agenden und Projekten oder Forderungen wie die Verteidigung von *territorio*. Die Sicherung von Privateigentum legitimierte hier legale und extralegale staatliche Maßnahmen.

Konsequent richteten sich auf diesen spezifischen Sicherheitsbegriff und auf das Gewicht der Bergbausparten mexikanischer Wirtschaftskonglomerate staatliche Apparate stärker zu: Der Staat vergab Bodennutzungs-Konzessionen von 50 Jahren an Bergbaufirmen, die um weitere 50 Jahre verlängerbar sind. 2010 waren bereits etwa 25% des gesamten mexikanischen Territoriums in Konzessionen an Bergbauunternehmen vergeben (Contralínea 2012d, La Jornada 2011m), offenbar ohne staatliche Kontrolle über die Umsetzung, Umweltstandards oder arbeitsrechtliche Verhältnisse (La Jornada 2011n). Dass der selektive Sicherheitsbegriff nur einige gesellschaftliche Sektoren und vor allem die Sicherung der Akkumulationsprozesse meinte, zeigte zudem die aggressive öffentliche Zurückweisung einer Empfehlung der Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH), die für Arbeiter häufig lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen im Bergbau zu verbessern, durch die Camimex als „parteiisch". Die CNDH „schütze" damit „radikal nur einen gesellschaftlichen Sektor"; dies „verletzt direkt und schwer die nachhaltige Entwicklung", deren „essentielle Stütze" die Bergbauunternehmen seien (Camimex 2012: 1). Dabei starben u.a. in der Kohleförderung immer wieder Arbeiter wegen fehlender Sicherheitsvorkehrungen in den Förderschächten illegaler Minen (wie der Tod von 7 Bergarbeitern am 26. Juli.2012 in einer inoffiziellen Mine in Coahuila, La Jornada 2012b) und in Minen der großen Bergbauunternehmen, ohne dass staatliche Apparate eingreifen würden (die nach dem Tod mehrerer Minenarbeiter gegründete Familia Pasta de Conchos 2013 dokumentiert die Fälle).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das Militär verstärkte entsprechend seine Präsenz gerade dort, wo der Staat Bergbaukonzessionen vergab: Zumindest mit den *Operativos* in Guerrero begannen in Gebieten mit indigener Bevölkerung und Goldvorkommen Militärsperren und -camps auf Gemeindeland aufzutauchen (vgl. u.a. IV5:032-38,049). Im ländlichen Raum leistete die Procuraduría Agraria (PA), traditionell für die „Lösung von Konflikten" und seit den 90er Jahren für die Umsetzung von Regulierungsprogrammen wie PROCEDE zuständig, in ihrer Funktion als staatliche Agentur offenbar verstärkt Unterstützungsarbeit für transnationale investitionswillige Unternehmen. Im Bergbaubereich suchte die Agentur in einer Mischung aus Kooptation und Repression via der *comisariados ejidales* auf Gemeinden einzuwirken und *Ejido*-Versammlungen von den Vorteilen der Rohstoffextraktion zu überzeugen.[167] Dass die Institutionen die Priorität, Investitionen anzuziehen zu ihrer eigenen machten, wird u.a. deutlich an Veranstaltungen mit Vertretern von Unternehmen und Procuraduria in der kanadischen Botschaft, bei denen die PA das Vorgehen vorschlug (IV 5:135-139; IV 21:014; vgl. Eslava Galicia/López Bárcenas 2011). Weiteres Beispiel ist die Einschüchterung eines neu gewählten, aus einer Bürgerinitiative stammenden Bürgermeisters durch eine bundesstaatliche Regierung selbst, der einem Unternehmensprojekt kritisch gegenüber stand („Du musst heute zum Innenministerium kommen, wir müssen mit Dir reden, sonst lassen wir dich dein Amt nicht antreten." IV1:026ff.). Regierungsbeamte drohten, die bundesstaatliche Ebene werde seiner Gemeinde keine Mittel zuteilen. Staatspersonal bzw. staatliche Institutionen griffen zugunsten spezifischer Wirtschaftsprojekte auf äußerst fragwürdige Methoden zu und ignorierten oder verkannten dabei grundlegende Mechanismen der mexikani-

167 Eine Quelle beschreibt den Ablauf folgendermaßen: „Sie sagen dem *comisariado* – wenn er regierungstreu ist: Du musst für uns eine Versammlung einberufen und erzählen ihm, wie das Geschäft steht. Schau, es geht um die Erlaubnis, dass dieses Bergbauunternehmen auf das Gebiet darf, aber statt ihnen das zu sagen, sag ihnen besser, dass es um ein Projekt geht, dass sie die SEMARNAT [Umweltministerium] herbringen werden und dass sie Arbeit bekommen, ob sie in der Waldpflege arbeiten, aufforsten und dann machen sie die Versammlung um ihnen das alles zu erklären, aber wichtiger ist dabei, dass die Leute mitmachen – Also macht man ihnen dieses Angebot, den *Comisariado* kaufen sie dafür, sie geben ihm Geld, er ist derjenige, der in seiner eigenen Gemeinde die dreckige Arbeit erledigt, er überzeugt die Leute, überredet sie zu unterschreiben. Und ganz am Ende im Protokoll setzen sie einen Punkt dazu: dass dem Bergbauunternehmen die Arbeit dort erlaubt wird. […] deshalb die Arbeit der Procuraduría Agraria, denn die Procuraduría Agraria führt die Protokolle, er [der *Comisariado*] macht den Versammlungsaufruf, eben alle rechtlichen Anforderungen, damit der Eintritt der Bergbauunternehmen akkreditiert wird, werden von der Procuraduría Agraria umgesetzt." (IV 5:152-153).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Staatlichkeit, in diesem Fall die gesetzliche Regelung über die Verteilung von Staatseinnahmen an die Gemeinden (ebd.).[168]

Wieder wird das „koloniale" Verhältnis zwischen kapitalistischem Staat und der heterogenen, zergliederten Gesellschaft (vgl. Zavaleta 2009a) deutlich, die nicht nur Privatbesitz, sondern unterschiedliche Eigentumsformen kennt: Tatsächlich waren die Bemühungen, Ejido-Land mittels dem Verwaltungsprogramm PROCEDE rechtlich in Privatbesitz umzuwandeln, bisher mehrheitlich gescheitert (vgl. u.a. de Ita 2006). Laut dem Statistikamt INEGI existierten 2012 noch immer 5.700.000 Ejidatarios, laut dem Landregister Registro Agrario Nacional noch 31.628 *ejidos* auf insgesamt 100.473.830 Hektar. Von diesen *ejidos* waren 24.890 bereits in private Parzellen aufgeteilt (26.265.545 Ha) und 3.685 *Ejido*-Kerngebiete sind in Privatbesitz (INEGI zit in La Jornada 2012c). Gerade diese kleinteiligen („dispersen" und „fragmentierten") Landbesitzstrukturen empfinden allerdings internationale Investoren als „problematisch" (GTAI 2011). Dementsprechend modifizierte der Kongress zwischen 2006 und 2012 sukzessive die Artikel 30, 80, 72 und 164 des Agrargesetzes (Cámara de Diputados (Diario Oficial Federal Estados Unidos Mexicanos) 2012b). Mit der letzten Reform sollen *ejidatarios* vollständig als Eigentümer über ihr Land verfügen. Dieses politische Projekt stellte einen weiteren Bruch mit früheren Integrations- und Schutzmechanismen des Staates dar. Grundsätzlich war die Position der Regierung Calderón offenbar, dass nach 1992 der Markt für Land deshalb nicht in Schwung kam, da die Gesetzgebung weiterhin wesentliche Beschränkungen des freien Verkaufs vorsah, zu wenige Kredite zugänglich und die Kapitalisierung von *ejidos* zu gering waren (Rede Calderóns am 28. November 2012 zit. in La Jornada 2012c). In der Konsequenz wurde es unstrittig leichter, die früher unveräußerlichen *ejido*-Parzellen zu kaufen/zu verkaufen, vor allem aber zunächst, diese in Privatbesitz umzuwandeln. Doch faktisch hatte bereits das Zusammenspiel der Reform des Artikels 27 (1992) mit den Konsequenzen des Freihan-

168 „‚Wenn du nicht von deiner Haltung Abstand nimmst, bekommst du für deine Gemeinde keinen Pfennig, du wirst keine Gesundheitsversorgung, keine Mittel für Bildung, keine Wasserversorgung haben', das wurde im Büro des Staatssekretärs im Innenministerium gesagt, […] ‚du hast 24 Stunden. Vergiss die Mittel für deine Gemeinde'" lautete die Drohung. Notfalls werde man Gewalt anwenden („‚aber gut, es gibt andere Mittel und Wege für uns', er meinte damit Gewalt, nicht? […] Der Bürgermeister war natürlich schon völlig verunsichert. Es waren noch andere Leute dabei, die sagten ihm ‚nein, mach dir das klar, auf diese Weise' wird es Tote geben', die Sache bekommt einen anderen Beigeschmack [...] ‚Sie wissen schon, dass es ein Gesetz zur Mittelzuteilung gibt, oder? Nach der werden die Mittel verteilt, unabhängig davon, wie jemand das gern hätte.' […] Der Staatssekretär, der zuständig ist […] wusste nicht, dass es ein Gesetz zur Steuerkoordination gibt. Drücke ich mich deutlich aus? Das ist nicht nur ein einzelnes Verhalten. Es ist ein Staat, der vollständig re-funktionalisiert ist." (IV 1:15, 026-34).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

delsvertrags NAFTA ab 1994 die Bedingungen für Landbesitz nachhaltig verändert. Es ist durchaus möglich, dass sich insofern die Fragmentierung von *ejidos* und die Abwanderung der *ejidatarios* fortsetzen. In Chiapas vollzogen sich gegenläufige Transformationen von Landbesitz; einerseits verloren besitzende Familien im Rahmen der zapatistischen Kämpfe der 1990er Jahre Teile des seit dem 19. Jahrhundert angeeigneten Landes (vgl. Bobrow-Strain 2007), andererseits war zwischen 2006 und 2012 eine Transformation zu Ölpalmenplantagen mit ausländischen Investitionen zu beobachten. Die unterschiedlichen Formen von Landbesitz (großflächiges Privateigentum vs. *ejidos*) sind insofern umkämpft; das herrschende Verständnis setzt sich in gesetzlichen Festschreibungen durch und integriert sich in die herrschende Vorstellung von Sicherheit: An den Eigentumsverhältnissen von Land treffen sich Schnittstellen von Gewalt/ Sicherheit/ Unsicherheit, und kommunal verwaltetes Kollektiveigentum wurde als mögliche Organisationsform von Gemeingütern praktisch unsichtbar. [169]

Die Unternehmen der extraktiven Branchen waren aber häufig nicht Eigentümer des Gebietes, auf dem sie förderten; sie kauften in der Mehrzahl der Fälle das Land nicht auf. Ganz anders als in Kolumbien eigneten sie sich das Land mittels Pacht- oder Nutzungsverträgen an, vor allem wenn es um früheres *Ejido*-Land ging (de Ita 2006, La Jornada 2011m; vgl. IV 23).[170] Die einzige Bedingung dafür, *Ejido*-Land zu pachten, ist, den Wert der Parzelle offiziell begutachten zu lassen; ein Verwaltungsvorgang reicht aus. Die *Ejido*-Versammlung als Entscheidungsgremium auf lokaler Ebene kann eine solche Entscheidung nicht anfechten (Eslava Galicia/López Bárcenas 2011: 69f.). Die Regelung war dann problematisch, wenn *ejidatarios* ihre Parzellen an Bergbauunternehmen verpachteten, die z.B. im Tagebau förderten, dadurch eine spätere Wiederaufnahme landwirtschaftlichen Anbaus unmöglich wurde und Umweltschäden an umliegendem Landbesitz zu erwarten waren. Tatsächlich liegt die rechtliche Verantwortung wegen Verschmutzung beim Eigentümer, nicht

169 Das heißt selbstverständlich nicht, dass alle ‚indigenen' Personen und Gemeinden ihr Land kollektiv verwalten wollen. Doch die tendenzielle Diskriminierung kollektiver Eigentumsverhältnisse betrifft sie mehr als andere.

170 „Das erwartete Ausmaß der Privatisierung von *Ejido*-Flächen war seit den 90er Jahren ausgeblieben; verkauft wird eher an andere *Ejido*-Bauern. „Wie also diese Art der Produktion an die große landwirtschaftliche Produktion angegliedert wird? über die Pacht. Denn die Großgrundbesitzer – nein, die Leute werden nicht Land aufkaufen, wenn sie die Möglichkeit haben, es zu minimalen Kosten zu pachten und sogar die Leute selbst als Arbeitskräfte zu nutzen, oder? Eine Proletarisierung, die sich viel länger schon abzeichnet als die Veränderung des Artikels 27 [...] der vertieft einen Prozess, der sich schon entwickelte […] es gibt schon eine Vertreibung vom Land [...] denn zuweilen pachten die Bergbauunternehmen Ejidoland und manchmal sind es die Regierungen, die Konzessionen vergeben wie momentan in Guerrero oder Oaxaca." (IV 23:013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

beim Pächter – d.h. konkret laut dem Gesetz für Prävention und Management von Abfällen (*Ley General para la Prevención y Gestión Integral de los Residuos*) (Art. 70), dass ein Bergbauunternehmen, das Land von Ejidatarios pachtete, rechtlich nicht wegen Umweltverschmutzung, die aus dem Extraktionsprozess entsteht, zur Rechenschaft gezogen werden konnte (vgl. ebd.: 70). Längst ist also die Kontrolle über die Bodennutzung relevanter als das direkte Eigentum bzw. direkte Aneignung; dem entspricht in weiten Teilen die Gesetzgebung, und dieser Situation nähert sich die in Kolumbien offenbar an.

Die rechtliche Figur der *Utilidad Pública* existiert im 1992 geänderten Bergbaugesetz in Mexiko ebenso wie in Kolumbien: Die Bundesregierung entscheidet jeweils per Dekret, ob sie die Enteignung von Land anordnet, wenn sie eine dort geplante Wirtschaftstätigkeit für „von gesellschaftlichem Nutzen" hält. Die Regierung Calderón vereinfachte die Verfahren dafür kurz vor dem Amtswechsel 2012 noch einmal, ohne dass dies größere Aufmerksamkeit hervorgerufen hätte. *Ejido*-Land und Privatland erschienen nun fast gleichgesetzt (Cámara de Diputados (Diario Oficial Federal Estados Unidos Mexicanos) 2012c). Enteignungen von *Ejido*-Land aufgrund von *Utilidad Pública* fanden im Jahr 2012 mehr als wöchentlich statt. Gewaltfrei gingen diese nicht unbedingt vonstatten.[171] Allerdings ist das Bergbaugesetz für den Abbau von Gold, Kohle, Mineralien u.ä. seit 1993 bereits von vornherein als *Utilidad Pública* eingeordnet; es hat also „Priorität vor jeder anderen Bodennutzung" (Eslava Galicia/López Bárcenas 2011: 71). Andererseits erscheint in dem Gesetz nicht einmal am Rande das indigene Konzept von *territorio*, wie es die ILO-Konvention 169 theoretisch anmahnt. Stattdessen hebelte die Bergbaugesetzgebung praktisch die in der Verfassung festgeschriebenen Kollektivrechte indigener Gemeinden aus, da sie zwar einen Lizenzantrag stellen durften, ihr eigentliches Vorzugsrecht bei der Konzessionsvergabe aber missachtet wurde. So wurde festgeschrieben, indigene Gemeinden hätten das Sonderrecht, beim Ringen um ein Terrain ein dem höchsten Bieter vergleichbares Angebot zu machen (ebd.: 56). Insofern erscheinen die gesetzlichen Regelungen (Cámara de Diputados (Diario Oficial Federal Estados Unidos Mexicanos) 2012c) wie ein Ausschluss meist ressour-

171 Die Exekutive entschied je nach gezahlten Grundsteuern und sich aus dem Kataster ergebenden Wert des Landes über zu zahlende Entschädigungen. Die entsprechenden Dekrete sind über das Diario Oficial de la Federación abrufbar (http://www.dof.gob.mx/website/busqueda_detalle.php). Bei Projekten wie dem städtischen Umstrukturierungsprogramm Metropolisur und Ciudad Caucel in Yucatán wurde deutlich: Wehrten sich *campesinos* dagegen, ihre Parzellen für Bebauungsprogramme aufzugeben, wurden sie festgenommen (vgl. Grupo Indignación 2007: 31–44). In allen Fällen kauften Mittelsmänner Parzellen an, ging die Polizei repressiv vor und verfolgte die Procuraduría scheinbar mittels falscher Anklagen eine Kriminalisierungsstrategie gegen Vorbesitzer, zugunsten der Projekte der Exekutive (ebd.: 46).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

censchwacher indigener und kleinbäuerlicher Gemeinden von staatlichen Raumordnungsstrategien.

Stattdessen sollte ein staatliches Programm disperse Siedlungen in so genannten Landstädten (*ciudades rurales*) zusammenfassen, häufig in unmittelbarer geografischer Nähe zu investitionsintensiven Wirtschaftsprojekten.[172] Auch das Programm der *ciudades rurales* wies *counterinsurgency*-Elemente auf, da kommunitäre Beziehungen gekappt und gemeinschaftliche Lebens- und Wirtschaftsformen aus der indigenen Kosmovision und aus den Prozessen der Kollektivierung von Landbesitz aufgelöst werden (Zuñino et al. 2011: 154). In jedem Fall verknüpften sich hier spezifische Konzepte von Regierung, Bevölkerung und Produktivität mit dem Diskurs über Sicherheit, und die räumliche Restrukturierung von „dispers" lebender Bevölkerung folgte wirtschaftlichen Imperativen. Die Umsiedlung vollzog sich laut Zuñino et al. (ebd.: 156) bisher unter verschleierten Drohungen, etwa wurde die Stromversorgung an die Zustimmung zur Umsiedlung gekoppelt oder Vereinbarungen ohne jegliche Befragung der Gemeindemitglieder unterzeichnet. Innerhalb des überregionalen Mesoamerika-Programms für Agrartreibstoffe (*Programa Mesoamericana para los Biocombustibles*) und des Entwicklungsplans für Chiapas 2006-2012 wollten Zentral- und Regionalregierung die Maisproduktion mit produktiveren Sparten wie monokultiven Agrartreibstoffen ablösen, die „geringe Produktivität bekämpfen" und die bäuerliche Bevölkerung in „Kleinunternehmer" verwandeln (Zuñino et al. 2011). Zudem trieb die regionalstaatliche Ebene die Umstellung früherer Baumwollproduzenten mit größeren Ländereien auf Palma Africana voran (Sandoval Palacios et al. 2011; Wilson 2011 zu raumtheoretischen Aspekten). Wieder imitierten staatliche Institutionen auf verschiedenen Ebenen praktisch die *alianzas productivas* aus Kolumbien, also die Gruppierung kleiner Produzenten, die Eigner ihrer Ländereien sind, um weiterverarbeitende Firmen, und machten damit kleinbäuerliche Strukturen abhängig von den verarbeitenden Unternehmen (Abs. vgl. IV 23:009). Am Palmölanbau sind die kolumbianische Regierung und kolumbianische Unternehmer beratend und als Investoren beteiligt (vgl. Sandoval Palacios et al. 2011) – angesichts der Aktivitäten kolumbianischer *narco-paramilitares* in der

172 Vier solcher Städte sind gebaut, drei weitere sind in Planung (u.a. Ciudad Rural Sustentable in Copainalá mit 900 Häusern und Einwohnern aus 24 Gemeinden der Region). In Copainalá wollte die Regierung außerdem eines der beiden großen Staudammprojekte realisieren. In unmittelbarer Nähe der geplanten Ciudad Rural in der Region Soconusco/Acapetahua befindet sich die Gemeinde mit der größten Fläche an Ölpalmenplantagen (ca. 7.600 Ha). Die Regierung des Bundesstaates wollte bis 2012 in Chiapas die Fläche von 100.000 Ha Ölpalmenplantagen erreicht haben; 2010 weihte Präsident Calderón in der Nähe in Puerto Chiapas, eine Palmöl-Verarbeitungsanlage ein (Zuñino et al. 2011: 159).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Palmölproduktion ist die Präsenz ihrer Unternehmen in Südmexiko daher nicht völlig auszuschließen.

Die Produktion von Nahrungsmitteln wird zu großen Teilen heute nicht mehr von den kleinbäuerlichen, gemeinschaftlich organisierten Strukturen des Ejido-Systems geleistet, sondern über den Nahrungsmittelimport, obwohl die Maisproduktion schon zwischen 2005 (ca. 19.000.000 t) und 2007 (23.513.000 t) massiv anstieg und Mexiko einer der Hauptproduzenten blieb (Matthes 2012: 66). Die Produktion von Getreide war zum größeren Teil in Hand großer technisierter Betriebe und ausländischer Agrarindustrie-Investoren; auch hier verpachteten *ejidatarios* an Unternehmen der exportorientierten Agrarwirtschaft, z.B. Früchte und Gemüse produzieren (vgl. IV 23:001-3). Deren Interessen fanden Eingang in staatliche Strategien, wurden als universell bedeutsam wahrgenommen.

Insgesamt lässt sich insofern in Mexiko davon sprechen, dass staatliche Stellen ähnlich wie in Kolumbien eine Refunktionalisierung von ländlichen Räumen stützten. In diesem Sinn standen sich in Südmexiko ähnlich wie in Kolumbien die Vorstellungen der Regierung und bäuerlich-indigener Bevölkerungsteile von Landnutzung und einem identitären Konzept von *territorio* in einem Spannungsverhältnis gegenüber; Letztere konnten nach der vorherrschenden Vorstellung zu einer ‚Modernisierung' des Sektors wenig beitragen (vgl. Bobrow-Strain 2007). Ihr Widerstand demgegenüber sucht nicht nur indigen-bäuerliche Wirtschaftsstrukturen aufrecht zu erhalten, sondern bezieht sich darüber hinaus auf Identitätskonstruktionen, die der Staat nicht schützt. Die Bewohner verloren mit den Landparzellen und *milpas*, die ihnen zuvor eine Semi-Subsistenzwirtschaft ermöglichten, u.a. die Souveränität über die eigene Lebensmittelversorgung (vgl. Zuñino et al. 2011). Protest gegen diese Entwicklungen der letzten Jahre wurde allerdings sichtbarer in der lokalen Kritik an einzelnen Investitionsprojekten als an einer allgemeinen Kritik der Sicherheitspolitik, jedenfalls bis zur Entstehung des Movimiento de Víctimas im Jahr 2011 (z.B. an der Erklärung Foro Mesoamericano de los Pueblos 2011; für einen Überblick über die Proteste gegen expansive Bergbaupolitik Red Mexicana de Afectados por la Minería (REMALC) 2013). Parallel zeigten seit 2006 die Guerillagruppen EPR und ERPI erneute Präsenz in Guerrero, machten sich die Kritik am Verschwindenlassen zu eigen und verwiesen auf ganz andere bewaffnete Konflikte als die zwischen Staat und ‚Organisierter Kriminalität' (vgl. SERAPAZ 2007: 6), die aus der strukturellen Selektivität des Staates, aus der Exklusivität der Politikgestaltung entstanden.

Gewalträume vs. Wirtschaftsräume?

Einerseits konstituierten die Verkehrsknotenpunkte der Transitökonomie Räume extremer Gewalt – dies war u.a. Folge der volatilen Kräftekonstellationen und der auf einzelne Gruppen fokussierten Bekämpfung. So ist die Nichtregierungsorganisation TPP (2012b: 2) der Meinung, sich ausweitende Prozesse gewaltsamer Ver-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

treibung – sowohl innerhalb Mexikos wie über die Landesgrenzen hinweg – konstituierten ein zentrales Element des mexikanischen Szenarios. Die Zahlen unterschieden sich je nach Quelle, doch das TPP (ebd.: 2) ging von zwischen 1,5 und 2 Mio. mexikanischen *desplazados* aus (700.000 allein 2010-11). IDMC/NRC (2010) kalkulierten, 230.000 Personen hätten gezwungenermaßen Ciudad Juárez verlassen; die Hälfte verblieb in Mexiko, die andere floh in die USA. Durch direkte Gewalt verursachte Zwangsmigration betraf besonders Nordmexiko; vor allem aber ist sie in den Grenzstaaten Chihuahua, Tamaulipas am besten dokumentiert. Laut IDMC (ebd.) flohen in Chihuahua vor allem einzelne Familien und Personen ‚tröpfchenweise' (‚*gota a gota*'), so dass es unmöglich ist, ihre Migrationswege nachzuvollziehen. In Tamaulipas hingegen gab es massive Zwangsmigration aus Kleinstädten an der Grenze: Ciudad Mier schrumpfte 2010 in wenigen Monaten von ca. 6.300 auf ca. 500 Einwohner (IDMC 2011: 5, La Jornada 2010b). Kenny/Serrano (2011: 214) interpretieren diese Vertreibung als Folge der augenscheinlichen Verschiebungen von Kräfteverhältnissen zwischen Gewaltunternehmern (genauer als Folge der Loslösung der ‚Zetas' vom sogenannten ‚Cártel del Golfo'). Laut IDMC (2011: 5) war ähnlich die Aufspaltung von den paramilitärisch agierenden Netzwerken Familia Michoacana und Caballeros Templarios der Grund für die Flucht von ca. 2.000 Menschen u.a. aus den Kleinstädten Pizándaro und Vicente Guerrero in Michoacán. Laut der BBC Mundo (2013b) floh aus einigen für Mohnanbau bekannten Regionen Guerreros ab 2010 die gesamte bäuerliche Bevölkerung vor Drohungen der Caballeros Templarios. Die Milchproduktion ging dort in anderthalb Jahren von täglich 10.000 Litern auf null; Anwohner warfen der daraufhin entsandten Armee mehrere Morde und Folter vor.

Für Chiapas sprechen TPP (2012b: 2) und IDMC (2011: 1) von zwischen 9.000 und 20.000 Vertriebenen. Die Vertreibungsprozesse dort begründen die Organisationen im Unterschied zu Nordmexiko eindeutiger mit neuen, großflächigen Landbesitz erfordernden Investitionsprojekten, etwa den spanischen und mexikanischen Investitionen in Windkraftenergie auf dem Isthmus, Bergbau- oder Agrarindustrieprojekte (vgl. ACUDDEH 2012; TPP 2012b). Staatliche Maßnahmen zum Schutz von intern Geflüchteten, deren Güter, Häuser oder Landparzellen, Unterstützung an den Zielorten oder systematische Informationsbeschaffung über Vertreibungen existieren nicht (IDMC 2011: 8).[173]

173 2006 wurde zwar die Natioanle Kommission für die Entwicklung der Indigenen Völker (Comisión Nacional para el Desarrollo de los Pueblos Indígenas CDI) zur Unterstützung vertriebener indigener Gemeinden gegründet, allerdings mit einem Budget von 2, ab 2010 nur noch 1,5 Mio. Pesos. Eine Evaluation o.ä. fand nicht statt (IDMC 2011: 9). Staatliche Stellen blieben auch in Bezug auf Gesetze wie das Nationale Register über Verschwundene und das Gesetz zur Prävention, Sanktionierung und Ausmerzung von Delikten im Bereich des Menschenhandels (*Ley General para Prevenir, Sancionar y*

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In Mexiko fielen zunehmend die Migration aus strukturell-ökonomischen Gründen und eine konkret gewaltsame Vertreibung in eins (vgl. TPP 2012b: 4f.; Benítez Manaut/Rodríguez Ulloa 2006). Unterschiedliche Bedrohungsszenarien, z.B. das gewaltsame Verschwindenlassen von Angehörigen häufig ohne Klarheit über mögliche Täter verschränkten sich mit bereits bekannten Migrationsprozessen. Strukturell, weil die kleinbäuerliche Ökonomie seit zwei Jahrzehnten massiv unter Druck billiger, hochtechnologisch produzierter Importe steht: Zwischen 1997 und 2006 wurden laut Arroyo Picard (2009: 33) 2,03 Mio. Ha landwirtschaftlich genutztes Gebiet aufgegeben, häufig von kleinbäuerlichen Familien. Hier wirkten die Auswirkungen von Bergbauprojekten wie in Oaxaca, extremere Trockenzeiten, Auswirkungen der Militärpräsenz und Eskalation des sich nach Süden ausweitenden Krieges (Proceso 2011j) und die vom TPP kritisierte Kriminalisierung von oppositionellen Bewegungen (vgl. TPP 2012b: 2) als sich gegenseitig verstärkende Faktoren. Mit der Verlagerung der Konstellationen innerhalb der illegalen Ökonomie trafen die Migrationsrouten von Zentralamerika nach Norden immer direkter auf Gruppen von Gewaltunternehmern, so Kenny/Serrano (2011: 214); die Gefahrenlage verschärfte sich (TPP 2012b). Migration von Papierlosen aus Mexiko in die USA tendierte aus verschiedenen Gründen gegen null (vgl. Mexican Migration Project der Universitäten Princeton/Guadalajara zit. in New York Times 2011). Menschenrechtsorganisationen sprechen inzwischen von bis zu 80.000 zwischen 2006 und 2012 in Mexiko zumindest vorübergehend entführten zentralamerikanischen Migranten (La Jornada 2014). Menschenrechtsorganisationen werfen der Regierung vor, dass staatliche Kräfte (Polizeien, Militärs) an der Rentenextraktion von Migranten im Transit und der Zwangsrekrutierung von Migranten als neu etablierte Einkommensquellen seit 2006 beteiligt seien (Contralínea 2013d). Über Zwangsarbeit, die Migranten für kriminelle Netzwerke leisten sollen, ist bisher bis auf einzelne Aussagen von Migranten (HSF/FCJ 2009: 5ff.) wenig bekannt; Roux (2011: 77) beschreibt sie als neue Form der Rekrutierung von Arbeitskräften für die „parallelen Drogenmärkte".

An der mexikanischen Südgrenze haben sich laut Aussagen von Menschenrechtszentren (zit. in Contralínea 2009: 8) Übergriffe (Diebstahl, Misshandlungen) mexikanischer Sicherheitskräfte auf Migranten aus Zentralamerika seit 2006 deutlich verschärft; das Nationale Institut für Migration (INM) führte an der von Migranten genutzten Zuglinie ohne rechtliche Grundlage massenhafte Festnahmen durch (HSF/FCJ 2009: 8). Das INM und weitere mexikanische Sicherheitsapparate fungierten somit als nordamerikanische, radikalere Entsprechung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Ähnlich wie in der EU manifestierte sich die Verknüpfung der materiellen Faktoren für Migration mit militärischen Komponenten:

Erradicar los delitos en materia de Trata de Personas) von 2012 untätig, angeblich wegen fehlender Umsetzungsnormen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sowohl in den Zusatzverträgen des NAFTA (ASPAN) wie in der zunehmenden Verlagerung nach Süden der polizeilich-militärischen Abwehr von Migration und in von parlamentarisch-demokratischer Kontrolle ausgenommene Institutionen wurde dies deutlich (Benítez Manaut/Rodríguez Ulloa 2006; vgl. TPP 2012b: 4f.). Mittel des „Anti-Drogenkriegs", faktische Kompetenzausweitungen u.a. wurden insofern immer wieder gegen die migrantische Bevölkerung eingesetzt. Diesen schwächsten gesellschaftlichen Gruppen erschweren staatliche Stellen nachweislich den Transit, gefährden sie und erleichtern strukturell – über individuelle direkte Kooperationen zwischen Polizeien und ‚Kriminellen' hinaus – zwangsrekrutierenden Gruppen der Kriminalität die laut Menschenrechtsorganisationen „perfekt regulierte" (HSF/FCJ 2009: 5) Rentenabschöpfung. Staatliche Institutionen sprachen darüber hinaus den Organisationen, die sich für den Schutz von Transitmigranten einsetzen, immer wieder die Befugnis ab, diese zu vertreten, da sie nicht selbst Opfer seien (ebd.: 11). Über die bloße Desorganisation von Migrant/-innen im Sinne Poulantzas' (2002) hinaus behandelten zumindest einzelne Staatsapparate diese Personengruppen als entbehrlich (*desechables*): Im Gegensatz zum gewaltsamen Verschwindenlassen von Mexikaner/-innen existierte zu verschwundenen zentralamerikanischen Migrant/-innen nicht einmal eine offizielle Statistik.

Tatsächlich beeinträchtigte die Gewalt durchaus die legale Wirtschaft: Der Raub von Rohöl stieg massiv an und verursachte Verluste von mindestens 500 Mio. Pesos, dessen Rückverkauf an die Tochterfirmen von PEMEX (die privat agieren und über deren Finanztransaktionen keine Zahlen offengelegt wurden) betrug bis zu 4 Mrd. Pesos jährlich (ICG 2013: 10). Im eigentlich wohlhabenden Wirtschaftszentrum Monterey wurden zeitweise ganze Stadtteile abgesperrt; an einigen Orten ging die Agrarproduktion zurück (vgl. Kenny/Serrano 2011: 215). In Nuevo León lehnte der PAN-Gouverneur einen *Operativo* zunächst wegen befürchteter Auswirkungen der massiven Militärpräsenz auf die regionale Wirtschaft ab; der Verband der Maquila-Betreiber (Asociación de Maquiladoras) von Nuevo León (zit. in Astorga 2007: 242) kündigte den Rückzug von 160 Unternehmen mit 90.000 Arbeitern an. Vor allem in Nordmexiko sind semi-permanente Renten[174] von Tausenden meist kleineren Geschäften an nicht näher bekannte Mitglieder krimineller Gruppen inzwischen offenbar alltägliche Praxis (Hope 2011) – ähnlich wie in Aktionsgebieten der kolumbianischen *narco-paramilitares*.

174 Folgt man der analytischen Unterscheidung, die Krauthausen (2013: 39–121) oder Resa Nestares (2003) zwischen Mafia und *Narcotráfico* bzw. zwischen Markt- und Machtprinzip machen, so scheint es, als bewegten sich einige der mexikanischen Akteure im Übergang zwischen beiden, wenn sie beginnen wie kolumbianische Paramilitärs mittels solcher Renten inoffizielle Steuern zu erheben (*autodefensa*-Vertreter zit. in Aristegui-Noticias 2013).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die in die globale Ökonomie eingebundenen Unternehmen berührte dies allerdings kaum (vgl. die Zahlen Secretaría de Economía 2012: 7). Wieder bedeuteten die staatlichen Sicherheitsstrategien Sicherheit für die einen, Unsicherheit für andere: In Tijuana etwa entließ der umstrittene Militär Leyzaola 400 Polizisten wegen angeblicher Verbindungen zur illegalen Ökonomie. Die städtische Handelskammer lobte dies; die offiziell um 7 % sinkende Kriminalitätsrate stehe für eine baldige Erholung der Handels- und Tourismuszweige. Doch von Menschenrechtsorganisationen wurde Leyzaola 2011 beschuldigt, er habe die Polizisten teilweise foltern lassen (Proceso 2011a, Proceso 2011d).

Diese urbane Unsicherheit an der Grenze zu den USA war gerade nicht von Staatsferne und fehlender Präsenz des Staates gekennzeichnet, sondern präsentierte sich in wichtigen Wirtschaftszentren. In Torreón und Matamoros war 2007 das Jahr mit den wenigsten Morden seit 1990; ab 2008 schnellten die Mordraten in die Höhe (CCIL 2013: 17). Nach offizieller Interpretation blieb daher die Militärentsendung ohne Wirkung – doch im Gegenteil: Die Mordraten stiegen erst ab 2008 mit Entsendung des Militärs steil an. Erst 2013 sanken dort – nach den Wahlen – die Mordraten im Vergleich zu 2012 um 28 %, liegen aber ohnehin 3,5mal über dem mexikanischen Durchschnitt (ebd.: 42). Der zitierte Bericht des Beratungsgremiums Consejo Cívico de las Instituciones Laguna zeigt vor allem, wie extrem sich selbst innerhalb einer urbanen Region die Kriminalitätsraten je nach lokalem Kontext unterschieden und wie rasch die Kräftekonstellationen kaum nachvollziehbare Veränderungen durchliefen. Deshalb verschleierte die „einfache, lineare und stilisierte" Erzählung (Escalante Gonzalbo 2012: 40) die lokalen Faktoren für Gewalt. Die Unterschiede zwischen Räumen wie einem Ejido in Guerrero, Jugendpandillas in Juárez und Taxifahrern, die in einer Kleinstadt Marihuana-Großhandel betreiben, verschwammen. Nicht umsonst empfahl der Ende 2013 erschienene Unsicherheitsbericht des UNDP (2013), die lokale Dimension solle für staatliche Sicherheitspolitik die Basis bilden. Laut eines Berichts der Senatskommission zur kommunalen Ebene (zit. in Proceso 2010) seien in 70 % der Gemeinden in der staatlichen Auftragsvergabepraxis und an politischen Entscheidungen illegale Unternehmer beteiligt. Obwohl solcherlei Zahlen kaum belegbar sind, unterstreichen sie das Gewicht der lokalen Ebene für konkrete Kräftekonstellationen und lokaler Grauzonen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Kräften und verweisen auf die große Ambivalenz der Auswirkungen der Dezentralisierungspostulate des Washington Consensus.

Andererseits überschnitten sich Gewalträume und Räume ökonomischen Booms ebenso wie die Tätigkeit legaler und illegaler Kapitalgruppen, zumindest auf der regionalen Ebene: Die Bundesstaaten, in denen sich die extremen und im „Krieg gegen die Drogen" steigenden Gewaltraten besonders konzentrierten, z.B. Zacatecas, Chihuahua und Coahuila, produzierten je 22,94 %, 14,05 % und 11,3 % der gesamten mexikanischen Mineralienproduktion außer Öl, auch San Luis Potosí und Durango förderten Gold und Kohle, deren Weltmarktpreis in den Jahren ab 2006

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

massiv anstieg (U.S. Geological Survey/U.S. Department of the Interior 2012). Gerade diese Bundesstaaten vergrößerten in der Periode 2006-2011 ihren Anteil an den nach Mexiko fließenden ausländischen Direktinvestitionen noch um vier Prozentpunkte auf 26,1 %. Mehr noch: Sie schöpften in absoluten Zahlen mehr ADI ab, während mit der US-Wirtschaftskrise die Investitionsströme ins restliche Mexiko zurückgingen (Secretaría de Economía 2012: 1,8). Von der allgemeinen Verlangsamung des Wachstums der Schwellenländer war Mexiko so wenig betroffen wie Kolumbien (Banco de México 2012: 1).

Der Fokus auf Investitionsanreize und die fehlenden Kapitalverkehrskontrollen machen Investitionen illegalen Kapitals schwer nachweisbar. Global Financial Integrity (Kar 2012) notierte ähnlich wie in Kolumbien Geldwäsche und illegales Kapital in dynamischen Bereichen der Export- und Finanzwirtschaft, u.a. über die zu hohe Berechnung von Exporten. Der ehemalige Gouverneur Coahuilas, Moreira, warf dem Unternehmersektor nach der Ermordung seines Sohnes in einem vielbeachteten Interview (La Jornada 2012d) Verbindungen zur illegalen Ökonomie vor; in der Kohleregion Coahuilas erlaube dies den Minenbetreibern den Einfluss auf Rathäuser, Gemeinderäte und Verwaltungen.[175] Die staatliche Agentur für Bergbauförderung Promotora para el Desarrollo Minero de Coahuila (PRODEMI) schien involviert. Über sie existierten kaum öffentliche Zahlen zu Budget etc.; sie hatte 2003 eine andere, wegen Schmuggels geschlossene Planungsinstanz ersetzt. Die Regionalregierung veröffentlichte nach dem Interview erstmals eine Liste mit Kohleunternehmen, von denen die PRODEMI u.a. Kohle für den Weiterverkauf an die Comisión Federal de Electricidad (CFE) aufkauft; [176] mehreren Unternehmen der Liste wurden illegale Kapitalzuflüsse vorgeworfen. Moreiras oberster Steuerbeamter ist inzwischen in den USA der Geldwäsche angeklagt. Die Rollen von lokalen Kapitalfraktionen und Investoren, die arbeitsrechtliche Vorgaben nicht einhal-

175 Moreira warf vor allem zwei Unternehmern, José Luis und Armando Guadiana Tijerina (Präsident einer Nichtregierungsorganisation für „Transparenz und Citizenship", Mitglied der Linkskoalition MORENA) Verbindungen zum „*narcominero*" Reinold Bermea Castilla vor, dem Guadiana illegal erworbene Konzessionen verpachtet habe und der seine Kohlemine auf staatlichem Land betrieben habe. Bermea sei dortiger Zeta-Vertreter *und* langjährig aktives PRI-Mitglied. Zwei Monate zuvor hatten bundesstaatliche Polizei und Militär in der Nähe 15 Förderschächte geschlossen, die auf Staatsland betrieben wurde und bei denen wie bei anderen Bergbauprojekten die Beteiligung illegaler Unternehmer vermutet, aber nie aufgeklärt wurde (La Jornada 2012d; vgl. Aristegui Noticias 2012c).

176 Die Nachrichtenplattform Zócalo veröffentlichte die Liste (http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/publica-coahuila-padron-de-proveedores-del-carbon,) 11.07.2015.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten, und Inhabern politischer Ämter überschneiden sich ohnehin;[177] so starben in einem Förderschacht des ehemaligen Bürgermeisters des Ortes Progeso 2012 mehrere Bergarbeiter (La Jornada 2012b, La Jornada 2012d, Proceso 2013). Dort besaß der angebliche ‚Zeta' Lazcano, den die Marine 2011 erschoss, offenbar ebenfalls zwei Förderschächte, sogenannte *narcominas* – obwohl Moreira die Verwaltung von Gemeinden in der Kohleregion den Streitkräfte übergab (La Jornada 2012d). Dass gerade dort, wo in Coahuila PEMEX und Zulieferfirmen (im Vergleich zu den Erträgen auf der US-amerikanischen Seite relativ erfolglos) an neuen Explorationen für ölhaltigen Schiefer (shale oil) arbeiten, Lazcano starb, Hunderte aus einem Gefängnis ausbrechen konnten (Contralínea 2013e) und ein Nachbarort mit shale-oil-Bohrungen (Montanés) als Ort galt, an dem Menschen „verschwunden werden", schränkte die ökonomische Tätigkeit nur teilweise ein.

In der Umgegend von Ciudad Juárez, in Valle de Juárez, glaubt die (ACUDDEH 2012: 73ff.) nachweisen zu können, wie gewaltsame Vertreibungen von Bevölkerung, Einschüchterungskampagnen, und selektive Morde sogar Mittel zur Inwertsetzung wurden. Mindestens durch Unterlassung beteilige sich der Staat an Menschenrechtsverletzungen und treibe so wirtschaftliche Großprojekte voran. Staatliche Stellen erfassten hier systematisch weder außergerichtliche Hinrichtungen, gewaltsame Vertreibungen noch gewaltsames Verschwindenlassen. Morde an jungen, meist in der Maquila-Industrie beschäftigten Frauen (*feminicidio*) wies der Staat lange als partikulare Probleme häuslicher Gewalt zurück, ebenso wie Morde an politisch Aktiven – die Gegend steht beispielhaft für „Geographies of Terror" (Oslender 2008; ACUDDEH 2012: 75; vgl. AI 2009: 10ff.). Zugleich wirkten hier der *Operativo Chihuahua*, der staatliche Wiederaufbauplan Todos Somos Juárez und eine Initiative lokaler Kapitalgruppen, Pacto por Juárez zusammen. Maßgeblich an diesen Projekten beteiligt war der Zentralstaat, Mitglieder der Initiativen sind in Juárez bekannte Unternehmerfamilien.[178] Die Beteiligung von Unternehmen aus

177 Zwei *Ejido*-Funktionäre hätten, so die Aussage, die Förderung auf einer Parzelle erlaubt und sich privat bereichert „[...] dass sie schon ihre eigenen Maschinen haben. Wenn wir nachrechnen, in den letzten zwei Wochen müssen sie mindestens 30 Mio. US$ gemacht haben." (Proceso 2013).

178 U.a. beteiligte sich die North American Development Bank am Straßenbau für Juárez. Innerhalb der Stadt seien ab 2008 die Investoren Industrial Global Solutions und Prudential Real Estate Investors verantwortlich; der Logistikknoten im Osten Juárez erhalte um 400 Mio. US$ Investitionen. Zugleich sollten im Projekt Cereso Productivo in Juárez ab 2009 in 14 exportorientierten Maquiladoras Gefängnisinsassen „produktiv" arbeiten. Letzteres Projekt bildete eine GmbH zwischen Bürgermeister José Reyes Ferriz, dem Menschenrechtskommissar des Bundesstaates José Luis Armendáriz und Firmenzusammenschlüssen aus dem Pacto por Juárez wie der Asociación de Maquiladoras AMAC oder der Confederación Patronal del Norte (ACUDDEH 2012: 82). An Sicher-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den USA verlieh den Programmen eine transnationale Dimension. 2010 übernahm die Policía Federal im Rahmen des Befriedungsplans Todos Somos Juárez die Befehlsgewalt in Juárez;[179] dennoch stiegen die Mordraten 2010 auf 2.738 an (La Jornada 2011b, Proceso 2011d). In der Phase der „Rekonstruktion" ist das militärisch/polizeiliche Vorgehen ausdrücklich mit Investitionen der Privatwirtschaft aus Initiativen des Pacto por Juárez verknüpft – vor allem in Verkehrsknotenpunkten an der Grenze.

Nicht nur in spezifischen Gegenden konzentrierten sich Gewaltraten und verschwimmen die Grenzen zwischen legaler und illegaler Ökonomie, sondern bestimmte Branchen sind stärker verflochten: Die Einführung von Investitionsfonds im Bauwesen erleichterte den Zufluss illegalen Kapitals insofern, als sie die Besitzstruktur eher verschleierte als transparenter machte (CEPAL 2008: 129). Entsprechend schnellten die Preise für Land besonders dort in die Höhe, wo wichtige infrastrukturelle oder wirtschaftliche Projekte, Ansiedlung internationaler Unternehmen wie Audi in Puebla zu einer hohen Nachfrage führten oder wo – wie an der yucatekischen Karibikküste – der Tourismusboom eine Spekulation enormen Ausmaßes auf die steigenden Landpreise auslöste. Es handelt sich meist um Tourismus des Luxussegments.[180] Einen enormen Investitionszuwachs gab es auch in hochtechnologische Bewässerungssysteme, Immobilien und im hauptsächlich auf Michoacán konzentrierten Avocadoanbau, nachdem große Landflächen ehemaliger Ejidos ver-

heitsplänen wie den Umfassenden Plänen für Zusammenleben und Sicherheit (*Planes Integrales de Convivencia y Seguridad Ciudadana*) war zudem die kolumbianische Polizei beteiligt, sie dienten u.a. Plänen wie dem in Juárez zum Vorbild (Policía Nacional de Colombia 2009: 49).

179 Kurz vor dem Befehlswechsel verübten Unbekannte im Stadtviertel Salvarcar ein Massaker an 16 Jugendlichen.

180 So machte die Nachrichtenagentur Noticaribe öffentlich, dass der an die USA ausgelieferte ehemalige Gouverneur Villanueva über den Fideicomiso de Caleta Xel-Ha y del Caribe (Fidecaribe) 142 Kilometer Strand an der Riviera Maya zu lächerlichen Preisen von 7, 4 oder 1 Dollarcent/Quadratmeter verkauft hatte, während Studien der Banamex den qm-Wert dort auf 470 bis 770 US$ schätzten (vgl. CEPAL 2008: 129, CNN Expansión 2008). u.a. stiegen in Touristikzentren mit steigenden Zahlen von Reisenden die Preise für Landflächen immens an; in dem Karibikort Tulum stieg der Preis pro Hektar allein zwischen Mai und November 2008 laut CNN Expansión (2008) von 350.000 auf 2 bis 5 Mio. mexikanische Pesos. Angeblich hatte der Karibikort Playa del Carmen das höchste Preiswachstum für Land in ganz Lateinamerika. An illegalen Überschreibungen und Verkäufen über Mittelsmänner bzw. Briefkastenfirmen war laut CNN Staatspersonal der Regierung Quintana Roos beteiligt. Man nehme staatliches Land in Besitz und formalisiere danach die Titel beim Secretaria de Reforma Agraria – eine offenbar in allen gesellschaftlichen Sektoren (Ärzte, Hausangestellte, Chauffeure) übliche Praxis.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

pachtet wurden (INEGI 2012b: 424; Maldonado Aranda 2012: 25). In derselben Region fand man laut Reveles (2011: 44) weitere *narcofosas*. Dort wurden Zwangsabgaben der Avocado-Produzenten pro Kilo produzierter Frucht an nicht näher identifizierte ‚kriminelle Gruppen' öffentlich (ICG 2013: 11). Die Zahlen zu Geldwäsche sind schwer schätzbar: Nach US-Zahlen beläuft sich der Zufluss illegalen Kapitals ins mexikanische Bankensystem auf bis zu 39 Mrd. US$ jährlich (U.S. Senate 2012: 45) – dagegen wäre die bekannte Geldwäsche in Kolumbien nur ein Bruchteil. Die britische Bank HSBC „wusch" laut dem US-Senat (ebd.: 9) mit dem Export von Bargeld aus Mexiko in die USA allein zwischen 2007 und 2008 7 Mrd. US$. Der damals zuständige Finanzminister und Vorstand der Banco de México Agustín Carstens sagte zur Sicherheit des Bankensystems 2012 dennoch, „gäbe es Medaillen für das Bankensystem, würde Mexiko sicher eine bekommen" (La Jornada 2012b). Ermittlungen gegen die Täter gab es nicht; die Finanzaufsicht Comisión Nacional Bancaria y de Valores verhängte aber eine Strafe von 379 Mio. Pesos (ebd.).[181]

Tatsächlich ergibt sich ein Bild von Grauzonen zwischen legaler und illegaler Ökonomie und dem Zutritt zu informellen Machtzentren, in dem nur klar wird, dass die Verflechtung zwischen Kohleindustrie und lokalen Verwaltungsnetzwerken eng und die Fälle von nicht lizensiertem Bergbau, Bergbau in geschützten Umweltzonen oder auf *Ejido*-Land sehr häufig sind. Da Gemeindeverwaltungen zuständig dafür waren, eine veränderte Bodennutzung etwa von Landwirtschaft zu Bergbau zu erlauben (Eslava Galicia/López Bárcenas 2011: 72) macht der Bergbauboom die Frage nach lokalen und regionalen Kräfteverhältnissen noch relevanter. Die Verflechtungen – die immer wieder durchaus für öffentliche Skandale sorgten – zeigen, dass die militärische Offensive und das erhöhte Sicherheitsbudget keineswegs die strukturellen Gründe für den großen Stellenwert der illegalen Ökonomie beseitigten. Sogar dort, wo der Staat kriminelle und gewaltvolle Strukturen offen bekämpfte, blieben die Politikstrategien letztlich inkonsequent.

Unsicherheit und Prekarität

Dass die Wahrnehmung von Unsicherheit und Gefahr die ökonomische Unsicherheit als zentrales Problem verdrängte, belegen Umfragen zu Kriminalität. Vor allem

181 Dem Finanztransferdienstleister Casa de Cambio Puebla warf die US-Regierung 2007 Geldwäschetätigkeiten u.a. für Joaquín Guzmán Loera (‚El Chapo') vor. Dies ist relevant, da dieser Mitte der 1980er Jahre von Investoren und noch aktiven Politikern der Parteien PRI und PAN aus Veracruz gegründet wurden und hier eine fehlende Trennung zwischen den Sphären Ökonomie und Politik und die gleichzeitige Verflechtung der legalen und illegalen Ökonomie besonders zutage tritt. Die US-Behörden froren 11 Millionen US$ der Casa in 23 Konten der Wachovia-Bank ein; gegen einen Mitarbeiter erging 2009 ein Urteil wegen Geldwäsche (Reveles 2010: 54; U.S. Senate 2012: 80f.).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

in den als arm bezeichneten Sektoren (ca. 36 % (CEPAL 2012: 69)) sanken 2008-2011 die Einkommen sowohl abhängiger Löhne wie selbständiger Arbeit (ebd.: 61). Der boomende Rohstoffsektor beschäftigte nur 328.555 Arbeitnehmer direkt (Camimex 2014: 2). Trotz der schweren ökonomischen Krise von 2009 (deren Gründe in der asymmetrischen, engen Einbindung in den US-Markt lagen, nicht im „Krieg gegen die Drogen") waren den Befragten die Gewaltraten wichtiger als niedrige Löhne und wirtschaftliche Unsicherheit (Consulta Mitofsky 2012: 12, 14). „Dynamiken sozialer Desintegration" (Bayón 2008: 147) zeigten sich allerdings gerade im Arbeitsmarkt. Mindestens die Hälfte der Mexikaner/-innen verdient ihren Lebensunterhalt traditionell im informellen Sektor, und im formellen Sektor sind soziale Sicherungssysteme die Ausnahme (vgl. ebd.: 153ff.). Zwischen 2000 und 2010 gingen im produktiven Sektor, etwa im Maquila-Bereich, ein Viertel (!) aller Arbeitsplätze verloren (Dussel Peters/Gallagher 2013: 98) und verstärkten die soziale Unsicherheit massiv. Das massive Problem des Menschenhandels in Mexiko illustriert zudem beispielhaft, dass nicht lohnbasierte Formen der Kontrolle des Faktors Arbeit (Sklaverei etc.) expandierten (vgl. Quijano 2001). Die Wirtschaftskrise von 2009 traf dagegen diejenigen am wenigsten, deren Produkte in den USA während der dortigen Krise weiterhin nachgefragt wurden. Die Chancenverteilung war disparat, soziale Mobilität ist praktisch eingefroren (vgl. Bayón 2008) – es sei denn, man beteiligt sich an der nur unklar abgegrenzten illegalen Sphäre, die noch dazu im Gegensatz zum Label der ‚*Ni-Nis*' („Als ‚*Ni-Ni*' bist du hier nichts" (IV 02:261) ein Gefühl von Nützlichkeit vermittelte (vgl. Castillo 2001; Gledhill 2013). Viel mehr als die mühsame landwirtschaftliche Produktion lud die illegale Transitökonomie dazu ein, sich an ihr zu beteiligen. Für die Aufbesserung des Lebensunterhalts wurden Gefängnisstrafen in Kauf genommen (UNDP 2013: 8). Hier bot sich der soziale Aufstieg:

„Die Schule wird geschlossen, die Arbeit wird dichtgemacht, so gibt es keine anderen Möglichkeiten. Dagegen sagt die Kriminalität, ‚komm hierher. Hier gibt es Arbeit' […] Normalerweise bekommt ein Junge, der im kriminellen Bereich anfängt zu arbeiten, zwischen 5 und 6 *bolas* – 5-6.000 Pesos in zwei Wochen" (ICG 2013: 15),

also mehr als der Mindestlohn pro Monat beträgt. Die Relation dürfte sich seit 2006 noch verschärft haben, das suggeriert die sinkende Kaufkraft (Centro de Análisis Multidisciplinario 2012). „Sie" dagegen „‚haben die besseren Klamotten, die größeren Autos, die coolsten Handys'" (Heufelder zit. in Ehlers 2013: 56). Insofern komme die schärfste Kritik an der Sicherheitspolitik von den Mittelklassen.

„Über die Unzufriedenheit der Armen wird kaum geredet. Die Mittelklasse will ihre Sicherheit zurück. Aber was wollen die Armen […] Würde der *narco* plötzlich von der Bildfläche verschwinden, würde das eine Menge Orte empfindlich treffen." (Die Zeit 2011b).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Selbstverständlich hat das gesellschaftliche Segment der illegalen Kapitalgruppen insofern eine soziale Basis (vgl. v.a. Aguilar Rivera 2012; Ehlers 2013). Nennenswerte Sozialausgaben erwarte diese soziale Basis nicht; ohnehin war die Integration in Sozialsysteme in Mexiko bereits unter der PRI differenziell (Bayon 2008), gekoppelt bspw. an die Zugehörigkeit zu den halbstaatlichen gewerkschaftlichen „Vermittlungsinstanzen" (Zavaleta 2009a). Die fiskalische Basis des Staates ist vor allem angesichts der Ausgaben für den enormen Sicherheitsapparat und der geplanten Ausweitung der Privatisierung des Ölkonzerns PEMEX ohnehin gefährdeter als zuvor. Immer wieder wurden dennoch Spannungen zwischen Exekutive und Wirtschaftsverbänden deutlich, etwa im Kontext der Krise im November 2009, als Unternehmer die von Calderón angestrebte Steuerreform diskreditierten. Calderóns ursprünglicher Vorschlag baute sich zwar um die Achse eines neuen zusätzlichen Mehrwertsteuer von 2 % auf Konsumgüter (Lebensmittel und Medikamente auf, doch die geplante Stärkung des Servicio de Administración Tributaria (SAT) des Finanzministeriums zog sofort Meldungen über das schwindende Vertrauen von Unternehmen gegenüber dem Fiskus nach sich (so berichtete die CNN Expansión 2009; vgl. Cejudo 2012). Ende Oktober 2009 – mitten in der Wirtschaftskrise – verabschiedete der Senat dennoch die Erhöhung des IVA von 15 auf 16 % und eines Teils der Einkommenssteuern von 28 auf 30 % (CNN Expansión 2012) und belastete damit vor allem subalterne Sektoren.

Selbst die den außen- und finanzmarktorientierten Fraktionen nahestehende Regierung Calderón, die sich klar aufseiten eines Hegemonieprojektes zugunsten weiterer Liberalisierung positionierte, hatte offenbar fiskalisch einen sehr begrenzten Spielraum. Der Unternehmerverband CCE zeigte sich allerdings bereit, mit der Regierung weitere Kompromisse über langfristige Reformen auszuarbeiten und lobte den Präsidenten für die investitionsfreundliche Politik (CCE zit. in Dinero 2012a). 80% der Unternehmen seien 2012 mit seiner Regierung zufrieden (Deloitte México 2012). Die Versammlung der Nationalen Handelskammern CONCANACO forderte weitere Steuererleichterungen ebenso wie den Ausbau staatlicher Infrastruktur und konzentrierte sich auf die Bekämpfung der informellen, nicht vorrangig der illegalen Ökonomie (CONCANACO SERVYTUR 2011): Allein 2011 habe der Piraterie-Sektor mit 80 Mrd. US$ mehr erwirtschaftet als die formelle Ökonomie oder ausländische Direktinvestitionen und *remesas*. Der Industrieverband CONCAMÍN begann dagegen die fehlende Industriepolitik zu kritisieren; nach jahrzehntelanger Vertiefung der „strukturellen Reformen" waren „zweifellos die Unternehmer besorgt über die Wechselkurspolitik, sie machen sich Sorgen über die billigen Impor-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te“ (IV 24).[182] Die neu gegründete Gruppe Nuevo Desarrollo (2009), eine Gruppe eher keynesianischer Ökonomen aus dem Umfeld der Universidad Nacional Autónoma de Mèxico (UNAM) und Politikern der PRI und PRD, forderte dementsprechend, der Staat müsse nach diesen fehlerhaften Programmen einen wirklichen Sozialstaat (*estado de bienestar*) mit progressiverem Steuersystem, dem Wiederaufbau des produktiven Sektors, einer Zentralbank, die nicht ausschließlich Inflationsbekämpfung betreibe und Perspektiven für Jugendliche schaffen. Für sie vernachlässige der Staat durch seine Konzentration auf die Kriminalitätsbekämpfung andere Tätigkeitsfelder.

Konsequenzen hatten solche Äußerungen nicht. Den Großteil der Einkommenssteuern schöpfte der Staat bei den Lohnarbeitenden ab (CEPAL/CIDOB 2012: 92, 93). Nur 0,2 Prozentpunkte der 2,2 % der Steuereinnahmen, die der Staat aus persönlichen Einkommenssteuern schöpft, kommen nicht von Lohnarbeitenden. Steuerhinterziehung blieb auf der Kapitalseite weitverbreitet (ebd.: 96). Zudem forderte der Zusammenschluss der Gouverneure, die CONAGO, ab 2008 eine stärkere Einbeziehung in „notwendige strukturelle Reformen“ mit einer aktiven Rolle der regionalen Intermediäre: „Die Gouverneure müssen aktive, teilnehmende und proaktive Mittler sein in der Definition der nationalen Agenda“ (Declaración de Metepec, CONAGO 2008). Insofern erlangten die Gouverneure mit ihrer eigenen Machtbasis eine neue Stärke gegenüber der Zentralregierung und verschoben die Gewichtung institutioneller Ebenen (vgl. Cejudo 2012 IV 1). Ihre Forderungen nach regionaler Autonomie im fiskalischen Bereich, vor allem die Dezentralisierung und Autonomie der öffentlichen Finanzen und Haushaltsbelange, schränkten die zentralstaatlichen Spielräume weiter ein. Obwohl sie so erhebliche Steigerungen beim Transfer von zentralstaatlichen Geldern an die Bundesstaaten, also ihre eigenen regionalen Exekutiven durchsetzten (IV 22:010-91; IV 7:039; IV1:094-98), entzog nach und nach ein Teil der Gouverneure der Regierung Calderón die Unterstützung, luden Vertreter nicht mehr zu Treffen ein (Presidencia de la República 2010).

Zwar versuchte Calderón noch nach dem weitgehenden Scheitern der Steuerreform Mittel aus den „unrentabelsten“ (Calderón Hinojosa 2010b) Sozialausgaben in den Sicherheitssektor umzuwidmen und drohte ansonsten mit erhöhten Steuern („gäbe es keine tiefgreifende Umwidmung von Mitteln, müsste der Staat neue Einkommensquellen suchen“ ebd.), konnte aber nicht wie Präsident Uribe in Kolumbien eine außerordentliche „Kriegssteuer“ erheben. Am übergreifend ähnlichen Wirtschaftsprogramm ändert dies nichts. Einerseits hatte dieses über mehrere Administrationen Kontinuität, andererseits ordnete die Regierung Calderón wirtschaftspolitische Interventionen des Staates dem Sicherheitsthema und der Vorstellung

182 „Es gibt in der legislativen Kammer ein großes Interesse an Entwicklungsplänen, einer Politik in dieser Richtung, sogar die Banker, mehrere Banker haben gesagt, man müsse zu früheren Modellen zurückkehren.“ (IV 24).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vom Managementstaat unter (IV1:051-53; IV 24; (Calderón Hinojosa 2010b). Die Vorstellung von einer staatlichen Administration zugunsten eines Allgemeinwohls wich spätestens mit der PAN einer technokratischen Idee der Effizienz (vgl. Poulantzas 2002: 272).[183] Zur Verschärfung der Regelungen gegen Geldwäsche, stärkeren Kapitalverkehrskontrollen oder der Beschlagnahmung von Vermögen, illegalen Investitionen o.Ä. führte keine der Gesetzesinitiativen und Sicherheitsstrategien, die von den Staatsapparaten aus unterstützt wurden.

V.3.6 Divergierende Hegemonieprojekte in instabilen Konstellationen

Welche konfligierenden Hegemonie-Projekte lassen sich nun in Mexiko am Politikfeld Un-/Sicherheit verdeutlichen? Zwar hatte die ‚demokratische Transition' zur Neuordnung der clase gobernante gedient (SERAPAZ 2007: 1), doch das bedeutete *keineswegs*, dass diese nun ein grundlegend anderes Projekt verkörperte als es bereits Anfang der 90er Jahre mit Salinas de Gortari durchgesetzt wurde. Mechanismen staatlicher Herrschaft unter der PAN brachen nur nur teilweise mit denen der Staatspartei PRI. Die rechtskonservativen Strömungen um Calderón hatten auch keineswegs die Durchsetzungskraft, staatliche Apparate grundlegend umzubauen. Vor allem gelang es der PAN ab 2006 nicht wie in Kolumbien, die Diskursstränge ökonomisches Wachstum und Militärstrategie so zu verbinden, dass sie notwendig aufeinander bezogen wurden. Das Projekt und die Interessenlagen, die sie repräsentierten, erschienen zu keinem Zeitpunkt allgemeinwohlorientiert, gesellschaftlich universell gültig.

Dennoch hatten Verschiebungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse Auswirkungen auf staatliche Praktiken: Die wachsende Rolle des Bergbaus übersetzte sich in die wachsende Präsenz der Cámara Minera de México, die ihre neue Positionierung im Kräfteverhältnis in einem neuen staatlichen Apparat auf oberster Exekutivebene widergespiegelt sehen wollte, der ihre Belange auf angemessener Ebene behandele (Camimex 2014: 1). Die binnengerichteten Industriefraktionen bspw. in Monterrey dagegen sind nur noch teilweise zu den großen Kapitalfraktionen zu zählen, können z.B. den Importen aus China wenig entgegensetzen (Dussel Pe-

183 In diesem Zusammenhang sprachen Interviewpartner von einer „Des-Institutionalisierung" unter der PAN: Während die Kapitalseite auf speziell für sie zuständiges Personal zugreifen konnte und 7 Sitze der Repräsentantenkammer für Telekommunikationsunternehmen reserviert seien, gebe es zugleich ein persönliches Copyright von PAN-Staatspersonal an staatlichen Projekten (die Idee verkauften sie dem Staat zurück) (IV01:125). Trainings der Firma McDonalds für die Verwaltung waren Ausdruck der „glasklaren Idee, ein Land wie ein Unternehmen zu führen."

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ters/Gallagher 2013) und rangen um eine wenigstens annähernde Durchsetzung ihrer Interessen. Ganz spezifische Gruppen wie die der Anti-Entführungs-Lobby aus wohlhabenden gesellschaftlichen Segmenten konnten sich sehr nah an der Exekutive konstituieren und wurden über unterschiedliche informelle Kanäle und persönliche Kontakte an der Gestaltung politischer Strategien der „Sicherheit" beteiligt (Proceso 2011h). Dennoch erfuhren gesellschaftliche Kräfte um jene Lobby-Gruppen die Amtszeit Calderóns, anders als die „unternehmerischen Gesellschaft" in Kolumbien, letztlich nicht als Phase größerer Sicherheit (vgl. Franco Restrepo 2009). „Vermittlungsinstanzen" wie die Gewerkschaften (SNTE) und deren institutionalisierte Korruption blieben davon unberührt, hatten sie doch Calderóns Wahl 2006 maßgeblich unterstützt. Zentral für die konfliktive Gemengelage waren in jedem Fall die Rolle regionaler herrschender Fraktionen im illegalen Geschäft und deren uneinheitliche Positionierung zu politischen Projekten auf zentralstaatlicher Ebene. Die illegalen Unternehmer Teil regional herrschender Fraktionen und befinden sich nur teilweise im Widerspruch zu diesen und zu staatlichen Stellen. Rückblickend verwischte die „relative Distanz" (Maldonado Aranda 2012: 17) zwischen herrschenden Fraktionen und *Caciques* und dem Drogenhandel, wurde das Verhältnis zu den zentralen Staatsapparaten komplexer.[184]

Grundsätzlich waren diese Branchen interessiert an der Aufrechterhaltung geringer Kontrollen in legaler Ökonomie und Handel bzw. Kapitalverkehrskontrollen und einer effektiven Bankenaufsicht. Die regionalen Kapitalfraktionen und *poderes caciquiles* sind in regionale, ländliche Oligopole und Monopole eingebettet und verankert, z.B. in der Vermarktung eines Produkts, des öffentlichen Verkehrs o.ä. Die Gouverneure profitierten davon teilweise direkt, und caciquile Interessenlagen gewannen parallel dazu mit der Stärkung der Gouverneursvereinigung CONAGO auf zentralstaatlicher institutioneller Ebene an Sichtbarkeit (zur Rolle der CONAGO vgl. Cejudo 2012; vgl. IV 1, CONAGO 2008). In den Bundesstaaten rekonstituierten sie ihre eigene soziale Basis, Mechanismen von Konzession und Zustimmung und häufig diversifizierte Koalitionsmöglichkeiten, die die wechselnden Parteizu-

184 Informationen über Sektoren der illegalen Ökonomie stützen sich meist auf Vermutungen. Das erschwert die empirische Zuordnung zu politischen Projekten; schlussfolgern lässt sich, dass unterschiedliche Unternehmensstrukturen (teilweise transnational organisierte, vertikal integrierte Unternehmen mit Kanälen in den Finanzsektor, teilweise eher untergeordnete, miteinander um Marktpositionen ringende Fraktionen) unterschiedliche Interessenlagen haben. Die traditionellen sinaolensischen Marihuana-Produzenten haben weiterhin politischen, ökonomischen, sozialen Einfluss; ihre Markttätigkeit geht mit Macht einher und über die illegale Ökonomie hinaus. Diejenigen, die hauptsächlich auf dem Transitmarkt tätig sind, sind keine ‚Kartelle' mit Territorialgrenzen, sondern Intermediäre (Resa Nestares 2003), Routeninhaber (Krauthausen 2013: 169) oder global agierende Unternehmen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gehörigkeiten belegen (IV 22). Auch die Verwaltung von Gewaltmitteln lag faktisch teilweise in deren Hand. Dies lässt – neben den bereits beschriebenen Atomisierungstendenzen in der illegalen Transitökonomie – eine gewisse „Dezentralisierung der staatlichen Gewaltfunktion" (Franco Restrepo 2009) plausibel erscheinen.

Das politische Projekt der militärischen Bekämpfung der Drogen diente in der Krise von 2006 zur Einhegung des damals wirkmächtigen Gegenprogramms von López Obrador und PRD. Faktisch wirkte es auf die Opposition desorganisierend. Große Teile des Staatspersonals und der Kapitalfraktionen trugen die geplanten Verschärfungen in Código Penal und Ley de Seguridad Nacional zunächst weitgehend mit (Kap. V.3.2.2). Prozessanalytisch ist klarzustellen, dass die Bündnisse um Calderón vor allem in der zweiten Hälfte der Amtszeit zerfielen: Es ließ sich trotz und wegen der eskalierenden Gewaltraten offenbar keine langfristige Unterstützung mehr nur über den Diskurs zur Un-/Sicherheit herstellen. Doch erst 2009/2010 nahmen einige Sektoren eine kritischere Haltung dazu ein, die faktisch längst umgesetzte Politik nun gesetzlich festzuschreiben. Die großen Unternehmenskonglomerate sprachen sich ab etwa 2011 nicht mehr einhellig für eine Kontinuität des Krieges aus.[185] Zwischen der Regierung Calderón und regionalen *Caciques*, PRI-Gouverneuren oder regionalpolitisch tätigen Gruppen brachen partielle Konflikte auf.

Die Kritiker der Gesetze formulierten aber kaum alternative politische Projekte, weniger noch ein einheitliches. Dagegen war es offenbar für die ausführenden Militärkräfte nicht notwendig, gegen gesellschaftliche Widerstände den sie betreffenden rechtlichen Rahmen zu verändern, um die faktische Ausweitung ihrer Kompetenzen durchsetzen zu können. Im Ergebnis mündete die Politik angesichts der geschwächten Regierungspartei PAN in einer Stärkung der neoliberal ausgerichteten Rechten, eingehegt in der PRI: Die ultrarechte Gruppe um den ehemaligen PAN-Vorsitzenden Manuel Espino lief im Wahlkampf 2012 offiziell zur PRI Peña Nietos über (Proceso 2012d). Zudem zeigte die Art und Weise, wie Vertreter der großen Gremien wie dem CCE 2012 den Kandidaten der Linksbündnisse López Obrador beurteilten: Der Konsens der rechtskonservativen Fraktionen der herrschenden Klassen zur PAN war fragil. Die entscheidenden Kapitalfraktionen nahmen López Obrador nicht mehr, wie noch 2006, als Gefahr wahr (so der Präsident des CCE im Interview El Economista 2011a). Vor allem binnenmarktorientierte industrienahe Sektoren, die die vergangene Etappe am meisten geschädigt hatte (IV 24, IV 22, CONCAMIN 2012), wandten sich von der PAN ab. Doch die Sektoren um López Obrador konnten sich innerhalb der staatlichen Strukturen nicht verwirklichen.

185 So schlug der Unternehmer Ricardo Salinas Pliego im Interview mit einer kolumbianischen Zeitschrift (Dinero 2012b) vor, Drogen wieder als Problem der Gesundheitspolitik zu betrachten und mittels Legalisierung die Gewinne der Netzwerke zu kappen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das ökonomische Projekt der Vertiefung von Freihandel, Investitionsanreizen und „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes" trugen weiterhin entscheidende Klassenfraktionen aus vertikal integrierten, finanzmarktorientierten Branchen mit, die davon bisher profitierten (Deloitte México 2012; CONCAMIN 2012). Doch allein die Tatsache, dass die Privatisierung des staatlichen Erdölkonzerns PEMEX seit Beginn des Jahrtausends geplant, aber ebenso wie die vollständige Privatisierung der Comisión Federal de Electricidad nicht umgesetzt wurde, die sogenannte „zweite Generation struktureller Reformen" (Dussel Peters 2004: 75) daher teilweise auf sich warten lässt, zeigt, dass es der PAN Calderóns nicht gelang, die einzelnen Projekte durchzusetzen (vgl. die Kritik des Wirtschaftsinstituts des Privatsektors CEESP 2010, 2012). Die PAN und ihr Umfeld nahmen die wichtigen Kapitalgruppen nicht mehr als adäquate Vertreter eines ihren Akkumulationsstrategien entsprechenden Projekts wahr. Obwohl sie ein ganz ähnliches Hegemonieprojekt vertraten, distanzierten sich die entscheidenden Sektoren der PRI zunehmend von Calderóns PAN-Regierung.[186] Bei diesen Widersprüchen innerhalb des Blocks an der Macht (z.B. zwischen den beiden großen Telekommunikationsunternehmen) wird, angesichts der sehr hohen Kapitalkonzentration kaum überraschend, eher um die Art und Weise gerungen, wie, nicht welches Projekt voranzutreiben sei: Eine Interessenkonvergenz von Unternehmern, Teilen der Armee und Staatspersonal nimmt eine permanente ökonomische und Sicherheitskrise für breite gesellschaftliche Segmente in Kauf und tendiert zunehmend (wieder) zu autoritären Bearbeitungsmechanismen (vgl. IV 22:073f.). Hatte die ‚Transition' Anfang der 2000er Jahre mit der PAN als Erneuerer den Unternehmern erlaubt, ihre Akkumulationsstrategien in einem demokratischeren Kontext zu vertiefen, so geriet die PAN unter Calderón letztlich zum Wegbereiter einer neuen Stärkung der PRI als geeignetere Vertreterin desselben Hegemonieprojekts.

Die Prozessanalyse verdeutlichte zudem, dass offenbar eine Reorganisation der illegalen Märkte stattfand und das militärische Eingreifen die informellen lokalen Einhegungsmechanismen aufbrach, die logisch eine Kooperation zwischen lokalen Sicherheitskräften und illegalen Unternehmern voraussetzten – allerdings als Ergebnis der Entsendung von Militär und nicht umgekehrt (Escalante Gonzalbo 2012: 44). Die lokalen Dynamiken mit wechselnden Kräftekonstellationen verschoben sich zudem rasch (zum Bundesstaat Chihuahua vgl. AI 2009). Es handelte sich demnach nicht um den Krieg eines einheitlichen Akteurs (des Staates) gegen eine

186 Für die Distanzierung von partikularen Sektoren spricht auch, dass die Direktorin der für die Wahlen der PAN 2006 noch zentrale Lehrergewerkschaft SNTE, Elba Esther Gordillo (Kap. IV.3.2), ihre Verhaftung „wegen Korruption und Steuerhinterziehung" 2013 nicht verhindern konnte (BBC 2013). Diese Widersprüche sind aber nicht Ausdruck einer allgemeinen Distanzierung von informellen Polit-Mechanismen oder eines Alternativprojektes.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anzahl von Gegenkräften, sondern um „multiple Kriege“ „an vielfachen Fronten“ (ICG 2013: 12). Damit war der entscheidende Erklärungsfaktor für hohe Gewaltraten in einigen Regionen die Krise auf der sozialen Ebene (vgl. CMDPDH et al. 2011: 18, Contralínea 2011f; ICG 2013). Das vornehmliche Hegemonieprojekt, das weiterhin auf Anreize von Direktinvestitionen, Handelsderegulierung, Flexibilisierung von Arbeit setzt, konnte breiten gesellschaftlichen Sektoren keinerlei Angebote machen. Die politischen Projekte im Sicherheitsbereich boten ebenso wenig verlässliche Handlungsmuster oder Aufstiegsmöglichkeiten, auch nicht im Militär.

Subalterne Strategien konnten sich in dieser Gemengelage, die gerade angesichts des Verschwinden lassens von Zersplitterung, Vereinzelung und Desorganisation durch Angst geprägt ist, dennoch kaum durchsetzen. Die relative Annäherung zwischen López Obrador und den *grupos económicos* hieß zugleich: Die mexikanische Linke präsentierte kein gemeinsames Gegenprojekt mit größerer Reichweite. López Obrador als gemeinsamer Kandidat des Linksbündnisses (Frente Amplio mit PRD) gewann die Wahlen nicht, verabschiedete sich von der PRD und machte die Bewegung MORENA zur eigenen politischen Partei. Die PRD ist gänzlich gespalten und hat an Glaubwürdigkeit verloren; ihre Mechanismen für Unterstützung (Bezahlung, Gefälligkeiten) ähnelten denen anderer Parteien (IV 22:097).

Außerparlamentarisch konstituierten sich zwar gesellschaftliche Sektoren politisch und gründeten eigene Organisationen um die Forderung, Fälle von Verschwindenlassen und die Verantwortung der Regierenden in diesem Gewaltszenario müssten aufgeklärt werden, kanalisieren zu können (z.B. FUUNDEC 2012; Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad 2012a). Sie wurden zunehmend sichtbar in institutionalisierten Dialogen akademischer und politischer Sektoren oder landesweiten Treffen der internen Flüchtlinge in der Asamblea Nacional de Desplazados 2011 (vgl. TPP 2012b: 3). Trotz der steigenden Übergriffe durch staatliche und nicht-staatliche Akteure auf Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger/-innen oder Gruppen zur Verteidigung von *territorio* wurden vielfältige Protestbewegungen aktiv. Andererseits verunmöglichte die exzessive Gewaltsituation in mehreren Regionen die politische Arbeit praktisch. Die subalternen Klassen mussten nun nicht nur mit Verschwindenlassen, Vertreibungen, Abgaben an oder oder erzwungener Arbeit für illegale Netzwerke, sondern auch mit einer rascheren Festnahme „wegen Drogenhandels“ rechnen und konnten eine effektive juristische Vertretung meist nicht bezahlen (vgl. Comité Cerezo 2012; HRW 2013). Dabei machte die scharfe Kritik der Regierung Calderón an Menschenrechtsberichten, vor allem der Briefwechsel zwischen HRW und dem letzten Innenminister Calderóns, Poiré (ebd.: 166ff.), die Negation jeder Kritik und den deutlich erschwerten Zugang von Menschenrechtsorganisationen zur Exekutive und zu Staatspersonal deutlich (IV 1), die die strukturellen Selektivitäten noch verengten.

Doch Menschenrechtsorganisationen (CMDPDH et al. 2011: 21) oder Aktivisten wie die Bewegung der Opfer (Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2012a) stellten mit ihrer Kritik an offiziellen Mord-Statistiken und den von der Regierung geprägten Begrifflichkeiten deren Deutungsmacht infrage und widerlegten die gesamte Basis des Erklärungsgebäudes der Regierung. Die vielfältigen Mobilisierungen waren allerdings häufig vorübergehende, vereinzelte Prozesse, die sich prinzipiell Protestformen verbunden fühlten, die außerhalb des parlamentarischen Systems stattfinden (z.B. der Zapatistas). Die Linkskoalition MORENA dürfte mit ihrem „nationalen" Projekt nur einen Teil dieser politisch Linken ansprechen; eine nachhaltige Vernetzung der recht zersplitterten linken Gruppen gelang bisher nicht (vgl. Jenss/Deck 2012). Dass die Grupo Nuevo Desarrollo (2012: 13ff.) für „nachhaltiges Wachstum" mit einem Fokus auf die Binnenmarktentwicklung, die Schaffung formaler Arbeitsplätze, eine ernstzunehmende Sozialpolitik (die eine universelle, nicht an die Arbeitsstelle geknüpfte Gesundheits- und Einkommensversicherungen beinhalten soll) für ein neues Hegemonieprojekt plädiert und mit einer stärkeren Besteuerung des obersten Dezils und einer als Entwicklungsbank verstandenen Zentralbank u.ä. soziale Ungleichheit abbauen will, hatte bisher wenig Auswirkungen.

Dass Symbolik und Diskurs der im Dezember 2012 angetretenen PRI-Regierung um Peña Nieto mit der Calderóns kontrastieren, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine nennenswerte Veränderung in der Sicherheitspolitik bisher nicht erkennbar ist. Zwar demonstrierte der Pacto por México gleich zu Beginn der Amtsperiode neue Durchsetzungskraft und die Fähigkeit der *clase gobernante* und des Staatspersonals, unterschiedliche Sektoren, Parteien und (Hegemonie-)Projekte in einen angeblichen Richtungswechsel zu integrieren (vgl. zusammenfassend ICG 2013: 43–48). Die Regierung EPN belebte die Ministerkonferenz für den Kampf gegen die Illegale Ökonomie nach drei Jahren wieder (Gobierno Federal de México et al. 2013) und ließ 2013 ein Geldwäschegesetz in Kraft treten, das Zuständigkeitsbereiche ausweitete. Doch 2013 stieg der Sicherheitshaushalt noch einmal um 10,31 % im Vergleich zu 2012 (Contralínea 2013f). Die „Sicherheitslage" beruhigte sich nur in Teilen des Landes und scheint weiterhin auf lokalen Faktoren zu beruhen (vgl. et al. CCIL 2013); die Internationalisierung des „Kampfs gegen die Drogen" hat sich eher verstärkt (u.a. existiert seit 2012 das weltweit erste Partnerbüro von UNODC in Mexiko) (INCB 2013: 57).

Insofern garantieren offenbar die entscheidenden Strömungen der PRI, der Grupo Atlacomulco, bekanntem PRI-Personal wie dem ehemaligen Gouverneur Emilio Chuayffet (Proceso 2012a) die Kontinuität und Vertiefung der Projekte mit nur teilweise neuer personeller Besetzung und knüpfen an die Politik des Ex-Präsidenten Salinas an. Die Verschmelzung von politischer und ökonomischer Macht tritt hier umso deutlicher zutage. Die PRI-Regierung setzte zwar eine Steuerreform durch, die zunächst auf vehemente Ablehnung der (mexikanischen wie transnationalen) Bergbauunternehmen und der Investoren in der Maquila-Industrie stieß: Die Reform mache Mexiko zu einem „high-tax regime" (zit. in Financial Post

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2013; ebenso Camimex 2014).[187] Doch dass diese Maßnahmen keine Politikwende bedeuteten und nur kontextgebunden verständlich werden, verdeutlicht sich daran, dass zeitgleich die PRI um eine allgemeine Energiereform und damit die vollständige Privatisierung des Staatskonzerns PEMEX rang. Könnte die ehemalige Staatspartei dieses Projekt umsetzen, wäre es die größte wirtschaftspolitische Umwälzung seit den 90er Jahren. Dies würde die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Regierung Calderón fortführen, die noch damit gescheitert war, dieses symbolische Kernelement des mexikanischen Nationalismus zu demontieren.[188] Gegen das Privatisierungsprojekt strebten Teile der PRD 2013 ein Referendum an (vgl. den Aufruf von Cárdenas et al. 2013 gegen die Privatisierung). Diese und etwa die Grupo Nuevo Desarrollo berufen sich auf ein umfassendes alternatives Hegemonieprojekt (ebd.; Grupo Nuevo Curso de Desarrollo 2012). Der mexikanische Staat schwäche seine Verteilungskapazitäten mit einem solchen Projekt weiter.

Die kurzzeitig große Präsenz der Studierendenbewegung YoSoy132 während des Wahlkampfs 2012 und weitere Proteste unterschiedlicher Gruppierungen zeigen, dass wesentliche gesellschaftliche Sektoren in der Rückkehr zur PRI keine Alternative für sich sahen. Logisches Gegenstück wäre die weitere Normalisierung repressiver Verhältnisse. Der Fall der verschwundenen Studierenden von Ayotzinapa im September 2014 und eine Reihe weiterer, ähnlicher Fälle verdeutlichen über autoritäre Maßnahmen hinaus längst staatsterroristische Elemente, denn die Verantwortung staatlicher Apparate ist hier nicht mehr von der Hand zu weisen.

187 Die Reform will ab 2014 erstmals Royalty-ähnliche Zahlungen von 7,5 % einführen, allerdings mit Ausnahmen.

188 Dass dieses politische Projekt dem Rückgriff auf nationalistische Diskurse keinen Abbruch tut, wurde nach dem Amtswechsel in aller Paradoxie deutlich: 2013 wurden präzise am 15. September, dem Nationalfeiertag, wochenlange Proteste der Lehrer/-innen gewaltsam aufgelöst, um die Feierlichkeiten nicht zu stören.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

VI Autoritäre Elemente von Staatlichkeit und funktionale Gewaltszenarien

VI.1 Vergleichsmomente, Unterschiede, Parallelen

Die vorangegangenen Kapitel versuchten zu zeigen, wie die Problematik der staatlichen Gewaltausübung in den zwei Beispielländern mit einem systematischen Staatsverständnis zu erfassen ist. Welche unterschiedlichen konfligierenden Hegemonie-Projekte lassen sich darauf aufbauend am Politikfeld Un-/Sicherheit verdeutlichen? Wie standen gesellschaftliche Sektoren zu unterschiedlichen Projekten, und inwiefern setzte sich jeweils ein – unterschiedlich ausgeprägtes – autoritäres Projekt durch? Inwiefern können die verwendeten Analyseheuristiken dem Bild von der diffusen, entgrenzten Gewalt ein differenziertes Bild von der Rolle des Staates in diesem Feld entgegensetzen? Kapitel V (Un-/Sicherheit) hat gezeigt, dass sich das Politikfeld in den beiden Kontexten äußerst komplex darstellt. Das folgende Kapitel fasst die Ergebnisse auf drei Abstraktionsebenen zusammen. Abschließend wird gebündelt, an welchen Stellen Aussagen über Unterschiede und Ähnlichkeiten und über die Vermittlung von Kräfteverhältnissen in staatliche Strukturen möglich sind. Die Beispielfälle werden kurz im regionalen Kontext verortet. Schließlich schlägt das Kapitel den Bogen zurück zu den vier Analyseschritten zu Kontext, Kräftekonstellationen, Prozessanalyse und „Verdichtungen“ (Kap. II) und zur Frage nach staatstheoretischen Konzepten für die Beispielfälle.

VI.1.1 Un-/Sicherheiten und Transformation

Auf der niedrigsten Abstraktionsebene arbeitete die Untersuchung der jeweiligen Programme im Politikfeld Un-/Sicherheit ab 2002 (Kolumbien) und 2006 (Mexiko) konkurrierende Hegemonieprojekte heraus und skizzierte, inwiefern sich in beiden Kontexten die Rolle der Sicherheitsapparate im staatlichen Gefüge und entsprechend die institutionellen Selektivitäten verschoben. Kapitel V analysierte detail-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

liert, welche gesellschaftlichen Fraktionen sich wie positionierten und ihre Interessen in die politischen und juridischen Apparate übersetzen konnten und wie dies mit strukturellen Bedingungen im Verhältnis stand, welche Brüche sich innerhalb des institutionellen Gefüges des Staates auftaten und welche neuen bzw. fortgeführten Exklusions- und Inklusionsprozesse sich vollzogen.

Eine institutionelle Re-Organisation der staatlichen Architektur, Kompetenzverlagerungen und Ressourcenallokation zugunsten des traditionellen Sicherheitssektors – dieser Ausbau bekam in beiden Ländern ab 2002 bzw. 2006 einen deutlichen Schub, und zwar verbunden mit einem sehr ähnlichen Legitimationsdiskurs. So ist ein Ergebnis der vergleichenden Analyse, dass in Mexiko nach den Wahlen 2006 offenbar ähnlich der Situation in Kolumbien 2002 das Kernthema Sicherheit die „Konvergenz und Mobilisierung verschiedener gesellschaftlicher Kräfte" (Franco Restrepo 2009: 98) in gewaltvollen Strategien möglich machte, die legale und illegale Maßnahmen kombinierten: Faktisch wurde in beiden Kontexten die erhöhte militärische Präsenz mit der Steigerung von Gewalt legitimiert, die teilweise aktiv herbeigeführt wurde. Offensichtlich übernahm die mexikanische Regierung Diskursfiguren und entlieh sich Erklärungsmuster von der kolumbianischen Regierung (z.B. das spezifisch aufgeladene Konzept der Demokratischen Sicherheit).[1] In Kolumbien fiel Uribes Diskurs z.B. mit der Furcht städtischer Sektoren vor Entführungen zusammen; in Mexiko führte die Angst vor Gewalt zumindest dazu, dass die Forderung Vieler von 2006 nach einem wirtschafts- und sozialpolitischen Wandel in den Hintergrund trat.[2] Das Scheitern politischer Projekte wie dem Gesetz für Nationale Sicherheit (*Ley de Seguridad Nacional*) in Mexiko oder die Umsetzung des Gesetzes 975 (*Ley de Justicia y Paz*) in Kolumbien illustrieren das unterschiedlich erfolgreiche Ringen um ähnlich autoritäre Projekte und die Versuche, die konzeptionellen Grenzen zwischen legal und illegal neu zu ziehen (Nordstrom 2004: 85).

1 Diskursiv kam es zu bemerkenswerten kulturellen Übernahmen: Der Begriff *sicario*, in der sizilianischen Mafia gebräuchlich, bezeichnete im Medellín der 80er Jahre junge Männer, die für Auftragsmorde angeheuert wurden, und ist in Mexiko inzwischen als Bezeichnung für ‚Kriminelle' Teil der Alltagssprache. Die Trainings mexikanischer Militärs und Polizisten (Proceso 2011c) durch kolumbianische Eliteeinheiten und direkte personelle Transfers erklären manche Übernahme von Konzepten und Strategien: Zu Ende der Präsidentschaft Calderóns stellt dieser den kolumbianischen Direktor der Policía Nacional, General Óscar Naranjo, als Berater für Sicherheit in Mexiko ein; ihm werfen Basisorganisationen in Kolumbien Menschenrechtsverletzungen und Verbindungen zu den kriminellen Netzwerken des Cauca vor (Semana 2012d). In dieser Personalie kristallisiert sich zudem die Kontinuität der Sicherheitspolitik in Mexiko nach 2012.

2 Dies gilt nicht ausschließlich für Kolumbien oder Mexiko, sondern „everywhere these days, criminal violence has become an imaginative vehicle" (Comaroff/Comaroff 2006: 41), das sich in der Unterstützung für autoritäre Projekte niederschlägt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Herausforderung lag in dieser vergleichenden Prozessanalyse darin, die gesellschaftlichen Kräfte zu bestimmen, die in der Dialektik von Recht und „Unordnung" diese Grenzen zu verschieben in der Lage waren (vgl. Poulantzas 2002: 121), weil sich das Terrain der strukturellen Selektivität für sie günstig gestaltete und/oder sie dieses zu ihren Gunsten verändern konnten.

Zusammenfassend lassen sich für Kolumbien folgende Punkte festhalten: Die Verbindung zwischen landbesitzenden Fraktionen, repressiven Arbeitsregimen und (gewaltsamer) Aneignung von Land gab es historisch in Lateinamerika praktisch überall, wo landwirtschaftliche Exportgüter für die Weltmarkteinbindung Gewicht hatten. Das in Kolumbien durchgesetzte „Modernisierungsprojekt", das ab 2002 zunächst als Staatsprojekt auf allen institutionellen Ebenen relevant wurde, treibt dies jedoch ins Extrem. Dokumentiert sind die Interessenüberschneidungen zwischen Teilen der Herrschenden und der illegalen Ökonomie in geheimgehaltenen Vereinbarungen wie dem Pacto de Ralito (2001) über eine „Neugründung" Kolumbiens.

Zwei Prozesse sind im Politikfeld Un-/Sicherheit im hier untersuchten Zeitraum zu beobachten: Erstens ist das der enorme Einfluss *narco-paramilitärischer* Gruppen auf Entscheidungen des Kongresses und der Exekutive. Obwohl hier nicht von einer „paramilitärischen" Kongressfraktion ausgegangen wird, ist die strukturelle Selektivität für diese extrem günstig: Die Durchsetzung des Ley JyP belegt eine für sie informelle Durchlässigkeit des Staates. Somit hatten Gewaltunternehmer, entsprechend der Durchsetzung der oben genannten Interessenlagen, teilweise besten Zugang zu staatlichen Apparaten. Offenbar vertraten politisch durchsetzungsfähige Gesellschaftssektoren zunehmend die Erkenntnis, die irregulären Kräfte seien mit einem Demobilisierungsprozess soweit möglich wieder einzuhegen, um nicht nur der Suche nach Kapitalanlagemöglichkeiten, sondern auch nach Investitionsgarantien zu entsprechen und dieses Hegemonieprojekt zum Prozess der Kapitalakkumulation adäquater werden zu lassen (Kannankulam/Georgi 2012: 30). Tatsächlich präsentierten spezifische Kräfte im Staat die *narco-paramilitares* als politische Akteure im bewaffneten Konflikt, um diese teilweise zu reinstitutionalisieren – ohne deren wirtschaftliche Basis nennenswert anzutasten.

Die während der Regierung Uribe zusammenfallende Interessenkonvergenz bedeutete im Gegenzug die direkte Bedrohung von oppositionellen außerparlamentarischen Gruppen, Journalisten, Kleinbauernorganisationen, die (Kriegs-)Verbrechen der *narco-paramilitares* zu skandalisieren suchten (V.2.1.-2). Laut offiziellem Diskurs hingegen beseitigte gerade die Regierung Uribe den Paramilitarismus im Demobilisierungsprozess ab 2003 vollständig. Dieser Diskurs und die Bedrohungsrealität für die Kritiker/-innen dieses Prozesses fallen völlig auseinander. Das Demobilisierungsgesetz JyP ist das klarste Beispiel dafür, die tatsächlichen politischen Kämpfe, Interessen und Verbrechen hinter dem Schleier formaler Mechanismen und einem internationalen transitional-justice-Diskurs zu verbergen, um zugleich

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

diese Arenen der Judikative mit neuem Personal zu besetzen und die für Subalterne günstigen Selektivitäten auf diesem Terrain (etwa per Dekret) zu schließen.

Die massive Kompetenzverschiebung hin zu Militär-Institutionen macht den zweiten Prozess aus und geht weit über einen aufgestockten Militärhaushalt hinaus. Beispiel ist die Übernahme nicht-militärischer Aufgaben durch Militärs, die Marine oder militarisierte Polizeien (etwa die Aufgabe der Gesundheitsversorgung in den Zonas de Consolidación oder ab 2008 den CCAI, Infrastrukturaufträge, psychosoziale Versorgung). Die Militärgerichtsbarkeit und die große Autonomie des Militärs bereits seit den 60er Jahren in der Bestimmung ihres eigenen Budgets verschaffen ihnen ohnehin eine privilegierte Position. Das Regierungsprogramm *Seguridad Democrática* stärkte mit dem Plan Colombia und der Ausweitung der Militärpräsenz ultra-rechtsgerichtete landbesitzende Kräfte, schwächte die Opposition in den entsprechenden Gebieten und band diese in ein extraktivistisches Akkumulationsmodell ein. Hiermit re-institutionalisierte der Staat zudem Aufgaben der Gewaltausübung, die er zuvor dezentralisiert hatte. Nicht nur sind die verschiedenen Maßnahmen in unterschiedlichen Politikfeldern unter militärischer Führung miteinander vermittelt (Plan Colombia, Alternative Entwicklungsprogramme, wirtschaftliche Reformen), sondern sie sind zusätzlich mit einer bestimmten (wenn auch begrifflich häufig schwammigen) Vorstellungswelt versehen (*estado comunitario*), in der Dissens nicht existierte.

Die Produktion von Unsicherheit betraf nachweislich besonders Subalterne, kleinbäuerliche Zusammenhänge, politisch aktive Oppositionelle, die sich der Inwertsetzung von Land widersetzten. Vor allem für die Opfer von *narco-paramilitares* gestalteten sich institutionelle Selektivitäten (bei INCODER, Militär, aber auch der Judikative) ab 2002 extrem ungünstig. Das Gesetz de Justicia y Paz verschärfte dies noch, wurde aber paradoxerweise zugleich als Versöhnungsprojekt präsentiert. Dies gelang allerdings nur kurzfristig: Denn prozessanalytisch konnte herausgearbeitet werden, dass dieselben zugrunde liegenden Allianzen ab ca. 2006 brüchig wurden. Ein Konflikt brach innerhalb des staatlichen Ensembles zwischen Exekutive und Judikative auf, wobei letztere eine der Gestaltung des Politikfelds gegenüber kritische Rolle einnahm. Ein zweiter, damit verschränkter Konflikt ergab sich zwischen den früheren AUC-Vertretern und der Regierung Uribe, die offenbar eine gewisse Distanz zu denjenigen einzunehmen gezwungen war, die zuvor einen Teil ihrer Basis ausgemacht hatten: Sie konnte nicht mehr angemessen zwischen dem für die Investitionen wichtigen Image auf internationaler Bühne, den Interessenlagen der althergebrachten Kapitalfraktionen und der *clase emergente* vermitteln.

Ähnlich zog in Mexiko das Militär massiv Kompetenzen und nicht-militärische Aufgabenbereiche an sich (dazu zählen die Übernahme von Umweltfragen durch die Marine, die Regierungsgewalt in Zonen militärischer Operationen) und konnte die eigene Stellung im Institutionengefüge aufwerten. Der Fokus auf extraktive Ak-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kumulationstrategien und die *assembly-line*-Produktion und der fortgeführte Abbau staatlicher Zugeständnisse an Subalterne hatte nicht nur allgemein exkludierende Effekte, sondern konstituierte noch ungünstigere institutionelle Selektivitäten für subalterne Gesellschaftssektoren und konkret für Organisationen aus dem Menschenrechtsbereich. Eine Vermittlung der Interessenlagen der breiten Bevölkerung zu Staatspersonal und Legislative existiert kaum. Die *narcos* wurden zur Folie, auf der Staatlichkeit diskursiv reproduziert wurde: In der Abgrenzung, in der Bekämpfung der „Drogenkartelle" und ihnen zum Trotz funktioniert der mexikanische Staat, so der offizielle Diskurs. Während Gewalt alltäglich wurde, suggerierten Erfolgsmeldungen (Beschlagnahmungen, Festnahmen und Tötungen „wichtiger" *narcos*) größtmögliche Bemühungen des Staates. Auch wenn informelle arreglos die Normalität *darstellen*, wurden diese teilweise bekämpft, einzelne Fälle von Korruption aufgedeckt. Doch ist ein Ergebnis, dass der Staat auch auf illegale Mittel wie Verschwindenlassen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Hinrichtungen zurückgriff – und zwar nicht nur im unklar definierten Bereich des „Drogenkriegs" – und daher Protest verschärft mittels Counterinsurgency-Strategien zu disziplinieren suchte.

Da sich die illegale Transitökonomie und die Räume und Wirtschaftssektoren, in die die meisten (ausländischen) Investitionen flossen (etwa im Rahmen des Bergbaubooms), teilweise überlagern, lässt sich aber belegen, dass nicht hauptsächlich die Kapitalgruppen (vor allem nicht außengerichtete) von Unsicherheit betroffen waren, sondern subalterne Gesellschaftssektoren am ehesten mit Mord, Verschwindenlassen und damit dem Verlust von Identität zu rechnen hatten. Hat der Disput um den sozialen Aufstieg und die besten Akkumulationsbedingungen in verschiedenen Regionen des Landes (besonders Michoacán oder Coahuila) in den letzten Jahren gewalttätige Formen angenommen, diente dies nichtsdestotrotz lokalen, aufstrebenden Familien und der lokal verankerten Gewinnerwirtschaftung und begründete neue *Cacicazgos*. Die illegale Transitökonomie verschränkte sich mittels Investitionen mit den expandierenden Tagebauzonen und spezifischen Produktionsregimen der Maquilas.

Paradoxerweise entstanden also gerade während der mexikanische Staat den militärischen Aktionsradius geographisch wie qualitatitv massiv ausweitete, immer mehr neue Akteursgruppen (sogenannte *autodefensas*, neue *policías comunitarias*), die eigeninitiativ, gegen, mit, abhängig und unabhängig von staatlicher Finanzierung, Gewalt ausüben, Recht setzen, Strafrecht durchsetzen, Sicherheit und Unsicherheit herstellen. Diese „Angstgeographien" (Oslender 2008), in denen *tejido social* und kommunitäre Strukturen aufgelöst werden, sind nicht trennscharf abgrenzbar und betreffen nicht das gesamte „Staatsterritorium", sondern sind regionalen, teilweise sogar lokalen Kontexten geschuldet, für die lokale und zentralstaatliche Kräfte eine Rolle spielen. Das Szenario verkompliziert sich durch das Narrativ vom Kontrollverlust eines ehemals stabilen, zentralistischen Staatsparteiensystems. Dies

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

widerspricht im Übrigen auch der Vorstellung von einem bewaffneten Konflikt, der eine bestimmte Opfer- oder Kombattantenzahl überschreitet und sich durch eine begrenzte Konfliktregion und direkte Konfrontationen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen bewaffneten Kräften auszeichnet. Die Grenzen zwischen Krieg und Nicht-Krieg, zwischen Kombattanten und Zivilisten und zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Kräften sind nicht klar zu ziehen.

Prozessanalytisch bestätigte sich der Eindruck, dass große Teile der Legislative die Verschärfungen in der Strafgesetzgebung und die Ausweitung militärischer Kompetenzen u.a. zunächst weitgehend mittrugen. 2009/2010 nahmen einige Sektoren eine kritischere Haltung dazu ein, die in der Realität bereits umgesetzte Politik nun gesetzlich festzuschreiben (vgl. Rodríguez Rejas 2010a: 400ff.), als deutlich wurde, dass die Einführung des Gesetzes hohe politische Kosten mit sich bringen würde. Sie formulierten aber kein alternatives politisches Projekt. Das Scheitern des Ley de Seguridad Nacional bedeutete keinesfalls das Scheitern des politischen „Sicherheits"-Projekts. Es erfasst die Umstände nur partiell, zu behaupten, Präsident Calderón habe mit den bestehenden illegal-legalen Strukturen nicht umzugehen gewusst. Denn ein faktisch, nicht aber rechtlich durch- und umgesetzter, und regional ganz unterschiedlicher Ausnahmezustand wurde auf Dauer gestellt – über die Konjunktur hinaus.

Dass es der Regierung Calderón nicht gelang, politische Projekte auf parlamentarischem Terrain durchzusetzen, ist eher damit zu erklären, dass sie sich als Gruppe von Politikern auf noch weit weniger stabile Interessenallianzen stützte als die kolumbianische Regierung. In Mexiko ließ sich trotz der eskalierenden Gewaltraten letztlich nur flüchtig breite gesellschaftliche Unterstützung über das Feld der Un-/Sicherheit herstellen, wenn auch die Kapitalfraktionen die Sicherheitspolitik nach wie vor mittrugen (Deloitte México 2012: 4). Im Ergebnis mündete die Politik angesichts der geschwächten Regierungspartei PAN bisher in einer Stärkung der neoliberal ausgerichteten Rechten, allerdings repräsentiert von und eingehegt innerhalb der PRI – nicht der PAN. Während die Regierung Calderón mit steigenden Zahlen von Toten (MéxicoEvalúa 2012) den Eindruck einer immer größeren Katastrophe beförderte, deren Gründe unklar blieben, und Kämpfe innerhalb der verschiedenen Sicherheitsapparate öffentlich zutage traten, erreichte die PRI wieder eine große Präsenz und konnte sich 2012 in einer als katastrophale Krise wahrgenommenen Phase als Option des Altbekannten, die Politiker/-innen aus der Zeit vor der *Alternancia* als das fähigere Staatspersonal präsentieren – auch gegenüber den Opfern von Menschenrechtsvergehen: Hielt Präsident Calderón das „Opfergesetz" noch zurück, verabschiedete die PRI es bereits 2013 (Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad 2012a). Das Auseinanderfallen der Allianzen erklärt sich zudem daher, dass die Hegemonie-Projekte der unterschiedlichen Klassenfraktionen in Kolumbien und Mexiko sich zwar auf ähnliche Akkumulationsstrategien bezogen, doch gerungen wurde zudem um Hegemonieansprüche und die Fähigkeit, das eigene Pro-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

jekt als allgemeingültig und universell bedeutsam zu präsentieren. Letzteres gelang auch in Kolumbien ab etwa 2006 kaum mehr.

VI.1.2 Nord- und Südamerika: Verortung im regionalen Kontext

Im Politikfeld verdeutlichen sich autoritäre, auf die internen Abläufe, spezifische „juridisch-politische Aspekte" gerichtete „Staatsprojekte" (Kannankulam/Georgi 2012: 32) z.B. in den Kompetenzverschiebungen zwischen unterschiedlichen Sicherheitsapparaten. Doch die sich darin kristallisierenden Interessenallianzen gehen weit über die militärische Ebene hinaus. Zudem steht dies dem vorherrschenden Akkumulationsregime keineswegs entgegen, kann nicht als dysfunktional/gescheitert interpretiert werden. Der Begriff des (Hegemonie-)Projekts konnte verdeutlichen, dass unterschiedliche Akteure in konkreten Konstellationen darum ringen, ihre Interessenlagen verallgemeinern zu können (ebd.: 20).

Einerseits machen in Kolumbien die Brüche und Ausdifferenzierungen ab 2006 eine gewisse Gegensätzlichkeit zwischen mehreren herrschenden Fraktionen und unterschiedliche miteinander ringende Hegemonie-Projekte deutlich. Konsequenz sind die auf den ersten Blick widersprüchlich wirkenden Strategien der Folgeregierung Santos' (2010-2014) (V.2.6.): Die Verabschiedung des Gesetzes zur Rückgabe von Land an Kleinbauern führte zu Kritik ultrarechter Kräfte (ländliche Wirtschaftsgremien, ein engerer Kreis um den ehemaligen Präsidenten Uribe und Teile des Staats- und seines Regierungspersonals), obwohl das Gesetz keineswegs kleinbäuerlichen Forderungen entspricht: Eine großflächige Rückgabe von Land gibt es nicht (vgl. Jenss 2012). Doch der Produktivitätsdiskurs der Fraktionen um Santos bedroht Uribe-nahe Fraktionen dort, wo angeeignetes Land ausschließlich als Machtbasis oder der extensiven Viehwirtschaft dient. Sollten sie ihren angeeigneten Besitz tatsächlich bedroht sehen, ist eine breite (Wieder-)Bewaffnung irregulärer Kräfte nicht auszuschließen, obwohl die Regierung Santos die Ausrichtung der Vorgängerregierung unter anderen diskursiven Vorzeichen weitgehend fortführt. Die Rückkehr kleinbäuerlicher Gemeinden ist ohnehin kaum möglich.

Andererseits verschmilzt ein Teil der genannten ländlichen Fraktionen (mit legalem wie illegalem Kapital) durchaus mit der agrarindustriellen Produktion und dem Dienstleistungssektor (CED-INS 2013; vgl. Richani 2012b; Zelik 2009). D.h., die wirtschaftlichen Interessen der großen Konglomerate, des ökonomisch aktiven Staatspersonals der Regierung Santos und dieser in der Grauzone zwischen Legalität/Illegalität agierenden Agrarfraktionen überschneiden sich durchaus. Funktionale Interdependenzen zwischen Fraktionen der herrschenden Klassen sorgen für Kontinuität. Die vielschichtigen Proteste und alternativen Projekte Subalterner und die höchst repressive Bearbeitung solcher Proteste zeigen allerdings: Es findet prak-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tisch keine Vermittlung statt zwischen der Wahrnehmung der Regierungskreise und gesellschaftlicher Konfliktivität, kaum existiert ein gemeinsames „semantisches Feld“ (Francisco de Oliveira 1998 zit. in Becker 2008: 21; vgl. ähnlich Uribe Hincapié 2001: 81). Das von der Regierung Uribe repräsentierte Hegemonieprojekt konnte sich nur kurzfristig durchsetzen.[3] Ein „Staatsprojekt“ hingegen, das sich auf die Institutionen (und auf Abläufe im staatsapparativen Gefüge) selbst richtet und zwischen diesen Kohärenz herstellen soll, lässt sich im kolumbianischen Kontext für die Zeit zwischen 2002-2010 feststellen.

In Mexiko gestaltet sich das Politikfeld weniger kohärent; politische Projekte scheiterten, zwischen staatlichen Apparaten und innerhalb dieser kam es zu Konflikten (z.B. zwischen Marine und Militär). Die Verkündung des „Kriegs gegen die Drogen“ brach vor allem radikal mit den noch sechs Jahre zuvor großen Hoffnungen auf Demokratisierung. Dass diese Hoffnungen sich keineswegs erfüllten, die PAN dasselbe wirtschaftspolitische Projekt fortführte wie die PRI und die Öffnung politischer Mechanismen keineswegs eine größeren Durchsetzungsfähigkeit alternativer Projekte auf staatlichem Terrain bedeutete, hatte letztlich bereits vor Calderóns Amtsantritt zur politischen Krise geführt, die die Regierung nun gerade mit dem Fokus auf Sicherheitsthemen einzudämmen suchte. Doch durchsetzen konnten die konservativen Kräfte um Calderóns unternehmensnahe PAN-Strömung sich insofern nicht, als sie binnen weniger Jahre an Unterstützung der für sie entscheidenden gesellschaftlichen Gruppen fast völlig verloren: Zwar schien die „Sicherheitslage“ als vorherrschendes Thema jedes andere Programm auf eine sekundäre Ebene zu verbannen und zugleich die Kontinuität der wirtschaftsliberalen Ausrichtung zu sichern, doch Kämpfe brachen auf dem Terrain des Politikfelds „Un-/Sicherheit“ sogar zwischen staatlichen Apparaten desselben Zweigs auf.

Identifizieren lassen sich ein außenorientiertes Projekt fragmentierter herrschender Fraktionen, das auf den Aufschwung des Gold- und Silberexports (Camimex 2014) und Anreize für Investitionen setzt und dafür Leistungen des Staates weiter auf die rein symbolische Ebene oder in selektive klientelistische Netzwerke (die aus der PRI-Zeit verbleiben) verschiebt, und eines, das eher in industrieller Produktion für den lateinamerikanischen Markt verankert ist, aber weniger Durchsetzungskraft auf staatlichem Terrain aufweist. Eine weitere Formulierung ist die eines neuen „Entwicklungsprojekts“ mit einer ernstzunehmenden Sozial-, Fiskal- und Finanzpolitik (Grupo Nuevo Curso de Desarrollo 2012). Diese würde die Un-/Sicherheitspolitik grundlegend verändern, die sie u.a. auf mangelnde gesellschaftliche Zukunftsperspektiven zurückführt. MORENA positionierte sich nicht mehr klar zur Sicherheitspolitik, vertrat aber ein eher nationalistisches Projekt (zit. in El

3 Daher kann 2002 auch nicht im Sinne Zavaletas (2009a) als autoritärer *momento constitutivo*, als Re-Konstitution staatlicher Herrschaft unter substantiell neuen Bedingungen, interpretiert werden.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Economista 2011b). Radikal emanzipatorische Projekte sind eher lokal in konkreten Protestkonstellationen verortet, obwohl ihre Vernetzungsbemühungen über die Nationalgrenzen hinausgehen (Foro Mesoamericano de los Pueblos 2011). Wachsende Einkommensdisparitäten verfestigen die institutionellen Filter, etwa beim Zugang zur Justiz. Nur lokale, vereinzelte Erfolge, etwa bei der Landverteilung in Chiapas oder Mobilisierungen in México D.F. modifizierten die Spielräume. Als wichtige überregionale Artikulation von direkt Betroffenen der Un-/Sicherheitspolitik trat einzig das Movimiento por la Paz Con Justicia y Dignidad (2012a) hervor und in Dialog mit der Exekutive, distanzierte sich aber zugleich von dieser.

Ausländische Direktinvestitionen und das Paradigma makroökonomischer Stabilität sind zentraler und treibender Faktor für eine verstärkte Transnationalisierung (CEPAL 2012; Estrada Álvarez 2010b: 127), sichtbar an der massiven Steigerung der Investitionen von außen in beiden Ländern (trotz der in Mexiko deutlich spürbaren US-Krise von 2009). Von der Steuer- und Zollerhebung rechtlich ausgenommene Freihandelszonen ebenso wie großflächiger Tagebau sind räumlicher Ausdruck dieser Durchsetzung spezifischer Klasseninteressen. Auch die Zusammensetzung der Investitionen spricht für eine Tendenz zu extraktiven Sektoren ab Amtsantritt der beiden Präsidenten. Das herrschende Entwicklungs- und Fortschrittsparadigma (Wettbewerb um Direktinvestitionen, Freihandel) beinhaltet das Erschließen neuer Territorien und damit die (selektive) Vertreibung von Bevölkerungsgruppen. Territorien, die zuvor marginalisiert waren, werden nun aktiv in den Weltmarkt integriert. In diesem Akkumulationsmodell stellen formal-demokratische Mechanismen und die in beiden Ländern neue Parteienpluralität die Möglichkeit zur Einhegung von Protest dar. Materielle Zugeständnisse an die nicht vom Modell profitierenden Teile der Gesellschaft gibt es kaum. Die autoritäre „Restauration" vollzieht sich innerhalb auf den ersten Blick offener Aushandlungsprozesse in der Demokratie. Faktisch stärkte die Parteienpluarlität die herrschenden Fraktionen bzw. *Caciques* sogar, denn sie ermöglicht ihnen, von einer Partei zur anderen zu wechseln bzw. die Unterstützung unterschiedlicher Parteien zu nutzen, um unterschiedliche symbolische Identifikationsangebote zu machen.

Obwohl sich Formen der direkten Gewalt (Verschwindenlassen, Morde, Zurschaustellen dessen) und Regierungsdiskurse bis ins Detail ähnelten und politische Strategien teilweise aus einem ähnlichen Sicherheitsverständnis schöpfen, kann von einer Kolumbianisierung Mexikos keine Rede sein – jedenfalls nicht im gebräuchlichen Sinn, der mit dem Begriff auf den Ende der 90er Jahre angeblich kurz vor dem Zerfall stehenden kolumbianischen Staat verweist (vgl. Felbab-Brown 2009: 9).[4] Aus

4 In diesem vorherrschenden Diskurs wird häufig behauptet, in Kolumbien sei der Staat wieder aufgebaut, sorge für Ordnung und Wachstum und habe die AUC entwaffnet; was bleibt, ist für diesen offiziellen Diskurs nur noch ein Kriminalitätsproblem. In Mexiko

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Perspektive kritischer Analysen lassen sich die Prozesse in Mexiko und Kolumbien nicht gleichsetzen, auch nicht die para-staatlichen Elemente. „Kolumbianisierung" findet hingegen in dem Sinne statt, als die Struktur der mexikanischen Militarisierung den kolumbianischen Regierungsstrategien Anfang der 2000er Jahre ähnelt.

In beiden Staaten fand ab 2010 bzw. 2013 kein Zurückschwingen des Pendels statt, sondern eine weitgehende Fortführung der Wirtschafts- und Un-/Sicherheitspolitik. Insofern gehören Kolumbien und Mexiko auf dem Kontinent weiterhin zu den investitions- und USA-freundlichsten Staaten und führen gemeinsam mit Chile und Peru die Bestrebungen, in der Pazifik-Allianz (Alianza del Pacífico 2011, 2013) Freihandelszonen der deep integration zu errichten, fort. Tatsächlich fällt zudem die Sicherheitsstrategie beider Länder mit einer in der ganzen Region verschärften – wie sich gezeigt hat, aber höchst selektiven – Umsetzung von Strafjustiz und Ausweitung staatlicher Gefängnisverwahrung zusammen: In beiden Ländern hat die Sicherheitsstrategie zu überfüllten Gefängnissen geführt (ICPS 2006, 2010).

Hier werden die Kosten einer prohibitionistischen Anti-Drogenpolitik externalisiert und treffen in ihrer vorherrschenden Form häufig die unteren zwei Dezile der Bevölkerung (vgl. Friman 2009: 17). Emanzipatorische Bewegungen sind in beiden Kontexten aber nicht zerstört, obwohl z.B. in Nordmexiko „Angstgeographien" ihre Arbeit massiv erschweren. Während in Mexiko landesweite Vernetzungsprozesse von Basisorganisationen erst in den letzten Jahren begonnen haben, systematisch Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und psychosoziale Arbeit als zentrales Element zur Bearbeitung von Gewalterfahrungen in ihre Arbeit zu integrieren, führen Organisationen in Kolumbien dies seit Jahrzehnten fort (IV02, Gespräche). Ihre Rolle ist in beiden Kontexten nach wie vor, die Möglichkeit einer Transformation dieser Verhältnisse aufrecht zu erhalten und nicht nur die Verantwortung staatlicher Stellen für Gewaltakte zu verurteilen, sondern auf die zugrundeliegenden Ungleichheitsregime hinzuweisen.

VI.2 MODIFIZIERTE SELEKTIVITÄTEN UND STAATLICHE TRANSFORMATIONSPROZESSE IM KONTEXT VON UN-/SICHERHEIT

Die Herausforderung bestand darin, einen staatstheoretischen Referenzrahmen für die Analyse des Politikfelds Un-/Sicherheit zu schaffen. Auf mittlerer Analyseebene verdeutlichte die intersektionale Sozialstrukturanalyse (Kapitel III) die Rolle historisch unterschiedlicher trayectorías für die aktuellen Entwicklungen in der jewei-

dagegen regierten Chaos, Unsicherheit und rivalisierende Banden, die den Staat bedrohen. Die realen Kräfteverhältnisse treffen beide Diskurse nicht ansatzweise.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ligen Gesellschaft: Die Muster struktureller Selektivität waren z.B. bereits aufgrund der unterschiedlichen Weltmarkteinbindung unterschiedlich. Repressive Mechanismen des staatlich-institutionellen Ensembles, die einer Infragestellung der jeweils herrschenden Ordnung entgegenwirkten, spielten in beiden Staaten langfristig eine Rolle. Die Gewaltfunktion lagerte der Staat teilweise (!) in ähnlicher Weise an lokale, regionale Intermediäre aus. In Mexiko jedoch setzte sich, nachdem in der Mexikanischen Revolution 1910 in Teilen des Landes die vorherigen Latifundisten vertrieben wurden, eine teilweise Umverteilung des Produktionsmittels Land durch und konnten sich binnenmarktorientierte Fraktionen wesentlich eher und nachhaltiger durchsetzen: Das post-revolutionäre Projekt entsprach den Anforderungen der Kapitalakkumulation, förderte diese Fraktionen mit staatlicher Intervention und konnte subalterne Sektoren einbinden – abhängig allerdings von weltwirtschaftlich günstigen Bedingungen. In Kolumbien dagegen blieb das Gleichgewicht zwischen export- und binnenorientierten Fraktionen fragil und begründete nie ernsthafte Versuche, subalterne Sektoren in einem übergreifenden Projekt zu vereinen. In beiden Kontexten war ein Resultat der Konzessionen an die Kapitalfraktionen ein dauerhaft vulnerables Fiskalsystem.

Zugleich berücksichtigte die historische Konkretisierung aus regulationstheoretischer Perspektive Veränderungen in der Rolle des Staates (Becker et al. 2007; vgl. Hirsch 2005). Dies hatte im Zusammenspiel externer und interner Faktoren in beiden Ländern spezifische Konsequenzen für die Ausgestaltung von Staatlichkeit. So konnten die Analyse der Kräftekonstellationen (Kap. IV) und die Prozessanalyse zeigen, dass extralegale Ökonomien in den veränderten Akkumulationsregimen (v.a. einem offenen Finanzsektor, abgebaute Kapitalverkehrskontrollen und Handelsschranken) einen Nährboden fanden (vgl. Castells 2010: 170ff.; Friman 2009: 1). Die Strafverfolgung ist höchst selektiv, die Verflechtungen zwischen legaler und illegaler Ökonomie vielfältig. Langfristig ergaben sich Sozialstrukturverschiebungen und Veränderungen in der Anordnung der Staatsapparate. Die Analyse der Kräftekonstellationen (Kap. IV) zeichnete nach, dass bestimmende Kapitalfraktionen in Kolumbien bereits ab den 80er und besonders in den 90er Jahren angesichts veränderter (globaler) Akkumulationsstrategien eine Re-Organisation der staatlichen Gewalt beförderten, die günstige Bedingungen für Akkumulation garantieren sollte (vgl. Kap. IV, Franco Restrepo 2009: 400). Es ist allzu deutlich, wie der Großgrundbesitz in den Jahrzehnten nach 1980 die eigene Position in der Wirtschaftsstruktur neu verhandelte: Diese Repositionierung präsentierte sich als Interessenkonvergenz (und z.B. weit zurückreichende Geschäftsbeziehungen) der Sektoren, die ihre Akkumulationsstrategien im Eigentum über große Flächen Land verankerten; das schloss Militärs und aufgestiegene Kräfte in der illegalen Ökonomie – die *clase emergente* – ein. Die kolumbianischen *narco-paramilitares* stiegen in den ländlichen Sektoren zu herrschenden Fraktionen auf; die Sozialstruktur, die angesichts enormer Kapitalkonzentration kaum Raum für soziale Aufstiegsmobilität

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ließ, machte den Aufstieg durch die Beteiligung an der Produktionskette für Kokain noch attraktiver.

Die *narco-paramilitares* als Akteure der illegalen Ökonomie verankerten sich nicht nur „in der sozialen Kontrolle der Unterschicht" (Krauthausen 2013: 59), sondern gestalteten diese Kontrolle immer wieder in Kooperation mit und auf Initiative aus dem staatlichen Gefüge gewaltvoll um. Die langfristige Umsetzung dieser Interessenlagen und Akkumulationsstrategien verschlechterte das Terrain struktureller Selektivität zulasten kleinbäuerlicher Strukturen, kollektiven Landbesitzes, der gemischten Besitzstruktur des Kaffeesektors und einer binnengerichteten Industrie. Die parallele Auslagerung von Gewalt an paramilitärische Gruppen und deren Entwicklung zur kokainfinanzierten AUC waren Bedingung dafür, dass sich die unter V.2. dargelegte autoritäre Transformation der staatlichen Regulation von Gewalt ab etwa 2000 überhaupt vollziehen konnte.

Für Mexiko skizzierte Kapitel IV die historisch enge Relation zwischen nordmexikanischen in der illegalen Ökonomie tätigen Fraktionen und den politischen Aushandlungsmodi innerhalb des Regulationsmodells der PRI. Die Transformation dieses Sektors zu einer gewaltvollen Transitökonomie machte die Grauzone zwischen staatlichen-nichtstaatlichen Akteuren instabiler und weniger klar zu verorten.[5] Bedingung für diese Entwicklung war die parallel verlaufende ökonomische Umstrukturierung, bemerkenswerte Konzentration der Kapitalgruppen und Umbau der Regulationsmechanismen. Mexiko vereint heute Regionen mit lokaler Produktion von Marihuana mit einer netzwerkartig organisierten Transitökonomie (Verkehrsknoten mit Vertriebskorridoren nach Norden, im Süden wird die Agrargrenze noch ausgeweitet). In jeder Region sind an ihr auch lokal verankerte herrschende Fraktionen beteiligt bzw. schöpfen Renten ab. Die Gouverneure sind als „lokale Referenzpunkte" (SERAPAZ 2007: 3) autoritärer Herrschaftsausübung im föderalen System zugleich diejenigen, an die sich Protest richtet, gleichsam als Intermediäre. Auf dieser regionalen Ebene haben die rasch wechselnden Kräftekonstellationen direktere Auswirkungen auf die institutionellen Selektivitäten. Dass um lokale und regionale Ordnungen gerungen wird, erweckt den Eindruck, der Zentralstaat habe das Gewaltmonopol verloren.

Auf der Abstraktionsebene des Verständnisses von Staatlichkeit in Kolumbien und Mexiko wurde konstatiert, diese sei als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen" (Poulantzas 2002) zu verstehen. Dieses Staatsverständnis machte deut-

5 Die Grauzone zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren lässt sich in Kolumbien deshalb überhaupt dokumentieren, weil die Allianzen zwischen ultrarechten Grundbesitzerfraktionen, *narco-paramilitares* und städtisch-industriellen/agrarindustriellen Fraktionen aufbrachen. In Mexiko gibt es trotz aller öffentlichen Kritik an der Regierung Calderón keineswegs eine stärkere Aufklärung staatlicher Menschenrechtsverbrechen. Das weist auf die weitgehende Kontinuität struktureller Interessenlagen hin.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lich, dass wir es nicht mit einer neutralen Steuerungsinstanz zu tun haben, die sich gegenüber einer von Gewalt geprägten Gesellschaft behaupten muss, sondern mit einer Herrschaftsform, die strukturell selektiv wirkt, in deren Materialität sich aber unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte in gebrochener Art und Weise wiederfinden können.

Werden die Räume, in denen Widersprüche austariert werden können, geschlossen, so erschwert dies laut Poulantzas, gesellschaftliche Kompromissgleichgewichte herzustellen und eine Art gesellschaftliche Kohäsion zu gewährleisten. Obwohl Poulantzas (ebd.: 232, 235) die Staatsform des Autoritären Etatismus mit einer spezifischen „Phase des Kapitalismus" in Europa verknüpft und für Lateinamerika die Entstehung einer „neue[n] abhängige[n] Staatsform" beobachtet, die „beachtliche Besonderheiten" aufweise und sie von den herrschenden Ländern unterscheide, beschreiben dennoch sowohl Begründungen wie Symptome des Autoritären Etatismus zumindest teilweise die Formen politischer Herrschaft, die in Lateinamerika heute zu beobachten sind. Die Liberalisierungspolitik wird dort, wo sie auf Widerstand trifft, mittels staatlicher Repression durchgesetzt und mit externen Abhängigkeiten begründet (ähnlich, wie Kannankulam (2008: 330) dies für den EU-Zusammenhang konstatiert). Für Mexiko, aber auch für Kolumbien lässt sich – graduell – eine enge Verschränkung von Exekutive und Judikative feststellen; weitere Symptome des Autoritären Etatismus wie informelle Machtnetzwerke, das Austragen von politischen Kämpfen in der Bürokratie, die Verlagerung politischer Verhandlungsebenen (Poulantzas 2002: 253ff.) wurden beschrieben (Kap. V).

Allerdings werden die von Poulantzas beobachteten Tendenzen in den beiden Fällen (u.a. aufgrund anderer historischer Konstellationen) weit ins Extrem geführt und sind außerdem angesichts der häufig über lange Zeiträume verhängten Ausnahmezustände in Kolumbien (Zinecker 2007) und der informell ausgeübten staatlichen Gewalt unter der PRI in Mexiko (Pansters 2012a) empirisch nur teilweise neu. Die Liberalisierungspolitik in den 70er/80er Jahren des 20. Jahrhunderts hingegen wurde nicht in allen lateinamerikanischen Staaten in einem autoritären Klima, sondern teilweise gerade parallel zu Demokratisierungsprozessen vollzogen.[6] Symptome des Autoritären Etatismus (Poulantzas 2002: 231ff.) und Phasen der

6 In Kolumbien wurde die Verfassung von 1991 mit weitgehenden Minderheitenrechten und einem vorangegangenen relativen Partizipationsprozess praktisch zeitgleich mit dem Programm zur „ökonomischen Öffnung" erarbeitet und verabschiedet (vgl. López Restrepo 2004). In Mexiko war die langsame Öffnung des Staatsparteienmodells mit großen Erwartungen für eine tatsächlichen Demokratisierung verbunden (vgl. Rodríguez Araujo 2009), die ökonomische Restrukturierung hingegen setzten außenorientierte Fraktionen bereits in den 80er Jahren – mit der PRI – durch. Andernorts führten die verstärkt spürbaren Auswirkungen des wirtschaftlichen Umbaus Anfang der 2000er Jahre zu massiven Protesten und in der Folge zum Sturz von Regierungen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Widersprüche zwischen Kapitalgruppen und der selektiven Intervention des Staates zugunsten bestimmter Fraktionen waren daher historisch besonders in Kolumbien immer wieder zu beobachten. Poulantzas kann aber den Stellenwert und die Ausprägungen der Gewaltfunktion jener Staaten nur teilweise erfassen. Die tendenzielle Zentralisierung des Staatsapparats zuungunsten kommunaler Machtbefugnisse z.B. (ebd.: 257) gilt für die lateinamerikanischen Länder nur begrenzt. Demgegenüber wird hier die Stärkung regionaler, substaatlicher Machtkonfigurationen mit autonomen Gewaltbefugnissen konstatiert. Mehr noch, die nach dem Washington Consensus vorangetriebene Dezentralisierung verstärkte dies im untersuchten Zeitraum noch.

Dementsprechend ist die These von einem „dezentral organisierten Gewaltmonopol" (Franco Restrepo 2009: 381) plausibel: Die Fraktionen, die „privat" Gewalt ausüben bzw. Gewaltunternehmen beauftragen, sind teilweise dieselben, die staatliche Politik mitbestimmen. Die Verantwortung für illegale Maßnahmen scheint allerdings ausschließlich außerhalb des Staates verortet, bei unkontrollierbaren nicht-staatlichen Akteuren. Das Bemühen der Regierung um die Wiederherstellung dieses nicht-bestehenden Gewaltmonopols (Pearce 2010) wurde letztlich Legitimationsgrundlage des Staates.

Mit dem Konzept der Grauzone (Auyero 2007) konnte herausgestellt werden, dass das Verhältnis zwischen Staatspersonal und Paramilitärs, *narcos* etc. in beiden Fällen immer wieder ein komplementäres war und sich zwischen Autonomisierung und Re-Institutionalisierung bewegte (vgl. Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 30; Maldonado Aranda 2010a: 336).[7] Nicht die staatlichen Kräfte allein stellen Ordnung her; weitere Akteure agieren in Kooperation mit oder gegen einzelne oder mehrere staatliche Agenturen, um eine spezifische Ordnung durchzusetzen. Zu beobachten ist somit nicht nur ein gescheiterter Krieg „gegen die Drogen", sondern dieser hat mindestens in einigen Bereichen die Stärkung autoritärer Herrschaftsmodi ermöglicht.

Der Krieg hat insofern durchaus Klassencharakter: Die staatliche Sicherheitspolitik produziert Unsicherheit, indem sie mindestens indirekt dazu führt, dass unterprivilegierte Gesellschaftssegmente stärker von direkter Gewalt betroffen sind (die sie häufig nicht belegen können, s. Verschwinden) und zudem mittels der Schließung institutioneller Selektivitäten diese vom Zugang zu staatlichen Entscheidungsprozessen ausschließt. D.h., direkte Gewalt verschleierte tendenziell strukturelle Gewalt, politische Gewalt scheint in einer diffusen sozialen Gewalt aufzugehen. Die Analyse des Politikfelds machte zudem eine ähnliche Doppelbewegung in

7 Die Entwicklungen waren insofern gegenläufig, als der „Demobilisierungsprozess" in Kolumbien tendenziell eher „Reintegration" und Einhegung der ausgelagerten Gewaltfunktion bedeutete, und in Mexiko besonders ab 2006 Atomisierungstendenzen und kurzfristige Arrangements lokale „Geographies of Terror" (Oslender 2008) begründeten.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den beiden Kontexten deutlich: Einerseits sind durch den Klassencharakter des Krieges besonders subalterne Gruppen ausgeschlossen, andererseits absorbiert gerade die illegale Ökonomie dauerhaft Marginalisierte und ermöglicht ihnen eine gewisse soziale Mobilität.

Die institutionellen Selektivitäten gelten ebenso für die Rechtsstaatlichkeit und den unterschiedlich guten Zugang unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu juristischen Mitteln wie für den Schutz vor Gewalt. Die Diskrepanz zwischen dem wiederkehrenden Rekurs auf eine „Kultur der Legalität" (Presidencia de la República 2010) und der völlig selektiven Umsetzung von Gesetzen ist eklatant.[8] Das Konzept der institutionellen Selektivitäten und Poulantzas' Verweis auf die Verschränkung legaler und illegaler Maßnahmen konnten folgendes herausstellen: Die Interessenlagen von *narco-paramilitares*, Militärs und internationalen Akteuren wirkten auf legislative Prozesse ein; Strafgesetze und sogar die Konzeption von Straftaten wurden „deformiert" (vgl. Coordinación CEEU 2005).

Den zwischen Legalität und Illegalität pendelnden institutionellen Praktiken, etwa in der Gestaltung von Kriminalitätspolitik, lagen die unterschiedlichen Vorstellungswelten gesellschaftlicher Klassenfraktionen zugrunde und wurden von diesen mit getragen; sie sind keine Fehler im Institutionendesign oder auf das Versagen von Staatspersonal zurückzuführen. Stattdessen richteten sich staatlich-kriminelle Allianzen (belegbar durch Dokumente, Aussagen, staatsanwaltliche Ermittlungen) darauf, Gerichtsverfahren für bestimmte Gruppen (Staatspersonal wie nichtstaatliche) zumindest zu verzerren. Dies führte nicht zu einem Zerfall staatlicher Herrschaft, sondern wirkte in den beiden Konfliktsituationen eher herrschaftsaffirmativ.[9] Der Transformationsprozess der staatlichen Regulation von Gewalt findet innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens (Poulantzas 2002: 121) statt. Die veränderte Gewaltfunktion des Staates, staatliche/nichtstaatliche Gewaltpraktiken und das Gewicht militärischer Apparate stützten die Rolle des Staates für die Reproduktion der kapitalistischen Wirtschaft. im Rahmen zweier autoritär ausgerichteter (Hegemonie-)Projekte wurde der Einsatz repressiver Mittel massiv ausgeweitet – ohne die parlamentarischen Mechanismen abschaffen zu müssen. Damit findet die strukturelle Dimension, die Poulantzas (ebd.: 113f.) betonte, nämlich dass

8 Obwohl das kolumbianische Strafgesetz z.B. durchaus hohe Gefängnisstrafen für Angriffe auf Zivilbevölkerung außerhalb von Gefechten vorsieht, wurden die *narco-paramilitares* mit der auf sie zugeschnittenen Rechtsprechung davon ausgenommen (Kap. V.2.).

9 Insofern kann hier Zelik (2009: 161ff.) uneingeschränkt zugestimmt werden, wenn er argumentiert, um dem weberschen idealtypischen Rechtsstaat zu entsprechen, müssten Partikularinteressen zurückgedrängt werden, aber gerade der dem Diskurs von der Staatsschwäche entsprechende „Ausbau der Gewaltapparate" untergrabe einen tiefgreifenden Wandel (ebd.: 162), der zu mehr Rechtsstaatlichkeit führen könnte.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Staat gleichermaßen Legalität und Illegalität als Aktionssphären nutzt, einen sehr konkreten konjunkturellen Ausdruck in den beiden Kontexten. Selbst wenn Folgeregierungen das staatliche Gefüge wieder modifizieren (wie z.B. die Abschaffung des mexikanischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit nach dem Amtswechsel zeigt), gesellschaftliche Kräfte einhegen oder sogar verfolgen, geschieht das auf einer anderen Basis staatlicher Strukturen als zuvor. Die geschaffene Basis wird zum „konstitutiven Bestandteil staatlicher Herrschaftssicherung" (PROKLA Redaktion 2008); die staatlichen „Prioritäten" (Poulantzas 2002: 162) und die Möglichkeiten des Einflusses auf diese sind verschoben.

Die wachsende Bedeutung des Militärs im staatlichen Gefüge, der sogenannte „Drogenkrieg" und die Kriminalisierung sozialen Protests begleiten einen zunehmend an Zustimmung verlierenden Umbau des Produktionsmodells. Die „Kontrolle von Bevölkerung" wird demnach „zum zentralen Motiv" (Zelik 2009: 323) der militärischen Apparate, das zudem paramilitärischen Gruppen in Kolumbien und offenbar ein Teil der illegalen Netzwerke in Mexiko verband. Ausgleichende, integrative Mechanismen der Sozialpolitik wurden deutlich vernachlässigt (in Mexiko wurden sie von den letzten vier Regierungen unterschiedlicher parteipolitischer Couleur massiv abgebaut); welche Teile der Gesellschaft staatliche Interventionen zu ihren Gunsten durchsetzen und zu ihren Ungunsten abwenden konnten, hing zudem von konkreten Kräftekonstellationen, u.a. der Art der Interiorisierung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, ab.

Doch es handelt sich nicht um einen Ausnahmestaat: Letztlich zeigen die Beispiele, dass die als krisenhaft wahrgenommenen Herrschaftsmodi längst auf Dauer gestellt sind. Hinreichend ausgleichende Mechanismen fehlen dauerhaft (Kap. I.5.); die fiskalpolitischen Spielräume waren historisch gering, die Integration spezifischer Klientel reichte für eine Stabilisierung meist aus; direkte Gewaltausübung zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte blieb üblich (vgl. Fals Borda 2009b). Widersprüchlichkeiten zwischen einzelnen, uneinheitlichen Staatsapparaten treten deutlicher zutage (in Mexiko ist der Unterschied zwischen dem Staatsparteienmodell und den heutigen Konstellationen deutlich). Das macht die (informellen) „Zugänge zu Entscheidungszentren" Becker (2008: 27), oder „die Gewinnung spezifischer Staatsapparate" (Becker 2008: 24) zentral dafür, politische Projekte durchsetzen zu können. Diese Prozesse, so lässt sich mit Poulantzas herausstellen, treffen – strukturell selektiv – Teile der Gesellschaft stärker als andere. Was sich als Krise von Staatlichkeit darstellt, gestaltet sich für breite Teile der Bevölkerung als auf Dauer gestellte, regional unterschiedliche Unsicherheits-Regime, in denen sich „normale [...] und Ausnahmestrukturen" (Jessop 2006: 58) operativ permanent überschneiden.

Funktional war das Gewaltszenario in diesen Kontexten deshalb, weil es die Legitimität der Regierenden nicht schlussendlich untergrub: Denn der Einsatz repressiver Mittel wurde nicht nur formell (staatliche Akteure), sondern weithin in-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

formell ausgeweitet, in Gestalt tatsächlich oder vermeintlich nicht-staatlicher Akteure, die parallel zu offiziellen staatlichen Apparaten agierten. [10] Das Bild der Grauzone erfasst diese Ambivalenz. Häufig blieben die von staatlicher Gewalt Betroffenen gleichsam unsichtbar, meist aber vor allem die konkreten Gewaltakteure. Letztlich trug die Art und Weise, in der das Politikfeld strukturiert war und ist, in beiden Ländern dazu bei, die Infragestellung der Privilegien eines Teils der Gesellschaft zu hindern und Akkumulationsräume zu erweitern. Selbst ohne direkte Kooperationen und Verantwortung staatlicher Stellen stabilisierte dies strukturell die gesellschaftlichen Sektoren, die einen radikalen Bruch mit der bestehenden Ordnung ablehnen (vgl. Franco Restrepo 2009: 535) und wirkte desorganisierend auf diejenigen, die eine emanzipatorische Transformation der bestehenden Ordnung politisch anstrebten (vgl. Poulantzas 2002). Insofern schließt die Arbeit mit der staatstheoretischen Perspektive die Lücke einer vergleichenden Analyse autoritärer Regime in Kolumbien und Mexiko ein Stück weit.

Mit den Konzepten der *sociedad abigarrada* und *Colonialidad* konnten zudem intersektionale Verschränkungen von Unsicherheitslagen und der Schließung politischer Terrains herausgearbeitet werden: Die soziale Exklusion betrifft immer mehr Gruppen (häufig junge Männer, ‚*Ni-nis*', *desplazados*), die „aus den Zentren der politischen Entscheidung" weitgehend ausgeschlossen bleiben (Poulantzas 2002: 269). Im offiziellen Diskurs beider Kontexte fallen diese Bevölkerungssegmente aus der Gemeinschaft heraus, werden zu Nicht-Bürgern (Pearce 2010), deren Verschwinden in Zusammenhang mit kriminellen Tätigkeiten gebracht oder deren Tod als Nebenerscheinung in der Wiederherstellung der Ordnung in Kauf genommen werden muss. In dieser Logik sind diejenigen, die ohnehin „am Rand" stehen, mögliche Verdächtige, für die zugleich die Justizregime kaum durchlässig sind. Inwiefern die dauerhafte Ausnahme besonders diejenigen trifft, für die sich in der sozialen Klassifizierung per Klasse/*race* mehrere Achsen der Ungleichheit verschränken, kann diese Studie nicht eindeutig belegen. Unsicherheit produzieren staatliche Strategien in der *sociedad abigarrada* entsprechend der kapitalistisch geprägten Form und den Anforderungen des Weltmarkts allerdings nachweislich besonders für die extrem armen Bevölkerungssegmente und diejenigen, die Kollektiveigentum statt

10 Damit ist nicht gesagt, dass jede Gewalteskalation, private Ausübung von Gewalt oder illegale ökonomische Tätigkeit funktional für staatliche Herrschaft wäre (schon gar nicht a priori oder im Sinne einer klaren Intentionalität); es ist notwendig, das ambivalente Verhältnis in den Blick zu bekommen. Dass es darüber hinaus tatsächlich organische Verflechtungen gab, die von Staatspersonal und illegalen Akteuren aktiv betrieben wurden, konnte im einzelnen Kontext jeweils stellenweise belegt werden. Und daran können weitere Studien möglicherweise anschließen, um jeweils Gewaltformen und Gewaltakteure möglichst präzise in ihrem historisch-spezifischen Verhältnis zum Staat zu bestimmen – sowohl theoretisch als auch empirisch.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Privatbesitz, gemeindebasierte politische Organisation statt repräsentativer Demokratie nutzen, und dies sind häufig kleinbäuerliche, indigene oder afro-Gemeinden.

Der Aufstieg spezifischer Fraktionen über den Kokainhandel ging mit gewaltsamen Vertreibungen einher; in Mexiko schrieb die PAN die endgültige Abkehr vom Ejido-Modell fest. Die Kontrolle von Landbesitz und die Konfiguration ländlicher Räume sind für die Schwerpunkte wirtschaftlicher Produktion zentral und in die konkurrierenden Konzeptionen von Un-/Sicherheit eingebunden. Die „discursive racialization of space" (Bobrow-Strain 2007: 43) und die Identifikation als „weißer" „*ganadero*", „*patrón*" o.ä. diente immer wieder zur privilegierten Positionierung im Herrschaftsverhältnis. Inwieweit die Kolonialität der Macht (Quijano 2000a) dazu führt, von Verschwindenlassen o.ä. betroffen zu sein, dafür ist der konkrete Kontext entscheidend. Umgekehrt eignen sich in einem Kontext extremer Ungleichheit in beiden Ländern Bevölkerungsgruppen dauerhaft marginalisierter ‚*desechables*' Gewaltstrategien an, u.a. um Konsummuster zu erfüllen, die ihnen meist verwehrt bleiben (vgl. Gledhill 2013). Mittels Gewalt und illegalen Netzwerken ist der soziale Aufstieg für manche möglich, führt in dieser Konstellation jedoch zu gewaltförmigen Disputen um lokale und regionale Herrschaftsstrukturen.

Zusammengefasst *kann* von einem abwesenden Staat überhaupt nicht die Rede sein. Einen Rückzug des Staates gab es auf der Fürsorgeseite,[11] nicht aber für die Apparate, die gemeinhin für „Sicherheit" und die Wahrung des Gewaltmonopols zuständig sind. Sie wurden beständig – auch bereits vor der hier in den Blick genommenen Phase – ausgebaut, modifiziert, mit neuen Nebeninstitutionen versehen und verästelt. Teilweise verschoben sich Aufgaben von Planungsinstanzen, Sozialpolitik oder Gesundheitsversorgung sogar direkt auf die militärischen Institutionen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen sich dieser Ausbau von Kompetenzen ganz bestimmter Institutionen ergab und auf die er traf, gestalteten sich sehr unterschiedlich, wenn auch der transnationale Faktor des „Drogenhandels" ein zentraler Bezugspunkt blieb und in beiden Staaten auf ähnliche Weise verzerrt zur Legitimation einer apparativen Umstrukturierung diente – verzerrt deshalb, da tatsächlich Teile des Staates und gerade der „Sicherheitsapparate" eng mit eben dieser illegalen Ökonomie verknüpft waren und sind, wiederum in jeweils ganz unterschiedlichen Modi: Parapolitische Strukturen sind funktional, zentral, nicht deviant (Wilson 2009: 29): Der von Brüchen durchzogene Staat eignet sich diese aktiv an, setzt sie ein für eigene illegale Tätigkeit, die nicht legitimiert werden können. Aufstrebende Kräfte aus (originär illegalen) Produktions- u. Handelsbeziehungen haben deshalb im Untersuchungszeitraum in beiden Fallbeispielen zur Reproduktion des kapitalistischen Systems beigetragen. Wie in der Einleitung argumentiert wurde, ist die ak-

11 Dies gilt vor allem in Mexiko; in Kolumbien war diese außerhalb klientelistischer Netzwerke nie besonders ausgeprägt.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tuelle Gewaltsituation, etwa in Mexiko, daher nicht durch eine ausschließlich exogene Bedrohung des Staates durch die „Organisierte Kriminalität“ zu erklären.

Um in solchen widrigen Kontexten angemessene emanzipatorische Strategien zu entwickeln, müssen historische Faktoren und Bedingungen für Gewaltverhältnisse ebenso wie die Artikulation des Politikfelds Un-/Sicherheit mit einem spezifischen Set wirtschaftspolitischer Strategien, die beide Kontexte markiert, nachvollzogen werden. Einerseits kann die Arbeit auf einem hohen Abstraktionsniveau zeigen, dass dafür die wenig überzeugenden failed-states- und Fragilitätsansätze durch eine Herangehensweise ersetzt werden müssen, die der Rolle des Staates in der kapitalistischen Wirtschaft ebenso Rechnung trägt wie der Präsenz gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in staatlichen Apparaten und historischer Faktoren: Ein poulantzas'sches Staatsverständnis entspricht in Verbindung mit komplementären Kategorien der lateinamerikanischen Ansätze dem Gegenstand des lateinamerikanischen Staates eher, um die Verhältnisse adäquat – und nicht als Defizite, im Rückgriff auf eine Vorstellung „gescheiterter“ Staaten – zu analysieren. Andererseits zeigt die Arbeit auf einer konkreteren Ebene, dass in beiden Kontexten konkurrierende Hegemonieprojekte mit unterschiedlichem temporärem Erfolg und auf Basis unterschiedlicher Kräftekonstellationen neue Bedingungen für die folgenden Aushandlungen gesellschaftlicher Interessen schufen. Inwiefern dies „prototypische“ Fälle darstellt, repräsentativ dafür, wie veränderte transnationale Verflechtungen mit den Konstellationen gesellschaftlicher Kräfte innerhalb nationalstaatlicher Zusammenhänge zusammenwirken, müssen weitere Studien zeigen.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

VII Anhang

LITERATURVERZEICHNIS

Acemoglu, Daron/Robinson, James A./ Santos, Rafael (2009): The Monopoly of Violence: Evidence from Colombia, Working Paper, National Bureau of Economic Research, unter: http://www.nber.org/papers/w15578, besucht 3.11.2012.

Agamben, Giorgio (1998): Homo Sacer, Stanford: Stanford University Press.

Agamben, Giorgio (2004): Ausnahmezustand, Frankfurt: suhrkamp.

Aguilar Rivera, José Antonio (2012): Introducción, in: *Aguilar Rivera, José Antonio* (Hrsg.), Las Bases Sociales del Crimen Organizado y la Violencia en México. México D.F.: CIES.

Alarco, Germán/Hierro, Patricia del (2010): Crecimiento y Concentración de los principales grupos empresariales en México, in: *Revista Cepal*, *101*. 179–197.

Alasuutari, Pertti (1995): Researching Culture: Qualitative Method and Cultural Studies, SAGE.

Alba Vega, Carlos/Labezée, Pascal (2012): Inversión Extranjera Directa en México, Comportamientos Empresariales y Políticas Gubernamentales, in: *Prud'homme, Jean-Francois/Ordorica, Manuel* (Hrsg.), Política. Los Grandes Problemas de México. IV. México D.F.: Colegio de México, 54–59.

Alnasseri, Sabah (2004a): Imperial(istisch)e Kriege und Kantonisierung oder: die Internationalisierung peripherer Staaten, in: *Peripherie*, *96, 24. Jg.*, *4 - Staat und Entwicklung*.

Alnasseri, Sabah (2004b): Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit - Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Anaya Muñoz, Alejandro (2012): Security Versus Human Rights: the Case of Contemporary Mexico, in: *Kenny, Paul/Serrano, Mónica* (Hrsg.), Mexico's security failure: collapse into criminal violence. New York: Routledge, 122–140.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Angarita Canas, Pablo Emilio (2012): La *Seguridad Democrática*. Punta del iceberg del régimen político y económico colombiano, in: Vargas Velásquez, Alejo (Hrsg.): (El Prisma de las Seguridades en América Latina. Escenarios regionales y locales. Buenos Aires: CLACSO, 15–49.

Anguiano, Arturo (2010): El Ocaso Interminable. Política y Sociedad en el México de los Cambios Rotos, México D.F.: Ediciones Era.

Animal Político (2013): Esclavos especializados, in: *Animal Político*. México D.F., unter: http://mariana.content18.com/esclavos/esclavos.pdf, besucht 31.10. 2013.

Animal Político (2014): Riesgos y beneficios de legitimar las autodefensas, in: *Animal Político*. México D.F., unter: http://www.animalpolitico.com/2014/02/los-riesgos-y-beneficios-de-legitimar-las-autodefensas-de-acuerdo-con-los-expertos/, besucht 5.2.2014.

Aponte, Alejandro David (1999): Guerra y derecho penal del enemigo. Aproximación teórica a la dinámica del derecho penal de emergencia en Colombia, Bogotá: Centro de Investigaciones Sociojurídicas CIJUS/Universidad de los Andes.

Apostolo, Camille/Moreau, Eugénie/Colectivo la Voz de los Xixes (2013): Entender México desde Colombia: entre despojo y lucha por la vida, in: *SubVersiones*. unter: http://subversiones.org/archivos/14416, besucht 12.10.2013.

Archila Neira, Mauricio (2012): El movimiento estudiantil en Colombia, una mirada histórica, in: *OSAL (Buenos Aires: CLACSO)*, *XIII*, *31*. 71–103.

Arias, Enrique Desmond/Goldstein, Daniel M. (Hrsg.) (2010): Violent democracies in Latin America. Durham [NC]: Duke Univ. Press.

Aristizábal, José G (2007): Metamorfosis. Guerra, Estado y globalización en Colombia, Bogotá: Ediciones desde abajo.

Aronowitz, Stanley/Bratsis, Peter (2002): State Power, Global Power, in: *Aronowitz, Stanley/Bratsis, Peter*: Paradigm lost: state theory reconsidered. Minneapolis: University of Minnesota Press, xi–1.

Arrighi, Giovanni (1994): The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Times, London/New York City: Verso.

Arroyo Picard, Alberto (2009): México a 14 años del TLCAN: realidad y propaganda, in: TLCAN. Balance general e impactos subregionales y sectoriales. México D.F.: Universidad Autónoma de Chapingo (UACh), RMALC.

Astorga, Luis (1999): Drug Trafficking in Mexico. A First General Assessment, Discussion Paper, Management of Social Transformations (MOST)/ UNESCO, unter: http://www.unesco.org/most/astorga.htm, besucht 30.6.2011.

Astorga, Luis (2003): México, Colombia y las drogas ilegales: variaciones sobre un mismo tema, Lecture, VIII Cátedra Anual de Historia Ernesto Restrepo Tirado, „Análisis histórico del narcotráfico en Colombia".

Astorga, Luis (2007): Seguridad, Traficantes y Militares. El poder y la sombra, México D.F.: Tusquets.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auyero, Javier (2007): Routine Politics and Violence in Argentina: The Gray Zone of State Power. Cambridge, NY: Cambridge University Press.

Ávalos Tenorio, Gerardo (2003): Las formas políticas del capital y las transformaciones del Estado, in: *García Jurado, Roberto/Flores Rentería, Joel* (Hrsg.), La democracia y los ciudadanos. México D.F.: UAM-X, CSH, Depto. de Politica y Cultura, 43–68.

Ávalos Tenorio, Gerardo (Hrsg.) (2009a): El Estado mexicano: Historia, estructura y actualidad de una forma política en transformación, México D.F.: UAM-Xochimilco, Depto. de Relaciones Sociales.

Ávalos Tenorio, Gerardo (2009b): El Estado mexicano en disolución, in: *Metapolítica*, *66*. 62–67.

Ávila Martínez, Ariel Fernando (2010): Injerencia política de los grupos armados ilegales, in: *López Hernández, Claudia* (Hrsg.), y refundaron la Patria... De cómo mafiosos y políticos reconfiguraron el Estado colombiano. Bogotá: Random House/ Corporación Nuevo Arcoiris, 79–213.

Aziz Nassif, Alberto (2009): El Desencanto de una democracia incipiente. México después de la transición, in: *Rodríguez Araujo, Octavio* (Hrsg.), México. Un nuevo régimen político? México D.F.: siglo XXI editores, 9–62.

Bagú, Sergio (1992): Economía de la sociedad colonial. Ensayo de historia comparada de América Latina, México D.F: Grijalbo.

Ballvé, Teo (2009): Una de las cooperativas de palma entregadas por Macaco para reparar a sus víctimas recibió dinero del Plan Colombia., in: *La Silla Vacía*., unter: http://lasillavacia.com/historia/2182, besucht 26.11.2013.

Bartra, Roger (1976): Estructura agraria y clases sociales en México, México: Era.

Bartra, Roger (1984): Campesinado y poder político en México, México: Era.

Basset, Yann (2008): La izquierda colombiana en tiempos de Uribe, in: *Nueva Sociedad*, *214*. 4–13.

Bataillon, Claude (1997): Espacios mexicanos contemporáneos, 1. Aufl., México, D.F.: El Colegio de México.

Bayón, María Cristina (2008): Konturen des informellen Sektors in Mexiko und Argentinien, in: *Boris, Dieter/Gerstenlauer, Therese/Jenss, Alke/Schank, Kristy/ Schulten, Johannes* (Hrsg.), Sozialstrukturen in Lateinamerika - Ein Überblick. Wiesbaden: VS-Verlag, 147–169.

Beare, Margaret (Hrsg.) (2003): Critical reflections on transnational organized crime, money laundering, and corruption. Toronto [u.a.]: Univ. of Toronto Press.

Beare, Margaret (2005): Fear-based Security: The Political Economy of „Threat", Paper. Konferenz: Global Enforcement Regimes Transnational Organized Crime, International Terrorism and Money Laundering. Amsterdam: Transnational Institute, unter: http://www.tni.org/crime, besucht 20.12.2009.

Beato, Guillermo (2004): De la Independencia a la Revolución, México D.F.: Oceano/ Universidad Nacional Autónoma de México.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Becerra, Ricardo/Salazar, Pedro/Woldenberg, José (2011): La mecánica del cambio político en México, México D.F.: Ediciones Cal y Arena.

Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie - polit-ökonomische Perspektiven, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, *2008*, *02*. 10–32.

Becker, Joachim/Fischer, Karin/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (2007): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung, in: *Becker, Joachim/ Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia* (Hrsg.), Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: mandelbaum, 7–62.

Becker, Joachim/Hödl, Gerald/Steyrer, Peter (2005): Kriege an den Rändern. Akteure, Konfliktlinien, Verläufe, in: *Dies.* (Hrsg.), Kriege an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien: Promedia, 13–38.

Bellinghausen, Hermann (2008): Acteal: crimen de Estado, La Jornada Ediciones.

Benítez Manaut, Raúl (2010): México 2010. Crimen organizado, seguridad nacional y geopolítica, in: *Benítez Manaut, Raúl* (Hrsg.), Crimen Organizado e Iniciativa Mérida en las relaciones México-Estados Unidos. México D.F.: Colectivo de Análisis de la Seguridad con Democracia A.C., 9–30.

Benítez Manaut, Raúl/Rodríguez Ulloa, Carlos (2006): Seguridad y fronteras en norteamérica: del TLCAN a la ASPAN, in: *Frontera Norte*, *18*, *35*. 7–28.

Bigo, Didier (2006): Globalized (In)Security: the Field and the Ban-opticon, in: *Bigo, Didier/Bonelli, Laurent/Guittet, Emmanuel-Pierre/Olsson, Christian/ Tsoukala, Anastassia (Hrsg.)*, Illiberal Practices of Liberal Regimes. the (in)security games. 5–49, unter: http://www.people.fas.harvard.edu/~ces/conferences/muslims/Bigo.pdf, besucht 29.10.2013.

Block, Fred (1977): The Ruling Class Does not Rule: Notes on the Marxist Theory of the State, in: *Socialist Revolution*, *33*.

Bobrow-Strain, Aaron (2007): Intimate enemies : landowners, power, and violence in Chiapas, Durham, N.C. [u.a.]: Duke Univ. Press.

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Bolívar, Ingrid (2010): Formación del Estado y biografía de las categorías, in: *Nómadas*, *33*. 93–107, unter: http://redalyc.uaemex.mx/src/inicio/ArtPdfRed.jsp?iCve=105118973008, besucht 14.8.2012.

Bonilla González, Ricardo (2006): La reforma económica: una apertura concentradora, in: *Leal Buitrago, Francisco* (Hrsg.), En la Encrucijada. Colombia en el Siglo XXI. Bogotá: Editorial Norma, 423–450.

Bonilla González, Ricardo (2011): Apertura y reprimarización de la economía colombiana. Un paraíso de corto plazo, in: *Nueva Sociedad*, *231*. 46–65.

Boris, Dieter (1996): Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie, Wiesbaden: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Boris, Dieter (2004): Finanzkrisen und Entwicklungstheorie, in: *Gerlach, Olaf/ Kalmring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas* (Hrsg.), Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/ Main: Brandes&Apsel, 243–262.

Boris, Dieter (2007): Staatlichkeit in der Peripherie, in: *Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia* (Hrsg.), Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: mandelbaum, 243–259.

Boris, Dieter (2008): Sozialstrukturanalyse in Lateinamerika, in: *Boris, Dieter/ Gerstenlauer, Therese/Jenss, Alke/Schank, Kristy/Schulten, Johannes* (Hrsg.), Sozialstrukturen in Lateinamerika - Ein Überblick. Wiesbaden: VS-Verlag, 9–43.

Boris, Dieter (2009): Lateinamerikas Politische Ökonomie. Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert?, Hamburg: VSA-Verlag.

Boris, Dieter (2010): Was machen wir mit dem Klassenbegriff? in: *Z- Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, *82*. 146–150.

Boris, Dieter (2013): Staatlichkeit und Transformationsprozesse in Lateinamerika. Eine aktuelle Debatte, in: *Sozialismus, Supplement 9*.

Boris, Dieter/Sterr, Albert (2002): FOXtrott in Mexiko - Demokratisierung oder Neopopulismus?, Köln: Neuer ISP-Verlag.

Bow, Brian/Santa-Cruz, Arturo (2012): The State and Security in Mexico: Transformation and Crisis in Regional Perspective. New York, NY [u.a.]: Routledge Chapman & Hall.

Boyer, Jean-Francois (2011): Ein Staat gibt sich auf, in: *Le Monde diplomatique, deutsche Ausgabe 9494*. 14, unter: http://monde-diplomatique.de/pm/2011/05/13/a0055.text.name,askz3wlET.n,3, besucht 31.5.2011.

Boyer, Jean-François (2012): Hoffnung auf Ruhe durch Korruption, in: *Le Monde Diplomatique*, *deutsche Ausgabe*. , unter: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2012/07/13.mondeText1.artikel,a0044.idx,9, besucht 28.10.2013.

Brachet-Márquez, Viviane (1994): The dynamics of domination: state, class and social reform in Mexico. 1910-1990, Pittsburgh, Pa.: Univ. of Pittsburgh Pr.

Braig, Marianne/Müller, Markus-Michael (2008): Das politische System Mexikos, in: *Rinke, Stefan/Stüwe, Klaus* (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag, 390–416.

Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates, in: *Becker, Joachim/ Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia* (Hrsg.), Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: mandelbaum, 260–279.

Brand, Ulrich (2010): Globalisierung als Krise des Fordismus und ihrer Überwindung. Poulantzas' Überlegungen zur Internationalisierung von Politik und Ökonomie, in: *Demirovic, Alex/Karakayali, Serhat/Adolphs, Stephan* (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 97-114.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Brand, Ulrich (2011): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. unveröffentlichtes Manuskript, Wien.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive, in: *Prokla*, *2007*, *2*. 217–234.

Brenner, Neil (2004): New State Spaces. Urban Governance and the rescaling of Statehood, Oxford: Oxford University Press.

Brenner, Neil/Jones, Martin/MacLeod, Gordon/Jessop, Bob (2003): Introduction: State Space in Question, in: *Brenner, Neil/Jones, Martin/MacLeod, Gordon/ Jessop, Bob (Hrsg.),* State/Space: A Reader. Boston: Blackwell Publishing, 1–26.

Bretthauer, Lars (2006): Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas, in: *Kannankulam, John/Bretthauer, Lars/Stützle, Ingo/Gallas, Alexander* (Hrsg.), Poulantzas lesen. Hamburg: VSA-Verlag, 82–100.

Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander (2006): Einleitung, in: *Kannankulam, John/ Bretthauer, Lars/Stützle, Ingo/Gallas, Alexander* (Hrsg.), Poulantzas lesen. Hamburg: VSA-Verlag, 7–31.

Brittain, James (2007): La vacilante economía política de Uribe - Aumento de la tributación dual de clases, acuerdos bilaterales comerciales dilatados o prolongados y la creciente inestabilidad rural, in: *Revista Cinep: Controversia*, *188*. 247–289.

Brozus, Lars/Risse, Thomas (2009): Staatlichkeit und Governance - Regieren mit begrenzten Konzpeten in Räumen begrenzter Staatlichkeit?, in: *Burchardt, Hans-Jürgen* (Hrsg.), Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik. Frankfurt/Main: Campus, 43–68.

Bunnell, Tim/Coe, Neil M. (2005): Re-fragmenting the „political": Globalization, governmentality and Malaysia's Multimedia Super Corridor, in: *Political Geography*, *24*. 831–849.

Burschel, Friedrich/Güttinger, Kira (Hrsg.) (2012): Vergessener Terror von Rechts. Verharmlosung und Leugnung von (Neo-)Nazi-Umtrieben in Deutschland, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Vergessener_Terror.pdf, besucht 20.10.2013.

C.a.S.E. Collective (2006): Critical Approaches to Security in Europe: A Networked Manifesto, in: *Security Dialogue*, *37*, *4*. 443–487.

C.a.S.E. Collective (2007): Europe, Knowledge, Politics: The c.a.s.e. collective Responds, in: *Security Dialogue*, *38*, *4*. 559–576.

Caldeira, Teresa/Holston, James (1999): Democracy and Violence in Brazil, in: *Society for Comparative Study of Society and History*, *41*, *4*. 691–729.

Caldeira, Teresa P.r. (2009): Marginality, Again?!, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, *33*, *3*. 848–853.

Calveiro, Pilar (2008): Acerca de la difícil relación entre violencia y resistencia, in: *López Maya, Margarita/Calveiro, Pilar/Carrera, Nicolás Iñigo* (Hrsg.), Luchas

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Contrahegemónicas y Cambios Políticos recientes de América Latina. Buenos Aires: CLACSO, 23–46.

Camacho, Álvaro (2011): Narcotráfico: Mutaciones y Política, in: *Mejía Londono, Daniel/Gaviria Uribe, Alejandro* (Hrsg.), Políticas antidrogas en Colombia: éxitos, fracasos y extravíos. Bogotá: Universidad de los Andes, 331–356.

Camacho Guizado, Álvaro (2006): De Narcos, Paracracias y Mafias, in: *Leal Buitrago, Francisco* (Hrsg.), En la Encrucijada. Colombia en el siglo XXI. Bogotá: Grupo Editorial Norma, 387–419.

Camacho Guizado, Álvaro (2009): Paranarcos y narcoparas: trayectorias delincuenciales y políticas, in: *Camacho Guizado, Álvaro/Wills, María Emma/ Duncan, Gustavo/Steiner, Claudia/u. a.* (Hrsg.), A la Sombra de la Guerra. Ilegalidad y nuevos órdenes regionales en Colombia. Bogotá: Universidad de los Andes/ Centro de Estudios Socioculturales, 7–96.

Ai Camp, Roderic (2002): Mexico's mandarins : crafting a power elite for the twenty-first century, Berkeley, Calif.: Univ. of California Press.

Ai Camp, Roderic (2010): Las fuerzas Armadas en el México Democrático, México D.F.: siglo XXI editores.

Cardoso, Fernando/Faletto, Enzo (1976): Die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse von Entwicklung, in: *Cardoso, Fernando/Faletto, Enzo* (Hrsg.), Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 15–38.

Castells, Manuel (2010): End of Millennium: The Information Age: Economy, Society, and Culture, Hoboken: John Wiley & Sons.

Castillo, Fabio (2001): Los jinetes de la cocaína, im Internet veröffentlichtes Manuskript: Equipo Nizkor, unter: http://www.derechos.org/nizkor/colombia/libros/jinetes/, besucht 22.03.2014.

Castillo, Luis Carlos (2010): Nuevos sujetos étnicos en Colombia. Las comunidades negras y la lucha por sus territorios y su visibilidad en las estadísticas, in: *López, Margarita/Figueroa, Carlos/Rajland, Beatriz* (Hrsg.), Temas y procesos de la historia reciente de América Latina. Santiago de Chile: CLACSO, 147–170.

Ceceña, Ana Esther (2004): La Guerra como razón del mundo que queremos transformar, Paper. Konferenz: Reforma o revolución. México D.F.: LPP-UERJ /Fundación Rosa Luxemburg, unter: http://www.redem.buap.mx/miembros/anaesther.htm, besucht 9.9.2010.

CED-INS (2011): Tierras y masas, Bogotá: Corporación Para la Educación y el Desarrollo de la Investigación Popular, Instituto Nacional Sindical, unter: http://cedins.org/index.php/proyectos-mainmenu-50/urbano/tierras-y-territorios-mainmenu-69/385-tierras-y-masas, besucht 15.3.2012.

CED-INS (2013): Ruana y cacerola en el ParoNacional una alternativa colombiana al „Desarrollo rural burgues" (Molano Camargo, Frank), in: CED-INS (Corporación Para la Educación y el Desarrollo de la Investigación Popular), unter: http://cedins.org/index.php/proyectos-mainmenu-50/tierras-y-territorios-mainmenu-69/

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

494-ruana-y-cacerola-en-el-paronacional-una-alternativa-colombiana-al-desarrollo-rural-burgues, besucht 3.9.2013.

Cejudo, Guillermo M. (2012): Los gobernadores y el regreso del PRI, in: *Nexos*, unter: http://www.nexos.com.mx/?P=leerarticulo&Article=2102854, besucht 23.8. 2012.

Centeno, Miguel Angel (2002): The Centre Did Not Hold: War in Latin America and the Monopolisation of Violence, in: *Dunkerley, James* (Hrsg.), Studies in the formation of the nation-state in Latin America. London: Inst. of Latin American Studies, 54–76.

CEREN (2007): Seminario Internacional sobre Estado y Derecho en un período de transformación (1973), in: *OSAL*, *VIII*, *22*. 211–233.

Chabat, Jorge (2010): La respuesta del gobierno de Calderón al desafío del narcotráfico: entre lo malo y lo peor, in: *Serrano, Mónica/Alvarado, Arturo* (Hrsg.), Seguridad nacional y Seguridad interior. México D.F.: Colegio de México.

Chaparro Amaya, Adolfo/Galindo Hernández, Carolina (2009): Génesis y transformaciones del Estado nación en Colombia: una mirada topológica a los estudios sociales desde la filosofía política, Bogotá: Universidad del Rosario.

Chibber, Vivek (2013): Postcolonial theory and the specter of capital, London [u.a.]: Verso.

Claar, Simone/Krämer, Anna (2010): Reconsidering the Transnationalisation of States from a Postcolonial Perspective, Paper. Konferenz: EISA European International Studies Association. Stockholm.

Cockcroft, James D (1983): Mexico - Class Formation, Capital Accumulation and the State, New York: Monthly Review Press.

Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2004): Greed and grievance in civil war, in: *Economic Papers*, *56*, *4*. 563–595.

Comaroff, John/Comaroff, Jean (2006): Law and Disorder in the Postcolony. An Introduction, in: *Comaroff, John/Comaroff, Jean* (Hrsg.), Law and Disorder in the Postcolony. Chicago/London: University of Chicago Press, 1–56.

Consuegra, Cristina (2010): Tierra de paz y de progreso. El Discurso de la palma africana en Colombia, in: *Serje, Margarita Rosa* (Hrsg.), Desarrollo y Conflicto: territorios, recursos y paisajes en la historia oculta de proyectos y políticas. Bogotá: Universidad de los Andes, 69–111.

Correia, David (2013): Properties of violence: law and land grant struggle in northern New Mexico, Athens, Ga.: University of Georgia Press.

Cortés, Fernando (2011): Desigualdad Económica y Poder, México D.F.: CEPAL, unter: http://www.cepal.org/publicaciones/xml/9/42089/2011-015-Desigualdad_economica_y_poder-L.1002-Rev.1_vf.pdf, besucht 22.12.2012

Cortés, Martín (2012): El Leviatán criollo. Elementos para el análisis de la especificidad del Estado en América Latina, in: *Thwaites Rey, Mabel* (Hrsg.), El Estado en América Latina: Continuidades y Rupturas. Buenos Aires: CLACSO, 93–116.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Costa, Sérgio (2013): Entangled Inequalities in Latin America: Adressing social Categorisations and Transregional Interdependencies, in: *Célleri, Daniela/Schwarz, Tobias/Wittger, Bea* (Hrsg.), Interdependencies of Social Categorisations. Frankfurt/ Madrid: Iberoamericana/Vervuert, 41–61.

Cribb, Robert (2009): Introduction, in: *Wilson, Eric* (Hrsg.), Government of the Shadows. Parapolitics and Criminal Sovereignty. London: PlutoPress, 1–9.

Davis, Diane E. (1993): The Dialectic of Autonomy. State, Class and Economic Crisis in Mexico, 1958-1982, in: *Latin American Perspectives*, *20*, *3*. 46 –75.

Davis, Diane E. (2010): Irregular Armed Forces, Shifting Patterns of Commitment, and Fragmented Sovereignty in the Developing World, in: *Theory and Society*, *39*. 397–413.

Dawson, Alexander (2011): PAN para todos: elections, democracy and the right in contemporary Mexico, in: *Dominguez, Francisco/Lievesley, Geraldine/Ludlam, Steve* (Hrsg.), Right-Wing Politics in the New Latin America. Reaction and Revolt. London/New York City: Zed Books, 63–77.

Delgado, Álvaro (2003): El Yunque. La Ultraderecha en el Poder, México D.F.: Plaza Janés/Random House Mondadori.

Demirovic, Alex (2007): Nicos Poulantzas: Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie, 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Díaz Cayeros, Alberto (2006): Federalism, fiscal authority, and centralization in Latin America 1. Aufl., New York, NY [u.a.]: Cambridge Univ. Press.

Díaz Cayeros, Alberto (2012): Entrenched Insiders: Limited Access Order in Mexico, in: *Wallis, John Joseph/Webb, Steven B./Weingast, Barry R.* (Hrsg.), In the Shadow of Violence. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 233–260.

Dick, Howard (2009): The Shadow Economy: Markets, Crime and the State, in: *Wilson, Eric* (Hrsg.), Government of the Shadows. Parapolitics and Criminal Sovereignty. London: PlutoPress, 97–116.

Duncan, Gustavo (2005): Del Campo a la Ciudad: La Infiltración Urbana de los Señores de la Guerra, in: *Documento CEDE*, *2005*, *2*.

Duncan, Gustavo (2006): Los Señores de la Guerra, Bogotá: Planeta.

Durán, Mario (2007): Der kommunitäre Staat, sein paramilitärisches Projekt und die Folgen der Machtkonzentration, in: *Kolumbienkampagne Berlin, FDCL* (Hrsg.), Autoritärer Staat und paramilitärische Machtnahme in Kolumbien. Die Regierung Uribe und der Krieg gegen die soziale Bewegung. Berlin: FDCL.

Dussel Peters, Enrique (2004): México en la globalización: modernización y/o polarización?, in: *Maihold, Günther* (Hrsg.), Las Modernidades de México. Espacios, Procesos, Trayectorias. México D.F.: IAI/ADLAF, 55–79.

Dussel Peters, Enrique/Gallagher, Kevin P. (2013): El huésped no invitado del tlcan: China y la desintegración del comercio en América del Norte, in: *Revista Cepal*, *110*. 85–111.

Ehlers, Torben (2013): „Frieden und Gerechtigkeit mit Würde“ Die Bewegung des Dichters Javier Sicilia im zivilgesellschaftlichen Kampf gegen neue Klientelis-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

men des mexikanischen Drogenkriegs, in: *Ehlers, Torben* (Hrsg.): Soziale Proteste in Lateinamerika: Bolivars Erben im Kampf um Eigenmacht, Identität und Selbstbestimmung. Hamburg: Argument Verlag, 33-83

Ehrke, Michael (2004): Die Ökonomie innerstaatlicher Kriege - eine Kritik der Weltbankanalysen, in: *Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter* (Hrsg.), Kriege als (Über) Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Bonn: Dietz, 102–121.

Elwert, Georg (1998): Wie ethnisch sind Bürgerkriege? Der Irrglaube, dass Bürgerkriege kulturelle Wurzeln haben., in: *E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit*, *Nr. 10*. 265–267.

Engel, Ulf/Middell, Matthias (2005): Bruchzonen der Globalisierung, globale Krisen und Territorialitätsregimes. Kategorien einer Globalgeschichtsschreibung, in: *Comparativ*, *15*, *5/6*. 5–38.

Escalante Gonzalbo, Fernando (2009): ¿Puede México ser Colombia? Violencia, narcotráfico y Estado, in: *Nueva Sociedad*, *220*. 84–96.

Escalante Gonzalbo, Fernando (2011): Homicidios 2008-2009. La Muerte Tiene Permiso, in: *Nexos*. o.S., unter: http://www.nexos.com.mx/?P=leerarticulo&Article=1943189, besucht 20.10.2012.

Escalante Gonzalbo, Fernando (2012): Crimen organizado: La dimensión imaginaria, in: *Nexos*, *418*. 32–44.

Escobar, Arturo (2004): Development, Violence and the New Imperial Order, in: *Development*, *47*, *1*. 15–21.

Escobar, Saúl/San Juan, Carlos/Pérez Arce, Francisco (1982): México y sus devaluaciones, in: *Nexos*, *01.04.1982*. unter: http://www.nexos.com.mx/?P=leerarticulo&Article=266482, besucht 30.1.2013.

Eslava Galicia, Mayra Montserrat/López Bárcenas, Francisco (2011): El mineral o la vida. La legislación minera en México, México D.F.: COAPI/Universidad Autónoma de México Sede Xochimilco.

Estrada Álvarez, Jairo (2010a): Transformaciones del capitalismo en Colombia. Dinamicas de acumulacion y nueva espacialidad, in: *Izquierda*, *12*. 3–23.

Estrada Álvarez, Jairo (2010b): Derechos del Capital. Dispositivos de proteccion e incentivos a la acumulacion en Colombia, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.

Estrada Álvarez, Jairo (2013): El Catatumbo o el incalculable valor de la dignidad campesina, in: *Izquierda*, *35*. 64–66.

Estrada Álvarez, Jairo/Moreno Rubio, Sergio (2008): Configuraciones (criminales) del capitalismo actual - Tendencias de análisis y elementos de interpretación, in: *Estrada Álvarez, Jairo* (Hrsg.), Capitalismo criminal. Ensayos críticos. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia, 13–62.

Evers, Tilman (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt - Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen., Köln u.a.: Europäische Verlagsanstalt.

https://doi.org/10.14361/9783839432516 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Evers, Tilman (1981): Kritik, Selbstkritik, Gegenkritik - Zum Verhältnis von Theorie und Geschichte bei der Analyse politischer Prozesse in Ländern der kapitalistischen Peripherie., in: *Hanisch, Rolf/Tetzlaff, Rainer* (Hrsg.), Staat und Entwicklung. Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern. Frankfurt/Main u.a.: Campus-Verlag, 144–151.

Fairbrother, Malcolm (2007): Making Neoliberalism Possible: The State's Organization of Business Support for NAFTA in Mexico, in: *Politics & Society*, *35*, *2*. 265 –300.

Fajardo Montaña, Darío (2002): Tierra, poder político y reformas agraria y rural, Bogotá: Instituto Latinoamericano de Servicios Legales Alternativos (ILSA)/ Universidad Nacional de Colombia.

Fajardo Montaña, Darío (2010): Tierras, justicia y paz en Colombia, in: *Ensayos Críticos*, *6*, *1/2010*.

Falcón, Romana (1994): Force and the Search for Consent: The Role of the Jefaturas Políticas of Coahuila in National State Formation, in: *Joseph, Gilbert M./Nugent, Daniel* (Hrsg.), Every Day Forms of State Formation. Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico. Durban/London: Duke University Press, 107–134.

Fals Borda, Orlando (2009a): El Conflicto, la Violencia y la Estructura Social en Colombia, in: *Moncayo, Victor Manuel* (Hrsg.), Fals Borda, Orlando, 1925-2008. Una Sociología Sentipensante para América Latina. Bogotá: Siglo del Hombre Editores/CLACSO, 137–163.

Fals Borda, Orlando (2009b): Introducción a La Violencia en Colombia, Tomo II, in: *Moncayo, Victor Manuel* (Hrsg.), Fals Borda, Orlando, 1925-2008. Una Sociología Sentipensante para América Latina. Bogotá: Siglo del Hombre Editores/CLACSO, 165-216.

Fazio, Carlos (1996): El Tercer Vínculo. de la Teoría del Caos a la Teoría de la Militarización, México D.F.: Editorial Joaquín Mortíz/ Editorial Planeta.

Fazio, Carlos (2000): La transición mexicana y la corrupción: ¿Democracia o Estado mafioso?, in: *La Jornada/Supplement Masiosare*, 05.03.2000. México D.F.

Felbab-Brown, Vanda (2009): The Violent Drug Market in Mexico and Lessons from Colombia, Foreign Policy at Brookings. Washington D.C.: Brookings Institute.

Figueroa, Carlos (1990): Guatemala - el recurso del miedo, in: *Nueva Sociedad*, *105*. 108–117.

Fisahn, Andreas (2011): Legitimation des Gewaltmonopols, unter: http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrstuehle/fisahn/veroeffentlichungen/2011/Gewaltmonopol.pdf.

Fischer, Karin (2009): The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet, in: *Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter* (Hrsg.), The Road from

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mont Pèlerin: the making of the neoliberal thought collective. Harvard: Harvard University Press, 305–346.

Flamand, Laura (2010): Sistema federal y autonomía de los estados: avances y retrocesos, in: *Méndez, José Luis* (Hrsg.), Políticas Públicas. México D.F.: Colegio de México, 495–518.

Flick, Uwe (2011): Triangulation. Eine Einführung. 3. Aufl., Wiesbaden: VS-Verlag.

Flores Pérez, Carlos Antonio (2009): El estado en crisis: crimen organizado y política : desafíos para la consolidación democrática, México D.F.: CIESAS.

Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa."/Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (2012): Die EU in der Krise: zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Franco Restrepo, Vilma Liliana (2009): Orden Contrainsurgente y dominación, Bogotá: Instituto Popular de Capacitación/ Siglo del Hombre Editores.

Franco Restrepo, Vilma Liliana/Restrepo Echeverri, Juan Diego (2007): Dinámica reciente de reorganización paramilitar en Colombia, in: *Controversia de CINEP*, *189*. 64–95.

Franke, Yvonne (2004): Sozioökonomische Entwicklungsstrukturen zwischen Weltwirtschaft und Staat. Zur Kritik des Abhängigkeitsansatzes, in: *Gerlach, Olaf/ Kalmring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas* (Hrsg.), Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/ Main: Brandes&Apsel, 193–219.

Friese, Susanne (2004): ATLAS.ti Lernmodul 1 Datenmanagement und Projekterstellung, Quarc Qualitative Research & Consulting, unter: http://www.quarc.de/fileadmin/downloads/ATLASti%20V5%20LM%201b_Datenmanagement%20und%20Projekterstellung.pdf, besucht 20.6.2010.

Friman, H Richard (2009): Crime and Globalization, in: *Friman, H Richard/Reno, William/Schwartz, Herman* (Hrsg.), Crime and the Global Political Economy. Boulder: Lynne Rienner, 1–19.

Galtung, Johan (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln., Opladen: Leske u. Budrich.

Gandarilla Salgado, José/Ortega Reyna, Jaime/Pimmer, Stefan (2012): Dreißig Jahre Neoliberalismus in Mexiko, in: *Lesay, Ivan/Leubolt, Bernhard* (Hrsg.), Lateinamerika nach der Krise. Entwicklungsmodelle und Verteilungsfragen. Wien: LIT, 131–154.

Garay Salamanca, Luis Jorge/León Beltrán, Isaac/Salcedo-Albarán, Eduardo (2010): Guatemala, México y Colombia. Los retos de la expansión del narcotráfico en el nuevo milenio, Bogotá: Método.

García de la Torre, Clara Inés/Aramburo Siegert, Clara Inés (2011): Geografías de la Guerra, el Poder y la Resistencia, Bogotá: CINEP-Odecofi.

García Pascual, Francisco (2003): El ajuste estructural neoliberal en el sector agrario latinoamericano en la era de la globalización, in: *Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe*, *Nr. 75*. 3–29.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

García Villegas, Mauricio/Espinosa Restrepo, José (2011): Estado, municipio y geo- grafía, in: *García Sánchez, Miguel/García Villegas, Mauricio/Rodríguez Raga, Juan Carlos/Revelo Rebolledo, Javier/u. a.* (Hrsg.), Los Estados del País. Insti- tuciones municipales y realidades locales. Bogotá: Colección DeJusticia, 52–105.

García Villegas, Mauricio/Revelo Rebolledo, Javier (2010): Estado Alterado. Clientelismo, mafias y debilidad institucional en Colombia, Bogotá: Colección DeJusticia.

Gerstenberger, Heide (2009a): Über Staatsgewalt in der Sub-Sahara und das Elend der Kategorien, in: *Burchardt, Hans-Jürgen* (Hrsg.), Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik. Frankfurt/New York: Campus, 103–135.

Gerstenberger, Heide (2009b): Der bürgerliche Staat. Zehn Thesen zur historischen Konstitution einer spezifischen Form moderner Staatsgewalt, in: *Assoziazione delle Talpe/ Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen* (Hrsg.), Staatsfragen. Einführungen in die materialistische Staatskritik. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 79–84.

Gibbs, Graham (2007): Qualitative Research Kit, Thousand Oaks: SAGE.

Gibson, Edward. L. (2004): Subnational Authoritarianism: Territorial Strategies of Political Control in Democratic Regimes, Paper. Konferenz: Annual Meeting of the American Political Science Association. Chicago: APSA.

Gill, Stephen (2003): Power and Resistance in the New World Order, New York: Palgrave Macmillian.

Gilly, Adolfo (1971): La revolución interrumpida, México D.F.: Ediciones El Caballito.

Gledhill, John (2013): The Production of Insecurity in Brazil and Mexico [Draft cited with author's permission], in: SLAS Annual Conference. Manchester: Society for Latin America Studies.

González, Jorge Iván (2008): Desentrañando el misterio de DMG, in: *Razón Pública*, 28.11.2008. Bogotá.

González Casanova, Pablo (1981): El Estado y los Partidos Políticos en México, México D.F.: Ediciones Era.

González Casanova, Pablo (1990): El Estado en América Latina: teoría y prácticas, México D.F.: siglo XXI editores/ Universidad de las Naciones Unidas.

González Casanova, Pablo (2009): De la sociología del poder a la sociología de la explotación. Pensar América Latina en el siglo XXI, Bogotá: Siglo del Hombre Ed./ CLACSO.

González, Fernán E/Bolívar, Ingrid J/Vázquez, Teófilo (2003): Violencia Política en Colombia - De la nación fragmentada a la construcción del Estado. Bogotá: CINEP.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gowan, Peter (1999): The Globalization Gamble, in: *Gowan, Peter* (Hrsg.), The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. London/ New York City: Verso, 3–140.

Graciarena, Jorge (1990): Estado Periférico y Economía Capitalista: Transciones y Crisis, in: *González Casanova, Jorge* (Hrsg.), El Estado en América Latina. Teoría y práctica. México D.F.: siglo XXI editores/ Universidad de las Naciones Unidas, 40–69.

Gramsci, Antonio (1980): Einige Gesichtspunkte zur Frage des Südens. Unvollendete Abhandlung. Herbst 1926, in: *Zamis, Guido* (Hrsg.), Antonio Gramsci. Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Frankfurt/Main: Röderberg, 41-68.

Gramsci, Antonio (2002): Gefängnishefte, *Haug, Wolfgang Fritz/Bochmann, Klaus* (Hrsg.): Kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument Verlag.

Green, Marcus (2002): Gramsci Cannot Speak: Presentations and Interpretations of Gramsci's Concept of the Subaltern, in: *Rethinking Marxism*, *14*, *3*. 1–24.

Grosfoguel, Ramón (2000): Developmentalism, Modernity, and Dependency Theory in Latin America, in: *Nepantla: Views from South*, *1*, *2*. 347–374.

Guembe, María José/Olea, Helena (2006): No justice, no peace: Discussion of a legal framework regarding the demobilization of non-state armed groups in Colombia, in: *Roth-Arriaza, Naomi/Mariezcurrena, Javier* (Hrsg.), Transitional justice in the twenty-first century: beyond truth versus justice. Cambridge: Cambridge University Press, 120–142.

Gupta, Akhil/Sharma, Aradhana (2006): The anthropology of the state: a reader, Hoboken: Wiley-Blackwell.

Gutiérrez, Carlos (2009): Política y poder: la marca del narco, in: *Le Monde Diplomatique, kolumbianische Ausgabe (El Dipló) Nr. 82*. 2–3.

Gutiérrez Garza, Esther/González Gaudiano, Édgar/Solís González, José Luis/Puente Quintanilla, Julio César/u. a. (2009): México. Democracia, Participación Social y Proyecto de Nación, Nuevo León: siglo XXI editores/ Universidad Autónoma de Nuevo León.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2010): Decolonizing Postcolonial Rhetoric, in: *Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Boatcă, Manuela/Costa, Sérgio* (Hrsg.), Decolonizing European sociology: transdisciplinary approaches. Farnham, Surrey [u.a.]: Ashgate, 49–69.

Gutiérrez Sanín, Francisco (2006): Más Partidos?, in: *Leal Buitrago, Francisco* (Hrsg.), En la encrucijada. Colombia en el siglo XXI. Bogotá: Grupo Editorial Norma, 27–50.

Gutiérrez Sanín, Francisco (2010): Reflexiones a propósito del Libro „Y Refundaron la Patria...", in: *López Hernández, Claudia* (Hrsg.), y refundaron la Patria... De cómo mafiosos y políticos reconfiguraron el Estado colombiano. Bogotá: Random House/ Corporación Nuevo Arcoiris, 9–28.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gutiérrez Sanín, Francisco/Acevedo, Tatiana/Viatela, Juan Manuel (2007): Violent Liberalism? State, Conflict and Political Regime in Colombia 1930-2006: an analytical narrative on state-making, London: Crisis States Research Centre/ London School of Economics and Political Science.

Gutiérrez Sanín, Francisco/Barón, Mauricio (2005): Re-stating the State – paramilitary territorial control and political order in Colombia (1978-2004), Working Paper, London: LSE/ Development Studies Institute.

Gutiérrez Sanín, Francisco/Zuluaga Borrero, Paula (2011): Hacia un país minero: retos para el sistema político y el Estado, in: *Nueva Sociedad*, *231*. 98–114.

Gwynne, Robert N./Kay, Cristóbal (1999): Latin America Transformed: Globalization and Modernity, London: Arnold.

Hamilton, Nora (1983): México: Los Límites de la Autonomía del Estado, 2. Aufl. México D.F.: Ediciones Era.

Hanisch, Rolf/Tetzlaff, Rainer (1981): Der Staat in Entwicklungsländern als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, in: *Hanisch, Rolf/Tetzlaff, Rainer* (Hrsg.), Staat und Entwicklung. Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern. Frankfurt/M: Campus-Verlag, 13–53.

Harvey, David (2005): A Brief History of Neoliberalism, Oxford: Oxford University Press.

Hauck, Gerhard (2004a): Schwache Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen entwicklungspolitischen Kategorie, in: *Peripherie*, *24*, *96*. 411–427.

Hauck, Gerhard (2004b): Zur Kritik des Entwicklungsbegriffs, in: *Kumitz, Daniel/Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas* (Hrsg.), Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/ Main: Brandes&Apsel, 13–50.

Hauck, Gerhard (2012a): „Neopatrimonialismus“ und „Good Governance“ – Die verkehrte Welt des Entwicklungsdiskurses, in: *Hauck, Gerhard* (Hrsg.), Globale Vergesellschaftung und Koloniale Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot, 187–207.

Hauck, Gerhard (2012b): Der Kolonialismus in der marxistischen, dependenztheoretischen und postkolonialen Diskussion, in: *Hauck, Gerhard* (Hrsg.), Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot, 41-62.

Hawkins, Dan (2008): Colombia: compromise or containment? - National state transfor-mation and the formulation of nationhood, Kassel: Global Social Policies and Governance der Universität Kassel.

Heigl, Miriam (2009): Der Staat in der Privatisierung. Eine strategisch-relationale Analyse am Beispiel Mexikos, Baden-Baden: Nomos.

Heigl, Miriam (2011): Social Conflict and Competing State Projects in the Semi-Periphery: A Strategic-Relational Analysis of the Transformation of the Mexican State into an Internationalized Competition State, in: *Antipode*, *43*, *1*. 129–148.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Helfferich, Cornelia (2005): Die Qualität qualitativer Daten - Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, Wiesbaden: VS-Verlag.

Helfrich, Linda (2009): Zwischen Staat und Gewaltakteuren: Soziale Bewegungen in Kolumbien, in: *Mittag, Jürgen/Ismar, Georg* (Hrsg.), ¿»El pueblo unido«? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster: Westfälisches Dampfboot, 81–108.

Hernández, Anabel (2010): Los señores del narco, México D.F.: Grijalbo/Random House.

Hernández Navarro, Luis (2011): Cero en Conducta. Crónicas de la resistencia magisterial, México D.F.: Para Leer en Libertad/ Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Hernández Vicencia, Tania (2006): La élite de la alternancia. El caso del Partido Acción Nacional, in: *Revista Mexicana de Sociología*, *68*, *4*. 617–666.

Hesketh, Chris (2010): From passive revolution to silent revolution: Class forces and the production of state, space and scale in modern Mexico, in: *Capital & Class*, *34*, *3*. 383–407.

Higginbottom, Andy (2005): Globalization, Violence and the Return of the Enclave to Colombia, in: *Development*, *48*. 121–125.

Hirsch, Joachim (2002): Tote Hunde wecken? Interview mit Joachim Hirsch, in: *arranca! Nr. 24*. 20–23.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg: VSA-Verlag.

Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2008): Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft: Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Baden-Baden: Nomos.

Hobsbawm, Eric (1983): La anatomía de la violencia en Colombia, in: *Hobsbawm, Eric* (Hrsg.), Rebeldes Primitivos. Estudio sobre las formas arcaicas de los movimientos sociales en los siglos XIX y XX. Barcelona: Editorial Ariel, S. A., 263–273.

Holloway, John (1995): Global Capital and National State, in: *Bonefeld, Werner/ Holloway, John* (Hrsg.), Global Capital, National state and the Poltiics of Money. Palgrave Macmillian, 116-140.

Hope, Alejandro (2011): El son de la extorsión, in: *Plata o Plomo*, unter: http://www.animalpolitico.com/blogueros-plata-o-plomo/2011/10/22/el-son-de-la-extorsion/, besucht 28.3.2013.

Hope, Alejandro (2012): De mapas y presencias, in: *Plata o Plomo*, unter: http://www.animalpolitico.com/blogueros-plata-o-plomo/2012/01/02/de-mapas-y-presencias/, besucht 28.3.2013.

Hope, Alejandro (2013a): Y se hicieron bolas con los muertos, in: *Plata o Plomo*, unter: http://www.animalpolitico.com/blogueros-plata-o-plomo/2013/02/11/y-se-hicieron-bolas-con-los-muertos/#axzz2m90ROmTx, besucht 23.2.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hope, Alejandro (2013b): La Gendarmería que fue y no fue, in: *Plata o Plomo*, unter: http://www.animalpolitico.com/blogueros-plata-o-plomo/2013/06/25/la-gendarmeria-que-fue-y-no-fue/, besucht 30.7.2013.

Hristov, Jasmin (2009): Blood and Capital. The Paramilitarization of Colombia, Toronto: Ohio University Press/Between the Lines.

Huggins, Martha (2010): Modern institutionalized torture as state-organized crime, in: *Chambliss, William J./ Michalowski, Raymond/Kramer, Ronald* (Hrsg.), State Crime in the Global Age. New York, NY [u.a.]: Routledge, 83–102.

Imbusch, Peter (1988): Mexiko. Entwicklungsstrategische Alternativen - Zu den Optionen und Handlungsspielräumen von Bourgeoisie und Staat seit 1970, Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft.

Imbusch, Peter (1996): Die mexikanische Sozialstruktur, in: *Briesemeister, Dietrich/ Zimmermann, Klaus* (Hrsg.), Mexiko heute. Frankfurt/Main: Vervuert, 252–271.

Imbusch, Peter (2000): Gewalt – Stochern in unübersichtlichem Gelände, in: *Mittelweg*, *36*. 24–40.

Imbusch, Peter/Misse, Michel/Carrión, Fernando (2011): Violence Research in Latin America and the Caribbean: A Literature Review, in: *International Journal on Conflicts and Violence*, *5*, *1*. 87–154.

Imhof, Karen (2003): Verschuldung, Finanzkrise und die Etablierung neoliberaler Hegemonie in Mexiko, in: *Imhof, Karen/Becker, Joachim/Küblbock, Karin/ Heinz, Roland/u. a.* (Hrsg.), Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft. Wien: Promedia, 89–114.

De Ita, Ana (2006): Land Concentration in Mexico after PROCEDE, in: *Rosset, Peter/Patel, Raj/Courville, Michel* (Hrsg.), Promised Land: Competing Visions of Agrarian Reform. Oakland: Food First Books, 148–164.

Izaguirre, Inés/Szankay, Zoltan (1973): Klassen und soziale Schichten in Lateinamerika, in: *Meschkat, Klaus/Negt, Oskar* (Hrsg.), Gesellschaftsstrukturen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 271–292.

Jäger, Thomas/Lopera, Carmen/Daun, Anna/Lambach, Daniel/u. a. (2007): Die Tragödie Kolumbiens. Staatszerfall, Gewaltmärkte und Drogenökonomie, Wiesbaden: VS-Verlag.

Jenss, Alke (2010a): Psycho-Krieg gegen Menschenrechtsarbeit. Interview mit dem Anwalt und Menschenrechtsaktivisten Alirio Uribe Muñoz, in: *Lateinamerika Nachrichten*, *431*.

Jenss, Alke (2010b): Ein Sandwich für eine Stimme. Stimmenkauf und Drohungen bei den kolumbianischen Parlamentswahlen, in: *Lateinamerika Nachrichten*, *430*.

Jenss, Alke (2012): Vertreibung als Strategie: Landkonflikte in Kolumbien, in: *Peripherie*, *32*, *126/127*. 248–273.

Jenss, Alke (2013): Widriger Kontext, vielfältige Antworten: kolumbianische Bewegungen im Ringen um emanzipatorische Räume, in: *Ehlers, Torben* (Hrsg.),

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Soziale Proteste in Lateinamerika: Bolivars Erben im Kampf um Eigenmacht, Identität und Selbstbestimmung. Hamburg: Argument Verlag, 200–228.

Jenss, Alke/Arps, Anne-Britt (2010): Die Schulden begleichen wir. Adelso Toscano über Selbstverwaltung, Repression und Ressourcenausbeutung in Arauca, Kolumbien, in: *analyse & kritik*, *552*. 27.

Jenss, Alke/Deck, Sophia (2012): „Mexiko ist ein terroristischer Staat". Interview mit Antonio und Alejandro Cerezo von der Menschenrechtsorganisation Comité Cerezo, in: *Lateinamerika Nachrichten*, *461*.

Jessop, Bob (1985a): Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy, New York: St. Martin's Press.

Jessop, Bob (1985b): Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy, Basingstoke/London: Macmillan.

Jessop, Bob (1990): Putting the Capitalist State in its Place, Cambridge: Polity Press.

Jessop, Bob (2006): Kapitalistischer Staatstyp und autoritärer Etatismus, in: *Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo* (Hrsg.), Poulantzas lesen. Hamburg: VSA-Verlag, 48–64.

Jessop, Bob (2008): State Power, Cambridge: Polity Press.

Jessop, Bob (2009): Der strategisch-relationale Ansatz der Staatstheorie in der Südperspektive, in: *Burchardt, Hans-Jürgen* (Hrsg.), Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik. Frankfurt/ New York: campus, 69–102.

Joseph, Gilbert M./Nugent, Daniel (Hrsg.) (1994): Everyday Forms of State Formation. Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico, Durham/London: Duke University Press.

Kalmánovitz, Salomon/López, Enrique (2004): Patrones de desarrollo y fuentes de crecimiento de la agricultura, Bogotá: Banco de la República, unter: http://www.banrep.gov.co/docum/ftp/borra288.pdf, besucht 20.5.2008.

Kaltmeier, Olaf (2012): Methoden dekolonialisieren. Reziprozität und Dialog in der herrschenden Geopolitik des Wissens, in: *Kaltmeier, Olaf/ Corona Berkin, Sarah (Hrsg.)*, Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westf. Dampfboot, 18–44.

Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (2004): Cultural Politics im Neoliberalismus. Widerstand und Autonomie Sozialer Bewegungen in Lateinamerika, in: *Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth* (Hrsg.), Neoliberalismus, Autonomie, Widerstand: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–30.

Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus - Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg: VSA-Verlag.

Kannankulam, John/Georgi, Fabian (2012): Die Europäische Integration als Materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das „Staatsprojekt Europa", Marburg: Forschungsgruppe Europäische

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Integration am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg.

Karl, Sylvia (2010): From Dehumanization to Rehumanization. The disappeared of Mexico´s Dirty Wars, Paper. Konferenz: „(Post)conflict-Dynamics in Latin America". Meeting of Researchers on South America and the Caribbean. Marburg.

Käsler, Dirk (2011): Max Weber, München: C.H.Beck.

Katz, Friedrich (1982): La guerra secreta en México, México D.F.: Ediciones Era.

Kenny, Paul/Serrano, Mónica (2011): Conclusion: Authoritarian Evolution, in: *Kenny, Paul/Serrano, Mónica* (Hrsg.), Mexico's Security Failure: Collapse into Criminal Violence. New York, NY [u.a.]: Routledge Chapman & Hall, 197–227.

Klein, Emilio/Tokman, Víctor (2000): La estratificación social bajo tensión en la era de la globalización, in: *Revista de la Cepal*, *72*. 7–30.

Knight, Alan (1990): State and civil society in Mexico since the Revolution, Austin, Tex.: Mexican Center, Inst. of Latin American Studies, Univ. of Texas at Austin.

Kohli, Atul (2005): State-directed development - political power and industrialization in the global periphery 2. Aufl., Cambridge: Cambridge Univ. Press.

König, Hans Joachim (1997): Staat und staatliche Entwicklung in Kolumbien, in: *Altmann, Werner/Fischer, Thomas/Zimmermann, Klaus* (Hrsg.), Kolumbien heute. Frankfurt/Main: Vervuert, 111–136.

Krauthausen, Ciro (2013): Moderne Gewalten: Organisierte Kriminalität in Kolumbien und Italien, Neuauflage (1997), Frankfurt/New York: Campus.

Krumwiede, Heinrich-W./Stockmann, Reinhard (1992): Kolumbien, in: *Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz* (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt. Bonn: Dietz, 380–416.

Kruse, Jan (2010): Einführung in die Qualitative Interviewforschung. Reader. Freiburg: Universität Freiburg.

Kumitz, Daniel (2012): Internationalismus ohne methodologischen Nationalismus, in: *arranca! 46*.

Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Pickel, Susanne (Hrsg.) (2009): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft : eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Leal Buitrago, Francisco (2006a): Introducción, in: *Ders.* (Hrsg.), En la Encrucijada. Colombia en el Siglo XXI. Bogotá: Grupo Editorial Norma, 11–24.

Leal Buitrago, Francisco (2006b): La inseguridad de la seguridad : Colombia 1958-2005. Bogotá: Planeta.

Leal Buitrago, Francisco (2006c): Políticas de seguridad. De improvisación en improvisación, in: *Ders.* (Hrsg.), En la encrucijada. Colombia en el siglo XXI. Bogotá: Editorial Norma, 513–544.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Leal Buitrago, Francisco (2007): Siete Tesis sobre el relevo de las Élites políticas - Seven Thesis on the Replacement of Political Elites, in: *Colombia Internacional*, *66*. 196–199.

Leal Buitrago, Francisco (2010a): La crisis del régimen bipartidista, in: *Orjuela, Luis* (Hrsg.), El Estado en Colombia. Bogotá: Universidad de los Andes, 67–102.

Leal Buitrago, Francisco (2010b): Política de *Seguridad Democrática* y Desafíos de la Seguridad, in: *Análisis Político*. 6–17.

Lechner, Norbert (Hrsg.) (1981a): Estado y política en América latina, México D.F.: siglo XXI editores.

Lechner, Norbert (1981b): State and Politics in Latin America, in: LARU Working Paper 31. Ontario, Canada: Latin American Research Unit (LARU).

Lechner, Norbert (1995): La Reforma del Estado y el Problema de la conducción Política, in: *Perfiles Latinoamericanos/FLACSO*, *7*. 149–178.

LeGrand, Catherine (1992): Agrarian Antecedents of the Violence, in: *Peñaranda, Ricardo/Bergquist, Charles/Sanchez, Gonzalo* (Hrsg.), Violence in Colombia: The Contemporary Crisis in Historical Perspective. Wilmington: Scholarly Resources Inc., 31–50.

Lenner, Katharina (2008): Abhängige Staatlichkeit als umkämpftes Terrain - Politische Ökonomie und Repräsentationsformen in Jordanien seit 1989, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, *2008*, *2*. 63–91.

León, Juanita (2011): Santos les está dando a los militares lo que Uribe nunca se atrevió a concederles, in: *La Silla Vacía*, 16.11.2011. Bogotá, unter: http://www.lasillavacia.com/historia/santos-le-esta-dando-los-militares-lo-que-uribe-nunca-se-atrevio-concederles-29663, besucht 4.12.2011.

Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«, in: *Prokla*, *58*. 109–137.

Lock, Peter (2003): Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung, in: *Ruf, Werner* (Hrsg.), Politische Ökonomie der Gewalt. Wiesbaden: VS-Verlag, 93–123.

Lock, Peter (2008): Parameter von Kriegen im 21. Jahrhundert oder die Unübersichtlichkeit sozialer Ordnungen unter Bedingungen von Schattenglobalisierung und neoliberalem Chaos, Paper. Konferenz: Sommerakademie. Schlaining, unter: http://www.peter-lock.de/txt/schlaining2008.php?PHPSESSID=fef16d8df f04a3d21885d3f0183bbca1, besucht 20.2.2012.

López Hernández, Claudia (Hrsg.) (2010a): y refundaron la patria... De cómo mafiosos y políticos reconfiguraron el Estado colombiano, Bogotá: Random House/ Corporación Nuevo Arcoiris.

López Hernández, Claudia (2010b): „La Refundación de la Patria“, de la Teoría a la Evidencia, in: *López Hernández, Claudia* (Hrsg.), y refundaron la Patria... De cómo mafiosos y políticos reconfiguraron el Estado colombiano. Bogotá: Random House/ Corporación Nuevo Arcoiris, 29–78.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

López Restrepo, Andrés (2004): El cambio de modelo de desarrollo de la economía colombiana, in: *López, Andrés/Tokatlián, Juan Gabriel/Hobsbawm, Eric/ Vengoa, Hugo Fazio/u. a.* (Hrsg.), Colombia: economía y política internacional. Bogotá: IEPRI / Universidad Nacional.

Loyola Díaz, Rafael/Martínez, Antonia (2010): Guerra, moderación y desarrollismo, in: *Servín, Elisa* (Hrsg.), Del Nacionalismo al Neoliberalismo, 1940-1994. México D.F.: Fondo de Cultura Económica, CIDE, Conaculta, 23–78.

Lozano Tovar, David/Lozano Arredondo, Luis/Vázquez, Jaime (2009): Tierra: El proceso del despojo en el campo, in: *Fuentes Morúa, Jorge/Nava Vázquez, Telésforo* (Hrsg.), Crisis del Estado: México 2006. México D.F.: Universidad Autónoma Metropolitana Unidad Iztapalapa, 57–93.

Lupsha, Peter (1996): Narcotráfico y narcoinversiones transnacionales: un enfoque sobre México: *Revista occidental: Estudios latinoamericanos*, *Año 13*, *1*. 29–48.

Maldonado Aranda, Salvador (2010a): Los márgenes del Estado mexicano : territorios ilegales, desarrollo y violencia en Michoacán, Zamora, Michoacán: El Colegio de Michoacán.

Maldonado Aranda, Salvador (2010b): Globalización, territorios y drogas ilícitas en los estados-nación. Experiencias latinoamericanas sobre México, in: *Estudios Sociológicos*, *28*, *83*. 411–442.

Maldonado Aranda, Salvador (2012): Drogas, violencia y militarización en el México rural: El caso de Michoacán, in: *Revista mexicana de sociología*, *74*, *1*. 5–39.

Mallon, Florencia E. (1994): Reflections on the Ruins: Everyday Forms of State Formation in Nineteenth-Century Mexico, in: *Nugent, Daniel/Joseph, Gilbert M.* (Hrsg.), Every Day Forms of State Formation. Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico. Durham/London: Duke University Press, 69–106.

Mallon, Florencia E. (1995): Peasant and Nation: The Making of Postcolonial Mexico and Peru, Berkeley: University of California Press.

Mariátegui, José Carlos (1928 [2007]): Siete ensayos sobre la realdiad peruana. Caracas: Biblioteca Ayacucho.

Marichal, Carlos (1997): The Rapid Rise of the Neobanqueros: Mexico's new financial Elite, in: *NACLA Report on the Americas*, *6*. 27–31.

Marini, Ruy Mauro (1991): Dialéctica de la dependencia, 11. Aufl., México D.F.: Ediciones Era.

Mauleón, de, Héctor (2011): Florence Cassez: La verdad secuestrada, in: *Nexos,* unter: http://www.nexos.com.mx/?Article=2099371&P=leerarticulo, besucht 30.1.2012.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.

Medellín, Jorge (2012): El botín en la Sedena, in: *La Silla Rota*.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Medellín Torres, Pedro/Rangel Suárez, Alfredo (2010): Política de *seguridad democrática*, Bogotá: Grupo Ed. Norma.

Medina Gallego, Carlos (2001): Violencia y Paz en Colombia: Una reflexión sobre el fenómeno Parainstitucional, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.

Medina Gallego, Carlos (2008): El narco-paramilitarismo - Lógicas y procesos en el desarrollo de un capitalismo criminal, in: *Estrada Álvarez, Jairo* (Hrsg.), Capitalismo Criminal. Ensayos Críticos. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia, 103–141.

Mejía Quintana, Oscar (2008): Estado autoritario y democracia radical en América Latina, in: *Estrada Álvarez, Jairo* (Hrsg.), Izquierda y Socialismo en América Latina. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia, 163–184.

Mejía Quintana, Oscar/León, Yvonne/Reyes, Pablo (2008): Cultura política mafiosa y Estado comunitario - Lógicas y proyecciones empíricas, in: *Estrada Álvarez, Jairo* (Hrsg.), Capitalismo criminal. Ensayos Críticos. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia, 79–101.

Menzel, Ulrich (2004): Paradoxien der neuen Weltordnung. Politische Essays, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2010): ExpertInneninterview, in: *Becker, Ruth/Kortendiek, Beate* (Hrsg.), Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 376–379.

Meyer, Lorenzo (1973): Desarrollo político y dependencia externa: México en el siglo XX, in: *Glade, William P./Ross, Stanley* (Hrsg.), Críticas constructivas del sistema político mexicano. Austin, Texas: Institute of Latin American Studies, The University of Texas at Austin, 5–51.

Meyer, Lorenzo (1977): Historical Roots of the Authoritarian State in Mexico, in: *Reyna, José Luis/Weinert, Richards S.* (Hrsg.), Authoritarianism in Mexico. México D.F.: ISHI, 3–22.

Meyer, Lorenzo (1995): Liberalismo Autoritario. Las contradicciones del sistema político mexicano, México D.F.: Oceano.

Meyer, Lorenzo (2007a): La posrevolución mexicana: caracterización e interpretación de las formas de control político autoritario, in: *Florescano, Enrique* (Hrsg.), La política en México. México D.F.: Taurus, 117–141.

Meyer, Maureen (2007b): At a Crossroads: Drug Trafficking, Violence and the Mexican State, Washington D.C.: Washington Office on Latin America.

Migdal, Joel (1988): Strong societies and weak states: state-society relations and state capabilities in the Third World, Princeton: Princeton University Press.

Migdal, Joel (1994): The state in society. An approach to struggles for domination, in: *Migdal, Joel/Shue, Vivienne/Kohli, Atul* (Hrsg.), State power and social forces: domination and transformation in the Third World. Cambridge: Cambridge University Press, 7–34.

Molano, Alfredo (1992): Violence and land colonization, in: *Bergquist, Charles/ Peñaranda, R/Sanchez, G* (Hrsg.), Violence in Colombia: The Contemporary

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Crisis in Historical Perspective. Wilmington: Scholarly Resources Inc., 195–216.

Moloeznik Gruer, Marcos Pablo (2011): Apuntes críticos sobre las más recientes iniciativas de reformas legislativas del presidente Felipe Calderón Hinojosa en materia de seguridad y modelo policial, in: *Letras jurídicas: revista electrónica de derecho*, *12*. 16–46, unter: http://dialnet.unirioja.es/servlet/articulo?codigo=3703550, besucht 5.9.2012.

Mondragón, Héctor (2011): Especulación con la tierra contra la soberanía alimentaria, in: *Deslinde*, *49*. 2–17, unter: http://deslinde.org.co/IMG/pdf/5Tierra_y_soberania-_DEFINITVO.pdf, besucht 2.1.2012.

Monedero, Juan Carlos (2007): Disfraces del Leviatán. El Papel del Estado en la Globalización Neoliberal, Puebla/Madrid: Universidad Iberoamericana Puebla/Lupus Magister.

Moreno Brid, Juan Carlos/Ros, Jaime (2009): Development and Growth in the Mexican Economy: A Historical Perspective, New York: Oxford University Press.

Morton, Adam David (2011): Revolution and State in Modern Mexico: The Political Economy of Uneven Development, Washington D.C.: Rowman & Littlefield Publishers, Inc.

Müller, Markus-Michael (2006): Regieren durch (Un-)Sicherheit? Die Funktion der Polizei im Kontext beschränkter Staatlichkeit in Mexiko, in: *Peripherie*, *26*, *104*. 500–522.

Müller, Markus-Michael (2012): Public Security in the Negotiated State. Policing in Latin America and Beyond, Basingstoke: Palgrave Macmillian.

Müller, Markus-Michael (2013): Penal Statecraft in the Latin American City Assessing Mexico City's Punitive Urban Democracy, in: *Social & Legal Studies*, *22*, *4*. 441–463.

Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege, Reinbek: Rowohlt.

Naím, Moisés (2006): Illicit: how smugglers, traffickers, and copycats are hijacking the global economy, New York: Anchor Books.

Nava Vázquez, Telésforo (2009): 2006: La crisis del Estado, in: *Fuentes Morúa, Jorge/Nava Vázquez, Telésforo* (Hrsg.), Crisis del Estado: México 2006. México D.F.: Universidad Autónoma Metropolitana Unidad Iztapalapa, 197–242.

Neocleous, Mark (2008): Critique of security, Montreal: McGill-Queen's University Press.

Nordstrom, Carolyn (2004): Shadows of war : violence, power, and international profiteering in the twenty-first century, Berkeley: California University Press.

Nowak, Jörg (2009): Geschlecht, Politik und Arbeitsteilung. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien, Münster: Westfälisches Dampfboot.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

O'Donnell, Guillermo (1978): Apuntes para una teoría del estado, in: *Revista Mexicana de Sociología*, *40*, *4*. 1157–1199.

O'Donnell, Guillermo (1999): On the State, Democratization, and some Conceptual Problems: A Latin American View with Glances at some post-communist Countries, in: *O'Donell, Guillermo* (Hrsg.), Counterpoints: Selected Essays on Authoritarianism and Democratization. Notre Dame: University of Notre Dame Press, 133–158.

O'Donnell, Guillermo (2009): El Estado burocrático autoritario 1966-1973: triunfos, derrotas y crisis 1. Aufl., Buenos Aires: Prometeo Libros.

Ocampo Saravia, Tania (2013): Guerra y desaparición forzada de infantes en El Salvador (1980-1984), in: *Cultura y representaciones sociales*, *8*, *15*. 186–217.

Oettler, Anika (2008): Do Qualitative Data Help in Addressing Central American Violence? Research Note on Data Collection, Working Paper, Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies.

Oliver Costilla, Lucio (2009): El Estado ampliado en Brasil y México, México D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.

Oliver Costilla, Lucio (2011): Estado y sociedad civil en el capitalismo globalizado de América Latina. Cuestiones e interrogantes, in: *Calderón Rodríguez, José María* (Hrsg.), América Latina. Estado y Sociedad en cuestión. México D.F.: Océano/ Universidad Nacional Autónoma de México, 43–80.

Oliver Costilla, Lucio (2012): Las formas espectrales de un régimen autoritario sin hegemonía y la nueva lucha por la construcción democrática popular, in: *Bajo el Volcán*, *11*, *18*. 145–165.

Oliver Costilla, Lucio/Castro Escudero, Teresa (Hrsg.) (2005): Poder y política en América Latina, Mexico City: Universidad Nacional Autónoma de México.

Orjuela, Luis Javier (2010): Elites, Estado y Nación en Colombia, in: *Orjuela, Luis Javier* (Hrsg.), El Estado en Colombia. Bogotá: Universidad de los Andes, 359–379.

Ortega Reyna, Jaime (2011): Estado, excedente y mediaciones en el pensamiento de René Zavaleta, in: *América Latina. Revista del Doctorado en Procesos Sociales y Políticos en América Latina Universidad ARCIS*, *10*, *2 2010-11*. 203–224.

Ortega Reyna, Jaime (2015): Der lateinamerikanische Staat im Denken René Zavaletas, in: *Jenss, Alke/Pimmer, Stefan* (Hrsg.): Der Staat in Lateinamerika. Gewalt, Kolonialität, Transformation, 106-118.

Oslender, Ulrich (2008): Another History of Violence, in: *Latin American Perspectives*, *35*, *5*. 77 –102.

Osorio Avendaño, Camila (2010): ¿Quién metió al „Tuso Sierra" al proceso de Justicia y Paz?, in: *La Silla Vacía*, 26.10.2010. Bogotá, unter: http://www.lasillavacia.com/historia/19137, besucht 16.2.2012.

Osorio, Jaime (Hrsg.) (2011): Violencia y Crisis del Estado. Estudios sobre México, México D.F.: UAM-Xochimilco, Depto. de Ciencias Sociales.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Oszlak, Oscar/O'Donnell, Guillermo (1995): Estado y políticas estatales en América Latina: hacia una estrategia de investigación, in: *Redes*, *4*. 99–128.

Ouviña, Hernán (2010): Traducción y Nacionalización del marxismo en América Latina. Un acercamiento al pensamiento político de René Zavaleta, in: *OSAL (Buenos Aires: CLACSO)*, *XI*, *28*. 193–207.

Palacio, Germán/Rojas, Fernando (1990): Empresarios de la Cocaína, parainistucionalidad y flexibilidad del régimen político colombiano: narcotráfico y contrainsurgencia, in: *Palacio, Germán* (Hrsg.), La Irrupción del Paraestado. Ensayos sobre la crisis colombiana. Bogotá: CEREC/ Instituto Latinoamericano de Servicios Legales Alternativos, 69–104.

Palacios, Marco (1986): Estado y clases sociales en Colombia, Bogotá: Procultura.

Palacios, Marco (1999): El Espejo Colombiano, in: *Letras Libres*. o.S.

Palacios, Marco/Safford, Frank (2002): Colombia: pais fragmentado, sociedad dividida, Bogotá: Editorial Norma.

Pansters, Wil (Hrsg.) (2012a): Violence, Coercion, and State-Making in Twentieth-Century Mexico: The Other Half of the Centaur. Stanford: Stanford University Press.

Pansters, Wil (2012b): Zones of State-Making. Violence, Coercion and Hegemony in Twentieth-Century Mexico, in: *Pansters, Wil (Hrsg.)*, Violence, Coercion, and State-Making in Twentieth-Century Mexico: The Other Half of the Centaur. Stanford: Stanford University Press, 3–39.

Pearce, Jenny (2010): Perverse state formation and securitized democracy in Latin America, in: *Democratization*, *17*, *2*. 286–306.

Pécaut, Daniel (2001): Orden y Violencia. Evolucion socio-política en Colombia entre 1930 y 1953, Bogotá: Editorial Norma.

Pécaut, Daniel (2004): Tradición liberal, autoridad y autoritarismo, in: *Revista Política*, *42*. 59–85.

Pécaut, Daniel (2006): Crónica de cuatro décadas de política colombiana, Bogotá: Grupo Editorial Norma.

Pérez Ricart, Carlos Alfonso (2013): H&K: Armas Ilegales de Alemania en México, in: *Sin Embargo*, unter: http://www.sinembargo.mx/03-07-2013/673712, besucht 20.7.2013.

Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2009): Qualitative Interviews als Verfahren des Ländervergleichs, in: *Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef* (Hrsg.), Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 441–464.

Pimmer, Stefan (2010): Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: von der passiven Revolution zur Krise der Hegemonie, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, *XXVI*, *1-2010*. 12–41.

Portes, Alejandro/Hoffman, Kelly (2003): Latin American Class Structures. Their composition and change during the neoliberal era, in: *Latin American Research Review*, *38*, *1*. 41–82.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Poulantzas, Nicos (1976): Krise der Diktaturen: Portugal, Spanien, Griechenland, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA-Verlag.

Prada Alcoreza, Raúl (2010): Transiciones en la periferia, in: *Crítica y Emancipación*, *II*, *4*. 25–46.

PROKLA Redaktion (2008): EDITORIAL. Politik mit der Inneren (Un-)Sicherheit, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *152*.

Quijano, Aníbal (2000a): Coloniality of Power, Eurocentrism and Latin America, in: *Nepantla: Views from South*, *1*, *3*. 533–580.

Quijano, Aníbal (2000b): Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina, in: *Lander, Edgardo* (Hrsg.), La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas Latinoamericanas. Buenos Aires: CLACSO, 201–246.

Quijano, Aníbal (2000c): Colonialidad del Poder y Clasificación Social, in: *Journal of World-Systems Research*, *VI*, *2*. 142–186.

Quijano, Aníbal (2000d): Los movimientos campesinos contemporáneos en América Latina, in: *OSAL (Buenos Aires: CLACSO)*, *2*. 171–180.

Quijano, Aníbal (2001): Colonialidad del poder, globalizacion y democracia, in: *Utopías, nuestra bandera: revista de debate político*, *188*. 97–123.

Raeymaekers, Timothy (2005): Collapse or Order? Questioning State Collapse in Africa, HiCN Working Paper, Households in Conflict Network, unter: http://ideas.repec.org/p/hic/wpaper/10.html, besucht 6.2.2013.

Reflect!, Assoziation Für Politische Bildung Und Gesellschaftsforschung (2009): Den Staat analysieren und kritisieren - Zusammenfassung der Diskussionen im reflect! Arbeitskreis Staat, Berlin: Reflect!

Resa Nestares, Carlos (2003): El comercio de drogas y los conceptos míticos: la plaza, in: *Nota de Investigación 2*, unter: http://www.uam.es/personal_pdi/economicas/cresa/nota0203.pdf, besucht 20.2.2013.

Restrepo, Luis Alberto (2006): ¿Hacia el reino de los „caudillos ilustrados“? los gobiernos colombianos como actores políticos, in: *Leal Buitrago, Francisco* (Hrsg.), En la Encrucijada. Colombia en el Siglo XXI. Bogotá: Editorial Norma, 27–50.

Rettberg, Angelika (2006): Tras la tormenta viene... otra tormenta: empresarios, reestructuración y conflicto armado en Colombia, in: *Leal Buitrago, Francisco* (Hrsg.), En la Encrucijada. Colombia en el siglo XXI. Bogotá: Grupo Editorial Norma, 207–232.

Reveles, José (2010): El cártel incómodo., México D.F.: Grijalbo.

Reveles, José (2011): Levantones, Narcofosas y Falsos Positivos, México D.F.: Grijalbo.

Reveles, José (2013): Policías comunitarias, autodefensas y paramilitares, in: *EstePaís*, unter: http://estepais.com/site/?p=46822, besucht 8.10.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Reyes Posada, Alejandro (1997): Compra de tierras por narcotraficantes, in: *Thoumi, Francisco* (Hrsg.), Drogas ilícitas en Colombia: su impacto económico, político y social. Bogotá: Ariel, 279–346.

Richani, Nazih (2002): Systems of Violence. The Political Economy of war and peace in Colombia, Albany: State University of New York Press.

Richani, Nazih (2005): Multinational corporations, rentier capitalism, and the war system in Colombia, in: *Latin American Politics and Society*, *47*, *3*. 113–144.

Richani, Nazih (2007): Caudillos and the Crisis of the Colombian State : fragmented sovereignty, the war system and the privatisation of counterinsurgency in Colombia, in: *Third World Quarterly*, *28*, *2*. 403–417.

Richani, Nazih (2012a): Demobilized? Understanding the Urabeños Paramilitary Show of Force in Colombia, in: *Cuadernos Colombianos, North American Congress on Latin America (NACLA)*, unter: https://nacla.org/blog/2012/1/8/demobilized-understanding-urabe%C3%B1os-paramilitary-show-force-colombia, besucht 12.1.2012.

Richani, Nazih (2012b): The Agrarian Rentier Political Economy: Land Concentration and Food Insecurity in Colombia, in: *Latin American Research Review*, *47*, *2*. 51–78.

Rivelois, Jean (2004): Droga, corrupción y metamorfosis políticas. Una comparación entre México y Brasil, in: *Alba Vega, Carlos/Bizberg, Ilán* (Hrsg.), Democracia y globalización en México y Brasil. México D.F.: Colegio de México, 259–292.

Rocha Garcia, Ricardo (2011): Las Nuevas Dimensiones del Narcotráfico en Colombia, Bogotá: UNODC.

Rodríguez Araujo, Octavio (2009): Metamorfosis del Régimen político mexicano, irreversible?, in: *Rodríguez Araujo, Octavio* (Hrsg.), México. Un nuevo régimen político? México D.F.: siglo XXI editores, 253–294.

Rodríguez Rejas, María José (2010a): La Espiral de la Militarización Política en América Latina: Del Proyecto Hemisférico a la Dominación Neoliberal. México, un estudio de caso ejemplar. México D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.

Rodríguez Rejas, María José (2010b): El Proceso de Militarización en México: un caso ejemplar, in: *Calderón Rodríguez, José María* (Hrsg.), América Latina: Estado y sociedad en cuestión. México D.F.: Editorial Edimpo, o.S.

Rojas, Cristina (2009): Securing the State and Developing Social Insecurities: the securitisation of citizenship in contemporary Colombia, in: *Third World Quarterly*, *30*, *1*. 227–245.

Romero, Mauricio (2006): Paramilitares, Narcotráfico y Contrainsurgencia - Una experiencia para no repetir, in: *Leal Buitrago, Francisco* (Hrsg.), En la Encrucijada. Colombia en el siglo XXI. Bogotá: Grupo Ed Norma, 357–386.

Roncallo, Alejandra (2013): The Political Economy of Space in the Americas: The New Pax Americana. New York, NY [u.a.]: Routledge.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Rousseau, Isabelle (2010): Las nuevas élites y su proyecto modernizador, in: *Servín, Elisa* (Hrsg.), Historia crítica de las modernizaciones en México. Del nacionalismo al neoliberalismo, 1940-1994. México D.F.: CIDE/FCE, 242–297.

Roux, Rhina (2005): El Prínicipe Mexicano. Subalternidad, Historia y Estado, México D.F.: Ediciones Era.

Roux, Rhina (2011): Ausencia de Ley. El Desmoronamiento del Estado Mexicano, in: *Osorio, Jaime* (Hrsg.), Violencia y Crisis del Estado. Estudios sobre México. México D.F.: UAM-Xochimilco,Depto. de Ciencias Sociales, 63–84.

Ruf, Werner (2003): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und Privatisierung von Gewalt und Krieg, in: *Ruf, Werner* (Hrsg.), Politische Ökonomie der Gewalt. Wiesbaden: VS-Verlag, 9–47.

Ruggiero, Vincenzo (2009): Transnational Crime and Global Illicit Economies, in: *Wilson, Eric* (Hrsg.), Government of the Shadows. Parapolitics and Criminal Sovereignty. London: PlutoPress, 117–129.

Safford, Frank/Palacios, Marco (2003): Latin American Histories: Fragmented Land, Divided Society. Oxford: Oxford University Press.

Sandoval Palacios, Juan Manuel/Álvarez de Flores, Raquel/Fernández Moreno, Sara Yaneth (Hrsg.) (2011): Planes Geoestratégicos, Desplazamientos y Migraciones forzadas en el área del Proyecto de Desarrollo e Integración de Mesoamérica, México D.F.: Seminario Permanente de Estudios Chicanos y de Fronteras, DEAS-INAH (México).

Santos Méndez, Herard von (2008): Soldados de Elite en Centroamérica y México. San Salvador.

Schlichte, Klaus (2002): Gewinner und Verlierer, in: *Medico International* (Hrsg.), Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der „neuen" Kriege. Frankfurt/Main: Mabuse.

Schlichte, Klaus (2005a): Der Staat in der Weltgesellschaft: politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika, Frankfurt/Main u.a.: Campus.

Schlichte, Klaus (2005b): Gibt es überhaupt Staatszerfall?, in: *Berliner Debatte Initial*, *16*, *4*. 74–83.

Schlichte, Klaus/Migdal, Joel (2005): Rethinking the State, in: Schlichte, Klaus (Hrsg.), The Dynamics of States. Aldershot/Burlington: Ashgate, 1–40.

Schneiker, Andrea (2009): Terrorismus in Kolumbien und Mexiko? Präsidiale Diskurse über nichtstaatliche Gewaltakteure, in: *Hamburg Review of Social Sciences*, *4*, *2*. 74–99, unter: http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/04_02/SCHNEIKER_Kolumbien.pdf, besucht 27.5.2012.

Schüren, Ute (2003): Rationalität oder Irrationalität bäuerlichen Wirtschaftens im Kontext staatlicher Politik? Haushaltsstrategien in mexikanischen Ejidos. Das Beispiel der Chenes-Region, Campeche. Berlin: Freie Universität Berlin., unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000001069, besucht 20.4.2011.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schwartz-Shea, Peregrine/Yanow, Dvora (2011): Interpretive Research Design: Concepts and Processes, 1. Aufl., New York, NY [u.a.]: Routledge.

Scott, Peter Dale (2009): Drugs, Anti-communism and Extra-legal Repression in Mexico, in: *Wilson, Eric* (Hrsg.), Government of the Shadows. Parapolitics and Criminal Sovereignty. London: PlutoPress, 173–194.

Serrano, Mónica (2009): Drug Trafficking and the State in Mexico, in: *Friman, H Richard* (Hrsg.), Crime and the Global Political Economy. Boulder/London: Lynne Rienner.

Serrano, Mónica/Palacios, Marco (2010): Colombia y México: Las violencias del narcotráfico, in: *Alvarado, Arturo/Serrano, Mónica* (Hrsg.), Seguridad nacional y Seguridad interior. México D.F.: Colegio de México, 105–154.

Servín, Elisa (Hrsg.) (2010): Del nacionalismo al neoliberalismo, 1940-1994, México D.F.: Centro de Investigación y Docencia Económicas/ Instituto Nacional de Estudios Históricos de las Revoluciones de México/ Consejo Nacional para la Cultura y las Artes/ Fondo de Cultura.

Sevares, Julio (2003): El Capitalismo Criminal - Gobiernos, Bancos y Empresas En Las Redes del Delito Global, Buenos Aires: Grupo Editorial Norma.

Sin Embargo (2012): El sexenio de los montajes: Cassez, Jacinta, el rescate de reporteros, etcétera; y antes de despedirse, Tres Marías, in: *Sin Embargo*, 14.11.2012. México D.F., unter: http://www.sinembargo.mx/14-11-2012/ 428868, besucht 15.8.2013.

Silverman, David (2004): Doing Qualitative Research: A Practical Handbook, London: SAGE.

Skocpol, Theda (1985): Bringing the State Back In: Strategies in Current Research, in: *Evans, Peter B./Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda* (Hrsg.), Bringing the State Back In. Cambridge: Cambridge University Press, 3–37.

Snyder, Richard/Durán Martínez, Angélica (2009): Drugs, Violence, and State-Sponsored Protection Rackets in Mexico and Colombia, in: *Colombia Internacional*, *70*. 61–91.

Sousa Santos, Boaventura De (2007): La reinvención del Estado y el Estado plurinacional, in: *OSAL (Buenos Aires: CLACSO)*, *22*, *VIII*. 25.46.

Sousa Santos, Boaventura De (2010): Refundación del Estado en América Latina. Perspectivas desde una epistemología del Sur., Bogotá: Universidad de los Andes, siglo XXI, siglo del hombre editores.

Stanley, Ruth (2006): Editorial, in: *Gabbert, Karin/Gabbert, Wolfgang/Godeking, Ulrich* (Hrsg.), Mit Sicherheit in Gefahr. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Sterr, Albert (2008): Mexikos Linke. Ein Überblick, Köln: ISP-Verlag.

Sterr, Albert (2009): Chávez oder Uribe? Lateinamerika zwischen Linkswende und Rechtsputsch, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, *10*. 101–108.

Stützle, Ingo (2009): Staatstheorien. oder „BeckenrandschwimmerInnen der Welt vereinigt euch!“, in: *Assoziazione delle Talpe/ Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen*

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Hrsg.), Staatsfragen. Einführungen in die materialistische Staatskritik. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 10–17.

Tapia, Luis (2006): La producción teórica para pensar América Latina, in: *Aguiluz Ibargüen, Maya/Ríos Méndez, Norma de los* (Hrsg.), René Zavaleta Mercado. Ensayos, testimonios y re-visiones. Buenos Aires: Mino y Dávila, 213–224.

Tapia, Luis (2009a): La coyuntura de la autonomía relativa del estado, La Paz: Muela del Diablo Editores [u.a.].

Tapia, Luis (2009b): Pensando la democracia geopolíticamente, La Paz: CLACSO/Muela del Diablo/CIDES/COMUNA.

Tapia, Luis (2010): El Estado en condiciones de abigarramiento, in: *Prada Alcoreza, Raúl/Tapia, Luis/Vega, Oscar/García Linera, Álvaro* (Hrsg.), El Estado. Campo de lucha. La Paz: Muela del Diablo/CLACSO /Comuna, 95–125.

Teichman, Judith A. (1995): Privatization and political change in Mexico, Pittsburgh, Pa. [u.a.]: Univ. of Pittsburgh Press.

Tenthoff, Moritz/Eventon, Ross (2013): A 'Veritable Revolution'. The Land Restitution Law and the Transformation of Rural Colombia, Amsterdam: Transnational Institute.

Thien, Hans-Günter (2010): Klassen im Postfordismus. Einleitung, in: *Thien, Hans-Günter* (Hrsg.), Klassen im Postfordismus. Münster: Westf. Dampfboot, 7–22.

Thomson, Janice E. (1996): Mercenaries, Pirates, and Sovereigns: State-Building and Extraterritorial Violence in Early Modern Europe, Princeton University Press.

Thoumi, Francisco (2003): Illegal Drugs, Economy, and Society in the Andes. Washington D.C.: Woodrow Wilson Center Press.

Thwaites Rey, Mabel (2004): La Autonomía como Búsqueda, el Estado como Contradicción, Buenos Aires: Prometeo.

Thwaites Rey, Mabel (2010a): Después de la globalización neoliberal: Qué Estado en América Latina?, in: *OSAL (Buenos Aires: CLACSO)*, *XI*, *27, April*. 19–43.

Thwaites Rey, Mabel (2010b): El Estado en debate: de transiciones y contradicciones, in: *Crítica y Emancipación*, *II*, *4*. 9–24.

Thwaites Rey, Mabel (Hrsg.) (2012): El Estado en América Latina: Continuidades y Rupturas, Santiago de Chile: CLACSO/Editorial Arcis.

Thwaites Rey, Mabel/Castillo, José (2008): Desarrollo, dependencia y Estado en el debate latinoamericano, in: *Araucaria. Revista Iberoamericana de Filosofía, Política y Humanidades*, *19*, *1/2008*. 24–45.

Thwaites Rey, Mabel/Ouviña, Hernán (2012): La estatalidad latinoamericana revisitada. Reflexiones e hipótesis alrededor del problema del poder político, in: *Thwaites Rey, Mabel* (Hrsg.), El Estado en Amércia Latina: Continuidades y rupturas. Santiago de Chile: CLACSO/Editorial Arcis, 51–92.

Tilly, Charles (1985): War Making and State Making as Organized Crime, in: *Evans, Peter/Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda* (Hrsg.), Bringing the State Back In. Cambridge:: Cambridge University Press, 169–191.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tilly, Charles (2004): Terror, Terrorism, Terrorists, in: *Sociological Theory*, *22*, *1*. 5–13.

Tobler, Hans Werner (2004): Die Revolution und die Entwicklung Mexikos im 20. Jahrhundert, in: *Bernecker, Walther L./Hölz, Karl/Braig, Marianne/ Zimmermann, Klaus* (Hrsg.), Mexiko heute. Frankfurt/Main: Vervuert, 64–85.

Trotha, Trutz von (1997): Soziologie der Gewalt, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, *Sonderheft 37*.

Umaña Mendoza, Germán (2007): Política comercial: bilateralismo y sector externo, in: *(CID), Centro de Investigaciones para el Desarrollo* (Hrsg.), Bienestar y macroeconomía. Más allá de la retórica. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia, 187–224.

Ungar, Elisabeth/Cardona, Juan Felipe (2010a): La Ley de Justicia y Paz, una iniciativa para reducir la exposición penal de Narcotraficantes y Paramilitares?, in: *López Hernández, Claudia* (Hrsg.), y refundaron la Patria... De cómo mafiosos y políticos reconfiguraron el Estado colombiano. Bogotá: Random House/ Corporación Nuevo Arcoiris, 304–316.

Ungar, Elisabeth/Cardona, Juan Felipe (2010b): Leyes de Economía Agraria, intentos para legalizar el Despojo?, in: *López Hernández, Claudia* (Hrsg.), y refundaron la Patria... De cómo mafiosos y políticos reconfiguraron el Estado colombiano. Bogotá: Random House/ Corporación Nuevo Arcoiris, 331–362.

Uribe Hincapié, María Teresa (2001): Nación, ciudadano y soberano. Medellín: Corporación Región.

Uribe Hincapié, María Teresa (2004): El republicanismo patriótico, in: *Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo (Hrsg.)*, Reelección: El Embrujo continúa. Segundo año de gobierno de Álvaro Uribe Vélez. Bogotá: Plataforma, 13–21.

Valencia, León (2007): Los caminos de la alianza entre los paramilitares y los políticos, in: *Romero, Mauricio* (Hrsg.), Parapolítica. La ruta de la expansión paramilitar y los acuerdos políticos. Bogotá: Corporación Nuevo Arco Iris; Cerec; Asdii, 11–58.

Vargas Meza, Ricardo (2013): Las drogas como economía de guerra y el proceso de paz en Colombia: dilemas y desafíos, Amsterdam: Transnational Institute.

Vargas Velásquez, Alejo (2004): El gobierno de Àlvaro Uribe: proyecto y resultados. Políticas, estrategias y doctrinas, in: *Nueva Sociedad*, *192*. 85–97.

Vargas Velásquez, Alejo (2010): Las fuerzas armadas en el conflicto colombiano. Antecedentes y perspectivas, Medellín: La Carreta Editores.

Vázquez Castillo, María Teresa (2004): Land privatization in Mexico: urbanization, formation of regions, and globalization in ejidos, New York, NY [u.a.]: Routledge.

Velásquez Romero, Carlos Alfonso (2011): la esquiva terminación del Conflicto Armado en Colombia. Una mirada político-estratégica a la confrontación con las Farc durante las tres últimas décadas, Bogotá: La Carreta Editores.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vilhena Vieira, Oscar (2011): Desigualdad estructural y Estado de derecho, in: *Rodríguez Garavito, César* (Hrsg.), El derecho en América Latina: un mapa para el pensamiento jurídico del siglo XXI. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Vinson, Ben (2009): Introduction. Black Mexico and the Historical Discipline, in: *Vinson, Ben/Restall, Matthew* (Hrsg.), Black Mexico. Race and Society from Colonial to Modern Times. Albuquerque: University of New Mexico Press,1–18.

Viteri, Alfredo (2004): Tierra y territorio como derechos, in: *Revista Pueblos. Revista de Información y Debate*, unter: http://www.revistapueblos.org/spip.php ?article75, besucht 15.3.2002.

Wagner, Jürgen (2008): Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit, Berlin: Bundestagsfraktion Die Linke, unter: http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1846.

Waldmann, Peter (2003): El Estado anómico – Derecho, seguridad publica y vida cotidiana en America Latina, Caracas: Nueva Sociedad.

Wilson, Eric (2009): Deconstructing the Shadows, in: *Wilson, Eric* (Hrsg.), Government of the Shadows. Parapolitics and Criminal Sovereignty. London: PlutoPress, 13–55.

Wilson, Japhy (2011): Contesting The Plan Puebla Panama: Henri Lefebvre and the Politics of Space in Southern Mexico, in: *Sandoval Palacios, Juan Manuel/ Álvarez de Flores, Raquel/Fernández Moreno, Sara Yaneth* (Hrsg.), Planes Geoestratégicos, Desplazamientos y Migraciones forzadas en el área del Proyecto de Desarrollo e Integración de Mesoamérica. México D.F.: Seminario Permanente de Estudios Chicanos y Fronteras, DEAS-INAH (México), 69–88.

Womack, John (1985): Zapata y la revolución mexicana, 14. Aufl., México D.F.: Siglo Veintiuno Editores.

Yanow, Dvora (2006): Neither Rigorous nor objective? Interrogating Criteria for Knowledge Claims in Interpretive Science, in: *Schwartz-Shea, Peregrine/Yanow, Dvora* (Hrsg.), Interpretation and Method: Empirical Research Methods and the Interpretive Turn. Armonk N.Y.: M.E. Sharpe, 67–88.

Yanow, Dvora (2013): Interpretive Analysis and Comparative Research, in: *Engeli, Isabelle/Rothmayr, Christine* (Hrsg.), Comparative policy studies: Conceptual and methodological challenges. Basingstoke/London: Palgrave.

Zapata, Rubén (2013): Son las Bacrim un estado dentro del Estado? in: *PeriferiaPrensa*, *83*, unter: http://www.periferiaprensa.com/index.php/ediciones-anteriores/175-ed-anteriores/edicion-83-abril-2013/1169-son-las-bacrim-un-estado-dentro-del-estado, besucht 15.5.2013.

Zavaleta, René (2006): Formas de operar del Estado en América Latina (bonapartismo, populismo, autoritarismo), in: *Aguiluz Ibargüen, Maya/Ríos Méndez, Norma de los* (Hrsg.), René Zavaleta Mercado. Ensayos, testimonios y re-visiones. Buenos Aires: Mino y Dávila, 33–54.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zavaleta, René (2009a): El Estado en América Latina, in: *Tapia, Luis (Hrsg.)*, La autodeterminación de las masas. René Zavaleta. Bogotá: Siglo del Hombre Ed./ CLACSO [urspr. aus: Ensayos 1, México, UNAM, 1984, pp. 59-78], 321–355.

Zavaleta, René (2009b): Problemas de la Determinación Dependiente y la Forma Primordial, in: *Tapia, Luis (Hrsg.)*, La autodeterminación de las masas. René Zavaleta. Bogotá: Siglo del Hombre Ed./ CLACSO [urspr. aus: América Latina: desarrollo y perspectivas democráticas, San José de Costa Rica, FLACSO, 1982, pp. 55-83], 291–320.

Zavaleta, René (2010): La burguesía incompleta. Ni piedra filosofal ni summa feliz., in: *OSAL (Buenos Aires: CLACSO)*, *XI*, *28*. 209–215.

Zelik, Raul (2005): Staat und Gewalt. Der kolumbianische Paramilitarismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, *4/2005*. 483–492.

Zelik, Raul (2006): Das mafiose Kontrollregime. Paramilitarismus und Staat in Kolumbien, in: *Gabbert, Karin/Gabbert, Wolfgang/Godeking, Ulrich* (Hrsg.), Mit Sicherheit in Gefahr. Münster: Westfälisches Dampfboot, 89–106.

Zelik, Raul (2007): „State Failure" und „asymmetrische Kriege" als Paradigmen von Weltordnungspolitik. Die Beiträge Herfried Münklers zu einer Neubestimmung imperialer Politik, in: *Prokla*, *37/2*, *147*. 289–307.

Zelik, Raul (2009): Die kolumbianischen Paramilitärs. Terroristische Formen der Inneren Sicherheit, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Zelik, Raul (2010): Der Konsens des Schreckens - Reflexionen zur Hegemonie bildenden Wirkung herrschaftlicher Gewalt, in: *Das Argument*, *52*, *288*. 30–43 (zitiert aus Manuskriptversion, S. 1-18).

Zelik, Raul (2011): Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken, Hamburg: VSA-Verlag.

Ziai, Aram (2006): Post-Development: Ideologiekritik in der Entwicklungstheorie, in: *Politische Vierteljahresschrift*, *47*, *2*. 193–218.

Zibechi, Raúl (2008): The new Latin American Right: Finding a Place in the World, in: *North American Congress on Latin America (NACLA)*, *41*, *1*.

Zibechi, Raúl (2009): Bolivien. Die Zersplitterung der Macht, Hamburg: Nautilus.

Zinecker, Heidrun (2004): Drogenökonomie und Gewalt. Das Beispiel Kolumbien, HSFK-Report, Frankfurt/M: Hess. Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Zinecker, Heidrun (2007): Kolumbien und El Salvador im longitudinalen Vergleich - Ein kritischer Beitrag zur Transitionsforschung, Baden-Baden: Nomos.

Zuñino, Mariela/Pickard, Miguel/Contreras, Karela/Pérez, Rosaluz/u. a. (2011): Las Ciudades Rurales en Chiapas: Nueva estrategia contrainsurgente, in: *Sandoval Palacios, Juan Manuel/Álvare de Flores, Raquel/Fernández Moreno, Sara Yaneth* (Hrsg.), Planes Geoestratégicos, Desplazamientos y Migraciones forzadas en el área del Proyecto de Desarrollo e Integración de Mesoamérica. México D.F.: Seminario Permanente de Estudios Chicanos y Fronteras, DEAS-INAH (México), 141-162.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

STRUKTURIERTES QUELLENVERZEICHNIS

Zeitungsartikel

Contralínea (2008): Mapa de las operaciones en paraísos fiscales, in: *Contralínea*, 01.07.2008. México D.F., unter: http://contralinea.com.mx/archivo/2008/julio/html/mapa-operaciones-en-paraisos-fiscales.htm, besucht 16.1.2012.

Contralínea (2009): Ejército, sin control, in: *Contralínea*, 05.04.2009. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2009/04/05/ejercito-sin-control/, besucht 16.1.2012.

Contralínea (2010a): Plan 2030: ocupación integral de México, in: *Contralínea*, 04.04.2010. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2010/04/04/plan-2030-ocupacion-integral-de-mexico/, besucht 20.8.2011.

Contralínea (2010b): Entrega Calderón áreas estratégicas a trasnacionales, in: *Contralínea*, 07.03.2010. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2010/03/07/entrega-calderon-areas-estrategicas-a-trasnacionales/, besucht 20.8.2011.

Contralínea (2010c): Plan México 2030: acotar crimen organizado, no exterminarlo, in: *Contralínea*, 28.02.2010. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2010/02/28/plan-mexico-2030-acotar-crimen-organizado-no-exterminarlo/, besucht 20.8.2011.

Contralínea (2011a): Contrarrevolución: panistas y cristeros, in: *Contralínea*, 13.11.2011. México D.F., unter: http://www.contralinea.info/archivo-revista/index.php/2011/11/20/contrarrevolucion-panistas-y-cristeros/, besucht 16.1.2012.

Contralínea (2011b): CNDH registra 283 quejas por desaparición forzada en México, in: *Contralínea*, 01.03.2011. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2011/03/01/cndh-registra-283-quejas-por-desaparicion-forzada-en-mexico/, besucht 15.3.2011.

Contralínea (2011c): Las anormalidades del presupuesto militar, in: *Contralínea*, 30.10.2011. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2011/10/30/las-anormalidades-del-presupuesto-militar/, besucht 30.10. 2011.

Contralínea (2011d): …Y ahora, paramilitares, in: *Contralínea*, 16.10.2011. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2011/10/16/y-ahora-paramilitares/?=Source=tfb, besucht 18.10.2011.

Contralínea (2011e): Para jueces, 1 mil 288 MDP libres de fiscalización, in: *Contralínea*, 17.04.2011. México D.F., 26–31, unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2011/04/17/a-jueces-1-mil-300-millones-de-pesos-libres-de-fiscalizacion-parte-del-dinero-decomisado-a-zhenli-ye-gon/, besucht 15.5.2011.

Contralínea (2011f): Cárteles lavan 2 billones de pesos en plena „guerra“, in: *Contralínea*, 14.06.2011. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2011/06/14/carteles-lavan-2-billones-de-pesos-en-plena-guerra/, besucht 20.02.2013

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Contralínea (2012a): CNDH: más de 6 mil expedientes abiertos por desaparición forzada. Interview mit Raúl Plascencia Villanueva, Präsident der CNDH, in: *Contralínea*, 07.12.2012. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2012/10/07/cndh-mas-de-6-mil-expedientes-abiertos-por-desaparicion-forzada/, besucht 20.10.2012.

Contralínea (2012b): Embate contra el Ejército Mexicano, in: *Contralínea*, 10.06.2012. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2012/06/10/embate-contra-el-ejercito-mexicano/, besucht 22.6.2012.

Contralínea (2012c): Modernización militar de México, cada vez más lejos, in: *Contralínea*, 05.01.2012. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2012/01/15/modernizacion-militar-de-mexico-cada-vez-mas-lejos/, besucht 16.1.2012.

Contralínea (2012d): Un cuarto del país en concesiones mineras, in: *Contralínea*, 22.01.2012. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2012/01/22/un-cuarto-del-pais-en-poder-de-mineras-extranjeras/, besucht 23.1.2012.

Contralínea (2013a): La alianza Elba Esther Gordillo-PAN: impunidad y poder a cambio de votos, in: *Contralínea*, 17.03.2013. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2013/03/17/gordillo-complice-protegida-de-calderon/, besucht 17.3.2013.

Contralínea (2013b): Instituciones de seguridad nacional, contra la población, in: *Contralínea*, 25.08.2013. México D.F., http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2013/08/25/instituciones-de-seguridad-nacional-contra-la-poblacion/, besucht 30.08.2013

Contralínea (2013c): Nicolás Hernández: me traicionó Marisela Morales, in: *Contralínea*, 30.07.2013. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2013/07/30/nicolas-hernandez-traiciono-marisela-morales/, besucht 30.7.2013.

Contralínea (2013d): Narcotráfico asociado a Fuerzas Armadas, contra migrantes: Solalinde. Interview mit dem Priester Alejandro Solalinde, in: *Contralínea*, 24.07.2013. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2013/07/24/narcotrafico-asociado-fuerzas-armadas-contra-migrantes-solalinde/, besucht 24.7.2013.

Contralínea (2013e): Moreira pide 10 mil pozos para la exploración del shale gas en Coahuila, in: *Contralínea*, 25.01.2013. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2013/01/25/moreira-pide-10-mil-pozos-para-la-exploracion-del-shale-gas-en-coahuila/, besucht 12.8.2013.

Contralínea (2013f): Infografía: Los recursos públicos para Seguridad Nacional, in: *Contralínea*, 19.08.2013. México D.F., unter: http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2013/08/19/infografia-los-recursos-publicos-para-seguridad-nacional/, besucht 20.8.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

El Espectador (2006): Construcción de Estado o paraestado, in: *El Espectador*, 03.12.2006. Bogotá.

El Espectador (2008a): El „Pepe“ mayor. La historia del ex oficial de la Policía Danilo González, in: *El Espectador*, 13.09.2008. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/impreso/judicial/articuloimpreso-el-pepe-mayor, besucht 9.1.2013.

El Espectador (2008b): Chivolo y Pivijay, los otros pactos, in: *El Espectador*, 15.07.2008. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/impreso/articuloimpreso-chivolo-y-pivijay-los-otros-pactos, besucht 20.3.2014.

El Espectador (2008c): Consolidación S.A., in: *El Espectador*, 06.12.2008. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/opinion/columnistasdelimpreso/alfredo-molano-bravo/columna96682-consolidacion-sa, besucht 20.2.2012.

El Espectador (2008d): Proyectos de ‘paras’, en la mira, in: *El Espectador*, 04.04.2008. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/impreso/cuadernilloa/investigacion/articuloimpreso-proyectos-de-paras-mira, besucht 13.2.2013.

El Espectador (2008e): La hecatombe tributaria, in: *El Espectador*, 08.06.2008. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/opinion/columnistasdelimpreso/salomon-kalmanovitz/columna-hecatombe-tributaria, besucht 10.7.2008.

El Espectador (2009): Tumban estatuto de desarrollo rural, in: *El Espectador*, 19.03.2009. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo128983-tumban-estatuto-de-desarrollo-rural, besucht 30.11.2011.

El Espectador (2011a): Sabas culpó a Restrepo de meterle 12.000 „paras“, in: *El Espectador*, 09.03.2011. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/noticias/wikileaks/articulo-255700-sabas-culpo-restrepo-de-meterle-12000-paras, besucht 20.1.2012.

El Espectador (2011b): Arias sabía todo, in: *El Espectador*, 31.10.2011. Bogotá, unter: http://www.elespectador.com/impreso/judicial/articulo-308713-arias-sabia-todo-juan-camilo-salazar-exviceministro-de-agricultu, besucht 1.11.2011.

El Tiempo (2003): Tribunales Regionales de Verdad. Interview mit Carlos Castaño, in: *El Tiempo*, 04.12.2003. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-1042461, besucht 27.8.2008.

El Tiempo (2004): La visita de Salvatore, in: *El Tiempo*, 26.07.2004. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-1595245, besucht 1.12.2012.

El Tiempo (2005a): Reversazo de Incoder les quitó 10 mil hectáreas a negritudes, in: *El Tiempo*, 23.10.2005. Bogotá, unter: http://www.acnur.org/index.php?id_pag=4184, besucht 20.2.2012.

El Tiempo (2005b): Protestas en todo el país, in: *El Tiempo*, 12.10.2005. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-1794544, besucht 20.6.2008.

El Tiempo (2006a): „Los paras fueron remedio, pero se convirtieron en un monstruo“. Interview mit José Félix Lafaurie (FEDEGAN), in: *El Tiempo*,

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

21.10.2006. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-2245450, 15.10.2011

El Tiempo (2006b): Así se desarrolló durante 10 años la oscura conexión paramilitar con políticos en Sucre - Archivo - Archivo Digital de Noticias de Colombia y el Mundo desde 1.990, in: *El Tiempo*, 11.11.2006. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-3322010, besucht 20.11.2013.

El Tiempo (2006c): Los lujos y las exigencias que llevaron al presidente Álvaro Uribe a conminar a los „paras", in: *El Tiempo*, 16.08.2006. Bogotá.

El Tiempo (2006d): 40 congresistas firmaron compromiso político con autodefensas, reconoce Miguel de la Espriella, in: *El Tiempo*, 27.11.2006. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-3340795, besucht 15.10.2011

El Tiempo (2007a): Así se „tejió" el pacto secreto del 2001 entre políticos y „paras", en Santa Fe Ralito, in: *El Tiempo*, 20.01.2007. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-3406911, besucht 1.12.2009.

El Tiempo (2007b): Hay que limpiar los titulos. Interview mit Juan Sebastián Betancur (Proantioquia), in: *El Tiempo*, 28.01.2007. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-2371256, besucht 1.10.2012.

El Tiempo (2007c): Adiós a Induarroz: molinos Florhuila y Roa, in: *El Tiempo*, 06.09.2007. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-2645630, besucht 20.8.2010.

El Tiempo (2008): „Me preocupa por Uribe y por la institucionalidad un tercer periodo": Luis Carlos Villegas. Interview mit dem Präsidenten der Asociación Nacional de Industriales, in: *El Tiempo*, 14.06.2008. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-4278884, besucht 6.8.2013.

El Tiempo (2010a): Con oro lavan dinero y se roban regalías, reveló el ex jefe „para" Salvatore Mancuso, in: *El Tiempo*, 31.07.2010. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-7835388, besucht 19.8.2013.

El Tiempo (2010b): „Macaco", ex jefe de las Auc, estaría controlando desde EE. UU. mina de oro en el Bajo Cauca, in: *El Tiempo*, 2010. Bogotá, unter: http://m.eltiempo.com/justicia/macaco-ex-jefe-de-las-auc-estaria-controlando-desdeee-uu-mina-de-oro-en-el-bajo-cauca/7904876/1/home, besucht 21.1.2013.

El Tiempo (2011a): 41% de la tierra en Colombia tiene menos de 100 mil dueños, in: *El Tiempo*, 10.10.2011. Bogotá, unter: http://m.eltiempo.com/justicia/el-pais-tiene-cada-vez-mas-terratenientes/10528066/1, besucht 12.10.2011.

El Tiempo (2011b): Cuna del Bloque Metro, in: *El Tiempo*, 13.11.2011. Bogotá, unter: http://www.eltiempo.com/opinion/columnistas/otroscolumnistas/cuna-del-_10759788-4, besucht 18.11.2011.

La Jornada (2006a): Estúpido culpar al EZLN por no apoyar a López Obrador: Marcos, in: *La Jornada*, 07.07.2006. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2006/07/07/index.php?section=politica&article=018n1pol, besucht 20.8.2010.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

La Jornada (2006b): Capacita el gobierno a grupos de 'disuasión' tipo halcones, in: *La Jornada*, 31.08.2006. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2006/08/31/index.php?section=politica&article=003n1pol, besucht 13.2.2012.

La Jornada (2007a): Alta concentración del ingreso en México: Hacienda, in: *La Jornada*, 28.03.2007. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2007/03/28/index.php?section=economia&article=029n3eco, besucht 20.10.2011.

La Jornada (2007b): Plan Mérida, in: *La Jornada*, 20.08.2007. México D.F.

La Jornada (2007c): Los paramilitares, una sombre muy visible en la zona indígena de Ayutla, in: *La Jornada*, 30.01.2007. Guerrero, unter: http://www.lajornadaguerrero.com.mx/2007/01/30/index.php?section=sociedad&article=009n1soc, besucht 15.1.2012.

La Jornada (2010a): Crecimiento del narco, migración y ONG, riesgos para el país: Cisen, in: *La Jornada*, 28.12.2010. México D.F., 5.

La Jornada (2010b): Amenazas de muerte de zetas hacen de Mier, Tamaulipas, pueblo fantasma, in: *La Jornada*, 11.11.2010. México D.F., 5.

La Jornada (2011a): Las piezas del rompecabezas, in: *La Jornada*, 09.08.2011. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2011/08/09/opinion/021a2pol, besucht 20.1.2013.

La Jornada (2011b): Por insistencia de EU se relegó al Ejército de la lucha antinarco en Juárez Cables revelan la colaboración estadunidense para dejar al frente a la PF, in: *La Jornada*, 15.03.2011. México D.F., 4.

La Jornada (2011c): Si agarro a un zeta lo mato; ¿para qué interrogarlo?: jefe policiaco, in: *La Jornada*, 13.03.2011. Torreón, 7.

La Jornada (2011d): Medina Mora, jugador clave en la Iniciativa Mérida: EU — Wikileaks, in: *La Jornada*, 09.03.2011. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2011/03/09/index.php?section=politica&article=002n1pol, besucht 20.1.2012.

La Jornada (2011e): Rápido y furioso se autorizó en Washington, revela ex jefe de ATF, in: *La Jornada*, 26.03.2011. México D.F., 2.

La Jornada (2011f): La invasión de Veracruz, in: *La Jornada*, 23.10.2011. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2011/10/23/opinion/008a1pol, besucht 20.4.2013.

La Jornada (2011g): Bogotá amenazó con cancelar capacitación a mexicanos, por corruptos, in: *La Jornada*, 26.05.2011. México D.F., 2.

La Jornada (2011h): Controlan Zetas y cártel de Sinaloa la mayor parte del país: Siedo, in: *La Jornada*, 09.11.2011. México D.F., 5.

La Jornada (2011i): Insiste Calderón en que se apruebe la ley de seguridad; faltan ideas, dice Beltrones, in: *La Jornada*, 13.08.2011. México D.F., 7.

La Jornada (2011j): Sobre Seguridad Nacional, in: *La Jornada*, 02.05.2011. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2011/05/02/index.php?section=opinion&article=021a1pol, besucht 31.5.2011.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

La Jornada (2011k): El PRI busca ordenar la relación entre poder civil y fuerzas armadas, in: *La Jornada*, 04.05.2011. México D.F., 10.

La Jornada (2011l): Los claroscuros del diálogo de Chapultepec, in: *La Jornada*, 28.06.2011. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2011/06/28/opinion/023a1pol, besucht 15.01.2013

La Jornada (2011m): La Jornada: Devastación, de la mano de concesiones mineras, in: *La Jornada*, 08.08.2011. 44, unter: http://www.jornada.unam.mx/2011/08/08/politica/044n1pol, besucht 8.11.2011.

La Jornada (2011n): Total desorden, negligencia y omisión en concesiones mineras, in: *La Jornada*, 09.05.2011. México D.F., 22.

La Jornada (2012a): México SA, in: *La Jornada*, 23.03.2012. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2012/03/23/economia/030o1eco, besucht 20.2.2013.

La Jornada (2012b): México SA. Meade: carpetazo, in: *La Jornada*, 27.07.2012. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2012/07/27/opinion/032o1eco, besucht 20.12.2012.

La Jornada (2012c): Propone Calderón reforma para dar a ejidatarios propiedad de tierras, in: *La Jornada*, 28.11.2012. México D.F., unter: http://www.lajornadajalisco.com.mx/2012/11/28/propone-calderon-reforma-para-dar-a-ejidatarios-propiedad-de-tierras/, besucht 14.8.2013.

La Jornada (2012d): Empresarios de Coahuila, coludidos con el narco: Moreira, in: *La Jornada*, 26.10.2012. México D.F., unter: http://www.jornada.unam.mx/2012/10/26/politica/007e1pol, besucht 27.10.2012.

La Jornada (2014): „Traición histórica" del Estado mexicano contra los migrantes, in: *La Jornada*, 02.03.2014. Mexico D.F., 9.

Proceso (2010): Cerca de 200 alcaldías „bajo control absoluto" del narco: Senado, in: *Proceso*, 07.09.2010. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=100995, besucht 13.4.2012.

Proceso (2011a): Tijuana: el héroe falso, in: *Proceso*, 20.03.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=265841, besucht 13.1.2012.

Proceso (2011b): Informe de guerra, in: *Proceso*, 03.09.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=280579, besucht 20.01.2013

Proceso (2011c): Capacitación „made in USA" a mexicanos… en Colombia, in: *Proceso*, 09.10.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=283550, besucht 15.10.2011.

Proceso (2011d): Con el Ejército llegó la tortura, in: *Proceso*, 12.03.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=265103, besucht 22.3.2011.

Proceso (2011e): „Tuiteros" detenidos en Veracruz por „terrorismo" se dicen víctimas de torturas, in: *Proceso*, 29.08.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=279960, besucht 20.11.2011.

Proceso (2011f): Clamor por los desaparecidos, in: *Proceso*, 17.04.2011. México D.F., 10–12.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Proceso (2011g): El riesgo de informar en tiempos de transición, in: *Proceso*, 02.11.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=287001, besucht 8.11.2011.

Proceso (2011h): La ultraderecha, contra el movimiento de Sicilia, in: *Proceso*, 08.05.2011. México D.F., 19-21.

Proceso (2011i): Pide presidente de la Corte a Calderón pruebas sobre jueces corruptos, in: *Proceso*, 14.07.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=275904, besucht 25.11.2012.

Proceso (2011j): En plenitud el Plan Veracruz inseguro, in: *Proceso*, 09.10.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=283697, besucht 14.10.2011

Proceso (2011k): Asoman los paramilitares, in: *Proceso*, 26.09.2011. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=282499, besucht 16.1.2012.

Proceso (2012a): El nuevo gabinete: entre el grupo Atlacomulco y Salinas, in: *Proceso*, 02.12.2012. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=326799, besucht 3.12.2012.

Proceso (2012b): Las víctimas de Províctima, otro engaño del sexenio, in: *Proceso*, 06.12.2012. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=321882, besucht 8.3.2013.

Proceso (2012c): Policía militar, pauta de EU para México, in: *Proceso*, 19.04.2012. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=304852, besucht 7.10.2013.

Proceso (2012d): Espino se entrega a Peña Nieto. Manuel Espino anuncia su apoyo a Peña Nieto, in: *Proceso*, 22.05.2012. México D.F., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=308361, besucht 23.3.2013.

Proceso (2013): Minería mafiosa, in: *Proceso*, 06.07.2013., unter: http://www.proceso.com.mx/?p=346761, besucht 22.09.2013

Semana (1998): Sin Tierra y sin Ley, in: *Semana*, 05.01.1998. Bogotá, unter: http://www.semana.com/especiales/tierra-ley/34408-3.aspx, besucht 17.1.2012.

Semana (2002): Un verdadero cambio tributario, in: *Semana*, 20.10.2002. Bogotá, unter: http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?IdArt=66029, besucht 6.8.2008.

Semana (2005a): Votaciones atípicas en las elecciones de congreso del 2002, in: *Semana*, 11.09.2005. Bogotá, unter: http://www.semana.com//on-line/articulo/votaciones-atipicas-elecciones-congreso-del-2002/74746-3, besucht 20.11.2013.

Semana (2005b): La polémica palma, in: *Semana*, 07.02.2005. Bogotá, unter: http://www.semana.com//on-line/articulo/la-polemica-palma/77272-3, besucht 7.8.2013.

Semana (2005c): Habla Vicente Castaño, in: *Semana*, 06.06.2005. Bogotá, unter: http://www.semana.com/portada/articulo/habla-vicente-castano/72964-3, besucht 30.11.2011.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Semana (2006a): „Yo le hice 'lobby' a la Ley de justicia y paz", in: *Semana*, 14.10.2006. Bogotá, unter: http://m.semana.com/nacion/articulo/yo-hice-lobby-ley-justicia-paz/81451-3, besucht 15.5.2012.

Semana (2006b): Los vivos, in: *Semana*, 02.12.2006. Bogotá, unter: http://www.semana. com/nacion/vivos/98712-3.aspx, besucht 1.2.2012.

Semana (2007a): El mítico GEA, in: *Semana*, 20.10.2007. Bogotá, unter: http://www.semana.com//especiales/articulo/el-mitico-gea/89001-3, besucht 26.3.2013.

Semana (2007b): Te llamo desde la prisión, in: *Semana*, 05.12.2007. Bogotá, unter: http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?idArt=103556, besucht 16.6. 2008.

Semana (2007c): Plan Colombia II, in: *Semana*, 02.03.2007. Bogotá, unter: http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?IdArt=100785, besucht 15.7.2008.

Semana (2008a): Los ganadores del despojo, in: *Semana*, 13.09.2008. Bogotá, unter: http://www.semana.com/por-clasificar/ganadores-del-despojo/115508-3.aspx, besucht 28.10.2011.

Semana (2008b): „Yo ayudé al brazo político de las AUC, pero no soy paramilitar": Rocío Arias, in: *Semana*, 22.01.2008. Bogotá, unter: http://www.semana.com/on-line/articulo/yo-ayude-brazo-politico-auc-pero-no-paramilitar-rocio-arias/90598-3, besucht 20.1.2010.

Semana (2008c): El Poder soy yo, in: *Semana*, 28.06.2008. Bogotá, unter: http://www.semana.com/nacion/articulo/el-poder/93573-3, besucht 20.12.2008.

Semana (2009a): Oro y plomo, in: *Semana*, 28.07.2009. Bogotá, unter: http://www.semana.com//nacion/problemas-sociales/articulo/oro-plomo/105494-3, besucht 26.8.2013.

Semana (2009b): Agro Ingreso Seguro: ¿caja para ricos y reinas?, in: *Semana*, 29.09.2009. Bogotá, unter: http://www.semana.com/politica/agro-ingreso-seguro-caja-para-ricos-reinas/129411-3.aspx, besucht 22.11.2011.

Semana (2010a): ¿Qué tanto ha funcionado Justicia y Paz?, in: *Semana*, 15.02.2010. Bogotá, unter: http://www.semana.com//nacion/conflicto-armado/articulo/que-tanto-ha-funcionado-justicia-paz/112945-3, besucht 13.2.2013.

Semana (2010b): Los casos olvidados de los „falsos positivos", in: *Semana*, 17.06.2010. Bogotá, unter: http://www.semana.com/nacion/casos-olvidados-falsos-positivos/141863-3.aspx, besucht 22.12.2011.

Semana (2010c): Gobierno y Cortes: los puntos clave de una nueva relación, in: *Semana*, 09.08.2010. Bogotá, unter: http://www.semana.com/politica/articulo/gobierno-cortes-puntos-clave-nueva-relacion/120350-3, besucht 20.3.2012.

Semana (2010d): La DMG de los ricos, in: *Semana*, 23.10.2010. Bogotá, unter: http://www.semana.com//opinion/dmg-ricos/146305-3.aspx, besucht 5.12.2012.

Semana (2011a): ¿Estado o concepto fallido?, in: *Semana*, 21.01.2011. Bogotá, unter: http://www.semana.com/opinion/estado-concepto-fallido/150487-3.aspx, besucht 13.2.2012.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Semana (2011b): Paras en clase con el DAS, in: *Semana*, 15.10.2011. Bogotá, unter: http://www.semana.com/nacion/paras-clase-das/165883-3.aspx, besucht 19.10. 2011.

Semana (2011c): Los papeles secretos del DAS, in: *Semana*, 17.09.2011. Bogotá, unter: http://www.semana.com/nacion/papeles-secretos-del-das/164304-3.aspx, besucht 20.9.2011.

Semana (2011d): Jorge Noguera, condenado a 25 años de cárcel, in: *Semana*, 14.09.2011. Bogotá, unter: http://www.semana.com/nacion/jorge-noguera-condenado-25-anos-carcel/164098-3.aspx, besucht 2.2.2012.

Semana (2011e): La fiebre minera se apoderó de Colombia, in: *Semana*, 06.09.2011. Bogotá, unter: http://www.semana.com/nacion/fiebre-minera-apodero-colombia/163716-3.aspx, besucht 16.1.2012.

Semana (2011f): Los líos del Incoder por la adjudicación de tierras y proyectos productivos, in: *Semana*, 16.03.2011. Bogotá, unter: http://www.semana.com/wf_InfoBlog. aspx?IdBlg=59&IdEnt=2913, besucht 15.3.2012.

Semana (2012a): Dos Bernas que en el mundo..., in: *Semana*, 28.01.2012. Bogotá, unter: http://www.semana.com/opinion/dos-bernas-mundo/171115-3.aspx, besucht 30.1.2012.

Semana (2012b): El hombre que fue el cerebro de la paraeconomía, in: *Semana*, 31.03.2012. Bogotá, unter: http://www.semana.com/nacion/hombre-cerebro-paraeconomia/174730-3.aspx, besucht 2.4.2012.

Semana (2012c): Los „Urabeños" muestran su poder regional, in: *Semana*, 05.01.2012. Bogotá, unter: http://m.semana.com/nacion/articulo/los-urabenos-muestran-su-poder-regional/251540-3, besucht 20.1.2012.

Semana (2012d): La nefasta parábola de Mauricio Santoyo, in: *Semana*, 08.12.2012. Bogotá, unter: http://www.semana.com//nacion/nefasta-parabola-mauricio-santoyo/189415-3.aspx, besucht 10.12.2012.

Semana (2013a): La historia inédita de los falsos positivos, in: *Semana*, 06.07.2013. Bogotá, unter: http://www.semana.com//nacion/articulo/la-historia-inedita-falsos-positivos/349851-3, besucht 11.7.2013.

Semana (2013b): El poder del procurador, in: *Semana*, 09.02.2013. Bogotá, unter: http://www.semana.com//nacion/articulo/el-poder-del-procurador/332821-3, besucht 11.10.2013.

Internationale Presse

BBC (2013): The power of Mexico's „Maestra", in: *BBC*, 27.02.2013. México D.F., unter: http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-21608426, besucht 19.11.2013.

BBC Mundo (2007): Dura pulseada entre Uribe y la Suprema, in: *BBC Mundo*, 09.10.2007. London, unter: http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/latin_america/newsid_7036000/7036793.stm, besucht 20.12.2012

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

BBC Mundo (2013a): Colombia Profile, in: *BBC Mundo*, 16.07.2013. Bogotá, unter: http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-19390026, besucht 20.10.2013.

BBC Mundo (2013b): Los pueblos fantasma que crea el narco en México, in: *BBC Mundo*, 02.05.2013. México D.F., unter: http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2013/05/130422_pueblos_fantasma_guerrero_mexico_narcotrafico_autodefensas_an.shtml, besucht 16.8.2013.

CNN (2012): Las reformas que Calderón no ha podido concretar, in: *CNN*, 28.08.2012. México D.F., unter: http://mexico.cnn.com/nacional/2012/08/28/las-reformas-que-calderon-no-ha-podido-concretar, besucht 20.11.2013.

CNN Expansión (2008): Especulación de tierras en México, in: *CNN Expansión*, 2008. México D.F., unter: http://www.cnnexpansion.com/obras/pulso-de-la-construccion/especulacion-de-tierras-en-mexico, besucht 12.9.2012.

CNN Expansión (2009): Relación empresas-fisco, se deteriora, in: *CNN Expansión*, 04.11.2009. México D.F., unter: http://www.cnnexpansion.com/negocios/2009/11/03/relacion-empresasfisco-se-deteriora, besucht 20.1.2011.

CNN Expansión (2012): IVA a comida y medicinas: reto del PRI, in: *CNN Expansión*, 06.08.2012. México D.F., unter: http://www.cnnexpansion.com/economia/2012/08/06/las-reformas-mas-importantes, besucht 20.8.2012.

Die Tageszeitung (2010): Was verlangen Sie von uns?, in: *Die Tageszeitung*, 21.09.2010. Berlin, 12.

Die Zeit (2011a): Deutsche Geschichte: Für Volk und Nation, in: *Die Zeit*, 30.11.2011. Hamburg, unter: http://www.zeit.de/2011/48/Rechtsterrorismus, besucht 20.11.2013.

Die Zeit (2011b): Drogenkrieg in Mexiko: Gebete an den heiligen Tod, in: *Die Zeit*, 26.05.2011. Hamburg, unter: http://www.zeit.de/2011/22/Mexiko-Drogenkrieg-Arriaga, besucht 27.11.2013.

Die Zeit (2012): Amerika-Gipfel: Wir sind am Ende, in: *Die Zeit*, 14.04.2012. Hamburg, unter: http://www.zeit.de/2012/16/Drogenkrieg, besucht 28.10.2013.

El País (2011): Más de 15.000 personas murieron en México en 2010 a causa del „narco", in: *El País*, 12.01.2011. Madrid, unter: http://www.elpais.com/articulo/internacional/15000/personas/murieron/Mexico/2010/causa/narco/elpepuint/20110112elpepuint_20/Tes, besucht 9.2.2011.

El País (2013): Embajador de Colombia en EE.UU. renuncia en medio de escándalo de tierras, in: *El País*, 23.07.2013. Bogotá, unter: http://www.elpais.com.co/elpais/colombia/noticias/renuncio-embajador-colombia-estados-unidos-carlos-urrutia, besucht 21.10.2013.

Financial Post (2013): Mexican tax reforms tough on Canadian miners, in: *Financial Post*, 31.10.2013. Ontario, unter: http://business.financialpost.com/2013/10/31/mexican-tax-reforms-tough-on-canadian-miners/, besucht 29.11.2013.

Financial Times (2013): The New Colombia. Peace and prosperity in sight: the country comes of age. Report, in: *Financial Times*, 04.06.2013. London, unter: http://www.ft.com/intl/reports/new-colombia-2013, besucht 20.10.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

NACLA (2012): The Logic of a Contradiction, in: *North American Congress on Latin America (NACLA)*, unter: http://nacla.org/blog/2012/4/3/logic-contradiction, besucht 3.4.2012.

New York Times (2011): Better Lives for Mexicans Cut Allure of Going North (The Mexican Migration Project), in: *New York Times*, 06.07.2011. New York City, unter: http://www.nytimes.com/interactive/2011/07/06/world/americas/immigration.html?_r=0, besucht 9.9.2011.

Wall Street Journal (2012): For Mexico, an Edge on China, in: *Wall Street Journal*, 16.09.2012. Mexico City/Beijing, unter: http://online.wsj.com/news/articles/SB10000872396390444318104577587191288101170, besucht 28.11.2013.

Planungsdokumente der Regierungen, Berichte staatlicher Stellen, Gesetze

ASF (2010): Informe del resultado de la fiscalización superior de la Cuenta Pública 2005-2010, México D.F.: Auditoría Superior de la Federación ASF.

Alianza del Pacífico (2011): Declaración Presidencial sobre la Alianza del Pacífico. Declaración de Lima, unter: http://alianzapacifico.net/documents/AP_Declaracion_Lima_I_Cumbre.pdf, besucht 20.10.2013.

Alianza del Pacífico (2013): Declaración de Cali, unter: http://alianzapacifico.net/documents/cali.pdf, besucht 20.10.2013.

Banco de México (2012): Informe Trimestral, México D.F.: Banco de México.

Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs (2009): Mérida Initiative: Myth vs. Fact, Washington D.C.: U.S. Department of State, unter: http://www.state.gov/j/inl/rls/fs/122395.htm, besucht 15.2.2012.

Calderón Hinojosa, Felipe (Kampagnenteam) (2006): México 2030. Proyecto de Gran Visión. Resultados de los talleres temáticos, Documento de Trabajo (Confidencial).

Cámara de Diputados (2008a): Iniciativa Mérida. Compendio, México D.F.: Centro de Documentación, Información y Análisis del Congreso, unter: http://www.diputados.gob.mx/cedia/sia/spe/SPE-CI-A-02-08.pdf, besucht 20.1.2013.

Cámara de Diputados (2008b): El Presupuesto Público Federal para la FUNCIÓN SEGURIDAD PÚBLICA 2007-2009, unter: http://www.diputados.gob.mx/cedia/sia/se/SE-ISS-18-08.pdf, besucht 20.8.2013.

Cámara de Diputados (2012): El Presupuesto Público Federal para la FUNCIÓN SEGURIDAD PÚBLICA 2011-2012, unter: http://www.diputados.gob.mx/cedia/sia/se/SAE-ISS-29-11.pdf, besucht 20.8.2013.

Cámara de Diputados (Diario Oficial Federal Estados Unidos Mexicanos) (2012a): Ley Federal Contra la Delincuencia Organizada, unter: http://www.diputados.gob.mx/LeyesBiblio/pdf/101.pdf, besucht 22.8.2012.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Cámara de Diputados (Diario Oficial Federal Estados Unidos Mexicanos) (2012b): Ley Agraria (última Reforma),, unter: http://www.diputados.gob.mx/Leyes Biblio/ref/lagra.htm, besucht 22.11.2011.

Cámara de Diputados (Diario Oficial Federal Estados Unidos Mexicanos) (2012c): Reglamento de la Ley Agraria en Materia de Ordenamiento de la Propiedad Rural, unter: http://www.diputados.gob.mx/LeyesBiblio/regley/Reg_LAgra_MOPR.pdf, besucht 20.2.2013.

Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación (2010): La reintegración: logros en medio de rearmes y dificultades no resueltas, Bogotá: Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación.

Comisiones Unidas de Gobernación, de Derechos Humans y de Defensa Nacional (2010): Proyecto de Dictamen que Reforma y Adiciona Diversas Disposiciones de la Ley de Seguridad Nacional, México D.F.: Cámara de Diputados.

Congreso de la República de Colombia (2000): Código Penal Colombiano, unter: http://www.derechos.org/nizkor/colombia/doc/penal.html, besucht 20.1.2013.

Congreso de la República de Colombia (2005a): Gaceta 409/2005. Consulta Gacetas del Congreso de la República de Colombia, unter: http://www.imprenta.gov.co/gacetap/gaceta.nivel_2, besucht 11.7.2013.

Congreso de la República de Colombia (2005b): Ley de Justica y Paz, unter: http://www.fiscalia.gov.co:8080/Documentos/Normativa/LEY_975_250705.htm, besucht 2.1.2012.

Corte Suprema de Justicia (Colombia) (2007): Sala de Casación Penal: Sentencia negando que las actividades paramilitares puedan ser incluidas en el tipo penal de „delito político“ o „sedición“,, unter: http://www.derechos.org/nizkor/colombia/doc/sedicion.html, besucht 20.1.2012.

Cossío Díaz, José Ramón (2012): Intervención del Ministro José Ramón Cossío Díaz en la Sesión Pública Ordinaria del Pleno de la Suprema Corte de Justicia de la Nación, unter: http://www.sitios.scjn.gob.mx/jrcossio/docs/fuero_militar070812.pdf, besucht 22.7.2013.

Department Of State. The Office of Electronic Information, Bureau of Public Affairs (2009): Fact Sheets. Merida Initiative, unter: http://www.state.gov/j/inl/merida/c30128.htm, besucht 1.11.2012.

DNP/Presidencia (2005): Informe al Congreso, Bogotá: Departamento Nacional de Planeación (DNP)/Presidencia de la República de Colombia, unter: http://wsp.presidencia.gov.co/dapre/Documents/Informe-Congreso/Informe_congreso_2005-AUV.pdf, besucht 14.7.2013.

Fiscalía Especial para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado (FEMOSPP) (2006): Informe sobre 18 años de „Guerra Sucia“ en México. Responsabilidad del Estado en Cientos de Asesinatos y Desapariciones, Washington D.C.: FEMOSPP/ National Security Archive, unter: http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB180/index2.htm, besucht 30.1.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fiscalía General de la Nación (2012): Estadísticas Unidad Nacional de Fiscalías para la Justicia y Paz, unter: http://www.fiscalia.gov.co/jyp/unidad-de-justicia-y-paz/, besucht 20.2.2013.

Garay Salamanca, Luis Jorge (*Contraloría*) (2013): Minería en Colombia. Fundamentos para superar el modelo extractivista, Bogotá/Madrid: Contraloría General de la República de Colombia, unter: http://www.colombiapuntomedio.com/Portals/0/Archivos2013/Miner%C3%ADa.pdf, besucht 23.5.2013.

Gobierno de los Estados Unidos de México, Presidencia de la República (2006): El México que Queremos. Visión 2030.

Gobierno Federal de México/CCE/CONCANACO (2013): Declaración de la Comisión Intersecretarial para la Prevención y el Combate a la Economía Ilegal, unter: http://www.gobernacion.gob.mx/work/models/SEGOB/swbpress_Content/4243/DECLARACION_COMISION_ECONOMIA_ILEGAL.PDF, besucht 1.8. 2013.

Grupo de Memoria Histórica (2013): Basta Ya! Colombia: Memorias de Guerra y Dignidad, Bogotá: Centro Nacional de Memoria Histórica.

Headquarters US Army (2006): Field Manual 3-24: Counterinsurgency. unter: http://www.fas.org/irp/doddir/army/fm3-24.pdf, besucht 31.10.2013.

MinInterior (2008): Decreto 1290. Por el cual se crea el programa de reparación individual por vía administrativa.

Ministerio de Defensa (2007): Política de Consolidación de la *Seguridad Democrática* (PCSD), Bogotá: Ministerio de Defensa Nacional República de Colombia.

Ministerio de Defensa (2008): Logros de la Política de Consolidación de la *Seguridad Democrática*, Bogotá: Ministerio de Defensa.

Ministerio de Defensa (2009): Gasto en Defensa y Seguridad 1998-2011, Bogotá: Ministerio de Defensa.

Ministerio de Minas y Energía (2005): Distritos mineros: Exportaciones e infraestructura de transporte, unter: http://www.upme.gov.co/Docs/Distritos_ Mineros.pdf, besucht 10.2.2012.

Ministerio de Minas y Energía (2011): Irregularidades encontradas en la titulación minera del país, Bogotá, unter: http://www.imcportal.com/newsfiles/20110601233955.pdf?PHPSESSID=170cd69f835da678253a980ea3af506c, besucht 19.3. 2013.

Ministerio del Interior República de Colombia (2002): Decreto Número 2002 del 2002 sobre Zonas de Rehabilitación y Consolidación.

OAS (2003): Declaración sobre Seguridad en las Américas, unter: http://www.oas.org/documents/spa/declaracionsecurity_102803.asp, besucht 20.10.2013.

Observatorio Legislativo (2005): Boletín 39. Seguridad ciudadana y Guardia Rural, Bogotá: Instituto de Ciencia Política Hernán Echavarría Olózaga, unter: http://www.icpcolombia.org/archivos/observatorio/boletin_39, besucht 14.7.2013.

Policía Nacional de Colombia (2009): Cooperación Internacional de la Policía Nacional, unter: http://www.policia.gov.co/portal/page/portal/HOME/Lineamien

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tos/Tomo%202.5.%20COOPERACION%20INTERNACIONALpdf.pdf, besucht 22.1.2012.

Political Instability Task Force (2003): Political Instability Task Force Report: Phase IV Findings, McLean, VA: Science Applications International Corporation, unter: http://globalpolicy.gmu.edu/political-instability-task-force-home/, besucht 20.10.2010.

Presidencia de la República (2007): Plan Nacional de Desarrollo 2007-2012, unter: http://pnd.calderon.presidencia.gob.mx/index.php?page=documentos-pdf, besucht 20.9.2010.

Presidencia de la República (2009): Directiva Presidencia No. 01., unter: http://www.accioncontraminas.gov.co/Documents/Directiva_presidencial%20_salto_estrategico.pdf, besucht 3.12.2012.

Presidencia de la República (2010): Diversas intervenciones de los Gobernadores en el Diálogo por la Seguridad, unter: http://calderon.presidencia.gob.mx/2010/08/diversas-intervenciones-de-los-gobernadores-en-el-dialogo-por-la-seguridad-parte-1/, besucht 20.12.2012.

Presidencia de la República Colombiana (2002): Hacia un Estado comunitario - Plan Nacional de Desarrollo 2002-2006, unter: http://www.dnp.gov.co/PortalWeb/PND/PlanesdeDesarrolloanteriores.aspx, besucht 14.2.2011.

Presidencia de la República Colombiana (2006a): Visión Colombia II Centenario: 2019, unter: https://www.dnp.gov.co/Pol%C3%ADticasdeEstado/Visi%C3%B3nColombia2019.aspx, besucht 12.7.2012.

Presidencia de la República Colombiana (2006b): Plan Nacional de Desarrollo 2006-2010, unter: http://www.dnp.gov.co/PortalWeb/PND/PlanesdeDesarrolloanteriores.aspx, besucht 14.2.2011.

Presidencia de la República Colombiana/Ministerio de Defensa (2003): Política de Defensa y *Seguridad Democrática*, unter: http://www.oas.org/csh/spanish/documentos/Colombia.pdf, besucht 14.7.2013.

Red de Seguridad y Defensa de América Latina (RESDAL) (2010): Atlas Comparativo de la Defensa en América Latina y Caribe, México D.F.: Centro de Estudios Estratégicos sobre Seguridad y Defensa Nacionales.

Secretaría de Economía (2008): Comportamiento de la Inversión Extranjera Directa mundial en el 2007, México D.F.: Estados Unidos Mexicanos, unter: http://www.cinu.org.mx/prensa/especiales/2008/wir2008/WIR_sept_0823.08.08%5B1%5D.pdf, besucht 2.3.2013.

Secretaría de Economía (2012): Comportamiento de la inversión extranjera directa (IED) a nivel nacional y subnacional: seguridad y otros factores, México D.F.: Subsecretaría de Competitividad y Normatividad de la Secretaría de Economía, unter: http://www.economia.gob.mx/files/comunidad_negocios/ied/Reporte_IED_e_Inseguridad_ok.pdf, besucht 22.12.2013.

Secretaría de Gobernación/Poder Ejecutivo / Diario Oficial de la Federación (2011): Decreto por el que se modifica la denominación del Capítulo I del Título

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Primero y reforma diversos artículos de la Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos,, unter: http://www2.scjn.gob.mx/Leyes/ArchivosLeyes/00130212.pdf, besucht 22.8.2012.

Secretaria de Seguridad Pública (2012): Quinto Informe de Labores, México D.F.: Secretaria de Seguridad Pública, unter: http://www.ssp.gob.mx/portalWebApp/ShowBinary?nodeId=/BEA%20Repository/1152053//archivo, besucht 22.01.2013

SEDENA (2007): Respuesta Secretaria de Defensa SEDENA a Pedido de Información 15.02.2007, México D.F.: Secretaria de Defensa, unter: http://www.sedena.gob.mx/leytrans/petic/2007/febrero/15022007d.html, besucht 20.12.2012.

SEDENA (2012a): Respuesta a Solicitud de Acceso a la Información Pública. 0000700153712, México D.F.: Secretaria de Defensa Nacional.

SEDENA (2012b): Relación de Personal fallecido en la aplicación de la campana permanente contra el Narcotráfico y la Ley Federal de Armas de Fuego y Control de Explosivos de DIC. 2006 AL 30 NOV. 2012, unter: http://www.sedena.gob.mx/images/stories/archivos/derechos_humanos/pnal_fallecido.pdf, besucht 21.7.2013.

SEMAR (2012): Informe Rendición de Cuentas 2006-2012, México D.F.: Secretaría de la Marina.

U.S. Congress (106th) (1999): Text of S. 1758 (106th): Alliance with Colombia and the Andean Region (ALIANZA) Act of 1999 (Introduced version). Washington D.C. unter: https://www.govtrack.us/congress/bills/106/s1758/text, besucht 26.11.2013.

U.S. Geological Survey/U.S. Department of the Interior (2012): Mexico Mining., U.S. Department of the Interior.

U.S. Senate (2012): U.S. Vulnerabilities to Money Laundering, Drugs, and Terrorist Financing: HSBC Case History, Washington D.C.: Permanent Subcommittee on Investigations United States Senate, unter: http://www.propublica.org/documents/item/400860-senate-report-on-hsbc.html, besucht 22.10.2012.

UACT (2008): Programa Gubernamental Colombia Responde, Bogotá: Unidad Administrativa para la Consolidación Territorial UACT/Presidencia, unter: http://www.consolidacion.gov.co/?q=content/programa-colombia-responde, besucht 20.12.2013.

Menschenrechtsberichte

ACUDDEH (2012): Informe de violaciones de derechos humanos cometidas contra las personas defensoras de los derechos humanos en el período 2011- primer trimestre de 2012, México D.F.: Acción Urgente para Defensores de los Derechos Humanos AC (ACUDDEH).

AI (2004): Un laboratorio de Guerra: Represión y violencia en Arauca, London: Amnesty International (AI), unter: http://www.amnesty.org/es/library/asset/AMR

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

23/004/2004/es/348b5bb9-d63d-11dd-ab95-a13b602c0642/amr230042004es.pdf, besucht 20.4.2010.

AI (2005): Colombia. The Paramilitaries in Medellín: Demobilization or Legalization? London: Amnesty International.

AI (2009): Mexico. New Report of Human Rights Violations of the Military, London: Amnesty International.

Campaña Nacional Contra la Desaparición Forzada (2010): Manual Qué Hacer en Caso de Desaparición Forzada?, México D.F.: Campaña Nacional Contra la Desaparición Forzada.

CCAJAR (2003): Plan Colombia - no - Impactos de la intervención, Bogotá: Colectivo de Abogados José Álvear Restrepo (CCAJAR)/ Rodríguez Quito Editores.

Centro ProDH (2009): Comandante Supremo? La ausencia de control civil sobre las fuerzas armadas al inicio del sexenio de Felipe Calderón, México D.F.: Centro ProDH.

CINEP (2012): Descripción y Reflexión de Fenómenos de Violencia, Estrategias de Prevención y Transformación de Violencia en Colombia., Bogotá: CINEP/ Programa sectorial „Paz y Seguridad".

CMDPDH (Hrsg.) (2009): Noche y Niebla. Por los caminos de la impunidad en México. Estudio de la tortura, desaparición forzada y justicia militar, México D.F.: Comisión Mexicana de Defensa y Promoción de los Derechos Humanos, A. C.CMDPDH.

CMDPDH et al. (2011): Evaluación del seguimiento hecho por el Estado mexicano con respecto a las recomendaciones del „Informe sobre Seguridad Ciudadana y Derechos Humanos" de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos de 2009, México D.F.: Comisión Mexicana de Defensa y Promoción de los Derechos Humanos, A.C. (CMDPDH) Colectivo de Organizaciones de Derechos Humanos de Michoacán, A.C. (CODHM) Comisión Ciudadana de Derechos Humanos del Noroeste, A.C. (CCDH) i(dh)eas – Litigio Estratégico en Derechos Humanos, Instituto Mexicano de Derechos Humanos y Democracia (IMDHD).

CMDPDH, AFADEM - FEDEFAM et al. (2011): Informe sobre la desaparición forzada en México. Presentado ante el Grupo de Trabajo sobre Desapariciones Forzadas o Involuntarias de la Organización de las Naciones Unidas, México D.F.: Comisión Mexicana de Defensa y Promoción de los Derechos Humanos, A.C. (CMDPDH) Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos y Víctimas de Violaciones a los Derechos Humanos en México (AFADEM – FEDEFAM) Centro de Derechos Humanos „Fray Francisco de Vitoria".

CODHES (2005): Tendencias del Desplazamiento. Comportamiento del Desplazamiento 1985-2005, Bogotá: Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento (CODHES).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

CODHES (2010): Salto estratégico o salto al vacío? EL desplazamiento forzado en los tiempos de la *seguridad democrática*, Bogotá: Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento forzado (CODHES).

CODHES (2012): Desplazamiento creciente y crisis humanitaria invisibilizada. Boletín, Bogotá: Codhes, unter: http://www.acnur.org/t3/uploads/media/ CODHES_Informa_79_Desplazamiento_creciente_y_crisis_humanitaria_invisibilizada_Marzo_2012.pdf?view=1, besucht 20.7.2013.

Comisión Colombiana de Juristas CCJ (2005): Una Metafórica Justicia y Paz. El proceso con los paramilitares se dirige hacia una paz increíble a un precio imposible, Bogotá: Comisión Colombiana de Juristas.

Comisión Independiente Morelos (2012): Casos de Desaparecidos en México ante la ONU, Morelos: Comisión Independiente de Derechos Humanos Morelos A.C., unter: http://movimientoporlapaz.mx/es/2012/02/29/casos-de-desaparecidos-en-mexico-ante-la-onu/, besucht 15.3.2012.

Comisión Intereclesial de Justicia y Paz (2006): Derechos Humanos y Palma Aceitera en Colombia: Curvaradó y Jiguamiandó, Comisión Intereclesial de Justicia y Paz, unter: http://www.biodiversidadla.org/content/view/full/21986, besucht 20.7. 2007.

Comité Cerezo (2012): Informe de violaciones a los derechos humanos, México D.F.: Comité Cerezo, unter: http://issuu.com/comitecerezo/docs/informe_2012, besucht 30.8.2012.

Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos (Hrsg.) (2005): Cuando la excepción es la regla. Colombia: estados de excepción y régimen político, Bogotá: ILSA/Ediciones Antropos.

FEDES (2010): Soacha: La punta del iceberg. Falsos positivos e impunidad, Bogotá: Fundación para la Educación y el Desarrollo (FEDES).

FIDH (2004): Colombia - La „*Seguridad Democrática*" desconoce los derechos humanos y socava las bases del Estado de Derecho., Paris: Féderation Internationale des ligues des Droits de l'Homme (FIDH).

FIDH (2007): La desmovilización paramilitar, en los caminos de la Corte Penal Internacional, Paris: Féderation Internationale Des Ligues Des Droits De L'Homme (FIDH).

Foro Mesoamericano de los Pueblos (2011): Declaración de Minatitlán, Minatitlán, Veracruz: Foro Mesoamericano de los Pueblos.

Foro Nacional Defensa de Nuestros Territorios (2011): Declaratoria del Tercer Foro Nacional tejiendo la resistencia en defensa de nuestros territorios, Gemeinsame Erklärung, Capulálpam de Méndez, Oaxaca: Red Mexicana de Acción Frente al Libre Comercio RMALC, unter: http://endefensadelosterritorios.org/2011/05/23/declaratoria-del-tercer-foro-nacional-tejiendo-la-resistencia-en-defensa-de-nuestros-territorioss/, besucht 20.6.2012.

Fundación Social (2006): Trámite de la Ley de Justicia y Paz. Elementos para el control ciudadano al ejercicio del poder político, Bogotá: Fundación Social,

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unter: http://www.proyectossocialesdirectos.org/index.php/es/publicaciones/category/7-construccion-de-la-paz?start=20, besucht 23.9.2010.

FUUNDEC (2012): Comunicado: Ex gobernantes siguen teniendo responsabilidad en violaciones a los derechos humanos, unter: http://fuundec.org/2012/08/22/comunicado-de-prensa-ex-gobernantes-siguen-teniendo-responsabilidad-en-violaciones-a-los-derechos-humanos/, besucht 20.11.2013.

Gallón Giraldo, Gustavo (CCJ) (2010): Politica de „Seguridad Democratica" y Derechos Humanos en Colombia, 2002-2010, Bogotá: Comisión Colombiana de Juristas (CCJ).

González Uribe, Guillermo/CCAJAR (2010): El asesinato de Francisco Villalba. Álvaro Uribe Vélez y la masacre de El Aro, Bogotá: Colectivo de Abogados José Álvear Restrepo (CCAJAR), unter: http://www.colectivodeabogados.org/Alvaro-Uribe-Velez-y-la-masacre-de, besucht 5.10.2012.

Grupo Indignación (2007): 2001-2007: La Hacienda restaurada. Derechos Humanos en el Patronato, México D.F.: Indignación A.C./ CMDPDH/ Misereor.

HRW (2001): The Sixth Division. Military-Paramilitary Ties and U.S. Policy in Colombia, New York/ Washington/ Brüssel: Human Rights Watch (HRW).

HRW (2010): Paramilitaries' Heirs. The New Face of Violence in Colombia, New York: Human Rights Watch (HRW).

HRW (2011): Neither Rights Nor Security, London/New York City: Human Rights Watch (HRW), unter: http://www.hrw.org/reports/2011/11/09/neither-rights-nor-security, besucht 16.1.2012.

HRW (2013): Mexico's Disappeared. The Enduring Cost of a Crisis Ignored, Washington D.C.: Human Rights Watch (HRW), unter: http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/mexico0213webwcover.pdf, besucht 20.2.2013.

HSF/FCJ (2009): Quinto Informe Sobre la Situación de los Derechos Humanos de las Personas Migrantes en Tránsito por México, Saltillo, Coahuila: Humanidad Sin Fronteras A.C./Frontera Con Justicia, A.C.

ICG (2006): Colombia. Towards Peace and Justice?, Latin America Report, Bogotá: International Crisis Group.

ICG (2013): El desafío de Pena Nieto: los cárteles criminales y el Estado de Derecho en México, México D.F./Bogotá: International Crisis Group (ICG).

IDMC (2011): México. Desplazamiento debido a violencia criminal y comunal, Genf: Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), unter: http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/3FFD71960CD106F1C1257953004BCB84/$file/mexico-overview-nov2011-sp.pdf, besucht 16.3.2012.

IDMC/NRC (2010): Informe sobre el desplazamiento forzado en México a consecuencia de la violencia de los cárteles de la droga, Genf: Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC)/Norwegian Refugee Council (NRC).

INDEPAZ (2011): VII Informe sobre presencia de grupos narcoparamilitares en el 2011, Bogotá: Instituto de Estudio para el Desarrollo y la Paz (INDEPAZ).

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Isacson, Adam (2012): „Consolidation," land restitution, and rising tensions in Montes de María, Colombia, Washington D.C.: Washington Office on Latin America, unter: http://www.wola.org/commentary/consolidation_land_restitution_and_rising_tensions_in_montes_de_maria_colombia, besucht 20.3.2012.

Isacson, Adam/Poe, Abigail (2009): After Plan Colombia. Evaluating „Integrated Action", the next phase of US assistance, Washington: Center for International Policy.

López Montaño, Cecilia (2008): Un modelo pro rico, in: *Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo* (Hrsg.), Sin democracia, sin derechos. Quinto año de gobierno de Álvaro Uribe Vélez. Bogotá: Antropos, 35–43.

Paz Con Dignidad (2010): Informe sobre la Situación de Derechos Humanos en Colombia, Bilbao: Paz Con Dignidad.

Plataformas de Derechos Humanos (2008): Informe para el Examen Periódico Universal de Colombia, Bogotá: Plataformas, unter: http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/%28httpDocuments%29/F17E35781C31C18FC12574C7004EBE23/$file/Informe-final-para-el-EPU_Colombia.pdf, besucht 20.3.2012.

Red Juvenil/CCAJAR (2008): Gasto e Inversión Militar en Colombia. Mucho más de lo que se muestra, Bogotá: Colectivo de Abogados José Álvear Restrepo (CCAJAR), unter: http://www.colectivodeabogados.org/GASTO-E-INVERSION-MILITAR-EN, besucht 10.5.2012.

Romo Cedano, Pablo (Hrsg.) (2008): Criminalización de la protesta social, México D.F.: SERAPAZ.

SERAPAZ (2007): Hipótesis de análisis estructural en México, que explica a su vez la coyuntura que vivimos, México D.F., unter: http://www.serapaz.org.mx/paginas/articulos.html, besucht 20.1.2010.

TPP (2012a): Libre Comercio, Violencia, Impunidad y Derechos Humanos de los Pueblos en México (2011-2014). Audiencia general, Juárez: Tribunal Permanente de los Pueblos (TPP), unter: http://www.tppmexico.org/wp-content/uploads/2012/06/TPP-Ciudad-Juarez-definitivo-1.pdf, besucht 9.11.2012.

TPP (2012b): Apuntes sobre migración y desplazamiento forzado en el contexto del Tribunal Permanente de los Pueblos (TPP), México D.F.: Tribunal Permanente de los Pueblos (TPP), unter: http://www.tppmexico.org/?p=324, besucht 21.2.2012.

Transnational Institute (2003): Alternative Development and Conflict in Colombia. Cross Purposes., Debate Papers, Amsterdam: Transnational Institute: Drugs and Democracy Programme.

Uribe, Liliana/Corporación Jurídica Libertad (2009): Donde hallar el origen para encontrar la salida, unter: http://www.cjlibertad.org/files/Violaci%C3%B3n%20de%20Derechos%20Humanos%20en%20Colombia,%20Liliana%20Uribe.pdf, besucht 16.11.2011.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Positionspapiere, öffentliche Äußerungen und Reden

Abejas de Acteal (2013): Boletín de Las Abejas de Acteal, a 4 años de la liberación de los paramilitares de la Masacre de Acteal, unter: http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2013/08/12/boletin-de-las-abejas-de-acteal-a-4-anos-de-la-liberacion-de-los-paramilitares-de-la-masacre-de-acteal/, besucht 12.8.2013.

Agencia Prensa Rural (2007): Aprobado el estatuto de desarrollo rural, in: *Agencia Prensa Rural*, 19.06.2007. Bogotá, unter: http://www.prensarural.org/spip/spip.php?article479, besucht 10.10.2010.

Agencia Prensa Rural (2009): La minga indígena: los caminantes de Colombia, en busca de la nómada justicia, in: *Agencia Prensa Rural*, 27.03.2009. Bogotá, unter: http://prensarural.org/spip/spip.php?article2078, besucht 15.3.2011.

Amat, Yamid (2012): „Yo encontré una situación catastrófica en la Fiscalía“: Interview mit Fiscal General Eduardo Montealegre., in: *El Tiempo*. , unter: http://www.eltiempo.com/justicia/entrevista-de-yamid-amat-a-fiscal-montealegre_12483235-4, besucht 26.11.2013.

Arias, Wilson (2013): Carta del Senador Wilson Arias (PDA) a la Contralora General de la República, Sandra Morelli, Bogotá.

Aristegui, Carmen (2011a): „Ellos no tiran besos, también tiran balazos“. Interview mit General Carlos Bibiano Villa Castillo, in: Aristegui Noticias, unter: http://www.noticiasmvs.com/#!/emisiones/primera-emision-con-carmen-aristegui/ellos-no-tiran-besos-tambien-tiran-balazos--carlos-bibiano-villa-771.html, besucht 20.3.2011.

Aristegui, Carmen (2011b): Interview mit Morelos Jaime Canseco, in: Primera Emisión/MVS, unter: http://www.noticiasmvs.com/#!/emisiones/primera-emision-con-carmen-aristegui/morelos-jaime-canseco-con-carmen-aristegui-814.html, besucht 22.8.2013.

Aristegui Noticias (2012a): Confirman detención de Generales. Última entrevista del general Tomás Ángeles Dauahare con Carmen Aristegui, in: *Aristegui Noticias*, 25.07.2012. México D.F., unter: http://aristeguinoticias.com/0108/mexico/ultima-entrevista-del-general-tomas-angeles-dauahare-con-carmen-aristegui/, besucht 20.8.2012.

Aristegui Noticias (2012b): Los „vuelos de la muerte“, in: *Aristegui Noticias*, 23.04.2012. México D.F., unter: http://aristeguinoticias.com/2304/mexico/los-vuelos-de-la-muerte/, besucht 4.1.2013.

Aristegui Noticias (2012c): Familiar de Bermea Castilla, contacto para rentar ‘narcomina’, in: *Aristegui Noticias*, 06.11.2012. México D.F., unter: http://aristeguinoticias.com/0611/mexico/familiar-de-bermea-castilla-contacto-para-rentar-narcomina/, besucht 14.5.2013.

Aristegui Noticias (2013): „El pueblo que venció al crimen organizado en Michoacán“, Tepaltepec, unter: http://aristeguinoticias.com/2607/multimedia/video-el-pueblo-que-vencio-al-crimen-organizado-en-michoacan/, besucht 26.7.2013.

AUC (2002b): Comunicado. Erklärung des einseitigen Waffenstillstands.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Augura (2012): Gremio Bananero apoya irrestrictamente la Ley de Víctimas y Restitución de Tierras, pero advierte sobre los graves riesgos de realizarse una movilización masiva en la región de Urabá.

Calderón Hinojosa, Felipe (2007a): El Presidente Calderón en la XXI Sesión del Consejo Nacional de Seguridad Pública, unter: http://calderon.presidencia.gob.mx/2007/01/el-presidente-calderon-en-la-xxi-sesion-del-consejo-nacional-de-seguridad-publica/, besucht 21.12.2012.

Calderón Hinojosa, Felipe (2007b): El Presidente Calderón en la Reunión del Consejo Estatal de Seguridad Pública, unter: http://calderon.presidencia.gob.mx/2007/05/el-presidente-calderon-en-la-reunion-del-consejo-estatal-de-seguridad-publica/, besucht 20.12.2012.

Calderón Hinojosa, Felipe (2010a): Palabras finales del Presidente en el evento Diálogo por la Seguridad. Hacia una Política de Estado, unter: http://calderon.presidencia.gob.mx/2010/08/palabras-finales-del-presidente-en-el-evento-dialogo-por-la-seguridad-hacia-una-politica-de-estado/, besucht 21.12.2012.

Calderón Hinojosa, Felipe (2010b): Primera intervención del Presidente en el Diálogo por la seguridad con legisladores, unter: http://calderon.presidencia.gob.mx/2010/08/primera-intervencion-del-presidente-en-el-dialogo-por-la-seguridad-con-legisladores/, besucht 20.8.2012.

Camimex (2012): A la Comisión Nacional de Derechos Humanos, México D.F.: Cámara Minera de México, unter: http://aristeguinoticias.com/0511/mexico/empresas-mineras-cuestionan-recomendacion-de-la-cndh/, besucht 6.11.2012.

Camimex (2014): Informe Anual 2013, México D.F.: Cámara Minera México.

Cárdenas, Cuauhtémoc/López Obrador, Andrés Manuel/Vera, Raúl (2013): Llamamiento a la Nación, unter: http://regeneracion.mx/wp-content/uploads/2013/09/LLAMAMIENTO-A-LA-NACION-versi%C3%B3n-con-firmas-1.pdf, besucht 20.9.2013.

Castaño, Vicente (2006): La carta de Castaño, unter: http://www.semana.com//nacion/articulo/la-carta-castano/81820-3, besucht 30.4.2013.

CCJ (2008): Todas las Convivir eran nuestras., Bogotá: Comisión Colombiana de Juristas (CCJ), unter: www.coljuristas.org, besucht 20.7.2008.

CEESP (2010): Evaluando el Desempeño del Gobierno Federal 2007-2012, México D.F.: Centro de Estudios Económicos del Sector Privado (CEESP).

CEESP (2012): Visión México 2030 ¿una realidad posible o un espejismo? Avances Durante el Sexenio 2007-2012, México D.F.: Centro de Estudios Económicos del Sector Privado (CEESP), unter: http://ceesp.org.mx/sites/default/files/Home/Visi%C3%B3n_M%C3%A9xico_2030.pdf, besucht 20.11.2012.

CEFP (2010): Comentarios al Informe Estadístico sobre el Comportamiento de la Inversión Extranjera Directa en México (enero-junio de 2010), México D.F.: Centro de Estudios de las Finanzas Públicas (CEFP)/ Cámara de Diputados, unter: http://www.cefp.gob.mx/publicaciones/documento/2010/agosto/cefp0192010.pdf, besucht 3.3.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Coalición Industria (2011): Hacia una política industrial de nueva generación para Colombia, Bogotá: Coalición para la Promoción de la Industria Colombiana.

Comisión Latinoamericana Sobre Drogas Y Democracia (2009): Drogas y Democracia: hacia un cambio de paradigma, Gaviria, César; Zedillo, Ernesto; Cardoso, Fernando, unter: http://www.drogasedemocracia.org/Arquivos/declaracao_espanhol_site.pdf.

CONAGO (2008): Declaración de Metepec. Declaratoria de la V Reunión Extraordinaria de la Conferencia Nacional de Gobernadores, unter: http://www.conago.org.mx/reuniones/2008-04-25.aspx, besucht 22.4.2011.

CONCAMIN (2012): Balance sexenal, unter: http://www.concamin.mx/comunicados.php, besucht 22.12.2012.

CONCANACO SERVYTUR (2011): Continúa en ascenso el Comercio Ilegal, unter: http://www.concanaco.com.mx/comunicados/929-continua-en-ascenso-el-comercio-ilegal-concanaco-servytur.html, besucht 20.2.2012.

CONFEGAN (2012): Comunicado a la Opinión Pública de la Confederación Nacional de Ganaderos CONFEGAN, unter: http://confegan.blogspot.de/, besucht 20.7.2012.

Congreso de los Pueblos Indígenas de Colombia (2007): Resolución 007. Pronunciamiento sobre las Fumigaciones y la Erradicación Manual Forzada Realizada., Ibagué: ONIC.

Consejo Gremial Nacional (2006): Brief des Consejo Gremial Nacional an den Präsidenten der Republik, Álvaro Uribe Vélez, unter: http://www.dinero.com/Imprimir.aspx?idItem=39075, besucht 20.1.2011.

Consejo Nacional Campesino (2003): Por vida digna, soberanía alimentaria, derecho a la tierra y a la territorialidad, Bogotá: Consejo Nacional Campesino, unter: http://www.colectivodeabogados.org/Consejo-Nacional-campesino-Por, besucht 15.3.2012.

Deloitte México (2012): Barómetro de Empresas, in: *Deloitte México*, 23.10.2012. México D.F. unter: http://www.deloitte.com/assets/Dcom-Mexico/Local%20Assets/Documents/mx%28es-mx%29Barometro23.pdf, besucht 8.12.2012.

Dinero (2007): Presidente Uribe pide a bananeros aprovechar esquema de zonas francas, unter: http://www.dinero.com//actualidad/noticias/articulo/presidente-uribe-pide-bananeros-aprovechar-esquema-zonas-francas/55756,besucht 6.8.2013.

Dinero (2012a): Presidente Calderón se reunió en privado con empresarios, in: *Dinero*, 12.07.2012. México D.F., unter: http://www.cce.org.mx/nota/Notas_12/Julio/Presidente%20Calder%C3%B3n%20se%20reuni%C3%B3%20en%20privado%20con%20empresarios/, besucht 22.2.2013.

Dinero (2012b): Ricardo Salinas propone regalar droga para combatir tráfico ilegal, in: *Dinero*, 12.06.2012. Bogotá, unter: http://www.dinero.com/internacional/articulo/ricardo-salinas-propone-regalar-droga-para-combatir-trafico-ilegal/153253, besucht 20.6.2012.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

El Colombiano (2006a): Lo que murió con Castaño, in: *El Colombiano*, 05.09.2006. Medellín, unter: http://www.elcolombiano.com/BancoConocimiento/L/lo_que_murio_con_castano/lo_que_murio_con_castano.asp, besucht 20.1.2013.

El Colombiano (2006b): Ex Auc no quieren trato dado a narcos, in: *El Colombiano*, 26.10.2006. Bogotá, unter: http://www.elcolombiano.com/Banco Conocimiento/E/ex_auc_no_quieren_trato_dado_a_narcos/ex_auc_no_quieren_trato_dado_a_narcos.asp, besucht 15.2.2012.

El Economista (2006): C.S.I. - Slim retira su apoyo a AMLO; respalda a Calderón, in: *El Economista*, 21.09.2006. México D.F., unter: http://my.opera.com/Antipejes/blog/show.dml/476580, besucht 8.12.2012.

El Economista (2011a): Que AMLO „no es un peligro para México". Interview Mario Sánchez Ruiz (CCE), in: *El Economista*, 17.11.2011. México D.F., unter: http://eleconomista.com.mx/sociedad/2011/11/17/que-amlo-no-peligro-mexico, besucht 22.3.2013.

El Economista (2011b): AMLO y los empresarios, relación de amor y odio, in: *El Economista*, 20.11.2011. México D.F., unter: http://eleconomista.com.mx/sociedad/2011/11/20/amlo-empresarios-relacion-amor-odio, besucht 27.3.2013.

El Economista (2011c): Presupuesto más alto no hizo que la seguridad fuese eficaz, in: *El Economista*, 28.06.2011. México D.F., unter: http://eleconomista.com.mx/sociedad/2011/06/29/presupuesto-mas-alto-no-hizo-que-seguridad-fuese-eficaz, besucht 20.8.2013.

El País (2002): „Pararemos la sangría con firmeza y respeto a los derechos humanos". Interview mit Álvaro Uribe Vélez, Präsidentschaftskandidat in Kolumbien., in: *El País*, 25.05.2002. Madrid, unter: http://elpais.com/diario/2002/05/25/internacional/1022277610_850215.html, besucht 23.7.2013.

Familia Pasta de Conchos (2013): A 85 meses del siniestro en la Mina 8, Unidad Pasta de Conchos, unter: http://www.redtdt.org.mx/media/descargables/BOLETIN-19032013.pdf, besucht 20.7.2013.

González, Ximena/Carreño, Eduardo (2008): Extradición: Una nueva afrenta a la soberanía y a los derechos de las víctimas?, in: *Le Monde Diplomatique*, *kolumbianische Ausgabe (El Dipló) Nr. 68*. .

Grupo Nuevo Curso de Desarrollo (2009): México Frente a la Crisis: Hacia un Nuevo Curso de Desarrollo, México D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México, unter: http://www.nuevocursodedesarrollo.unam.mx/images/recursos/documentos_ncd/version_final/Boletin_de_Prensa.pdf, besucht 2.12.2013.

Isaza, Ramón (2005): 27 años luchando por la paz, unter: http://www.verdadabierta.com/la-historia/244-la-historia/auc/136-27-anos-de-lucha-por-la-paz-, besucht 15.3.2012.

Grupo Nuevo Curso de Desarrollo (2012): Manifiesto. Lineamientos de Política Para el Crecimiento Sustentable y la Protección Social Universal, México D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México, unter: http://www.nuevocurso-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dedesarrollo.unam.mx/images/recursos/documentos_ncd/Manifiesto-Lineamientos%20de%20politica.pdf, besucht 20.1.2013.

La Silla Vacía (2011a): Estados Unidos financió la bancada afro que hoy está tras las rejas, in: *La Silla Vacía*, 14.09.2011. Bogotá, unter: http://lasillavacia.com/historia/estados-unidos-financio-la-bancada-afro-que-hoy-esta-tras-las-rejas-27629, besucht 22.7.2012.

La Silla Vacía (2011b): Así se concentró la tierra en los Montes de María, in: *La Silla Vacía*, 04.07.2011. Bogotá, unter: http://www.lasillavacia.com/historia/asi-se-concentro-la-tierra-en-los-montes-de-maria-25534, besucht 16.1.2012.

La Silla Vacía (2011c): Todos los caminos, los públicos y los secretos, conducen a José Obdulio, in: *La Silla Vacía*, 14.03.2011. Bogotá.

Los Rastrojos (2013): COMUNICADO PÚBLICO # 012, unter: http://www.comitedesolidaridad.com/index.php/noticias-2/615-denuncia-publica-amenaza-contra-lideres-y-organizaciones-del-movice, besucht 20.04.2013.

Mijangos Leal, Miguel Ángel (2013): Ponencia Civiles Armados: Uso de la Fuerza y estado, unter: http://www.youtube.com/watch?v=XmQXBVWO2Zs&feature=youtube_gdata_player, besucht 10.10.2013.

Milenio (2011): Interview mit García Luna „Un carrito que se mueve", in: *Milenio*, 13.10.2011. México D.F., unter: http://www.milenio.com/cdb/doc/impreso/9043163, besucht 9.10.2013.

Milenio (2013): Empresarios exigen al gobierno que devuelva la paz a Michoacán, in: *Milenio*, 04.08.2013. Morelia, unter: http://www.milenio.com/estados/Empresarios-exigen-gobierno-devuelva-Michoacan_0_128987159.html, besucht 20.11.2013.

Minga Indígena (2008): Carta de la Minga Indígena a Álvaro Uribe, unter: http://www.indigenousportal.com/Derechos-Humanos/CARTA-DE-LA-MINGA-INDIGENA-A-ALVARO-URIBE.html, besucht 14.2.2011.

MOVICE (2011): Contexto político. ¿Por qué es importante la lucha por las tierras y los territorios para el Movice?, Bogotá: Movimiento de Víctimas de Crímenes del Estado (Movice), unter: http://www.conlospiesporlatierra.net/?page_id=30, besucht 22.3.2012.

MOVICE/CCAJAR (2009): Sin Justicia, Sin Paz. Verdad Fragmentada, Reparación Ausente. Balance de la Aplicación de la „Ley de Justicia y Paz", Bogotá: Movimiento de Víctimas de Crímenes del Estado MOVICE/Colectivo de Abogados José Álvear Restrepo CCAJAR, unter: http://www.colectivodeabogados.org/IMG/pdf/JURIDICA_BAJA-2.pdf, besucht 2.2.2012.

Movimiento Nacional de Autodefensas Desmovilizadas (2006): Comunicado a la Opinión Pública. unterzeichnet: Francisco Aponte, Jovani Marín.

Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad (2011): Pacto Nacional por la Paz, México D.F.: Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad (2012a): Balance de un sexenio de muerte, guerra y traición, México D.F.: Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad.

Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad (2012b): Fin de sexenio en México ciego, sordo y mudo ante los desaparecidos, México D.F.: Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad, unter: http://movimientoporlapaz.mx/es/2012/10/12/fin-de-sexenio-en-mexico-ciego-sordo-y-mudo-ante-los-desaparecidos/, besucht 22.12.2012.

ONIC (2007): Mandato por la Dignidad y la Construcción de un nuevo país, Bogotá: Organización Nacional Indígena de Colombia (ONIC).

ONIC (2011): Unidad, Territorio, Cultura y Autonomía: Territorio, Bogotá: Organización Nacional Indígena de Colombia (ONIC), unter: http://www.onic.org.co/cons_territorio.shtml, besucht 2.5.2011.

Organizaciones Indígenas de Colombia (2004): Propuesta Política: Minga por la Vida, la Justicia, la Alegría, la Autonomía y la Libertad y Movilización Contra el Proyecto de Muerte y por un Plan de Vida de los Pueblos, Bogotá: OIC.

Red Mexicana de Afectados por la Minería (REMA) (2013): Tres casos de represión por la defensa del territorio que involucran a empresas mineras – San José del Progreso /Chicomuselo /Temascaltepec, México D.F.: REMA, unter: http://www.remamx.org/?p=14927&lang=en, besucht 24.1.2013.

Resguardo de Huellas Caloto (2010): Plan de Vida Integral.

Rozental, Manuel (2009): Que palabra camina la Minga?, in: *Deslinde*, *45*. 50–59.

Sicilia, Javier (2011a): Nuevo pacto o fractura nacional, México D.F.: Proceso.

Sicilia, Javier (2011b): Discurso Javier Sicilia Al Poder Ejecutivo, unter: http://movimientoporlapaz.mx/es/2011/10/14/discurso-de-javier-sicilia-en-el-2do-encuentro-del-mpjd-con-el-poder-ejecutivo-en-el-castillo-de-chapultepec/, besucht 16.1.2012.

The New York Times (2011): The Complete Interview With President Felipe Calderón in Spanish (La Entrevista Completa en Español), in: *The New York Times*, 17.10.2011., unter: http://www.nytimes.com/2011/10/24/world/americas/calderon-transcript-in-spanish.html, besucht 28.3.2013.

Uribe Vélez, Álvaro (2002): Manifiesto Democrático - 100 Puntos Álvaro Uribe Vélez, unter: http://www.mineducacion.gov.co/1621/articles-85269_archivo_pdf.pdf, besucht 13.7.2012.

Uribe Vélez, Álvaro (2003a): Rede vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof CIDH, San José de Costa Rica, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos2003/junio/costarica.htm, besucht 20.2.2012.

Uribe Vélez, Álvaro (2003b): Rede des Präsidenten Uribe bei der Instalación del LXIII Congreso Nacional Cafetero, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos2003/diciembre/congresocafetero.htm, besucht 22.8.2011.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Uribe Vélez, Álvaro (2004a): Rede des Präsidenten Uribe zum 95jährigen Bestehen der Escuela Superior de Guerra, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos2004/mayo/escuela_guerra.htm, besucht 20.2.2012.

Uribe Vélez, Álvaro (2004b): Rede des Präsidenten Uribe beim Arbeitgeberforum in Berlin, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos2004/febrero/foro_economico.htm, besucht 10.2.2013.

Uribe Vélez, Álvaro (2004c): Rede des Präsidenten Uribe beim Forum Nueva Economía, Madrid, Spanien, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos2004/mayo/foro_nueva_economia.htm, besucht 20.5.2008.

Uribe Vélez, Álvaro (2004d): Uribe auf der Pressekonferenz Handelspolitik Kolumbien-Europa, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos 2004/mayo/macrorueda.htm, besucht 20.2.2011.

Uribe Vélez, Álvaro (2006): Rede des Präsidenten Uribe Vélez vor dem Congreso Nacional de Cafeteros, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos 2006/noviembre/cafeteros.htm, besucht 20.2.2013.

Uribe Vélez, Álvaro (2007): Rede des Präsidenten Uribe Vélez vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, unter: http://web.presidencia.gov.co/discursos/discursos2007/septiembre/onu_270907.html, besucht 12.2.2010.

Valdéz Villareal, Edgar (2012): Textual: Carta de 'La Barbie' en la que acusa a Calderón y García Luna *Aristegui Noticias* (Hrsg.), unter: http://aristeguinoticias.com/2811/mexico/textual-carta-de-la-barbie-en-la-que-exhibe-a-la-pf-y-a-garcia-luna/, besucht 28.11.2012.

Voz (2013): Debate sobre tierras: Cada ministro con su baldío, in: *Voz*, 25.09.2013. Bogotá, unter: http://www.semanariovoz.com/2013/09/25/debate-sobre-tierras-cada-ministro-con-su-baldio/, besucht 18.11.2013.

'geleakte' Dokumente, Wikileaks, Verdad Abierta

AUC (2002a): „Primera visita." Protokoll Treffen AUC-Führung und Comisionado de Paz Luis Carlos Restrepo (Transkription), veröffentlicht von Redaktion Verdad Abierta, unter: http://www.verdadabierta.com/archivos-para-descargar/category/10-desmovilizacin-y-desarme?download=737%3Aprimera-reunin-luis-carlos-restrepo-paramilitares, besucht 15.5.2011.

Castaño, Carlos (2002): Mis consideraciones y sugerencias ante las AUC. Intervención Carlos Castaño en reunión de AUC., unter: http://www.verdadabierta.com/documentos/historia/paramilitares/general/152-intervencion-de-carlos-castaf1o-en-reunion-de-auc-11-11-2002-1/file, besucht 20.2.2012.

Ministerio de Defensa Nacional, República de Colombia (2005): Directiva ministerial permanente (secreta) No. 29. para el pago de recompensas (Geheime Direktive des Ministeriums über die Zahlung von Boni), unter: http://justiciaporcolombia.org/sites/justiciaporcolombia.org/files/u2/DIRECTIVA_MINISTERIAL_COLOMBIA.pdf, besucht 25.8.2012.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Pacto de Santa Fe de Ralito (2001): Pacto de Santa Fe de Ralito. Ehemals geheimer Vertrag zwischen kolumbianischen Politiker_innen und paramilitärischen Gruppen.

United States Embassy (2008): Subject: Uribe-Supreme Court Tensions Escalate, unter: http://static.elespectador.com/especiales/2011/03/16e8f4e8f7afabd2c066cc836ceeb78d/index.html, besucht 22.8.2012.

U.S. Consulate Monterrey (2010): Nuevo Leon: Citizens Wonder Who's Winning in the Fight Against Organized Crime, unter: http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB445/docs/20100323.PDF, besucht 20.11.2013.

Verdad Abierta (2009): Platas de USAID y Plan Colombia llegaron a manos de los paras, in: *Verdad Abierta*. o.S., unter: http://www.verdadabierta.com/la-historia/1963-platas-de-usaid-y-plan-colombia-llegaron-a-manos-de-los-paras, besucht 23.5.2013.

Verdad Abierta (2010): Documentos exclusivos: así se fraguó el acuerdo de paz con los „paras", in: *Verdad Abierta*, 26.04.2010. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/index.php?option=com_content&id=2388, besucht 16.1.2012.

Verdad Abierta (2011a): Muerte a secuestradores MAS: Los orígenes del paramilitarismo, in: *Verdad Abierta*, 23.09.2011. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/index.php?option=com_content&id=3556,besucht16.1.2012.

Verdad Abierta (2011b): El Incora, „40" y sus ladrones de tierras, in: *Verdad Abierta*, 28.03.2011. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/component/content/article/158-captura-de-rentas-publicas/3144-el-incora-40-y-sus-ladrones-de-tierras, besucht 9.9.2011.

Verdad Abierta (2011c): La Semana Negra de Julio, in: *Verdad Abierta*, 20.09.2011. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/nunca-mas/40-masacres/2132-la-semana-negra-de-julio, besucht 5.1.2012.

Verdad Abierta (2011d): ¿Por qué Mapiripán?, in: *Verdad Abierta*, 19.08.2011. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/nunca-mas/40-masacres/2134-ipor-que-mapiripan, besucht 30.11.2011.

Verdad Abierta (2011e): La Lista Negra del DAS, in: *Verdad Abierta*, 14.09.2011. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/component/content/article/75-das-gate/3544-la-lista-negra-del-das, besucht 10.10.2012.

Verdad Abierta (2011f): Los crimenes de Jorge Noguera, in: *Verdad Abierta*, 14.09.2011. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/antioquia/3546-jorge-noguera-condenado-a-25-anos-de-prision, besucht 1.2.2013.

Verdad Abierta (2011g): Condenados seis ex axcaldes de Casanare, in: *Verdad Abierta*, 21.06.2011. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/parapolitica/3341-seis-ex-alcaldes-de-casanare-condenados-por-parapolitica, besucht 22.7.2013.

Verdad Abierta (2012): De la Espriella: „Fui puente entre Uribe y Auc para negociación de Ralito", in: *Verdad Abierta*, 25.09.2012. Bogotá, unter: http://verdad-

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

abierta.com/component/content/article/63-nacional/4232-de-la-espriella-y-pineda-eran-el-enlace-de-los-paras-con-uribe-mancuso/, besucht 15.10. 2012.

Verdad Abierta (2013): Las Convivir, motor de la guerra paramilitar, in: *Verdad Abierta*, 31.10.2013. Bogotá, unter: http://www.verdadabierta.com/justicia-y-paz/juicios/5009-las-convivir-motor-de-la-guerra-paramilitar, besucht 15.11.2013.

Wikileaks/U.S. Mexico Embassy (2006): SUBJECT: PRESIDENT FOX'S NATIONAL SECURITY LEGACY, unter: http://wikileaks.jornada.com.mx/cables/gobierno-de-vicente-fox/06mexico6085/, besucht 20.10.2011.

Wikileaks/U.S. Mexico Embassy (2009a): SUBJECT: SETTING THE RECORD STRAIGHT ON ZETAS AND U.S.MILITARY TRAINING, unter: http://wikileaks.jornada.com.mx/cables/narcotrafico/los-zetas-y-el-entrenamiento-de-eu-cable-09mexico2473/, besucht 20.12.2012.

Wikileaks/U.S. Mexico Embassy (2009b): SUBJECT: MEXICAN NAVY OPERATION NETS DRUG KINGPIN, unter: http://wikileaks. jornada.com.mx/cables/narcotrafico/en-una-operacion-de-la-marina-con-informacion-de-eu-asesinan-a-beltran-leyva-cable-09mexico3573/, besucht 22.3. 2013.

Wikileaks/U.S. Mexico Embassy (2010): 10MEXICO26: SUBJECT: MEXICO - COUNTRY TERRORISM REPORT FOR 2009.

Quellen und Statistiken

bfai (2007): Wirtschaftsentwicklung Kolumbien 2006. Broschüre. Köln: Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), unter: https://www.bfai.de/DE/Content/__SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fIdent=MKT20070806095315, besucht 7.8.2008.

BMZ (2013): Entwicklung für Frieden und Sicherheit. Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Gewalt und Fragilität, Berlin: Bundesministerium für Zusammenarbeit.

CaracolRadio (2002): Primer ´lunes de recompensa´, in: *CaracolRadio*, 09.03.2002. Bogotá, unter: http://www.caracol.com.co/noticias/actualidad/primer-lunes-de-recompensa/20020309/nota/33792.aspx, besucht 20.1.2013.

CASEDE (2012): Anexo Estadístico. Atlas de la seguridad y la defensa de México 2012. Mèxico D.F.: Colectivo de Análisis de la Seguridad con Democracia A.C. (CASEDE).

CCIL (2013): Medición de Incidencia Delictiva en La Laguna. Menos Delitos, Misma Violencia. Informe Anual 2012., México D.F.: Consejo Cívico de las Instituciones de La Laguna (CCIL), unter: http://www.ccilaguna.org.mx/documentos-publicos/midlag-informe-anual-2012-marzo-2013.pdf, besucht 3.4.2013.

Centro de Análisis Multidisciplinario (2012): Reporte 100. Poder adquisitivo del salario y la precarización del nivel de vida de los trabajadores en México 2012, México D.F.: Facultad de Economía, Universidad Nacional Autónoma de México, unter: http://www.economia.unam.mx/cam/reportes.htm, besucht 5.12. 2012.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

CEPAL (2001): Anuario estadístico de América Latina y el Caribe, 2001, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), unter: http://www.eclac.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/1/9621/P9621.xml&xsl=/deype/tpl/p9f.xsl, besucht 20.11.2013.

CEPAL (2006): Boletín demográfico. América Latina: Proyecciones de Población Urbana y Rural 1970-2025, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe, unter: http://www.eclac.org/publicaciones/xml/8/22688/BD76.pdf, besucht 28.8.2013.

CEPAL (2007): Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2006-2007, statistical annex Colombia, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), unter: www.eclac.cl/de/noticias/paginas/6/32856/Colombia.xls, besucht 27.6.2008.

CEPAL (2008): La inversión extranjera directa en América Latina, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), unter: http://www.eclac.org/publicaciones/xml/1/36091/LCG2406ef.pdf, besucht 2.3. 2013.

CEPAL (2010): La Hora de la Igualdad. Brechas por cerrar, caminos por abrir, Brasilia: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL).

CEPAL (2011a): La inversión extranjera directa en América Latina y el Caribe, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), unter: http://www.eclac.org/publicaciones/xml/0/46570/LIE2011esp.pdf, besucht 2.3.2013.

CEPAL (2011b): Análisis comparativo de las implicaciones de la política macroeconómica, los choques externos y los sistemas de protección social en la pobreza y la desigualdad en siete países de América Latina, México D.F.: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) Sauma, Pablo/Sánchez, Marco, unter: http://www.eclac.org/publicaciones/xml/4/42404/2010-066-Analisis_comparativo-W7.pdf, besucht 20.1.2012.

CEPAL (2012): Panorama social de América Latina y el Caribe, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), unter: http://www.cepal.org/publicaciones/xml/5/48455/PanoramaSocial2012.pdf, besucht 2.1.2013.

CEPAL/CIDOB (2012): Reforma Fiscal en América Latina, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL)/Centro de Estudios Internacionales y Documentación de Barcelona (CIDOB), unter: http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/7/48077/ReformaFiscalenAmericaLatina.pdf, besucht 20.4.2013.

CEPAL/FAO/IICA (2012): Perspectivas de la agricultura y del desarrollo rural en las Américas: una mirada hacia América Latina, Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), Organización de las Naciones Unidas para la Alimentación y la Agricultura (FAO), Instituto Interamericano de Cooperación para la Agricultura (IICA), unter: http://www.fao.org/docrep/014/am942s/am942s00.pdf, besucht 13.3.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

CEPALSTAT (2013a): Base de Datos (Económicos y Sociales), unter: http://estadisticas.cepal.org/cepalstat/WEB_CEPALSTAT/estadisticasIndicadores.asp?idioma=e, besucht 22.2.2013.

CEPALSTAT (2013b): México: Perfil Nacional Económico, unter: http://interwp.cepal.org/cepalstat/WEB_cepalstat/Perfil_nacional_economico.asp?Pais=MEX&idioma=e, besucht 22.2.2013.

CEPALSTAT (2013c): Colombia: Perfil Nacional Económico, unter: http://interwp.cepal.org/cepalstat/WEB_cepalstat/Perfil_nacional_economico.asp?Pais=COL&idioma=e, besucht 22.2.2013.

Consulta Mitofsky (2012): Décima primer Encuesta Nacional sobre Percepción de Inseguridad Ciudadana en México, México D.F.: Mitofsky/México Unido Contra la Delincuencia A.C., unter: http://mucd.org.mx/recursos/Contenidos/Encuesta-MitofskydePercepcinCiudadanasobrela/documentos2/Decima%20Primer%20Encuesta%20Nacional%20sobre%20Percepcion%20de%20Inseguridad%20Ciudadana.pdf, besucht 20.12.2012.

Gómez Restrepo, Hernando José/Botiva León, María Alejandra/Guerra Forero, Anamaría (2010): Institucionalidad y Estrategias para el desarrollo exportador y la innovacion en Colombia: diagnostico inicial, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), unter: http://www.eclac.org/publicaciones/xml/2/38982/W294_institucionalidad_estrategias_desarrollo_exportador_Colombia.pdf, besucht 20.10.2011.

GTAI (2011): Bergbau in Mexiko zieht weiter Investitionen an, Germany Trade & Invest, Köln: Germany Trade & Invest, unter: http://www.gtai.de/DE/Content/Online-news/2011/13/medien/gs2-mexiko-bergbau.html, besucht 9.9.2011.

GTAI (2013): Wirtschaftsstruktur und -chancen - Mexiko, Köln: Germany Trade & Invest (Buerstedde, Peter), unter: http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=774346.html, besucht 7.8.2011.

Gurr, Ted Robert/Harff, Barbara/ Goldstone, Jack (1998): The State Failure Project: Early Warning Research for US Foreign Policy Planning, in: Preventive Measures: Building Risk Assessment and Crisis Early Warning Systems. Boulder/Totowa: Rowman & Littlefield Publishers, unter: http://globalpolicy.gmu.edu/political-instability-task-force-home/, besucht 22.10.2012.

Home Office (2003): World Prison Population List, London: Home Office (Walmsley, Roy).

Hope, Alejandro/Clark, Eduardo (2012): Si los vecinos legalizan. Reporte técnico, México D.F.: Instituto Mexicano para la Competitividad (IMCO), unter: http://imco.org.mx/images/pdf/reporte-tecnico-legalizacion-marihuana.pdf, besucht 16.12.2012.

Ibañez, Ana/Muñoz, Juan Carlos (2010): La persistencia de la concentracion de la tierra en Colombia. Qué pasó entre 2000 y 2009? Bogotá: Universidad de los Andes.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ibañez, Ana/Uribe, María José/Mejía, Daniel (2011): Una evaluación del Plan de Consolidación Integral de la Macarena (PCIM), Bogotá: Centro de Estudios sobre Desarrollo Económico (CEDE)/Universidad de los Andes.

ICPS (2006): World Prison Population List, London: International Centre for Prison Studies (Walmsley, Roy), unter: http://www.prisonstudies.org/info/downloads/wppl-8th_41.pdf, besucht 22.8.2013.

ICPS (2010): World Prison Population List, London: International Centre for Prison Studies (Walmsley, Roy), unter: http://www.idcr.org.uk/wp-content/uploads/2010/09/WPPL-9-22.pdf, besucht 22.8.2013.

INCB (2013): Report of the International Narcotics Control Board for 2012, Wien: International Narcotics Control Board (INCB)/ United Nations, unter: http://www.unodc.org/documents/lpo-brazil//noticias/2013/03/AR_2012_E.pdf, besucht 20.8.2013.

INEGI (2008): México de un vistazo 2008, México D.F.: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática (INEGI), unter: http://www.inegi.gob.mx/prod_serv/contenidos/espanol/bvinegi/productos/integracion/pais/mexvista/2008/Mexivist08.pdf, besucht 20.5.2013.

INEGI (2012a): Estadísticas del comercio exterior de México, México D.F.: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática (INEGI), unter: http://www.inegi.gob.mx/prod_serv/contenidos/espanol/bvinegi/productos/continuas/economicas/exterior/mensual/ece/ecem.pdf, besucht 20.10.2013.

INEGI (2012b): Anuario de estadísticas por entidad federativa 2012, México D.F.: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática (INEGI), unter: http://www.inegi.org.mx/prod_serv/contenidos/espanol/bvinegi/productos/integracion/pais/aepef/2012/Aepef2012.pdf, besucht 20.10.2013.

INEGI (2012c): México de un vistazo 2012, México D.F.: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática (INEGI), unter: http://www.inegi.org.mx/prod_serv/contenidos/espanol/bvinegi/productos/integracion/pais/mexvista/2012/Mex_vi12.pdf, besucht 20.5.2013.

INEGI (2013a): México en cifras. Encuesta Nacional de Ingresos y Gastos de los Hogares 2012. México D.F.: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática (INEGI), unter: http://www.inegi.org.mx/sistemas/mexicocifras/MexicoCifras.aspx?e=0&m=0&sec=G, besucht 9.9.2011.

INEGI (2013b): Comunicado. Clases Medias en México, Boletín de Investigación, Aguascalientes: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática (INEGI), unter: http://www.inegi.org.mx/inegi/contenidos/espanol/prensa/Boletines/Boletin/Comunicados/Especiales/2013/junio/comunica6.pdf, besucht 12.6.2013.

Instituto Geografico Agustin Codazzi (2012): Atlas de Distribucion de la Propiedad Rural en Colombia, Bogotá: IGAC, unter: http://www.igac.gov.co/wps/wcm/connect/8beae7804dc8d75abb1efb36b39898f6/1_notas_sobre_la_evolucion_historica_con_cubierta_1.pdf?MOD=AJPERES, besucht 20.2.2013.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

JUSTF (2010): The end of the „Plan Colombia“ era, in: Just the Facts. A civilian’s guide to U.S. defense and security assistance to Latin American and the Caribbean, unter: http://justf.org/blog/2010/10/26/end-plan-colombia-era, besucht 10.7.2013.

JUSTF (2011a): Military and police training in Latin America, 1999-2008, in: Just the Facts. A civilian’s guide to U.S. defense and security assistance to Latin American and the Caribbean, unter: http://justf.org/ blog/2011/01/26/military-and-police-training-latin-america-1999-2008?, besucht 8.9.2011.

JUSTF (2011b): What’s happening in Colombia’s armed forces? In: Just the Facts. A civilian’s guide to U.S. defense and security assistance to Latin American and the Caribbean, unter: http://justf.org/blog/2011/05/10/whats-happening-colombias-armed-forces, besucht 8.9.2011.

JUSTF (2011c): 4,933 trainees from Mexico? Or 5? in: Just the Facts. A civilian’s guide to U.S. defense and security assistance to Latin American and the Caribbean, unter: http://justf.org/blog/2011/03/09/4933-trainees-mexico-or-5?, besucht 8.9.2011.

Kar, Dev (2012): Mexico: Illicit Financial Flows, Macroeconomic Imbalances, and the Underground Economy, México D.F./Washington D.C.: Global Financial Integrity, unter: http://mexico.gfintegrity.org/en/, besucht 30.1.2012.

Latinobarómetro (2011): Informe 2011. Hay una América Latina oculta detrás de la imagen estereotipada del siglo XX, nos hemos transformado. Santiago de Chile: Corporación Latinobarómetro, unter: http://www.latinobarometro.org/lat Contents.jsp, besucht 20.2.2013.

Matthes, Sebastian (2012): Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika, Kassel: Universität Kassel, unter: http://www.social-globalization.uni-kassel.de/wp-content/uploads/2013/01/Matthes_OWP_02-12.pdf, besucht 3.3.2013.

MéxicoEvalúa (2012): Indicadores de víctimas visibles e invisibles de Homicidio, México D.F.: MéxicoEvalúa.

OECD/INCAF (2012): Fragile States 2013: Resource flows and trends in a shifting world, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development OECD/ DAC INTERNATIONAL NETWORK ON CONFLICT AND FRAGILITY INCAF.

Portafolio (2006): 3.100 millones de dólares, in: *Portafolio*, 31.01.2006. Bogotá, unter: http://www.portafolio.co/detalle_archivo/MAM-1901506, besucht 26.8.2013.

Portafolio (2011): Caos en titulación minera denunció ministro Rodado. El minminas reveló feria de licencias, ineficiencia, corrupción, laxitud técnica y normativa., in: *Portafolio*, 30.05.2011. Bogotá, unter: http://www.portafolio.co/economia/caos-titulacion-minera-denuncio-ministro-rodado, besucht 20.12.2012.

PNUD (2006): Hechos del Callejón. En qué se ocupan los reinsertados, Bogotá: Programa Naciones Unidas de Desarrollo (United Nations Development Program).

PNUD (2010): Informe Regional sobre Desarrollo Humano para América Latina y el Caribe 2010. Actuar sobre el futuro: romper la transmisión intergeneracional

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

de la desigualdad, Programa Naciones Unidas de Desarrollo (United Nations Development Program), unter: http://hdr.undp.org/en/reports/regional/latinamericathecaribbean/RHDR-2010-RBLAC.pdf, besucht 22.2.2013.

PNUD (2011): Colombia rural. Razones para la esperanza, Bogotá: Programa Naciones Unidas de Desarrollo (United Nations Development Program), unter: http://pnudcolombia.org/indh2011/index.php/el-informe/informe-completo/30, besucht 24.1.2012.

Salgado, Nestora (2013): Policía Comunitaria de Olinalá,, unter: http://www.youtube.com/watch?v=j5HSP6ILglY&feature=youtube_gdata_player, besucht 12. 10.2013.

Sánchez de Tagle, María (2012): Fuero militar: ¿Qué decidió la Corte al respecto?, in: Blog de la Revista Nexos, unter: http://eljuegodelacorte.nexos.com.mx/?p=2060, besucht 20.11.2013.

SIPRI (2010): Military Expediture in Latin America. Stockholm.

UN HABITAT (2010): State of the World's Cities. Bridging the Urban Divide, UN HABITAT, unter: http://www.unhabitat.org/pmss/getElectronicVersion.aspx?nr=2917&alt=1, besucht 12.2.2012.

UNDP (2013): Regional Human Development Report 2013-2014. Citizen Security with a Human Face: Evidence and Proposals for Latin America, New York: United Nations Development Programme.

UNDP (2014): Human Development Indicators. New York: United Nations Development Programme, unter: https://data.undp.org/dataset/Income-Gini-coefficient/36ku-rvrj, besucht 20.04.2014.

UNHCHR (2002): Colombia: División política territorial. Zonas de Rehabilitación y Consolidación, unter: http://www.hchr.org.co/documentoseinformes/documentos/recomendaciones2003/recomendaciones2003.html, besucht 20.10.2013.

UNHCR (2013): 2013 UNHCR country operations profile - Colombia, unter: http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e492ad6, besucht 20.9. 2013.

United Nations (2000): United Nations Convention against Transnational Organized Crime CTOC, unter: http://www.unodc.org/unodc/treaties/CTOC/, besucht 20.2. 2012.

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) (2011): Global Study on Homicide. Trends, Contexts, Data, Wien: UNODC.

Working Group UNHCR (2011): El Grupo de Trabajo sobre las desapariciones forzadas o involuntarias concluye su visita a México. Pressemitteilung, Genf: Grupo de Trabajo sobre Desapariciones Forzadas o Involuntarias de las Naciones Unidas, United Nations High Commissioner for Human Rights.

World Bank (2011): Conflict, Security and Development, Washington D.C.: The International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank.

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Interviewliste (anonymisiert)

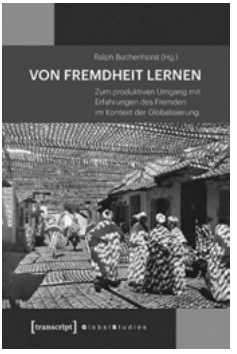
IV 1 Mitarbeiterin Nichtregierungsorganisation, Mexiko
IV 2 Universitätsdozentin/ Aktivistin, Mexiko/Kolumbien
IV 3 Gewerkschafter, Kolumbien
IV 4 Sozialwissenschaftler/Aktivist, Kolumbien
IV 5 Menschenrechtsaktivist Basis ländlicher Raum, Mexiko
IV 6 Menschenrechtsanwalt, Mexiko
IV 7 Journalistin, Mexiko
IV 8 Ökonom, Mexiko
IV 9 Journalist/ Dozent, Mexiko
IV 10 Jurist, Mexiko
IV 11 Anwalt, Kolumbien
IV 12 Basisaktivistin, Kolumbien
IV 13 Mitarbeiter Nichtregierungsorganisation, Kolumbien
IV 14 Ökonom, Kolumbien
IV 15 Politikwissenschaftler, Kolumbien
IV 16 ehem. Kongressmitglied (Polo Democrático), Kolumbien
IV 17 Jurist, Kolumbien
IV 18 Sozialwissenschaftler, Kolumbien
IV 19 Menschenrechtsverteidigerin, Kolumbien
IV 20 Konfliktforscher, Kolumbien
IV 21 Menschenrechtsverteidiger, Mexiko
IV 22 ehem. Parteimitglied (PRD), Mexiko
IV 23 Basisaktivist, Mexiko
IV 24 Ökonom, Vereinte Nationen Bereich Lateinamerika

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Global Studies

Daniela Mehler
Serbische Vergangenheitsaufarbeitung
Normwandel und Deutungskämpfe im Umgang mit Kriegsverbrechen, 1991-2012

September 2015, 370 Seiten, kart., 39,99 €,
ISBN 978-3-8376-2850-0



Ralph Buchenhorst (Hg.)
Von Fremdheit lernen
Zum produktiven Umgang mit Erfahrungen des Fremden im Kontext der Globalisierung

April 2015, 306 Seiten, kart., 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-2656-8

Mona Nikolic
Identität in der Küche
Kulturelle Globalisierung und regionale Traditionen in Costa Rica

April 2015, 374 Seiten, kart., zahlr. z.T. farb. Abb., 49,99 €,
ISBN 978-3-8376-2979-8

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Global Studies

Ulrike Capdepón
Vom Fall Pinochet zu den Verschwundenen des Spanischen Bürgerkrieges
Die Auseinandersetzung mit Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in Spanien und Chile

März 2015, 376 Seiten, kart., 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-2347-5

Georg Glasze
Politische Räume
Die diskursive Konstitution eines »geokulturellen Raums« – die Frankophonie

2013, 272 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1232-5

Philipp Casula
Hegemonie und Populismus in Putins Russland
Eine Analyse des russischen politischen Diskurses

2012, 350 Seiten, kart., 33,80 €,
ISBN 978-3-8376-2105-1

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Global Studies

Theresa Elze
Die gefeierte Linie
Rituale und Komplizenschaft an der US-mexikanischen Grenze
September 2015, 218 Seiten, kart., zahlr. Abb., 37,99 €, ISBN 978-3-8376-3150-0

Christian Schröder
Das Weltsozialforum
Eine Institution der Globalisierungskritik zwischen Organisation und Bewegung
März 2015, 298 Seiten, kart., zahlr. z.T. farb. Abb., 34,99 €, ISBN 978-3-8376-2967-5

Michaela Fink, Reimer Gronemeyer (Hg.)
Afrikanische Kindheiten
Soziale Elternschaft und Waisenhilfe in der Subsahara
2014, 266 Seiten, kart., zahlr. z.T. farb. Abb., 32,99 €, ISBN 978-3-8376-2938-5

Sylvia Karl
Kampf um Rehumanisierung
Die Verschwundenen des Schmutzigen Krieges in Mexiko
2014, 516 Seiten, kart., zahlr. Abb., 49,99 €, ISBN 978-3-8376-2827-2

Sarah Ruth Sippel
Export(t)räume
Bruchzonen marokkanischer Landwirtschaft
2014, 384 Seiten, kart., zahlr. Abb., 34,99 €, ISBN 978-3-8376-2115-0

Cornelia Reiher
Lokale Identität und ländliche Revitalisierung
Die japanische Keramikstadt Arita und die Grenzen der Globalisierung
2014, 298 Seiten, kart., 44,99 €, ISBN 978-3-8376-2596-7

Heiko Grünwedel
Schamanismus zwischen Sibirien und Deutschland
Kulturelle Austauschprozesse in globalen religiösen Diskursfeldern
2013, 364 Seiten, kart., zahlr. Abb., 34,80 €, ISBN 978-3-8376-2046-7

Patrick Eser
Fragmentierte Nation – globalisierte Region?
Der baskische und katalanische Nationalismus im Kontext von Globalisierung und europäischer Integration
2013, 538 Seiten, kart., 39,80 €, ISBN 978-3-8376-2344-4

Tobias Boos
Ethnische Sphären
Über die emotionale Konstruktion von Gemeinschaft bei syrisch- und libanesischstämmigen Argentiniern
2013, 276 Seiten, kart., zahlr. Abb., 34,80 €, ISBN 978-3-8376-2336-9

Ernst Halbmayer, Sylvia Karl (Hg.)
Die erinnerte Gewalt
Postkonfliktdynamiken in Lateinamerika
2012, 340 Seiten, kart., 32,80 €, ISBN 978-3-8376-1858-7

Roman Loimeier
Eine Zeitlandschaft in der Globalisierung
Das islamische Sansibar im 19. und 20. Jahrhundert
2012, 216 Seiten, kart., zahlr. z.T. farb. Abb., 26,80 €, ISBN 978-3-8376-1903-4

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/9783839432518 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -